

Peter Haisenko

England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert

**Die perfiden Strategien des
British Empire**

Anderwelt Verlag

Kriege werden aus zwei Gründen begonnen: Wirtschaft und Religion. Ein Land mit wirtschaftlichen Problemen muss als potentiell aggressiv angesehen werden. Um abschätzen zu können, wer den Ausbruch eines Krieges provoziert hat, ist es unerlässlich, die wirtschaftliche Situation vor dem Krieg zu untersuchen. Unter diesem Aspekt werden Zusammenhänge sichtbar, die sonst verdeckt bleiben könnten.

In der Neuzeit ist es oftmals nicht zu übersehen, dass der Kampf ums Öl der wahre Grund für Kriege ist. Die Betrachtungen von Peter Haisenko zeigen, dass es bereits vor mehr als 100 Jahren nicht anders war. Die unerträglichen Zustände in Palästina und im Irak haben ihren Ursprung in der skrupellosen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen zu Beginn und im Verlauf des 20. Jahrhunderts.

Politisch orchestrierte Lügen und Intrigen sind keine Erfindung der Neuzeit. Auch die europäischen Kriege des 20. Jahrhunderts wurden von ihnen begleitet. Mit diesem Buch gehen Sie auf eine Reise durch das 20. Jahrhundert, und die Analyse wirtschaftlich-politischer Verknüpfungen lässt manche „geschichtliche Wahrheit“ zweifelhaft erscheinen.

„In Kriegszeiten ist die Wahrheit so wertvoll, dass sie immer von einer Lüge als Leibwächter begleitet werden sollte.“

Winston Churchill, 1945

147313 Buchladen, Buch + Kultur Lab 15307
Usterstrasse 95, CH 8620 Wetzikon Ref GATTIKE000

978-3-940321-03-9 20244865 / 08.05.18 1 CHF inkl. MwSt 1-

BZ 8252 894

34.90

Haisenko P: England, die Deutschen, die
Juden und das 20. Jahrhundert

Anderweit Verlag



9783940321039

Anderweit Verlag

€ 24.90 (D)

Vorbemerkung zur vierten, überarbeiteten Auflage:

Dieses Buch bedarf keiner Tagesaktualität, denn es behandelt die Vergangenheit. Dennoch gibt es Bezüge zur Gegenwart, deswegen habe ich an einigen Stellen Zahlen und Entwicklungen der Jahre 2008 bis heute eingefügt bzw. aktualisiert. Sie sind meist als Ergänzungen kenntlich gemacht.

München, Juni 2016 Peter Haisenko

Impressum:

Autor: Peter Haisenko

England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert

Die perfiden Strategien des British Empire

4. überarbeitete Auflage: 2016

© 2010 by Anderwelt Verlag, München

Alle Rechte vorbehalten

Herstellung und Druck: CPI Books GmbH

Printed in Germany

ISBN 9783-940321-03-9

Besuchen Sie uns im Internet unter:

www.andenveltverlag.com

www.andenveltonline.com

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Peter Haisenko

**England, die Deutschen,
die Juden und
das 20. Jahrhundert**

Die perfiden Strategien des British Empire

Anderwelt Verlag

Ich verneige mich – in memoriam ...

Peter Haisenko

Gewidmet meiner Mutter,
die einen Teil der Wahrheit
am 13. Februar 1945
in Dresden erleben musste.

Gewidmet meinem Vater,
dessen Niederschrift
der eigenen Wahrheit
er nicht mehr erleben durfte.

Gewidmet Franz Kafka,
dem Vetter meiner Grossmutter
mütterlicherseits, der an der Wahrheit
und ihren bürokratischen Hürden
verzweifeln musste.

Inhalt

Warum musste es sein?	12
1. Europäische Nationen im Vergleich	22
2. Das 20. Jahrhundert	34
3. Die Bagdadbahn	48
4. All the world is mine	55
5. Das angloamerikanische Finanzsystem	69
6. Die Sowjetunion, das grösste Experiment aller Zeiten?	78
7. Der Erste Weltkrieg	98
8. Auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg	109
9. Der Zweite Weltkrieg	132
10. Nach dem Krieg	133
11. «Other losses» – Sonstige Verluste	154
12. Zivile Opfer nach dem Krieg	165
13. Die Vertreibung	174
14. 1949	198
15. Die USA – «melting pot of nations»	207
16. Israel	215
17. Schutz oder Vernichtung?	241
18. Tauwetter	261
19. Der Hort des Bösen?	267
20. Demokratie oder Religion?	279
21. Muster von Krieg und Frieden	289
22. Nationalmasochismus	297
23. Imperium auf tönernen Füßen	307
24. Helgoland	312
25. Die deutsche Sprache	315
26. Wer einmal lügt	321
27. Schuldenerlass	328
28. Illusionen	343
Anlagen	360
Literaturverzeichnis und Medienhinweise	369
Der Autor	374

Begleitwort von Hubert v. Brunn

Als ich das Buch «England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert» zum ersten Mal las, musste ich erstaunt und nicht weniger beschämt zur Kenntnis nehmen, dass mein bis dahin abgespeichertes Wissen um die Geschichte des 20. Jahrhunderts markante Lücken aufwies. Wie die meisten der mit der «Gnade der späten Geburt» gesegneten Kinder der ersten Nachkriegsgeneration habe ich das von meinen Lehrern auf dem Gymnasium und auf der Universität vermittelte Geschichtsbild für wahr und richtig angesehen. Die weiterführende Literatur, die mir damals empfohlen wurde, stellte dieses skizzierte Bild nicht infrage, sondern stützte es und malte es in den vorgegebenen Farben weiter aus. Alle waren sich einig. So musste es gewesen sein.

Nach der Lektüre von Peter Haisenkos Buch war mir klar, dass mir ein recht schiefes, fehlerhaftes Bild vorgegaukelt wurde, ein Bild, bei dem an mehreren Stellen die Perspektive nicht stimmte. Und wenn die Perspektive nicht stimmt, taugt das ganze Bild nichts – mögen die Farben auch noch so schillernd sein. Die Lehrer, die zur Veröffentlichung zugelassenen Historiker und nicht zuletzt die Medien hatten in den frühen Jahrzehnten nach Kriegsende keine andere Wahl, als die von den alliierten Siegermächten vorgegebenen «Wahrheiten» kritiklos weiterzugeben. Der «anständige» Deutsche sollte endlich eine klare Vorstellung davon bekommen, wer die Guten und wer die Bösen waren und sind, und keiner der mit dieser «reinen Lehre» befassten Multiplikatoren wagte es, jenes Schwarz-Weiss-Schema zu durchbrechen oder infrage zu stellen. Zu gross war die Gefahr, seinen Job zu verlieren – und wer wollte das schon. Diesbezüglich gab es keine Unterschiede zwischen der BRD und der DDR, es wurde nur in anderen Farben gemalt.

Das wirklich Erschütternde an dieser Erkenntnis aber ist, dass sich daran bis heute nichts geändert hat. Nach wie vor wird in den Lehrbüchern an den Schulen, in den Werken der renommierten Historiker und – für mich als Journalist besonders verwerflich – in den meinungsbildenden Mainstream-Medien in stiller Übereinkunft eben dieses schräge und unvollständige Geschichtsbild transportiert, das eine wahrhaftige, ehrliche und faire Aufarbeitung der Geschichte des 20.

Jahrhunderts verhindert. Das geschieht natürlich nicht zufällig, dahinter steckt Methode, und was damit bezweckt werden soll, ist offenkundig: Über Jahrzehnte hat man den Deutschen eingebläut, dass allein ihre Kriegslüsterheit für die beiden grossen Kriege im 20. Jahrhundert verantwortlich gewesen ist, dass diese Kollektivschuld dem Volk der Dichter und Denker nicht erspart werden kann und dass dafür noch viele nachfolgende Generationen zu zahlen haben – in welcher Weise auch immer. Dieses mühsam, speziell für das Selbstverständnis der Deutschen zurechtgezimmerete Weltbild will man sich doch nicht kaputt machen lassen, indem man es ausgerechnet den «Verlierern» gestattet, jetzt die eine oder andere makellos weiss gewaschene Weste mit dunklen Flecken zu besudeln.

Genau das aber leistet Peter Haisenkos Buch «England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert», und genau aus diesem Grunde habe ich sehr gern die Aufgabe übernommen, gemeinsam mit dem Autor die dritte Auflage dieses Buches zu überarbeiten. So, wie es bei mir Wissenslücken gefüllt und mein mehr oder weniger festgefügtes Denken über die politischen, diplomatischen, finanzstrategischen und gesellschaftlichen Vorgänge im 20. Jahrhundert erschüttert hat, so wird es das auch bei vielen anderen Lesern bewirken – bei Lesern meines Alters und erst recht bei jenen der jüngeren Generation. Aus der Geschichte lernen, damit sich dieses oder jenes schreckliche Ereignis nicht wiederholt, ist ein oft beschworenes Statement, dem ich vorbehaltlos beipflichte. Ergänzend hinzufügen möchte ich allerdings: Wirklich lernen und die richtigen Schlüsse aus der Geschichte ziehen, kann man nur dann, wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen, wenn die ganze Wahrheit vorbehaltlos ausgesprochen wird. Dann, und nur dann ist eine Geschichtsaufarbeitung möglich, die Hass, Feindschaft, Rachegeleüste und andere widerwärtige Ressentiments hinter sich lässt und die Tür weit aufstösst für Vergebung, Verständigung, Frieden und Freiheit.

Peter Haisenko ist kein studierter Historiker, was ihm, wie ein Leser des Buches in seiner Kritik bemerkte, durchaus zum Vorteil gereicht, dahingehend, dass er «keinen Lehrstuhl verlieren» kann (sic!). Indem er sich sein Wissen autodidaktisch angeeignet hat, musste und muss er keine gültige Lehrmeinung vertreten und konnte sich eine unvoreingenommene und unerschrockene Sicht der Dinge bewahren. Da kann

es schon einmal vorkommen, dass der Autor an der einen oder anderen Stelle vielleicht etwas «überzieht», manche Dinge etwas pointierter ausdrückt, als das ein gelernter Historiker tun würde, und nicht für jedes seiner Statements eine Fülle von Quellenangaben in unzähligen Fussnoten aufführt. Dort, wo es ihm wichtig erscheint, seine eigenen Thesen zu untermauern, bezieht er sich selbstverständlich auch auf andere Bücher, Dokumente, Statements oder Interviews und benennt deren Quellen. Auf die wissenschaftliche Akribie einer Doktorarbeit aber verzichtet er. Zum einen würde das Buch dann keine dreihundert Seiten, sondern ein Vielfaches dessen umfassen, zum andern ist das auch nicht sein Anliegen.

Haisenko will bewusst machen, den Finger auf verborgene Wunden legen und verkrustete Denk- und Verhaltensmuster aufbrechen. Das gelingt ihm, indem er auch so manche provokante These in den Raum stellt – nicht um der Provokation willen, sondern um Freiräume zu schaffen für neue, unverkrampfte und vom Mief verlogener Geschichtsklitterung befreite Denkansätze.

Zwei Ereignisse, die mit der Erarbeitung der 3. Auflage dieses Buches zeitlich und inhaltlich in Verbindung stehen, möchte ich nicht unerwähnt lassen:

Am letzten Tag unserer gemeinsamen Arbeit erreichte Peter Haisenko eine E-Mail, in der ihm der Auszug eines Aufsatzes zugespielt wurde, in dem ein gewisser Martin Brech, Universitätsprofessor im Staate New York, vierzig Jahre danach aus erster Hand seine Erfahrungen und Erlebnisse schildert, die er als 18-jähriger GI 1944/45 in Frankreich und als Wachsoldat des US-Gefangenenlagers für Deutsche bei Andernach am Rhein machen musste. Dieses erschütternde Dokument (s. Anlage 1, S. 360 ff.) zeugt in schonungsloser Offenheit von unsäglichem Gräueltaten, die amerikanische Soldaten an deutschen Gefangenen wie auch an Zivilisten verübt haben. Dagegen erscheinen Haisenkos Ausführungen zu diesem Thema geradezu harmlos.

Wenige Tage später war in den Gazetten – wenn auch nur sehr kurz gefasst – zu lesen, der ehemalige Botschafter Israels, Avi Primor, habe in seiner Rede anlässlich des Volkstrauertages die Deutschen für die Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit gelobt. In der Erforschung des eigenen Gewissens, so sagte er, seien sie «weltweit

ein Vorbild». Wenn ein israelischer Diplomat das sagt, kann es ja nicht ganz falsch sein. Diesem Vorbild – und das ist eine der zentralen Forderungen in Haisenkos Buch – sollten endlich einmal auch all die anderen Staaten folgen, die im Ersten und Zweiten Weltkrieg eine massgebliche Rolle gespielt haben und in deren Namen auch grosses Unrecht gegenüber Deutschland und den Deutschen verübt wurde. Wer dauerhaften Frieden in Europa will, darf sich nicht länger an alte Lügen klammern.

München, November 2014

Hubert von Brunn
(Chefredakteur AnderweltOnline)

Warum musste es sein?

«Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.» (Albert Einstein)

Es war im August 2007 und ich hatte gerade etwa die Hälfte dieses Buches geschrieben. Dabei musste ich mich mit Millionen von Morden beschäftigen. Mir kamen Zweifel, ob es mir gelingen könnte, das, was ich anstrebte, auf diesem Weg zu erreichen. Wäre es nicht doch besser, die Toten ruhen zu lassen und der Weisheit der offiziellen Geschichtsschreibung zu vertrauen? Vor diesen Fragen übernahm wieder einmal das Schicksal die Regie und führte ein Treffen mit einem Freund herbei. Der erzählte mir von seinen jüngsten Erlebnissen in Polen.

Michael P. wurde 1944 in Schleswig-Holstein geboren. Seine Eltern stammen aus Pommern und Schlesien. Sie zählen nicht zu den echten Vertriebenen, weil sie bereits während des Krieges nach Schleswig-Holstein gekommen sind. Aber auch ihnen war es verwehrt, nach 1945 in ihre Heimat zurückzukehren. Sie mussten nicht die Gräueltaten der Vertreibung nach 1945 erleben, dennoch waren sie zu einem Leben fern der Heimat verurteilt und hatten nicht die freie Wahl des Wohnorts, die eigentlich von der UN-Menschenrechtscharta garantiert wird. Nochmals wurde dieses Recht am 26. August 1994 von den UN bekräftigt mit der Resolution Nr. 1994/24, in der *«das Recht von Flüchtlingen und Vertriebenen, in Sicherheit und Würde in ihr Ursprungsland und/oder innerhalb des Landes an ihren Herkunftsort oder sonst einen Ort ihrer Wahl zurückzukehren [...]»* beschrieben wird. Diese Resolution gilt für alle Menschen der Welt, und es ist nicht die Rede davon, dass sie für Deutsche nicht gilt. Dennoch hat die Politik, die in und um Deutschland gemacht wird, keine Notiz von ihr genommen. Im Gegenteil hat Deutschland 1990 ausdrücklich auf alle Ansprüche bezüglich der ehemaligen deutschen Ostgebiete verzichtet.

Daran will ich keine Kritik üben. Ich halte es generell für unzulässig, nach beinahe siebzig Jahren irgendwelche revisionistischen Forderungen auf Schadenersatz oder Rückgabe zu stellen. Wir leben in der Welt, und zwar so, wie sie ist. Daraus müssen wir das Beste machen.

Dazu gehört auch, danach zu streben, wahrhaftiges Verständnis und Freundschaft unter den Völkern zu finden. Hier kommt das Beispiel meines Freundes Michael P. ins Spiel.

Seit 1990 haben sich die Bedingungen für Reisen in die ehemaligen deutschen Ostgebiete für Deutsche erheblich verbessert. So konnte auch Michael P. die Orte besuchen, an denen seine Eltern ihre Wurzeln hatten. Er wollte einfach sehen, wo er gezeugt worden war und wie seine Eltern gelebt hatten. Auf seiner Suche fand er nicht nur ein Land, das ihn mit seiner Schönheit tief beeindruckte, sondern ebenso freundlichen Kontakt zu den Menschen, die jetzt dort leben. Er begegnete auch Älteren, die seine Eltern noch kannten und wussten, wo sie gewohnt hatten. Naturgemäß gab es nicht mehr viele Menschen mit deutschen Sprachkenntnissen. Weil er eine Liebe zu dem Land seiner Vorfahren verspürte und gern öfter dorthin reisen wollte, beschloss er, Polnisch zu lernen. Er wollte mit den Menschen reden und feiern. So kam es, dass er im Frühjahr 2007 in Cieszyno, dem ehemaligen Teschenbusch, einen zweiwöchigen Polnischkurs besuchte.

Dieser Kurs bestand je zur Hälfte aus Polen und Deutschen, die gemeinsam die Sprache der anderen erlernen wollten. Es waren vor allem junge Leute. Gleich am Anfang fand eine gemeinsame Erkundung der Umgebung statt, die auch auf den Friedhof führte. Dieser Friedhof weist eine Besonderheit auf, die sofort ins Auge fällt. Er besteht aus einem alten und einem neuen Teil. Der alte ist völlig heruntergekommen und die Grabsteine sind grösstenteils umgeworfen, der neue ist mit der offensichtlichen Liebe gepflegt, die man seinen Verstorbenen zukommen lässt. Es ist ein harter Kontrast, der sowohl für die Polen als auch für die Deutschen auffällig war. Das veranlasste eine junge Polin von 28 Jahren, Akademikerin, eine alte Frau nach dem Grund für diesen Unterschied zu fragen. Der Alten war diese Frage offensichtlich unangenehm, dennoch erzählte sie, dass der verkommene Teil der Anlage der alte deutsche Friedhof sei.

Diese Erkenntnis löste bei den jungen Polen Nachdenklichkeit und Betroffenheit aus und allgemeines Interesse auf beiden Seiten. So betrachtete man den alten deutschen Friedhof genauer und mit dem Respekt, der einem solchen Ort des Friedens zusteht. Zwischen den umgeworfenen Grabsteinen waren zwei schmiedeeiserne Kreuze ste-

hengeblieben. Die Inschrift auf einem lautete: «*Wer Hass überwindet, dem wird kein Leid geschehen.*» Die spontane Reaktion auf diese Inschrift war: So wollen wir handeln! Die knallharte Konfrontation mit der Realität führte vor allem bei den jungen Menschen zu Fragen über die Geschichte. Sie wollten wissen, was in ihrem Land passiert war. Sie wollten ein Bewusstsein entwickeln können für ihr persönliches Verhältnis zu ihrem Land und seiner Geschichte und den Menschen, die die Kirche gebaut hatten, in der sie heute ihre Gebete verrichten.

Michael P. war sehr beeindruckt von den positiven Impulsen, die aus dem neuen Wissen der jungen Menschen entstanden sind. Er konnte spüren, wie das Nachdenken über die Realität auf dem Friedhof das Bewusstsein verändert hatte. Er konnte auch den Unmut der jungen Polen darüber spüren, dass ihnen in der Schule die Geschichte ihres Landes nur so einseitig und unzureichend vermittelt worden war. Durch diese Konfrontation mit der Geschichte, so erzählte er mir, sei das Verhältnis unter den Sprachkursteilnehmern wesentlich inniger geworden, selbst richtige Freundschaften hätten sich entwickelt. Seine Analyse war, dass das Wissen um die ungeschminkte Geschichte offensichtlich nur positiv auf die Völkerverständigung wirken kann.

Dazu passt auch seine Beschreibung eines älteren Deutschen, der seinen Groll gegen die Polen immer noch pflegte. Auf genaueres Nachfragen hin gab dieser an, dass er prinzipiell nichts gegen Polen habe. Sein einziges Anliegen sei, dass auch Polen endlich einmal zugeben sollen, dass sie Deutsche schlecht behandelt und vertrieben haben. Wenn sie das endlich täten, könnte er mit ihnen Frieden schliessen. Tatsächlich hat er das längst schon getan. Wie sonst könnte er sich die Mühe machen, die polnische Sprache zu lernen? Es ist für mich offensichtlich, dass die offizielle Politik mit ihrem selektiven Verschweigen der ganzen Wahrheit nicht förderlich für die Völkerverständigung ist, denn sie verwehrt dem einen den Balsam für die verletzte Seele und nimmt dem anderen die Möglichkeit, seine eigene Position tolerant zu bestimmen.

Das beste Beispiel ist das Verhältnis zwischen Russen und Deutschen. Es ist weitgehend unverkrampft und von gegenseitigem Verständnis geprägt. Sowohl die deutschen als auch die russischen Verbrechen der Vergangenheit liegen offen. Beide Seiten wissen, dass

ihre Vorfahren nicht nur ehrenhaft gehandelt haben. Dementsprechend erhebt sich keiner über den anderen und beansprucht für sich die höhere moralische Position. Das ist die Voraussetzung für ein friedlich-freundliches Miteinander. Und genau darum geht es mir. Die jüngste Entwicklung infolge der «Ukraine-Krise» macht mich auch deswegen sehr betroffen; sie ist ein Rückschritt gegenüber bereits Erreichtem, den eigentlich keiner der Betroffenen wünscht.

Die Politik des 20. Jahrhunderts hat aus Menschen Bestien gemacht. Auf allen Seiten haben Menschen Handlungen zu verantworten, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Es ist absolut unzulässig, Gräueltaten gegeneinander aufzurechnen. Das kann nichts ungeschehen machen. Ein Verbrechen wird immer ein Verbrechen bleiben, egal, wie viele andere noch begangen worden sind. Aber es ist ein erneutes Verbrechen, wenn nur über die Verbrechen einer Seite geredet werden darf. Es ist ebenso ein Verbrechen, nach beinahe siebenzig Jahren immer noch einer unschuldigen Generation eine Erbschuld vorzuhalten. Wenn wir in einem vereinten Europa gemeinsam nach Frieden und Wohlstand streben wollen, müssen wir anerkennen, dass jede Nation ihre Leichen im Keller hat und dass alle, denen die «Gnade der späten Geburt» zuteilwurde, keine Verantwortung dafür zu tragen haben. Deswegen erlaube ich mir, über Verbrechen des 20. Jahrhunderts zu berichten, für die keiner mehr gerichtet werden kann. Das soll dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und Vorurteile abzubauen.

Im Folgenden werde ich viel über England schreiben. Ich wähle dabei sehr bewusst den Begriff «England» und nicht «Grossbritannien». Grossbritannien besteht aus Engländern und Walisern, Schotten und Nordiren. Das Verhältnis untereinander ist nicht nur harmonisch. Wenn man von Grossbritannien spricht, muss man wissen, dass 90% Engländer sind. Den Rest bilden die Minderheiten, die sich bis heute eine weitgehende sprachliche Eigenständigkeit bewahrt haben und auch sonst nicht mit Engländern verwechselt werden wollen. Immerhin ist im September 2014 das Referendum zur Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich nur knapp gescheitert. Dieser Distanz trage ich Rechnung, indem ich eben von England spreche und nicht von Grossbritannien.

England unterhält nach wie vor die grösste Armee Europas. Es ist wenig bekannt, dass England 2007 immer noch 67.000 Soldaten weltweit stationiert hat – diesbezüglich wird England nur von den USA übertroffen. Es ist nicht nur diese Gemeinsamkeit, die England und die USA neben der Sprache verbindet. Beide Länder erwirtschaften ein Aussenhandelsdefizit, das in etwa den Ausgaben für ihr Militär entspricht. Beide Länder dominieren die internationalen Finanzmärkte, wobei London der Finanzplatz Nummer eins ist. Beide Länder haben in den letzten Jahren die Menschenrechte stark eingeschränkt oder teilweise ausser Kraft gesetzt. Beide Länder beanspruchen für sich das Recht, die ganze Welt bezüglich Demokratie und Menschenrechten belehren zu dürfen. Doch damit bin ich schon fast mitten in meinem Thema angelangt, das in diesem Buch beleuchtet werden soll: der Konflikt zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Dazu noch eine entscheidende Bemerkung zum Verhältnis zwischen den USA und England: Die USA haben 1776 ihre Unabhängigkeit von England erklärt. Das war einseitig. England hat die USA niemals offiziell in die Unabhängigkeit entlassen.

Bevor der Vorwurf aufkommt, meine Betrachtungen seien zu einseitig, stelle ich Folgendes fest: Wie jeder andere aufgeklärte Zeitgenosse weiss ich um die Gräueltaten der Nationalsozialisten und die Schuld, die Deutsche in deren Namen auf sich geladen haben. Ich verabscheue das zutiefst und gehe gesichert davon aus, dass jeder Leser dieses Buches darin mit mir konform geht. Deswegen verzichte ich auf eine weitere Aufzählung dieser Verbrechen und beschäftige mich mit den weniger bekannten Aspekten der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Da findet sich ganz oben die Vernichtung der deutschen Städte und Zivilisten durch Flächenbombardements, die England und die USA zu verantworten haben. Wenn englische Historiker zu diesen Vorgängen Stellung nehmen, ist in ihren Worten Unbehagen ob der grausamen Handlungsweise zu erkennen. Die meisten merken jedoch an, dass auch englische Städte von deutschen Bomben getroffen worden sind. Damit wollen sie die englische Vorgehensweise relativieren oder sogar moralisch begründen. Das halte ich für abwegig und ich wiederhole mich deswegen gern: Ein Verbrechen bleibt ein Verbrechen, egal, wie viele andere begangen worden sind. Städte wie Würz-

burg oder Dresden kurz vor Kriegsende dem Erdboden gleichzumachen und Tausende von unschuldigen Zivilisten zu töten, war militärtaktisch völlig unsinnig und nichts weniger als ein barbarischer Racheakt.

Die Tendenz der Alliierten, eigene Verbrechen durch den Hinweis auf Verbrechen anderer zu entschuldigen, hat weitreichende Konsequenzen. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass ihre eigenen Schandtaten verschwiegen werden oder verborgen bleiben, denn andernfalls könnten alle Seiten mit dem grossen Aufrechnen beginnen. Das wäre fatal und könnte zu einer Mentalität führen, die in alttestamentarische Barbarei zurückfällt: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Gleichzeitig führt diese Mentalität zu Strafvereitelung. Wenn beide Seiten Angst davor haben, für ihre gleichartigen Verbrechen an den Pranger gestellt zu werden, werden sie die Ahndung dieser Verbrechen in gemeinsamer Anstrengung verhindern wollen. Das beste Beispiel hierfür sind die Nürnberger Prozesse: Kein Deutscher, nicht einmal Hermann Göring, wurde für die Bombardierung englischer Städte angeklagt, geschweige denn verurteilt.

Nicht nur deswegen darf man niemals ein Verbrechen durch ein anderes relativieren oder gar rechtfertigen. Wenn ich also über Verbrechen berichte, die gegen das deutsche Volk begangen worden sind, geschieht das nicht zur Entlastung der deutschen Verbrecher. Vielmehr erachte ich es für sehr wichtig, alle Verbrechen offenzulegen, damit die aktuelle Politik daraus lernen kann und ein weiteres Aufrechnen und Verschweigen nicht mehr stattfinden wird. Die jüngste Geschichte hat gezeigt, dass das notwendiger denn je ist. Die USA und England rechtfertigen ihren Mord an einer Unzahl von Irakern und Afghanen mit früheren Morden, die in diesen Ländern stattgefunden haben. Das darf nicht sein und ist nur deshalb möglich, weil beide schon immer sehr erfolgreich darin waren, ihren Verbrechen eine positive moralische Qualität zuzuordnen. Solange Verbrechen nicht ohne Ansehen der Person des Täters oder seiner Motivation beurteilt werden, also wertfrei, wird es immer wieder Menschen geben, die sich im Recht glauben, wenn sie ein Verbrechen begehen. Die Geschichte ist voll von Beispielen, wo Menschen aus religiösen oder quasireligiösen Motiven Verbrechen begehen, im guten Glauben, gerecht zu handeln. Kein Mord kann gerecht sein oder mit einer höheren Moral begründet werden.

Noch ein Wort zu englischen oder amerikanischen Verhältnissen. Die Welt sieht sich zunehmend mit einer Amerikanisierung bzw. Anglizierung konfrontiert. Ich denke, es ist wenig hilfreich, wenn diese Wertvorstellungen vorurteilslos übernommen werden. Die Engländer, und etwas reduzierter auch die Amerikaner, sind an ihre Gesellschaftsform seit Langem gewöhnt. Solange sie nichts Besseres kennen, dürfen sie im Glauben leben, das Beste für sich zu haben. Erst wenn sie anderes erlebt haben, können sie sich ein fundierteres Urteil erlauben. Damit meine ich Engländer oder Amerikaner, die längere Zeit im Ausland gelebt haben und vielleicht sogar die Sprache ihrer Gastländer erlernt haben. Viele von diesen wollen nicht mehr zurück in ihre Heimat. Das weiss ich aus eigener Erfahrung.

Meine Freunde Jeff und Ian aus England beispielsweise lebten in München. Sie arbeiteten bei derselben Firma auf etwa der gleichen hierarchischen Stufe und waren gute Freunde. Sie tranken gemeinsam und teilten auch ihre sportlichen Aktivitäten. Aber sie hatten einen Unterschied: Jeff war der Sohn einer Putzfrau, Ian ein Spross der «Upperclass».

Eines Tages eröffnete mir Ian, er war nicht mehr ganz nüchtern, dass er zwar mit Jeff in Deutschland gut Freund sei, aber wenn er ihm in England begegnete, würde er ihn nicht einmal kennen, geschweige denn gesellschaftlich mit ihm verkehren. Das könne er sich als Mitglied der «Upperclass» zu Hause nicht erlauben, mit dem Sohn einer Putzfrau freundschaftlich zu verkehren. Er war traurig über diesen Umstand und erklärte mir, dass er unter anderem deswegen niemals mehr in England leben wolle. Diese Begebenheit ist jetzt dreissig Jahre her – und Ian lebt bis heute nicht in England.

Beide waren beeindruckt von den sozialen Strukturen in Deutschland. Sie schienen ihnen jenen in England deutlich überlegen, sowohl was den allgemeinen Umgang der Menschen miteinander wie auch die medizinische Versorgung betrifft: Jeff liess sich zum Beispiel seine Zähne sanieren, was er sich in England in dieser Qualität nicht hätte leisten können.

Für die Erhaltung der Gesellschaftsstrukturen in England und den USA sind Länder wie Deutschland sehr gefährlich, vor allem in Zeiten der Globalisierung. Deswegen drängen die USA und England darauf,

die ganze Welt nach ihrem Modell zu formen. So wird bald kein Land mehr existieren, das durch sein Beispiel Anlass für soziale Veränderungen im eigenen Land geben könnte. Das kann für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft nicht gut sein.

In diesem Sinn möchte ich dazu beitragen, den Deutschen ein etwas unvoreingenommeneres Selbstbewusstsein zurückzugeben. Gerade die jungen Menschen dürfen auch ein wenig Stolz genießen, Deutsche zu sein. Die grossen wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften, die in Deutschland ihren Ursprung fanden, dürfen nicht restlos von der Geschichte des 20. Jahrhunderts hinweggefegt werden. Ebenso wie das Wissen, dass vieles davon erst durch den freundschaftlichen Umgang zwischen Juden und Deutschen entstehen konnte. Besonders hier möchte ich einen Beitrag dazu leisten, bestehende Vorurteile durch Aufklärung aufzulösen, und vor allem jungen Menschen helfen, unvoreingenommen aufeinander zuzugehen. Das gilt für alle Nationalitäten.

Erfreulicherweise sind in den letzten Jahren immer deutlicher Tendenzen zu erkennen, dass gerade die jungen Menschen weltweit Freundschaft suchen und mit den imperialen oder revisionistischen Bestrebungen einiger Politiker nicht einverstanden sind. Die jungen Leute stellen zunehmend Fragen, die von den etablierten Politikern nicht gern beantwortet werden. Sie spüren, dass aus politischen Gründen zu viel verheimlicht wird, dass es Themen gibt, über die nicht frei diskutiert werden darf und über die man sich nur aus zweifelhaften Quellen informieren kann. Dadurch entstehen gesellschaftliche Randgruppen, die leider nur zu oft zu Gewalt neigen. Dem möchte ich entgegenwirken, indem ich Themen, die mit Tabus belegt sind, ihre Mystifizierung nehme durch eine emotionslose Offenlegung. Im Sinne einer immer besser werdenden Völkerverständigung sehe ich mich in der Pflicht, mein angesammeltes Wissen und die daraus unweigerlich folgende Toleranz so vielen Menschen wie möglich zu vermitteln. Die folgenden Auszüge aus dem Grundgesetz, der UN-Menschenrechtscharta sowie dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes bestätigen mich in meiner Auffassung, damit nichts Unrechtes zu tun.

Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland:

«Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Eine Zensur findet nicht statt.»

Artikel 19 UN-Menschenrechtscharta:

«Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung; dieses Recht schliesst die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.»

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Handyside-Urteil vom 07.12.1976 zu Artikel 10, Absatz 1 – Meinungsäusserungsfreiheit – der Europäischen Menschenrechtskommission:

«Seine Kontrollfunktion gebietet dem Gerichtshof, den Grundsätzen, die einer ‚demokratischen Gesellschaft‘ eigen sind, grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Das Recht der freien Meinungsäusserung stellt einen Grundpfeiler einer solchen Gesellschaft dar, eine der Grundvoraussetzungen für ihren Fortschritt und für die Entfaltung eines jeden einzelnen. Vorbehaltlich der Bestimmungen der Art 10, Abs. 2 gilt dieses Recht nicht nur für die günstigen aufgenommenen oder als unschädlich oder unwichtig angesehenen ‚Informationen‘ und ‚Gedanken‘, sondern auch für die, welche den Staat oder irgendeinen Bevölkerungsteil verletzen, schockieren oder beunruhigen. So wollen es Pluralismus, Toleranz und Aufgeschlossenheit, ohne die es eine ‚demokratische Gesellschaft‘ nicht gibt.»

Ich habe dieses Buch nicht geschrieben mit dem Anspruch, irgendwelche «Wahrheiten» mit wissenschaftlicher Absolutheit zu «beweisen». Ich will provozieren zu Diskussionen, die frei sind von «politischer Korrektheit», und so neue Wege zu Frieden und Freiheit für alle aufzeigen können. Wie Einstein ganz richtig formuliert hat, können Probleme niemals mit derselben Denkweise gelöst werden, durch die sie entstanden sind. Die Verhärtung der weltweiten Konflikte und de-

ren scheinbare Unlösbarkeit verlangen danach, zumindest jeden Versuch zu unternehmen, durch provokative Thesen neue Denkinhalte anzuregen. Ich hoffe, mit diesem Buch einen Beitrag leisten zu können, durch eine etwas andere Verknüpfung der geschichtlichen Abläufe alte Vorurteile zu revidieren und auf diese Weise einen Weg zu finden, Hass und Feindschaft zu überwinden. Vor allem Araber und Juden können nur dann ihre Konflikte beiseitelegen, wenn sie in ihrem Bewusstsein verankern, dass sie beide Opfer einer menschenverachtenden imperialen Politik geworden sind.

Die Welt muss ihren Weg überdenken, Sicherheit nur durch immer tödlichere Waffen und Beschränkungen der persönlichen Freiheit schaffen zu wollen. Alle Menschen wollen in Frieden und Freiheit leben. Es gibt also ein gemeinsames Ziel für die Menschheit, demzufolge muss es auch möglich sein, dieses Ziel in gemeinsamer Anstrengung zu erreichen. Der «Weltfrieden» wird immer wieder als naiver idealistischer Traum belächelt. Das darf nicht sein. Er muss unser aller erklärtes Ziel sein, und wir dürfen uns nicht scheuen, alte «Wahrheiten» auf dem Weg dorthin infrage zu stellen.

Die folgenden beiden Zitate aus britischen Zeitungen zeigen, dass es selbst unter dem Eindruck schrecklicher Kriege oder der positiven Aufarbeitung deren Folgen immer noch Menschen gibt, die überkommene und friedenshemmende Standpunkte nicht aufgeben wollen.

«Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden.»

LONDON TIMES, 1919

«Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir die deutsche Vormachtstellung in Europa nicht akzeptieren können.»

SUNDAY CORRESPONDENT, 16. September 1989

1. Europäische Nationen im Vergleich

«Die Erinnerung ist das Geheimnis der Erlösung.» (aus dem Talmud)

Deutschland ist das geografische Zentrum Europas. Dieser Fakt bedingt die Geschichte und den Charakter Deutschlands und des deutschen Volkes. Und damit bin ich schon bei dem ersten zweifelhaften Begriff: deutsches Volk. Von einem deutschen Volk im Sinn einer rassischen Definition zu sprechen, wäre unsinnig. Das Einzige, was das deutsche Volk tatsächlich gemeinsam hat, ist die deutsche Sprache. Natürlich hat es immer wieder Versuche gegeben, den Begriff einer deutschen Rasse zu definieren und zu missbrauchen. Es ist nur logisch, dass derartige Versuche zu den bekannten Katastrophen führen mussten, weil eine offensichtlich falsche Doktrin nur mit massiver Propaganda und letztlich Gewalt aufrechterhalten werden kann.

Das, was die Deutschen vom Rest Europas unterscheidet, ist die vielfältige Mischung. Wenn man nur weit genug in den Ahnentafeln zurückgeht, so wird man feststellen können, dass es in Deutschland niemanden ohne Migrationshintergrund gibt. Die bekannte Historie belegt diese These, auch ohne in alle Details gehen zu müssen: Vor etwa 2.000 Jahren kamen die Römer nach Deutschland. Es ist zwar faktisch nicht richtig, an dieser Stelle von «Deutschland» zu sprechen, da es ein solches zu jener Zeit noch gar nicht gab, dennoch werde ich diesen Begriff weiterhin als geografische Definition gebrauchen.

Die Römer waren keinesfalls nur Römer, schon bei ihnen gab es eine bemerkenswerte Herkunftsvielfalt. Sie selbst haben aufgrund ihrer imperialen Strategie Menschen aus der ganzen damals bekannten Welt in ihr Reich integriert: Griechen, Ägypter und Nordafrikaner, die teilweise auch negroider Herkunft waren. Ebenso natürlich Bewohner des nahen und mittleren Ostens sowie selbstverständlich auch Juden, semitische Juden.

Das Imperium Romanum hat sich eine ganze Weile in Deutschland, damals Germanien, häuslich eingerichtet. Es ist nicht anzunehmen, dass sich die Römer während ihres Aufenthaltes dort den eingeborenen Frauen verweigert hätten. Im Gegenteil muss man davon

ausgehen, dass sich Verbindungen zwischen den siegreichen römischen Legionären und germanischen Frauen ergeben haben. Ganz abgesehen davon, dass sicherlich auch das gewalttätige Recht des Siegers die eine oder andere Niederkunft zur Folge hatte. So wurde spätestens vor 2.000 Jahren eine rassische Vielfalt in Deutschland begründet.

Aber auch schon vorher bewohnten unterschiedliche Völker den Raum, der heute Deutschland ausmacht. Es gab Menschen keltischen, germanischen, fränkischen und normannischen Ursprungs, auf die die Römer trafen. Diese sind ebenfalls schon gewandert und haben sich so vermischt. Die weitere Betrachtung zeigt, dass die vergangenen 2.000 Jahre einen steten Zufluss frischen Blutes nach Deutschland gebracht haben: Mal kamen die Tataren auf ihren Wanderungen bis nach Deutschland, mal waren es die Schweden oder die Türken. Und jedes Mal, wenn fremde Männer durch das Land zogen, haben die Stärksten und Besten ihre Samen zurückgelassen.

Die Vermischung war damit noch lange nicht beendet. So war es das gesamte Mittelalter hindurch üblich, dass Handwerksgesellen auf Wanderschaft gingen, um irgendwo ein Meisterstöchlein zu ehelichen und eine neue Heimat zu finden. Sie nahmen auf ihrem Weg keine Notiz von damals ohnehin kaum existierenden Grenzen, sondern bewegten sich frei und oft sehr weit in ganz Europa. Spätere Zeiten brachten ganze Völker auf der Suche nach Arbeit und Brot von einem Ort zum anderen: Augsburger nach Südtirol und Polen ins Ruhrgebiet – um nur zwei Beispiele von vielen zu nennen. Die neuere Zeit hat italienische Baumeister nach Deutschland gebracht, die selbstverständlich Handwerker in ihrem Gefolge hatten. Viele blieben hier aus persönlichen Gründen.

Allein meine persönliche Herkunft beschreibt die Vielfalt in Deutschland: die Urgrossmutter aus Frankreich, die Urgrossmutter aus Prag, der Urgrossvater aus Böhmen, der Grossvater aus Mitteldeutschland. Das ist die Linie mütterlicherseits, in der sich auch Franz Kafka findet. Vom Vater kommen Wurzeln aus Weissrussland, Moldawien, Russland und der Ukraine. Man könnte salopp sagen: von jedem Dorf ein Hund. Und ich hatte das Glück, in München das Licht der Welt zu erblicken. So bin ich Deutscher – und ich bin froh darum.

Die zentrale Lage Deutschlands hat deutsches Brauchtum geprägt. Die mangelnde deutsche Gastfreundschaft wird oft beklagt, oder anders gesagt, sind wir Deutschen oft von der Gastfreundschaft fremder Völker überwältigt. Wie kommt es zu dieser unterschiedlichen Entwicklung der Gastfreundschaft? Die Erklärung ist sehr einfach: Wenn in abgelegenen Gebieten Randeuropas Fremde vorbeikamen, so brachten sie neue Nachrichten, Waren und Fertigkeiten mit und waren eine Bereicherung für den Alltag. Anders in Deutschland. Fremde waren allzu oft die Quelle von Gewalt, Zerstörung und unerwünschter Veränderung. So ging es den Menschen in Deutschland normalerweise besser, wenn keine Fremden auftauchten. Dementsprechend ist es nur logisch, dass die deutsche Gastfreundschaft «unterentwickelt» ist. Andererseits musste der Deutsche ein hohes Mass an Anpassungsfähigkeit, ja, manchmal schon Duldsamkeit entwickeln, um mit der Fülle fremder Einflüsse leben zu können.

In den Randgebieten Deutschlands, wo Menschen mit unterschiedlicher Sprache aufeinandertrafen, war es normal, dass man mehrere Sprachen lernte. Die moderne Wissenschaft hat mittlerweile eine alte Vermutung bestätigt: Menschen, die mehrsprachig aufwachsen, entwickeln eine höhere Intelligenz als einsprachige. So hat auch dieser Faktor zur positiven Entwicklung Deutschlands beigetragen, ganz besonders, weil Deutschland durch seine zentrale Lage rundherum von fremden Sprachgebieten umgeben ist. Erst im 20. Jahrhundert ging dieser Vorteil weitgehend verloren, weil teilweise undurchdringliche Grenzen wie der sog. «Eiserne Vorhang» einen natürlichen zwischenmenschlichen Austausch verhinderten. Aber bis dahin konnte sich Deutschland in einer Vielfalt entwickeln, die zu den grossen Leistungen der Kunst, der Philosophie und der Wissenschaft geführt hat, die in Deutschland ihren Ursprung fanden. So hatte Deutschland zum Ende des 19. Jahrhunderts eine führende Position in Europa erreicht, obwohl das Gebilde, das «Deutsches Kaiserreich» genannt wurde, erst sehr jung war im Vergleich zu etablierten Nationen wie England oder Frankreich.

Auf die deutsche Sprache an sich muss man ebenfalls einen Blick werfen. Dass es sie überhaupt noch gibt und dass sie noch dazu die am weitesten verbreitete in Europa ist, ist zwar eine Tatsache, aber

nicht unbedingt logisch. Man könnte sich auch eine Entwicklung vorstellen, die zur Verdrängung der deutschen Sprache und schliesslich ihrer Eliminierung geführt hätte. Wenn sich die Deutschland umgebenden Sprachen ausgebreitet hätten, so wäre irgendwann kein Deutsch mehr übrig geblieben. Das Gegenteil war der Fall. Der Grund hierfür liegt wahrscheinlich darin, dass die deutsche Sprache denselben Einflüssen der Vielfalt ausgesetzt war wie die Menschen in Deutschland. So konnte sich die deutsche Sprache auf das hohe Niveau entwickeln, das ihr ihren Bestand in Zentraleuropa sichert. Die Eindeutigkeit, Genauigkeit und Komplexität der deutschen Sprache fördern die Intelligenz und die analytischen Fähigkeiten ihrer Benutzer. Neueste Untersuchungen haben gezeigt, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der Sprache oder den Sprachen, mit der bzw. denen ein Kind als Erstes konfrontiert wird, und seiner Intelligenz. Je einfacher die Muttersprache ist, umso weniger wird das kindliche Gehirn angeregt, komplexe Synapsenvernetzungen herzustellen. So hat die deutsche Sprache ihren Anteil an der Entwicklung Europas.

Die Vielfalt der Einflüsse, die auf Deutschland eingewirkt haben, macht es nur logisch, dass ein Gebilde wie ein deutscher Nationalstaat – im Gegensatz zu Frankreich, England oder Spanien – erst ziemlich spät entstehen konnte. Und dieser Nationalstaat hat auch niemals die geradezu monolithische Einigkeit erreicht, welche Staaten mit homogeneren Bevölkerungsstrukturen zu eigen ist. So ist es keineswegs verwunderlich, dass der Pazifismus in Deutschland entstanden ist. Realistisch betrachtet, ist für Deutschland ein Krieg mit seinen Nachbarn immer ein Bruderkrieg. Jeder deutsche Soldat muss sich dessen gewahr sein, dass er, wenn er auf einen Soldaten eines Nachbarlandes schießt, mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Vetter, wievielten Grades auch immer, in Lebensgefahr bringt. Das Gleiche gilt, natürlich in geringerer Masse, auch für die Soldaten unserer Nachbarstaaten.

Die Königshäuser sind über Jahrhunderte in ganz Europa miteinander verwandt. Wenn in Europa Kriege stattfanden, so müssen Kräfte am Werk gewesen sein, die sich über die gesamteuropäische Verwandtschaft hinweggesetzt und nur brutal-egoistische Machtinteressen verfolgt haben oder die an der europäischen Verwandtschaft nur geringfügig beteiligt waren. Und so müssen wir die Entwicklung ande-

rer Staaten Europas betrachten: Je weiter Staaten vom Zentrum Europas entfernt sind, desto geringer wird die rassische Vielfalt, weil die Züge der Migrationsbewegungen sie nicht oder nur wenig berührt haben. Durch die Insellage bedingt, steht hier England ganz oben.

In früher Zeit hatte England noch eine gewisse Vielfalt: Die Wikinger kamen ab und zu vorbei, es gab einen gälischen und einen keltischen Stamm, und dann waren auch die Römer dort und haben ihren Limes gebaut. Selbst einige Sachsen und Franken haben ihren Weg auf die Insel gefunden. Aber dann war Schluss. Man kann sagen, dass England seit etwa 1.000 Jahren in geradezu inzestoider Abgeschlossenheit seine Entwicklung genommen hat.

Die Engländer verstärkten durch ihr Selbstverständnis noch die Isolation ihrer Entwicklung. Selbst wenn die Möglichkeit gegeben war, verbot ihnen ihre Arroganz jede Promiskuität mit fremden Völkern. Im Gegensatz zu den Holländern war bei den Engländern jede Verbindung mit Menschen aus den Kolonien gesellschaftlich geächtet. Wer dem Drang des Verlangens oder der Liebe nachgegeben und eine Frau nicht englischer Herkunft gehehlicht hatte, konnte praktisch nicht mehr in das Mutterland zurückkehren, weil dieser Akt den Ausschluss aus der feinen Gesellschaft zur Folge hatte. Er hätte seinen Club nicht mehr betreten dürfen.

So hat England eine Entwicklung hinter sich, die sich grundsätzlich von jener Deutschlands unterscheidet. Diesen Fakt darf man keinesfalls ausser Acht lassen, wenn man die Geschichte des 20. Jahrhunderts vorbehaltlos betrachtet.

In England gab es auch Juden. Diese waren nicht nur wohlgekommen, um es vorsichtig auszudrücken. In englischen Geschichtsbüchern kann man nachlesen, dass bereits im 12. Jahrhundert in London Pogrome stattfanden. Man wehrte sich gegen die Macht, die jüdische Kaufleute über das englische Königshaus gewonnen hatten. Dabei ging man, der Zeit entsprechend, wenig zimperlich vor. Im weiteren Verlauf wird immer wieder von Konflikten berichtet, wenn die Macht des jüdischen Geldadels über das englische Königshaus zu offensichtlich wurde.

Bevor ich näher auf die Juden in Europa eingehe, noch einige Gedanken zu Frankreich. Napoleon hat ganz Europa mit Eroberungskriegen überzogen. Er hat sich auch, keineswegs nur erfolgreich, mit dem Erbfeind England geschlagen. Napoleon hat aber nicht nur Tod und Verderben über Europa gebracht, er hat ebenso die Grundlage des deutschen Rechtsstaates verbreitet: den Code Napoléon.

Der Code Napoléon ist das Ergebnis einer Entwicklung in Frankreich, für das die ganze Welt den Franzosen zu Dank verpflichtet ist. Liberté, Egalité, Fraternité – diese Leitworte der Französischen Revolution sind die Grundlage aller freiheitlichen Verfassungen. Und ich weise hier extra darauf hin, dass das Original der Freiheitsstatue in Paris steht. Das bekanntere Exemplar in New York ist lediglich eine Kopie und ein Geschenk der Franzosen an die Amerikaner. Leider haben die Amerikaner, die sich bis heute nicht von der englischen Dominanz befreien konnten, mit der Statue nicht zugleich auch die Rechtsgrundsätze des Code Napoléon übernommen.

Sowohl Amerika als auch die Engländer haben es im 19. Jahrhundert versäumt, ihren Völkern ein wirklich modernes, demokratisches Rechtssystem zu schenken. Beide Länder verfügen bis heute über ein verquastetes Rechtssystem, das in wesentlichen Teilen nicht die Rechtssicherheit bietet, die nur ein System garantieren kann, dessen Basis ein eindeutig formuliertes Gesetzbuch ist. In England und den USA gilt das sogenannte Prinzip der Rechtsfortschreibung. Das bedeutet, dass ein Richter für seine Urteilsfindung nur sehr bedingt an ein Gesetzbuch gebunden ist. Wesentlich bindender sind für ihn bereits ergangene Urteile, die dem Fall seiner Entscheidung ähnlich sein könnten. Dabei ist die Qualität des alten Urteils von untergeordneter Bedeutung. Auch die Frage, ob ein Urteil von «achtzehnhundert-irgendwann» wegen mangelnder Aktualität überhaupt noch zitiert werden sollte/dürfte, wird nicht gestellt.

England wurde von den napoleonischen Feldzügen nur insofern berührt, als dass Napoleon die militärische Präsenz – und damit das imperiale Ausbreitungsbestreben – der Engländer in Kontinentaleuropa beendet hat. Davon hat sich England nie wieder erholt und wir dürfen den Franzosen dafür dankbar sein. Dass das englische Königshaus eine Einführung des Code Napoléon in England verhindern musste, liegt auf der Hand. Erstens stammte er aus dem Land des

Erbeindes und zweitens hätte er den Bürgern Englands Freiheiten garantiert, welche die Macht der Royals deutlich eingeschränkt hätten. So haben wir im vereinigten Europa den Zustand, dass die Rechtssysteme aller Länder auf dem Code Napoléon basieren – ausgenommen England. Inwiefern sich England vom Rest des vereinten Europa auch in anderen Dingen unterscheidet, werde ich später noch eingehend beleuchten. Die jungen USA allerdings hätten sich auf der Suche nach einer Staats- und Rechtsform, die ihren Bürgern maximale Freiheit und Sicherheit garantiert, sehr wohl am Code Napoléon orientieren können. Dass sie das nicht getan haben, ist wohl auf das Wirken einflussreicher Kreise englischer Abstammung zurückzuführen.

Nun zu den Juden in Europa. An dieser Stelle muss als Erstes ein wichtiger Unterschied klargelegt werden: Es gibt in den europäischen Staaten Bürger jüdischen Glaubens und Bürger jüdischer Abstammung. Um diesen Unterschied zu verstehen, muss man sehr weit in die Geschichte zurückgehen. Der nun folgende Kapitelabschnitt ist eine kurze Zusammenfassung der ausführlichen Darstellung eines Artikels unter dem Titel: *«Spurensuche im Wüstensand. Vom Ursprung der Hebräer und weshalb die heidnischen Khasaren, ein Hunnenvolk, zu den eigentlichen Stammvätern der heutigen Juden wurden»*, erschienen in: ZeitenSchrift Nr. 10, S. 50 ff. [Zeiten-Schrift Verlag Seiler & Co, Rotkreuz/Schweiz]:

Vor ungefähr 5.000 Jahren zog ein wild zusammengewürfelter Haufen arabischer Herkunft unter seinem Führer Habr von einem Gebiet los, das ungefähr dem heutigen Jemen entspricht. Sie überquerten das Rote Meer nach Äthiopien und wurden bald nach ihrem Führer «Hebräer» genannt. Sie zogen weiter und liessen sich im Gebiet des heutigen Uganda nieder. Die Umstände wollten es, dass die Hebräer einen Konflikt mit den Ägyptern hatten. Es kam zum Krieg und die siegreichen Ägypter versklavten die Hebräer, wie es damals so üblich war. Dann kam die Geschichte mit Moses, die allgemein bekannt ist. Das ist der Ursprung der arabischen, also semitischen Juden. Sie werden auch als «sephardische» Juden bezeichnet.

Die Geschichte des anderen Zweiges der Juden, der «aschkenasischen» Juden, zitiere ich direkt aus dem Lexikon «The Jewish Encyclopedia»:

«Die Khasaren sind ein Volk türkischer Abstammung, deren Leben und Geschichte mit dem Entstehen der jüdischen Geschichte in Russland verflochten ist. Aus der Türkei kommend, waren die Khasaren eine Gruppe von Steppennomaden, deren Leben aus Plünderungen und Rachefeldzügen bestand. In der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts zogen die Khasaren in Richtung Westen und liessen sich im gesamten Süden Russlands nieder, lange vor dem Entstehen der russischen Monarchie der Waräger (855 n. Chr.). Zu diesem Zeitpunkt stand das khasarische Königreich auf dem Höhepunkt seiner Geschichte und befand sich ständig im Krieg. Es gab eigentlich keinen Zeitpunkt seit dem Entstehen der Khasaren, an dem sie nicht im Krieg standen. Das Reich der Khasaren beherrschte weite Gebiete vom Schwarzen bis zum Kaspischen Meer und vom Kaukasus bis zur Wolga.

Ende des 8. Jahrhunderts traten der Chagan, der König der Khasaren, seine Herren und ein grosser Teil seines Volkes der jüdischen Religion bei. Der Grund dafür war eine prekäre Lage zwischen dem Oströmischen Reich und den siegreichen Anhängern Mohammeds. Beide verlangten von den Khasaren, ihrer Religion (Christentum oder Islam) beizutreten, doch die Khasaren wählten, beides ablehnend, den Judaismus. In den folgenden zwei Jahrhunderten trat nicht nur ein grosser Teil des khasarischen Volkes der jüdischen Religion bei, sondern bis Mitte des 9. Jahrhunderts hatten sogar alle Khasaren die jüdische Religion angenommen.

Es war ein Thronfolger von Bulan, namens Obadiah, der das Königreich auffrischte und die jüdische Religion verstärkte. Er lud jüdische Gelehrte dazu ein, sich in seinem Königreich niederzulassen, und gründete Synagogen und Schulen. Das Volk wurde in die Bibel, in die Mischna und in den Talmud eingeführt und die Khasaren verwendeten die hebräische Schrift. In der Sprache behielt jedoch die Muttersprache der Khasaren die Oberhand.

Obadiah gab seinen Thron an seinen Sohn Hezekiah weiter, dieser seinen wiederum an seinen Sohn Manasseh, und Manasseh an Hannukah, einen weiteren Sohn von Obadiah. Hannukah übergab seinen

Thron an seinen Sohn Isaak, Isaak an seinen Sohn Moses (oder Manasseh II.), der wiederum an seinen Sohn Nisi und Nisi an seinen Sohn Aaron II. König Joseph selbst war der Sohn von Aaron und bestieg den Thron nach dem Thronfolgerecht der Khasaren.

Die russischen Waräger etablierten sich in Kiew, bis zur letzten Schlacht gegen die Khasaren. Nach einer harten Schlacht besiegten die Russen die Khasaren und vier Jahre später eroberten die Russen das komplette khasarische Reich östlich des Asov.

Viele Mitglieder der khasarischen Königsfamilie sind nach Spanien ausgewandert, einige gingen nach Ungarn, doch der Grossteil des Volkes blieb in seinem Reich.» (Jewish Encyclopedia, Volume IV, article on Chazars, S. 1 ff.)

Wie jüdische Quellen feststellen, ist die Anzahl der aschkenasischen Juden in der Gegenwart etwa zwanzigmal höher als die der sephardischen. Und, auch hier herrscht Einigkeit, die aschkenasischen Juden sind keine Semiten. So ist es nicht verwunderlich, dass, wenn von «Juden» gesprochen wird, im Allgemeinen an aschkenasische und nicht an sephardische gedacht wird. Die sephardischen, die wirklich in der Diaspora leben, sind eher unauffällig, im Gegensatz zu den aschkenasischen, die sich mehr freiwillig im Rest der jeweils bekannten Welt ausbreiteten. Wenn man also von «Juden» spricht, so liegt man meist richtiger, wenn man von «Bürgern jüdischen Glaubens» spricht.

Die Lehre des jüdischen Glaubens beinhaltet für seine Anhänger eine Fülle von strengen Regeln, so unter anderem die Regel zur Reinhaltung der Rasse – jegliche Vermischung mit Nichtjuden ist verboten. Die Lebenserfahrung zeigt nun, dass ein Konvertierter oftmals besonders streng mit seiner neu gewonnenen Überzeugung umgeht. So ist es nicht verwunderlich, dass, obwohl viele Juden in fremden Ländern leben, eine echte Integration selten stattfindet. Dadurch, dass sie aufgrund ihrer Religion eine Vermischung mit anderen Völkern vermeiden, nehmen sie sich die Chancen einer Entwicklung durch Vielfalt. Andererseits würden Juden wohl nur noch als Begriff in Geschichtsbüchern auftauchen, wenn sie sich auf ihren Wanderungen durch die Länder der Welt eine vollständige Integration gestattet hätten, da ja ein echtes Heimatland nicht existiert.

Die jüdische Religionslehre regelt auch den Umgang mit Nichtjuden – diese Regeln sind gegenüber einem Nichtjuden wenig freundlich. Es wird grundsätzlich ein fester Zusammenhalt aller Juden gegenüber Nichtjuden gefordert. Wird diese Regel stringent eingehalten, so muss das über kurz oder lang zu Konflikten führen. Weit schlimmer ist jedoch, dass diese Aussenwirkung der Juden manipulativ gegen sie verwendet werden kann. So ist die Geschichte voll von Beispielen, wie die Auswirkungen eigener Versäumnisse oder Untaten den Juden «in die Schuhe geschoben» wurden. Wahrscheinlich ist dieser Umstand aber noch wesentlich folgenschwerer. Ich werde versuchen, in meinem Buch den Beweis zu führen, dass die Juden das am meisten missbrauchte Volk für die Machtinteressen ganz anderer Hintermänner sind.

An der Stelle möchte ich noch einmal die philosophische Grundhaltung betonen, von der ich mich in meiner kritischen Auseinandersetzung durchgängig leiten lasse. Man darf niemals ein Unrecht gegen ein anderes aufrechnen. Es ist aber nicht weniger verwerflich, nur das Unrecht von einer Seite ständig in Erinnerung zu halten und das der anderen Seite zu negieren oder gar totzuschweigen. Revanchismus in jeder Form ist abzulehnen, weil das nur zu neuem Unrecht führen kann. Aber es muss geradezu gefordert werden, an Dinge zu erinnern, die eine Siegerjustiz lieber unerwähnt sähe.

Wenn man von «verfeindeten Völkern» spricht, so ist das propagandistischer Unsinn. Wenn Völker feindlich gegeneinander antreten, dann nur, weil sie für die Machtinteressen ihrer Potentaten kämpfen müssen. Kommen Individuen fremder Völker miteinander in Kontakt, so geschieht das in aller Regel freundlich. Die Wahrscheinlichkeit für eine freundliche Begegnung mit einem Ausländer liegt sogar höher als beim Kontakt mit einem Landsmann, wie mir meine Erfahrung als Weltreisender gezeigt hat.

Man darf nicht pauschal über «die Deutschen», «die Engländer» oder sonst eine Nation urteilen. Jedes Volk besteht aus einer Vielzahl von Individuen, und jedes einzelne hat seine ganz besonderen Charaktereigenschaften. Die überwiegende Mehrzahl der Menschheit hat ein ganz einfaches gemeinsames Bestreben: in Frieden und Wohlstand glücklich zu leben! Dennoch werde auch ich weiterhin von «den

Engländern» und «den Deutschen» sprechen müssen, aber im Sinne eines machtpolitischen Gebildes. Und ich will auch nicht in Abrede stellen, dass man einzelnen Völkern besonderes Brauchtum zuordnen kann, welches bei diesen in einer statistisch auffälligen Häufigkeit zu beobachten ist.

Leider gibt es immer und überall eine kleine Minderheit, die sich mit dem friedlichen Streben nicht zufriedengibt. Solche Menschen brauchen zu ihrem Glück das Gefühl, möglichst viel Macht über andere ausüben zu können. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es ihnen gleichgültig, wie viele andere sie ins Unglück stürzen oder gar umbringen. Gerade die jüngere Geschichte hat gezeigt, dass dieserart Menschen auch keine Skrupel haben, den Tod von Millionen anderer Menschen zu verursachen.

Diejenigen, die am meisten und skrupellosesten nach Macht gieren, zählen in der Regel nicht zu den brilliantesten Exemplaren der Gattung Mensch. Wären sie wirklich Geistesgrößen, dann könnten sie eine Stellung innerhalb der Gesellschaft erreichen, ohne das Streben nach Macht an die erste Stelle ihrer Bemühungen zu setzen. Die Beobachtung hat gezeigt, dass vor allem Individuen, die von der Natur mit einer wenig beeindruckenden Körperlichkeit ausgestattet wurden, versuchen, diesen Mangel durch Machtstreben zu kompensieren. Aber ich werde nicht müde, immer wieder zu betonen, dass das Vorkommen dieses Typus nicht an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe gebunden ist. Ein erfahrener Kollege hat einmal etwas grob formuliert: «Die Summe der Arschlöcher bleibt konstant, quer durch alle Altersgruppen.» Diesen Satz darf man erweitern auf die gesamte Menschheit.

Die friedliche Mehrheit muss es sich zur Aufgabe machen, nicht mehr zuzulassen, dass eine machthungrige Minderheit sie unterdrückt, kontrolliert, manipuliert und ins Unglück stürzt. Damit diese Aufgabe bewältigt werden kann, ist es wichtig, aus der Geschichte zu lernen. Nicht in dem Sinne, dass Jahreszahlen und Details mechanisch auswendig gelernt werden, sondern dass Geschichte vorbehaltlos offengelegt und in ihrem Zusammenhang verständlich gemacht wird. Der Wahnsinn muss ein Ende haben, dass unter dem Deckmantel der Geheimhaltung und der «nationalen Sicherheit» Aufzeichnungen über Jahrzehnte oder für immer unter Verschluss bleiben – denn nicht die nationale Sicherheit wird hierdurch geschützt, sondern aus-

schliesslich die Sicherheit der Personen und Parteien, die ihre verbrecherischen Handlungen verbergen müssen, um nicht von der Justiz zur Rechenschaft gezogen zu werden. Es ist fatal, wenn nur dem Sieger das Recht zusteht, die Geschichtsschreibung zu bestimmen. So hat er die Möglichkeit, die Motive für sein Handeln zu verbergen, und nimmt der Menschheit die Chance, aus der Geschichte zu lernen auf dem Weg hin zu einer friedlichen und sozialen Gesellschaft. Gleichzeitig werden Schuldzuweisungen festgeschrieben, die in ihrer Einseitigkeit objektiv nicht haltbar sind und die zur Stigmatisierung ethnischer Gruppen führen.

Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, die Geschichte des 20. Jahrhunderts anders zu beleuchten. Ich denke, die offizielle Geschichtsschreibung, die von starren Dogmen geprägt ist und deren Infragestellen teilweise unter Strafe steht, wird der Wahrheitsfindung nicht gerecht.

2. Das 20. Jahrhundert

«Die Geschichte wird freundlich mit mir umgehen, denn ich habe vor, sie zu schreiben.» (Winston Churchill)

Man könnte dem Eindruck erliegen, dass im 20. Jahrhundert weit mehr Menschen durch die Einwirkung anderer Menschen zu Tode gekommen sind als in der gesamten Zeit davor. Das ist falsch. Die Geschichte des zweiten Jahrtausends beschreibt Genozide, durch Gewalt oder gewaltsam herbeigeführte Hungersnöte, welche die Zahlen des 20. Jahrhunderts bei Weitem übersteigen. Also kann man annehmen, dass sich die humanistischen Werte doch ein wenig positiv auf den Verlauf des 20. Jahrhunderts ausgewirkt haben. Dem steht gegenüber, dass es wohl noch niemals in der Geschichte der Menschheit einen Zeitabschnitt gab, in dessen Verlauf mehr gelogen, betrogen und verschleiert wurde. Die scheinbar unabhängige Vielfalt der Informationsgesellschaft entpuppt sich bei genauerem Hinsehen schnell als das Diktat einer monopolistischen Medienmacht. Nur das, was den Interessen der Mächtigen nicht schaden kann, hat eine Chance, durch den Filter der Medienriesen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Um die Vorgänge des 20. Jahrhunderts beurteilen zu können, ist es sinnvoll festzustellen, wer vom Verlauf der Geschichte des 20. Jahrhunderts profitiert hat. Ich stelle einen Vergleich zwischen den Jahren 1900 und 2000 an den Anfang meiner Betrachtungen. Das Jahr 2000 nehme ich hierbei nicht so ganz genau, sondern beziehe den Zustand bis zur Gegenwart mit ein. Das ist notwendig, weil sich die Entwicklungen in den frühen Jahren des 21. Jahrhunderts noch einmal beschleunigt haben und vieles schärfer zeigen, als das im Jahr 2000 sichtbar war.

Der Zustand der Welt im Jahr 1900:

In Europa herrschte Frieden.

Mit dem Inkrafttreten des 1896 verabschiedeten Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) und des Handelsgesetzbuches (HGB) verfügte das

Deutsche Reich erstmals über eine einheitliche Gesetzgebung.

Das Invalidenversicherungsgesetz trat in Kraft; es regelte zugleich die Altersversicherung.

Auf der Vulkanwerft in Stettin lief das Handels- und Passagierschiff «Deutschland» vom Stapel. Mit 208,5 m Länge, 20,4 m Breite und 33.000 PS war der Doppelschraubendampfer das grösste und stärkste deutsche Schiff, das im Juli das «Blaue Band» für die schnellste Atlantiküberquerung eroberte.

England annektierte im März im sogenannten «Burenkrieg» den Oranje-Freistaat.

Im Frühjahr und Sommer führten die Attacken der Boxerbewegung in China gegen Ausländer und chinesische Christen zu einem Krieg zwischen China und der Allianz von acht Staaten (bestehend aus dem Deutschen Reich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Russland und den USA), der mit dem Abschluss des sogenannten «Boxerprotokolls» im September 1901 endet. Diesen Vorgang im fernen China erachte ich als sehr bemerkenswert, haben doch hier Nationen, die wenig später erbitterte Vernichtungskriege gegeneinander führen, in Eintracht ihre gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen verteidigt.

Deutschland erlebte eine bis dahin nicht gekannte Dynamik. Der Begriff «Kraftmeier» wurde geprägt, um die Potenz und das Selbstbewusstsein der deutschen Industriellen zu beschreiben. Deutsche Produkte eroberten die Weltmärkte und das Prädikat «Made in Germany» wurde – völlig konträr zum intendierten Ziel – zu einem Gütesiegel für Qualitätsprodukte. «Made in Germany» wurde ein Jahrzehnt zuvor in England deutschen Produkten aufgedruckt, um die Engländer vom Kauf dieser Waren abzuhalten und damit die englische Industrie vor der Konkurrenz aus Deutschland zu schützen. Das war notwendig geworden, weil bereits zu dieser Zeit die englische Industrie international nicht mehr konkurrenzfähig war. Speziell Deutschland und die USA hatten die einst führende Industrienation England durch eine geschickte Investitionspolitik übertroffen. England erlitt durch seine kranke Industrie-, Geld- und Innovationspolitik ein stetig wachsendes Außenhandelsdefizit, das dazu führte, dass das britische Pfund erstmalig seit 400 (in Worten: vierhundert!) Jahren eine Inflationstendenz zeigte.

Im Jahr 1900 umfasste das «British Empire» 20 Prozent der Landmasse der Erde und 23 Prozent ihrer Bevölkerung. Laut C. A. Bayly's «Atlas of the British Empire», Seite 170/1, hat England Exporte in Höhe von 311 Millionen Pfund getätigt. Dem standen Importe in Höhe von 547 Millionen gegenüber. England erlebte durch das Defizit von 236 Millionen Pfund in der Aussenhandelsbilanz eine ernsthafte Bedrohung seiner Existenz als Weltmacht.

Diese Bedrohung konnte dadurch aufgefangen werden, dass London immer noch der Finanzplatz Nummer eins in der Welt war. Mithilfe einer reinen Geldschöpfung durch die Bank of England konnte das gigantische Aussenhandelsdefizit zumindest eine Zeit lang verschleiert werden. Es war aber vor allem den Engländern selbst vollkommen klar, dass dieser Zustand auf Dauer nicht haltbar sein konnte und dass das Britische Pfund durch Inflation zerstört werden würde, wenn nicht drastische Massnahmen ergriffen werden.

In ganz Europa lebten die Menschen in grösseren Familienverbänden zusammen. Wenn sie nicht zu den wenigen Privilegierten gehörten, mussten sie sich mit bescheidenen, beengten räumlichen Verhältnissen begnügen. Die Religion hatte eine bestimmende Rolle in vielen Bereichen des täglichen Lebens. Man war aufeinander angewiesen und die Individualität hatte in der einfachen Bevölkerung keine grosse Bedeutung. Besonders in Deutschland, aber auch anderswo, entstanden öffentliche Bauwerke und grosse Wohnanlagen, die noch heute den Charakter und die Schönheit der Städte definieren – sofern sie nicht durch Bomben zerstört wurden.

Wie man der «Jewish Encyclopedia» von 1901 bis 1906 entnehmen kann, lebten in Europa ohne Russland etwa 5 Millionen Juden. Diese verteilten sich auf die wichtigsten Länder wie folgt: Österreich-Ungarn und Polen zusammen ca. 3,4 Mio., Deutschland ca. 0,6 Mio., Frankreich 0,1 Mio. und England ca. 0,25 Mio.

In Russland allein lebten ca. 3,9 Millionen Juden und hatten damit einen Anteil von 3,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Interessanterweise konnte ich keine seriöse Quelle ausfindig machen, die die Verteilung der Juden in Österreich-Ungarn und Polen genauer aufschlüsselt. Das wäre schon relevant, zumal der Anteil an der Gesamtbevölkerung dort 6 Prozent übersteigt, wo er sich sonst in Europa um oder deutlich unter einem Prozent bewegt.

Zusammenfassend kann man über das Jahr 1900 sagen: Die ganze Welt erlebte eine rasante positive Entwicklung, die vor allem durch die Entstehung neuer Technologien beeinflusst war und den Aufbau sozial-karitativer Systeme erlaubte – ausgenommen England, oder hier einmal explizit: das British Empire. Die Vormacht Englands in Europa war vom dynamisch aufstrebenden Kaiserreich Deutschland übernommen worden. England drohte in die wirtschaftliche und somit politische Bedeutungslosigkeit zu versinken. Amerika spielte weltpolitisch noch keine bemerkenswerte Rolle.

Die Betrachtung der territorialen Flächenaufteilung Europas bezüglich der Nationalstaaten zeigt noch ein weiteres Problem Englands: Die natürliche Begrenzung als Insel lässt keine direkte Vergrößerung seines Territoriums innerhalb Europa zu. Versuche, das englische Hoheitsgebiet auf das Festland auszudehnen, wurden von den kontinentaleuropäischen Nationen abgewehrt. Diese Option stand in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung. Das war für England eine schwierige Situation, reichte doch jetzt schon die Landmasse des Vereinten Königreichs nicht aus, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen. England war auf Importe, vor allem aus seinen Kolonien, angewiesen. Im Parlament in London wurde drastisch formuliert, dass, wenn England seine Importe nicht in dieser Höhe garantieren könne, so würde die Hälfte der Bevölkerung dem Hungertod ausgeliefert sein.

So ergab sich für England der fortschreitende Nachteil, dass, im Gegensatz zu Kontinentaleuropa und hier vor allem Deutschland, eine Erhöhung der Bevölkerungszahl als völlig unmöglich erschien. Es war abzusehen, dass die Bevölkerung Deutschlands die Englands in Kürze um mehr als das Doppelte übertreffen würde. Zusammen mit Österreich-Ungarn stünde dann der englischen Bevölkerung eine vierfache deutschsprachige Übermacht gegenüber. Bezieht man die Dynamik der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft mit in diese Überlegungen ein, so ist es verständlich, dass England seine Vormachtstellung in der Welt durch Deutschland massiv bedroht sah, auch wenn das Kaiserreich zu dieser Zeit keinerlei Bestrebungen zu territorialer Vergrößerung erkennen liess. Dennoch war klar, dass Deutschland allein durch seine stetig wachsende Wirtschaft und seine fortschrittliche Technologie in Kürze England dominieren würde. Das British Empire hatte bei einer friedlichen Entwicklung nur eine einzige

Chance: eine Bündnispolitik mit Deutschland zu suchen. Dass England in einem solchen Bündnis sehr bald nur noch der Juniorpartner sein würde, war vorgezeichnet. Diese Vorstellung konnte auf der Insel wirklich niemanden begeistern.

Erfreulicherweise kann ich die **Zustandsbeschreibung des Jahres 2000** mit der gleichen Aussage beginnen wie die des Jahres 1900:

In Europa herrscht Frieden.

Europa ist politisch in der Europäischen Union vereint. Allein der bloße Gedanke an kriegerische Handlungen innerhalb der EU erscheint als vollkommen absurd.

Die Welt ist «kleiner» geworden. Distanzen, deren Überwindung vor hundert Jahren noch Wochen in Anspruch genommen haben, werden in wenigen Stunden geschafft. Nachrichten können in Bruchteilen von Sekunden an jeden Ort der Welt übermittelt werden; die ganze Welt ist vernetzt. Nicht nur die immer niedriger werdenden Transportkosten haben zur «Globalisierung» der Wirtschaft geführt, die in ihren schwer voraussehbaren Konsequenzen eine Fülle von negativen Auswirkungen mit sich gebracht hat. Beispielhaft sei hier der Abbau etablierter Sozialstandards angeführt, der sein Ende noch nicht gefunden hat.

Die USA dominieren das weltpolitische und wirtschaftliche Geschehen. Die Wirtschaft und die moralischen Wertigkeiten werden «amerikanisiert». Der Begriff der «Amerikanisierung» ist bei genauerer Betrachtung zu eng gefasst, man muss vielmehr von einer «Anglifizierung» sprechen. Das betrifft nicht nur die Wirtschaftssysteme, sondern auch die Sprache. Unter anderem durch das Internet hat die englische Sprache eine weltweit dominante Stellung eingenommen. Man könnte von einem «anglizistischen Sprachimperialismus» sprechen, der unter anderem auch dadurch in Erscheinung tritt, dass sich englische Muttersprachler nur selten der Mühe unterziehen, die Sprache von Gastländern zu erlernen. Sie erwarten mit selbstverständlicher Arroganz, dass, egal, wo sie hinkommen, jeder in der Lage sein muss, mit ihnen in ihrer Muttersprache zu kommunizieren. Dieser Zu-

stand hat auch sein Positives: Hat die Welt doch nun eine Sprache, die aufgrund ihrer geringen Komplexität für die meisten leicht zu erlernen ist und somit eine globale Verständigung fördert.

Die heutige Landkarte von Europa sieht ganz anders aus, vor allem in Osteuropa. Auch die Besiedelungsstrukturen in Europa haben sich – nach ethnologischen Gesichtspunkten – erheblich verändert. Millionen Menschen haben ihr Leben verloren, Millionen Überlebende wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Damit haben sich auch die politischen Gewichtungen nachhaltig verändert. Einzig England ist von diesen Umwälzungen nahezu unberührt geblieben.

Österreich-Ungarn, die K.-u.-k.-Monarchie, existiert nicht mehr. Diesen seinerzeit mächtigen und friedlichen Zusammenschluss einer Vielzahl verschiedener Völker könnte man durchaus als einen Vorläufer der EU sehen – allerdings mit einem entscheidenden «Makel»: Dieses Bündnis stand völlig ausserhalb der Kontrolle Englands. Ebenso ist Deutschland dramatisch geschrumpft und existierte über mehr als vier Jahrzehnte hinweg nicht einmal als souveräner Staat. Dennoch ist Deutschland längst wieder der dominierende wirtschaftliche Faktor in Europa. Der wesentliche Unterschied zu früher ist jedoch, dass auch unser Land vollkommen abhängig ist von der Steuerung der internationalen Finanzströme – das hat Deutschland mit dem Rest der Welt gemein. New York und London sind die Steuerzentren für das internationale Kapital.

Zwar gibt es keine Kolonien mehr, doch die Länder Afrikas und Asiens sind deswegen nicht unabhängiger geworden. Im Gegenteil: Durch die Politik der Weltbank und des IWF sind die Länder der sogenannten «Dritten Welt» durch vorsätzlich herbeigeführte Verschuldung in vollständige Abhängigkeit des internationalen Kapitals gezwungen worden. Damit geht es ihnen heute schlechter als zu Kolonialzeiten: Ein Kolonialherr muss gegenüber seiner Kolonie eine klare Verantwortung übernehmen und kann auch für Missstände, die unter seiner Ägide entstanden sind – zumindest moralisch – zur Rechenschaft gezogen werden. Diese moralische Bremse für gnadenlose Ausbeutung gibt es nicht mehr. Man kann sich hinter Floskeln wie «Macht des Marktes» und Ähnlichem verstecken, ohne Gefahr zu laufen, dass jemals ein Individuum für seine Taten bestraft werden könnte.

Die Welt ist unipolar geworden. Waren die USA vor hundert Jahren noch durch ihre Verfassung gezwungen, sich jeglicher kriegerischer Handlung ausserhalb Amerikas zu enthalten, so sind sie heute die einzige «Supermacht», die die Welt mit Krieg und Verderben überziehen kann – und das auch tut. Die USA führen fast andauernd Krieg in allen Teilen der Welt, ohne dass ihnen ernsthaft Paroli geboten werden kann. Dabei nehmen sie in Kauf, dass funktionsfähige Sozialstrukturen, ja, ganze Staaten zerstört und Millionen Menschen in Elend und Tod gestürzt werden. England steht bei diesen Aktionen fest an der Seite der USA – in jedem Falle politisch, oft genug auch militärisch aktiv. Und an dieser Stelle ist eine brisante Frage zu stellen, die auf den ersten Blick gar nicht zu existieren scheint: Wer ist es denn nun tatsächlich, der den Gang der angloamerikanischen Politik bestimmt? Die USA oder England?

Um diese Frage schlüssig beantworten zu können, muss man die Strukturen des angloamerikanischen Finanzsystems sehr genau unter die Lupe nehmen. Das Kapitel «Das angloamerikanische Finanzsystem» gibt hier Aufschluss. Vorab nur so viel: Wer in den USA das Geldwesen beherrscht, bestimmt auch die Politik. Und das FED (Federal Reserve System), das untaugliche Gegenstück in den USA zur Deutschen Bundesbank bzw. zur EZB (Europäische Zentralbank), ist abhängig von der Bank of England, weil diese einen erheblichen Anteil des FED besitzt und damit Kontrolle über diese Einrichtung ausüben kann. Dieser Zustand wurde 1913 etabliert und ist für die Betrachtung der Geschichte des 20. Jahrhunderts wichtig, wenn nicht sogar bestimmend. Vor allem den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg an der Seite Englands, der gegen die Gebote der amerikanischen Verfassung erfolgte, werde ich unter diesem Aspekt beleuchten.

Die Welt des Jahres 2000 ist individualistisch und egoistisch geworden. Die katholische Kirche, Kulturträger Nummer eins auf dem europäischen Kontinent und «Erzfeind» der anglikanischen Kirche, wird fortschreitend demontiert. Wo vor hundert Jahren noch in gut besuchten Gottesdiensten Gemeinsamkeit geübt wurde, verbreiten sich jetzt esoterische Lehren, die wegen ihrer Vielfalt und Ungenauigkeit egoistische Individualität fördern. Dieser untaugliche Ersatz für die moralische Führung einer in der kontinentaleuropäischen Kultur gewachsenen Religion wird von immer mehr Menschen gesucht. In der

modernen Welt kann man es sich kaum noch leisten, sich zu einer Kirche zu bekennen, die allgemein als unmodern und korrupt dargestellt wird. Um dem dadurch entstandenen Mangel an lebenspraktischen Hilfen und Anweisungen zu entfliehen, wendet man sich Lehren zu, die zwar «in» sind, aber oft in ihrer Strenge die katholische Lehre übertreffen. Die Menschen sehnen sich nach klaren und einfachen Regeln, die ihnen einen Platz und eine Aufgabe für ihr Leben zuweisen können. Allgemein kann man feststellen, dass das Leben zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der westlichen Welt geprägt ist von Orientierungslosigkeit und dem Verfall moralischer Werte, die einer humanistisch-sozialen Gesellschaft würdig wären. Es gibt nur noch einen Massstab: das Geld!

Geld gibt es im Jahr 2000 mehr als genug. Nach Schätzungen seriöser Volkswirtschaftler übersteigt die Geldmenge, die um die Welt zirkuliert, die Menge an käuflichen Waren und Dienstleistungen um mehr als das Siebenundzwanzigfache (2014 etwa das Hundertfache!). Dennoch erlebt die westliche Welt nur eine kontrollierte und geringfügige Inflation. Generell hat sich die Welt daran gewöhnt, im Gegensatz zum Jahr 1900, mit einem stetigen Verfall des Geldwerts zu leben. Nur wenigen ist bewusst, wie fragil die Basis des heutigen Weltgeld-Systems ist.

Wirtschaftlich gesehen, geht es den Bevölkerungen in der westlichen Welt gut. Man schwelgt im Überfluss und Hungersnöte sind seit fünfzig Jahren unbekannt. Dennoch gibt es Unterschiede: Es gibt sog. Geber- und Nehmer-Länder, also Staaten mit entweder positiver oder negativer Aussenhandelsbilanz. England hat, wie vor hundert Jahren, eine negative Aussenhandelsbilanz, die mittlerweile auf 90 Milliarden Euro jährlich (Stand 2007 und heute nicht weniger) angestiegen ist. Dieses Aussenhandelsdefizit ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass England inzwischen zu den Öl-exportierenden Ländern gehört. Die USA haben sich, im Gegensatz zu 1900, auf die Seite der Nehmerländer gestellt – mit einem steigenden Defizit von mittlerweile mehr als 750 Milliarden Dollar jährlich (Stand 2007, 2014: 1.000 Milliarden Dollar jährlich oder etwa drei Milliarden täglich). Was heute anders ist, ist die Methode des Ausgleichs. Wo früher versucht wurde, mit reiner Geldschöpfung dem drohenden Bankrott zu entgehen, hat man heute das 1944 geschaffene System von Bretton Woods zur Ver-

fügung. Dieses System erlaubt den Währungsschlüsselländern, ihr Aussenhandelsdefizit zu ignorieren – auf Kosten aller anderen.

Laut der «Jewish Virtual Library» leben im Jahr 2000 13,2 Millionen Juden auf der Welt (1900 waren es 10,6 Millionen). Die Aufteilung auf die einzelnen Länder hat sich erheblich verändert: War 1900 noch die höchste Anzahl mit 3,9 Mio. in Russland zu finden, so ist diese Zahl auf 0,7 Mio. geschrumpft. Es gibt einen Staat Israel, dort sind 5,0 Mio. Juden registriert. Die USA haben einen Anstieg der jüdischen Bevölkerung auf 6,0 Mio. zu verzeichnen, gegenüber 1,5 Mio. 1900, der prozentuale Anteil ist aber bei 2 Prozent konstant geblieben. Es folgen Frankreich mit 0,6 Mio. Juden und Deutschland mit 0,2 Mio. Letztere Zahl ist zweifelhaft. Zum einen widersprechen sich die unterschiedlichen Quellen erheblich, zum anderen ist hier eine Definitionsfrage zu stellen: Wer ist in diese Zahl eingerechnet? Sind es nur diejenigen, die sich aktiv zum jüdischen Glauben bekennen, oder alle, die jüdischer (aschkenasischer) Abstammung sind? Wenn man die zweite Definition wählt, muss die Zahl um ein Mehrfaches nach oben korrigiert werden, da allein die Zahl der nach 1990 aus Russland nach Deutschland zugewanderten Bürger jüdischer (aschkenasischer) Abstammung wesentlich höher ist.

Auch im Jahr 2000 ist die Anzahl der jüdischen Bevölkerung bezüglich Österreich, Ungarn und Polen nicht aufgeschlüsselt. Weil sie aber insgesamt nur mit 0,1 Mio. angegeben wird (im Gegensatz zu 1900 mit 3,4 Mio.), fällt sie nicht besonders ins Gewicht. In diesem Fall erscheint die geringe Zahl auch im geschichtlichen Zusammenhang durchaus glaubwürdig, weil die grossen Abwanderungen aus der Sowjetunion mit Sicherheit nicht andere kommunistische Länder zum Ziel hatten. England hingegen hat praktisch keine Veränderung erfahren: 1900 waren es 0,25 Mio., im Jahr 2000 0,3 Mio. Juden.

Zusammenfassend ist über den Zustand der Welt zu Beginn des dritten Jahrtausends Folgendes zu sagen: Das angloamerikanische Kapital bestimmt (zumindest) über das Wohl und Wehe der Volkswirtschaften der Welt. Die populäre Kultur – Musik, moderne Literatur, Film und Fernsehen – sind angloamerikanisch dominiert. Es gibt praktisch keine politische oder wirtschaftliche Entwicklung, die ohne die Zustimmung der USA möglich erscheint.

Auf der anderen Seite wurden in den USA und – das ist den wenigsten bewusst – auch in England die Menschenrechte abgeschafft. Das klingt drastisch, entspricht aber den Tatsachen: Der sog. «PATRIOT Act», den die USA nach 2001 geschaffen haben, erlaubt es, jeden Menschen in den USA unter dem Vorwurf des Terrorismus zu inhaftieren und ohne das Recht auf eine Gerichtsverhandlung auf unbestimmte Zeit zu internieren. Die Welt sieht sich nicht in der Lage, irgendetwas gegen die brutale und unrechtmässige Behandlung der Menschen in Guantanamo zu unternehmen. England hat ein Gesetz in Kraft gesetzt, das dem «PATRIOT Act» in wesentlichen Teilen entspricht. Auch hier hat ein Mensch, der terroristischer Aktivitäten verdächtigt wird, seine Menschenrechte verwirkt. Wohlgemerkt: Es reicht der Verdacht aus, ein Nachweis wird nicht benötigt! Hier liegt auch der Grund, warum Toni Blair im Juni 2007 zum Abschluss der Verhandlungen über die europäische Verfassung darauf bestanden hat, dass die dort festgeschriebenen Grundrechte nicht für England gelten dürfen.

Die USA und England haben für ihre absolute Macht einen hohen Preis bezahlt. Sie müssen in ständiger Furcht vor Anschlägen leben, die Menschen begehen könnten, die ihre ohnmächtige Wut gegen das selbstherrliche Auftreten der USA nicht mehr anders ausdrücken können. Der Präsident der USA kann sich nirgendwo mehr sehen lassen, ohne dass Sicherheitsvorkehrungen in geradezu groteskem Umfang ergriffen werden müssen. Als Gailionsfigur des amerikanischen Imperialismus muss er vor dem Zorn der Menschen geschützt werden. Aus amerikanischer Sicht ist die Welt aufgeteilt in Gut und Böse, in «Schurkenstaaten» und treu ergebene Partner (Freunde?), in Christen und Moslems. Die Radikalisierung auf der jeweils anderen Seite verhärtet die Fronten zunehmend.

Die Antwort auf die Frage, wer letzten Endes vom Verlauf der Geschichte des 20. Jahrhunderts profitiert hat, ist breit gefächert: Wenn es erstens um Wohlstand und die Befriedigung von Grundbedürfnissen geht, stehen die Bürger der gesamten westlichen Welt eindeutig besser da als vor hundert Jahren. Betrachtet man zweitens die moralisch-ethische Seite, so hat die ganze Welt verloren. Die Menschen werden in Furcht und Unsicherheit gehalten, und es gibt kein Land der Erde, in das man sich flüchten könnte, um eine Verbesserung dieses

Zustands zu erfahren. Drittens, wirtschaftspolitisch betrachtet, sind die USA der grösste Verlierer. Waren sie vor hundert Jahren noch die grösste Exportnation der Welt, sind sie heute vollkommen angewiesen auf Importe, um die Grundbedürfnisse ihrer Bürger zu befriedigen. Sie haben das grösste Aussenhandelsdefizit, das die Geschichte jemals gesehen hat. Viertens, machtpolitisch gesehen, ist die Antwort klar und einfach: die USA und England. Wieso auch England? England stand vor hundert Jahren kurz davor, in die politische und wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit abzurutschen. Das ist nicht passiert. Somit ist England am Ende das Land, das durch den Verlauf der Ereignisse des 20. Jahrhunderts die meisten Vorteile erlangt hat.

Damit drängt sich die nächste Frage auf: Ist es nicht wahrscheinlich, dass die beiden machtpolitischen Profiteure, England und die USA, den Verlauf der Geschichte im 20. Jahrhundert massgeblich beeinflusst, ja, vielleicht sogar bestimmt haben? Diese Frage ist nicht so einfach zu beantworten und es ist eine sehr brisante Frage. Denn wenn dem so wäre, müsste man die grössten Verbrecher der Geschichte auch im angloamerikanischen Raum suchen.

Dass die offizielle Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts die Wahrheit stark verzerrt, ist jedem klar, der ein wenig in die Details zu blicken versteht und sich nicht von offiziellen Dogmen blind machen lässt. Das betrifft vor allem den deutschen Raum. Hier gilt bis heute, dass die von den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegte Geschichtsschreibung von offiziellen Stellen nicht infrage gestellt werden darf und Grundlage der Lehre in Schulen und Universitäten sein muss. Nachdem die BRD kurz nach dem Krieg gezwungen war, dieses zu garantieren, musste sie sich erneut in den Zwei-plus-Vier-Verträgen darauf verpflichten. Diese Verträge waren die Voraussetzung für die Genehmigung der Alliierten für ein vereintes Deutschland, das nicht mehr unter Besatzungsstatut steht. Ja, Sie haben ganz richtig gelesen: Bis zum 12. September 1990 war die BRD kein souveräner Staat – man könnte auch sagen bis zum 4. März 1991. An diesem Tag hat das Parlament der Sowjetunion die Zwei-plus-Vier-Verträge ratifiziert, und erst damit hatten sie tatsächlich völkerrechtliche Verbindlichkeit erlangt.

Um zu belegen, dass Deutschlands Status vorher keineswegs der eines souveränen Staates war, sondern bis dahin jedes Gesetz der Zustimmung der Alliierten bedurfte, zitiere ich den Artikel 7 des Zwei-plus-Vier-Vertrags¹:

«(1) Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

«(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäss volle Souveränität über seine inneren und äusseren Angelegenheiten.»

Und den entsprechenden Anhang zur Ratifizierung:

«04.03.91: Der Oberste Sowjet der UdSSR ratifiziert das Zwei-plus-Vier-Abkommen und den Vertrag über gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland.»

Man beachte besonders Artikel 7, Absatz (2)!

Die breite Öffentlichkeit wurde darüber nicht aufgeklärt. Alles ging unter im allgemeinen Jubel um die Wiedervereinigung. Es hatte aber auch keine politische Führung Interesse daran, der deutschen Öffentlichkeit bewusst zu machen, dass sie bis dahin gar nicht in einem souveränen Staat gelebt hat. Zu viele hätten ihr Interesse für die jüngere Geschichte entdecken und infolgedessen vielleicht die offizielle Geschichtsschreibung hinterfragen können. Genau das ist mein Anliegen.

¹ Online unter:

[http://www.auswaertigesamt.de/cae/servlet/contentblob/373162/publication-File/3828/ZweiPlusVier%20\(Text\).pdf](http://www.auswaertigesamt.de/cae/servlet/contentblob/373162/publication-File/3828/ZweiPlusVier%20(Text).pdf) [13.01.2015]

Ich selbst kann für mich nicht nur «die Gnade der späten Geburt» beanspruchen. Ich wurde als Staatenloser in München geboren. Mein Vater kam aus Russland. Von dort musste er fliehen, weil er, unschuldig zum Tode verurteilt, in Stalins Vernichtungslager gekommen war. Meine Mutter, eine Deutsche, musste die Universität verlassen, weil sie sich weigerte, der NSDAP beizutreten. Zu allem Überfluss wurde sie auch noch Opfer des englischen Bombenterrors gegen die Zivilbevölkerung und musste Dresden in der Nacht des 13. Februar 1945 verlassen, um das nackte Leben zu retten. So darf ich mich frei von jeder «Erbschuld» fühlen. Und in diesem begnadeten Zustand fällt mir besonders auf, welche Auswirkungen das stetige Erinnern an die sog. deutsche «Erbschuld» auf ganz Deutschland hat. So war es in den 1950er-Jahren und auch später sehr schwierig für Eltern, mit ihren Kindern über die eigene Vergangenheit zu sprechen. Die Generalverdammung einer ganzen Generation von Deutschen machte es nahezu unmöglich, dass sich kritische junge Menschen vorbehaltlos mit der Vergangenheit ihrer Vorfahren hätten auseinandersetzen können. Dadurch entstanden Grundkonflikte innerhalb der Familien und der Gesellschaft. Ebenso gingen «alte deutsche Werte und Tugenden» verloren, weil die junge Generation ihren Eltern das Recht verweigern durfte, Moral und Ethik zu vermitteln. Eine «Verbrechergeneration» war dazu nicht qualifiziert. Der Zustand unserer modernen Gesellschaft ist eine Folge davon.

Wie das eben auch anders sein kann, erlebt man, wenn man sich mit jungen Menschen mit «Migrationshintergrund» auseinandersetzt. Gerade Zuwanderer aus östlichen Ländern und der Türkei können einen immer wieder erstaunen durch ihren Respekt vor der älteren Generation und ihre solide menschlich-moralische Grundbildung.

Mir persönlich missfällt, dass der Zentralrat der Juden, die grösste Dachorganisation der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland, als die höchste moralische Instanz in Deutschland in Erscheinung tritt. Es gibt kaum ein Thema im weitesten politischen Sinn, das nicht vom Zentralrat bewertet wird. Ablehnung oder Zustimmung sind für die weitere Diskussion bindend und erlauben keine offene Auseinandersetzung, die das Urteil des Zentralrates infrage stellt. Selbst der Bundespräsident ist auf dieses Plazet angewiesen. Diese Praxis erachte ich für das Verhältnis der Deutschen gegenüber den

Menschen jüdischen Glaubens als überaus schädlich, weil dadurch die Zuneigung der Deutschen zu den Juden nicht gefördert wird.

Ich meine, dass das so nicht sein müsste. Wenn man die deutsche und die jüdische Kultur betrachtet, wird man feststellen, dass es viele freundliche Gemeinsamkeiten gibt. Bereits die Sprache lässt eine gegenseitige Affinität vermuten: Das Jiddische ist in weiten Teilen mit dem Deutschen verwandt, umgekehrt hat die deutsche Sprache in ihrer Entwicklung von jüdischen Einflüssen profitiert. Die grosse Anzahl von Schauspielern, Sängern und Entertainern jüdischer Herkunft, die von den Deutschen verehrt werden, zeigt, dass den Deutschen jüdische Kunst willkommen ist. Solange niemand mit niederen Motiven das deutsch-jüdische Verhältnis vergiftet, werden Deutsche und Juden nicht nur ganz normal miteinander umgehen können, sondern zurückfinden zum alten Verhältnis der gegenseitigen Befruchtung auf den Gebieten der Wissenschaft und der Kunst.

Die Geschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts zeigt eindrucksvoll, zu welcher grossartigen Errungenschaften der Wissenschaft die Zusammenarbeit von Deutschen und Juden geführt hat, und keine Seite konnte ein Interesse daran gehabt haben, ihre Zusammenarbeit infrage zu stellen. Es ist aber gut möglich, dass sich andere Nationen durch diese friedlichen Erfolge bedroht sahen. Und so erlaube ich mir, die Frage zu stellen, ob es nicht sogar wahrscheinlich ist, dass das deutsch-jüdische Verhältnis von aussen gezielt vergiftet worden ist, und ob dieser Zustand nicht weiterhin vorsätzlich bis heute aufrechterhalten wird.

3. Die Bagdadbahn

Wer sich bei der Betrachtung der Geschichte des 20. Jahrhunderts nur auf den europäischen Raum beschränkt, nimmt sich die Möglichkeit, die tieferen Gründe für die fatalen Geschehnisse in Europa zu erkennen. Die englische und die deutsche Politik um 1900 unterschieden sich in ihrer Zielrichtung wesentlich. England, das British Empire, betrieb eine Politik, die darauf angewiesen war, weltweit Territorialgewinne und Macht zu vermehren, da die Grösse des Mutterlandes nicht ausreichte, um die Ernährung der Bevölkerung zu gewährleisten. Ebenso war die Industrie auf den Import von Rohstoffen angewiesen, weil der Boden Englands zu wenige Bodenschätze hergab. So hat sich England noch 1902 durch einen völkerrechtswidrigen Krieg (Zweiter Burenkrieg, 1899-1902) die bürisch-südafrikanischen Staaten Oranje und Transvaal angeeignet, um sich den Zugriff auf deren Goldvorkommen zu sichern.

Ganz anders Deutschland. Das Deutsche Reich verfügte über ausreichend Bodenschätze, und die Landwirtschaft, besonders in den östlichen Provinzen, war in der Lage, die Bevölkerung zu ernähren. So konnte es sich Deutschland leisten, eine Politik zu betreiben, die darauf abzielte, den Wohlstand im Lande durch friedlichen Handel zu mehren. Die deutsche Politik hatte nicht das Ziel, durch Territorialgewinne ihren Einfluss zu vergrössern. Man wollte vielmehr die eigene Stellung in der Weltpolitik verbessern, indem man durch eine offensive Aussenhandelspolitik wirtschaftliche Abhängigkeiten schuf. Diese Politik war sehr erfolgreich, wodurch sich die Engländer, die ihre Vormachtstellung im Welthandel als ein naturgegebenes Recht ansahen, bedroht fühlten.

Um 1890 führte die freundschaftliche Zusammenarbeit des Osmanischen Reiches mit dem Deutschen Reich zur Entwicklung der Pläne für eine Bahn, die von Istanbul bis Bagdad und weiter nach Basra führen sollte – die sog. «Bagdadbahn». Zu dieser Zeit gehörten grosse Teile der Arabischen Halbinsel zum Osmanischen Reich. Nach modernen Massstäben beurteilt, könnte man sagen, dass der osmanische Sultan Abdul Hamid II. den Bau der Bagdadbahn international ausschrieb. Es bewarben sich auch alle Nationen, die über die Fähig-

keiten zur Realisierung eines derart grossen Projekts verfügten: Deutschland, England, Frankreich, die USA und Russland. Weil aber alle ausser Deutschland an den Bau politische Bedingungen knüpften, bekam Deutschland den Zuschlag. 1898 schlossen Kaiser Wilhelm II. und Sultan Abdul Hamid II. den Vertrag über den Bau der Bagdadbahn.

Die Deutsche Bank wurde beauftragt, die Führung über das Konsortium der beteiligten Firmen zu übernehmen und die Finanzierung sicherzustellen. Angesichts der gewaltigen Dimensionen des Projekts war das ziemlich schwierig, und so versuchte man, doch noch die Engländer und Franzosen mit einzubinden. 1899 reiste Kaiser Wilhelm II. deswegen zu seiner Grossmutter Queen Viktoria in die englische Hauptstadt, um den Beistand der Londoner Banken zu erbitten. Der englische Premierminister Lord Balfour versprach daraufhin eine englische Beteiligung an dem Projekt. Wenig später aber wurde dieses Versprechen wieder zurückgezogen, weil das englische Parlament die Zustimmung verweigerte. Auch Frankreich winkte ab. Zwar verzögerten diese Vorgänge den Baubeginn erheblich, doch 1903 konnte die Deutsche Bank die Mittel zur Finanzierung auftreiben. Interessanterweise wurden unter anderem Anleihen in Französischen Franc ausgegeben, die einen erheblichen Anteil der Finanzierung ausmachten. Die Vermutung ist nicht abwegig, dass Frankreich inoffiziell gegen die Interessen Englands gehandelt hat, obwohl das den englisch-französischen Verträgen widersprach.

Zu dieser Zeit konnte noch niemand ahnen, dass in der Gegend der Stadt Mossul, wo die Trasse der Bagdadbahn hindurchführen sollte, grosse Öllager entdeckt werden. Nun hatte sich aber die Deutsche Bank die Rechte zur Ausbeutung der Bodenschätze etwa 20 Kilometer auf beiden Seiten der Bahnlinie gesichert. 1900 gab es nur drei Länder, die Öl in nennenswerten Mengen förderten: USA, Mexiko und Russland. Die Verwendung von Öl als Brennstoff bedeutete einen Quantensprung in der Schiffstechnik. Der Aktionsradius Ölbefuehrter Schiffe war viermal höher, als es vorher möglich erschien. Konsequenterweise hatten die Engländer damit begonnen, ihre Kriegsflotte auf Ölfeuerung umzustellen. Die Erfindung der Otto- und Dieselmotoren trug ebenso dazu bei, dass Öl eine strategische Bedeutung bekam.

1903, als mit dem Bau der Bagdadbahn begonnen wurde, waren die Ölfunde in Mossul bekannt. Dadurch erhielt das Projekt «Bagdadbahn» eine völlig neue Dimension. Waren es zuvor lediglich die Befürchtungen, dass Deutschland durch den Bau dieser Bahn seinen wirtschaftlichen Einflussbereich erheblich in Richtung Indischer Ozean erweitern würde, so bestand jetzt zusätzlich die Gefahr, dass es einen gesicherten Zugriff auf das strategische Gut Öl bekommen würde – inklusive des Rechts auf Förderung unter eigener Regie. Die Planung einer durchgängigen Bahnstrecke von Berlin bis Bagdad war fertig und in weiten Teilen strebte der Bau seiner Vollendung zu. Das bedeutete, dass Deutschland nach Fertigstellung der Bahn einen wesentlich schnelleren Zugang zum Indischen Ozean bekommen würde als England und damit enorme Vorteile im Handel mit Ostasien. Viel schlimmer noch – aus englischer Sicht – war, dass diese Handelsroute jeglicher militärischer Einflussnahme einer Seemacht entzogen war. Hinzu kam noch der Zugriff auf das Öl.

Die Bedeutung des Öls in Mossul im Jahr 1903 ist aus heutiger Sicht nicht so einfach zu erfassen. Wie bereits gesagt, wurde Öl bis dahin nur in den USA, in Mexiko und Russland gefördert. Nun aber hatte das Öl strategische Bedeutung erlangt, insbesondere für eine Seemacht wie das British Empire, das auf Importe angewiesen war, die von weither kamen. Und plötzlich gab es einen neuen Ort, an dem Öl in grossen Mengen gefördert werden konnte. Mit der Bagdadbahn wäre dieser Ort für Deutschland nicht nur schnell zugänglich, sondern das Kaiserreich hatte durch glückliche Umstände auch noch die exklusiven Förderrechte in der Hand. Aus englischer Sicht eine Katastrophe! Zumal man sich darüber im Klaren sein muss, dass in Kuwait erst 1913 Öl gefunden wurde. Diese Quelle sicherte sich dann auch sofort das Empire, indem es mit einem Schlachtschiff in Kuwait einlief und dem Emir auf diese Weise unter Druck einen Exklusivvertrag für die Ölförderung aufzwang. Die militärische Position Englands im Arabischen (Persischen) Golf war durch eine fertiggestellte Bahn bis Basra jedoch stark infrage gestellt. Schliesslich hätte der osmanische Sultan seine Truppen in kürzester Zeit bis an die Grenzen Kuwaits verlegen können, und auch die Verlegung deutscher Truppen dorthin hätte nur wenige Tage länger gedauert. Dem hätte England nichts entgegensetzen können.

Erschwerend kam hinzu, dass die Hadschbahn von Damaskus nach Medina bereits kurz vor der Vollendung stand. Der Ingenieur H. A. Meissner aus Leipzig hatte diese Aufgabe bravourös gemeistert und ein Anschluss an die Bagdadbahn über Aleppo war bereits über die Planungsphase hinaus gediehen. Das Verhängnisvolle an der Hadschbahn war für die Engländer, dass sie in nur 70 Kilometern Entfernung am Sueskanal vorbeiführte. Das bedeutete, dass die Türken, wenn sie gewollt hätten, jederzeit die Kontrolle über diese wichtige Wasserstrasse hätten übernehmen können. Damit wäre im Konfliktfall ein militärischer Auftritt Englands im Arabischen Golf von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. England hatte ein Problem. Dass die Bagdadbahn in erster Linie nicht wegen militärpolitischer Überlegungen gebaut wurde, spielte für England dabei keine Rolle.

Der Bau der Bahn konnte natürlich nicht in kurzer Zeit bewältigt werden. Auf ihrem Weg durch das anatolische Hochland mussten viele Tunnel gebaut werden, und auch sonst stellten die geomorphologischen Gegebenheiten viele Herausforderungen an die Eisenbahningenieure, führte die Trasse doch über weite Strecken durch Wüstengebiete und unbewohntes Land. Darüber hinaus war die Schaffung einer Infrastruktur nötig, die die Versorgung und Wartung der Züge entlang der Strecke sowie die Anlieferung von Materialien ermöglichte. So wurde eigens eine Stichstrecke zum Mittelmeerhafen Alexandria, dem heutigen Iskenderun, gebaut, damit das Material per Schiff direkt bis an die Gleise gebracht werden konnte, solange die Strecke zwischen Istanbul und Konya noch nicht durchgängig befahrbar war. Kurz und gut, die Bagdadbahn war 1914 noch nicht fertig und sollte bis zum 15. Juli 1940 auch nicht fertig werden. In der Zwischenzeit wurde vor allem von den Engländern die politische Struktur der Arabischen Halbinsel zunächst zerstört und dann völlig neu gestaltet – mit all den Auswirkungen, die wir heute täglich in den Nachrichten verfolgen können.

Doch zurück zum Anfang des 20. Jahrhunderts. England sah sich in einer prekären Situation. Das Deutsche Reich und das Osmanische Reich waren dabei, einen überlegenen Weg von Mitteleuropa zum Indischen Ozean, und damit nach Indien, herzustellen. Es gab Verträge über den Bau deutscher Flottenstützpunkte in Basra.

Der Trassenverlauf der Bahnlinie führte von Berlin bis Bagdad fast ausschliesslich durch das Gebiet von Staaten, die mit Deutschland befreundet waren. Die einzige Lücke war das Stück durch Serbien. Und hier kommen wir an einen spannenden Punkt: Wieso findet der offizielle Anlass für den Ersten Weltkrieg gerade in Serbien statt? Nun, ein Schelm, wer hier Schlechtes denkt! Aber man braucht gar nicht zu denken, man muss nur britische Militärhistoriker lesen und bekommt eine Antwort.

In einer als Buch («The Serbs») veröffentlichten Vortragsreihe des englischen Historikers Professor Laffan kann man lesen, wie dieser im Jahre 1917 die Offiziere des Britischen Beratercorps in Serbien über den strategischen Hintergrund ihrer Mission auf dem Balkan im Ersten Weltkrieg unterrichtet. Laffan sagt und schreibt:

*«Deutschlands [...] Grundidee war, eine Kette von verbündeten Staaten unter deutscher Vorherrschaft zu errichten, die sich von der Nordsee bis zum Golf von Persien erstreckt [...] Würde die **Bahn Berlin – Bagdad** fertiggestellt, wäre eine riesige Landmasse unter deutscher Herrschaft vereinigt worden, in der jeder erdenkliche wirtschaftliche Reichtum hergestellt werden könnte, die aber für eine Seemacht unangreifbar wäre. [...] Die deutsche und die türkische Armee könnten leicht auf Schussweite an unsere Interessen in Ägypten herankommen und vom Persischen Golf aus würde unser indisches Empire bedroht. [...] Ein Blick auf die Weltkarte zeigt, aus welchen Gliedern sich die Kette der Staaten zusammensetzt, die zwischen Berlin und Bagdad liegen: das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Nur ein kleiner Gebietsstreifen verhinderte, dass die beiden Enden der Kette miteinander verbunden werden konnten. Dieser kleine Streifen ist Serbien. Serbien war in der Tat die erste Verteidigungslinie für unsere Besitzungen im Osten [...]»²*

Wenn wir uns eine Verhandlung über die Schuld und Unschuld am Ersten Weltkrieg vor einem unabhängigen Gericht vorstellen, so trüge dieses Dokument ganz sicher nicht dazu bei, Deutschland eine Allein-

2 Laffan, Robert G.D.: The Serbs: The Guardians of the Gate. New York: Dorset Press, 1989.

schuld zuzuweisen. Professor Laffan beschreibt mit unmissverständlicher Klarheit den Albtraum der englischen Geostrategen. Und er weist auch darauf hin, dass man in England keine Möglichkeit sah, diesen Albtraum mit friedlichen Mitteln zu verhindern.

Aber es kommt noch besser. Um das Bild abzurunden, müssen wir einen Blick auf Russland werfen. Mit der Transsibirischen Eisenbahn verfügte es bereits über einen überlegenen Weg zum Ostpazifik und Zar Nikolaus II. hatte seine eigenen Pläne zur Erschliessung des süd-pazifischen Raums für sein Reich. Parallel zur Bagdadbahn plante er eine Eisenbahnlinie von Moskau durch Persien hindurch zum Arabischen Golf. Obwohl er damit in gewisser Weise in Konkurrenz zu den deutschen Plänen stand, wäre die ökonomischste Lösung eine Allianz mit Deutschland gewesen: Man hätte sich in Mossul an die deutsche Bahn anschliessen können, um so den Bau von fast 1.000 Kilometern Eisenbahnstrecke durch schwieriges Gelände einzusparen. Das bis dahin freundschaftliche Verhältnis zwischen Russland und Deutschland liess eine solche Variante durchaus realistisch erscheinen.

Man darf die Bedeutung Russlands bei der Betrachtung der Entwicklungen in Europa keinesfalls ausser Acht lassen. Die moderne Geschichtsschreibung stellt den Zustand Russlands vor der Revolution zu einseitig negativ dar, denn tatsächlich war das Riesenreich um 1900 auf dem Sprung, Anschluss an die Entwicklung der westlichen Nationen zu erreichen. Zar Nikolaus II. hatte eine grosse Bildungskampagne gestartet, und überall im Land wurden Schulen gebaut und grosszügig mit Büchern und Lehrmaterialien ausgestattet. Russische Wissenschaftler waren den westlichen nicht weit hinterher, wenn nicht ebenbürtig.

Wenn wir uns vorstellen, welches Potenzial ein vereinigter Wirtschaftsraum von Russland, Osterreich-Ungarn, Deutschland und dem Osmanischen Reich mit freiem Zugang zum indisch-asiatischen Wirtschaftsraum gehabt hätte, und gleichzeitig dessen Auswirkungen auf England bedenken, können wir feststellen, dass eine derartige gedankliche Verknüpfung keineswegs neu ist. Professor Laffan hat in seinem Dokument zwar nur den deutschen Aspekt angesprochen, doch die englischen Denker haben das gesamte geostrategische Ausmass erkannt. Und so werden wir uns auch noch mit dem gewaltsa-

men Ende des Zarenreichs und der Rolle, die England dabei gespielt hat, zu beschäftigen haben.

Gleichzeitig muss man sich darüber im Klaren sein, dass die Entwicklungen in Europa auch in den USA äusserst argwöhnisch beobachtet wurden. Die Möglichkeit der Entstehung eines Wirtschaftsraumes derartiger Potenz konnte nicht im amerikanischen Interesse sein – dagegen wirkte das British Empire geradezu harmlos. Zumal die Amerikaner auch erkannten, dass von einem Imperium im Niedergang kaum ernst zu nehmende Gefahren für die imperialen Gelüste der USA ausgehen konnten. So war es den Engländern leicht möglich, die USA als Verbündete in ihr Machtspiel einzubeziehen. Wer allerdings in diesem Bündnis der Hund und wer der Schwanz sein würde, war für die grossen USA dabei vollkommen klar. Dass sie sich in dieser Hinsicht dramatisch geirrt haben könnten, wird eine Analyse der finanziellen Machtverhältnisse der Gegenwart zumindest möglich erscheinen lassen.

Die Entwicklungen des Jahres 2014 zeigen deutlich, dass diese Betrachtungen nichts an Aktualität verloren haben. Wiederum soll ein Keil zwischen Europa/Deutschland und Russland getrieben werden – diesmal mit der «Ukraine-Krise» als Mittel zum Zweck.

England hat beim Bau der Bagdadbahn nicht untätig zugesehen, sondern von Anfang an versucht, die Realisierung dieses Projekts zu verhindern, und zwar mit unlautersten Mitteln. Der berühmte Lawrence von Arabien spielte dabei eine herausragende Rolle. Bereits vor 1910 hatte er damit begonnen, in Palästina, also innerhalb des Osmanischen Reiches, subversiv tätig zu werden. Er zettelte Aufstände an und machte allgemein Stimmung unter den Arabern gegen die Türken. Das war nicht ganz einfach, da es den Arabern unter der türkischen Herrschaft keineswegs schlecht ging. Zum einen waren beide Ethnien Muslime, zum anderen waren die Strukturen in Arabien nicht geeignet, eine effektive Kontrolle über die Bevölkerung herzustellen. Die Zugehörigkeit Arabiens zur Türkei war eher nominal als praktisch, und die einfachen Menschen, die grösstenteils als Nomaden umherzogen, nahmen überhaupt keine Notiz von irgendwelchen politischen Verhältnissen. So musste Lawrence zu Mitteln wie Lüge und Bestechung greifen, um wenigstens einige Stammesfürsten zu

Aktionen gegen die Türken und später explizit gegen die Bagdadbahn zu bewegen. Das Heldenimage, das Lawrence von Arabien – auch in Deutschland – angehängt wurde, ist das Resultat von Geschichtsklitterung «Made in Hollywood».

Je näher die Bagdadbahn ihrer Vollendung kam, umso massiver wurden die Aktionen Englands, genau das zu verhindern. Unter anderem wurde eine – völkerrechtswidrige! – Seeblockade über Alexandretta verhängt, um die Anlieferung der Materialien unmöglich zu machen. Das verzögerte zwar den Bau, konnte ihn aber nicht verhindern. England musste die Notbremse ziehen, und die wurde dann später «Erster Weltkrieg» genannt. Hätte dieser Krieg ein oder zwei Jahre später begonnen, also nach Fertigstellung der Bagdadbahn, hätte England im arabischen Raum nicht den Hauch einer Chance gehabt, seine Machtansprüche gegen das Osmanische Reich durchzusetzen. Seine Kräfte wären dort gebunden gewesen, was auch den Verlauf des Krieges in Mitteleuropa zuungunsten Englands beeinflusst hätte.

Allein die Betrachtung der geostrategischen Auswirkungen der Bagdadbahn zeigt deutlich: England hatte eine «Causa Belli», das Deutsche Reich hatte keine. Und für England spielte die Zeit eine grosse Rolle. Das im Niedergang befindliche British Empire verlor mit jedem Tag an Boden, während die friedliche Entwicklung in der Welt ungehindert fortschreiten konnte.

Einen Bereich allerdings gab es, in dem England den Deutschen gnadenlos überlegen war: die Diplomatie. Während die Engländer meisterhaft auf der Klaviatur von Bündnispolitik und Drohungen spielten, kommt man nicht umhin, die deutsche Diplomatie als blauäugig und ungeschickt zu bezeichnen.

Juden spielten bei den Vorgängen um die Bagdadbahn keine Rolle, wenn man davon absieht, dass mit Sicherheit auch Ingenieure jüdischen Glaubens beim Bau der Bahn geholfen haben.

4. *All the world is mine*

«Zwei Wahrheiten können sich nie widersprechen.» (Galileo Galilei)

1886 wurde meine Grossmutter in Leitmeritz/Böhmen geboren und wuchs in einem grossbürgerlichen Haushalt auf. Ihr Vater war Anwalt und konnte seiner Familie den Luxus mehrerer Hausangestellter bieten. Wie es zu jener Zeit in Böhmen in gehobenen Kreisen üblich war, sprach man mittags bei Tisch Englisch und abends Französisch. Die Sommerfrische verbrachte man in Karlsbad oder Marienbad, wo sich auch der europäische Adel inklusive des englischen Königshauses traf. Das Leben hat es mit meiner Grossmutter nicht nur gut gemeint, aber immerhin ist sie als Einzige von sechs Geschwistern älter als zwanzig Jahre geworden. Sie hat den Ersten sowie den Zweiten Weltkrieg überlebt und verstarb im Alter von 85 Jahren als Sozialrentnerin in Gräfelfing bei München.

Als ich ein kleiner Junge war, fünf oder sechs Jahre alt, kletterten mein Bruder und ich oftmals morgens zu unserer Oma ins Bett. Sie erzählte uns dann Geschichten aus ihrem Leben – Dinge, die sie besonders beeindruckt hatten. Mehrere Male mussten wir ihre Erzählungen über uns ergehen lassen, wie sie in grausamen Details ihre Flucht und die meiner Mutter und meiner Schwester aus Dresden in der Bombennacht des 13. Februars 1945 schilderte. Damals habe ich nicht begriffen, was sie da berichtete. Für die heile Welt eines Kindes war die Monstrosität dieses Erlebnistraumas nicht zu erfassen. Erst viele Jahre später wurde mir bewusst, dass mir ein Augenzeuge unleugbare Details eines der grössten Verbrechen des 20. Jahrhunderts mitgeteilt hatte: Sie erzählte von Phosphor und seinen Wirkungen, wenn er brennend auf die menschliche Haut kommt. Davon, dass Menschen, die auf der Flucht vor den Flammen verzweifelt in die Schwimmbecken gesprungen waren, gekocht wurden wie Suppenfleisch. Dass das Leben meiner Schwester nur durch ihre nassen Windeln gerettet wurde, weil der Kinderwagen, in dem sie lag, von unten vom brennenden Asphalt entzündet worden war. Und sie berichtete von Tieffliegern, die auf die Flüchtenden schossen, welche der Feuerhölle entkommen waren – bei Tageslicht, am nächsten Tag!

Aber es gab noch ein anderes Ereignis, das sie offenbar so beeindruckt hat, dass sie es uns erzählen musste. Wie schon gesagt, verbrachte man seine Sommerfrische in Marienbad, und als Mädchen im Alter von etwa sechs Jahren spielte sie mit einem etwa gleichaltrigen Engländer. Ihre Empörung war noch Jahrzehnte später zu spüren, als sie erzählte, wie dieser Junge mit völliger Selbstverständlichkeit auch über ihre Spielsachen verfügte. Sie stellte ihn diesbezüglich zur Rede und erhielt einen einzigen Satz zur Antwort: «All the world is mine!» (Mir gehört die ganze Welt!) Dazu machte er eine weit ausholende Bewegung mit seinem Arm. Auch diese Geschichte fand ich als Kind nicht sonderlich beeindruckend. Heute beurteile ich das natürlich ganz anders, zeigt doch diese Schilderung nur allzu deutlich, in welcherart Bewusstsein bereits kleine Kinder in England heranwachsen – ein imperiales Machtbewusstsein, das das Denken und Streben der herrschenden Schicht im British Empire absolut dominierte.

Über viele Jahrhunderte hinweg haben die Strategen Englands ziemlich erfolgreich daran gearbeitet, ihren Machtbereich auf die ganze Welt auszudehnen. 1776 mussten sie einen herben Rückschlag hinnehmen, als die USA ihre Unabhängigkeit erklärten. England hat lange versucht, seine Kontrolle über die Kolonien in Nordamerika zu erhalten, und bediente sich zu diesem Zweck aller nur verfügbaren Mittel – lauterer und unlauterer. Wie skrupellos dabei vorgegangen wurde, belegt die Unabhängigkeitserklärung der USA. In diesem Dokument wird detailliert erklärt, welche Gründe dazu führten, dass die Herrschaft Englands von den Bürgern Nordamerikas nicht mehr toleriert werden konnte. Die Menschen waren auf einen neuen Kontinent gezogen, um dort ein Leben in Freiheit zu führen – Freiheit bezüglich ihrer Religion und Philosophie, aber auch frei von wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Um einen Eindruck zu vermitteln, welche Methoden von England zur Sicherung seiner Macht über die nordamerikanischen Kolonien angewendet wurden, stelle ich Auszüge aus der Unabhängigkeitserklärung der USA vor:

«Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika (4. Juli 1776)³

[...] Die Regierungszeit des gegenwärtigen Königs von Grossbritannien ist von unentwegtem Unrecht und ständigen Übergriffen gekennzeichnet, die alle auf die Errichtung einer absoluten Tyrannei über diese Staaten abzielen. Zum Beweise dessen seien der gerecht urteilenden Welt Tatsachen unterbreitet:

Er hat Gesetzen seine Zustimmung verweigert, die für das Wohl der Allgemeinheit äusserst nützlich und notwendig sind.

[...] Er hat es abgelehnt, andere Gesetze zugunsten grosser Bevölkerungskreise zu verabschieden, wenn diese Menschen nicht auf das Recht der Vertretung in der Legislative verzichten wollten, ein für sie unschätzbar wichtiges Recht, das nur Tyrannen furchtbar ist.

Er hat die gesetzgebenden Körperschaften zu ungewöhnlichen und unbequemen Plätzen einberufen, die von dem Aufbewahrungsort ihrer öffentlichen Urkunden und amtlichen Unterlagen weit entfernt lagen, zu dem einzigen Zweck, sie durch Ermüdung zur Unterwerfung unter seine Massnahmen zu bringen.

Er hat wiederholt Abgeordnetenkammern aufgelöst, weil sie mit männlicher Festigkeit seinen Eingriffen in die Rechte des Volkes entgegengetreten sind.

Er hat sich lange Zeit hindurch geweigert, nach solchen Auflösungen neue Vertretungen wählen zu lassen. [...]

Er hat die Rechtsprechung hintertrieben, indem er Gesetzen über die Erteilung richterlicher Befugnisse seine Zustimmung versagte.

Er hat Richter hinsichtlich der Amtsdauer und der Höhe und des Zahlungsmodus ihrer Gehälter von seinem Willen allein abhängig gemacht. [...]

Er hat danach gestrebt, das Militär von der Zivilgewalt unabhängig zu machen und es ihr überzuordnen.

Er hat sich mit anderen zusammengetan, um uns eine Form der

³ Wasser, Hartmut: Die USA – der unbekannt Partner. Paderborn: Schöningh, 1983, S. 38 ff.

Rechtsprechung aufzuzwingen, die unserer Verfassung fremd und von unseren Gesetzen nicht anerkannt war. (...)

Er hat seinen Herrschaftsanspruch hier dadurch aufgegeben, dass er uns als ausserhalb seines Schutzes stehend erklärte und Krieg gegen uns führte.

Er hat unsere Meere geplündert, unsere Küsten verheert, unsere Städte niedergebrannt und unsere Mitbürger getötet. (...)

In jedem Stadium dieser Bedrückung haben wir in der untertänigsten Form um Abhilfe nachgesucht: Unser wiederholtes Bitten ist lediglich durch wiederholtes Unrecht beantwortet worden. Ein Monarch, dessen Charakter durch jede seiner Handlungen in dieser Weise gekennzeichnet wird, die einem Tyrannen zuzutrauen ist, kann nicht geeignet sein, überein freies Volk zu herrschen.

Wir haben es auch nicht an Aufmerksamkeit gegenüber unseren britischen Brüdern fehlen lassen. Wir haben sie von Fall zu Fall während auf die Versuche ihrer Gesetzgeber verwiesen, eine ungerechtfertigte Rechtsgewalt über uns zu erlangen. Wir haben sie an die Umstände gemahnt, unter denen unsere Auswanderung und Ansiedlung erfolgten. Wir haben an ihr natürliches Gerechtigkeitsgefühl und ihre Hochherzigkeit appelliert und sie bei den Banden unserer gemeinsamen Herkunft beschworen. (...)

Daher tun wir, die in einem gemeinsamen Kongress versammelten Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, (...) feierlich kund, dass diese Vereinigten Kolonien freie und unabhängige Staaten sind und es von Rechts wegen bleiben sollen; dass sie von jeglicher Treuepflicht gegen die britische Krone entbunden sind, und dass jegliche politische Verbindung zwischen ihnen und dem Staate Grossbritannien vollständig gelöst ist und bleiben soll. [...]»

Die Kolonien in Nordamerika unterschieden sich wesentlich von allen anderen englischen Kolonien: Dort lebten Europäer. Sie waren technisch und kulturell auf demselben Niveau wie das Mutterland. In einigen Aspekten waren die Kolonien Nordamerikas England sogar überlegen: Sie vereinigten die Erfahrungen, das Wissen und die Fertigkeiten aus allen Ländern Europas. Dementsprechend reichte die logistische und technische Überlegenheit, die die Macht des British Empire über seine anderen Kolonien sicherte, für Nordamerika nicht aus. England musste also neue Verfahren der Machtausübung entwickeln,

solche, die unabhängig vom Entwicklungsstand des Landes, das beherrscht werden soll, wirksam werden. Man kann der zitierten Unabhängigkeitserklärung klar entnehmen, welchen Weg England zu diesem Zweck beschritten hatte.

Die Unabhängigkeitserklärung der USA war einseitig und England hat seine nordamerikanischen Kolonien niemals offiziell in die Unabhängigkeit entlassen. Ebenso wenig hat England sein Ziel aufgegeben, den Machtbereich des British Empire auf die ganze Welt auszuweiten. Abgesehen von Nordamerika, konnte England bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in dieser Hinsicht weiterhin Erfolge verbuchen. Allerdings wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf der Insel schon spürbar, dass das British Empire neue Wege suchen musste, um weiterhin bestehen zu können. Sowohl die Länder Europas als auch die USA hatten eine Dynamik in ihrer Entwicklung vorgelegt, mit der England nicht mehr mithalten konnte. Auch die innenpolitische Entwicklung war zu dieser Zeit eher chaotisch und nicht geeignet, die Macht des British Empire auf Dauer zu garantieren. Die Architekten der Macht Englands standen vor einem ähnlichen Problem, wie hundert Jahre zuvor in Nordamerika, nur war das Problem diesmal wesentlich drängender: Es ging um nichts weniger als den Untergang des British Empire, der für jeden, der die Entwicklungen des 19. Jahrhunderts aufmerksam beobachtete, abzusehen war.

Um 1880 tauchten in England die sogenannten «Protokolle der Weisen von Zion»⁴ auf. In diesem unseligen Machwerk wird ein detaillierter Plan beschrieben, auf welchem Weg eine verschworene Gruppe die Herrschaft über die ganze Welt erreichen könnte. Was der Titel bereits aussagt, wird in diesen Protokollen bestätigt: Jüdische Kreise sollen die Urheber sein. Immer wieder wird in plakativer Deutlichkeit herausgestellt, dass das «Weltjudentum» einen Plan entwickelt haben soll, alle Nichtjuden auf unserem Globus zu ihren Sklaven zu machen. Die beschriebenen Wege zu diesem Ziel sind logisch, nachvollziehbar – und perfide. Jeder, der diese Protokolle gelesen hat, wird spontan eine Abneigung zu den Verfassern entwickeln. Weil die Urheberschaft so eindeutig jüdisch dargestellt wird, sind die «Pro-

4 Rüggeberg, Dieter: Geheimpolitik. Wuppertal: Rüggeberg, 1990.

tokolle der Weisen von Zion» zu einer wesentlichen Grundlage des modernen Antisemitismus geworden. Auch Hitler begründete seinen Hass auf Juden zum grossen Teil auf ihre Existenz.

Dementsprechend wurde über diese «Protokolle» schon viel geschrieben und diskutiert. Es wurden «Nachweise» geführt, dass sie eine Fälschung sein müssen, und ebenso leidenschaftlich wurde ihre Authentizität beschworen. Das halte ich alles für Spiegelfechterei. Tatsache ist, es gibt sie. Wenn man sie gründlich anschaut, wird man feststellen können, dass nichts wirklich Neues darin steht. Teile findet man bei Machiavelli, Sun Tsu und vielen anderen, die sich mit den Mechanismen der Macht beschäftigt haben, inklusive der römischen und griechischen Schriftsteller. Warum also sollte man ein solches «Geheimprotokoll» erstellen, das von dem Moment an, in dem es in schriftlicher Form existiert, der Gefahr der Entdeckung ausgesetzt ist? Mir fällt dazu nur eine Antwort ein: Dieses Elaborat wurde von jemandem geschaffen, der damit sein eigenes Versagen kaschieren wollte. Dieser Jemand war so skrupellos, dass er billigend in Kauf nahm, wenn Unschuldige für seine Behauptungen und Unterstellungen in Misskredit geraten und dafür verantwortlich gemacht würden. Oder vielleicht war es noch schlimmer: Dieser Jemand wollte absichtlich eine ganz bestimmte Gruppierung an den Pranger stellen und zur Verfolgung freigeben, um von sich selbst abzulenken.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass der Inhalt dieser «Protokolle» universell angewendet werden kann in dem Sinn, dass jede beliebige Machtgruppe sich der beschriebenen Methoden bedienen könnte. Allein ihr Titel und die genannte Volksgruppe geben ihnen eine spezifische Zuordnung. Tatsächlich behalten die Texte ihre Sinnhaftigkeit und Sprengkraft, wenn man einfach den Bezug auf Juden entfernt und die beschriebenen Vorgehensweisen einer anderen Interessengruppe zuordnet. Was bleibt, ist der zweifelsfrei nachgewiesene Ort ihrer Entstehung: England. Also muss irgendjemand dort dafür verantwortlich sein. Aber, war es ein Engländer oder nicht? Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung bietet es sich an, die in den Protokollen beschriebenen Pläne daraufhin zu überprüfen, ob sie mit Bezug auf Machtpolitiker des British Empire nicht sogar an Schlüssigkeit gewinnen. Das Ergebnis ist erhellend! Durch einen solchen Austausch der

Akteure erhalten die «Protokolle» einen Sinn, der wesentlich näher an einer möglichen Realität liegt. «AH the world is mine!», hat der junge Engländer mit Überzeugung gesagt. Die Geschichte bis zum Auftauchen der «Protokolle» belegt ein stetes Streben der Engländer nach einer möglichst breiten Ausdehnung ihres Machtbereichs, wie schon der – von den Engländern selbst formulierte – Begriff «British Empire» beschreibt. 1880 umfasste das British Empire etwa 20 Prozent der Landmasse und 23 Prozent der Bevölkerung der Welt. Das war keine schlechte Ausgangsposition für das Ziel der Weltherrschaft.

Doch die Situation gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich zuungunsten des British Empire verändert. Es ist davon auszugehen, dass die führenden Planer in England keine Dummköpfe waren und ihnen sehr wohl bewusst war, dass sie ihr Ziel Weltherrschaft mit den bisherigen Mitteln nicht erreichen konnten. Also mussten neue Wege beschritten werden. Der Weg, der in den «Protokollen» beschrieben wird, passt genau zu den Möglichkeiten Englands: London war und ist der Finanzplatz Nummer eins in der Welt, und die schärfste Waffe, die in den «Protokollen» beschrieben wird, ist das Geld. Die englische Diplomatie war schon immer geschickt und geprägt von Finten und Betrug. Nachdem auch viele Juden in der Finanzwelt bekannte Größen waren, siehe Rothschild, bot es sich geradezu an, die Juden für die eigenen Pläne an den Pranger zu stellen.

Betrachten wir die Situation der in der Diaspora lebenden Juden, wird schnell ersichtlich, dass diese Zuordnung nicht passt. Die grösste Ansammlung von Juden lebte um 1900 in Russland sowie in Österreich-Ungarn und Polen: 3,9 und 3,4 Millionen. Es folgten die USA mit 1,5 Millionen Juden. Alle anderen Länder hatten einen Anteil von weniger als einem Prozent jüdischer Bevölkerung. Die Juden in den Industrieländern lebten ziemlich assimiliert und waren gerade in Deutschland zu grossen Teilen glühende Nationalisten – Deutschnationalisten. Das ist auch nur logisch: Ein Volk, das über kein eigenes Mutterland verfügt, überträgt seine Sehnsucht nach Zugehörigkeit auf sein Gastland. Man kann feststellen, dass eine Einigkeit unter den Juden auf der Welt, die es logisch erscheinen liesse, ein gemeinsames Ziel der Weltherrschaft zu unterstellen, gar nicht existierte.

Der Zionismus und die sogenannten «Protokolle der Weisen von Zion» werden oft als eine Einheit gesehen. Das ist falsch. Der Zionismus, 1890 von Theodor Herzl schriftlich fixiert, strebt lediglich ein gemeinsames Heimatland für alle Juden an. Mehr nicht. Und Herzl ist in seinen Ausführungen so fair, dass er kein – ich wiederhole: kein – Heimatrecht für die Juden in Palästina definiert. Theodor Herzl hat nur das Ziel formuliert, eine jüdische Heimat mit friedlichen Mitteln zu gründen. Das steht zu den Zielen der «Protokolle» in diametralem Widerspruch. Ein kleiner Staat Israel kann das Ziel der Weltherrschaft nicht haben. Der Zionismus von 1900 war eher ein romantischer Wunsch als eine machtbesessene Ideologie. Und er war geprägt vom praktischen Sinn für die Realität: Palästina war 1900 so dünn besiedelt, gleichzeitig aber auch so fruchtbar, dass es ohne Probleme eine grosse Anzahl von Juden hätte aufnehmen können. Die Gründung eines jüdischen Staats innerhalb der Grenzen von Europa wäre vollkommen illusorisch gewesen.

Die politischen Umstände in England zur Zeit der Entstehung der «Protokolle» waren günstig für ihre Zuordnung zu jüdischen Kreisen. Mit Benjamin Disraeli hatte England den ersten und einzigen Premierminister jüdischer Abstammung. Seine Vorfahren waren sephardische Juden, die aus Italien zugewandert waren. Zweimal wurde er Premierminister: 1868 und 1874. Seine politische Karriere war abhängig von der Gunst Königin Viktorias, deren Zuneigung er sich dank seines charmanten Umgangs mit ihr erwerben konnte. Das Viktorianische Zeitalter in England war geprägt von geradezu chaotischen politischen Verhältnissen. Die Regierungen wechselten häufig, kaum eine konnte die vorgesehene Legislaturperiode überstehen. Disraeli war hier eine Ausnahme und er wird gern als der «Vater des britischen Imperialismus» bezeichnet. Auch hier wird ihm etwas «in die Schuhe geschoben», was keineswegs den Tatsachen entspricht. Er hat sich zwar um den britischen Imperialismus verdient gemacht, handelte aber nur in Weiterführung der Ziele seiner Vorgänger.

Die Tatsache, dass England zu dieser Zeit einen Premierminister jüdischer Abstammung hatte, lässt es möglich erscheinen, die «Protokolle» auf Disraeli und damit auf einen Juden zurückzuführen. Das kann so jedoch nicht gewesen sein. Disraeli war nicht dafür bekannt,

sich eines jüdischen Netzwerks zu bedienen. Im Gegenteil: Bereits im Alter von 13 Jahren konvertierte er zur anglikanischen Kirche. Um seine ehrgeizigen politischen Ziele erreichen zu können, durfte er sein Judentum nicht an die grosse Glocke hängen, gab es doch bis Mitte des 19. Jahrhunderts in England ein Gesetz, das es Juden verbot, Premierminister zu werden. Disraeli machte sich vor allem verdient, indem er versuchte, das Leben der einfachen Bürger zu erleichtern, und er brachte viele Gesetze auf den Weg, die die soziale Situation der Bürger verbesserten. Schliesslich hat uns Disraeli eine bemerkenswerte Erkenntnis über die Machtverhältnisse in England hinterlassen. Bereits 1844, er war schon einige Jahre Mitglied des Parlaments, hat er in Conningsby gesagt:

«Die Welt wird von ganz anderen Personen regiert, als diejenigen es sich vorstellen, die nicht hinter den Kulissen stehen.»⁵

Benjamin Disraeli war Premierminister bis 1880 und legte dann nach einer Wahlniederlage seine politischen Ämter nieder. Ein Jahr später starb er.

Wie ich schon erwähnte, neigen Menschen, die Gefahr laufen, Macht oder Geld zu verlieren, zu besonders skrupellosem Handeln. Die Machtpolitiker Englands befanden sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in eben dieser Situation. Bei der Betrachtung oder Bewertung des Verlaufs der weiteren Geschichte sollte dieser Gedanke nicht ausser Acht gelassen werden. Auch der Anspruch Englands, seine Rolle als führende Nation zu behalten, ist nicht zu vernachlässigen. Wenn die Abläufe der Geschehnisse des 20. Jahrhunderts unter diesen Aspekten beleuchtet werden, erscheint manches in einem ganz anderen Licht.

Teile und herrsche! So hat Machiavelli die Grundprinzipien jeder Machtpolitik beschrieben. Betrachtet man den Verlauf des 20. Jahrhunderts, fällt auf, dass er von einer Vielzahl widersinniger Teilungen bestimmt ist. Die Mehrzahl geht zurück auf den Einfluss oder die Initiative Englands. Länder und Völker wurden zerschlagen oder geteilt,

5 Disraeli, Benjamin: Conningsby oder die neue Generation. Zürich: Manesse, 1992.

und die jeweiligen Teile stehen sich fortan feindlich gegenüber. Der Zustand der heutigen Welt ist bestimmt von scheinbar unüberbrückbaren Gegensätzen. Ethnische Gruppen sind klar definiert und je nach ihrer politischen Ausrichtung in Gut und Böse eingeordnet. Die Welt ist geteilt und wird beherrscht, beherrscht vom angloamerikanischen Kapital, und ein friedlicher Ausweg aus den Konflikten ist nicht erkennbar. Die weltweiten Konflikte in unserer Zeit vermitteln den Eindruck, als entsprächen sie einer Naturgesetzlichkeit. Dem ist nicht so. Vor hundert Jahren war alles anders.

Um 1900 war das Bewusstsein der Menschheit bestimmt von einer weltweiten Aufbruchstimmung. Die technischen Entwicklungen und Erfindungen gaben den Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft und eine völlig neue Art der Freiheit. Mühselige Handarbeit wurde mehr und mehr von Maschinen übernommen. Die Erfindung des Kunstdüngers stellte Ernteerträge in Aussicht, welche die endgültige Überwindung von Hungersnöten und Mangelernährung bedeuteten. Der fortwährende Kampf ums Überleben wurde abgelöst von einem Weg in Richtung eines soliden Überschusses. Dementsprechend wurden Sozialsysteme entwickelt, die den Menschen ein sorgenfreies Alter garantieren sollten. Die andauernden Kriege in Europa schienen überwunden, und die allgemeine Aufbruchstimmung führte zu einer Zusammenarbeit unter den Nationalstaaten, die bis dahin unbekannt war. Die neue Qualität und Zuverlässigkeit der Transportmittel erlaubte einen Warenaustausch, der dazu beitrug, unterschiedliche Kulturen einander freundlich näher zu bringen. Die Medizin, die besseren hygienischen Verhältnisse und die bessere Ernährungssituation liesen die Lebenserwartung der Menschen sprunghaft ansteigen. Man lebte in dem Bewusstsein, mit Zuversicht auf die Dinge blicken zu können, die das Leben bringen würde.

All das förderte ein Klima der allgemeinen Toleranz. Auch die oftmals feindliche Haltung gegenüber Juden schien weitgehend überwunden, und sie erhielten endlich die normalen Bürgerrechte, die ihnen über lange Zeit verwehrt worden waren. Das Verhältnis der unterschiedlichen Religionen war entspannt, die Zeiten der gewaltsamen Missionierungen gehörten der Vergangenheit an. Juden und Araber lebten friedlich zusammen. Palästina war ein Idyll, Zypern unge-

teilt. Es gab nur ein Korea. Es gab keinen Konflikt zwischen Indien und Pakistan, weil diese Unterteilung gar nicht existierte. Innerafrikanische Kriege waren unmöglich, weil die Waffen dazu fehlten. Die Welt war auf dem Weg, friedlich zusammenzuwachsen.

Ein Land allerdings konnte nicht so hoffnungsfroh in die Zukunft blicken: England. Das British Empire hatte sich seit geraumer Zeit abhängig gemacht vom internationalen Handel und von Importen, da die Versorgung seiner Bürger nur möglich war, wenn Nahrungsmittel und Güter aus Übersee ins Land gebracht werden konnten. Dazu mussten in England hochwertige Güter produziert werden, um mit deren Export eine ausgeglichene Handelsbilanz sicherzustellen. Hier war die Insel ins Hintertreffen geraten. Während im frühen 19. Jahrhundert die technischen Produkte aus England eine Überlegenheit garantiert hatten, fielen sie jetzt, zum Ende des Jahrhunderts, gegen ihre Konkurrenten zurück. Englische Produkte waren immer weniger gefragt – die katastrophale Handelsbilanz um 1900 belegt das. Das British Empire war im Niedergang begriffen und von grossen Sorgen um seine Zukunft geplagt.

Ein anderes wichtiges Element für das Überleben des British Empire waren seine überlegenen Seestreitkräfte, denn man war, anders als der Rest Europas, für seinen Aussenhandel ausschliesslich auf den Seeweg angewiesen. Dieser musste gesichert werden, und so hatte England beträchtliche Aufwendungen für seine Marine zu tragen. Die englische Marine war seit fast 150 Jahren ungeschlagen und dominierte die Weltmeere. Dieser Zustand wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts infrage gestellt durch die Marine-Entwicklungsprogramme Deutschlands, Russlands, Frankreichs und der USA. Interessant dabei ist, dass sich der deutsche Kaiser ausdrücklich eine Selbstbeschränkung auferlegt hatte, die die Grösse seiner Marine unter die Stärke der englischen begrenzte. Deutschland strebte nicht danach, die englische Dominanz auf See abzulösen, sondern verfolgte einzig das Ziel, seinen eigenen Überseehandel glaubhaft sichern zu können. Dennoch fühlte sich England durch den allgemeinen Flottenaufbau bedroht und erhöhte die Anstrengungen für seine Marine. Das trug dazu bei, die Konkurrenzfähigkeit Englands auf

nicht-militärischem Gebiet weiter zu vermindern. Indem sich Industrie und Wissenschaft immer mehr auf Militärtechnik konzentrierten, geriet der zivile Sektor immer weiter ins Hintertreffen.

England war in einer verzweifelten Lage. Der eindeutige, selbst definierte Anspruch, die Welt(meere) beherrschen zu wollen, verlangte nach überproportionalen Anstrengungen für sein Militär. Das konnte die Volkswirtschaft auf der Insel auf Dauer nicht verkraften. Die Alternative wäre eine friedliche Bündnispolitik gewesen. Hier war aber abzusehen, dass England schnell nur noch der Juniorpartner sein würde – eine für das Selbstbewusstsein der Engländer vollkommen inakzeptable Vorstellung. Es hätte das Ende des Wohllebens auf Kosten seiner Kolonien bedeutet und damit das Ende des British Empire in seiner etablierten Form. England wäre, weltpolitisch gesehen, in die Bedeutungslosigkeit versunken. Andererseits hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, dass England, wenn es denn die Aufwendungen für sein Militär reduziert hätte, zurückfindet zu alter Prosperität bezüglich seiner zivilen Produkte und dementsprechend zur alten Stärke im Aussenhandel. Der wesentliche Unterschied wäre jedoch gewesen, dass kein Engländer mehr hätte sagen können: «All the world is mine!»

An dieser Stelle ist es angebracht, einen Gedankensprung in die Gegenwart zu machen: Die aktuelle Situation der USA ist der Englands vor hundert Jahren so ähnlich, dass die Handlungsweise der amerikanischen Politik unter denselben Gesichtspunkten betrachtet werden muss, wie ich sie bereits für England beschrieben habe.

Zurück zu den «Protokollen der Weisen von Zion». Die Ziele, die in diesen Protokollen definiert werden, sind weitgehend erreicht – mit Hilfe der Methoden, die ebenfalls beschrieben werden. Allerdings stimmt etwas nicht: Die Weltsprache ist Englisch, nicht Hebräisch. Das Kapital, das die Welt regiert, ist angloamerikanisch. Die dominante Kultur ist angloamerikanisch. Die westliche Welt ist christlich, nicht jüdisch. Das Judentum ist nach wie vor eine kleine Minderheit und der kleine Staat Israel ein Spielball der grossen Politik, unter der er bitter zu leiden hat. Retrospektiv betrachtet, ist festzustellen, dass, wenn überhaupt irgendjemand den in den «Protokollen» beschriebe-

nen Weg verfolgt hat, es nur England gewesen sein kann. In diesem Sinn soll dann auch der Verlauf des 20. Jahrhunderts betrachtet werden. Es muss ein Ende haben, dass die Welt irregeleitet wird von haltlosen Schuldzuweisungen. Der weltweit verbreitete Antisemitismus muss bekämpft werden, indem offen diskutiert werden darf, wer wirklich die Geschicke des 20. Jahrhunderts gelenkt hat. Eine wesentliche Rolle dabei spielt das Finanzwesen, das ich im Folgenden einer eingehenden Betrachtung unterziehen will.

5. Das angloamerikanische Finanzsystem

«Geld ist das Brecheisen der Macht.» (Friedrich Nietzsche)

Geld regiert die Welt! Dieser so einfach und oft unreflektiert dahergeredete Satz beschreibt leider die ganze grausame Wahrheit. Bei allen Betrachtungen über politische Entwicklungen ist es folglich unerlässlich, ganz genau unter die Lupe zu nehmen, wer wann und wie Macht über Geld und dessen Umlauf gehabt hat. Oder, und das ist vielleicht noch aufschlussreicher, wem ein Verlust dieser Macht drohte. Meine Lebenserfahrung hat mich gelehrt, dass Menschen, die von einem Verlust bedroht sind und mit dem Rücken zur Wand stehen, zu extrem skrupellosem Verhalten neigen, um diesen Verlust zu verhindern. Da wird schnell jedes sozial kompetente Handeln beiseitegelegt.

Bis 1775 waren die nordöstlichen Staaten der heutigen USA eine Kolonie der englischen Krone. Dann erklärten sie ihre Unabhängigkeit und gewannen nach der «Amerikanischen Revolution» ihre politische Freiheit.

Mit der pekuniären Freiheit dagegen war es nicht so einfach. Alexander Hamilton, ein Vasall des Finanzplatzes London, kreierte 1791 die «First Bank of the United States» nach dem Muster der Bank of England. Nachdem das Land bis 1775 eine englische Kolonie war, waren bis dahin auch alle Banken unter der Kontrolle Londons. Das änderte sich nach der Revolution nicht. Die Amerikaner hätten ein eigenes, völlig neues Geldsystem etablieren müssen, um auch in Geldfragen unabhängig von London werden zu können.

Das aber hätte den Verlust etablierter Vermögen bedeutet, und die Personen, die in den ganz jungen USA das Sagen hatten, besaßen selbstverständlich solche Vermögen. So nahm man um des eigenen Vorteils willen in Kauf, dass die Kontrolle über das amerikanische Geld weiterhin in englischer Hand blieb. Das einfache Volk hatte von derartigen Feinheiten sowieso keine Ahnung und ein Protest aus dieser Richtung war nicht zu befürchten. Mit dieser selbstsüchtigen Unterlassung wurde der Grundstein gelegt für eine andauernde, geradezu koloniale Ausbeutung der USA durch das englische Finanzwe-

sen. Das führte 1913 schliesslich zur Errichtung des Federal Reserve Systems.

Ehe ich näher darauf eingehe, möchte ich einige grundlegende Gedanken zum allgemeinen Finanzwesen des 19. Jahrhunderts formulieren. Die einzige längerfristig gültige Währung zu dieser Zeit war das Britische Pfund. Es existierte etwa vierhundert Jahre und war über diesen Zeitraum nicht nur frei von jeglicher Inflation, sondern legte währenddessen sogar um zehn Prozent an Kaufkraft zu. Im Deutschen Reich gab es 1900 noch keine allgemein gültige Währung, die von einer Zentralbank kontrolliert worden wäre. Das klingt für einen modernen Menschen seltsam, aber man darf nicht vergessen, dass es bis etwa 1890 in Deutschland auch keine einheitliche Zeit gab. Das brauchte man einfach nicht. Jeder Kirchturm hatte seine eigene Zeit und die Sonnenuhren sowieso. Erst mit dem Bau von Eisenbahnlinien, die ganz Deutschland vernetzten und mit Zügen bereisbar machten, ergab sich die Notwendigkeit, eine einheitliche Zeit für das ganze Land zu etablieren.

Um 1900 entbrannte schliesslich auch in Deutschland eine erbiterte Diskussion über die Zukunft des nationalen Finanzwesens. Es gab durchaus schlüssige Argumente gegen die Einführung eines Zentralbanksystems. Tatsächlich war es nicht nötig, weil der Wert des Geldes durch seinen Bezug zum Gold definiert war. Die berühmte Goldmark war das Mass der Dinge. Und dieses Mass war so schlecht nicht, hatte es dem Land doch dreissig Jahre inflationsfreie Stabilität und Prosperität gewährleistet. Die Diskussion um eine deutsche Zentralbank sollte auch Jahre später noch nicht abgeschlossen sein.

Die USA hatten gleichfalls kein Zentralbanksystem, die amerikanische Situation war aber eine ganz andere als die deutsche. Der US-Geldmarkt ist immer wieder von Krisen heimgesucht worden, die vorwiegend von den Londoner Bankiers herbeigeführt wurden. Dadurch sollten die USA für die Einführung eines Zentralbanksystems reif gemacht werden.

Mit diesen Finanzkrisen wurde aber auch noch etwas anderes erreicht. Die Krise von 1907 ist beispielhaft für viele andere und das Muster zieht sich durch bis in die Gegenwart. Der Beginn des 20. Jahrhunderts kann durchaus noch zur Pionierzeit Amerikas gerech-

net werden. Deren «Markenzeichen» waren endlose Trecks, die nach Westen zogen, wo sich die Menschen niederlassen und ihren Lebensunterhalt als Farmer verdienen wollten. 1900 waren die Kreditzinsen billig und die Farmer erstanden ihr Land mit der Standardgrösse einer Quadratmeile meistens auf Kredit. 1908 zogen die Zinsen wegen der Krise scharf an, was dazu führte, dass viele Farmer ihre Zinsen nicht mehr bedienen konnten. Folge: Das Land und alles, was sich darauf befand, gelangte wieder in den Besitz der Banken. Diese hatten zuvor über Jahre Zinsen kassiert, jetzt konnten sie den «ganzen Kuchen» ihr Eigen nennen. Natürlich behielten die Banken diese Farmen nicht, denn von Landwirtschaft verstanden sie ja nichts. Bei nächster Gelegenheit, wenn die Zinsen wieder niedrig waren, verkauften die Banken die Farmen wieder an neue Kreditnehmer und der Kreislauf konnte abermals beginnen.

Man muss anerkennen, dass das Britische Pfund zu dieser Zeit eine überlegene Währung war, die im gesamten British Empire uneingeschränkte Gültigkeit besass. Man könnte jetzt dazu neigen, das Britische Pfund als Modell für alle anderen Währungen zu übernehmen. Das sollte man besser nicht tun. Das Britische Pfund wurde von der Bank of England kontrolliert, einer Privatbank, die erst 1946 pro forma verstaatlicht wurde. Auf den ersten Blick könnte man zu der Ansicht gelangen, dass es nicht schädlich ist, wenn sich eine Zentralbank in privater Hand befindet. Erst wenn man sich darüber klar wird, was das tatsächlich bedeutet, wird man dieses System ablehnen.

Eine Zentralbank in privater Hand gibt ihren Eigentümern unermessliche Macht. Der Staat kann mithilfe der Geldpolitik gelenkt und erpresst werden. Es liegt ganz im Ermessen der – privaten! – Eigentümer, ob sie der Wirtschaft genügend Geld zur Verfügung stellen, um einen ungestörten Warenaustausch zu gewährleisten. Damit befindet sich das Wohl und Wehe eines ganzen Volkes in der Hand von wenigen mächtigen Bankiers, die mit Sicherheit keine demokratische Legitimation für ihre Macht erhalten haben. Diese Bankiers und ihre Hintermänner sind äusserst darauf bedacht, nicht ins Licht der Öffentlichkeit zu geraten. Wenn etwas sichtbar wird, sind es in der Regel nur die Akteure in der zweiten Reihe. So ist auch der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank letztlich nicht frei in seinen Entscheidun-

gen. Er kann von den Eigentümern, den (Gross-)Aktionären, jederzeit seines Postens enthoben werden, wenn er nicht weisungskonform handelt. Die Eigentumsverhältnisse der Banken sind derart verschachtelt und unübersichtlich gestaltet, dass es schier unmöglich ist, genauen Einblick zu erhalten, wer wirklich das Sagen hat. Das war 1900 auch schon so.

Im Zusammenhang mit der Bank of England und dem gesamten englischen Bankensystem taucht ein Name immer wieder auf: Rothschild. Man darf es sagen – die Familie Rothschild ist eindeutig jüdisch. Aber ich weise hier auf zwei Dinge hin: Erstens hatten sich die Rothschilds mit ihrem Hauptsitz schon lange in England etabliert, und man kann vermuten, dass sich die Angehörigen dieser Familie eher als Engländer, denn als Juden verstanden. Zweitens muss man davon ausgehen, dass die Rothschilds, nachdem sie immer wieder der Öffentlichkeit preisgegeben werden, nicht die diejenigen sind, die die Fäden letztendlich in der Hand halten. Hinzu kommt, dass die Rothschilds immer in Abhängigkeit von der Gnade der englischen Krone waren. Das mag heute anders sein, aber 1900 war das mit Sicherheit so. England hat eine lange Tradition der Judenverfolgung hinter sich. In englischen Geschichtsbüchern kann man über Pogrome lesen, die hier bereits im 13. Jahrhundert stattgefunden haben. Es gab lange Zeiten, teilweise über mehr als hundert Jahre, in denen England seine Juden des Landes verwiesen hatte. Somit darf man davon ausgehen, dass eine Aufhebung der Verbannung der Juden aus England an ein hohes Mass an Wohlverhalten gegenüber der Krone gebunden war.

Selbst im ausgehenden 19. Jahrhundert konnten Juden in England nicht sicher sein, dass ihr Aufenthaltsrecht nicht widerrufen wird. So ist es gewiss nicht abwegig, davon auszugehen, dass die englischen Machthaber diesen Zustand dazu benutzten, Juden anzuhalten, sich selbst und ihre natürlichen internationalen Verbindungen für die Ziele des British Empire einzusetzen. Dabei haben sie es den Juden in England und deren Partnern in der Welt leicht gemacht, diesen Status zu akzeptieren, indem sie ihnen erlaubten, etwas Einfluss und viel Geld zu erwerben. In den USA sprach man Anfang des 20. Jahrhunderts von einem «anglo-jüdischen Machtblock», der das Ziel haben sollte, die Herrschaft über die ehemalige Kolonie Amerika zurückzugewin-

nen – mithilfe der Finanzpolitik und nunmehr selbstverständlich über die gesamten USA. Dabei tritt der jüdische Aspekt in der amerikanischen Diskussion sehr stark in den Vordergrund. Waren es doch vor allem Bankiers jüdisch-englischer sowie auch jüdisch-deutscher Abkunft, die bei der Gestaltung des amerikanischen Finanzsystems besonders sichtbar auftraten. So ist es nicht verwunderlich, dass in den USA auch heute noch ein weit verbreiteter Antisemitismus zu beobachten ist.

Die Offensichtlichkeit, mit der Juden als Akteure herausgestellt werden, gibt mir zu denken. Ist es nicht wahrscheinlich, dass die wahren Auftraggeber genau das wollten – selbst unerkannt im Hintergrund stehen, um auf diese Weise unbemerkt ihre Ziele verfolgen zu können? Damit kommt logischerweise die Frage auf: Wer sind dann diese Hintermänner? Dies kann ich so nicht beantworten, bleiben sie doch verborgen im Dunkeln. Aber ich kann versuchen, mich dadurch anzunähern, dass ich analysiere, wer vom Verlauf der Geschichte profitiert hat und wessen Ziele erreicht wurden. Wiederum muss man auch hierbei zuerst den Schleier der Offensichtlichkeit entfernen.

Doch nun zurück zum FED, dem Federal Reserve System. Um es gleich zu sagen: Das FED ist weder «Federal» noch «Reserve». Im Gegenteil: Es ist der grösste Betrug am amerikanischen Volk und dem Rest der Welt. Viele Bücher sind geschrieben worden, die sich mit dem FED auseinandersetzen. Ich verweise hier nur auf eines, das ich vor allem wegen seiner akribischen Genauigkeit für ganz besonders lesenswert halte: «The Secrets of the Federal Reserve»⁶ von Eustace Mullins. Dieses Buch kann aus dem Internet heruntergeladen werden, und es ist wirklich eine Lektüre, die das Geschichtsbewusstsein speziell der Deutschen aufhellt. Die meisten Dinge, die ich im Folgenden ohne spezifischen Nachweis über das FED schreibe, kann man bei Eustace Mullins ausführlich und bestens belegt nachlesen.

Etwa um 1900 – das British Empire driftete bereits in eine prekäre Lage – begannen englische Bankiers, den Boden für das FED in den

6 Mullins, Eustace: The Secrets of the Federal Reserve. Carson City/Nevada: Bridger House Publishers Inc, 2009.

USA vorzubereiten. Dabei ist man nicht zimperlich vorgegangen. 1907 wurde durch Entzug englischen Kapitals eine Finanzkrise geschaffen, 1910 legte eine Gruppe von Bankiers und Politikern in einer echten Geheimsitzung («Jekyll Island und der Aldrich-Plan») das Prozedere und die Regeln für das FED fest. Der massgebliche Denker, was das Finanztechnische anbelangte, war der erst 1911 eingebürgerte deutsch-jüdische Bankier Paul Warburg. Die Angehörigen der Familie Warburg, sephardische Juden, sitzen in allen wichtigen Ländern der Welt in einflussreichen Positionen. Nun gab es nur noch das Problem, dass Präsident William Howard Taft, dessen Wiederwahl gesichert schien, ein Gegner des FED war. Also musste dessen Wiederwahl verhindert werden.

Theodore Roosevelt war der Mann der Stunde: Er baute entgegen aller Gepflogenheiten in den USA eine Gegenposition zu seinem Parteigenossen Taft auf, was darin gipfelte, dass er kurzfristig eine eigene Partei gründete, die «Bull Moose»-Partei. Es kam, wie es geplant war: Bei der Präsidentschaftswahl 1912 erhielten Taft und Roosevelt je etwa ein Viertel der Stimmen. So konnte Woodrow Wilson Präsident der USA werden, obwohl er weder das Charisma für einen siegreichen Wahlkampf hatte noch tatsächlich mehr als 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Offiziell wird bis heute in den USA gerätselt, warum Roosevelt die Präsidentschaft für seine Partei sabotiert hatte.

Mit Wilson war der Weg für das FED frei – fast. Noch zeichnete sich im Kongress eine Mehrheit gegen das Gesetz zur Schaffung des FED ab. Nun kam es zu einer Nacht-und-Nebel-Aktion, die in der Geschichte der USA ihresgleichen sucht. Am 23. Dezember 1913, einen Tag vor Weihnachten, kam das Gesetz über das FED zur Abstimmung. Die meisten Abgeordneten waren bereits auf dem Weg zu ihren Familien, der naturgemäss damals noch etwas länger dauerte. So hatten die Befürworter des FED leichtes Spiel, die Mehrheit zu erlangen, wurden sie doch eigens für diese Abstimmung zum Bleiben aufgefordert.

Wilson ist ein Mann, der in der Geschichte nur schwer einzuschätzen ist, doch nach meinem Dafürhalten kann man ihm moralisch intégrés Denken unterstellen. Zunächst hat er seine Unterschrift unter das FED-Gesetz verweigert. Offensichtlich massivem Druck ausgesetzt, beugte er sich und erteilte dem Gesetz letztendlich doch seine

Zustimmung. Am 16. November 1914 nahm das FED seine Arbeit auf.

Was hat es mit dieser Einrichtung auf sich? Das FED, aufgebaut nach dem Vorbild der Bank of England, ist der Zusammenschluss von zwölf Banken, die in ihren jeweiligen Bereichen massgeblich waren. Die Führung wurde der J. P. Morgan Bank in New York übertragen, obwohl diese Entscheidung nicht unumstritten war. Die im FED zusammengefassten amerikanischen Banken sind ausnahmslos in Privatbesitz. Allerdings, und hier wird die Sache pikant, ist ein grosser Teil der FED im Besitz der Bank of England und anderer englischer Banken, wobei sich die Bank of England den grössten Happen geschnappt hat. Da diese Bank aber 1946 verstaatlicht wurde, befindet sich jetzt, zumindest theoretisch, ein grosser Teil des FED unter der direkten Kontrolle Englands. – Wie war das? Geld regiert die Welt? Wir können an dieser Stelle sehen, dass es nicht ganz so einfach ist zu entscheiden, wie das tatsächliche Verhältnis zwischen England und den USA ist. Wer ist denn jetzt der Hund und wer der Schwanz?

Mit Aufnahme seiner Geschäfte war das FED die potenteste Finanzinstitution der Welt – und ist es noch heute. Ohne das FED hätte der Erste Weltkrieg nicht stattfinden können, denn keine der beteiligten Nationen verfügte über die Geldmittel, einen solchen Krieg zu führen. Durch die Zusammenlegung aller in den USA verfügbaren Gelder im FED wurde ein Pool geschaffen, aus dem alle Kriegsparteien versorgt werden konnten. Dazu kam, dass das FED qua definitionem berechtigt war und ist, Geld, also Dollar, in jeder ihm genehmen Menge zu drucken. Es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass der erste Präsident des FED der deutsch-jüdische Bankier Paul Warburg war – eine durchaus bemerkenswerte Tatsache. Da wird ein Mann, der erst drei Jahre zuvor eingebürgert wurde, zum Leiter des mächtigsten Finanzinstituts der USA ernannt. Auch das sucht seinesgleichen in der Geschichte. Zum Ende des Ersten Weltkrieges musste Paul Warburg seinen Posten wieder abgeben, offenbar wurde er nicht mehr gebraucht. Gebrauchte wofür?

Paul Warburg war der Lieblingsbankier von Kaiser Wilhelm II., sein Bruder Max der Chef des Kaiserlichen Geheimdienstes in Deutschland. Man kannte sich und fühlte sich freundschaftlich verbunden. Über diese Verbindungen konnte Deutschland Geld zugeführt werden, ohne Argwohn zu erwecken. Geld, das dringend gebraucht wurde. 1916 war die allgemeine Versorgungslage in Deutschland so schlecht, dass der Kaiser vorsichtig Friedensverhandlungen anbot, obwohl die militärische Lage klar zugunsten der Deutschen stand. Die grosszügige Versorgung Deutschlands mit Geld aus den USA und der entschlossene Widerstand Englands liessen diese Verhandlungen jedoch nicht zustande kommen. Man muss sich das schon mal auf der Zunge zergehen lassen: Die USA, respektive die Herren des FED, haben Geld an eine Nation gegeben, gegen die sie nach eindeutigen Aussagen ihres Präsidenten Wilson Krieg führen wollten! Offensichtlich waren die Ziele des Krieges 1916 noch nicht erreicht, und so erklärten die USA 1917 gegen den Willen der Mehrheit ihrer Bevölkerung Deutschland den Krieg. Man muss wissen, dass zu dieser Zeit fast die Hälfte der US-Bürger deutschstämmig war. Die Stimmung in den USA war keineswegs deutschfeindlich, weit eher hegte man Argwohn gegenüber dem ehemaligen Kolonialherrn England. Das änderte sich erst nach massiven Kampagnen der englisch beherrschten Presse.

Auch der Zweite Weltkrieg wäre ohne die Mitwirkung des FED nicht zustande gekommen. Hitler wurde vom FED über die Bankhäuser der Familien Rothschild und Morgan mit Geld zur Finanzierung seines Militärapparats versorgt. Ohne dieses Geld hätte die Wiederaufrüstung nicht stattfinden können. Ohne dieses Geld wäre die NSDAP bereits vor der Machtergreifung pleite gewesen und Hitler wäre nur eine Randnotiz der Geschichte geworden. Noch einmal zur Erinnerung: England hatte massgebliche Kontrolle über die Aktionen des FED und Rothschild sass in London. Auch hier verweise ich auf das bereits erwähnte Buch von Eustace Mullins für Leser, die an mehr Details interessiert sind.

Gehen wir nun weiter in das Jahr 1944. In dem kleinen Ort Bretton Woods in New Hampshire, USA, wurde eine Konferenz abgehalten, die eine Neuordnung des Weltfinanzsystems der Nachkriegsära zum Ziel hatte. An dieser Konferenz nahmen 44 Nationen teil, die mehr

oder weniger abhängig von den USA waren. So ist es nicht verwunderlich, dass auf dieser Konferenz ein System beschlossen wurde, das den USA weitreichende Vorteile sicherte: Es wurde kein reiner Gold-Standard festgelegt, sondern stattdessen ein Gold-Devisen-Standard. Auf den ersten Blick sind die verheerenden Folgen dieses feinen Unterschieds nicht so leicht zu erkennen. Tatsächlich aber ermöglicht der Gold-Devisen-Standard den USA, ihr Aussenhandelsdefizit zu ignorieren. Wie das funktioniert, hat Jacques Rueff, der Finanzberater von Charles de Gaulle, bereits 1961 folgendermassen trefflich beschrieben:

«[...] Was ist das Wesen dieses Systems und was ist der Unterschied zur Goldwährung? Es bedeutet, wenn ein Land mit einer Schlusselwahrung ein Zahlungsbilanzdefizit erleidet – nehmen wir als Beispiel die USA -, dann bezahlt es dem Glaubigerland Dollars, die in der Zentralbank des Letzteren landen. Doch noch am selben Tag werden diese als Kredit wieder auf dem New Yorker Geldmarkt ausgeliehen, sodass diese Dollars in ihr Ursprungsland zurückkehren. Somit verliert das Schuldnerland nicht, was das Glaubigerland erwirtschaftet hat. Deshalb spürt das Währungs-Schlusselland auch nie die Auswirkungen eines Zahlungsbilanzdefizits. Und die Hauptauswirkung ist, dass es überhaupt keinen Grund für das Verschwinden des Defizits gibt, denn es erscheint erst gar nicht.

Um die Sache deutlicher zu erklären: Nehmen wir an, dass ich mit meinem Schneider eine Vereinbarung treffen würde, dass er jegliches Geld, das er von mir erhält, mir am selben Tag als Kredit zurückgibt. Auf diese Weise hätte ich überhaupt keine Bedenken, bei ihm noch viel mehr Anzüge in Auftrag zu geben, auch wenn meine eigene Zahlungsbilanz dann ein Defizit aufweisen würde.»⁷

Jacques Rueff beschreibt weitere fatale Folgen dieses Systems, wie zum Beispiel eine zwangsläufige Inflation. Es würde aber zu weit führen, hier im Detail darauf einzugehen. Dies ergäbe allein für sich ein ganzes Buch, und das hat Jacques Rueff bereits geschrieben. Was hier jedoch hervorgehoben werden soll, ist, dass in Bretton Woods offensichtlich vorsätzlich ein System geschaffen wurde, das den USA

7 Rueff, Jaques: L'age de l'inflation. Paris: Payot, 1965.

die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine jahrzehntelange imperiale Strategie sicherte. Bis heute. Bemerken sollte man noch, dass in Bretton Woods auch dem englischen Pfund die Rolle einer Schlüsselwährung zugestanden worden ist.

Damit war das angloamerikanische Finanzsystem aber noch nicht perfekt. 1964 beginnend, wurde die Goldbindung für die Schlüsselwährungen erst schleichend, dann 1971 offiziell vollständig aufgehoben. Erst damit war der Weg frei, die ganze Welt unter das Joch eines dollarbeherrschten Kapitalismus zu stellen. Die Kontrolle hat das FED. Oder vielleicht doch die Bank of England?

Zusammenfassend stelle ich fest: Ohne das FED, das die Basis des angloamerikanischen Finanzsystems bildet und das ohne die Einflussnahme englischer Bankiers nicht so und zu dieser Zeit hätte installiert werden können, wäre das 20. Jahrhundert ganz anders, wahrscheinlich friedlicher, verlaufen. England stand 1900 mit dem Rücken zur Wand und drohte, seine dominierende Stellung auch im Finanzwesen zu verlieren. 2000 ist London immer noch der Finanzplatz Nummer eins in der Welt, aber angesichts seines dauerhaft beträchtlichen Aussenhandelsdefizits spielt England in der Weltwirtschaft keineswegs eine so bedeutende Rolle, wie seine politischen Führer es gern hätten.

Welchen Anteil hatten nun Juden an diesem Vorgang? Mit markt-schreierischer Offensichtlichkeit einen ganz entscheidenden. Tatsächlich aber darf man vermerken, dass nur wenige jüdische Menschen persönlichen Vorteil und Reichtum erlangten. Sehr viele Juden dagegen haben unter den Folgen der angloamerikanischen Welt- und Geldpolitik entsetzlich leiden müssen. Ich bevorzuge die These, dass jüdische Bankiers und ihre Handlanger im Auftrag und möglicherweise sogar unter dem Druck englischer Herrscherkreise gehandelt haben.

6. Die Sowjetunion – das grösste Experiment aller Zeiten?

«Die Einkommensteuer hat mehr Menschen zu Lügner gemacht als der Teufel.» (William Rogers)

Der beste Wodka kommt aus Russland. Er wird produziert in Fabriken, die älter als hundert Jahre sind. Diese Fabriken haben die Sowjetherrschaft überlebt und sind seit ihrer Entstehung während der Zarenzeit weitgehend unverändert geblieben. Das ist zwar nur eine Fussnote der Geschichte, sagt aber viel aus über die Zeit um 1900 in Russland. Mit dieser Nebensächlichkeit wird belegt, welche Entwicklung Russland vor hundert Jahren erlebte. Es war auf dem Weg, eine moderne Industrienation zu werden.

Russland war und ist das flächenmässig grösste Land der Erde. Das bedeutet auf der einen Seite Reichtum an schierer Landmasse und Bodenschätzen, auf der anderen Seite gewaltige Infrastruktur-Probleme. Diesen Problemen versuchte Russland beizukommen durch den Bau von Eisenbahnlinien, die in Rekordzeit hergestellt wurden. In den fünf Jahren vor 1901 wurden 20.000 Kilometer für den Verkehr freigegeben. 1905 betrug die gesamte Länge des russischen Eisenbahnnetzes bereits 60.000 Kilometer. Das waren 10.000 Kilometer mehr als das deutsche, inklusive aller Nebenstrecken. Ähnliche Wachstumsziffern weisen die Eisen- und Stahlproduktion, die Steinkohle- und Erdölförderung sowie der Baumwollverbrauch auf. Der Export übertraf den Import um mehr als das Doppelte. Rechnet man diese Steigerungsraten pro Kopf um, fallen sie etwas niedriger aus, weil sich die Bevölkerung gleichzeitig um etwa ein Viertel vermehrt hatte. Gerade dieser Umstand weist darauf hin, dass die allgemeine Versorgungslage in Russland eine dramatische Verbesserung erfahren hatte. Schliesslich ist Bevölkerungswachstum nur dann möglich, wenn die Menschen entsprechend ausreichend ernährt werden können.

1861 war die Leibeigenschaft in Russland abgeschafft worden. Dadurch entstanden neue Gesellschaftsschichten und der Bestand des alten Systems war bedroht. Dass das zu Konflikten führen musste, wird durch Unruhen belegt bis hin zur Revolution von 1905.

Diese Revolution bedeutete aber noch nicht das Ende der Zarenherrschaft, sondern führte zu weiteren Verbesserungen in der Sozial- und Gesellschaftsstruktur Russlands. Gleichwohl ist es dem Zaren nicht gelungen, die Unruhen und Aufstände in den Griff zu bekommen. Diese fraglos widrigen Umstände konnten aber die rasante Entwicklung in Russland, was Wirtschaft und Technik anbelangt, nicht aufhalten. Auf der anderen Seite war das russische Militär nach europäischen Massstäben stark unterentwickelt. Das versuchte der Zar zwar durch ein Marine-Entwicklungsprogramm aufzuholen, aber in absehbarer Zeit würde das russische Militär den westlichen Armeen kein ebenbürtiger Gegner sein können. Folgerichtig startete Russland diverse Abrüstungsinitiativen, die leider keinen Erfolg hatten.

Man muss sich gewahr sein, dass im Russland der Jahre um 1900 eine leistungsfähige Industrie im Aufbau war. Eine Industrie, die durchaus in der Lage war, Grossprojekte in Rekordzeit herzustellen. Das fand nicht nur die Beachtung und Bewunderung der westlichen Länder, sondern weckte auch deren Argwohn. Die russische Industrie verfügte über eine grosse Anzahl von Ingenieuren und Wissenschaftlern, die auf dem Weg waren, nicht nur westliche Erfindungen und Technologien nachzuahmen, sondern diese durch eigene Entwicklungen zu verbessern. Der Einsatz der modernen Technik unter extremen klimatischen Bedingungen verlangte besondere Qualität und eigene Lösungen technischer Probleme. Durch das Bildungsprogramm des Zaren war dafür gesorgt, dass für die Zukunft ein stetig wachsendes Potenzial an geeigneten Nachwuchskräften zur Verfügung stehen würde. Diese Entwicklung hatte kaum interne Grenzen, und es war abzusehen, dass Russland schnell eine Macht von weltpolitischer Bedeutung werden würde, wenn man von einem friedlichen Fortgang der Geschichte ausgeht.

In Russland lebten 1900 3,9 Millionen Juden, was einem Anteil von 3,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht. Ihr Anteil an der «Intelligenzia» und somit auch an der wissenschaftlichen Entwicklung lag jedoch wesentlich höher. Die Juden in Russland waren weniger unter den Bauern zu finden, sondern vielmehr im Handwerk und im Handel. Dass sie in Russland nicht nur freundlich behandelt wurden, ist bekannt. Durch die Geschichte Russlands zieht sich eine lange

Reihe von feindlichen Akten gegen Juden, bis hin zu Deportationen und Morden, die auch von der Sowjetunion nicht unterbrochen wurde. Der Begriff «Pogrom» ist ein russisches Wort. Wenn man also subversive Aktionen gegen Russland vom Ausland her planen wollte, boten sich hierfür durchaus die russischen Juden als mögliche Helfer an, hatten sie doch sowieso noch eine uralte Rechnung mit den Zaren offen.

Hier sehe ich einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den russischen Juden und den Juden in anderen Ländern der Welt: In Russland leben die Juden im Land ihrer Bezwiner. Das war zwar schon lange her, ändert aber nichts daran, dass sich die russischen Juden in Russland als ein besiegt und beraubtes Volk fühlen dürfen, das den Gedanken an Rache vielleicht niemals ganz aufgegeben hat. In fast allen anderen Ländern konnten die (aschkenasischen) Juden ein freundliches Verhältnis entwickeln. Man hatte ihnen quasi Asyl gewährt nach der Flucht aus ihrem Heimatland. Ich stütze diese These mit den Bevölkerungszahlen: Heute, nachdem den Juden die freie Ausreise aus Russland möglich ist, sind nur noch 0,7 Millionen im Land verblieben. Alle anderen haben ihrem «Heimatland» den Rücken gekehrt. Gut, es mögen hierbei auch wirtschaftliche Gründe eine Rolle gespielt haben, aber das kann nicht die einzige Ursache für einen derartigen Exodus gewesen sein.

Betrachten wir jetzt einmal das Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Sicht eines englischen Geostrategen. Da haben wir zunächst die ziemlich frische Erinnerung an den Krimkrieg (1853 bis 1856). Dieser Krieg hatte für alle Beteiligten zu neuen Erkenntnissen geführt. Wesentlich für den halbwegs erfolgreichen Ausgang dieses Krieges im Sinn von England war die überlegene technische Ausrüstung der englischen Armee. Dieser Vorsprung war 1900 deutlich geschrumpft.

Ich möchte an dieser Stelle ergänzend einfügen, dass die Engländer auch im Krimkrieg eine schnelle Beendigung dessen nicht zuließen. Bereits nach wenigen Monaten hatten sich die Russen aus den besetzten Gebieten um das Donaudelta zurückgezogen und somit den Grund für den Krieg beseitigt. Die Engländer hatten jedoch weiterführende politische Ziele und veranlassten die Alliierten, Sewastopol auf der Krim anzugreifen. Erst das verursachte die vielen Toten

des Krimkrieges. Ausserdem setzten sich die Engländer in diesem Krieg der internationalen Kritik aus, weil sie ohne strategischen Sinn zivile Ziele entlang der Küste mit ihren überlegenen Schiffen in Schutt und Asche legten. Ihre politischen Ziele für den Krimkrieg haben sie erreicht.

Für Englands Strategen war klar, dass Russland (1900) für eine Seemacht nicht mehr angreifbar war. Auf der anderen Seite stellte Russland für das British Empire eine schnell wachsende Konkurrenz dar, die in Kürze überlegen sein würde. «All the world is mine!», in diesem Bewusstsein musste etwas getan werden. Die geschickte englische Diplomatie konnte hier hilfreich sein: Man musste eine Position aufbauen, die Russland zu einem Krieg mit Deutschland veranlassen würde. Damit könnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Beide lästigen Konkurrenten, Deutschland und Russland, würden geschwächt werden. Aber auch das könnte nur vorübergehend Abhilfe schaffen. Russland würde sich schnell wieder erholen und man hätte am Ende nur etwas Zeit gewonnen. Also mussten Mittel und Wege gefunden werden, das Zarenreich auf Dauer paralisieren. Dazu hatte man eine neue Waffe zur Verfügung: den Sozialismus/Kommunismus. Im von sozialen Unruhen geschüttelten Russland waren die Chancen hoch, dass eine solche Ideologie auf fruchtbaren Boden fallen würde. Jetzt war nur noch die Frage zu klären, wie das am besten realisiert werden konnte.

Die Theorie zum Sozialismus/Kommunismus wurde von Karl Marx entwickelt. Im kapitalistischen England konnte er die Auswirkungen des Kapitalismus auf die Menschen bestens studieren. Unterstützt und gefördert wurde er von Friedrich Engels, einem aus Deutschland stammenden Industriellen. Man war in England immer auf dem Laufenden, was die Entwicklung und die Diskussion um diese neue Soziallehre anging. Um noch besser informiert zu sein, gestattete England der russischen sozialistischen Bewegung 1907, einen Kongress in London abzuhalten. In Russland selbst wäre das nicht möglich gewesen, denn dort wurden Sozialisten als Volksfeinde verfolgt und bestraft. Stalin selbst war zweimal zu Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt worden.

Lenin, der damals noch Wladimir Iljitsch Uljanow hiess, traf in London zum zweiten Mal mit Stalin zusammen, damals noch Iossif Wissa-ionowitsch Dschugaschwili. Die erste Begegnung fand ein Jahr zuvor auf dem ersten Sozialisten-Kongress in Schweden statt. Lenin und Stalin waren sich vom Charakter her wenig ähnlich, lernten sich aber gerade während des Kongresses in London schätzen, weil sie sich in ihren Fähigkeiten ergänzten. Wie gut sie das Spiel «guter Mann» und «böser Mann» inszenierten, zeigt die Wahl ihrer neuen Namen: Lenin ist eine Abkürzung des russischen Wortes «leniwij», was so viel wie faul, träge oder lässig bedeutet. Stalin ist selbsterklärend mit dem Bezug auf Stahl. Es waren also «der Lässige» und «der Stählerne», die die Gunst des russischen Volks erobern wollten.

England war mit der Erlaubnis für eine Konferenz der russischen Sozialisten in London ein Risiko eingegangen, denn diese Erlaubnis war ein diplomatischer Affront gegenüber dem Zarenreich. Die erwiesenermassen sehr geschickte Diplomatie Englands muss davon ausgegangen sein, dass das Empire von einer solchen Konferenz unter seiner Kontrolle profitieren würde. Es war wichtig zu erfahren, welcherart die Persönlichkeiten sein würden, die Aufruhr in einem Land stiften wollten, das man unter argwöhnischer Beobachtung hielt. Ob im Verlauf des Aufenthalts von Lenin in London 1907 Absprachen zwischen ihm und englischen Repräsentanten getroffen wurden, wird man wohl nie mit Sicherheit feststellen können. Die Vermutung liegt aber nahe, denn andernfalls erscheint die Versorgung Lenins mit Kapital noch unsinniger.

In diesem Zusammenhang muss man einen Blick auf das Jahr 1918 werfen. Nach Versailles haben die Alliierten Russland angegriffen: England mit Frankreich von Norden, die USA und Japan von Osten. Bis 1923 standen bis zu 200.000 alliierte Soldaten in Russland und haben zeitweise fast 70 Prozent des Landes beherrscht. Das gesamte Vorgehen war undurchsichtig und von wechselnden Allianzen geprägt. Einerseits hat England den General der Weissen Armee A. W. Koltschak mit Waffen beliefert, ihn auf der anderen Seite auch wieder bekämpft. Russland wurde in einem Krieg gehalten, bis letztlich 1923 die Roten den Sieg erringen konnten. Während dieser Jahre fand der grösste sog. «Brain-Drain», die grösste Abwanderung von In-

telligenz, der Geschichte statt. Wer konnte, schlug sich zu den Truppen der Alliierten durch und wurde von diesen ins Ausland geschleust.

Abgesehen vom «Brain-Drain» hat dieser Krieg/Bürgerkrieg 13 Millionen Tote gefordert und ist dennoch aus dem Geschichtsbewusstsein der Welt entfernt worden. Kein Wunder, war doch die Rolle der Siegermächte, die Deutschland in Versailles paralytiert hatten, völkerrechtlich vollkommen untragbar. Sie, die vorgaben, Frieden zu suchen, haben sich direkt nach der Demütigung Deutschlands unprovokiert in einen neuen Krieg gestürzt und sind für den grössten Teil der Toten in Russland bis 1923 verantwortlich. So wurde der Start der jungen Sowjetunion mit den denkbar schlechtesten Voraussetzungen versehen. Das Land lag 1923 restlos am Boden.

Doch zurück zum Beginn der Pläne Englands für ein kommunistisches Russland. Man brauchte einen internen Verbündeten, der die kommunistische Revolution von innen heraus zum Sieg bringen und damit das Land auf Jahrzehnte als Konkurrenten ausschalten würde. Die Engländer wussten natürlich, dass ein kommunistisches System der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes nicht guttun kann. Wären sie anderer Überzeugung gewesen, hätten sie dieses System längst bei sich selbst eingeführt. Die Suche nach dem internen Verbündeten war einfach, gab es doch einen Herrn Lenin, der schon einmal mit dem Versuch gescheitert war, eine Revolution in Russland anzuzetteln.

An dieser Stelle einige harte Fakten: Die unwiderruflich in die Annalen des 20. Jahrhunderts eingegangene Oktoberrevolution hätte ohne die Hilfe durch ausländisches Kapital nicht stattfinden können. Dieses Kapital kam aus New York, von Banken, die von London kontrolliert wurden. Über diesen Vorgang ist schon viel geschrieben worden, und so will ich nur einige Eckdaten in Erinnerung rufen. Leo Trotzki hat von Jakob Schiff und anderen Bankiers 1917 in New York 20 Millionen Dollar in Gold erhalten. Damit fuhr er in die Schweiz, wo er sich mit Lenin traf. Von dort ging der Weg in dem berühmten versiegelten Zug durch Deutschland nach Petersburg.

Dass die Deutschen Lenin behilflich waren, ist verständlich. Auch sie wünschten eine Schwächung des Kriegsgegners Russland. Interessant ist allerdings noch eine Facette der englischen Diplomatie: England hat Russland für den Fall eines Krieges mit Deutschland konkrete Hilfeleistungen zugesagt, welche jedoch nur zu einem äusserst geringen Teil erfüllt wurden. Die Quellen diesbezüglich sind sehr widersprüchlich, aber wenn man von etwa zehn Prozent ausgeht, liegt man sicherlich nicht ganz falsch. An einem Sieg Russlands über Deutschland war England nicht interessiert, denn ein solcher hätte das Zarenreich noch stabilisiert. Das aber sollte keinesfalls geschehen, denn je instabiler die Lage in Russland, desto besser die Chancen für eine kommunistische Revolution.

Noch ein Wort zu den 20 Millionen Dollar: 1917 war das eine gewaltige Menge Geld, die nach heutigem Verständnis eher einem Gegenwert von 20 Milliarden Dollar entspricht. Zum Vergleich: Alaska wechselte 1867 beispielsweise für 7,2 Millionen US-Dollar den Besitzer.

Allgemein werden von Verschwörungstheoretikern der jüdische Bankier Jakob Schiff und seine – ebenfalls jüdischen – Bankierskollegen als «Beweis» herangezogen, dass die Oktoberrevolution Teil der jüdischen Weltverschwörung war. Aus dem Protokoll eines Untersuchungsausschusses vor dem amerikanischen Senat 1920 geht aber etwas ganz anderes hervor, wie Antony C. Sutton zu berichten weiss:⁸

«Es ist wichtig, dass Dokumente des Staatsarchivs bestätigen, dass der Anlagenbankier Jakob Schiff, der oft als Kapitalquelle für die bolschewistische Revolution zitiert wird, tatsächlich gegen eine Unterstützung des bolschewistischen Regimes war. Diese Position war, wie wir sehen werden, in direktem Kontrast zur Förderung der Bolschewisten durch Morgan-Rockefeller. Die Hartnäckigkeit, mit der der jüdische Verschwörungsmythos vorangetrieben wurde, lässt gut eine bewusste Anordnung vermuten, um die Aufmerksamkeit von den wirklichen Sachverhalten und wirklichen Ursachen abzulenken. Der in die-

8 Sutton, Antony C.: Wall Street and the Bolshevik Revolution. Morley/Australia: Veritas Publishing Comp., 1981.

sem Buch dargebrachte Beweis lässt vermuten, dass die New Yorker Bankiers, die auch jüdisch waren, eine relativ geringe Rolle bei der Unterstützung der Bolschewisten spielten, während die nicht jüdischen New Yorker Bankiers (Morgan, Rockefeller, Thompson) eine Hauptrolle spielten. Gab es einen besseren Weg, um die Aufmerksamkeit von den wirklichen Operateuren abzulenken, als das mittelalterliche Schreckgespenst des Antisemitismus?»

Im selben Buch findet sich auch der auszugsweise Abdruck eines Memorandums von William Boyce Thompson, einem der Direktoren des FED, an Lloyd George, Premierminister von England, vom Dezember 1917, das das Interesse Englands an der Revolution in Russland unterstreicht, nachdem der Krieg zwischen Deutschland und Russland zugunsten Deutschlands entschieden war:

«Die russische Situation ist verloren und Russland ist einer vollständig offenen, ungehinderten deutschen Ausbeutung ausgesetzt, wenn nicht eine sofortige Umkehrung der Politik durch die Alliierten unternommen wird. [...] Ein demokratisches Russland würde schnell die grösste Kriegsbeute (für Deutschland) werden, die die Welt jemals gesehen hat.»

Nun, die Revolution hat stattgefunden, Russland hiess jetzt «Sowjetunion». Es war der Beginn eines einzigartigen Völkermords. War Lenin noch vergleichsweise zurückhaltend mit seiner Mordmaschine, so trieb Stalin nach Lenins Tod diese zu Höchstleistungen. Viele Millionen Menschen verloren ihr Leben. Die Ideologie der «Diktatur des Proletariats» bedingte es, dass den Morden der Sowjetdiktatur vor allem gebildete Menschen zum Opfer fielen. Das war auf doppelte Weise im Sinne Englands: Zum einen wurde das Potenzial für die weitere technisch-wissenschaftliche Entwicklung durch diese Morde dezimiert, zum anderen versuchte die Elite, durch Auswanderung Tod und Elend zu entgehen. Das hatte zur Folge, dass die westlichen Länder einen entsprechenden Zuwachs an fähigen Köpfen verzeichnen konnten, die Sowjetunion dagegen den bereits erwähnten massiven «Brain-Drain» zu verkraften hatte. Aufgrund seiner Insellage erschien

den Menschen in Russland England einigermaßen sicher vor einer Eroberung durch den Kommunismus zu sein, und so bekam England einen guten Teil der Abwanderer. Auch die USA profitierten.

Das ist ein interessanter Vorgang, der mit der Existenz aller kommunistischen Länder verbunden ist: Der real existierende Kommunismus nach sowjetischem Muster schafft Bedingungen, die so negativ sind, dass diejenigen, die es bewerkstelligen können, abwandern in Länder, in denen sich die Lebensumstände deutlich besser darstellen. Das sind in aller Regel Menschen, die aufgrund besonderer Fähigkeiten aus der Masse herausragen, wie Wissenschaftler, Ärzte oder Ingenieure. Doch gerade die braucht ein Land für seine Entwicklung. Also steht ein kommunistisches Land vor einem gravierenden Problem, das wahrscheinlich vor hundert Jahren noch nicht so erkannt wurde: Die Abwanderung muss verhindert werden! Dafür gibt es zwei Lösungen: Entweder man macht aus seinem Land ein grosses Gefängnis oder man muss dafür sorgen, dass es keine Länder mehr gibt, in denen es besser ist.

Die junge Sowjetunion ist beide Wege gegangen. Erstens machte man die Grenzen der Sowjetunion dicht und unterdrückte alle Informationen aus dem und über das Ausland. Zweitens verfolgte man das Ziel, die ganze Welt mit dem Kommunismus zu beglücken. Dass das mit ausschliesslich friedlichen Mitteln nicht erreichbar sein würde, war den Kommunisten klar. Die logische Folge war die kompromisslose Aufrüstung der Sowjetunion. Das war den Engländern gerade recht, stand doch so einem wieder erstarkenden Deutschland im Osten die mächtige Rote Armee, die grösste Armee der Welt, gegenüber. Die Engländer klatschten Beifall und versorgten die Sowjetunion mit Technologie und Material für deren Armee in gigantischem Ausmass. Über ihre Verbindungen zur amerikanischen Hochfinanz veranlassten sie auch die USA zur Hilfe für die Sowjetunion.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Sowjetunion immer vom Wohlwollen Englands und der USA abhängig war. Man kann sogar so weit gehen zu sagen, dass die Entwicklung der Sowjetunion von Beginn an vom angloamerikanischen Kapital kontrolliert und gesteuert wurde. Drohte ihrer Existenz Gefahr, wurde sie durch Hilfsleistungen stabilisiert – mal war es Getreide, mal Geld, mal Kriegsgerät. Auf der anderen Seite sorgte das angloamerikanische Kapital durch Embar-

gos und Kapitalentzug dafür, dass das kommunistische Experiment nicht erfolgreich sein konnte. Vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, sieht das Projekt «Sowjetunion» wie das grösste Experiment aller Zeiten aus. Ob es bereits zu ihrem Beginn als ein solches geplant war, ist eher fraglich. Aber man darf im Verlauf der Geschichte ja dazulernen.

Was veranlasst mich, die Sowjetunion als Experiment zu sehen? Der Zustand der Gegenwart – ganz abgesehen davon, dass es bis zur Gründung der Sowjetunion noch keinerlei Erfahrungen mit sozialistischen oder kommunistischen Staatsformen gab. Insofern kann man schon die Erschaffung eines solchen Staates als Experiment bezeichnen, das allerdings ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen für die betroffenen Menschen gewagt wurde. Das Wesen eines Experiments ist, durch praktische Versuche neue Erkenntnisse zu erlangen. Die hat die Sowjetunion reichlich geliefert. Wünschenswert für ein Experiment ist sein kontrollierter Ablauf, was weitgehend gegeben war. Und man sollte ein Experiment jederzeit abbrechen können. Auch das trifft im Fall der Sowjetunion zu. Dass ein Experiment nicht in allen Phasen nach Plan verläuft, gehört zu den Risiken eines jeden Experiments.

Die aus dem Experiment «Sowjetunion» gewonnenen Erkenntnisse liegen vor allem auf dem Gebiet der Menschenführung im weitesten Sinn. In der Sowjetunion wurde die Leidensfähigkeit von Menschen bis an ihre Grenzen ausgelotet – bis sie dagegen revoltierten. Machtmechanismen, welche die Menschen daran hindern, ihre Rechte einzufordern, wurden entwickelt und getestet, und es wurde ein System etabliert, das aus Menschen «Menschenmaterial» (human resources) gemacht hat. Propaganda und allgemeine Indoktrinierung sorgten dafür, dass die Menschen ein ungerechtes Zweiklassensystem als geradezu gottgegeben hinnahmen. Selektion und Förderung von Eliten, die fest im System verankert sind, wurden erprobt.

1990 wurde das Experiment «Sowjetunion» kontrolliert beendet. Bis dahin hat die Sowjetunion dem angloamerikanischen Kapital unschätzbare Dienste geleistet. Hitlerdeutschland wurde mithilfe der Roten Armee zerschlagen und in seiner Grösse dezimiert. Die politische

Aufteilung Europas wurde zuungunsten Deutschlands neu gestaltet. Die Sowjetunion bezahlte dafür mit mehr als 13 Millionen Toten, während die Westalliierten weniger als ein Zehntel davon zu beklagen hatten. Die Bürger des Westens haben fortan freudig den Aufbau einer irrsinnigen Kriegsmaschinerie getragen. Gleichzeitig konnten sie an ein System von Geheimhaltung und Einschränkung individueller Freiheiten gewöhnt werden, das mit der permanenten Bedrohung durch die Sowjetunion begründet wurde.

Ausdrücklich sei wiederholt: Ich bezeichne das Ende der Sowjetunion als kontrolliert, weil es unblutig abgelaufen ist. Andererseits erscheint das Ende der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt völlig unlogisch. Die Argumente bezüglich der finanziellen Situation treffen nicht zu. Der Devisenmangel der Sowjetunion war ein Konstrukt des westlichen Kapitals, im Wesentlichen die Folge einer erpresserischen Wechselkurspolitik. So musste sie für ihre Importe unverhältnismässig viel bezahlen und bekam für ihre Exporte zu wenig, womit sie in der gleichen Situation wie alle Länder der sogenannten «Dritten Welt» war. Die Sowjetunion verfügte – damals wie heute – über grosse Vorräte an Gold, Diamanten und Öl. Wenn man einmal von den eingeschränkten Reisemöglichkeiten absieht, ging es den Menschen in der UdSSR 1989 besser als jemals zuvor.

Gorbatschow hat das Geschäft des Westens betrieben. Sein zweifellos grosser Verdienst besteht darin, dass es ihm gelungen ist, das Sowjetsystem unblutig zu beenden. Dass seine Rolle in Russland kritischer gesehen wird als im Westen, kann man daran erkennen, dass er in Russland eine «Unperson» ist, während er bis heute vom Westen alimentiert wird. Die Hauptarbeit haben allerdings Jelzin und seine Helfer geleistet. Sie waren es, die den Ausverkauf Russlands an das westliche Kapital gesichert haben. Man kann sie als die Totengräber der russischen Nationalökonomie bezeichnen. Und hier kommen wir an einen heiklen Punkt, nämlich die Rolle der russischen Juden bei diesem Vorgang. Es gibt keine «Russenmafia», es gibt eine jüdische Geldmafia in Russland. Das ist ziemlich gut dokumentiert, unter anderem in dem Buch von Jürgen Roth: «Der Oligarch».⁹ Es gibt zwar eine alte Verbindung der Berufsverbrecher in Russland, den so-

⁹ Roth, Jürgen: Der Oligarch. Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 2002.

genannten «Blatnoj», aber deren Macht ist schon lange verblasst gegenüber jener der neuen Geldmafia. Die russischen Juden lassen jede Solidarität mit ihrer Heimat Russland vermissen. Entweder sie verlassen das Land oder sie verkaufen es ans Ausland. Das mag mit den «uralten Rechnungen» Zusammenhängen, welche die Juden mit den Russen noch offen haben. Sie haben es den Russen nie verziehen, dass diese ihre Herrschaft über die Südukraine gebrochen haben. Und die Russen ihrerseits haben ebenfalls nichts getan, was zu einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen ihnen und den Juden hätte beitragen können.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass diese jüdischen Oligarchen Asyl in England finden, wenn sie durch allzu dreistes Handeln in Gefahr geraten, von der russischen Justiz verfolgt zu werden. England bietet ihnen sogar dann Schutz, wenn sie in den USA zur Fahndung ausgeschrieben sind. Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass England bereit ist, zugunsten der russischen Oligarchen eine diplomatische Krise mit Russland zu riskieren. Das sollte zu denken geben. Diese Oligarchen haben ihre Milliarden verdient, indem sie den massiven Ausverkauf Russlands an das westliche Kapital betrieben haben. In den USA sollen sie vor Gericht gestellt werden, in England sind sie vor Auslieferung sicher. In wessen Auftrag, oder zumindest zu wessen Vorteil, haben sie also gehandelt? Hier sind wir wiederum mit der Frage konfrontiert: Wer ist der Hund und wer der Schwanz?

Es steht ausser Frage, dass die russischen Oligarchen ihre Vermögen nur mit Zustimmung der angloamerikanischen Bankiers zusammenraffen konnten. Profitiert haben vom Ausverkauf Russlands vor allem amerikanische Unternehmen. Wieso also bedanken sich die USA dann nicht bei ihren Wohltätern, indem sie ihnen ermöglichen, ihr Geld in Sicherheit in den USA auszugeben? Die Vermutung liegt nahe, dass die Macht- und Eigentumsverhältnisse anders liegen, als es auf den ersten Blick erscheint; dass die Machtzentralen des Geldes in London sind und einige Amerikaner sich dessen bewusst sind.

Zurück zum Experiment. Solange die Sowjetunion existierte, mussten sich die westlichen Länder demonstrativ anders zeigen als

das Reich der Kommunisten. Der Kapitalismus musste als Garant stehen für Menschenrechte, freie Meinungsäußerung, unbeschränkte Bewegungsfreiheit, soziale Gerechtigkeit und selbstverständlich Wohlstand für alle. Kurz, man musste immer darauf bedacht sein, den Bürgern zu vermitteln, dass das kapitalistische System den Menschen alles bietet, was ihnen im Sozialismus verwehrt bliebe. Denken Sie jetzt bitte nicht, ich wäre ein Freund irgendeines sozialistischen oder kommunistischen Systems, im Gegenteil, ich bin ein erklärter Feind dieser Systeme. Aber das darf mich nicht davon abhalten, die Geschichte vorurteilslos zu betrachten. Dabei ist mir aufgefallen, dass den Menschen im Westen der Kommunismus zu offensichtlich als Grund allen Übels präsentiert worden ist. Dass man jedoch im Westen, und hier ganz besonders in den USA, die gleichen Methoden angewandt hat wie in der Sowjetunion, wird geflissentlich übergangen.

J. Edgar Hoover ist das beste Beispiel dafür. Hoover hat in den USA bereits 1919 einen Apparat aufgebaut, der keinen Vergleich mit dem russischen Geheimdienst Dscherschinskis zu scheuen braucht. Hoover war verantwortlich für die Tätigkeit der «General Intelligence Division», die 1920 die grösste Massenverhaftung in der Geschichte der USA auslöste, die sog. «Palmer Raids».¹⁰ Er war durchgängig Leiter verschieden benannter Organisationen mit gleicher Aufgabe, die schliesslich zum heute bekannten FBI wurden. Die Kommunistenverfolgungen der 1950er-Jahre in den USA unterschieden sich kaum von den Verfolgungen der «Klassenfeinde» in der UdSSR. Auch in den USA wurden Bürger mit fadenscheinigen Begründungen verfolgt und ihre Existenzen vernichtet. Allein was das willkürliche Töten angeht, waren die USA etwas zurückhaltender.

1974 lebte ich ein Jahr lang in den USA. Im weiteren Verlauf hatte ich viele kürzere Aufenthalte dort. Die USA, die ich 1974 erleben durfte, haben mit den USA des Jahres 2014 nicht mehr viel gemein. Damals lebten die Menschen in einem faszinierenden Bewusstsein von Freiheit und unbegrenzten Möglichkeiten – das sieht heute ganz

10 Summers, Anthony: J. Edgar Hoover. Der Pate im FBI. München: Langen Müller Verlag, 1993.

anders aus. Die USA sind zu einem Polizeistaat geworden. Das arrogante Auftreten der Exekutive ist nach meinem Empfinden schlimmer als in der ehemaligen UdSSR, die ich 1978 zum ersten Mal bereiste. Besonders das Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit gegenüber der Willkür amerikanischer Staatsdiener ist beklemmend. Hatte ich in der UdSSR immer das Bewusstsein, dass ich auf die Unterstützung Deutschlands und sogar der USA rechnen konnte, falls mir dort eine ungerechte Behandlung widerfahren würde, so entfällt das heute in den USA vollständig. Es gibt niemanden mehr, der sich dort auf meiner Seite der willkürlichen Machtausübung irgendwelcher Uniformierter entgegenstellen wollte – und könnte.

Ich war Flugkapitän und habe miterleben müssen, wie ein Mitglied meiner Crew bei der Einreise in die USA verhaftet und abgeschoben wurde. Dieser Steward, ein deutscher Staatsbürger, hatte ein gültiges D-Visum für die USA, und sein einziger «Fehler» bestand darin, dass er in Afghanistan geboren wurde. Meine Versuche, zugunsten des Kollegen zu intervenieren, scheiterten, und man drohte mir mit meiner Verhaftung, wenn ich nicht sofort den Flughafen verliesse. Dieser völkerrechtswidrige Vorgang führte nicht etwa dazu, dass, wie man nun annehmen sollte, der Botschafter der USA in Deutschland zum Rapport bestellt wurde, um ihm den offiziellen Protest der Bundesregierung mitzuteilen. Im Gegenteil, es passierte gar nichts. Es gab eine Fülle ähnlicher Vorfälle und kein einziger hatte einen offiziellen Protest zur Folge. Das hätte sich die UdSSR nicht erlauben können.

Die Annahme, dass die Sowjetunion ein Experiment war, wird nur dann schlüssig, wenn man die Anwendung der Erkenntnisse aus diesem Experiment erkennt. Dabei kann man keinen Nachweis erbringen, aber man kann den Umbau der westlichen Gesellschaften nach 1990 betrachten. In einem schleichenden Prozess, scheinbar schubweise, wurde und wird die Freiheit der Bürger eingeschränkt. Die staatliche Überwachung nimmt immer mehr zu, und das Ganze wird mit dem Kampf gegen einen Feind begründet, der mehr imaginär als real ist. Über allem steht das hehre Ziel, die ganze Welt mit Demokratie zu beglücken. Wo, bitte schön, ist der Unterschied zur Sowjetunion? Das Verfahren ist dasselbe, nur die Bezeichnung ist eine andere – und man hat natürlich dazugelernt.

Dieselben Methoden von selektiver Information bzw. Desinformation kommen zur Anwendung, die wir schon von der Sowjetunion kennen, sie sind nur verfeinert, perfektioniert. Wo die Zensur in der Sowjetunion noch grob und überdeutlich war, schüttet man heute die Menschheit mit wertlosen Informationen zu. Das erweckt zwar den Eindruck, dass sich jeder unabhängig informieren kann, aber die breite Masse erreichen dabei nur Nachrichten, die den Filter der Medienmonopolisten passieren dürfen. Dabei wird die Selektion der Nachrichten spezifisch für unterschiedliche Länder vorgenommen. Das merkt man, wenn man das Glück hat, innerhalb eines kurzen Zeitraums Zeitungen in verschiedenen Ländern lesen zu können.

Es gab einmal ein Bonmot über den Unterschied zwischen den USA und der UdSSR: «In den USA ist alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. In der UdSSR ist alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist.» Das ist nicht mehr so. Man kann bereits für einen verzweifelten Witz verhaftet werden, was einem amerikanischen Kollegen, ebenfalls Flugkapitän, in den USA passiert ist, als er im Herbst 2001 völlig entnervt nach der fünften Security-Kontrolle am Flughafen gegen seine Behandlung protestierte. Er führte vollkommen richtig an, dass eine derartige Untersuchung in seinem Fall völlig unsinnig sei, weil er, wenn er denn wollte, sein Flugzeug auch in Unterhosen in irgendein Gebäude lenken könne. Diese Bemerkung brachte ihm die sofortige Unterbringung in einer Haftanstalt für fünf Tage sowie eine saftige Geldstrafe ein. Auch in Deutschland sollte man übrigens sehr vorsichtig umgehen mit seinen Worten, wenn man eine Kontrolle am Flughafen passieren muss – und nicht nur dort. Nur allzu schnell gerät man in Gefahr, für ein unglücklich gewähltes Wort in irgendeine politische Ecke verbannt zu werden, in die man überhaupt nicht gehört.

Allgemein ist es so, dass eine Fülle unsinniger Gesetze und Vorschriften geschaffen worden ist, über die sich fast jeder irgendwann einmal hinwegsetzt. Auch die Steuergesetzgebung ist derart kompliziert geworden, dass es fast unmöglich ist, keinerlei Übertretung zu begehen. So wird jeder Bürger in den Zustand versetzt, stets mit einem schlechten Gewissen durchs Leben zu gehen. Oder anders ausgedrückt: Wenn der Staat einen Grund braucht, gegen irgendjemanden vorzugehen, wird er mit ziemlich grosser Wahrscheinlichkeit auch

irgendein «Vergehen» entdecken können. Dieser Zustand ist uns schon bekannt aus dem früheren Ostblock.

Ich denke, man kann sagen, dass alles, was an Erkenntnissen aus dem Sowjetsystem gewonnen werden konnte, nunmehr weltweit angewendet wird. Das gilt sowohl für die Mechanismen der Massensteuerung wie auch für die Wirtschaft.

Der Teil mit der Wirtschaft ist nicht sofort sichtbar. Aber betrachten wir an dieser Stelle die zunehmende Monopolisierung, die durch die Globalisierung entsteht. Da werden durch Firmenübernahmen und Fusionen immer grössere und undurchsichtigere Machtblöcke geschaffen, die ökonomisch oftmals nur schwer zu begründen sind. Das gilt insbesondere für Bereiche, welche die elementaren Grundbedürfnisse der Menschen betreffen: Energie, Wasser und Lebensmittel. Hier ist mittlerweile alles in der Hand weniger Grosskonzerne, die mit ihrer Macht über die Preisgestaltung befinden können. Wo ist denn noch der Unterschied zu den sowjetischen Staatsunternehmen? Wir müssen nur «Staat» durch «Banken» ersetzen, und schon wird die Verwandtschaft der globalisierten Wirtschaft mit dem Wirtschaftssystem der Sowjetunion sichtbar. Und wieso funktioniert unsere Wirtschaft dann besser als die der Sowjetunion? Ganz einfach, man hat aus dem Experiment «Sowjetunion» gelernt. Wo in der UdSSR die Menschen noch durch brutale Gewalt und aufwendige Kampagnen zur Arbeit angetrieben wurden, werden heute die Menschen durch (ebenso brutale) Konkurrenz untereinander zu Höchstleistungen für immer weniger Lohn gezwungen.

Das Zweiklassensystem der UdSSR, Nomenklatura und Arbeiter, konnte dem Sowjetmensch nur schwer als gerecht vermittelt werden. Auch das hat man heute besser im Griff. Der Wandel der westlichen Gesellschaft zu einem Zweiklassensystem wird begründet mit den grossartigen Leistungen der Topmanager, ohne die es allen schlechter ginge. Es werden Kampagnen gefahren, die vermitteln, dass man selbst Schuld hat, wenn man durch zu wenig Leistung und Einsatz den Aufstieg in die Oberklasse versäumt hat. Tatsächlich ist es aber anders: Im Westen, genau wie früher in der UdSSR, kann man nur dann zu Reichtum und Einfluss gelangen, wenn man sich systemkonform verhält, jeder Abweichler wird aussortiert. Gut, heute werden Ab-

weicher nicht mehr sofort erschossen, aber sie werden von einflussreichen Positionen ferngehalten.

Das angloamerikanische Kapital hat aus den Erfahrungen der UdSSR gelernt und kann seine Machtposition mit subtileren Mitteln ausbauen. In England selbst sind die Menschen schon immer an eine Zweiklassengesellschaft gewöhnt. Die grösste Gefahr für die Zufriedenheit der Engländer mit ihrem System stellen Länder wie Deutschland dar. Die Engländer könnten mit ihrem System unzufrieden werden, wenn ihnen vorgeführt würde, dass es auch anders und besser sein kann. Also muss man darauf hinwirken, dass die anderen Länder ebenfalls in eine Zweiklassengesellschaft umgewandelt werden. Auch diese Erkenntnis war dem Experiment «Sowjetunion» zu entnehmen.

Die Geldwirtschaft als solche ist der der Sowjetunion ähnlicher geworden. Die Sowjetunion hatte immer das Problem der Geldmengensteuerung. Es war im Verhältnis zu den käuflichen Gütern grundsätzlich zu viel Geld da. Diesem Problem wurde dadurch begegnet, dass man einerseits niedrige Festpreise für Güter des täglichen Bedarfs hatte, andererseits die Preise für sogenannte «Luxusgüter», wie Autos, Fernseher und Kühlschränke, derart hoch angesetzt waren, dass die Bürger für deren Erwerb jahrelang sparen mussten. Und wenn das nicht reichte, waren die Bürger, die es sich grundsätzlich leisten konnten, gezwungen, Staatsanleihen zu kaufen – die niemals zurückgegeben wurden. Dadurch wurde die überschüssige Geldmenge aus dem Umlauf gehalten.

Das System des Westens hat daraus gelernt. Nicht etwa in dem Sinn, dass die Geldmenge in einer schlüssigen Grösse gehalten wird, sondern durch ein verfeinertes System von Preisen und Zinsen. Die auf der Welt im Umlauf befindliche Geldmenge übertrifft die Menge an käuflichen Gütern und Dienstleistungen um ein Vielfaches. Das müsste eigentlich eine Inflation zur Folge haben – hat es aber nicht. Das bedeutet, dass es einen Regelmechanismus geben muss, der es erlaubt, diese überschüssige Geldmenge zu ignorieren. Zum einen haben wir auch ein System regulierter Preise, zum anderen können die Banken weltweit bestimmen, wie viel Geld in den Umlauf gelangt und damit preistreibend von der Bevölkerung ausgegeben werden können.

te.¹¹ Die Lehren aus den kommunistischen Systemen kommen hier zur Anwendung.

Zusammenfassend stelle ich fest: Die Sowjetunion konnte nur durch den Einsatz englisch kontrollierten Kapitals entstehen und ihre Existenz war immer abhängig vom Wohlwollen dieses Kapitals. Ihre Existenz erlaubte den Aufbau einer unipolaren Machtstruktur, die die Dominanz des angloamerikanischen Kapitals sicherte. Mithilfe der Sowjetunion konnte eine politische Struktur in Europa geschaffen werden, die den Wünschen Englands aus dem 19. Jahrhundert entspricht: Deutschland wurde daran gehindert, Englands Stellung als Weltmacht einzunehmen. Das angloamerikanische Kapital hat sich in Russland grosse Besitzstände gesichert.

Die Situation vor hundert Jahren sah ganz anders aus. Ohne seine geschickte und wohl auch skrupellose Politik wäre England auf dem sicheren Weg in die wirtschaftliche und politische Bedeutungslosigkeit gewesen. England hat vom Verlauf der Geschichte des 20. Jahrhunderts am meisten profitiert. – Wieso nicht in demselben Masse die USA? Vor hundert Jahren hatten diese noch kein Problem. Sie waren eine aufstrebende Nation, deren Wohlergehen wenig von den politischen Entwicklungen in Europa abhängig war. Die USA hatten keinerlei Vorteile von der Teilnahme an den europäischen Kriegen. Ganz im Gegenteil darf man annehmen, dass eine friedliche Entwicklung die USA schneller vorangebracht und nicht dazu geführt hätte, dass das Land heute mit dem Hass leben muss, der ihm aus weiten Teilen der Welt entgegenschlägt. Die USA haben sich in den letzten hundert Jahren von einer Export- zu einer Importnation gewandelt. Indem sie extrem abhängig geworden sind vom Import vielfältigster Güter, haben sie innerhalb dieser Zeit ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit eingebüsst.

Das Vorgehen der englisch-(jüdischen) Banken und die offensive Verbreitung der sozialistischen Lehren, auch englisch-(jüdischen) Ursprungs, haben Juden in der ganzen Welt in den Fokus negativer Aufmerksamkeit gestellt. Es ist der Eindruck entstanden, als ob es einen

11 Vgl.: Haisenko, Peter: Bankraub globalisiert. Hannover: Anderwelt Verlag, 2007.

jüdischen Plan zur Beherrschung der Welt gäbe. Das wiederholte Auftauchen jüdischer Namen an prominenter Stelle trug dazu bei, diejenigen, die an eine jüdische Weltverschwörung glauben wollten, in dem Glauben zu bestärken, dass dieser Plan in seiner Ausführung weit fortgeschritten sei. Wenn man aber betrachtet, wer wirklich profitiert hat, so wird es wahrscheinlicher, dass eine Machtclique ihre Macht rettete, indem sie das Netzwerk jüdischer Bankiersdynastien für ihre Zwecke einsetzte. Ich will nicht ausschliessen, dass Menschen jüdischer Abstammung zu dieser Clique gehör(t)en.

7. Der Erste Weltkrieg

«Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden.»

(LONDON TIMES, 1919)

Im April 1914 besuchte der englische König Georg V. mit seinem Aussenminister Edward Grey den französischen Präsidenten Poincaré. Mit von der Partie war auch der russische Botschafter in Frankreich, Iswolski. Bei diesem Treffen wurde wahrscheinlich der Startschuss zum Krieg gegen Österreich-Ungarn und Deutschland nach den vielen Jahren der politischen und finanziellen Vorbereitung gegeben. Ende Juni fand der Mord am österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo statt und im August 1914 befanden sich alle Grossmächte (Russland, Österreich-Ungarn, Deutschland, Frankreich und England) im Krieg. 1917 marschierte eine englische Armee in Bagdad ein, verspritzte Giftgas und nahm die Ölfelder unter Kontrolle.

Die Kriegsziele Englands, der führenden Weltmacht damals, waren die Zerschlagung des Osmanischen Reichs, die Inbesitznahme seiner Ölquellen in der Nähe von Bagdad – die einzig bekannten ausserhalb der USA, Mexikos und Russlands (Baku) – sowie die Zerschlagung der kontinentalen Mächte Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn und Russland, indem man sie gegeneinander auspielte. Das Vorhaben war gewaltig und kostspielig, und wohl deshalb wurde mit englischen Finanzhintermännern, vor allem Rothschild und seinem deutschen Helfer Warburg, sowie dem amerikanischen Bankier J.P. Morgan noch vor Kriegsbeginn die amerikanische Zentralbank gegründet, um eine Finanzreserve zu haben, die dann tatsächlich auch gebraucht wurde und ohne die der Krieg wahrscheinlich nicht hätte gewonnen werden können.

Das Osmanische Reich fiel und die europäischen Kontinentalmächte massakrierten sich gegenseitig. Der Preis für diesen Krieg war unglaublich hoch, zumal England längst nicht alle seine Kriegsziele erreicht hat: viele Millionen Tote und enorme finanzielle Kosten. Englands Staatsschuld stieg von 20 Prozent des BSP auf 190 Prozent

bzw. von 0.7 Mio. £ auf 7,8 Mio. £, um nur die englische finanzielle Seite zu nennen. Das FED in den USA hat den Engländern die nötige finanzielle Reserve geboten, und das funktionierte auf zweierlei Weise: Kaufte der englische Staat in den USA Kriegsgüter und bezahlte sie mit englischen Pfund, so brachte der US-Produzent diese zur US-Notenbank und bekam dafür Dollar. Die Hilfe der US-Notenbank an England bestand darin, dass sie die Pfund nicht gegen englisches Gold bei der Bank von England eintauschte, sondern als Währungsreserve behielt, denn die Golddeckung war mit dem Ersten Weltkrieg aufgehoben worden. Der Geldumlauf in dieser Zeit stieg in den USA um etwa 45 Prozent. Die Zeche zahlte der amerikanische kleine Mann mit mehr Inflation. Das zweite Standbein war die Bank J.P. Morgan, die ein grosser Kreditgeber an England, Frankreich und Italien war. Dank der neuen US-Notenbank und ihrer expansiven Politik konnte diese ihre Kreditfähigkeit nun weit mehr ausweiten und so den Krieg in Europa finanzieren.

Sowohl der Verlauf als auch das Ergebnis des Ersten Weltkrieges waren für England nur teilweise befriedigend. Das mag daran gelegen haben, dass England wegen der Gesamtumstände gezwungen war, den Krieg zu beginnen, bevor die notwendigen Vorbereitungen dafür abgeschlossen waren. Die Zeit arbeitete gegen England. Was das Osmanische Reich anbelangt, so konnte man mit dem Ergebnis zufrieden sein: Praktisch die ganze Arabische Halbinsel befand sich nun unter englischer Kontrolle. Damit hatte England aber auch ein neues Problem: Es hatte die Verantwortung über einen Raum erlangt, der eigentlich nicht wirklich zu kontrollieren war, schon gar nicht von Europa aus. Also malte man mit einem Stift Linien in die Landkarte der Arabischen Halbinsel und erklärte diese zu Grenzen von neuen Staaten. Das war ein ziemlich willkürlicher Akt, der kaum Rücksicht auf das Recht der Selbstbestimmung der arabischen Bevölkerung nahm. Auf diese Weise konnte man aber die Verantwortung an Staaten übertragen, die es als solche eigentlich gar nicht gab, die jedoch vollkommen unter der Kontrolle Englands standen – mit Ausnahme von Syrien, das unter französische Kontrolle gegeben wurde. In diese Zeit fällt auch die «Balfour-Deklaration», auf die ich noch eingehen werde, weil sie den Beginn des arabisch-israelischen Konflikts eingeleitet hat.

In Europa stellte sich die Situation nach Beendigung der Kampfhandlungen ganz anders dar. England hatte keineswegs alle Kriegsziele erreicht und musste den Verlust von fast einer Million Soldaten verkraften, die sich noch dazu zu einem erheblichen Teil aus Akademikerkreisen rekrutierten. Manche Universität in England hatte mehr als 10 Prozent ihrer Studenten verloren. Im Verlauf des Krieges in Europa stand England mehrfach am Rande der Niederlage, die letztlich nur durch Amerikas Kriegseintritt und massiven politischen Betrug verhindert werden konnte. Der Betrug begann damit, dass Deutschland sich bereit erklärt hatte, auf der Grundlage des sog. 14-Punkte-Programms von Woodrow Wilson (Präsident der USA) vom 8. Januar 1918 Friedensverhandlungen zu führen. Damit man verstehen kann, wie sehr sich dieses Programm von dem unterscheidet, was später in den Verträgen von Versailles festgelegt wurde, stelle ich es hier vor:

1. *«Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden.*
2. *Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, ausserhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen jene Meere, die ganz oder teilweise durch internationales Vorgehen zur Durchführung internationaler Verträge gesperrt werden.*
3. *Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verbinden.*
4. *Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Mass.*
5. *Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, auf der genauen Beachtung des Grundsatzes beruhend, dass beim Entscheid in solchen Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerungen ebenso ins*

Gewicht fallen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel zu entscheiden ist.

- 6. Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, das das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Völker sichert, um für Russland eine ungehemmte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik herbeizuführen und ihm eine herzliche Aufnahme in der Gesellschaft der freien Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen, ja noch mehr, Hilfe jeder Art, deren es bedürftig sein und von sich aus wünschen mag, gewährleistet. Die Russland von seinen Schwesternationen in den nächsten Monaten gewährte Behandlung wird der Prüfstein ihres guten Willens, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse im Unterschied zu ihren eigenen Interessen und ihres verständigen und selbstlosen Mitgefühls sein.*
- 7. Belgien muss, die ganze Welt wird dem beipflichten, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich wie alle anderen freien Völker erfreut, zu beschränken. Kein anderer einzelner Schritt wird so wie dieser dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze wiederherzustellen, die sie selbst geschaffen haben und als massgebend für ihre Beziehungen zueinander festgesetzt haben. Ohne diesen heilsamen Schritt bleiben die gesamte Struktur und die Gültigkeit des Völkerrechts für immer geschädigt.*
- 8. Das ganze französische Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 in Beziehung auf Elsass-Lothringen durch Preussen angetan worden ist und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren beunruhigt hat, muss wiedergutmacht werden, damit der Friede im Interesse aller wiederhergestellt werden kann.*
- 9. Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Nationen.*
- 10. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschätzt und gesichert zu sehen wünschen,*

sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. Serbien sollte ein freier und sicherer Zugang zur See gewährt werden, und die Beziehungen unter den verschiedenen Balkanstaaten zueinander sollten durch freundschaftliche Übereinkunft nach den bestehenden geschichtlichen Richtlinien der Zugehörigkeit und der Nationalität geregelt werden. Internationale Bürgschaften für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie die Unverletzlichkeit des Gebiets der verschiedenen Balkanstaaten sollten geschaffen werden.
12. Den türkischen Teilen des jetzigen Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. Die Dardanellen sollten unter internationalen Bürgschaften als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen dauernd geöffnet werden.
13. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden.
14. Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der grossen Staaten.»¹²

Deutschland wollte von Anfang an keinen Krieg. Was also hätte das Kaiserreich daran hindern sollen, in Friedensverhandlungen ein-

12. Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. München: Olzog Verlag, 2005.

zutreten, die, wenn sie denn diesem 14-Punkte-Programm gefolgt wären, eine friedliche Entwicklung für die ganze Welt hätten garantieren können? Die Blauäugigkeit der deutschen Diplomatie war bekannt. Nachdem das Deutsche Reich sich grundsätzlich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt hatte, folgte vonseiten der Alliierten eine Forderung nach der anderen, die Deutschland zu erfüllen hatte, bevor die Friedensverhandlungen aufgenommen werden sollten. Das führte dazu, dass sich Deutschland freiwillig (!) aus den eroberten Gebieten zurückzog und sich selbst entwaffnete. Man wollte ja Frieden!¹³ Die so geschickt von den Engländern herbeigeführte Situation hatte mit Friedensverhandlungen nichts mehr gemein. Das entwaffnete Deutschland hatte sich dem gnadenlosen Diktat der Alliierten ausgeliefert – und die waren nicht zimperlich.

Von Selbstbestimmung deutscher Volksgruppen war nicht mehr die Rede. Österreich-Ungarn wurde komplett aufgelöst, der österreichische Wunsch nach Anschluss an Deutschland wurde abgelehnt. Die «Alleinschuld» Deutschlands wurde postuliert und Reparationszahlungen in irrsinnigem Umfang für Deutschland bestimmt. (Wir haben lange dafür «geblutet»; die letzte Zahlung fand 2010 statt.)¹⁴ Dennoch konnte England damit nicht zufrieden sein. Allein die territoriale Grösse Deutschlands entsprach in keiner Weise seinen Vorstellungen.

Die Rolle Wilsons bei all diesen Vorgängen ist zumindest zwielichtig. Betrachtet man sein 14-Punkte-Programm, so müsste man ihn für einen echten Humanisten und Wohltäter der Menschheit halten. Betrachtet man aber, welche Rolle er spielte, um die USA zum Kriegseintritt zu bewegen, erscheint alles in einem ganz anderen Licht. Dann könnte man schon geneigt sein, dieses 14-Punkte-Programm für eine von Anfang an nur zur Täuschung geschaffene List zu halten. Vergessen wir nicht: Wilson wurde Präsident der USA, weil er die Einführung des FED garantierte, und er hat die amerikanische Bevölkerung ganz gezielt auf den Kriegseintritt gegen Deutschland eingestimmt. Dabei war ihm jedes Mittel recht, die Deutschen zum Feind der Welt der Guten und Gerechten hochzustilisieren. Heute würde man sagen, er hat

13 Ebd., S. 71 ff.

14 Siehe Anlage 2, S. 366 ff.

Deutschland an die Spitze der «Schurkenstaaten» gestellt. Wilson rief die Welt dazu auf, die «*unverantwortlichen und undemokratischen Regierungen hinwegzufegen*», und er erfand den heute wieder besonders strapazierten Slogan: «*Die Welt muss für die Demokratie sicherer werden.*»¹⁵

Wie unsinnig dieser Spruch damals schon war, mag man daran ermessen, dass die Demokratie in Deutschland 1917 wesentlich weiterentwickelt war als in den USA. Die demokratischen USA führten das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht mit dem «Voting Rights Act» erst 1965 ein. Im von Wilson abqualifizierten Deutschen Reich gab es das bereits seit 1871. Es ist nicht so leicht hinwegzudiskutieren, wenn man Wilson als Agenten des British Empire bezeichnet, der in dieser Eigenschaft gegen die Interessen der Amerikaner und für die Interessen des englischen Imperialismus gehandelt hat.

Um die Blauäugigkeit der deutschen Diplomatie zu unterstreichen, nehme ich das Beispiel Elsass-Lothringen: Die Deutschen gingen davon aus, dass man mit ihnen ähnlich nobel umgehen würde, wie sie es mit Frankreich 1871 getan hatten. Obwohl die Franzosen jenen Krieg eindeutig verursacht und verloren hatten, verhielten sich die deutschen Sieger damals grosszügig. Im Friedensschluss von Frankfurt 1871 musste Frankreich zwar das überwiegend deutschsprachige Elsass-Lothringen an Deutschland abgeben, doch in Artikel 2 dieses Vertrags regelte Deutschland die Besitzstandsgarantien für die französischen Elsässer. Anders in den Verträgen von Versailles: Der Artikel 74 bestimmt die entschädigungslose Enteignung der deutschen Elsässer. 1871 in Frankfurt musste Frankreich Reparationen in Höhe von 5 Milliarden Franken in Silbergeld zustimmen, zahlbar innerhalb von drei Jahren, was moderat und gerecht war, weil Frankreich auch nach internationaler Einschätzung den Krieg verursacht hatte. Die Armee, die Flotte, die Kolonien und sogar die Goldreserven Frankreichs wurden von Deutschland nicht angetastet. In Erinnerung seines eigenen Verhaltens erwartete Deutschland, welches tatsächlich den Krieg

15 Zitiert nach: Baer, Casimir Hermann (Hrsg.): Der Völkerkrieg – Eine Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914. Stuttgart: Verlag Julius Hoffmann, 1918.

militärisch gar nicht verloren hatte, dass eine Übereinkunft mit den Alliierten zustande kommen würde, die geeignet war, eine friedliche Koexistenz in Europa zu sichern.

Doch es kam anders. Deutschland, stückweise in eine hilflose Situation manövriert, wurde gedemütigt. Unter dem massiven Druck Englands wurden Deutschland Bedingungen diktiert, die nicht nur enorme Gebietsverluste bedeuteten, sondern es wurde auch der Grundstock gelegt zu weiteren unausweichlichen Konflikten. Entgegen der ursprünglichen Zusage für deren Selbstbestimmung, wurden deutsche Volksgruppen von Deutschland abgetrennt und der Willkür neuer Herrscher ausgeliefert. Abgesehen davon, wurden grosse Teile der zivilen Flotte Deutschlands beschlagnahmt, die Kriegsflotte wiederum wurde in Scapa Flow im Norden Schottlands interniert. Die irrsinnigen Reparationszahlungen sollten eine wirtschaftliche Erholung Deutschlands auf absehbare Zeit unmöglich machen. Das alles war im Sinne der englischen Kriegsziele.

Für England kam es aber noch besser, und das ist ein Faktor, der gern übersehen wird. England hatte aufgrund seiner lang anhaltenden negativen Handelsbilanz eine Menge Schulden an Deutschland aufgebaut. Die Bezahlung dieser Schulden wurde mit den Verträgen von Versailles schlicht und einfach gestrichen. England hat so über viele Jahre Güter von Deutschland bezogen, für die es letztlich nichts zahlen musste. Dieser Vorgang droht sich in der Gegenwart zu wiederholen. Die USA und England haben in den letzten Jahrzehnten ihr stetig wachsendes Aussenhandelsdefizit nur mit Dollar oder Pfund beglichen. Wenn der Fall eintritt, dass der Dollar und das Pfund in ihrem Wert berichtigt werden, sie müssten drastisch an Wert verlieren, dann stehen alle Länder in eben dieser Situation, dass sie für ihre gelieferten Waren nur noch einen Bruchteil des ursprünglich vereinbarten Preises erhalten werden.¹⁶ Zuzüglich erbeuteten England und seine Verbündeten eine Fülle von deutschen Industriepatenten, die sie jetzt kostenfrei für sich selbst nutzen konnten.

16 Vgl.: Haisenko, Peter: Bankraub globalisiert. Hannover: Anderwelt Verlag, 2007.

Die Verträge von Versailles waren auch unter den Alliierten nicht unumstritten. Etliche Vertreter der Siegerstaaten waren mit einer solchen Behandlung Deutschlands nicht einverstanden. Einige verliessen die Runde unter Protest, weil sie ihren Namen nicht im Zusammenhang mit einem derart monströsen Werk sehen wollten. Die krassesten Auswüchse wurden denn auch von Wilson verhindert. Wie gesagt, seine Rolle im Ersten Weltkrieg ist nicht so einfach einzuschätzen. Er war sich sicher seiner Abhängigkeit vom angloamerikanischen Kapital bewusst, hatte sich aber trotzdem oder gerade deswegen einen Rest von Gewissen erhalten. Die USA haben die Verträge von Versailles nicht unterschrieben, sondern einen separaten Frieden mit Deutschland geschlossen. Diese Tatsache ist leider zu wenig bekannt, denn sie beweist die herausragende Rolle Englands bei der Abfassung der Versailler Verträge.

Man könnte noch ausführlicher über die Vorgänge des Ersten Weltkrieges schreiben, aber das haben andere bereits zur Genüge getan. Über eines besteht weitgehend Einigkeit: Die Verträge von Versailles waren mit Sicherheit nicht geeignet, Europa eine Zukunft in Frieden zu garantieren. Und an dieser Stelle darf die Frage nicht übergangen werden: Wer konnte ein Interesse an weiteren kriegerischen Akten in Europa haben? Doch nur jemand, dessen Zukunft als Weltmacht mit diesem Ausgang des Krieges noch nicht ausreichend gesichert war – England. Die zeitgenössische Aussage des französischen Marschalls Foch belegt unbestreitbar, dass man sich über Sinn und Zweck des Vertragsdiktats von Versailles vollständig im Klaren war:

«Das ist kein Frieden. Das ist ein zwanzigjähriger Waffenstillstand.»¹⁷

Wobei Foch jedoch nicht eine Lockerung der Vertragsbedingungen befürwortete, sondern für eine Zerschlagung des Deutschen Reiches eintrat. Zu beachten ist aber, dass Foch sogar den Beginn des Zweiten Weltkrieges ziemlich genau definiert hat.

17 Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. München: Olzog Verlag, 2005.

Die Rolle der Juden im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg muss man sehr differenziert sehen. Zunächst fällt auf, dass bei der Schaffung des FED jüdische Bankiers eine prominente Stellung hatten. So könnte man daraus schliessen, dass sie zu den Kriegstreibern zählten. Wenn man aber erkennt, dass die wirklich grossen Gewinne nicht von ihnen eingefahren wurden, so sieht es schon wieder ein wenig anders aus. J.P. Morgan ist kein Jude, und er und sein Bankhaus hatten den grössten Anteil an der Finanzierung der Kriegsparteien und dementsprechend auch den grössten Gewinn. An allen Fronten, auf allen Seiten kämpften und starben in diesem Krieg Juden. Sie kämpften nicht als Juden, sondern als Deutsche, Engländer, Franzosen, Russen, Italiener oder Amerikaner.¹⁸

So gesehen, war die Rolle der Juden als Volk überaus tragisch. Sie haben im Namen ihrer Gastländer ihre Brüder und Vettern umgebracht, entweder mit Geld oder mit der Waffe. Zumindest im Eindruck dieser Erkenntnis ist es also ziemlich unsinnig, an eine jüdische Weltverschwörung glauben zu wollen. Wenn man das trotzdem nicht lassen kann, muss man eingestehen, dass sich diese Verschwörung nur auf einen ganz kleinen Teil dieser ethnischen Gruppe beziehen kann. So, wie ich als Deutscher nicht pauschal für die Untaten Hitlers und seiner Schergen verurteilt werden will, kann ich auch nicht pauschal «die Juden» für irgendwelche Handlungen exponierter Minderheiten ihrer Volksgruppe verantwortlich machen.

In Deutschland selbst sowie auch in Österreich-Ungarn war zu beobachten, dass ab 1900 in den Zeitungsredaktionen eine jüdische Dominanz aufgebaut wurde. Die Zeitungen vertraten mehr und mehr sozialistische Positionen. Auch die Spitzen der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegungen verzeichneten einen hohen Anteil an Juden. Gemeinsam trugen sie dazu bei, dass der Krieg für Deutschland so fatal endete. Ich würde es mir zu einfach machen, wenn ich alle, die so tätig waren, als Einflussagenten Englands bezeichnen wollte, aber es waren fraglos einige darunter, die in Abhängigkeit oder aus Überzeugung für die Sache Englands wirkten. Vor

18 Vgl.: Myrer, Anton: Once an eagle. New York: Harper Collins Publisher, 1968.

allem, wenn man bedenkt, in welchem Masse England zu dieser Zeit seinen Einfluss auf die öffentliche Meinung in den USA ausbaute. Das war dort natürlich einfacher als in Deutschland. Auch die Presse in England machte ganz massiv Stimmung gegen Deutschland.

Hitler hat in «Mein Kampf immer wieder darauf hingewiesen, dass es Juden waren, die in den Zeitungen gegen Deutschland hetzten. Hier hat er wieder einmal etwas übersehen: In England war es die «Milner Group», die die Presse beherrschte – und Milner war definitiv kein Jude. Lord Milner selbst bestimmte, was in seinen Zeitungen geschrieben werden durfte und was nicht. Es wird berichtet, dass Milner persönlich Redakteure entlassen hat – die Bezeichnung «gefeuert» wäre passender -, die sich seinem Diktat nicht unterordnen wollten. Die internationale Vernetzung bezüglich der Eignerschaft von Zeitungen bedingte bereits 1900 einen erheblichen Einfluss der Milner-Gruppe auf die deutsche Presse. So erklärt sich die Besetzung von Posten in den Redaktionen durch Juden und die Richtung der veröffentlichten Meinung auch ohne die Annahme einer jüdischen Weltverschwörung. Ja, es wird so eigentlich erst wirklich klar, denn, wie ich schon sagte, die Deutschen jüdischen Glaubens hatten kein Interesse daran, gegen ihr Heimatland zu intrigieren. Es war höchstwahrscheinlich nicht zuletzt die Angst vor dem Verlust der Arbeitsstelle, die jüdische Redakteure zu ihrem Handeln veranlasst hat.

8. Auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg

«Als ich 1940 nach New York City kam, war Amerika in einer kaum zu überwindenden Isolationsstimmung. Nur wenn man das versteht, kann man die Leistung Franklin Delano Roosevelts würdigen und verstehen. Man könnte daran zweifeln, ob Amerika ohne ihn in den Krieg gegangen wäre.»¹⁹ (Nahum Goldmann)

Die Welt stand 1918 vor grossen Umbrüchen. Eine Vielzahl von Entwicklungen wäre denkbar und möglich gewesen, doch die Verträge von Versailles zwängten diese Entwicklungsmöglichkeiten in ein enges Korsett. Da war zunächst das kategorische Diktat der Siegerstaaten, die Monarchie in Deutschland und Österreich abzuschaffen. Nach modernen Massstäben war das ein unzulässiger Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Besonders absurd kann diese Forderung erscheinen, weil sie von einer Monarchie erhoben wurde, die ihren Bestand bis heute gesichert hat. Man darf darüber philosophieren, inwieweit die Geschichte anders verlaufen wäre, wenn Deutschland und Österreich noch einen Kaiser gehabt hätten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Monarch mit seinen internationalen familiären Verbindungen die grössenwahnsinnigen Taten eines Hitler zugelassen hätte. Ein Kaiser hätte auch nicht zugelassen, dass Teile der Bevölkerung seines Landes aus rassistischen Gründen dem Verderben überantwortet werden, hatte der deutsche Kaiser doch freundschaftliche Verbindungen zum jüdischen Haus Warburg, aus dem sogar der Chef seines Geheimdienstes kam. Diese Richtung einer möglichen Entwicklung wurde von den Siegerstaaten ausgeschlossen.

Doch selbst ohne Monarchie wäre eine Entwicklung nicht auszuschliessen gewesen, die eine andere Staatsform in Deutschland gebracht hätte – die «Räterepublik». Es stand kurz davor, dass in Deutschland eine Räterepublik nach sowjetischem Muster die Macht übernommen hätte, nur ein kleiner Zeitvorsprung zugunsten ihrer Gegner hat das verhindert. Und so bekam Deutschland die unglück-

19 Goldmann, Nahum: The Autobiography of Nahum Goldmann: Sixty Years of Jewish Life. New York: Holt, Rinehart & Winston, 1969.

lichste aller möglichen Staatsformen – die «Weimarer Republik». Durch das politische Chaos, das in der Weimarer Republik herrschte, war die Gefahr omnipräsent, dass eine kommunistisch orientierte Regierung in Deutschland das Ruder in die Hand nehmen könnte. Das aber war keinesfalls im Interesse der Siegerstaaten, denn es hätte eine Achse Berlin – Moskau zur Folge gehabt. Eine solche Verbindung hätte einen Machtblock geschmiedet, der trotz des kommunistischen Systems eine ungeheure Potenz gehabt hätte. So stammt aus den 1920er-Jahren die Aussage, dass die Welt zittert, wenn sich Russland und Deutschland zusammentun.

An der Stelle tauchen nun Hitler und seine NSDAP auf. Die Ideologie der NSDAP unterschied sich zwar nicht wesentlich vom Sowjetkommunismus, stand diesem aber grundsätzlich feindlich gegenüber. Für die Siegerstaaten war Hitler der Mann der Stunde – ein Garant gegen eine russisch-deutsche Verbrüderung. Man mag sich gar nicht vorstellen, was eine Verbrüderung zwischen diesen beiden skrupellosen Systemen für Europa und die Welt bedeutet hätte, aber diese Gefahr war letztendlich durch die eindeutig antisowjetische Haltung Hitlers ausgeschlossen. Sein Rassenwahn erlaubte es ihm nicht, ein Bündnis mit den «Untermenschen» aus dem Osten einzugehen. Vielmehr suchte Hitler eine Verbindung mit dem von ihm verehrten England gegen Russland. So gesehen, gewinnt die Förderung Hitlers durch das angloamerikanische Kapital eine durchaus logische Dimension.

Der desolate Zustand der Geldwirtschaft in Deutschland und der Welt war ein wesentlicher Faktor für den Aufstieg Hitlers zur Macht. Der Zorn der Deutschen über die ungerechte Behandlung durch die Alliierten wurde noch zusätzlich angefacht durch die Hyperinflation, die praktisch alle Ersparnisse vernichtete und die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung gegen null gehen liess. So war der Weg zur Macht für jeden geebnet, der einen Ausweg aus dieser Misere versprechen und das auch glaubwürdig erscheinen lassen konnte. Es hätte nicht Hitler sein müssen. Und Hitler wäre es auch nicht geworden, wenn er nicht Unterstützung durch ausländisches Kapital erhalten hätte. Darüber wird nicht so gern geredet.

Waren anfangs noch etliche Juden unter den Förderern Hitlers zu finden, so mussten nach der Veröffentlichung von «Mein Kampf» vor-

nehmlich nicht jüdische Finanziers einspringen, wobei die Hilfe von jüdischer Seite nicht vollständig ausblieb. Die grossen Finanzhilfen kamen aber erst, nachdem deutlich erkennbar wurde, in welche Richtung Hitler marschierte und welches Potenzial hinter seiner Bewegung stand. Hitler wurde unter anderem massiv finanziert von J.P. Morgan, John D. Rockefeller und Henry Ford – alles keine Juden. Das ist schon sehr bemerkenswert, schliesslich erfolgte die finanzielle Unterstützung durch diese Leute einige Jahre, nachdem «Mein Kampf» veröffentlicht worden war und in Millionenaufgabe zur Verfügung stand. Hatten Hitlers Geldgeber keine Kenntnis vom Inhalt dieses Buches? Das erscheint äusserst unwahrscheinlich, vor allem, wenn man bedenkt, welche Sorgfalt die Banken vor der Vergabe eines Kredits walten lassen.

Den Deutschen wird immer wieder vorgeworfen, dass sie doch gewusst haben müssen, welche Ziele Hitler verfolgt, sie müssten es schliesslich in seinem Buch gelesen haben. Dazu ist anzumerken: Erstens hat wahrscheinlich tatsächlich kaum jemand in Deutschland «Mein Kampf» gelesen. Das Exemplar, das ich in die Hände bekam, hatte die übliche Widmung eines Bürgermeisters für ein junges Brautpaar und war definitiv nicht gelesen worden. Die Buchseiten waren noch original verklebt vom Goldschnitt. Zweitens steht in diesem Buch gar nichts drin über einen Plan zur Massenvernichtung von Juden oder der Eroberung der Welt. Hitler ergeht sich ausführlich über seinen Rassenwahn und über seinen Hass auf die Juden. Einen dezidierten Vernichtungsplan indes beschreibt er nicht. Was er dagegen sehr ausführlich darlegt, ist sein Wunsch bzw. Plan, ein freundschaftliches Bündnis mit England herzustellen! Er sieht darin die einzig realistische Chance, der Ausbreitung des Sowjetkommunismus Einhalt gebieten zu können. Überhaupt kommt in «Mein Kampf» immer wieder die Sympathie Hitlers zu England zum Ausdruck. Er lobt bewundernd die Qualität der englischen Diplomatie und beschimpft das Ungeschick der Deutschen.

Vielleicht ist das der wahre Grund dafür, dass dieses Buch in Deutschland zu den verbotenen Büchern gehört? Könnten die Deutschen vielleicht erkennen, dass es die Engländer waren, welche die zur Freundschaft ausgestreckte Hand des «Führers» abgewiesen haben?

Aus heutiger Sicht erscheinen die Ausführungen Hitlers in Bezug auf England sehr naiv. Wer «Mein Kampf» gelesen hat, kann nachvollziehen, warum Hitler den Engländern in Dünkirchen gestattet hat, ihre Soldaten zu retten, anstatt sie gefangen zu nehmen oder zu vernichten. Selbst nachdem England Deutschland den Krieg erklärt hatte, war Hitler immer noch von dem Wahn beseelt, im Bündnis mit England gegen die Sowjets vorzugehen. Das bedingte natürlich die Schonung der englischen Armee bei Dünkirchen. Dieser Wahn setzte sich fort nach 1945, als deutsche Soldaten daran glaubten, zusammen mit den Alliierten gegen Stalin zu marschieren. Was für eine blauäugige Verkenning der Realität!

Man muss davon ausgehen, dass Hitlers Geldgeber ‚Mein Kampf‘ sehr genau analysiert haben. Diese Analyse konnte nur zum Ergebnis haben, dass Hitler über grosse Talente verfügte, was die Steuerung der Massen betraf. Über dieses Thema schreibt Hitler sehr kompetent und seine Ausführungen haben bis heute nichts an Aktualität eingebüsst. Weiter konnte geschlussfolgert werden, dass Hitler in der Lage sein würde, eine schlagkräftige Organisationsstruktur zu schaffen. Seine Thesen über Führung und Verantwortlichkeiten sind beeindruckend und leider auch heute aktueller denn je. Der Rest des Buches zeigt aber etwas ganz anderes. Durch seinen manischen Hass gegen Juden ist Hitlers Denken derart eingeschränkt, dass er zu einer vernünftigen und realistischen politischen Analyse gar nicht fähig sein würde. Vielmehr würde er aufgrund seiner einseitigen Begabung leicht manipulierbar sein und damit ein Opfer der Intrigen englischer Politik. Vordergründig schien Hitler der richtige Mann zu sein, der Deutschland wieder auf die Beine hilft, damit es die horrenden Reparationszahlungen auch leisten kann. Perspektivisch und auf längere Sicht gesehen, würde er jedoch Fallen, die ihm gestellt werden, nicht erkennen können und letztlich zum Werkzeug seiner Förderer werden. Hitler würde Deutschland vernichten.

Das mag dem einen oder anderen Leser vielleicht etwas weit hergeholt erscheinen, aber betrachten wir die Lage noch von einer anderen Seite. Die politische Situation in Europa nach dem Ersten Weltkrieg war für England keineswegs zufriedenstellend. Deutschland war immer noch viel zu gross, und ohne Krieg würde man daran nichts ändern können. Das ist der eine Punkt. Wäre es tatsächlich das Ziel

gewesen, hätte man Deutschland wieder zu einem stabilen Handelspartner machen können, der auch seine Reparationen bezahlen kann. Das Geld, das an die NSDAP geflossen ist, wäre im Sinne eines «Marshall-Plans» besser eingesetzt gewesen. Die Handlungsweise nach 1945 belegt, dass so etwas möglich ist. Aber 1945 entsprach die politische Aufteilung Europas auch den Zielvorstellungen der imperialen Politik Englands.

Die Alliierten hatten es in der Hand, Hitlerdeutschland zu verhindern. Tatsächlich aber haben sie den Aufstieg Hitlers durch finanzielle Unterstützung gefördert. Und nicht nur das. Sie haben durch ihre grosszügigen Kredite die Politik Hitlers zur Wiederaufrüstung Deutschlands erst ermöglicht. In diesem Zusammenhang sollte man sich die Aussage F. D. Roosevelts, zu dieser Zeit Präsident der USA, ins Gedächtnis rufen:

«In der Politik geschieht nichts zufällig! Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auf diese Weise geplant war!»²⁰

Wie genau hat der Plan ausgesehen? Das werden wir en détail wohl nie erfahren, aber man kann vom Verlauf der Ereignisse auf einen möglichen Plan schliessen. Auch wenn nicht alles ganz nach Plan verlief, darf man annehmen, dass das Ergebnis letztlich dem Ziel eines Plans nahekam. Mit dem Jahr 1945 war Deutschland als Machtfaktor von weltpolitischer Bedeutung eliminiert. Es existierte nicht mehr als souveräner Staat. Seine Kultur in Form der Baulichkeit seiner Städte war grossflächig ausgelöscht. Es hatte keine Hoheit mehr über die Bildungs- und Erziehungsziele seiner Bürger. Seine territoriale Grösse war dezimiert, und es war gespalten in zwei politische Einheiten, die sich qua definitionem feindlich gegenüberstanden. Weiter im Osten standen die Länder unter dem Joch eines Systems, das zuverlässig die rasche Erholung von den Verwüstungen des Krieges verhindern würde. Europa konnte keine Bedrohung mehr sein für die Machtansprüche des British Empire. Stalin hatte verstanden, dass er keine Chance hatte, gegen das westliche Kapital zu bestehen.

20 de Mare, Miguel: Das verborgene Weltwissen. Hamburg: Lichtsicht, 2003.

Wenn man bedenkt, wie die Ausgangslage zu Beginn des 20. Jahrhunderts war im Vergleich zu 1945, so wirkt der Gedanke, dass Hitler als «nützlicher Idiot» für die Ziele des angloamerikanischen Kapitals von eben diesem gefördert worden ist, gar nicht mehr absurd. Der «deutsche Michel» hat sich zwar sein Grab selbst geschaufelt, aber die Schaufel wurde geliefert vom angloamerikanischen Kapital.

Nun gut, Hitler war an der Macht. Er zeigte sich zu Anfang aber alles andere als kriegslüstern. Im Gegenteil, er machte mehrere Anläufe, eine friedliche Übereinkunft zur Rüstungsbegrenzung und zur Verbesserung der Situation der Volksdeutschen zu erreichen. Doch alle seine Angebote wurden vonseiten der Alliierten mit teilweise fadenscheinigen Begründungen abgewiesen. Andererseits stand Hitler gegenüber den Deutschen in der Pflicht, die Lebensbedingungen der Volksdeutschen, die jetzt ausserhalb des Reiches lebten, zu verbessern. Diese waren verbreitet den willkürlichen Schikanen und Übergriffen durch ihre neuen Herren ausgesetzt. Obwohl die Siegermächte nach den Verträgen von Versailles in der Pflicht standen, Minderheiten zu schützen, unternahmen sie nichts, wenn es um die Rechte der deutschen Minderheiten ging. Die logische Folge waren die Rückführungen ehemals deutscher Gebiete unter deutsche Hoheit. Das geschah, wenn auch widerstrebend, mit Billigung der Alliierten und führte im September 1938 zum Münchner Abkommen. Hitler durfte sich nun einbilden, dass er für seine Aktionen keinen Widerstand seitens der Alliierten zu befürchten hat.

An der Stelle ist es mir wichtig anzumerken, dass es selbst in England sehr wohl Politiker gab, die die ungerechte Behandlung der Volksdeutschen erkannten und sich dagegen wandten.

Hitlers nächster Schritt war die Annexion der Tschechei. Das war eindeutig völkerrechtswidrig. Erstaunlicherweise war die Reaktion der Alliierten auch in diesem Fall wieder sehr verhalten, hätten sie jetzt doch einen gerechten Grund gehabt, Deutschland mit militärischen Mitteln zur Ordnung zu rufen. Ausser lauen Protesten passierte aber nichts. Nach meinem Dafürhalten dürfte der Plan gewesen sein, eine Ausbreitung Deutschlands nach Osten zuzulassen – bis es eine direkte Grenze mit der UdSSR hatte. Der weitere Verlauf lässt diesen

Schluss zu, denn ab hier wird die Rolle Polens auf dem Weg zu einem neuerlichen Krieg immer deutlicher.

Bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich klarstellen, dass ich, wie einst auch mein Vater²¹, viele polnische Freunde habe. Daher weiss ich, dass sich die Polen mehrheitlich sehr wohl bewusst sind, auch «Elemente» in den eigenen Reihen zu haben, mit deren Zielen und Vorgehensweisen sie nicht einverstanden sind. Wenn ich im Weiteren von «Polen» spreche, meine ich diejenigen, die das politische Handeln im Land bestimmten, sowie diejenigen, die persönlich durch ihre Handlungen das Ansehen Polens beschmutzt haben. Alle anderen bitte ich um Verzeihung für den pauschalen Gebrauch des Begriffs «Polen». Die Rolle Polens war, beginnend mit dem Jahr 1918, sehr zweifelhaft. Ich bevorzuge die Sichtweise, dass Polen immer mehr der Spielball grösserer Mächte war, als dass es tatsächlich eigenständig politisch gehandelt hat. Das gilt bis heute.

Die Entwicklung Deutschlands ging in den 1930er-Jahren schneller voran, als vorauszusehen war. Zwar bauten die Alliierten von 1935 an ihre Militärkapazität erheblich aus, doch Deutschland hatte in diesem Wettlauf die Nase vorn. Wieder einmal hatten die Alliierten ein Zeitproblem, denn es war abzusehen, dass Deutschland sehr bald über Waffen und Personal in höchster Qualität verfügen und damit praktisch unangreifbar sein würde. Gleichzeitig war Deutschland schon wieder auf dem Weg, dem Rest der Welt mit seinen technischen Entwicklungen um Jahre voraus zu sein. Wie knapp die Zeit für die Alliierten tatsächlich war, kann man daran erkennen, dass Deutschland zum Ende des Krieges über Flugzeuge verfügte, die dank ihres Antriebs mit Turbinenmotoren für alle Flugzeuge der Gegner unangreifbar und tödlich waren. Eine friedliche Entwicklung vorausgesetzt, wäre Deutschland 1944 im Besitz der ersten Atombombe gewesen. Auch die deutsche Raketentechnik war allen anderen weit voraus. Kein anderes Land verfügte über die Fähigkeit, eine Rakete wie die V2 zu bauen.

Hierzulande weitgehend unbekannt sind die Entwicklungen der deutschen Flugzeugwerke, die bereits 1944 als Prototypen erprobt

21 Vgl.: Grom, Vadim: Der Weg vom Don zur Isar. Hannover: Anderwelt Verlag, 2007.

wurden. Diese Flugzeuge, ausgestattet mit zwei oder vier Düsentriebwerken, waren in der Lage, mit Geschwindigkeiten und in Höhen zu operieren, die von niemandem sonst erreichbar waren. Sogar eine Druckkabine für die Piloten gab es bereits, was für die damalige Zeit revolutionär war. Wiederum eine Entwicklung ohne Krieg vorausgesetzt, hätte Deutschland Mitte der 1940er-Jahre über eine Flugzeugtechnologie verfügt, die ihm nicht nur die Dominanz im Markt für zivile Flugzeuge garantiert hätte, sondern auch eine absolute Luftüberlegenheit im Kriegsfall. Diese Entwicklung wurde spätestens 1938 sichtbar, als Focke Wulf mit seiner FW 200 «Condor» den ersten Nonstop-Flug einer Verkehrsmaschine von Berlin nach New York in 24 Stunden, 56 Minuten und 12 Sekunden demonstrierte. Dieses Flugzeug hatte eine Kapazität von 26 Passagieren sowie 4 Besatzungsmitgliedern, und es gab in keinem anderen Land ein Flugzeug, das mit der FW 200 hätte konkurrieren können. Bereits 1932 war die Junkers JU 90 das grösste Passagierflugzeug der Welt.

Dazu eine Randnotiz der Geschichte: Deutschland stellte 1938 den Antrag an die USA, eine Fluglinie Berlin – New York mit der FW 200 einrichten zu dürfen. Dieser Antrag wurde von den USA abgelehnt. Sie konnten ihn gar nicht positiv bescheiden, denn die Folgen wären für die Flugzeugindustrie der USA katastrophal gewesen. Da die deutschen Flugzeugwerke als Einzige in der Lage waren, für eine solche Linienverbindung taugliche Flugzeuge herzustellen, hätten die amerikanischen Fluggesellschaften deutsche Flugzeuge kaufen müssen, um konkurrieren zu können. Ein unerhörter Imageverlust für die amerikanische Industrie und ein ebenso unerhörter Prestigegewinn für das verunglimpft Deutschland. Das durfte nicht sein! So wurde eine technische Entwicklung zum Wohle der Bürger verhindert, und die FW 200 konnte nur für kurze Zeit auf der Südamerika-Route demonstrieren, wie die Zukunft der Luftfahrt aussehen würde. Es sollte mehr als zehn Jahre dauern, bis regelmässige Linienflüge zwischen den USA und Europa mit amerikanischen Flugzeugen aufgenommen werden konnten. Inwieweit deutsche Ingenieurskunst, in deren Besitz die USA 1945 gekommen waren, daran ihre Anteile hatte, lasse ich dahingestellt.

Auch die Technologie des Zeppelin-Baus konnte von keinem anderen Land in deutscher Qualität und Grösse nachvollzogen werden. Allerdings waren die USA zu dieser Zeit als Einzige in der Lage, Helium in grösseren Mengen zu produzieren. Da sich die Amerikaner weigerten, dieses Edelgas an Deutschland zu verkaufen, mussten die deutschen Zeppeline mit Wasserstoffgas befüllt werden. Helium brennt nicht, Wasserstoff dafür umso besser. Das führte letztlich zur Katastrophe von Lake Hurst, wo die «Hindenburg» verbrannte und die Ära der einzigartigen deutschen Zeppeline endete. Auch nach Lake Hurst waren die USA nicht bereit, Helium an Deutschland zu liefern.

Die deutsche Chemieindustrie sollte ebenfalls nicht unerwähnt bleiben, denn auch sie konnte mit bahnbrechenden Entwicklungen brillieren. England dagegen war wirtschaftlich schon wieder derart in Bedrängnis, dass es bereits 1931 den Goldstandard für das Britische Pfund aufheben musste. Trotz der nicht unerheblichen Beute an Reparationen und Patenten aus dem letzten Krieg ist es der englischen Wirtschaft nicht gelungen, einen ausreichenden Aussenhandelsüberschuss zu erzielen. Das British Empire war, wie zwanzig Jahre vorher auch, international nicht konkurrenzfähig.

Es gab also ein Zeitproblem, wenn man eine erneute Dominanz Deutschlands in Europa nicht zulassen wollte. Die einzige Möglichkeit, genau das zu erreichen, war Krieg. Nun konnte man aber ein solches Vorhaben nicht ganz so offensichtlich vorantreiben, wollte man sich moralisch nicht gleichzeitig in Verruf bringen. Das arme, politisch unerfahrene Polen konnte dabei das geeignete Mittel zum Zweck sein. Die Rolle Englands im Konflikt zwischen den polnischen und den deutschen Interessen wird von Historikern allgemein als «zweifelhaft» beschrieben. Das sehe ich anders. Die Rolle Englands ist eindeutig. London hat auf dem politischen Parkett den polnisch-deutschen Krieg mindestens gefördert, wenn nicht sogar herbeigeführt. Der Grundstein für das inakzeptabel provokative Handeln Polens wurde mit den Bestandsgarantien für Polen im Vertrag von Versailles gelegt. Dementsprechend skrupellos benahm sich Polen gegenüber seinen Nachbarn und seinen Minderheiten. Nicht nur die Deutschen, auch die Ukrainer, die Litauer und die Weissrussen wissen ein Lied davon zu singen. Polen hat sich von 1918 an – entgegen

der vertraglichen Zusicherungen – diverse Gebiete angeeignet, die keine polnische Bevölkerungsmehrheit hatten. Auch die Tschechoslowakei, ein Kunstgebilde der Versailler Verträge, hat sich unter dem Schutz internationaler Garantien äusserst arrogant bis bösartig gegen alle ihre Minderheiten gezeigt.

Eine theoretische Betrachtung zum Verlauf der Geschichte in der Annahme, Polen wäre nicht von Deutschland überrannt worden, hilft zu erkennen, warum Englands Verhalten in Bezug auf den polnisch-deutschen Konflikt zwingend war – im Sinne der politischen Ziele Englands. Stalins Plan, mit der Roten Armee nach Westen zu marschieren, ist unzweifelhaft und bestens belegt. Sein westlicher Nachbar wäre in diesem Fall das freie Polen gewesen, und eben dieses hätte er als Erstes überfallen müssen. Dann hätte jedoch England in der Pflicht gestanden, Polen gegen die Sowjetunion hilfreich zur Seite zu stehen, was es aber effektiv weder hätte leisten können noch wollen. So wäre am Ende das wahrscheinlichste Folge-Szenario gewesen, dass tatsächlich Deutschland an der Seite Englands in Polen gegen Stalins Rote Armee gekämpft hätte. Hitlers Plan, mit England gemeinsam den Sowjetkommunismus zu bekämpfen, wäre somit Realität geworden. Das aber hätte wiederum alle Pläne Englands hinsichtlich der angestrebten politischen Ordnung in Europa vereitelt.

In weiterer Konsequenz wäre Deutschland – als Waffenbruder gegen die Expansion des Kommunismus – rehabilitiert gewesen. Die öffentliche Meinung hätte daraufhin verlangt, bezüglich der deutschen Ostgebiete Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen der Volksdeutschen gerecht werden. Es wäre unausweichlich geworden, Massnahmen zu ergreifen, die wirklich dauerhaften Frieden in Europa bringen könnten. Eine weitere territoriale Verkleinerung Deutschlands wäre damit unmöglich geworden und als grösstem Land in der Mitte eines friedlichen Europas wäre ihm zwangsläufig die Führungsrolle zugefallen. Eine derartige Entwicklung hätte nicht nur sämtliche Bemühungen der imperialen Politik Englands zunichtegemacht, sondern sie geradezu in ihr Gegenteil verkehrt.

Mit dieser Betrachtung wird das Interesse Englands unübersehbar, den Konflikt zwischen Deutschland und Polen auf die Spitze zu treiben. Nur wenn sich Russen und Deutsche direkt gegenüberstehen,

würde die Möglichkeit bestehen, Deutschland in die Zange zu nehmen und zu vernichten. Englands Imperialisten war es vollkommen gleichgültig, welche Leiden sie dadurch den Polen auferlegten. (Später haben sie die Polen ein weiteres Mal verraten und dem Joch des Stalinischen Kommunismus überantwortet.) Mit diesen Gedanken im Hinterkopf muss man die Rolle Englands im Konflikt zwischen Polen und Deutschland bewerten. England konnte nur eine Politik verfolgen, welche Deutschland einlädt, Polen zu besetzen. Polen war der Spielball der englischen Imperialisten im Kampf gegen die Übermacht Deutschlands.

Bis 1939 hat Hitler den Provokationen Polens widerstanden und bis zuletzt versucht, das Danzig-Problem friedlich zu lösen. Doch Polen wurde immer wieder von den Engländern dazu ermuntert, mitunter geradezu aufgefordert, Deutschland nicht einen Millimeter entgegenzukommen. England gab Polen das Versprechen, im Falle eines Krieges zwischen Polen und Deutschland militärisch zu Hilfe zu eilen. Frankreich dagegen widersetzte sich den polnischen Forderungen, gemeinsam einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu führen.

Gleichzeitig wurden die Übergriffe der Polen gegen Volksdeutsche immer unerträglicher, nicht einmal vor der Grenze machten sie halt bei ihren gewalttätigen Raubzügen gegen deutsche Nachbarn. Mehrere tausend Deutsche haben sie dabei umgebracht, vergewaltigt und massakriert. Das ist ein ganz übles Kapitel in der polnischen Geschichte, dessen sich heute auch viele Polen schämen. Das unmenschliche Verhalten von Polen gegenüber Deutschen setzte sich nach 1945 fort, doch dazu später mehr.

Der Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte, Marschall Piłsudski, war der Ansicht, dass er – mithilfe eines französischen Angriffs auf Deutschland von Westen her – die deutsche Armee besiegen würde. Nach Piłsudskis Tod 1935 änderte sich das deutsch-polnische Kräfteverhältnis rasch zugunsten Deutschlands. Diese Realität änderte aber nichts an dem polnischen Glauben an eine militärische Überlegenheit über Deutschland. Kein englischer Militärexperte klärte die Polen über ihren Irrtum auf, obwohl den Engländern das wahre Kräfteverhältnis bekannt war. Noch wenige Tage vor Beginn der Kriegshandlungen haben englische Diplomaten durch widersprüchliche Aussagen in Berlin und Warschau eine friedliche Beilegung des polnisch-deutschen Konflikts hintertrieben.

Polen drohte Deutschland immer wieder offen mit Krieg, wenn sich Deutschland nicht vollständig den Bedingungen Polens unterordnen wolle. Hitler hatte schliesslich keine Wahl. Er stand in der Pflicht, seine Versprechungen gegenüber den Volksdeutschen zu erfüllen und das Morden polnischer Horden zu beenden. Am 1. September 1939 überschritten deutsche Soldaten die Grenze und überrannten Polen. Nun hatte England seinen Vorwand, gegen Deutschland Krieg zu führen, ohne als Aggressor dazustehen. Am 3. September 1939 erklärte England Deutschland den Krieg und Frankreich musste diesem Beispiel drei Tage später folgen. Von diesem Zeitpunkt an ging für die nächsten zwei Jahre einiges daneben, wenn man die Dinge aus der Sicht Englands betrachtet.

An dieser Stelle muss ich darauf hinweisen, dass meine Darstellung der Abläufe einseitig und unvollständig ist. Es würde aber den Rahmen dieses Buches sprengen, alle komplizierten Facetten eingehend zu beleuchten. Ich empfehle deswegen dem kritischen Leser besonders zwei Bücher, die durch ihre akribische Genauigkeit und umfangreichen Betrachtungen meine kurze Zusammenfassung belegen: bezüglich der Finanzierung Hitlers das Buch «Geheimpolitik»²² von Dieter Rüggeberg, bezüglich des politischen Ablaufs und der Rolle der verschiedenen Staaten auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg das Buch «Der Krieg, der viele Väter hatte»²³ von Gerd Schultze-Rhonhof.

Die Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland war zu diesem Zeitpunkt mehr oder weniger nur formal. England hat einige zivile (!) Schiffe in deutschen Häfen bombardiert, ansonsten passierte nicht viel. Die von Polen erwartete Entlastung durch einen Angriff auf Deutschland im Westen blieb aus. Polen wurde in weniger als sechs Wochen von Deutschland besetzt bis zu einer Linie, die im Vorfeld mit der UdSSR in einem Geheimabkommen festgelegt worden war. Die UdSSR ihrerseits marschierte am 17. September in das bereits paralysierte Ostpolen ein, ohne dabei auf nennenswerten Wi-

22 Rüggeberg, Dieter: Geheimpolitik. Wuppertal: Rüggeberg, 1990.

23 Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. München: Olzog Verlag, 2005.

derstand zu stossen. Die Reaktion der Alliierten auf diesen Vorgang ist überaus bemerkenswert: Es gab keine! War der Einmarsch Deutschlands in Polen Grund genug, Deutschland den Krieg zu erklären, so galt das für die UdSSR nicht. Ausser lahmen Protesten gab es keinerlei Einwand gegen die Annexion Ostpolens. Die UdSSR war offensichtlich für andere Aufgaben vorgesehen und man wollte diplomatische Konflikte mit ihr vermeiden. Jetzt war nämlich der Zustand erreicht, dass sich deutsche und sowjetische Truppen direkt gegenüberstanden.

In Polen wurde überdies der Einmarsch deutscher Truppen zum Anlass genommen, noch eine Vielzahl polnischer Bürger mit deutschen Wurzeln zu töten. Nach sehr vorsichtigen Schätzungen kamen dabei etwa 5.000 Volksdeutsche ums Leben. Allein der sogenannte «Bromberger Blutsonntag» hat mit 1.000 Toten eine traurige Berühmtheit erlangt.

Nun muss ich noch auf die Rolle der Juden in der Zeit zwischen 1918 und 1939 eingehen. Diese gestaltet sich sehr vielschichtig und verlangt nach einer differenzierten Betrachtung. Die Behandlung und die Gräueltaten, welche die Juden in Deutschland durch deutsche Hand erleiden mussten, sind ausführlich dokumentiert und sollten jedem bekannt sein. Deshalb gehe ich darauf nicht weiter ein. Hinweisen möchte ich allerdings auf Vorgänge, die allgemein nicht so bekannt sind. So lautete die Einschätzung des Zentralrats der Juden in Europa, der damals in Paris beheimatet war, dass es keine Notwendigkeit für die deutschen Juden gäbe, das Land zu verlassen. Diese Einschätzung wurde selbst nach der «Reichskristallnacht» vom 9. zum 10. November 1938 aufrechterhalten und den jüdischen Gemeinden in Deutschland vermittelt. Dennoch verliess eine beachtliche Anzahl von Juden Land, was jedoch gar nicht so einfach war, weil in vielen Ländern der Welt eine Zuwanderung deutscher Juden unerwünscht war. Eine rechtzeitige Flucht aus Deutschland gelang vornehmlich nur jenen, die über genügend Vermögen oder entsprechende Verbindungen verfügten. Den einfachen Deutschen jüdischen Glaubens war dieser Weg verwehrt, ganz abgesehen davon, dass viele ihre Heimat gar nicht verlassen wollten. Die Bereitschaft anderer Länder, deutsche Juden aufzunehmen, stieg auch dann nicht, als bereits bekannt war, dass Angehörigen dieser Volksgruppe in Deutsch-

land unbestreitbar tödliche Gefahr drohte. Selbst die Schweiz hat Juden auf der Flucht an ihrer Grenze abgewiesen und zurück nach Deutschland geschickt.

Wenn man mal davon absieht, dass sich im journalistischen Bereich eine Reihe von Juden auf der ganzen Welt als Kriegstreiber betätigten, kann ich keinen wesentlichen jüdischen Beitrag entdecken, der den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zum Ziel hatte. Das Kapital zur Finanzierung dieses Krieges kam hauptsächlich aus Quellen, die nicht jüdisch waren. Nun wird gern der dominante Einfluss der Familie Rothschild auf das Weifinanzwesen strapaziert, um «die Juden» auch dafür verantwortlich machen zu können. Das sehe ich anders. Erstens sind die Rothschilds mehr englisch als jüdisch, und zweitens waren sie von Beginn ihrer Geschäftsaufnahme in London an immer vom Wohlwollen der englischen Krone abhängig. England hat in seiner Geschichte nicht nur mit der Ausweisung von Juden gedroht, sondern hat sie tatsächlich rigoros des Landes verwiesen. Mithin erscheint es mir nicht ganz abwegig anzunehmen, dass sich die englischen Machthaber des jüdischen Netzwerks der Rothschilds für ihre Zwecke bedient haben. Auch möchte ich darauf hinweisen, dass sich prominente englische Juden vehement für eine gerechte Behandlung der Deutschen und für die Erhaltung des Friedens eingesetzt haben.

Doch nun zu einem schlimmen Kapitel: Polen und seine Juden. Anders als die Juden in den übrigen Ländern Europas, konnten sie in Polen nicht als assimiliert betrachtet werden. Zu sehr unterschieden sie sich von den Polen durch ihre Kultur, Religion und Gebräuche, durch die jiddische Sprache, ihre ökonomische Rolle und ihr fehlendes polnisches Nationalbewusstsein. Mithin waren sie kein integraler Bestandteil der polnischen Gesellschaft, sondern mussten als nationale Minderheit angesehen werden. Von den anderen nationalen Minderheiten unterschieden sie sich zudem dadurch, dass sie keinem regionalen Raum zugeordnet werden konnten. So entgingen sie zwar den terroristischen Attacken, denen die anderen Minderheiten in Polen ausgesetzt waren, aber der Minderheitenschutz, der ihnen nach den Verträgen von Versailles und nach der polnischen Verfassung zugestanden hätte, wurde von den Polen nicht gewährt. Wurden die Juden unter Staatspräsident Piłsudski noch mit einer relativen Toleranz

behandelt, so verschlechterte sich ihre Lage nach dessen Tod ganz erheblich. Der in Österreich geborene Historiker Oskar Halecki schreibt 1970 in seinem Werk über die Geschichte Polens:²⁴

«Die jüdische Frage wurde besonders brennend vor dem Zweiten Weltkrieg. Dies war eine sehr einschneidende Frage, wenn man bedenkt, dass mehr als drei Millionen Juden – fast zehn Prozent der Gesamtbevölkerung – über das ganze Land verstreut lebten, dass sie noch einen viel höheren Prozentsatz in den Stadtbewohnern, im Handel und in der Industrie und in gewissen Berufen darstellten und dass nur eine unbedeutende Zahl von ihnen wirklich assimiliert war. Unter diesen Umständen war das Aufkommen einer antisemitischen Bewegung, aus wirtschaftlichen Gründen weit mehr als aus rassistischen, fast unvermeidlich.»

Hinzu kommt, dass sich die kommunistische Bewegung Polens nahezu ausschliesslich aus den Reihen der polnischen Juden rekrutierte. Der Begriff des «Judenkommunismus» entstand in Polen und wurde später in Deutschland übernommen. In ihrem chauvinistisch übersteigerten Nationalbewusstsein wollten die Polen die Juden vollständig aus ihrem Land vertreiben. Damit ging es den Juden nicht besser als allen anderen Minderheiten. Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass sich der Anteil der Juden mit zehn Prozent an der Bevölkerung auf die Gesamtbevölkerung bezog. Darin sind alle Minderheiten enthalten. Tatsächlich betrug der Anteil der Bevölkerung in Polen, die Polnisch als Muttersprache hatten, mit 19 Millionen nur etwa 60 Prozent. Somit machte der Anteil der Juden gegenüber der urpolnischen Bevölkerung fast 20 Prozent aus. Dieser Zustand war vergleichbar mit der Tschechoslowakei, deren Verhalten gegenüber Minderheiten dem Polens sehr nahekam. Beide haben sich nicht an Verpflichtungen gehalten, zu denen sie sich vertraglich bekannt hatten. Die Behandlung der Minderheiten sowohl in Polen wie auch der Tschechoslowakei war wiederholt Thema vor den Ausschüssen des Völkerbundes, hatte aber

24 Halecki, Oskar: Geschichte Polens. Frankfurt/Main: Societäts Verlag, 1970, S. 234.

niemals irgendwelche Konsequenzen für die betroffenen Länder. Wie sehr dieser Vorgang auf dem Gewissen ehrlicher Politiker lastete, belegt der Bericht zu diesem Thema von Lord Noel-Buxton vor dem Oberhaus in London am 15. Juni 1932:²⁵

«In den letzten Tagen sind auf den Tagungen des Rats des Völkerbundes wichtige Fragen, die die nationalen Minderheiten betreffen, behandelt worden. Vor allem wurde auf der Januartagung ein Bericht verhandelt, der sich mit der sogenannten Terrorisierung beschäftigte, die im Herbst 1930 in der Ukraine stattgefunden hat. [...] Assimilierung durch Zerstörung der Kultur ist an der Tagesordnung. [...] Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als eine Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden. [...] Im polnischen Teil Ostgaliziens wurden vom Ende des Krieges bis 1929 die Volksschulen um zwei Drittel vermindert. In den Universitäten, in denen die Ukrainer unter österreichischer Herrschaft elf Lehrstühle innehatten, besitzen sie jetzt keinen, obwohl ihnen 1922 von der polnischen Regierung eine eigene Universität versprochen worden war. In dem Teil der polnischen Ukraine, der früher zu Russland gehörte, in Wolhynien, sind die Bedingungen noch härter: Hier gibt es ein umfangreiches System der Kolonisierung durch frühere Soldaten, und diese Leute verfolgen ihre Nachbarn in einer äusserst bedauernswerten Weise. [...] In der ganzen Ukraine gibt es überdies das System der polizeilichen Verfolgung. [...] Wir können in diesem Zusammenhang eine besonders beklagenswerte Tatsache nicht beiseitelassen, nämlich die Folterung von Gefangenen in Gefängnissen und von Verdächtigen, die sich die Ungnade der polnischen Behörden zugezogen haben. Überzeugende Beweise dafür, dass in solchen Fällen mittelalterliche Foltern angewandt werden, liegen zu meinem Bedauern vor. Diese Darstellungen wurden im Völkerbund durch Lord Cecil als Delegiertem der britischen Regierung als das Gewissen der Menschheit erschütternd bezeichnet. Sie sind vom Rat nicht untersucht worden, wie das hätte erfolgen müssen. [...]

25 Bumeleit, Heinz: Die Vergangenheit bestimmt unsere Zukunft. Aus: Mitteilungen der Gesellschaft für Kulturwissenschaften, Bietigheim – Baden, Juli 1997.

Ich möchte eure Lordschaften an ihre Not erinnern durch Verlesung der Worte eines ausgezeichneten Rechtsgelehrten, [...] Sir Walter Napier, der Folgendes schrieb: ‚Die Führer des Dorfes wurden umringt, in eine Scheune getrieben, entkleidet, niedergeschlagen und mit dicken Stöcken, die zum Dreschen gebraucht werden, geschlagen. Ärzten war es verboten, von den Städten in die Dörfer zu gehen. Und die Bauern, die den Versuch machten, sich zur Behandlung in die Städte zu begeben, wurden durch die Polizei zur Umkehr gezwungen.› [...] Wir dürfen nicht vergessen, dass Polen ganz besonders Ursache hat, diese Verträge zu beachten, denn die ihm zugestandenen Annexionen wurden ihm unter der Bedingung zugestanden, dass es diesen Gebieten Autonomie gewährt. Diese Bestimmung wurde von der Botschafterkonferenz 1923, in der unser Land führendes Mitglied war, aufgestellt [...]»

Die Lage in Polen hat sich bis 1939 nicht verbessert. Dennoch wäre es zu idealistisch, annehmen zu wollen, dass der Völkerbund den Einmarsch Deutschlands in Polen hätte begrüssen sollen, weil so das andauernde Unrecht gegen Minderheiten in Polen beendet werden konnte. Tatsache ist, dass mit dem Einmarsch Deutschlands und der UdSSR in Polen die Verfolgung von Minderheiten schlagartig beendet war – leider mit Ausnahme der Juden. Gipfelten doch die Bemühungen der Polen, ihre Juden loszuwerden, 1937 in dem Plan, alle – ich wiederhole: alle! – polnischen Juden zur Auswanderung nach Madagaskar zu zwingen. Die grosse Insel im Indischen Ozean war damals französisch und man suchte auswanderungswillige Kolonisten. Der polnische Plan scheiterte jedoch, weil Frankreich auf Madagaskar auch keine polnischen Juden haben wollte und seine Zustimmung verweigerte.²⁶ Bemerkenswert ist, dass zwischen 1933 und 1938 rd. 557.000 polnische Juden Zuflucht in Deutschland gesucht haben und von dort aus nur zum Teil weiterzogen.²⁷ Im selben Zeitraum emigrierten 170.000 deutsche Juden aus Deutschland. Eine Rückwanderung

26 Rassinier, Paul: Die Jahrhundertprovokation. Tübingen: Grabert Verlag, 1998. (frz. original: Les responsables de la seconde Guerre mondial. Nouvelles Éditions Latines, 1967.)

27 Benoist-Mechin, Jaques: Histoire de l'armée allemande. Paris: Editions Albin Michel, 1954.

«ihrer» Juden versuchten die Polen zu verhindern, indem sie die Pässe der Ausgereisten für ungültig erklärten. Das gipfelte in dem für Polen und Deutschland beschämenden Ereignis, dass, als das Deutsche Reich 50.000 Juden nach Polen abschieben wollte, diese von der polnischen Polizei mit aufgesetzten Bajonetten am Übertritt über die Grenze gehindert wurden. Dieser Vorgang wird von Historikern als beiträgend für die Entwicklung zur Reichskristallnacht gesehen.

Den polnischen Juden ging es in ihrer Heimat gar nicht gut. Auch wenn es schwer ist, zuverlässige Quellen über Zahlen von ermordeten Juden in Polen vor 1939 zu finden, darf man davon ausgehen, dass die Polen mit ihren Juden nicht wesentlich besser umgegangen sind, als mit ihren anderen Minderheiten. Viele haben für den nationalistischen Grössenwahn Polens mit ihrem Leben bezahlt. Man muss sich das schon noch einmal bewusst machen: Da forciert ein Land die Vertreibung von 40 Prozent seiner Bevölkerung mit dem Ziel, ein grosses Territorium rassenrein polnisch zu besitzen. Ich kenne keinen vergleichbaren Vorgang in der Geschichte. So gesehen, kamen die Ideologen der Nazis in Polen in ein gemachtes Bett. Wenn die Polen denn gewollt hätten, hätten sie viele Juden vor der Vernichtung durch deutsche Hand retten können, aber das hätte der eigenen Tradition und Zielsetzung komplett widersprochen. Die Tschechen haben sich in dieser Zeit nicht durch besonders auffällige Aktionen gegen Juden bemerkbar gemacht. Nach 1945 war das anders, doch dazu später mehr.

Es ist mir wichtig, unzweideutig darauf hinzuweisen, dass ich alle Zahlen, die ich in diesem Buch verwende, so sorgfältig, wie nur irgend möglich, recherchiert habe. Dennoch können mir Irrtümer unterlaufen sein, weil die Quellen oftmals nicht vollständig sind oder sich widersprechen. Sollte sich irgendjemand durch Rechnungen mit den in diesem Buch verwendeten Zahlen veranlasst sehen, die Zahlen der offiziell bestätigten Geschichtsschreibung in Zweifel zu ziehen, so kann das nur daran liegen, dass die von mir verwendeten Zahlenangaben unvollständig oder sogar fehlerhaft sind. Die Mittel und Dokumente, die der offiziell bestätigten Geschichtsschreibung zugrunde liegen,

sind mir nicht zugänglich. Es ist also ohne jeden Zweifel klar, dass alle offiziell festgestellten Zahlen richtig und unantastbar sind.

Deutschland hat, beginnend 1939, grosse Teile Europas in unglaublicher Geschwindigkeit erobert. Spätestens ab dieser Zeit hat es grosse Schuld auf sich geladen. Auch die Untaten, die gegen Teile der Bevölkerung unter deutscher Herrschaft begangen wurden, können nur mit Ekel und Abscheu bewertet werden. Dabei sollte man aber nicht ausser Acht lassen, dass vieles davon ohne Kenntnis breiter deutscher Bevölkerungsschichten abgelaufen ist. Anders war das bezüglich der Kriege gegen England und Frankreich. Hier wurden Erfolge propagandistisch überall verbreitet, konnte man doch mit Siegen protzen und damit das deutsche Volk in einen Rausch der deutschen Überlegenheit versetzen. Dass die deutsche «Herrenrasse» gleichzeitig furchtbare Gräueltaten beging, die einer «Herrenrasse» in keiner Weise würdig waren, wurde peinlichst verschwiegen. Es gab keinerlei «Erfolgsmeldungen» über die Anzahl der vernichteten «Untermenschen».

Der Krieg gegen Frankreich war eigentlich mehr eine Farce. Frankreich hatte zwar Deutschland den Krieg erklärt, konnte der deutschen Armee aber praktisch keinen Widerstand leisten. England hatte die Neutralität Belgiens bereits gebrochen, indem englische Flugzeuge Angriffe auf Deutschland über Belgiens Territorium hinweg flogen. So fühlte sich Hitler berechtigt, Belgien und Holland ebenfalls einzunehmen. England selbst geriet schnell in eine prekäre Situation. Obwohl die direkten kriegerischen Handlungen zwischen England und Deutschland nach Dünkirchen eher minimal waren, setzte die deutsche Marine England erheblich zu. Deutsche Unterseeboote versenkten so viele Schiffe, die die Versorgung mit Gütern aus Übersee bewältigen sollten, dass England Versorgungsengpässe erlitt, die sowohl die Ernährung der Bevölkerung als auch den Rohstoffbedarf der Industrie unter jedes akzeptable Niveau drückten.

Hitlers U-Boote versenkten 1939 222 britische Handelsschiffe, 1940 waren es 1.056 und im ersten Halbjahr 1942 hatte England bereits 760 Handelsschiffe verloren. Das waren vier Schiffe täglich. Deutschland dagegen verlor 12 U-Boote und die Produktion deut-

scher U-Boote war ansteigend. Das besagt die offizielle Statistik.²⁸ Amerika versuchte zwar, die englische Not durch umfangreiche Lieferungen zu mildern, aber nicht einmal die Hälfte der Schiffe erreichte England und versank in den Tiefen des Atlantiks. Die Lebensmittelvorräte auf der Insel gingen wirklich zu Ende und die britische Handelsflotte wurde von den U-Booten Hitlers fast vernichtet. England hätte täglich vier Schiffe vom Stapel lassen müssen, um die Verluste auszugleichen. Am gravierendsten war der Mangel an Rohstoffen für die Industrie. Zeugnissen dieser Not kann man heute noch überall in England begegnen. Im 19. Jahrhundert, zur Blüte des British Empire, entstanden überall imposante Bauwerke, die mit nicht weniger imposanten Zäunen umgeben waren. Diese Zäune bestanden aus Metall und wurden in den Jahren 1940/1941 abgesägt und eingeschmolzen. Nach dem Krieg wurden diese Zäune nicht wiederhergestellt, und so kann der Beobachter heute über die akkurat abgesägten Stümpfe der früheren Zäune staunen.

England stand 1941 kurz vor der Kapitulation. Das ist nicht meiner Einschätzung entsprungen, sondern wurde von Captain M. Caswell, dem Militärattaché der britischen Botschaft in Moskau, festgestellt und dokumentiert.²⁹ Ein Separatfrieden zwischen England und Deutschland war für England nicht akzeptabel, denn damit hätte man sich der Gnade Hitlers ausgeliefert. Es gab nur einen Ausweg: Stalin musste Deutschland angreifen. Seit 1939 bestand die Hauptaufgabe der englischen Diplomatie darin, Stalin zu einem Angriff auf Deutschland zu bewegen. Hierfür einen Einzelnachweis zu führen, erübrigt sich. Die Archive der britischen Diplomatie sind zugänglich und enthalten eine Unzahl von Dokumenten, die Englands Bemühungen belegen, Stalin diplomatisch, aber auch durch Drohungen und Versprechen für einen Angriff auf Deutschland zu gewinnen. Stalin weigerte sich standhaft – aber das ist nur die halbe Wahrheit.

28 Roskill, Stephen W.: *The War at Sea, 1939-1945: Official History*. 3 vols. London: Her Majesty's Stationery Office, 1954-1961.

29 Suworow, Viktor: *Stalins verhinderter Erstschlag*. Selent: Pour le Mérite, 2000, S. 136.

Der sowjetische Diktator plante ohnehin einen Angriff nach Westen, wobei er keineswegs die Absicht hatte, am Rhein haltzumachen. Sein Ziel war die Eroberung ganz Europas. Durch seine andauernde Weigerung erreichte Stalin weitgehende Zugeständnisse der Engländer. Ein äusserst spannender Aspekt, denn obwohl England wirklich in keiner Weise im Überfluss schwelgte, lieferte es Stalin Militärmaterial und strategische Güter. Noch schwerer wog, dass England die USA dazu bewegen konnte, Stalin zu unterstützen. Aus den USA kamen die grössten Anteile der Lieferungen von Kriegsgut in die UdSSR. Um welche gigantischen Mengen es sich dabei handelte, zeigt nachfolgend eine unvollständige Auflistung der von den USA gelieferten Güter:³⁰

•	427.284	Armeelastwagen
•	50.501	Jeeps
•	595	Schiffe
•	13.303	Zugmaschinen und Schützenpanzer
•	35.041	Kräder
•	8.089	Gleisverlegemaschinen
•	1.981	Lokomotiven
•	11.155	Eisenbahnwaggons
•	113.000	Tonnen Sprengstoff
•	3.820.906	Tonnen Lebensmittel (haltbar)
•	2.317.694	Tonnen Stahl
•	15.010.900	Paar Lederstiefel
•	9.681	Jagdflugzeuge
•	3.632	Bomber
	[...]	

Die Liste ist schier endlos. Sie enthält strategische Metalle und Munition sowie Güter des täglichen Bedarfs. Hinzu kamen die Lieferungen aus England. Man kann mit Sicherheit feststellen, dass Stalin den Krieg gegen Deutschland ohne die Hilfe der Alliierten nicht hätte gewinnen können.

30 Suworow, Viktor: Stalins verhinderter Erstschiess. Selent: Pour le Mérite, 2000, S. 122.

Hitler wollte Stalin ursprünglich nicht angreifen, die Folgen und Risiken der Eröffnung einer zweiten Front im Osten waren ihm bewusst. Aber Hitler hatte einen besseren Einblick in die Vorgänge an der Westgrenze Sowjetrusslands als die Engländer. So konnte er den Fortschritt der Angriffsvorbereitungen Stalins erkennen, der den Engländern verborgen blieb. Doch selbst wenn diese Kenntnis davon hatten, konnten sie nicht länger warten, weil sie tatsächlich kurz vor dem Zusammenbruch standen und Stalin deswegen zur Eile drängen mussten. Aufgrund der Erkenntnisse seines Geheimdienstes war Hitler gezwungen, Stalin anzugreifen. Er ist seinem sowjetischen Gegenspieler wahrscheinlich nur um Wochen, vielleicht sogar nur um Tage, zuvorgekommen.

Allgemein wird davon gesprochen, dass Hitler seine Erfolge gegen Stalin nur erringen konnte, weil jener auf diesen Angriff nicht vorbereitet war. Das ist richtig. Stalin hat sich nur auf einen Angriff seinerseits vorbereitet und nicht auf die Verteidigung seines Landes. Darüber ist viel diskutiert worden. Ich will hier nur einen Aspekt anführen, der im ersten Moment kurios erscheint, tatsächlich aber einen schlagenden Beweis liefert für die Angriffspläne Stalins: die Landkarten.

Stalin hat grosse Mengen von Kriegsmaterial und Soldaten direkt an der Grenze zusammengezogen und der deutschen Armee gegenübergestellt. Mit im Tross – waggonweise militärische Karten. Eine Armee ist auf gutes Kartenmaterial angewiesen, wenn sie treffsicher schießen und Bewegungen ausführen können soll. Das umfangreiche Kartenmaterial, über das die Rote Armee verfügte, hatte nur einen Fehler: Alle Karten zeigten ausschliesslich das Gelände westlich des Gebietes der UdSSR! Solche, die das eigene Gelände gezeigt hätten, gab es bei der Roten Armee nicht. Wozu auch? Der Verteidigungsfall war nicht vorgesehen. Als Hitler seinen Angriff auf Sowjetrussland befahl, fand die deutsche Armee eine vollkommen hilflose Rote Armee vor. Sie stand zwar mit einer erstklassigen Ausrüstung in grossem Aufmarsch an der Grenze, konnte aber nicht mehr agieren, sobald sie gezwungen war, auf eigenem Terrain zu operieren. Das ging so weit, dass sich ganze Panzerbataillone im eigenen Land verirrt und so

leichte Beute der Wehrmacht wurden. Mit ihren berühmten Zangenbewegungen und Kesselschlachten gelang es der Wehrmacht, mehrere Armeen Stalins gefangen zu nehmen und riesige Mengen Material zu erbeuten.³¹

Letztlich hatten diese «leichten Siege» fatale Folgen für Deutschland. In seinem beschränkten Grössenwahn hat Hitler seinen Generälen keinen Glauben geschenkt, als diese ihn auf die Ursachen der schnellen Erfolge hinwiesen. Vielmehr sah sich der «Führer» in seiner Hybris bestätigt, dass die deutsche «Herrenrasse» in ihrer «natürlichen Überlegenheit» alles mühelos hinwegfegen werde, was sich ihr in den Weg stellt. Nur so sind die irrsinnigen strategischen Entscheidungen zu verstehen, die ab dieser Zeit von Hitler getroffen wurden.

Für England war der Beginn des sowjetisch-deutschen Krieges ein Segen. Jetzt war die Masse der Wehrmacht im Osten gebunden, und es war nur noch eine Frage der Zeit, bis Deutschland mithilfe der Amerikaner besiegt werden würde. Ohne die Hilfe der USA wäre dies allerdings nicht gelungen.

Jetzt bin ich bereits mitten im Zweiten Weltkrieg gelandet. Über den Verlauf dieses Krieges ist hinreichend berichtet worden und er ist für meine Betrachtungen eher unwesentlich. So fällt das nächste Kapitel entsprechend «mikroskopisch» aus.

31 Suworow, Viktor: Stalins verhinderter Erstschlag. Selent: Pour le Mérite, 2000.

9. Der Zweite Weltkrieg

«Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir die deutsche Vormachtstellung in Europa nicht akzeptieren können.»

(SUNDAY CORRESPONDENT, 16. September 1989)

Der Zweite Weltkrieg hat stattgefunden ...

10. Nach dem Krieg

«Indem wir als Erste (die Atombombe) einsetzten, haben wir uns eine ethische Norm zu Eigen gemacht, wie sie unter den Barbaren des finstersten Mittelalters verbreitet war.»

(Admiral William D. Leahy,
Leiter des persönlichen Stabes von Präsident Harry S. Truman)

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges sind nach Schätzungen etwa 50 bis 60 Millionen Menschen in Europa umgekommen. Genaue Zahlen gibt es nicht. Die unterschiedlichen Quellen weisen grosse Differenzen auf, vor allem dann, wenn es um die detaillierte Aufschlüsselung nach Nationen geht. Hier fällt auf, dass deutsche Quellen in der Regel niedrigere deutsche Verluste angeben, als das in Quellen aus anderen Ländern der Fall ist. Deshalb zitiere ich auszugsweise aus zwei unterschiedlichen Quellen:

1. Putzger, F.W.: Historischer Weltatlas. Bielefeld, Berlin, Hannover: Velhagen & Kiasing, 1969. (folgend kurz «P»)
2. Mourik, W. van: Bilanz des Krieges. Rotterdam: Edition Lekturama, 1978. (folgend kurz «M»)

	Soldaten P + M	Zivilisten P	Zivilisten M
UdSSR	13.600.000	6.000.000	6.000.000
Deutschland	3.250.000	2.100.000	3.640.000
Frankreich	250.000	270.000	270.000
England	330.000	60.000	60.000
Italien	330.000	70.000	70.000
Österreich	230.000	70.000	70.000
USA	170.000	0	0
Jugoslawien	300.000	1.300.000	1.300.000
Ungarn	140.000	80.000	80.000
Polen	100.000	2.500.000	2.500.000

Diese Liste ist hinsichtlich der aufgeführten Länder unvollständig, denn ich habe lediglich die grössten Verlustnationen ausgewählt. Die

Zahlen bezüglich der Länder mit Verlusten unter der jüdischen Bevölkerung müssen separat betrachtet werden. Die deutsche Geschichtsschreibung stellt die Anzahl von Juden, die in Polen von deutscher Hand ermordet worden sind, mit 3.000.000 fest. Das übertrifft die Anzahl an zivilen Opfern – angegeben in Putzger und Mourik – um eine halbe Million. Man muss also davon ausgehen, dass polnische Juden nicht zu den zivilen Opfern in Polen gezählt werden, sowohl in der niederländischen wie auch in der deutschen Aufstellung. Anders kann ich mir nicht erklären, wie die Anzahl von weniger als 3.000.000 zivilen Opfern in beiden Publikationen veröffentlicht werden konnte. Inwieweit Ähnliches auch für andere Länder gilt, deren jüdische Mitbürger ermordet worden sind, konnte ich ebenfalls nicht anhand von Quellen ermitteln.

Die Zahlen der zivilen Opfer Deutschlands sind ebenfalls eine Betrachtung wert. Die nicht deutschen Quellen geben diese um 50 Prozent höher an als die deutschen. Wenn man über die Zahlen deutscher Opfer in der Zeit von 1939 bis 1955 recherchiert, so muss man allgemein feststellen, dass die in Deutschland publizierten Zahlen generell sehr vorsichtig und eher zu niedrig angegeben werden. Wie genau oder ungenau auch immer die Zahlen sein mögen, sie sind ein Dokument des Grauens und die vielen Toten durch nichts zu rechtfertigen.

Eines steht jedoch ausser Frage: Die UdSSR war mit grossem Abstand am schlimmsten betroffen. Dazu hat gewiss auch beigetragen, dass das Volk in Stalins Reich unter einem System zu leiden hatte, in dem das Leben eines Einzelnen keine Bedeutung hatte. «Menschennmaterial» wurde verbraucht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Deutschland nicht mehr. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war die Nation besiegt und hatte das mit der bedingungslosen Kapitulation bescheinigt. Das Land war komplett besetzt und aufgeteilt in vier Besatzungszonen. Damit war endlich der Zustand erreicht, der den Kriegszielen des British Empire von 1914 entsprach. Frankreich spielte ab sofort nur eine Nebenrolle, was sich schon daran ablesen lässt, dass auf den grossen Konferenzen über die Nachkriegsordnung stets von den «Grossen Drei» die Rede ist: England, die USA und die UdSSR. Frankreich sass am «Katzenstisch» dabei und durfte ab und zu mit kleinen Gefälligkeiten für die Zie-

le Englands und der USA behilflich sein. Auch das entsprach durchaus den Vorstellungen Englands.

Spätestens von diesem Moment an wird es schwieriger zu unterscheiden, wessen Ziele dem politischen Handeln zugrunde liegen. Wird das Spiel Englands gespielt oder das der USA? Auf den ersten Blick erscheint offensichtlich, dass die USA die führende Nation sind. Aber man darf nicht vergessen, dass bis heute London der Finanzplatz Nummer eins ist und nicht die Wall Street in New York. Geld regiert die Welt! Deswegen darf man diese Frage nicht wegen ihrer vordergründig offensichtlichen Beantwortung zur Seite legen. Es ist nicht abwegig anzunehmen, dass einige englische Machthaber ihren Wohnsitz in die USA verlegt haben und jetzt von dort aus für die Interessen Londons wirken. Sie haben keine Sprachprobleme und geniessen zusätzlich das Privileg, dem englischen Klima und der englischen Kochkunst entkommen zu sein.

Doch zunächst zurück zur Situation in Europa 1945. Die West-Alliierten waren mit der Lage zufrieden. Für die Sowjetunion hingegen sah das ganz anders aus, denn das kommunistische Riesenreich war weit entfernt von seinem Ziel, ganz Europa mit seinem System zu beglücken. Die UdSSR hatte keinen Sieg zu feiern, während Stalin offensichtlich schon erkannt hatte, dass mit dem Verlauf und dem Ende des Krieges das Ende der Sowjetunion bereits vorgezeichnet war. Das hört sich seltsam an und ist auch nicht so leicht zu verstehen. Deswegen will ich damit beginnen, dass Stalin die «Siegeparade» der Roten Armee auf dem Roten Platz in Moskau am 24. Juni 1945 nicht selbst abgenommen oder angeführt hat. Er war nicht einmal anwesend, Marschall Schukow hat seinen Platz eingenommen. Das ist zwar scheinbar nur eine Randnotiz der Geschichte, aber dieser Vorgang ist überaus bemerkenswert. Stalin, der sich bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit feiern liess, verzichtet darauf, ausgerechnet bei der grössten Militärparade der Geschichte zu Ehren des grössten vaterländischen Sieges dabei zu sein. Das muss einen soliden Grund gehabt haben: Stalin wusste, dass es keinen Sieg zu feiern gab, jedenfalls nicht im Sinne seiner Ziele. Der Diktator war sich dessen bewusst, dass er diesen Krieg nur mithilfe der West-Alliierten gewonnen hatte. Ebenso war ihm klar, dass Hitler dadurch, dass er sei-

nem eigenen Angriff zuvorgekommen war, Kontinentaleuropa vor dem Kommunismus bewahrt hat. Hitler hatte Stalins hochfliegenden Plänen die Spitze gebrochen. Die sowjetischen Reservedivisionen, die mit französischen und spanischen Wörterbüchern ausgerüstet waren, sind von der Wehrmacht in Ungarn aufgerieben worden.³² Statt mit einer siegreichen Roten Armee am Atlantik zu stehen, sah er sich nun den Alliierten gegenüber, von denen er sicher sein konnte, dass sie ab sofort kein Kriegsmaterial mehr an ihn liefern würden. Der Traum vom kommunistischen Europa war für ihn ausgeträumt.

Jetzt hiess es für Stalin zu retten, was zu retten war. Von den Alliierten war ihm ein Einflussbereich über ganz Osteuropa zugebilligt worden. Aber diese geschundenen Länder konnten keine grosse Hilfe gegen die Übermacht der amerikanischen Industrie sein. Deshalb verfolgte Stalin das Ziel, Deutschland wieder als souveränen Staat entstehen zu lassen – mit dem Hintergedanken, in diesem Deutschland sein kommunistisches System zu installieren. Dieser Gedanke war nicht so abwegig, wie er uns heute erscheinen mag. Doch hören wir zu diesem Thema einen Zeitzeugen. Dr. sc. Valentin Falin war als junger Mann bei der «Potsdamer Konferenz» vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloss Cecilienhof dabei, wo die Weichen für die Zukunft Deutschlands gestellt wurden. Im Folgenden der wörtliche Auszug aus einem Gespräch Valentin Falins, der die Vorgänge 1945 aus einem ganz anderen Blickwinkel beschreibt, als er bei den Alliierten bevorzugt wird, mit dem Journalisten Viktor Litowkin. Dieses Gespräch eröffnet so viele Einblicke, dass ich es in seiner ganzen Ausführlichkeit belassen habe.³³

Litowkin: *Unser vorangegangenes Gespräch unterbrachen wir bei der Feststellung der Tatsache, dass die Potsdamer Konferenz hätte nicht stattfinden können, wenn die Vereinigten Staaten die Hilfe der Roten Armee bei der Zerschlagung Japans nicht gebraucht hätten. Bekanntlich entstanden im Verlauf ihrer Arbeit viele Situationen, bei*

32 Suworow, Viktor: Stalins verhinderter Erstschlag. Se-
lent: Pour le Mérite, 2000.

33 RIA Nowosti v. 01.07.2005: Was hat sich tatsächlich im Nachkriegspotsdam abgespielt? Online im Internet:
<http://www.russland.ru/kapitulation/morenews.php?iditem=35> [10.12.2014].

denen sie in eine Sackgasse geriet und die die Verhandlungen zu vereiteln drohten.

Falin: Sie haben recht. Licht und Schatten wechselten während dieser Konferenz von Anfang an und bis zum Ende. Wollen wir uns Klarheit darüber verschaffen, warum das geschehen war. Was hat die sowjetische Führung über die Umtriebe der Feinde Russlands im Westen gewusst? Die Meinung einiger westlicher Historiker, dass der Kreml alle Verstecke entdeckt und alle Geheimnisse von London und Washington gelüftet hätte, ist eine offensichtliche Übertreibung. Richtig ist aber etwas anderes: Moskau stellte sich umfassend genug vor, nach welcher Seite der Zeiger des politischen Barometers sich neigte, ein Teil von welchem breiteren Bild die Reihe der Abweichungen der Westmächte von den Vereinbarungen von Jalta war, wofür die Briten in Schleswig-Holstein und Süddänemark nicht aufgelöste Divisionen der Wehrmacht stehen liessen, warum sich Truman bei den Treffen mit Molotow und anderen sowjetischen Vertretern der Sprache von Ultimaten zu bedienen begann ... Alles lässt sich kaum aufzählen.

Heute ist bekannt, dass der Eidbruch durch Churchill im Frühjahr 1945 kein überraschendes Manöver gewesen war. Heute zweifelt niemand daran, dass das Ableben von Franklin D. Roosevelt ein grundsätzliches Umbewerten der Werte in der Politik der Vereinigten Staaten bedeutete. Stalin aber hatte entweder den Ernst der heranreifenden Krise bagatellisiert oder auch damit gerechnet, dass es ihm gelingen werde, Washington von Extremen abzuhalten und Truman von der Schädlichkeit der Opferung der besten aller Chancen, die Menschheit aus dem Teufelskreis der Hoffnung nur auf die Stärke allein herauszuführen, zu überzeugen.

Ende Mai 1945 wies das Hauptquartier des Oberkommandos Marschall Schukow darauf hin, dass die Briten ein Abenteuer unter Einsatz von Einheiten der Wehrmacht planten. Es lagen keine Angaben über die Umstellung der britischen Kräfte in Europa auf ein Leben in Frieden vor. Alarmierend wirkte die Obstruktion der Umsetzung der Jaltaer Abkommen über die Grenzen der Besatzungszonen durch London.

Moskau beschloss, die Situation unter Anwendung der Methode des guten Beispiels einigermassen zu verbessern. Am 23. Juni 1945

wurde das Gesetz über die Umstellung der Roten Armee und der Flotte auf die Friedensstruktur angenommen. Die Demobilisierung begann am 5. Juli 1945. Bis 1948 ging die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte unseres Landes von elf Millionen Mann auf weniger als drei Millionen Mann zurück. Um auf dieses Thema nicht mehr zurückkommen zu müssen, möchte ich fortfahren: Im September 1945 verliessen die sowjetischen Truppen Nordnorwegen, im November wurden sie aus der Tschechoslowakei und im April 1946 von der Insel Bornholm (Dänemark) abgezogen. Einer erheblichen Reduzierung wurden auch die in Ostdeutschland, Polen und Rumänien dislozierten Armeekontingente unterzogen. Kurzum, die sowjetische Seite demonstrierte vor der Konferenz in Potsdam, ebenso wie auch nach der Konferenz, den Wunsch, ihren Teil des Weges zurückzulegen, damit die Kampfgemeinschaft organisch in den gemeinsamen friedlichen Aufbau hinüberwachsen könnte.

Die Hoffnung der sowjetischen Führung, bei den Partnern einen Funken von Vertrauen auszulösen, sie zur Gegenseitigkeit und Achtung der Interessen des anderen dazu zu bewegen, das unschätzbare Kapital, das von der Antihitlerkoalition akkumuliert worden war, nicht zum Fenster hinauszuerwerfen, erlosch zum Herbst 1947. Gerade damals kam es zum Zusammenbruch.

Die Verhaltenslinie unserer Seite beim Treffen der «Grossen Drei» war auf der Basis einer lautereren Zusammenarbeit aufgebaut. Am ersten Tag der Arbeit der Potsdamer Konferenz, am 17. Juli, erhielt Truman, wie er in einem Brief an einen Freund bemerkte, «müheles das, weswegen ich hierher (in die Umgebung von Berlin) gekommen war, – Stalin wird in den Krieg eintreten ... Jetzt kann man sagen, dass wir den Krieg ein Jahr früher werden beenden können, und ich denke an die Boys, die am Leben bleiben werden.»

Bei der Erörterung anderer Probleme auf der Konferenz hielt der sowjetische Delegationschef an der Taktik fest, die sich in Jalta bewährt hatte – die von den USA vorgeschlagenen Projekte als Grundlage anzunehmen, wenn deren Betrachtungsweise unserer nicht scharf entgegengesetzt war. Und sogar dann, wenn die amerikanischen Vorgaben mit unserer Position nicht übereinstimmten, griff Stalin der Polemik vorweg, legte seinen Standpunkt auf positive Weise dar, schlug Truman vor, Varianten zu erwägen.

Im Portefeuille von Admiral Leahy, Berater von Präsident Truman, lag der Plan zur Zerstückelung Deutschlands in drei oder fünf Staaten. Dieser Plan entfiel, nachdem unsere Seite vorgeschlagen hatte, Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln. Die Amerikaner waren missgestimmt, hielten sich jedoch davor zurück, ihr Projekt publik zu machen.

Am 21. Juli schlug, laut Zeugnis des britischen Premiers, die Stimmung von Truman jäh um und sein Verhalten änderte sich plötzlich. Die bisherige Liebenswürdigkeit war vorbei. Der Präsident begann, wie Churchill später seine Beobachtungen darlegte, die Russen zu belehren, was sie zu tun hätten und wie, und führte sich als Herr der Lage auf. Churchill führte diesen Wechsel auf das aus Washington eingegangene Telegramm von Stimson zurück, in dem Truman über den erfolgreichen Versuch mit einer Kernladung benachrichtigt wurde. Die USA hatten die «Teufelswaffe erhalten» und wähten sich als Lenker der Geschichte der irdischen Zivilisation. Die Idee der Welt-herrschaft wurde zur Achse des politischen und militärischen Verhaltens der USA.

Es lohnt sich, in diesem Kontext einem weiteren prinzipiell wichtigen Umstand Beachtung zu schenken: Am 17. Juli nahm die Potsdamer Konferenz ihre Arbeit auf, am 19. Juli revidierten die Vereinigten Staaten ihre militärpolitische Doktrin. Während früher die «Abwehr eines Übertalls» als Ausgangspunkt genommen worden war, gründete sich die neue Doktrin auf «Präventivschläge» gegen den Feind. Speziell wurde das Element der Überraschung bei der Zerschlagung der «Bedrohungsquelle» hervorgehoben. Dabei behielt sich Washington das Recht vor, die Definition des Charakters und des Grades dieser Bedrohung wie auch den Moment für deren Eliminierung zu bestimmen. Die Urheber der neuen Doktrin beschäftigten sich mit der Erprobung von deren Ideen und Formulierungen seit Mai 1945. Als potenzieller Hauptgegner fungierte die Sowjetunion. Unsere Aufklärung hatte bis Juni 1945 bestimmte Angaben darüber gesammelt. In Verbindung mit den Angaben über die Operation «Unthinkable» konnte das nicht umhin, uns zu beunruhigen. Das Hauptquartier befahl Schukow, die Kräfte umzugruppieren und die Disposition der Truppen der westlichen Alliierten genau zu studieren. Freilich besteht auch heute noch keine Klarheit darüber, ob der sowjetische Chef über den Ab-

schluss der Überprüfung der Militärdoktrin der USA gerade in der Zeit der Potsdamer Konferenz informiert worden war oder nicht.

Die «Drei» schienen in Potsdam den Weg zur friedlichen Koexistenz, zur Schaffung von Bedingungen, unter denen jede Nation die Früchte des gemeinsamen Sieges ernten könnte, zu bahnen. Was geschah aber in Wirklichkeit? Die marktschreierischen Reden von Truman, die er am Verhandlungstisch in Schloss Cecilienhof hielt, dienten als Deckmantel für die Ausartung der Politik der Zusammenarbeit in die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Gleich nach der Abreise aus Deutschland erteilte Präsident Truman Eisenhower den Auftrag, den Plan «Totality» – das Konzept des militärischen Widerstreites mit der Sowjetunion – auszuarbeiten. Im August 1945 wurde unter Beteiligung des Kommandos der Luftstreitkräfte der USA die «Strategische Karte einiger Industriegebiete Russlands und der Mandschurei» vorbereitet. Dieses Dokument enthielt ein Verzeichnis von 15 grossen sowjetischen Städten mit der Bezeichnung erstrangiger Ziele darin und mit dem Überschlag – unter Berücksichtigung der Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki – der Zahl der für deren Vernichtung notwendigen Atombomben. Der an Perversität grenzende Zynismus: Das geschah gerade an jenen Tagen, da die Rote Armee, die Operationen mit den amerikanischen Streitkräften abstimmend, die eine Million Mann starke Kwantung-Gruppierung der Japaner aufgerieben hatte.

Damals ging das Komitee der Stabschefs der USA an die Erforschung der Verwundbarkeit der Sowjetunion im Falle der Anwendung von Kernwaffen durch die Amerikaner. Das Produkt dieser Arbeit war das Dokument Nr. 329/1, das Schläge unter Einsatz von Kernwaffen gegen 20 sowjetische Städte vorsah. Ein halbes Jahr später entstand der Plan 'Pincer' (ins Deutsche übersetzt «Zange»). Laut diesem Plan schätzten die Amerikaner ab, wie sie Russland nun schon mit 50 Kernladungen verheeren könnten. Je weiter, desto mehr.

Der Dritte Weltkrieg, der aus Missverständnis als «kalt» bezeichnet wurde, gewann an Kraft und zerfetzte die normalen Vorstellungen von Moral und Menschlichkeit.

Litowkin: *Es kommt selten vor, dass, ebenso wie in den Familienbeziehungen, nur eine Seite an allem schuld ist. Wahrscheinlich war*

der Kurs auf die grenzenlose Konfrontation mit der Sowjetunion auf Handlungen von Stalin zurückzuführen?

Falin: *Auf Stalin bürdet die unermessliche Last der Verantwortung für seine Verbrechen und Sünden gegenüber dem Sowjetvolk. Das kann aber nicht als Anlass dazu dienen, ihm eine fremde Schuld in die Schuhe zu schieben, vor allem die Verhöhnung des von den drei Mächten in Teheran und Jalta abgelegten und in Potsdam wiederholten Schwurs, die Gewalt aus dem Leben der Menschheit auszuschliessen, Toleranz zu üben und miteinander in der Welt wie gute Nachbarn zu koexistieren.*

Vor, während und nach Potsdam unternahm die sowjetische Seite alles in ihren Kräften Stehende, damit die Voraussetzungen für den Durchbruch in eine gerechte und sichere Welt in konstruktive und gerechte Handlungen umgesetzt wurden. Kein einziger ehrlicher Analytiker der Vergangenheit wird die Bereitschaft Moskaus, die legitimen Interessen der USA und anderer Partner nach der Antihitlerkoalition im Wendejahr 1945 zu achten, in Zweifel ziehen. Nach allem, was die Sowjetunion im Krieg gegen Deutschland erlebt hatte, lag ihr nicht daran, Spannungen und Konflikte mit wem auch immer zu provozieren. Unser Land war für Freundschaft offen und suchte nach ihr. Der amerikanische Spionagedienst berichtete seinem Präsidenten, dass die UdSSR in den nächsten 10-12 Jahren keine Gefahr für jemanden darstellen werde.

Litowkin: *Worin verkörperte sich aber unsere Freundschaftshand?*

Falin: *Deutschland war der Hauptfeind der Vereinten Nationen. Sein kolossales militaristisches Potenzial hatte in vieler Hinsicht den Verlauf des Zweiten Weltkrieges bestimmt. Die Stabilität der Nachkriegswelt gebot, selbstverständlich, die Verwandlung Deutschlands in einen Zankapfel zwischen den Siegern zu verhindern. Wie aber? Moskau schlug vor, Deutschland bei der Umgestaltung seines politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems als einheitliches nationales Ganzes zu behandeln. Damit die Anerkennung des Prinzips der Einheitlichkeit nicht zum leeren Schall wurde, setzte sich die UdSSR dafür ein, den antifaschistischen links- wie rechtsorientier-*

ten Parteien, den Gewerkschaften und der Kirche das Recht zu gewähren, in allen vier Besatzungszonen nach einheitlichen Regeln zu handeln, und den Deutschen zu ermöglichen, selbstständig ihre sozial-ökonomische Ordnung zu bestimmen. Es wurde vorgeschlagen, auf der Grundlage eines für die Zonen gemeinsamen Wahlgesetzes Wahlen durchzuführen, um örtliche und in der Zukunft auch die zentralen Selbstverwaltungsorgane zu bilden.

Die sowjetische Betrachtungsweise ging jedoch den Staatschefs der USA und Grossbritanniens gegen den Strich. Sie bestanden darauf, dass das Prinzip der Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes auf die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Währung (der Reichsmark) und auf die Zulassung des Tauschhandels zwischen den Besatzungszonen beschränkt wurde. Die höchste Regierungsgewalt in Deutschland oblag den Oberbefehlshabern der Streitkräfte der vier Mächte – jedem in seiner Besatzungszone «nach den Weisungen ihrer jeweiligen Regierungen sowie gemeinsam in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen». Der Kompromiss lautete: «Für die Einführung und Erhaltung der wirtschaftlichen Kontrolle, die vom Kontrollrat festgesetzt wurde, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen.» Dabei flochten sie einen Vorbehalt ein: «Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.»

Die Spaltung des Landes wurde vorprogrammiert. Die Franzosen meinten, dass sie nicht Versteck zu spielen brauchten, und schlossen sich der Potsdamer Regelung mit der Klausel an, dass Paris die auf die Erhaltung der deutschen Einheit orientierten Bestimmungen nicht als für sich bindend betrachten werde. Nach kurzem Schwanken beschloss Washington, Dividenden aus der französischen Eigenmächtigkeit herauszuschlagen. Gegen Mitte 1946 reifte bei den Amerikanern in den Hauptzügen der Kurs auf die Gründung eines separaten westdeutschen Staates, seine Umrüstung und die Einbeziehung der Territorien der drei westlichen Zonen in die Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR heran. Die Ergebnisse liessen auf sich nicht warten. Der Spaltung konnte man dabei nicht aus dem Wege gehen.

Die Abgrenzung von der sowjetischen Zone setzte die Akkumulation eines soliden Pakets von Unterschieden voraus. Die USA, England und Frankreich machten die Richtlinien auf die Demokratisierung der deutschen Wirtschaft zunichte. In Hessen und Nordrhein-Westfalen beschlossen die Besatzungsbehörden, Referenden durchzuführen. Dabei erwarteten sie, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Nationalisierung der Banken und grossen Werke, darunter jener, deren Besitzer eng mit den Nazis zusammengearbeitet hatten, ablehnen würde. Es geschah aber etwas Unvorhergesehenes: Die überwiegende Mehrheit der Deutschen stimmte für die Übergabe der Schlüsselunternehmen und Finanzinstitute in das Eigentum des Staates.

Die Demokraten durchkreuzten eiligst die Willensäusserung der Bevölkerung und sorgten dafür, dass solche Appellationen an die Öffentlichkeit, – im politischen Lexikon «an die Strasse» – durch die zukünftige Bonner Verfassung verboten wurden. Im Endergebnis wurde an die Stelle der Demokratisierung die «Dekartellisierung» untergeschoben, die zwar für eine Reihe von Konzernen bestimmte Unbequemlichkeiten schuf, ihren realen Einfluss aber nicht einschränkte.

Noch trauriger gestaltete sich die Situation mit den Reparationsleistungen aus den westlichen Zonen zugunsten der UdSSR, Polens, Jugoslawiens und einiger anderer Länder, die besonders grossen Schaden im Ergebnis der deutschen Aggression erlitten hatten.

Litowkin: In den Potsdamer Beschlüssen wurde doch festgeschrieben, das zehn bis fünfzehn Prozent der Ausrüstungen, die in der amerikanischen und der britischen Zone abzumontieren waren, in die Sowjetunion kommen sollten?

Falin: Festgeschrieben ja, aber das nützte wenig. Die Sowjetunion erhielt aus den westlichen Zonen Ausrüstungen für wertmässig weniger als sechs Millionen Dollar. Eine Bagatelle im Vergleich zu dem Schaden, für den der Aggressor nach den Gesetzen der Gerechtigkeit aufzukommen hatte. Diese Summe hält keinen Vergleich mit den Reparationsleistungen zugunsten der Westmächte stand, die die Goldbestände Deutschlands, Tausende und Abertausende Patente mit einem Gesamtwert von bis zu zehn Milliarden Dollar, Aktien der Unter-

nehmen und vieles andere in Besitz genommen hatten. Washington war, besonders beim Zusammenzimmern der NATO, nicht kleinlich und steifte Grossbritannien, Italien, der Türkei und Westdeutschland den Rücken. Die Truman-Administration verfolgte umso aufmerksamer, dass nicht nur kein überzähliger Dollar, sondern auch keine überzählige Mark der UdSSR für die Ziele des wirtschaftlichen Aufbaus zufließen.

Litowkin: Soweit ich mich erinnern kann, wurde in Potsdam festgelegt, in Deutschland ausser den Wirtschaftsreformen auch noch die Entnazifizierung und eine tiefgreifende Entmilitarisierung durchzuführen. Was wurde in dieser Richtung getan?

Falin: Solche Entscheidungen wurden tatsächlich ganz eindeutig getroffen. Während aber in der sowjetischen Zone der nazistische Nachlass mit Voreingenommenheit und folglich auch mit Überspitzungen ausgemerzt wurde, wie das übrigens auch bei der Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens der Fall gewesen war, schwammen die Westmächte sozusagen an der Oberfläche und wuschen dann die Hände in Unschuld. Die «Demokraten» sorgten dafür, dass die einflussreichen Posten im Rechtsschutz-, Bildungs- und Informationsbereich nicht von linksorientierten Elementen – potenziellen Opponenten des Vorspannens Deutschlands vor den amerikanischen Kampfwagen, besetzt werden konnten.

Was die Entmilitarisierung betrifft, so wirbelten wir mit typisch russischem Schwung wie ein Sturmwind durch die in der sowjetischen Zone gelegenen unterirdischen Werke, Bunker und anderen militärtechnischen Anlagen. Die Vertreter der drei Mächte im Kontrollrat lobten uns für diesen Eifer und versprachen nachzuholen, hielten sich jedoch an die Regel: Eile mit Weile und warte auf die Zeit, da man die Steine nicht auseinanderzuwerfen, sondern zu sammeln haben wird.

Litowkin: Welche Fragen lösten die hitzigsten Streite auf der Potsdamer Konferenz aus?

Falin: Schwer fielen uns die Verhandlungen über die Westgrenze Polens. In Jalta wurde im Prinzip vereinbart, diese Grenze an der

Oder-Neisse-Linie zu ziehen. Truman betete aber die von seinem Vorgänger getroffenen Vereinbarungen nicht an. Für die Konzeption «Pax Americana» passten besser nicht fest fixierte, sondern labile proviso-rische Grenzen. Rund um sie fiel es ihnen leichter, Ränke zu schmieden.

Dank der Beharrlichkeit der sowjetischen Seite gelang es letzten Endes, einen Modus Vivendi zu finden. Die Landstriche östlich der Oder-Neisse-Linie wurden der sowjetischen Seite entzogen und gingen unter die Verwaltung Polens, was neben anderem die reale Tatsache widerspiegelte: Im Moment der Konferenz waren hier so gut wie keine Deutschen verblieben. Die juristische Ausgestaltung des neuen Territorialstatus wurde für später aufgeschoben. «Später» kam 1991.

Litowkin: Wann waren aber diese Gebiete ohne deutsche Bevölkerung geblieben?

Falin: Im April/Mai 1945.

Litowkin: Könnten Sie bitte präzisieren: Waren die Deutschen selbst geflohen oder wurden sie vertrieben?

Falin: Der Grossteil der deutschen Bevölkerung verliess diese Gebiete vor dem Einmarsch der Roten Armee. Goebbels hatte ihnen solche Angst eingejagt, das Millionen beschlossen, das Schicksal nicht herauszufordern. Jene, die geblieben waren, wurden aus Ostpreussen, Pommern, dem Sudetengebiet, Ungarn und Rumänien vertrieben. Die Gesamtzahl der Vertriebenen betrug rund 14 Millionen. Unter dem Himmel ist aber fast alles relativ. Wie viele Menschen – Russen, Weissrussen, Juden, Polen, Angehörige anderer Nationalitäten – haben auf der Suche nach Rettung vor den nazistischen Horden und ihren Handlangern ihre Häuser und ihr Hab und Gut liegenlassen und waren geflohen? 30 bis 35 Millionen. Mehr als zwei Millionen von ihnen fanden unter deutschen Bomben und Panzerketten den Tod. Das ist ebenfalls ein Teil der bitteren Wahrheit, ein Teil der Geschichte.

Litowkin: In der polnischen Deutung der Potsdamer Konferenz wird der Kampf der Sowjetunion um die Territorialinteressen Polens entweder mit keinem Wort erwähnt oder in deutlich entstellter Weise dargelegt.

Falin: Jede gute Tat muss, wie die Franzosen lehren, bezahlt werden. Im Nahen Osten findet derselbe Gedanke einen schärferen Ausdruck – Dankbarkeit ist eine Todsünde.

Litowkin: Wollen wir aber auf den Anfang unseres Gesprächs zurückkommen. Sie haben den 21. Juli als den Tag erwähnt, an dem sich das Verhalten Trumans geändert hatte. Das gespaltene Atom begann, das amerikanische politische und militärische Denken zu deformieren. Warum liess aber das Interesse der USA für den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan nach der Explosion in Alamo-gordo stark nach?

Falin: Sie haben ein heikles Thema angeschnitten. Washington standen Informationen über die grundsätzliche Entscheidung der Führung Japans zur Verfügung, sofort nach der Kriegserklärung durch die Sowjetunion zu kapitulieren. Die amerikanischen Militärs betrachteten diese Entscheidung von Tokio als eine Bestätigung der Richtigkeit ihrer Schlussfolgerung über die Notwendigkeit, ihre Anstrengungen mit denen von Moskau zu vereinigen.

Truman und seinen politischen Beratern war es jedoch zuwider, dass die Kapitulation Japans mit dem Eintritt der UdSSR in den Krieg verknüpft wurde. Der US-Aussenminister Byrnes begann im Auftrag des Präsidenten – das ist eine wenig bekannte Tatsache -, Chiang Kai-shek dazu anzureizen, die Erfüllung einer der Bedingungen, mit denen Moskau den Eintritt in den Krieg begleitet hatte, und zwar die Unabhängigkeit der Mongolischen Volksrepublik anzuerkennen, zu verhindern.

Es gelang, die Umtriebe von Byrnes zu neutralisieren. Der Versuch, die Sowjetunion «vor die pazifische Tür zu setzen», scheiterte. Truman blieb nichts anderes übrig, als nur seinen Stabschefs nachzugeben. Mit einer Ausnahme: Er befolgte nicht ihren Ratschlag, keine Atomwaffen gegen Japan einzusetzen, obwohl keine militärische Notwendigkeit dafür bestand.

Präsident Truman, der bei Stalin ausgeforscht hatte, dass die Rote Armee den Kampf gegen die Japaner in der Nacht vom 8. zum 9. August 1945 aufnehmen werde, verfügte, diesem Ereignis vorgehend, den Abwurf einer Atombombe am 6. August auf Hiroshima. Ohne den Faden der Untersuchung überspannen zu wollen, gestatte ich mir die Feststellung, dass Potsdam und damit auch die Epoche der um der Erlösung der kommenden Generationen von den Leiden des Krieges willen vereinten Nationen nicht am 2., sondern am 6. August 1945 endete. Hunderttausende Menschen wurden dazu verurteilt, sofort zu sterben oder eine tödliche Strahlungs-dosis zu bekommen oder auch vor der Welt, in erster Linie vor Moskau, zu bezeugen, dass die militärische Stärke der USA ein qualitativ neues Format gewonnen hatte. In die internationalen Beziehungen wurde der Gentlemen-Satz eingeführt: Der Zweck heiligt die Mittel, es kann keine Gleichheit zwischen Ungleichen geben, die Globalität der Interessen des Stärkeren heiligt seine Einmischung in die Angelegenheiten jeder Region und jedes Landes, das Recht, nach seinem Gutdünken die Karten zu verteilen...

In der Washingtoner Fassung hiess die Unberechenbarkeit «Balancieren am Rande eines Krieges» und strategischer Trumpf. Nicht einfach symbolisch, sondern durchaus gesetzmässig war es, dass die Potsdamer Verhandlungen die USA von ihrer Hauptbeschäftigung nicht sonderlich ablenkten. Wie bereits erwähnt, «erneuerten» die Washingtoner «Meister» parallel zu den Sitzungen der «Grossen Drei» die Militärdoktrin des Landes. Die Philosophie der Gewalt, dabei in ihrer zügellosesten Form, bekam ihre Fortsetzung. Sie wurde zum A und O der amerikanischen Strategie. Beim Verlassen von Potsdam wird Truman seiner Umgebung sagen: «Für mich wird es keine Gipfeltreffen mehr unter Teilnahme sowjetischer Vertreter geben.» Der Hegemon braucht keine Partnerschaft, sie sei für ihn ein fünftes Rad am Wagen ...

Litowkin: *Aber die Potsdamer Konferenz und ihre Beschlüsse wurden von der Weltgemeinschaft mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufgenommen. Sie wurde als «Krönung der Antihitlerkoalition» bezeichnet...*

Falin: *Die Menschen, die in die verborgenen Geheimnisse von Potsdam nicht eingeweiht sind, wollen nicht glauben, dass die Lehren der beiden Weltkriege so schnell der Vergessenheit preisgegeben, dass die gestrigen Verbündeten mit der unter Qualen gewonnenen Chance, die Welt auf menschliche Art und Weise umzugestalten, so stümperhaft umgehen würden. Politische Romantiker neigten tatsächlich dazu, Potsdam mit einem Lorbeerkranz zu krönen, sie liessen nicht einmal den Gedanken daran zu, dass sie Zeugen und Zuhörer eines Requiems für es gewesen waren. – Ja, im Schatten von Potsdam wurde ein Kranz geflochten, das war aber ein Dornenkranz.*

Obwohl Falin eine etwas einseitig positive Darstellung der Position Moskaus vorgeworfen werden kann, weist er doch unzweideutig nach, dass das Streben der USA und Englands nicht am Wohl der gesamten Menschheit orientiert war – schon gar nicht am Wohl der deutschen Bevölkerung, die sie erst zu ihrem Wohl von der Diktatur Hitlers befreit hatten. Falin spricht auch von den fortgesetzten Brüchen gegebener Versprechen durch Engländer und Amerikaner. Das zieht sich durch die gesamte Geschichte angloamerikanischer Politik – bis in die heutige Zeit. Ich erinnere nur an das Gorbatschow nach der deutschen Wiedervereinigung gegebene Versprechen, die NATO nicht Richtung Osten zu erweitern.

Beachtlich in diesem Zusammenhang ist das Verhalten Englands gegenüber Polen. In London war von 1939 bis 1945 die polnische Exilregierung beheimatet. Diese war in keiner Weise kommunistenfreundlich – und das war in London bekannt. Jeder durfte annehmen, dass dieser polnischen Exilregierung das Recht zugesprochen würde, nach dem Krieg in Polen die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, dennoch hat Churchill bei der Konferenz von Jalta Polen an Stalin gegeben. Und nicht nur das. Churchill hat vollkommen neue Grenzen für Polen bestimmt, die nicht einmal dafür vorgesehen waren, den Status völkerrechtlicher Dauerhaftigkeit zu erhalten. Der Terminus «deutsche Gebiete unter polnischer Verwaltung» fand Verwendung. Churchill, und damit England, hat Polen vorsätzlich betrogen. Die Menschen in Polen vertrauten auf den Schutz Englands vor dem Sowjet-

kommunismus.³⁴ Das führte unter anderem dazu, dass sich die Polen, die dem Kommunismus grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden, nicht mit den Deutschen zusammentaten, um eine Sowjetherrschaft in ihrem Land zu verhindern. Die polnischen Partisanen haben die deutsche Wehrmacht so lange toleriert, wie diese Stalin in Schach halten konnte und somit den eigenen Zielen dienlich war. Polen war das Land, in dem die Auflösung der Sowjetherrschaft ihren Anfang nahm.

England hat in Jalta nicht nur die polnische Exilregierung hintergangen, sondern auch den Weg offengehalten für zukünftige Konflikte bezüglich der Grenzen Polens. Noch auf der Potsdamer Konferenz haben die Engländer auf einer Vorläufigkeit der Grenzen Polens bestanden, obwohl ihr erklärtes Ziel die Verkleinerung Deutschlands war. Gleichzeitig war mit Polen ein Konfliktherd innerhalb des kommunistischen Machtblocks gesichert, weil die ablehnende Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Kommunismus bekannt war. Wieder einmal wurde dieses Land zum Spielball doppelzüngiger englischer Politik.

Auch Dresden ist ein treffliches Beispiel für Englands Umgang mit gegebenen Versprechen. Wie mir meine Mutter erzählte, warfen im Herbst 1944 englische Flugzeuge über Dresden Flugblätter ab. Darin war in schön gereimten Worten zu lesen: «*Wir werden Dresden schonen, denn wir werden dort wohnen.*» Der 13. Februar 1945 lehrte dann die Dresdner eines Schlechteren. Die Bombardierung ihrer Stadt hatte keinerlei strategische Begründung und trug auch in keiner Weise dazu bei, die Kriegsdauer zu verkürzen. Das gilt ebenso für alle anderen deutschen Städte, die 1945 durch alliierte Bomben in Schutt und Asche gelegt wurden. Besonders wenn man bedenkt, dass zu dieser Zeit Industrieanlagen von Bombardements verschont blieben, dann erscheint die Philosophie der alliierten Bombenabwürfe zum Ende des Krieges doch recht fragwürdig.

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass ich es für absolut unzulässig erachte, ein Unrecht gegen ein anderes aufzurechnen. Es ist nicht mein Ziel, die deutschen Gräueltaten durch die

34 Vgl.: Grom, Vadim: Der Weg vom Don zur Isar. Hannover: Anderwelt Verlag, 2007.

Beschreibung der Handlungsweisen der Alliierten zu relativieren. Verbrechen bleibt Verbrechen! Es bleibt aber auch dann Verbrechen, wenn es vom Sieger begangen worden ist, egal, was der andere vorher getan hat. Besondere Qualität erhalten Verbrechen vor allem dadurch, wenn sie ohne Not begangen werden. Nach Beendigung eines Krieges, oder wenn das Ende klar erkennbar ist, gibt es keine Notwendigkeit mehr, Menschen dem sicheren Tod auszuliefern. Die besondere Schwere der Verbrechen der Deutschen gegenüber den Juden ist für mich vor allem dadurch bestimmt, dass sie mit keiner rationalen Notwendigkeit begründet werden können. Leider gilt das Gleiche aber auch für die Verbrechen der Alliierten ab 1945. Es muss erlaubt sein, das in aller Schärfe zu unterstreichen.

In allen Städten der Welt wurde seit jeher mit der Errichtung von Bauwerken der Kultur der jeweiligen Länder Ausdruck verliehen. Diese Kultur lebt weiter mit den historischen Bauten und gibt einer Gesellschaft Kontinuität. Besonders als Deutscher ist man immer wieder zutiefst beeindruckt, wenn man Städte besuchen darf, die nicht den Zerstörungen durch Bomben ausgesetzt waren. Man kann den Geist der Jahrhunderte atmen und spürt den Stolz der Einwohner auf ihre Vorfahren. Vor hundert Jahren erlebte die Geschichte einen Höhepunkt, was die Errichtung von stolzen und schönen Wohngebäuden betraf. Die Freisetzung von Arbeitskräften durch die Industrialisierung erlaubte es, Wohnraum in bis dahin unbekannter Qualität, Menge und Schönheit zu schaffen. Das Auge erfreut sich heute mehr denn je an diesen Zeugnissen der Kultur. Gerade auch in England gibt es ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Pflege der Tradition. Nicht umsonst sind die Universitäten vornehmlich in altehrwürdigen Gebäuden untergebracht.

1945 hat England mithilfe der USA deutsche Städte mit Flächenbombardierungen in grossem Stil vernichtet. Millionen unschuldiger Zivilisten verloren dabei ihr Leben. Das geschah vorsätzlich, geplant und ohne jede militärische Notwendigkeit. (Das Gleiche gilt für Hiroshima und noch mehr für Nagasaki.) Es wurde ein wesentliches Stück deutscher Kultur vernichtet und gleichzeitig sichergestellt, dass Deutschland über viele Jahre damit beschäftigt sein würde, Wohnraum für seine Bürger wiederherzustellen. Solange die Deutschen al-

so in erster Linie für den Wiederaufbau ihrer zerbombten Städte arbeiten mussten, konnte das Land auf den Weltmärkten nicht als Konkurrent auftreten. Die Industrieanlagen dagegen wurden nicht zerstört, denn diese waren als Kriegsbeute vorgesehen und wurden demgemäss auch abgebaut und mitgenommen. Nachdem geplant war, die Deutschen mit einer «Umerziehung» in brave Menschen im Sinne einer angloamerikanischen Weltordnung zu verwandeln, passte es durchaus in das Konzept, zuerst deutsche Kultur in Form ihrer Baulichkeiten zu vernichten. Nebenbei legte dieser Vorgang den Grundstein für die Macht der Banken. Für den Wiederaufbau wurde Kapital in grossem Umfang benötigt, und die Deutschen hatten gar keine andere Wahl, als sich in die Schuld der Banken zu begeben. Es sei noch angemerkt, dass Franzosen und Russen bei der systematischen Zerstörung deutscher Städte praktisch keine Rolle gespielt haben.

Das Handeln der Sieger nach dem Krieg in Deutschland und Osteuropa war nicht durch humanitäre Gesichtspunkte geprägt. Millionen Menschen sind in ganz Europa ums Leben gekommen, doch darüber wurde in der Öffentlichkeit sehr wenig berichtet. Wie schon von Valentin Falin beschrieben, war die Politik der USA und Englands 1945 nicht daran orientiert, das Beste für die Menschen und eine friedliche Entwicklung zu erreichen. Das zeigte sich auch an der Behandlung von Kriegsgefangenen und sog. «Dps» – «Displaced Persons» (Menschen, die sich unfreiwillig entfernt von ihrer Heimat aufhielten). Beginnen wir mit den DPs. Hier haben die Amerikaner und Engländer grosse Schuld auf sich geladen. Das fängt an mit der Wlassow-Armee.

Die Wlassow-Armee, auch Russische Befreiungsarmee (ROA), bestand aus Russen, Ukrainern und vielen Kosaken. Diese vereinte der Hass auf das Regime Stalins und sie kämpften zum Ende des Kriegs unter deutscher Führung auf deutscher Seite. Am 6. Mai 1945 wechselten sie die Seite in der Hoffnung, bei den Westmächten freundlich aufgenommen zu werden. Unter grossen Verlusten befreiten sie Prag von der deutschen Wehrmacht und begaben sich dann in die Hände der Amerikaner, die sie, entgegen vorheriger Zusagen, wie Kriegsgefangene behandelten. Die USA lieferten die Soldaten der Wlassow-Armee gegen ihren Willen an Stalin aus, sehr wohl wissend,

dass eine Auslieferung den sicheren Tod für diese Menschen bedeutete.

1945 hielten sich viele Menschen aus der UdSSR in Deutschland auf. Das waren zum einen ehemalige Kriegsgefangene, zum anderen Deportierte, die aus Russland für Arbeitsdienste nach Deutschland geholt worden waren. Hinzu kamen Menschen, die vor der Schreckensherrschaft Stalins nach Westen geflohen waren. Genaues ist über ihre Anzahl nicht in Erfahrung zu bringen. Schätzungen gehen von 500.000 bis zu einer Million aus. Diese Menschen, Männer und Frauen, wurden in den Lagern für DPs zusammengefasst und gut ernährt. Die Politik Stalins war äusserst brutal – für einen Sowjetbürger, der den Westen gesehen hatte, gab es in der UdSSR keine Überlebenschance. Diese menschenverachtende Vorgehensweise war Amerikanern und Engländern sehr wohl bekannt, dennoch haben die Amerikaner eben diese Menschen gegen ihren erklärten Willen nach Russland deportiert.

Traurige Berühmtheit erlangte in diesem Zusammenhang der bayerische Ort Wildflecken. Nachdem die dort internierten Russen mit Waffengewalt in Eisenbahnwaggons zum Abtransport Richtung Osten gesperrt worden waren, begingen sie Massenselbstmord. Mir liegt der Bericht eines Augenzeugen vor, der beschreibt, wie das Blut von den Insassen, die sich die Pulsadern geöffnet hatten, aus den Waggons lief. Diese Menschen hatten eine derart panische Angst vor einer Auslieferung an Stalin, dass sie vorsorglich in ihre Jacken Rasierklingen eingenäht hatten, um durch den Freitod einem noch grausameren Schicksal in der Sowjetunion zu entgehen. Spätestens nach diesem Vorfall hätte die Abschiebung von Menschen in Stalins Reich gestoppt werden müssen. Das geschah aber nicht. Die Amerikaner haben nicht nur ungerührt den Massenselbstmord beobachtet und zugelassen, sondern auch weiterhin Sowjetbürger an Stalin ausgeliefert. Damit haben die USA die Schuld am Verderben vieler Menschen auf sich geladen. Es geschah kalten Blutes, denn es war weder Gefahr im Verzug noch war Eile geboten.

Menschen, die in ihrer Heimat keine oder nur geringfügige Repressalien zu befürchten hatten, wie zum Beispiel die Polen, wurden im Gegensatz dazu ganz anders behandelt. Sie durften länger in den La-

gern bleiben und schliesslich ihre eigene Wahl über ihre Zukunft treffen. Es wurde ihnen sogar angeboten, in die USA oder nach Australien auszuwandern und dort die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Nur wenige Russen haben es geschafft, sich unter den Polen zu verstecken und damit zu überleben. Mein Vater war einer von ihnen.

11. «Other Losses» – Sonstige Verluste

«In einer Welt ohne Wahrheit hat die Freiheit kein Fundament mehr.»³⁵

Allgemein wird behauptet, Engländer, Franzosen und Amerikaner hätten die deutschen Kriegsgefangenen gut behandelt. Das mag in einigen Fällen zutreffend sein. Auf über eine Million deutsche Kriegsgefangene trifft das definitiv nicht zu, denn sie sind in Gefangenschaft umgekommen. Darüber gibt es Dokumente.

Der amerikanische Finanzminister Henry C. Morgenthau hat nach einer Inspektionsreise in Europa 1944 berichtet, dass er keine konkreten Pläne der USA für die Zeit nach dem Sieg erkennen konnte. Dem kann Glauben geschenkt werden, denn auch die US-Politik der jüngeren Geschichte weist ähnliche Defizite aus – beispielsweise im Irak. Nun könnte man die Millionen nach dem Krieg in Gefangenschaft Verstorbenen mit dem Fehlen einer Planung relativieren, jedoch keinesfalls entschuldigen. Vielmehr müsste darüber noch härter geurteilt werden, wenn der Tod dieser Menschen nach einem Plan abgelaufen wäre. So oder so, es gab keine Notwendigkeit, so viele sehenden Auges verderben zu lassen. Auch Nachlässigkeit lasse ich nicht gelten, und so bleibt nur ein Schluss: Der Tod durch Hunger und mangelnden Schutz vor der Witterung wurde vorsätzlich herbeigeführt.

Das ist eine ungeheuerliche Aussage, und ich dürfte nicht riskieren, sie zu treffen, wenn es nicht solide Beweise dafür gäbe. Der Kanadier James Bacque hat mehrere Bücher zu diesem Thema veröffentlicht, die auch in deutscher Sprache zur Verfügung stehen. Es sind dies «Der geplante Tod»³⁶ und «Verschwiegene Schuld»³⁷, um nur die zwei beeindruckendsten zu nennen. James Bacque überzeugt mit einer Fülle von Dokumenten, Zeitzeugenaussagen und akribischer Recherche. Bei der Lektüre beider Bücher konnte ich feststellen, dass

35 Kempner, Robert M.W. (Hrsg.): Warren Report über die Ermordung des Präsidenten John F. Kennedy. Köln, Esslingen: Kiepenheuer & Witsch, Bechtle, 1964.

36 Bacque, James: Der geplante Tod. Frankfurt/M., Berlin: Ullstein, 1993.

37 Bacque, James: Verschwiegene Schuld. Selent: Pour le Mérite, 2002.

dieses Thema den Autor nicht unberührt gelassen hat. Berichtet James Bacque im ersten Buch noch eher mit einer gewissen Distanz, so werden im zweiten seine Hilflosigkeit und seine Wut über die Ungeheuerlichkeit der Vorgänge spürbar. James Bacque hat grossen Mut bewiesen, ein derartiges Tabu-Thema anzufassen. Wie mutig es tatsächlich war, untermauern seine Schilderungen im zweiten Buch, wo er von Verfolgung und Beobachtung bis hin zur Bedrohung durch die Geheimdienste der Westmächte berichtet. Auch fünfzig Jahre später soll dieses Thema nicht öffentlich erörtert werden. Die Vorgänge, die ich im Folgenden schildere, sind im Wesentlichen den Büchern von James Bacque entnommen, und ich verzichte deshalb weitgehend auf Quellenangaben. Wer sich genauer kundig machen will, muss sich der Bücher von James Bacque bedienen.

Die Verbrechen der Westalliierten an den deutschen Soldaten beginnen mit einem bürokratischen Taschenspielertrick. Bis Mai 1945 wurden die deutschen Gefangenen geführt als sogenannte «POWs» («Prisoners of War», dt.: Kriegsgefangene) und entsprechend der Genfer Konvention einigermaßen korrekt behandelt. Nach Kriegsende wurde der Status der Gefangenen geändert in «DEF» («Disarmed Enemy Forces», dt.: entwaffnete feindliche Streitkräfte). Der Status «DEF» entband die Westalliierten von der Pflicht, die Gefangenen entsprechend der Genfer Konvention zu behandeln. So waren sie nicht einmal mehr für deren Versorgung mit Lebensmitteln verantwortlich. Nun kommt aber der Pferdefuss: DEFs dürfen nicht in Lagern gefangengehalten werden, denn dann sind es POWs! Der Status «DEF» besagt klar, dass die Soldaten entwaffnet sind, aber ansonsten frei und in der Lage, für ihr Überleben selbst zu sorgen. Deshalb hat ein Sieger auch keine Verantwortung mehr für das Wohlergehen von DEFs.

Die Westalliierten haben eindeutig gegen Völker- und Kriegsrecht verstossen, das sie selbst geschaffen und unterschrieben haben, indem sie mehr als fünf Millionen deutsche DEFs in schwer bewachte Lager eingesperrt und unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten haben. Die Bedingungen in diesen Lagern waren unvergleichbar grausam. Für die Gefangenen gab es keinerlei Schutz vor Witterung, kaum Trinkwasser und Essen, medizinische Versorgung

fehlte gänzlich. Die schwer bewachten und mit Stacheldraht gesicherten Lager wurden von den Westalliierten als «Cages» (Käfige) bezeichnet, ganz in der Diktion der Propaganda in Amerika und England, in der die Deutschen als niedere Tiere dargestellt wurden. Gleiches galt für die Japaner.

Versuche der Bevölkerung, die gefangenen Soldaten mit etwas Nahrung oder Bekleidung zu versorgen, wurden streng unterbunden – notfalls mit Waffengewalt.³⁸ Die Todesraten in den «Cages» waren enorm. Die Menschen starben an Unterernährung, Unterkühlung und Hungertyphus, Flüchtlinge wurden erschossen. Über die Ernährungslage in den Käfigen gibt es keine Unterlagen mehr. Entweder es wurden von vornherein erst gar keine angelegt oder sie wurden bis 1955 vernichtet. Aufgrund des Tricks mit dem DEF-Status gab es ja auch keine Verpflichtung, einen Nachweis über die Versorgung der Kriegsgefangenen zu führen. James Bacque zitiert aus vielen unterschiedlichen Quellen, rechnet mit deren Zahlen und stellt fest, dass die Quellen unvollständig und widersprüchlich sind. Die Westalliierten haben sich nie der Mühe unterzogen, namentliche Listen der Gefangenen zu erstellen, die eine nachträgliche Verfolgung von Einzelschicksalen ermöglicht hätten. Daraus folgt die unglaublich hohe Zahl von «verschwundenen» Menschen. 1.400.000 Soldaten werden im Verlauf eines Jahres offiziell als «vermisst» – «other losses» (dt.: sonstige Verluste) geführt.

Dazu kommen die Toten, die sich aus den Recherchen in den Zahlen über Kriegsgefangene ergeben. James Bacque ist hier vorsichtig, aber er sieht keine Möglichkeit, weniger als 600.000 bis 1.000.000 Soldaten zu benennen, die innerhalb eines Jahres in den Lagern der Westalliierten umgekommen sind. So muss man davon ausgehen, dass im Zeitraum etwa eines Jahres von den mehr als fünf Millionen gefangenen deutschen Soldaten mindestens zwei Millionen in den «Cages» ihren Tod gefunden haben. Das geschah, nachdem der Krieg beendet war!

38 siehe Anlage 1, S. 360 ff. – Bericht eines amerikanischen Soldaten, der als Wächter in einem Gefangenenlager eingesetzt war. Die Darstellung ist wesentlich drastischer, als ich es schreiben kann.

Den Trick mit dem DEF-Status haben die Amerikaner übrigens nicht vergessen. Die Menschen, die in Guantanamo in Käfigen eingesperrt sind, haben ebenfalls diesen Status zugewiesen bekommen.

Nun ist es nicht so, dass es keine Menschen mit Gewissen unter den Westalliierten gegeben hätte. Eine Fülle von Appellen und Mahnungen seitens teils hochrangiger Politiker und Militärs ist dokumentiert, die auf die katastrophalen Verhältnisse in Deutschland hingewiesen haben und Abhilfe forderten. Diese Menschen fanden kein Gehör an höchster Stelle. Dazu muss man wissen, dass Präsident Roosevelt ein erklärter Deutschenhasser war. Schon vor 1939 hat er keinen Zweifel an seiner Absicht aufkommen lassen, gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, und bei der Jalta-Konferenz machte er klar, dass er vorhabe, die Deutschen «hart anzufassen» und zu bestrafen. Zwar musste er noch vor Kriegsende seinem Schöpfer gegenüberreten, doch er hat seinem Nachfolger, Präsident Truman, einen eingespielten Apparat hinterlassen, der diesem kaum Handlungsspielräume ermöglichte. Der Modus Operandi war von Roosevelt klar vorgegeben.

Um Missverständnissen vorzubeugen, muss ich auf Roosevelt genauer eingehen. F.D. Roosevelt, von 1933 bis 1945 Präsident der USA, ist nicht zu verwechseln mit Theodore Roosevelt, der 1910 seinen Beitrag zur Schaffung des FED geleistet hat. Er war aber mit diesem verwandt (Vetter 5. Grades). Theodore Roosevelt wurde nach dem tödlichen Attentat auf McKinley 1901 am 14. September im Alter von 42 Jahren der 26. Präsident der USA und damit der jüngste Inhaber dieses Amtes in der amerikanischen Geschichte. Einmal wurde er wiedergewählt, bevor er 1909 auf eine dritte Amtszeit verzichtete, um dann aber entgegen allen Gepflogenheiten doch noch einmal anzutreten. Sein Nachfolger war William H. Taft. Die Familie Roosevelt geht zurück auf holländische Einwanderer jüdisch-sephardischer Abstammung (von Rosenfeld, holländisch: Roosenvelt).

Am 30. Januar 1882 kommt FDR (Franklin Delano Roosevelt) in New York zur Welt als Sohn von James Roosevelt, dem reichen Eisenbahnpräsidenten, und dessen Frau Sarah, Mädchenname Delano,

die auch Sephardin ist. Die Roosevelts waren zweifellos bestens assimiliert in Amerika und haben ihre sephardische Abstammung nicht nach aussen gezeigt. Sie pflegten auch kein streng jüdisch-religiöses Leben, weshalb unter Historikern auch keine Einigkeit dahingehend besteht, ob die Roosevelts tatsächlich Juden sind. Wenn aber der Standpunkt vertreten wird, dass sie Juden sind, steht ausser Frage, dass sie Sephardim und keine Aschkenasim sind. Das haben die Roosevelts dann mit den Rothschilds gemeinsam. Diese Unterscheidung ist von grösster Wichtigkeit, weil die Sephardim den Aschkenasim meist gar nicht freundlich zugetan sind und dadurch einige Ungereimtheiten im politischen Handeln FDRs eine Erklärung finden können. Das Eisenbahnimperium der Roosevelts ist eng verknüpft mit altem englischem Kapital.

Die Familie Roosevelt hatte gute Verbindungen nach Europa und verbrachte viel Zeit dort. So kam es, dass FDR seine Jugend im Alter von 9 bis 14 Jahren in Europa erlebte und eine Zeit lang sogar eine Schule in Bad Nauheim besuchte. Womöglich liegt der Hass des späteren Präsidenten der USA gegen Deutschland in seinen Erlebnissen während des Schulbesuchs in Deutschland begründet, aber das ist natürlich reine Spekulation und nirgendwo belegt. Bekannt ist hingegen, dass sich FDR bei seinen Besuchen von Lehranstalten nicht gerade durch besondere Leistungen oder Zielstrebigkeit ausgezeichnet hat. Man kann sich durchaus vorstellen, dass er, zusätzlich durch mangelnde Sprachkompetenz gehandicapt, ein Zielobjekt der Aggressionen seitens seiner deutschen Mitschüler war. Die mangelnde Zielstrebigkeit FDRs zeigte sich auch darin, dass er zwar von 1900 bis 1904 an der Harvard Universität studierte und danach bis 1907 Rechtswissenschaften an der Columbia Law School, diese Studien aber 1907 ohne Abschluss abgebrochen hat. 1905 heiratete FDR seine Cousine Eleanor Roosevelt, eine Nichte von Theodore Roosevelt.

1907 nahm FDR die Arbeit in einer New Yorker Anwaltskanzlei auf und begann schliesslich 1910 seine politische Karriere im Senat des Staates New York. Von hier an führte sein Weg steil nach oben. Ab 1914 wurde sein Hass auf Deutschland öffentlich, weil er von Anfang an rückhaltlos für den Eintritt der USA in den Krieg gegen Deutschland plädierte. Sein weiterer Weg führte ihn über das Amt des Gouverneurs von New York bis hin zum Präsidentenamt. Die verheerenden Folgen

der Weltwirtschaftskrise liessen Herbert Clark Hoover keine Chance auf eine Wiederwahl, und so wurde Franklin Delano Roosevelt am 4. März 1933 Präsident der USA. Sein Wahlkampf war nach dem gleichen Muster und mit den gleichen Argumenten wie der von Hitler geführt worden und er erzielte einen ebenso deutlichen Wahlerfolg. Die erste Amtshandlung von FDR war die diplomatische Anerkennung der UdSSR.

Im Gegensatz zu Hitler gelang es ihm aber nicht, die Probleme der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Obwohl er dieselben Mittel wie Hitler anwendete – Arbeitsdienst für junge Arbeitslose, Beschneidung des Wirtschaftsliberalismus hin zur staatlich gelenkten Planwirtschaft, Devisenbewirtschaftung, Aufrüstung -, hatte er nicht den erwünschten Erfolg. Er verbot den Amerikanern sogar den privaten Besitz von Gold. Alles Gold, auch Schmuck, musste die Bevölkerung an den Staat abliefern. Dieses Gesetz wurde erst zwanzig Jahre später wieder aufgehoben. Aus seinem Umfeld wurde vom offenen Neid FDRs auf Hitlers Erfolge berichtet. Allein die körperliche Unterlegenheit gegenüber Hitler, FDR war wegen einer Erkrankung an Kinderlähmung auf die Hilfe eines Rollstuhls angewiesen, mochte seine Aversion gegen Hitler befeuert haben. Grosse Auftritte, wie der «Führer» sie zu zelebrieren pflegte, waren FDR nicht vergönnt.

Die Diskriminierung von Minderheiten in den USA, auf die ich noch genauer eingehen werde, nahm unter FDR nicht ab. Im Gegenteil, FDR verbat sich auf der Konferenz in Évian im Juli 1938 die weitere Zuwanderung von (aschkenasischen) Juden aus Mittel- und Osteuropa. FDR trieb Amerika auf einen Krieg mit Deutschland zu und führte die allgemeine Wehrpflicht ein, Jahre bevor irgendeine aggressive Aktion von Deutschland ausgegangen war. Er betrieb eine beispiellose Aufrüstung Amerikas und unterstützte England bei dessen gleichgearteten Bemühungen – gegen den Willen des Kongresses. 1941 liess er Grönland und Island von amerikanischen Truppen besetzen, was ein völkerrechtswidriger Akt gegen neutrale Staaten war. Im Sommer desselben Jahres, also noch vor der Kriegserklärung Deutschlands am 11. Dezember 1941, erteilte FDR der US-Navy den Befehl, jedes deutsche U-Boot zu versenken, das sie zu Gesicht bekam («shoot on sight»). Man kann hier bereits darüber philosophieren, wer wem faktisch den Krieg erklärt hatte.

Am 8. Dezember 1941, einen Tag nach Pearl Harbour, lässt FDR eine Million Amerikaner japanischer Abstammung als «Volksfeinde» in Konzentrationslagern internieren. Nur etwa 100.000 sollten 1945 diese Lager wieder lebend verlassen. Eine solche Aktion kann man nicht von einem Tag auf den anderen durchführen, was darauf schliessen lässt, dass FDR seit Langem Vorbereitungen dafür veranlasst haben muss. Die Liste der Handlungen von FDR, die sein Streben zu einem Kriegseintritt der USA gegen Deutschland und Japan belegen, ist lang. Man kann sie den diversen Biografien entnehmen, weswegen sich hier ein Einzelnachweis erübrigt.

Franklin Delano Roosevelt starb am 12. April 1945 in Warm Springs in geistiger Umnachtung. Für die Beurteilung seiner Lebensleistung ist es unerheblich, ob er Sepharde war oder nicht. Für weitere Betrachtungen sieht das anders aus.³⁹

Zwei – diesmal aschkenasische – Juden erscheinen prominent gegen Ende des Krieges und werden auch für die Zeit danach als massgeblich immer wieder genannt. Die Namen Henry Morgenthau und Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg sind verbunden mit den schlimmsten Plänen und Tiraden, die jemals in Bezug auf Deutschland bekannt geworden sind. Die Welt, vor allem die Deutschen, verbindet den «Morgenthau-Plan», dass Deutschland in Zukunft nur ein Agrarstaat sein dürfe, sowie die hasserfüllten Aufrufe Ehrenburgs zum Töten von Deutschen mit einer jüdischen Verschwörung gegen Deutschland. Einer nüchternen Betrachtung hält das allerdings nicht stand. Roosevelt war der Chef von Henry Morgenthau, und nur ein ziemlich naiver Mensch kann annehmen, dass irgendetwas ohne die Zustimmung Roosevelts von Morgenthau hätte veröffentlicht werden dürfen. Gleiches gilt für Ehrenburg unter Stalin. Stalin hatte noch nie Skrupel, jemanden umbringen zu lassen, der etwas äusserte, was ihm nicht «in den Kram» passte. Wir müssen demzufolge davon ausgehen, dass Roosevelt und Stalin zumindest keine Bedenken gegenüber dem Schriftgut hatten, das unter der Federführung Morgenthau und Ehrenburgs bekannt wurde. Inwieweit die Chefs möglicherweise sogar die Form und den Inhalt angefordert haben, muss Spekulation

39 Zus.-fassg. aus: Posener, Alan: Franklin Delano Roosevelt. Reinbek: Rowohlt Verlag GmbH, 1999.

bleiben. Aber, erinnern wir uns an das, was Roosevelt gesagt hat: «*In der Politik geschieht nichts zufällig! Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auf diese Weise geplant war!*»⁴⁰ Was also könnte sein Plan gewesen sein?

Zwei Ziele werden erreicht: Erstens lenkt Roosevelt damit von sich selbst ab. Während wieder einmal Juden für die schrecklichsten Dinge verantwortlich gemacht und dem Abscheu preisgegeben werden, versteckt er seinen eigenen Hass auf Deutschland hinter einer Jüdischen Verschwörung». Zweitens wird hier einer der Grundsteine gelegt, die verhindern werden, dass Juden und Deutsche zu ihrer alten Freundschaft zurückfinden können. Mit der Bürde dieses demonstrativen Hasses wird es immer schwer sein für Deutsche wie auch für Juden, miteinander vorurteilsfrei und unverkrampft umzugehen. Beide Seiten haben den Beweis erfahren, dass sie einander nichts Gutes wollen. Die Schriften Morgenthau und Ehrenburgs belasten Juden besonders in den Augen der Deutschen. Die ewig Gestrigen erhalten ein Argument zu sagen, dass Hitler doch recht hatte. So werden Juden und Deutsche in einem Spannungsverhältnis gehalten, das immer dazu benutzt werden kann, «die Deutschen» an ihre Kollektivschuld zu erinnern. Ich fordere alle Deutschen und Juden auf, ernsthaft darüber nachzudenken, ob wir weiterhin den Manipulationen der Weltpolitik erliegen wollen. Das Unrecht der Judenverfolgungen unter Hitler ist nicht wiedergutzumachen. Aber es wird auch gewiss nicht dadurch besser, wenn vier Generationen später noch immer ein gespanntes Verhältnis zwischen Juden und Deutschen gepflegt wird. Wir Deutschen müssen erkennen, dass eine ganze Reihe von Dingen, die zuungunsten Deutschlands passiert sind, manipulativ Juden in die Schuhe geschoben wurden. Roosevelt und Stalin waren die Chefs von Morgenthau und Ehrenburg.

Für all das, was nach dem Tod Roosevelts geschah, musste Präsident Truman die Verantwortung übernehmen. Seine Rolle in der Geschichte ist zwiespältig. Zum einen war er der Erste und Einzige, der den Abwurf von Atombomben auf Menschen befohlen hat, ein Ereignis, das durch seine Einzigartigkeit besonders herausgehoben ist, wenngleich der Angriff auf Dresden eine höhere Zahl an unmittelbaren

40 de Mare, Miguel: Das verborgene Weltwissen. Hamburg: Lichtsicht, 2003.

Todesopfern gefordert hat als der Angriff auf Hiroshima. Zum anderen wurde unter Truman der Marshall-Plan umgesetzt. Es ist nicht klar ersichtlich, inwieweit Truman gefangen war in den Vorbereitungen Roosevelts oder ob die Millionen Toten nach dem Zweiten Weltkrieg seinem eigenen Willen entsprachen.

Die Westalliierten sind für den Tod von etwa zwei Millionen Kriegsgefangenen verantwortlich. Nach James Bacque gehen davon etwa 200.000 zu Lasten der Franzosen. Welchen Beitrag England zu verantworten hat, war für mich nicht zu ermitteln, aber ich denke, dass sich die Engländer, zumindest was die Kriegsgefangenen anbelangt, menschlicher verhalten haben. Ob das reinem Humanitätsdenken entsprungen war, sei dahingestellt. Wie dem Gespräch mit Falin zu entnehmen ist, hatten die Engländer unter Umständen andere Pläne mit den deutschen Soldaten. Sie dienten zumindest eine Zeit lang als Reserve für einen möglichen Konflikt mit Stalin und mussten deswegen in einigermaßen kampffähigem Zustand erhalten bleiben. Als Kontrast füge ich jetzt eine Geschichte aus meinem persönlichen Erleben ein.

1995 war ich in Cortina/Italien. Als ich den Rückweg nach München antreten wollte, trug mir der Hotelier die Bitte einer Dame vor, sie bis Innsbruck in meinem Auto mitzunehmen. Dieser Bitte kam ich gern nach. Die Dame war Französin, ein paar Jahre älter als ich. Wir waren beide der Muttersprache des anderen mächtig, und so konnten wir die Fahrt nach Innsbruck mit einer Unterhaltung angenehm gestalten. Nun ist es für Franzosen nicht selbstverständlich, gut Deutsch zu sprechen. Also erkundigte ich mich, wie meine Begleiterin ihre deutschen Sprachkenntnisse erworben hatte. Ihre Erklärung begann damit, dass sie erzählte, ihr Vater sei 1940 in Leipzig in deutscher Kriegsgefangenschaft gewesen. Als guter Deutscher zuckte ich ein wenig zusammen in der Erwartung, mich nun für mein Volk entschuldigen zu müssen. Es kam ganz anders. Diese Französin überraschte mich mit der Enthüllung, dass ihr Vater seit seiner Gefangenschaft in Deutschland ein ewiger Freund der Deutschen geworden sei. Er veranlasste seine Tochter, Deutsch zu lernen, die Sprache seiner Freunde. Sie berichtete, dass ihr Vater voll des Lobes über die nicht nur korrekte, sondern gute Behandlung war, die ihm durch die Deutschen widerfahren sei.

Er habe während seiner Zeit in Leipzig Freundschaft mit deutschen Familien geschlossen und man besuchte sich gegenseitig bis heute. Das war eine Information, die ich nicht erwartet hatte und die wesentlich dazu beitrug, dass ich beschloss, mich noch intensiver mit der jüngeren Geschichte zu beschäftigen. Wir, die französische Dame und ich, hatten derweil eine angenehme Fahrt und vertieften die deutsch-französische Freundschaft.

Die Westalliierten verstanden es, eine grosse Anzahl der Vermissten der UdSSR zuzurechnen. Nach 1990 konnte das revidiert werden, denn die Archive der UdSSR sind jetzt zugänglich und sie sind sehr akkurat geführt und absolut zuverlässig. Im Gegensatz zu den Westalliierten haben die Russen mit peinlicher Genauigkeit jeden einzelnen Kriegsgefangenen namentlich erfasst und sein Schicksal dokumentiert. So wissen wir heute, dass zwar auch in der Sowjetunion kriegsgefangene Deutsche den Tod gefunden haben, aber die Todesraten waren gegenüber denen in den westlichen Lagern verschwindend gering – abgesehen davon, dass die Gesamtzahl der deutschen Kriegsgefangenen in Russland unter einer Million lag. In den drei Jahren vor 1945 lag die Sterberate unter 30 Prozent – für den gesamten Zeitraum von drei Jahren. Um das noch einmal unmissverständlich klarzumachen: Im Zeitraum vom 22. Juni 1941 bis zum 1. Oktober 1944 starben 220.316 von einer Gesamtzahl von 788.000 Gefangenen aus den Achsenstaaten. Das entspricht einer Sterberate von 28 Prozent in 3,3 Jahren. Da ist es den Russen in den Lagern Stalins schlechter ergangen.

Nach dem Mai 1945 sank die Sterberate drastisch. Von den deutschen Kriegsgefangenen, die ab 1945 in Russland in den Lagern Arbeit leisten mussten, kehrten bis 1955 über 90 Prozent nach Deutschland zurück. Das entspricht einer normalen Sterberate unter Friedensbedingungen. Mit verschleppten volksdeutschen Zivilisten sah das anders aus. Stalin «entschuldigte» sich bei den Amerikanern für die gute Behandlung der Gefangenen mit dem Hinweis, dass ihm die Deutschen am liebsten seien, weil sie am härtesten arbeiteten. Natürlich war auch das Leben in den sowjetischen Arbeitslagern alles andere als ein Vergnügen, aber die Russen sorgten mit einem klaren System zumindest dafür, dass die Gefangenen eine Chance zum Überleben hatten. Selbst in dem Lager, das als das schlimmste galt, in Workuta,

gab es ein Krankenhaus für die Lagerinsassen. Diese Darstellung wurde mir persönlich bestätigt von Menschen, die in russischer Kriegsgefangenschaft waren. Auch wurde mir von freundlichen Kontakten und Tauschhandel mit Russen berichtet, was von der Lageraufsicht toleriert wurde.

Es liegt mir fern, ein Loblied auf die UdSSR zu singen, dennoch halte ich es für wichtig herauszustellen, wie sehr sich das Verhalten der Siegermächte gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen unterschieden hat. Da sind auf der einen Seite unsere «Freunde», die zwei Millionen Soldaten verderben liessen. Auf der anderen Seite stehen unsere «Feinde», die sich zumindest bemüht haben, nicht mehr Tote als unumgänglich zu verursachen. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr.

12. Zivile Opfer nach dem Krieg

«Ich bin zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gewillt zu sagen, dass wir nicht beabsichtigen, die deutsche Nation zu vernichten.»⁴¹

(F.D. Roosevelt am 19. August 1944)

Je nach Quelle kamen während des Krieges zwei bis vier Millionen deutsche Zivilisten ums Leben. Sie waren vor allem die Opfer alliierter Bombenangriffe auf deutsche Städte. Diese Zahl wird von den Toten nach dem Krieg weit übertroffen. Ich stelle dazu meinen Ausführungen eine weitere Zahl voran: 10.000.000 (zehn!) Millionen. Wie man sehen wird, ist diese Zahl eher zu niedrig angesetzt und sie kann in keiner Weise den Einzelschicksalen gerecht werden. Ich beginne mit Toten, die direkt in den Besatzungszonen zu beklagen waren. Dazu müssen wir uns zunächst über die allgemeine Situation in den besetzten Zonen klar werden.

Eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus deutscher Produktion war nicht möglich. Das hatte mehrere Gründe: Die «Kornkammern» in den östlichen Gebieten Deutschlands standen zur Versorgung nicht mehr zur Verfügung und die landwirtschaftlichen Flächen in den Besatzungszonen reichten nicht aus, um eine Versorgung der deutschen Bevölkerung zu gewährleisten. Die Produktion von Düngemitteln wurde von den Westalliierten bis auf ein Minimum verboten unter dem Vorwand, Düngemittel könnten zur Herstellung von Sprengstoff verwendet werden. Es standen weiterhin nicht genug Arbeitskräfte zur Verfügung, welche die sowieso knappen Ernten hätten einbringen können. Mehr als fünf Millionen Männer waren in den Lagern der Westalliierten zur Untätigkeit verurteilt, anstatt helfen zu dürfen, die Not in Deutschland zu lindern. Hinzu kam ein ständiger Zustrom von Flüchtlingen, der das Nahrungsproblem noch verschärfte. Das war den Westalliierten bekannt.

41 Grose, Peter: Gentleman Spy: The Life of Allan Dulles. Boston/New York: Houghton Mifflin Company, 1994.

Eine einfache Rechnung offenbart, was man dem «Grossen Volksatlas» von Velhagen & Klasings⁴² für 1937 entnehmen kann: Im deutschen Reich lebten 88 Mio. Volksdeutsche. Dieser Atlas ist in mehrfacher Hinsicht interessant und sehr genau. 1950 ergab die von den Alliierten angeordnete Volkszählung eine Einwohnerzahl für alle vier Besatzungszonen von 68,2 Mio. Diese Volkszählung sowie auch die Volkszählung von 1946 zeichneten sich durch grosse Genauigkeit aus und ihre Ergebnisse sind unbestritten. Aus den vorliegenden beiden Zahlen ergibt sich: **Das deutsche Volk ist zwischen 1937 und 1950 um 19,8 Mio. Einwohnern geschrumpft.** Um die Verluste nach 1945 zu ermitteln, muss man davon etwa 6 Mio. Kriegstote abziehen, die bis 1945 ums Leben kamen. Bleibt ein Minus von 13,8 Mio. Wegen der Ausgliederung Österreichs müssen noch einmal etwa 6,8 Mio. abgezogen werden. 0,6 Mio. Menschen sind offiziell ausgewandert, bleiben 6,4 Mio. Beachten muss man, dass in den 88 Mio. von 1937 keine Juden enthalten sind, diese wurden im «Grossen Volksatlas» nicht als Volksdeutsche geführt. Dementsprechend dürfen ihre Verluste auch nicht mit eingerechnet werden. Hinzufügen muss man allerdings das natürliche Bevölkerungswachstum, welches in den Jahren von 1937 bis 1945 überdurchschnittlich hoch war in Deutschland. Schätzungen gehen von 0,5 bis 1,0 Mio. pro Jahr aus. Selbst in den Hungerjahren 1945 bis 1950 gab es einen Geburtenüberschuss von 1 Mio. So müssen zu den 6,4 Mio. nach mittleren Schätzungen noch 7 Mio. addiert werden. Das ergibt einen Fehlbestand von etwa 13,4 Mio. für das Jahr 1950. Mit anderen Worten: Zwischen 1945 und 1950 sind etwa 13,4 Mio. Deutsche «verschwunden». Sie sind einem unnatürlichen, vorzeitigen Tod zum Opfer gefallen.

Das Ergebnis dieser Rechnung mit unzweifelhaften Zahlen entspricht den Ergebnissen der ausführlichen Recherchen von James Bacque. Er ermittelt diesen Zahlenwert auf andere Weise – seine Rechnungen gehen von den Angaben aus, die er den Archiven der Alliierten entnommen hat. James Bacque wägt sehr sorgfältig die verschiedenen Quellen gegeneinander ab und kommt zu dem Ergebnis, dass im Mindestfall von 9,3 Mio., im Höchstfall von 13,7 Mio. toten Deutschen auszugehen ist.

42 Preuss, Wolfgang: Grosser Volksatlas. Bielefeld: Velhagen & Kiasing, 1941.

Die Volkszählung im Oktober 1946 ergab für alle vier Besatzungszonen eine Bevölkerungszahl von 65 Mio. Deutschen. Von dieser Zahl ausgehend, muss man bis 1950 addieren: Heimkehrer 2,6 Mio., Geburten 4,2 Mio., Zuwanderung von Vertriebenen 6 Mio., das ergibt 77,8 Mio. Abzuziehen sind: Auswanderer 0,6 Mio., Verstorbene 3,2 Mio. Daraus resultiert ein Sollbestand von 74 Mio. Deutschen für 1950.

Das sind die offiziellen Zahlen der Westalliierten. Diese Zahlen bezüglich der Sterbefälle garantieren den Westalliierten ein lupenreines Zeugnis der Menschlichkeit, liegt die Sterberate doch gerade mal bei 12,3 Promille, was einer völlig normalen Rate zu Friedenszeiten entspricht. Die Sache hat nur einen Haken: die Volkszählung von 1950. Sie ergab 68,2 Mio. Diese akkurat ermittelte Zahl steht ausser Zweifel und gleichzeitig im Widerspruch zum Sollbestand von 74 Mio. für 1950. Demnach sind zwischen 1946 und 1950 5,8 Mio. Deutsche einfach «verschwunden». Auch James Bacque lässt keinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Zahl zu. Was steckt dahinter?

5,8 Mio. Deutsche sind zwischen 1946 und 1950 verhungert oder wegen sonstiger Mangelversorgung gestorben – wohlgemerkt zusätzlich zu den registrierten 3,2 Mio. Hinzu kommen noch die Toten, die zwischen August 1945, hier trat das Potsdamer Abkommen in Kraft, und Oktober 1946, dem Zeitpunkt der ersten Volkszählung, zu beklagen waren. Hier gehen Schätzungen davon aus, dass zusätzlich zu den registrierten 1,1 Mio. noch weitere 0,8 Mio. Deutsche gestorben sind. Zusammen sind das 6,6 Mio. Tote, die die Alliierten zu verantworten haben. Die Statistiken der Alliierten spiegeln nicht die Realität wider, denn wären sie wahrhaftig, würden sie die ganze unmenschliche Grausamkeit der Alliierten offenbaren, mit der sie die Deutschen «bestraft» haben. Aus diesem Grund haben sie 6,6 Mio. Tote einfach «vergessen». Der Akribie der Nachforschungen von James Bacque ist es zu verdanken, dass diese Toten dennoch aus den verstreuten Aufzeichnungen der Alliierten nachgewiesen werden können. Alle Toten eingerechnet, ergibt sich eine Sterberate von 34,6 Prozent pro Jahr.

Die Ungeheuerlichkeit dieser Zahl kann nur richtig gewertet werden, wenn sie in Relation zur Normalität gestellt wird: Sie ist dreimal so hoch wie in zivilisierten Ländern üblich und vergleichbar mit der

Sterberate im afrikanischen Biafra, die in der ganzen Welt Entsetzen und Hilfsaktionen ausgelöst hat.

Der Tod durch Mangelversorgung in Deutschland hatte Methode und war von höchster Stelle befohlen (Instruction Nr. 1067). Die Westalliierten haben Lebensmittelvorräte vernichtet, um einen unkontrollierten Zugriff der deutschen Bevölkerung darauf zu verhindern. Für die deutsche Bevölkerung wurden strenge Rationierungen für Lebensmittel festgelegt, definiert in «cpd» (calories per day, Kalorien pro Tag). Ein erwachsener deutscher Normalverbraucher sollte demzufolge 1.550 cpd erhalten. Auch damals schon war bekannt, dass das Minimum 2.500 bis 3.000 cpd sind, um einen durchschnittlichen Menschen in gesundem Zustand am Leben zu erhalten. Die Realität in Deutschland nach dem Krieg war aber, dass die 1.550 cpd nur in Ausnahmefällen erreicht wurden. So reduzierten die Franzosen beispielsweise in ihrer Zone die Rationen lange Zeit auf 1.400 cpd, manchmal sogar bis auf 450. Das war im Winter 1947.

In der britischen Zone lagen die Lebensmittelrationen im Winter 1946/47 sechs Monate lang bei gerade mal 1.000 cpd. Dieser Zustand dauerte einige Jahre an und zeigte Wirkung. Captain Albert R. Behnke, damals Arzt im Medical Corps der US Navy, hielt seine Untersuchungen an der deutschen Bevölkerung fest: *«In der Altersgruppe der 20- bis 39-jährigen Deutschen betrug das durchschnittliche Körpergewicht im Januar 1946 62,2 kg. [...] und im Dezember 1947 59,9 kg. Das normale Durchschnittsgewicht für Männer dieser Altersgruppe beträgt 69,9 kg.»*⁴³

Zum Vergleich noch eine andere Zahl: Für die Menschen im von Deutschland besetzten Holland waren 1943 von den Deutschen 1.775 cpd vorgesehen. Für Deutschland war es problematisch, die Holländer und auch die Belgier mit Lebensmitteln zu versorgen, da beide Länder ihre Nahrungsmittel traditionell zu grossen Teilen aus Übersee bezogen. Diese Lieferungen blieben damals aus, also mussten die Deutschen von ihren knappen Vorräten an die Holländer und Belgier abgeben. In England und Amerika wurde dieses Problem durchaus erkannt, und es gab mehrere Initiativen, Holland und Belgien mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Besonders Herbert Hoover hat sich dafür

43 Bacque, James: Verschwiegene Schuld. Selent: Pour le Mérite, 2002

eingesetzt, wie er es auch später im Fall von Deutschland getan hat. Alle diese Initiativen scheiterten letztendlich jedoch am Widerstand von Churchill und Roosevelt, die sich hier persönlich einbrachten. Ihre Argumentation war, dass Lieferungen von Lebensmitteln an Holland oder Belgien die Versorgungslage in Deutschland entlasten würde, und das war nicht gewünscht. Lieber liess man die Holländer und Belgier hungern.

Die von Churchill und Roosevelt beschworene Gefahr, dass die Deutschen die Lebensmittel für sich beschlagnahmen würden, bestand nicht. Herbert Hoover hatte von den Deutschen das Zugeständnis erhalten, dass die Lebensmittel unter Aufsicht des IKRK (Internationales Komitee des Roten Kreuzes) verteilt werden und dass Deutschland noch einmal die gleiche Menge aus eigenen Beständen drauflegen würde. Vor Kurzem wurde ein geheimes diplomatisches Telegramm vom Februar 1941, gez. Albrecht, an die Deutsche Botschaft in Moskau gefunden, welches beweist, dass Deutschland es mit der Hungerhilfe für Holland und Belgien ernst meinte. Darin wird die Botschaft routinemässig in Kenntnis gesetzt, dass der Hoover-Plan zur *«Hungerhilfe für Belgien von der Reichsregierung gründlich studiert und [...] genehmigt worden ist.»* Weiter, so heisst es in dem Telegramm, wurde zugesichert, *«dass weder die in dem Plan angekündigten Lebensmittel aus dem Ausland noch die in ähnlicher Weise in Belgien selbst aufgebrauchten Lebensmittel für Zwecke der Besatzungsmacht (Deutschland) in Belgien requiriert werden»*. Mit offensichtlichem Stolz folgt ein Hinweis auf die *«bereits erfolgreich gelieferten beträchtlichen Mengen an Kartoffeln und Getreide aus Deutschland, die unter Kriegsbedingungen ein umso grösseres Entgegenkommen bedeuten.»*⁴⁴ Deutschland hatte hier also bereits seinen Anteil als Vorleistung getätigt, um die Not zu lindern.

Wegen des direkten Verbots durch Churchill und Roosevelt durften Hoovers Hilfslieferungen dennoch nicht angelandet werden. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde von Churchill und Roosevelt Politik mit dem Hunger von Menschen betrieben. Der Verdacht, dass der Hass der Holländer und Belgier auf die Deutschen durch ihren Hunger verstärkt werden sollte, ist nicht von der Hand zu weisen. Im Fall der eng-

44 Ebd.

lischen kriegsgefangenen Soldaten in Deutschland galten diese Bedenken nämlich nicht. Die englischen Soldaten erhielten grosszügige Versorgungspakete aus der Heimat, die in der Regel auch ihre Adressaten erreichten. So wurden die englischen Kriegsgefangenen in Deutschland von neutralen Beobachtern als «wohlgenährt» und reichlich mit Zigaretten versorgt beschrieben. Die ganze Perversität der alliierten Handlungsweise gipfelt in der Verurteilung von Arthur Seyss-Inquart, Reichskommissar für Holland. Seyss-Inquart liess den ungehinderten Überflug alliierter Lufttransporte über Holland zu, um die ärgste Not der Holländer im Frühjahr 1945 lindern zu können. Dennoch wurde Seyss-Inquart, der schon die Übereinkunft mit Herbert Hoover zur Versorgung der Holländer zustande gebracht hatte, in Nürnberg als Nazi-Verbrecher gehenkt.

In Schleswig-Holstein und an der gesamten Nordseeküste verhängten die Engländer ein Auslaufverbot über alle Fischerboote. Hin und wieder sprengten sie auch schon mal eines in die Luft. Damit fehlte ein wichtiger Bestandteil für die Ernährung der Bevölkerung. Diese Massnahmen waren willkürlich und durch nichts zu begründen, ausser durch den Vorsatz, die deutsche Bevölkerung Hunger leiden zu lassen. Dass dies vorsätzlich geschah, steht ausser Frage. Es gab zu jener Zeit keine Knappheit an Lebensmitteln in der Welt, obwohl das den Deutschen anders dargestellt wurde. Es gab auch genügend Transportkapazität, um die Lebensmittel ins Land zu bringen. Wiederum waren es Churchill und (dieses Mal) Truman, die ihr ganzes Gewicht in die Waagschale warfen, um eine ausreichende Versorgung der deutschen Bevölkerung zu verhindern. Und es bedurfte ihres massiven Einsatzes, denn viele Menschen hatten die Not in Deutschland erkannt und wollten Abhilfe schaffen. Unter anderem wieder Herbert Hoover, der sich einen Ehrenplatz in der Geschichte verdient hat für seinen Einsatz für die Menschlichkeit. Aber auch hochrangige Militärs schickten Mahnungen und Appelle an ihre Regierungen, die darauf drängten, die Zustände in Deutschland zu verbessern, die für sie so offensichtlich katastrophal waren. So sind in einigen Gegenden Deutschlands für das Jahr 1947 Kindersterblichkeitsraten von 65 Prozent belegt!

Die Politik der Aushungerung hat etwa sechs Millionen Deutsche das Leben gekostet. Darüber wird geschwiegen. Ich denke, es wäre zu einfach, nur Rache als Motiv für diese Politik anzunehmen. Zum einen würde das der moralischen Integrität der Akteure ein ganz schlechtes Zeugnis ausstellen, zum anderen sind durchaus weitere Beweggründe denkbar. Es gab in Europa immer noch «zu viele» Deutsche. Obwohl die Grösse des Landes erheblich geschrumpft war, waren die Deutschen noch immer das zahlenmässig grösste Volk in Europa. Jede weitere Verkleinerung dieser Gruppe würde die Gefahr, die England durch Deutschland für seine gewünschte Vormachtstellung in Europa sah, vermindern. Während dieses Zeitraums, 1945 bis 1949, war nur schwer abzusehen, wohin sich die Entwicklung in Europa steuern lassen würde. Völlig unberechenbar war das Verhalten der UdSSR, die zunächst ein vereintes, souveränes Deutschland wünschte, das hatte sie in Potsdam bereits deutlich gemacht. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein solches Deutschland eher nach Osten denn nach Westen orientieren würde, stand im Raum.

Die Sowjetunion brauchte Deutschland als Puffer und als Verbündeten gegen die Westalliierten – und als Technologiequelle. Für die Westalliierten bestand die reale Gefahr, dass Deutschland unter der Hegemonie Russlands wiederauferstehen würde. Manchmal wird die Meinung vertreten, dass Dresden nur deshalb zerstört wurde, weil Churchill den Besitz einer so schönen Stadt Stalin nicht gönnen wollte. So abwegig diese These auch erscheinen mag, ist sie doch eine mögliche Begründung für diese sonst völlig sinnlose Tat. Folgt man diesen Gedankengängen etwas weiter, könnte man darüber spekulieren, dass der «deutsche Kuchen» vorsichtshalber so weit wie möglich verkleinert werden sollte, bevor ihn sich die Russen einverleiben könnten, und ohne dass man so offensichtlich handelte, dass dem Rest der Welt klar werden würde, was da tatsächlich passiert. Es war übrigens das zweite Mal, dass Churchill die sinnlose und völkerrechtswidrige Zerstörung von «Dresden» anordnete.

1914 war Churchill Marineminister und damit Oberbefehlshaber der englischen Seestreitkräfte. Nachdem im August 1914 die englische Marine in der Schlacht von Coronel im Pazifik gegen die deutsche Marine ihre erste vernichtende Niederlage seit 150 Jahren hatte

einstecken müssen, war Churchills oberstes Ziel Rache für diese Schmach. Er entsandte einen gewaltigen Schiffsverband zu den Falklands, um die siegreichen deutschen Schiffe zu vernichten. Beinahe wäre es zu einem erneuten deutschen Triumph gekommen. Als nämlich die englischen Schiffe im Hafen der Falklands zum Bunkern lagen, hätten die anlaufenden deutschen Kriegsschiffe die bewegungsunfähigen englischen Schiffe an den Kais zusammenschossen können. Das ritterliche Ethos der deutschen Admiralität bedingte aber, dass die deutsche Flotte diesen Vorteil nicht wahrnahm und anschliessend von der englischen Übermacht vernichtet wurde. Nur die «Dresden» konnte entkommen, weil sie damals das schnellste Schlachtschiff ihrer Zeit war. Die «Dresden» flüchtete und versteckte sich in Patagonien. Auf ihrer weiteren Flucht suchte sie Schutz in einer Bucht der chilenischen Insel «Robinson Crusoe Island». Dort lag sie mit beschädigter Maschine, als sie von der englischen Flotte entdeckt wurde. Die Männer auf der «Dresden» waren sich ihrer aussichtslosen Lage bewusst und signalisierten ihre Kapitulation, indem sie alle Geschütze auf Land ausrichteten – das Schiff präsentierte sich somit eindeutig wehrlos. Churchill hatte aber den Befehl ausgegeben, die «Dresden» unter allen Umständen zu vernichten, und so kam es dazu, dass die englischen Schiffe eine Art Tontaubenschiesse auf ein Schiff veranstalteten, das keinerlei Gegenwehr leistete. Die Engländer schossen alles zusammen, inklusive der Rettungsboote, in denen die deutschen Seeleute versuchten, ihr Leben zu retten. Ein Grossteil Matrosen fand den Tod, und die Verantwortung für diese Morde an der Besatzung der «Dresden», die bereits ihre Kapitulation deutlich gemacht hatte, liegt bei Churchill. In diesem Zusammenhang sollte nicht unbeachtet bleiben, was Churchill selbst über seine moralische Haltung bekanntgegeben hat. Seinem Werk «Nach dem Krieg», das er 1928 veröffentlicht hat, kann folgender Satz entnommen werden:

«Es eröffneten sich Luftwege, auf denen Tod und Schrecken weit hinter die eigentlichen Frontlinien getragen werden konnten, sodass auch Frauen, Kinder, Greise und Kranke, die in früheren Kriegen natürlicherweise verschont blieben, davon erfasst wurden.»⁴⁵

45 Churchill, Winston: Nach dem Krieg. Wien: Amalthea Verlag, 1928.

Zweimal «Dresden» unter der direkten Verantwortung Churchills sollten zu denken geben, inwieweit das politische Handeln dieses in England so verehrten Staatsmannes von Hass und Rache gegen Deutschland geprägt war.

Die Sicherung der Beute durch die Westalliierten erfolgte unmittelbar nach Kriegsende. Alle Wissenschaftler mit Rang und Namen wurden zusammengesucht und interniert. Im Gegensatz zum Rest der Bevölkerung hat man sie bestens versorgt, und die Angebote, in Zukunft für die USA zu arbeiten, waren nicht abhängig von irgendwelchen Parteizugehörigkeiten.

Das grösste Potenzial Deutschlands aber waren seine bestens ausgebildeten Facharbeiter. Kein Land der Welt hatte etwas Vergleichbares zu bieten. Dieses Potenzial musste weiter verkleinert werden, um die Gefahr eines Wiedererstarkens Deutschlands zu minimieren. So liess man zwei Millionen gefangene Soldaten, die meisten von ihnen ausgebildete Facharbeiter, zu Tode kommen. Weitere sechs Millionen wurden Opfer der Mangelernährung.

Dass acht Millionen Tote von den Westalliierten verursacht wurden, steht ausser Zweifel. Inwieweit das Verhalten der Westalliierten auch zu den Millionen toten Vertriebenen beigetragen hat, lasse ich noch dahingestellt.

Doch nun zur Rolle der Juden bei diesen Vorgängen. Es wäre denkbar und wird auch manchmal so dargestellt, dass die Juden als Rache für ihre ermordeten Brüder und Schwestern an diesen Geschehnissen massgeblich beteiligt gewesen wären. Dem ist nicht so. Abgesehen von Henry Morgenthau und wenigen anderen, haben Juden bei der Aushungerung Deutschlands keine Rolle gespielt. Im Gegenteil, etliche jüdische Organisationen haben Hilfsaktionen für die Not leidende deutsche Bevölkerung durchgeführt, und viele prominente Juden in England und den USA haben ihre Stimme erhoben und gegen die unmenschlichen Zustände in Deutschland protestiert. Dafür haben sie sich den Dank der Deutschen verdient.

13. Die Vertreibung

«Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.» (Albert Einstein)

Diesem Kapitel stelle ich die Worte Konrad Adenauers voran, die er im März 1949 niederschrieb und die erkennen lassen, dass ihn das Wissen um die Geschehnisse rund um die Vertreibung tief berührt hat.

«Ich muss in diesem Zusammenhang zunächst von den Problemen der Vertriebenen sprechen. Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben. Von den 7,3 Millionen, die am Leben geblieben sind, sind der grösste Teil Frauen, Kinder und alte Leute. Ein grosser Teil der arbeitsfähigen Männer und Frauen ist nach Sowjetrußland in Zwangsarbeit verschleppt worden. Die Austreibung dieser 13 bis 14 Millionen aus ihrer Heimat, die ihre Vorfahren zum Teil schon seit Hunderten von Jahren bewohnt haben, hat unendliches Leid mit sich gebracht. Es sind Untaten verübt worden, die sich den von den deutschen Nationalsozialisten verübten Untaten würdig an die Seite stellen.»⁴⁶

Mit dem Ende der Potsdamer Konferenz war das Schicksal von Deutschland von den «Grossen Drei» – der UdSSR, Grossbritannien und den USA – weitgehend bestimmt worden. Die Aufteilung in Zonen, die Entwaffnung, die Reparationen und vieles mehr wurde entschieden, und hier wurde auch beschlossen, die deutschen Ostgebiete von Deutschen zu «reinigen» – ja, dieses Wort wurde tatsächlich benutzt -, um anschliessend von Polen, Tschechen und Russen über-

46 Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1949-53. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1965.

nommen zu werden. Diese Vertreibungen sollten in «humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden». Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass den zu Vertreibenden irgendein Schutz gewährt würde. Ebenso wenig wurde eine Durchführungsrichtlinie in Aussicht gestellt, ganz zu schweigen von einer Regelung bezüglich des Eigentums. So waren die Deutschen in den Ostgebieten einfach zu rechtlosem Freiwild erklärt worden, und niemand, der sich an Leib, Leben oder Eigentum der auszuweisenden Deutschen verging, hatte Strafverfolgung irgendwelcher Art zu befürchten.

Was in Polen unter «human und ordentlich» verstanden wurde, musste den Alliierten noch aus der Zeit vor 1939 bekannt sein. Zudem lagen den Alliierten zu dieser Zeit bereits die Berichte aus der Tschechei vor, welche die unmenschlichen Verbrechen der Tschechen an der deutschen Bevölkerung 1945 anklagten. Die Alliierten konnten keinesfalls für sich in Anspruch nehmen, dass sie im guten Glauben an die Menschlichkeit jede Massnahme zum Schutz der deutschen Bevölkerung «vergessen» hätten. Man darf Vorsatz für sehr wahrscheinlich halten.

Die Folgen waren fürchterlich! Die Hälfte der Vertriebenen wurde umgebracht und die Überlebenden mussten für den Rest ihres Lebens mit den erlittenen Traumata umgehen. In Polen gab es öffentliche Aufrufe, «Rache» an den Deutschen zu nehmen. Rache – wofür? Polen hat Deutschland vor 1939 oft genug mit Krieg bedroht und Polen hat die Deutschen im Land schon vor 1939 massakriert. Diejenigen, die wirklich unter der deutschen Herrschaft zu leiden hatten, waren die Juden, und die gab es 1945 in Polen praktisch nicht mehr. Wer nicht der Vernichtung zum Opfer gefallen war, suchte sein Heil so schnell wie möglich in der Flucht. Die Polen führten die Diskriminierung und Verfolgung von Juden nach dem Muster von vor 1939 auch nach 1945 fort. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Polen lag nach 1950 unter 100.000. Die Polen selbst hatten unter der deutschen Besatzung wenig zu leiden, wenn man von ihrem verletzten Stolz absieht. Das Gegenteil war sogar manchmal der Fall: 1980 durfte ich auf einer meiner Reisen nach Moskau die Bekanntschaft eines alten Polen machen. Er war verdienter Held der sozialistischen Arbeit, was ihn nicht unbedingt zu einem Freund eines Deutschen aus dem Westen

machte. Dennoch unterhielten wir uns freundlich, und er erzählte mir, dass es ihm in seinem Leben niemals besser gegangen sei als während der Zeit der deutschen Besatzung. Seine Erklärung war, dass die von den Deutschen eingesetzten Gutsverwalter die Güter sehr gekonnt führten. Sie waren in der Lage, Ernteerträge zu erzielen, die die Polen selbst nie erreicht hatten. So lebten die Polen im Überfluss und konnten obendrein Wodka in einer Menge destillieren, die die Produktion unter eigener Regie nie hergab. Der letzte Punkt war ihm sehr wichtig und er lachte herzlich dazu. Soweit meine persönliche Erfahrung.

Ein Blick in die ältere Geschichte ist für die Beurteilung der deutschen Besiedlung im Osten aufschlussreich. Die Wanderung deutschsprachiger Siedler Richtung Osten begann vor etwa 1.000 Jahren. Mit der Hanse sind deutsche Städte an der Ostseeküste entstanden und die deutschen Siedler breiteten sich von dort aus. Das war notwendig, weil die Gegend allgemein so dünn besiedelt war, dass ein Unterhalt der Hansestädte nicht möglich gewesen wäre ohne den Aufbau einer neuen Infrastruktur. Das heisst, die deutschen Siedler nahmen niemandem etwas weg. Im Gegenteil, die Region profitierte von den Fertigkeiten, die die Siedler mitbrachten. Es herrschte zunächst ein gesunder Wohlstand.

Weiter im Süden sah es etwas anders aus. Hier war das Land zwar auch dünn besiedelt, aber nicht wirklich leer. So haben sich die deutschen Siedler vorzugsweise in Gegenden niedergelassen, die von Altingesessenen vielfach verschmäht wurden, vor allem in höher gelegenen Regionen, die bewaldet und klimatisch ungünstiger waren. Man kann das leicht nachvollziehen: Die Hauptgebiete mit vornehmlich deutscher Bevölkerung lagen entlang der Gebirgszüge. Auch das Sudetenland liegt überwiegend in einer Höhe, die das Leben als Bauer nicht einfach macht. So kann man feststellen, dass sich die deutschen Siedler eher sozialverträglich in ihr Umfeld eingefügt haben und Jahrhunderte friedlich mit ihren Nachbarn lebten.

Die industrielle Entwicklung des 19. Jahrhunderts änderte den Status der Deutschen im Osten erheblich. Waren sie bis dahin Pioniere, die einem Land Leben abtrotzten, besaßen sie jetzt Land, das reich an Bodenschätzen war. Sie entwickelten Fertigkeiten, die Boden-

schätze auszubeuten, und erlangten dadurch Wohlstand. Manufakturen und Fabriken entstanden und die Verhältnisse kehrten sich um. Polnische Bauern blickten zu reichen Deutschen auf, die die wachsende polnische Bevölkerung zu einfachen Arbeitsleistungen heranzogen und dadurch ihren Wohlstand und ihr Prestige weiter verbesserten. Das Gleiche gilt für das Sudetenland und die Tschechen. Ich halte es für denkbar, dass die Ursachen für den Ausbruch des Hasses gegen die Deutschen in diesen Ländern in eben dieser Entwicklung zu suchen sind. Gleichwohl ist festzuhalten: Die Deutschen sind aus ihren Ostgebieten vertrieben worden, obwohl sie dort seit Jahrhunderten und Generationen ansässig waren. Das ist ein Verbrechen!

Was man Menschen antut, wenn man sie aus ihrer Heimat vertreibt, habe ich im Lauf meines Lebens begreifen gelernt. Ich bin selbst ein Flüchtlingskind. Wie sehr mich dieser Status von Menschen unterscheidet, die seit Generationen ein Gebiet ihre Heimat nennen dürfen, habe ich erst spät erkannt. Als Kind nimmt man die Dinge so, wie sie eben sind, man kennt es ja nicht besser. Später, als junger Mann, fiel mir an mir selbst auf, dass ich keine gefühlsmässige Bindung an einen bestimmten Ort empfinden wollte. Das Leben trieb mich durch die ganze Welt, und hätte es nicht der Zufall gebracht, dass ich eine Münchnerin heiratete, wäre meine Rückkehr nach München höchst unwahrscheinlich gewesen. Mein Weg, Geld zu verdienen, die Arbeit eines Flugkapitäns, brachte es mit sich, dass ich mit sehr vielen verschiedenen Menschen in intensivem Kontakt arbeiten durfte. Dabei fiel mir auf, dass sich manche Kollegen durch besondere innere Ruhe auszeichneten. Ich ging der Sache auf den Grund und stellte fest, dass diesen Menschen eine feste Verwurzelung in einem uralten, gewachsenen Umfeld gemein war. Sie wussten, wo sie zu Hause sind. Das gab und gibt ihnen ein Urvertrauen, um das ich sie beneide.

Daraufhin habe ich die Menschen weiter beobachtet und musste feststellen, dass die meisten Flüchtlingskinder irgendwie «heimatlose Gesellen» sind. Es fehlt einfach der grosse Kreis der verwandtschaftlichen Bindungen, welche entstehen, wenn Menschen seit Generationen in einer Region leben. Hinzu kommt, dass ja sowieso durchschnittlich die Hälfte der Verwandtschaft auf der Flucht umgekommen ist. Die Verwandtschaft war also nur noch halb so gross und der ver-

bliebene Rest konnte sich oft nicht auf einen Ort einigen. So wurden sie über ganz Deutschland verstreute, einsame Einzelkämpfer.

Nach 1990 war es möglich, die ehemaligen deutschen Ostgebiete zu bereisen. Ich bin immer wieder beeindruckt, wie schön – und wie klischeehaft deutsch – diese Gebiete sind. Andererseits erschüttert mich der Umstand, dass grosse Teile von Ostpreussen bis heute nicht von ihren neuen Besitzern genutzt werden. Der Verfall ist allgegenwärtig. Die beeindruckendsten Gebäude stammen noch aus der deutschen Zeit, doch oftmals befinden sie sich in einem jämmerlichen Zustand. Polen und Russen haben es in vielen Fällen nicht verstanden, ihre geraubten Güter wirklich in Besitz zu nehmen und wenigstens deren Bestand zu sichern. Die Tschechen haben ganze Dörfer nach der «Reinigung» von den Deutschen von der Landkarte ausgeradiert und nie wieder besiedelt. Vielleicht wollen sie nicht auf so vielen unschuldigen Leichen leben.

In der neuesten Zeit protzen die Tschechen mit den frisch renovierten Zeugnissen deutscher Kultur. Touristen aus aller Welt werden in das Sudetenland eingeladen und man führt ihnen stolz die alten deutschen Städte, Burgen, Schlösser und Weinkeller als tschechisches Erbe vor. Im Bewusstsein der Besucher werden so noch einmal die Leistungen deutscher Kultur geraubt und ausgelöscht. Tief im Innern der Tschechen lauert das Wissen um diese Geschichtsfälschung und erzeugt ein dumpfes Unbehagen, was keineswegs dazu beiträgt, ein unverkrampftes Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen herzustellen. Nur ein ehrlicher Umgang mit der Geschichte kann hier Besserung bringen. Ich persönlich empfinde es als eine ungeheure Infamie, Menschen ihrer Heimat und damit ihrer Wurzeln zu berauben. Das gilt wohlgerne für alle Vertriebenen dieser Welt, und davon haben die Politiker des 20. Jahrhunderts leider überreichlich geschaffen.

Nach der Niederschlagung des 1968er Aufstands in der Tschechoslowakei durch die russische Armee hörte ich meinen Vater sagen, dass das den Tschechen ganz recht geschehen sei. Sie seien selbst schuld, meinte er. Eine solche Einstellung war ich von meinem Vater nicht gewohnt. Seine strikte Abneigung gegen den Kommunismus war mir zwar geläufig, doch ansonsten vertrat er tolerante Standpunkte.

Also fragte ich ihn, warum er in diesem Fall so unerwartet heftig reagierte. Er erzählte mir folgende Geschichte: Im Frühjahr 1945 war mein Vater auf dem Weg von Russland nach Westen, auf der Flucht vor der vorrückenden Roten Armee. Wenn er in ihre Hände gefallen wäre, hätte das seinen sicheren Tod bedeutet. Er erlebte die Befreiung Prags durch die Wlassow-Armee und musste weiter nach Westen ziehen. Auf seinem Marsch von Prag nach Pilsen wurde er Zeuge der Massaker, die von den Tschechen an der deutschen Zivilbevölkerung begangen wurden. Er erzählte von regelrechten Treibjagden auf Frauen, Kinder und alte Menschen, die in den Wäldern Schutz suchten. Die Tschechen prügelten wahllos auf hilflose Menschen ein, verletzten sie dabei schwer mit Steinen und anderen Waffen. Er musste mit ansehen, wie Verletzten jede Art medizinischer Hilfe verwehrt wurde und wie viele von ihnen an den Folgen der blindwütigen Brutalitäten starben. Ein Erlebnis hat ihn ganz besonders erschüttert: Ein Tscheche riss einer Mutter ihren Säugling aus dem Arm, nahm diesen am Fuss und zerschlug seinen Schädel mit einer schleudernden Bewegung an einer Mauer. Daraufhin legte er den Säugling mit dem zerschmetterten Schädel zurück in die Arme der Mutter. Mein Vater hatte im Laufe seines Lebens wirklich viele Scheusslichkeiten sehen und erleben müssen, aber das war auch für ihn zu viel. Das Schlimmste in dem Moment war für ihn, dass er einfach nichts tun konnte, um diesem Blutausch irgendwie Einhalt zu gebieten, das sein eigenes Leben ebenso in Gefahr war. Er wurde nur verschont, weil er Russe war, aber dieser Status war höchst unsicher. Hätten die Tschechen erkannt, dass er auf der Flucht vor der Roten Armee war, hätten sie ihn aufgegriffen und an die Rote Armee übergeben. Bereits einige Tage zuvor hatte er sich vorsichtshalber seiner Pistole entledigt. Er versicherte mir, dass es nur diesem Umstand zu verdanken war, dass jener Tscheche am Leben geblieben ist. Hätte er seine Pistole noch gehabt, hätte er ihn auf der Stelle erschossen – ohne Rücksicht auf seine eigene Sicherheit. So aber erging es ihm nicht besser als vielen anderen Augenzeugen von Gräueltaten: Er musste hilflos zusehen und sein Heil in der Flucht suchen.

Empört war mein Vater auch über die Feigheit des tschechischen Mobs. Sobald Beobachter in der Nähe waren, reduzierten die Tschechen ihre Untaten erheblich. Diese Beobachter konnten französische

Soldaten auf dem Weg nach Hause sein oder Soldaten der Roten Armee oder auch Amerikaner. Das bedeutet, dass sich diese Banden durchaus der Ungeheuerlichkeit ihres Handelns bewusst waren. Ebenso konnte er beobachten, dass die Übergriffe der Tschechen sofort beendet waren, wenn die Angegriffenen sich wehren konnten bzw. Gegenwehr zu erwarten war. Die Tschechen vergingen sich nur an wehrlosen Frauen, Kindern und Alten, oder ihre Übermacht war so gross, dass der Angegriffene keine Chance hatte, sich ihrer zu wehren.⁴⁷

Mein Vater war kein Freund drastischer Worte, aber unter dem Eindruck dieser Erlebnisse sagte er: «Ein Volk, das zu derartigem Handeln fähig ist, verdient nicht, ‚Menschen‘ genannt zu werden. Sie haben es sich verdient, unter dem Joch Stalins zu leiden!» Mein Vater litt Zeit seines Lebens unter den Erinnerungen an diese Zeit.

Das ist der Bericht eines neutralen Beobachters, der vorher als Flüchtling freundliche Aufnahme und Hilfe von Prager Bürgern erfahren hat. Damit erlangt dieser Bericht eine besondere Qualität, weil er von einem Zeugen stammt, dem keine Parteilichkeit vorgehalten werden kann. Es gibt Tausende Berichte, die Ähnliches oder noch Schlimmeres dokumentieren. Dabei muss man sich darüber im Klaren sein, dass die schlimmsten Sachen gar nicht mehr berichtet werden können, weil keine Zeugen am Leben gelassen wurden. Das gilt selbstverständlich auch für die Ereignisse in Polen. Nur das, was in schriftlicher Form dokumentiert ist, kann heute noch recherchiert und ausgewertet werden. Die Archive der BRD enthalten eine Unzahl solcher Berichte.

Allgemein wird übrigens von russischen Soldaten gesprochen, wenn es um die Vergewaltigung deutscher Frauen geht. Das ist nur ein Drittel der Wahrheit, denn Tschechen und Polen haben sich in dieser Hinsicht auch nicht zurückgehalten. So wurden in einem Dorf im Sudetenland sämtliche deutschen Frauen zusammengetrieben und ihre Achillessehnen durchschnitten. Während sie schreiend am Boden lagen, wurden sie von tschechischen Männern vergewaltigt. Viele Frauen wurden mehrmals am Tag vergewaltigt, und das Tag für

47 Vgl.: Grom, Vadim: Der Weg vom Don zur Isar Hannover: Anderwelt Verlag, 2007.

Tag. Der 18-jährigen Tochter der Berichterstatteerin, die ihren Namen nicht genannt haben will, geschah dies wochenlang jeden Tag etwa 15-mal. Ich habe gerade diesen Bericht ausgewählt, weil er in besonderer Weise die Absichten der Täter blossstellt: Wenn man einen Menschen derart grausam verletzt, dann plant man entweder von vornherein seinen Tod oder man verdammt ihn vorsätzlich zu einem Leben als Krüppel. Wer sich dann noch an einer Todgeweihten oder Verkrüppelten vergeht, hat seine Bürgerrechte wahrhaftig verwirkt.

Viele Tschechen haben nach dem Krieg noch andere Taten auf ihr Kerbholz genommen. Das Konzentrationslager Theresienstadt und andere wurden von den Tschechen nicht etwa aufgelöst, sondern unter eigener Regie weiter betrieben. Ende 1945 verstarb in diesem Lager ein Herr namens Müller. Er starb einen ganz «gewöhnlichen» Lagertod. Hunger, mangelhafte medizinische Versorgung und ständige Misshandlungen waren die Ursachen.⁴⁸ An diesem Fall sind zwei Dinge bemerkenswert: Erstens, dass die Tschechen dieses Lager überhaupt weiter betrieben haben, noch dazu in einer Weise, dass dort weiterhin Menschen zu Tode kamen. Zweitens: Herr Müller war Jude. Er hatte den Makel, dass er ein deutscher Jude war.

Weitere Fälle von Juden, die über das Kriegsende hinaus in tschechischen Lagern gefangengehalten wurden, sind dokumentiert. Das erscheint im ersten Moment als irrsinnig und unglaubwürdig, doch es existieren tschechische Ministerialerlasse, datiert 1945 und 1946, welche Juden für «national unzuverlässig» erklärten, wenn sie vor dem Krieg die Interessen der deutschen Minderheit auf irgendeine Weise gefördert hatten. So kamen diese bedauernswerten Menschen vom Regen in die Traufe: Erst wurden sie wegen ihres jüdischen Glaubens von den Deutschen verfolgt, überlebten das, um dann von den Tschechen wegen ihres «Deutschseins» umgebracht zu werden.

Die einfache Ausweisung wäre schon unmenschlich genug gewesen, doch dieser Weg stand den Tschechen nicht offen. Gerade 1945

48 Nawratil, Heinz: Schwarzbuch der Vertreibung 1945-1948. Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit. München: Universitas Verlag, 2001.

hätte man sich der massiven internationalen Kritik ausgesetzt, hätte man Menschen jüdischen Glaubens des Landes verwiesen. So ein Vorgang hätte auch die Glaubwürdigkeit der Nürnberger Prozesse beschädigt. Also liess man die Juden weiter im Lager «schmoren» in der Hoffnung auf eine sich selbst ergebende endgültige «Lösung» dieses Dilemmas. In diesem Zusammenhang ist eine Beobachtung des früheren Theresienstadt-Häftlings H.G. Adler von Interesse, die er in seinem Buch «Theresienstadt 1941-1945» über das Lager schreibt: «[...] In keinem von Hitler besetzten Land, auch nicht in Deutschland selbst, kamen ‚illegale‘ Rettungen von Juden so selten vor wie im Gebiet des ‚Protektorates‘ (Tschechei). Oft wurden Hilfedienste sogenannter Freunde auch sehr teuer bezahlt.»⁴⁹

Das kann das Verhalten der Tschechen gegenüber den Juden erklären, ebenso wie die wiederholten Bemerkungen des tschechischen Lagerpersonals, Hitler habe schlecht gearbeitet; es seien immer noch Juden am Leben.⁵⁰ Nachdem die Tschechen für diese Verbrechen nicht angeklagt wurden, ist zu vermuten, dass es für die Bewertung eines Verbrechens offensichtlich ganz wesentlich ist, wer es begangen hat.

Die Tschechen haben Deutsche nicht einfach ausgewiesen, sondern sie haben sie in grosser Anzahl in ihre Konzentrationslager gesperrt, wo sie Tod und Verderben ausgeliefert waren. Eine derartige Vorgehensweise war nicht konform mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Aber die Tschechen haben schon vorher mit der systematischen Verfolgung und Ermordung von Deutschen begonnen, sobald sich ihnen die Möglichkeit dazu bot. Das geschah in der Regel unmittelbar nach dem Abzug der deutschen Truppen. Bis zur Potsdamer Konferenz war es für die Tschechen nicht klar, ob sie die Deutschen mit Zustimmung der Alliierten ausweisen dürfen. Also haben sie bereits frühzeitig damit begonnen, die deutsche Bevölkerung auf bestialische Weise zu dezimieren.

49 Adler, H. G.: Theresienstadt 1941-1945: Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Tübingen: Mohr, 1960.

50 Ebd.

Die Tschechen unterhielten 1.215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager sowie 215 Gefängnisse. Dort hielten sie über 300.000 Deutsche fest. Die genaue Zahl ist nicht bekannt, wird aber oft wesentlich höher geschätzt. Der ursprüngliche Name dieser Orte des Schreckens war «Konzentrationslager», später wurde die Bezeichnung «Sammellager» verwendet. In diesen Lagern wurden Deutsche nicht einfach umgebracht, sie wurden zu Tode gefoltert. Um einen schwachen Eindruck zu vermitteln, was sich dort abspielte, zitiere ich den Bericht einer deutschen Ärztin aus dem Lager Olmütz-Hodolein:

«Um den Leser nicht zu ermüden, greife ich nur einige Fälle heraus, deren Tod mir ob der tierischen Grausamkeit, mitdererausgeführt wurde, besonders im Gedächtnis haften geblieben ist. Das Folgende kann jederzeit im vollen Namen belegt werden.

Magistratsdirektor Dr. C. wurde, nachdem man ihn blutig geschlagen hatte, getötet, indem man ihm einen Schlauch in das Rektum einführte und ihm so lange kaltes Wasser unter Druck in den Darm einströmen liess, bis er starb.

Ing. H. wurde zweimal aufgehängt und zweimal wieder abgeschnitten, dann mit einer Riemenpeitsche mit Bleikugeln geschlagen, dass das Gebiet von Musculus gluteus maximus abwärts bis zur Achillessehne ein anatomisches Präparat von blossgelegten Muskeln, Sehnen, Blutgefässen und Nerven war. Darin wimmelten in den heissen Sommermonaten Tausende von Fliegenmaden. [...] Der starke Eiweissverlust und eine hinzukommende Dysenterie machten der Qual endlich ein Ende. In den letzten Tagen vor dem Tode holte ich mir diesen Patienten auf den Armen aus dem Zimmer in den Verbandsraum. Er wog kaum noch 30 kg. Diese Methode, jemanden so sterben zu lassen, war eine der häufigsten. Drei Monate waren alle Marodenzimmer mit derart zugerichteten Menschen belegt. Bei der Ausdehnung der Wunden und der zerschlagenen Muskulatur war an eine Heilung nicht zu denken. Sie starben alle [...]

Der furchtbarste Fall war ein 13-jähriges deutsches Mädchen, das vergewaltigt worden war und dem davon ein 30 cm langes Stück Darmschlinge aus der Scheide hing. Der tschechische Professor für Gynäkologie operierte das Mädchen dennoch. Es blieb am Leben. Da

Dr. B. inzwischen verstorben ist, darf ich verraten, dass nach seinem Bericht der Täter ein Kapitän der tschechischen Armee war.»⁵¹

Dieser Bericht ist nur einer von vielen. Wer sich mehr davon antun will, der schlage das Buch von Heinz Nawratil auf, das ich schon benannt habe: «Schwarzbuch der Vertreibung 1945-1948. Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit». Dort findet sich eine Fülle von Details, Berichten und Zahlen. Es ist vorsichtig und sorgfältig recherchiert und durch Quellen bestens belegt. Alle Angaben in diesem Kapitel beruhen auf diesem Buch bzw. auf James Bacques ebenfalls bereits genannten Büchern («Der geplante Tod» und «Verschwiegene Schuld»), sofern sie nicht anderweitig bezeichnet werden.

Diese Vorgänge in der Tschechei sind den Amerikanern natürlich nicht verborgen geblieben. Der politische Berater der US-Militärregierung Robert Murphy wies mehrfach darauf hin, dass unter den amerikanischen Soldaten eine antitschechische Einstellung besorgniserregende Ausmasse annehme. Diese werde durch die häufige Beobachtung von tschechischen Übergriffen gegen Frauen und Kinder hervorgerufen, wobei Amerikaner wiederholt schützend eingriffen. Die Berichte Murphys hatten auf die Politik der Alliierten jedoch keinen Einfluss. Erst Jahre später, am 26. Mai 1954, verurteilte ein amerikanisches Gericht der Alliierten Hochkommission den Leiter des Konzentrationslagers Budweis, Vaclav Hrneck, nachdem er nach Westdeutschland geflüchtet war. Eine gezielte Verfolgung der bekannten Verbrechen erfolgte durch die Alliierten ansonsten nicht.

Nun zu den Verbrechen, die an Deutschen in Polen begangen wurden. Bereits vor 1939 hatten die Polen begonnen, Deutsche durch Übergriffe und Plünderungen zu vertreiben, wann immer sie dazu Gelegenheit fanden. Was die Situation aber ab 1944 noch wesentlich schlimmer machte, war die unheilige Allianz, die die Polen dann mit den Soldaten der Roten Armee schlossen. Man könnte meinen, dass

51 Nawratil, Heinz: Schwarzbuch der Vertreibung 1945-1948. Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit. München: Universitas Verlag, 2001.

beide Seiten sich gegenseitig zu übertreffen suchten in der angewandten Brutalität.

Dem Umstand, dass die Rote Armee nach dem ersten Einmarsch in Ostpreussen wieder zurückgeschlagen wurde, ist es zu verdanken, dass es über die Verbrechen der Sowjetarmisten in jener Zeit gute Dokumente gibt. Weil diese Dokumentationen meist von der «Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts» (WUSt) stammen, wird oft der Versuch unternommen, sie als Propaganda der Nazis abzutun. Das hält einer objektiven Beurteilung nicht stand. Einige Berichte sind unter Mitwirkung neutraler Beobachter erstellt worden, die zum Teil aus der Schweiz und sogar von den Westalliierten kamen. Alle Berichte sind von den Amerikanern nach dem Krieg bestätigt worden und seriöse Historiker erkennen die Richtigkeit der Berichte der Wehrmacht-Untersuchungsstelle an.

Bei ihrem Einmarsch in Ostpreussen haben die Soldaten der Roten Armee ganze Ortschaften ausgelöscht. Sie haben Frauen und Mädchen im Alter von 8 (acht!) bis 84 Jahren vergewaltigt, gefoltert und erschlagen. Ihr Wüten nahm kein Ende, bis praktisch kein deutsches Leben mehr übrig war. Sie haben geplündert, was sie tragen konnten, vorzugsweise Uhren und Wertgegenstände. Der US-General Frank A. Keating verglich das hemmungslose Treiben mit dem der barbarischen Horden von Dschingis-Khan. Mit ihrem Vordringen nach Westen nahm das blindwütige Morden der Soldaten der Roten Armee ab – die Vergewaltigungen nicht. Die Schändungen von Frauen und Mädchen zogen sich durch bis Berlin und waren auch nach Kriegsende noch an der Tagesordnung.

Aus den teils ausführlichen Berichten, die mir aus dieser Zeit und Gegend vorliegen, geht hervor, dass in der Regel ein Unterschied zwischen dem Verhalten von Offizieren und dem der einfachen Soldaten bestand. Die Offiziere verhielten sich eher korrekt, was die Behandlung von Frauen anbetraf, aber einer guten Uhr konnten auch sie nicht widerstehen. Manchmal beschützten russische Offiziere die Deutschen sogar vor den Übergriffen der Polen. Zur Ehrenrettung der Russen will ich nicht unerwähnt lassen, dass viele Offiziere ihre Karriere opferten und sogar ihr Leben in Gefahr brachten, um dem unmenschlichen, mörderischen Treiben Einhalt zu gebieten. Wie viele einfache

Soldaten ähnlich gehandelt haben, ist leider nicht dokumentiert. Das prominenteste Beispiel für das fruchtlose Bemühen um Menschlichkeit ist Lew Kopelew. Der Träger des Friedenspreises 1981 des Deutschen Buchhandels und russische Bürgerrechtler war damals Offizier in der Roten Armee. Er berichtet von einem Gang durch den Bahnhof von Allenstein/Ostproussen:⁵²

Hin und wieder ein Toter. Vor einem Personenwagen sah ich die Leiche einer kleinen Frau. Das Gesicht vom hochgerutschten Mantel bedeckt, die Beine, in den Knien angewinkelt, auseinandergerissen. Eine dünne Schneeschicht und ein schamhaft darüber geworfener Stoffetzen verhüllten kaum den verkrümmten, geschändeten Körper. Offenbar hatten mehrere sie vergewaltigt und dann getötet, vielleicht war sie aber auch so gestorben, im schrecklichen Kampf erstarrt. [...] Vom Nachbarwagen herüber plötzlich eine leise Altfrauenstimme: «Soldat, Soldat!»

Ich gehe hin, klettere auf den Wagen. Zwischen Kisten verschiedener Grösse ein Nest aus Matratzen und Kissen. Darin eine in Schals und Tücher gewickelte Person, eine dunkle, schneegepuderte Kapuze, halb verborgen darin ein dreieckiges, verhutztes Gesichtchen. Grosse, helle Augen. Sie blicken ganz ruhig, verständig, sogar freundlich.

«Wie sind denn Sie hierher geraten, Grossmutter?»

Sie wundert sich nicht einmal, dass ich Deutsch spreche.

«Bitte, Soldat, erschiess mich. Bitte sei so gut!»

«Wo denken Sie hin, Grossmutter! Haben Sie keine Angst, es geschieht Ihnen nichts Böses.»

Zum wievielten Mal wiederhole ich nun schon diese Standardlüge! Nichts Gutes wird ihr geschehen!

«Wohin wollten Sie fahren? Haben Sie Verwandte hier?»

«Niemanden habe ich. Tochter und Enkel wurden gestern von euren Soldaten erschlagen. Der Sohn kam schon früher im Krieg um. Und der Schwiegersohn ist wahrscheinlich auch tot. Alle sind tot. Ich brauche nicht mehr zu leben, ich kann nun auch nicht mehr leben.»

52 Kopelew, Lew Sinowjewitsch: *Aufbewahren für alle Zeit*. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1976.

Sie spricht ganz gelassen, einfach, ohne Phrasen. Kein Jammern, keine Träne. Völliges Abgeschlossenhaben mit dem Leben. Nur von daher kann eine solche Ruhe kommen, und, vielleicht, aus Demut und aus dem Bewusstsein menschlicher Würde.

Kopelew bezahlte seinen engagierten Einsatz für die Menschlichkeit mit Degradierung und Verbannung. Allein dieses eine Beispiel sagt uns aber noch etwas ganz anderes: Das mörderische Treiben der Roten Armee war von ganz oben angeordnet, letztlich von Stalin selbst. Welchen Grund sollte er auch haben, mit der Bevölkerung des Feindes besser zu verfahren als mit seiner eigenen? Diese Betrachtung hat aber noch einen weiteren Aspekt: Die Westalliierten hatten Kenntnis vom brutalen Vorgehen der Roten Armee.

Stalin war abhängig von Churchill und Roosevelt. Ohne die Lieferungen von Militärmaterial aus dem Westen wären seine Erfolge über die Wehrmacht stark infrage gestellt gewesen. Das heisst, Churchill und Roosevelt hätten Stalin unter Druck setzen und ihn ultimativ auffordern können, seine Soldaten zur Ordnung zu rufen. Die Disziplin in der Roten Armee war grundsätzlich sehr strikt und Verstösse gegen Anordnungen wurden schnell mit Erschiessen geahndet. Ein Wort von Stalin hätte genügt, das Morden und Vergewaltigen zu beenden. Das Gegenteil war der Fall: Wer sich gegen das wüste Treiben der russischen Soldaten auflehnte, der wurde disziplinarischen Massnahmen unterworfen. Also muss Stalin persönlich verantwortlich gemacht werden.

Aber das reicht nicht aus. Churchill und Roosevelt hatten es in der Hand, von Stalin ein Verhalten der Roten Armee einzufordern, das die Menschenrechte und die Würde des Menschen wenigstens ansatzweise respektieren sollte. Doch nichts dergleichen geschah, und so haben sich Churchill und Roosevelt mitschuldig gemacht an den Verbrechen der Roten Armee gegenüber der deutschen Bevölkerung. Dieser Fakt reiht sich ein in die Kette der weiteren Verbrechen. Churchill und der Nachfolger Roosevelts, Truman, haben die Verantwortung zu tragen für alles, was mit Deutschland und den Deutschen nach dem Krieg passierte. Sie hatten uneingeschränkte Macht über das besiegte Deutschland und letztlich über ganz Europa.

Die Machtverhältnisse zwischen den Westalliierten und der UdSSR werden meist falsch dargestellt. Es wird der Eindruck vermittelt, dass die Westalliierten den Vormarsch der Roten Armee nach Westen nur mit Mühe stoppen konnten. Das Gegenteil war der Fall: Die Soldaten der USA waren schon viel weiter nach Osten vorgedrungen und hätten ihren Vorstoss ohne grosse Mühen weiter vorantreiben können. Erst später haben sie sich hinter die jahrzehntelang bekannte Demarkationslinie zurückgezogen. Es kam zu Vermischungen zwischen der Roten Armee und amerikanischen Soldaten auf deutschem Boden, die keinerlei Konflikte hervorriefen. Stalin, Churchill und Roosevelt haben koordiniert nach ihrem gemeinsamen Plan gehandelt. Vordergründig wurde ein Konflikt beschworen, der dann in den sogenannten «Kalten Krieg» mündete. Das war von Anfang an ein Lügengebilde. Hätte man tatsächlich den Kommunismus in Europa zurückdrängen wollen, wäre es den Westalliierten 1945 ein Leichtes gewesen, die Rote Armee zurück nach Russland zu jagen. Nun dachte unter Truman und Churchill allerdings niemand daran, dieses so sinnstiftende und kostspielige «Experiment Sowjetunion» vorzeitig zu beenden, zu viel erwartete man noch aus dessen Lehren. Fest steht: Mit dem Kriegsende hätte man sogar die Westgrenze Russlands beliebig bestimmen können.

Die Militärmaschinerie der USA und Englands war in Bestform in Europa präsent. Allein die Kapazität der Luftwaffe, die bereits die deutschen Städte in Schutt und Asche gelegt hatte, garantierte eine absolute Überlegenheit. Keine Stadt und keine Armee der UdSSR wäre vor Zerstörung sicher gewesen. Dazu kamen der Besitz der ersten funktionstüchtigen Atombomben und der Sieg über Japan, der den USA die Möglichkeit bot, Russland von Osten in die Zange zu nehmen. Zusätzlich konnten die amerikanischen Streitkräfte aus dem Pazifik schnell nach Europa verlegt werden. Die UdSSR war fertig. Die USA und England hatten absolute Macht über das Geschehen in Europa. Stalin wusste das, deshalb hat er 1945 auch nicht an der Siegesfeier auf dem Roten Platz in Moskau teilgenommen, sondern das Feld allein seinem Marschall Schukow überlassen. Stalin wusste genau, dass das Überleben der UdSSR nicht in seiner Hand lag. Das ist der eigentliche Grund, weshalb er seine Armee so schnell demobilisiert hat – er wusste, dass sie nutzlos geworden war.

Die Konferenz von Potsdam und alle anderen «Verhandlungen» mit der UdSSR waren nur eine grosse Show. Ein Theater, das die Welt überzeugen sollte, dass die Neuordnung Europas das Ergebnis politischer Notwendigkeiten war und nicht das alleinige Diktat des Willens der Engländer und ihres «Schwanzes», der USA. Dementsprechend fällt alles, was den Menschen in Europa widerfahren ist, in die alleinige Verantwortung Englands und der USA.

Frankreich war in diesem Machtspiel kein Faktor, was die militärische Potenz anbelangt. Frankreich sass nur zufällig und pro forma mit am Tisch der Sieger. De Gaulle gefiel das nicht, deswegen hat er die Nato bei der ersten sich bietenden Gelegenheit verlassen. De Gaulle wusste ebenso, dass Frankreich bei der Neuordnung des Weltfinanzsystems in Bretton Woods von den Vorteilen dieses Systems für England und die USA ausgeschlossen war. Frankreich hatte, wenn überhaupt, nur geringe Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Abgesehen vom Saarland, hatte Frankreich auch keine territorialen Gewinne erzielen können. Elsass-Lothringen war Frankreich von Hitler nicht streitig gemacht worden.

England und die USA hatten es 1945 in der Hand, die Herrschaft der Kommunisten in Osteuropa ein für alle Mal zu beenden. Die Menschen in der Sowjetunion, die nun schon über zwanzig Jahre unter der Schreckensherrschaft der Kommunisten gelitten hatten, waren bereit, jedes andere System freudig zu begrüßen. Sie waren das Experiment leid, unter dem sie litten.

Auch das wussten die Engländer und die Amerikaner, aber konnte das ihren Zielen entsprechen? Mit Sicherheit nicht! Ein Osteuropa unter den Bedingungen eines freiheitlich demokratischen Systems wäre schnell wieder zu Blüte und Macht gekommen, hatte doch die UdSSR bewiesen, dass sie selbst unter den widrigen Bedingungen eines kommunistischen Systems zu erstaunlichen Leistungen fähig war. Ein potentes, freiheitlich-demokratisches Osteuropa wäre für die imperialistische angloamerikanische Politik schnell ein unüberwindbares Problem geworden. Ebenso wie ein demokratisches, freies und souveränes Deutschland in seinen alten Grenzen, das mit den Ländern Osteuropas zusammenarbeitet. Die politische Ordnung in Europa, wie wir sie seit 1945 kennen, entspricht genau den Plänen, die Ende des 19. Jahrhunderts in England aufgestellt worden sind.⁵³ Der Fortgang der

Geschichte ist zwar wegen der Atombombe, deren Erfindung nicht vorauszusehen war, etwas anders verlaufen als geplant, doch die jüngste Geschichte hat bewiesen, dass die Pläne der angloamerikanischen Machtpolitiker weitgehend realisiert wurden.

Zurück zu dem Völkermord an den Deutschen in Polen. Werden die Untaten der russischen Soldaten noch manchmal erwähnt, so schweigt man sich über die polnischen Verbrechen nahezu vollständig aus. Dabei ist es nicht so, dass es keine Beweise dafür gäbe, die gibt es reichlich. Es ist nur so, dass man den russischen Soldaten gerne zugutehält, sie hätten sich für erlittenes Unrecht an den Deutschen gerächt. Bei den Polen sieht das etwas anders aus. Diese mildernden Umstände können sie für sich nicht in Anspruch nehmen – es sei denn, sie hätten plötzlich ihre Liebe zu ihren polnischen Juden entdeckt und in deren Namen Rache geübt. Das jedoch ist nicht der Fall, denn die Polen haben nach 1945 ihre Juden weiterhin verfolgt und vertrieben. Aus diesem Grund muss über die polnischen Untaten möglichst geschwiegen werden, da es sonst unumgänglich wäre, auch darüber zu Gericht zu sitzen. Das ist nicht meine Aufgabe, aber ich will die Polen daran erinnern, dass sie nicht das Recht haben, sich moralisch über andere zu erheben.

Aus den mir vorliegenden Berichten geht übereinstimmend hervor, dass sich Polen durch unberechenbare, besondere Grausamkeit ausgezeichnet haben, Zivilisten auf Raubzug mordeten, vergewaltigten und plündernd durch die deutschen Gebiete zogen. Sie raubten alles, was von Wert sein könnte, und wenn etwas zu schwer war, um es fortzutragen, zerstörten sie es mutwillig. Auch in den polnischen Gebieten wurden die Deutschen in Konzentrationslager gesteckt, wo die Verhältnisse und die Behandlung ähnlich waren wie in den tschechischen. Allein im Lager Lamsdorf starben von etwa 8.000 Insassen 6.048. Wieder weise ich darauf hin, dass diese Zustände bei den Westalliierten sehr wohl bekannt waren. Unter anderem weist das der Leserbrief von Bertrand Russel nach, den die «TIMES» am 19. Oktober 1945 veröffentlicht hat:

53 Vgl.: Rüggeberg, Dieter: Geheimpolitik. Wuppertal: Rüggeberg, 1990.

«In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmass durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, dass man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen, schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewussten ‚Friedenspolitik‘. [...] Im Potsdamer Protokoll wird vorgeschrieben, dass die Ausweisungen in ‚geregelter und humaner‘ Weise durchgeführt werden sollen. Und es ist wohl bekannt – durch öffentliche Berichte wie durch Briefe, die zahlreiche britische Familien von Verwandten und Freunden in den Besatzungsarmeen erhielten –, dass diese Bedingungen von unseren russischen und polnischen Verbündeten nicht beachtet worden sind [...]»

Nichts, aber auch gar nichts, kann Taten wie die im Folgenden geschilderten entschuldigen. Dieser Bericht stammt vom Lagerarzt aus dem KZ Lamsdorf/Oberschlesien:

«Am 15. September 1945 wurden 16 Männer vor einen Wagen gespannt und mussten unter ständigen Stockschlägen schwere Eisenteile im Nachbardorf holen. Sie konnten sich kaum halten vor Schwäche und Hunger. Unterwegs im Walde wurden auf diese Männer regelrechte Schiessübungen veranstaltet, wobei die Hälfte der Unglücklichen unter Feuer in einen Teich gejagt wurde und darin ertrank. Die anderen, worunter sich auch der jetzt noch lebende Ehrhard Sch. befand, kehrten blutüberströmt und sich nur mühsam vorwärts schleppend zurück. Drei von ihnen hatten von den Schreckenserlebnissen die Sprache verloren. Einer schrie vor Schmerzen, weil er vier tiefe Bajonettstiche im Körper hatte. Aber er durfte nicht ins Revier oder ärztlich behandelt werden. Er erhängte sich in derselben Nacht neben der Schlafstelle eines Mithäftlings.»⁵⁴

54 Nawratil, Heinz: Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948. München: Universitas Verlag, 2001.

Der nächste Bericht ist ein Auszug aus einem Urteil des Landesgerichts Hannover vom 20. Dezember 1951 (Aktenzeichen 2 KS 1/51 28 a 6/51):⁵⁵

«[...] Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen sowie Knaben im Alter bis etwa 15-16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen. Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch einmal insgeheim zusammen und wurden dabei von der polnischen Miliz gefasst, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe.

Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank. An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags einen halben Liter Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meist faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot [...]

Andererseits spotteten die hygienischen Verhältnisse im Lager aller Beschreibung, sodass eine grosse Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, dass viele Menschen am Flecktyphus verstarben. Zwar hatten die Polen den deutschen Lagerinsassen Dr. Esser, der von Beruf Arzt war, zum Lagerarzt gemacht. Jedoch hatten sie ihm keinerlei medizinische Instrumente oder Medikamente zur Verfügung gestellt, ja, sie hatten sogar die Medikamente, die Dr. Esser anfangs aus Abfallgruben und Trümmerhaufen mühsam zusammengesucht hatte, mit Füßen zertreten [...] Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmässig aus nichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermassen aus Spielerei erschossen.

[...] Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im Allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der

55 Ebd.

Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 bis 70 Leuten [...] nach einem anstrengenden Fussmarsch gekommen. In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte ‚Nachtübung‘, wobei sie etwa die Hälfte der Menschen – und zwar solche, die nicht schnell genug ‚auf – nieder‘ machen konnten – erschlugen.

Es ist nicht notwendig, sich mit weiteren Berichten zu belasten. Die zitierten Dokumente stehen exemplarisch für alle anderen, die, wie ich schon sagte, zu Tausenden existieren. In weniger dramatischen Berichten wird davon erzählt, dass den Menschen, die schon in einem Flüchtlingsstreck Richtung Westen unterwegs waren, von Polen die mitgeführten Lebensmittel oder Wertgegenstände geraubt wurden. Auch das konnte für diese Menschen das Todesurteil bedeuten.

Polen hat schwere Schuld auf sich geladen, und ich halte es für falsch, den Mantel des Schweigens darüber zu breiten. Aus zweierlei Gründen: Für die Verbrechen der Nationalsozialisten gilt zum einen, dass man ständig daran erinnern muss, um eine Wiederholung zu verhindern. Das muss dann aber auch für andere Verbrechen ähnlicher Qualität seine Gültigkeit haben. Zum anderen wird bezüglich der jüdischen Opfer gesagt, dass man die Opfer zweimal tötet, wenn man ihr Angedenken dem Vergessen überantwortet. Auch das muss für deutsche Opfer ebenso gelten dürfen.

Nur wer die Geschichte kennt, kann die Zukunft verantwortlich gestalten. Dementsprechend will ich hier auch noch an diejenigen, die von den Sowjets in Arbeitslager nach Sibirien verschleppt worden sind, erinnern. Ihre Zahl ist unbekannt, Schätzungen gehen von ein bis drei Millionen aus. Die Mehrzahl von ihnen fand in Stalins Lagern den Tod. Sie waren nicht, wie die Kriegsgefangenen, durch die Genfer Konvention geschützt und die Schergen Stalins haben sie einfach «verbraucht». Sie stammten aus allen deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa.

An dieser Stelle muss ich eine Bemerkung über die deutsche Wehrmacht einschieben. Diese Armee war wahrscheinlich die einzige in jener Zeit, die mit Vergewaltigern aus ihren eigenen Reihen conse-

quent kurzen Prozess gemacht hat. Wenn ein deutscher Soldat bei einer Vergewaltigung erwischt worden ist, wurde er von seinen Kameraden am nächsten Baum aufgehängt. Er wurde nicht erschossen, er wurde aufgehängt. Das wurde mir von mehreren Soldaten berichtet und man kann über diesen Ehrenkodex der deutschen Wehrmacht auch Berichte in den Archiven der Alliierten finden. Dementsprechend fanden Vergewaltigungen durch deutsche Soldaten praktisch nicht statt.

Jugoslawien – dieses Kapitel ist am wenigsten bekannt. Das liegt nicht etwa daran, dass die Jugoslawen keine Verbrechen gegen unschuldige deutsche Volksgruppen begangen hätten, vielmehr war die Gesamtzahl der deutschstämmigen Bevölkerung gering. Es handelte sich im Wesentlichen um die Banater Deutschen (auch Banat-Deutsche). Ihre Zahl wird mit insgesamt 750.000 für 1937 angegeben. Davon ergriff weit mehr als die Hälfte die Flucht, als sich die Wehrmacht aus Jugoslawien zurückziehen musste. Der Rest blieb in seiner schönen Heimat in dem Bewusstsein, nichts Böses getan zu haben – eine Entscheidung, die sie bitter bereuen mussten.

Die planmäßige Vernichtung der Banat-Deutschen durch jugoslawische Partisanen begann 1944. Auch hier wurden mehr als 1.000 Lager eingerichtet, in denen die Deutschen zusammengetrieben und ermordet wurden. Familien wurden getrennt und Mütter vor den Augen ihrer Kinder erschossen. Die Rote Armee hat bereits 1944 Zehntausende arbeitsfähige Deutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Das Besondere in Jugoslawien war, dass 80 Prozent der Deportierten Frauen waren, die, nachdem man sie von ihren Kindern getrennt hatte, in Lager verbracht wurden. Die jugoslawischen Partisanen haben gegen die deutschen Zivilisten nicht weniger schrecklich gewütet als die Polen oder Tschechen. Damit nicht der Eindruck entsteht, ich würde nur die Verbrechen der Polen und Tschechen besonders hervorheben, zitiere ich den Bericht einer nicht deutschen Augenzeugin aus dem Lager Kikinda:⁵⁶

56 Ahrens, Wilfried: Verbrechen an Deutschen, Dokumente der Vertreibung. Arget: Ahrens, 1983.

«Am 3. November (1944) war ich Augenzeuge der ersten Abschachtung einer grösseren Gruppe (Deutscher) (...) Zunächst wurden die Männer nackt ausgezogen, mussten sich hinlegen und es wurden ihnen die Hände auf den Rücken gebunden. Dann wurden alle mit Ochsenriemen entsetzlich geprügelt und man schnitt ihnen nach dieser Tortur bei lebendigem Leibe Streifen Fleisch aus dem Rücken, anderen wurden die Nasen, Zungen, Ohren oder die Geschlechtsteile abgeschnitten. (...) Die Gefangenen schrien und wanden sich in Krämpfen. Dies dauerte etwa eine Stunde, dann wurden die Schreie leiser, bis es verstummte. Noch am nächsten Tag, wenn wir über den Hof gingen, lagen überall Zungen, Augen, Ohren und dergleichen menschliche Körperteile herum, ausserdem war der ganze Hof mit gestocktem Blut bedeckt. (...) Freitag, Samstag und Sonntag wurden immer eine Menge Leute abgeschlachtet. (...) Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag wurden dazu benutzt, um das Lager wieder neu aufzufüllen, Leute aus der Umgebung wurden hereingetrieben. Am Freitag ging dann die Schlächtereier von neuem los. Später konnte ich nicht mehr zusehen, aber wir hörten alles. Die Opfer, wie sie schrien, und die Partisanen, wie sie sich lustig machten.»

Jugoslawen, Polen und Tschechen, machten keinen Unterschied bei der Auswahl ihrer Opfer. Es war vollkommen gleichgültig, ob der Deutsche Kommunist war oder Widerstandskämpfer. Was zählte, war allein die Tatsache seiner deutschen Abstammung. Im Fall von Jugoslawien führte das zu ungewöhnlichen Aktionen der Amerikaner. Einige amerikanische Staatsbürger jugoslawiendeutscher Abstammung waren auch in die Lager geraten, woraufhin die Amerikaner eine Protestnote nach Jugoslawien schickten. In dieser Note war die Rede davon, dass Internierung in Konzentrationslagern ohne gerichtliches Verfahren und Sklavenarbeit gegen die Menschenrechte und die Gepflogenheiten zivilisierter Völker verstiesse. Ebenso wie in der jüngsten Geschichte galt offensichtlich auch damals schon die Regel für die USA: Völker- und Menschenrechte müssen nur dann angewendet werden, wenn es sich um amerikanische Staatsbürger handelt. Guantanamo lässt grüssen!

Die Potsdamer Konferenz hat bezüglich der «Reinigung» Jugoslawiens von «deutschen Elementen» keine Beschlüsse gefasst, dennoch ist es den Jugoslawen gelungen, ihr Staatsgebiet gründlich zu «reinigen».

Rumänien, Ungarn und die Slowakei haben gezeigt, dass es auch anders sein konnte. Zwar gab es auch dort Deportationen durch die Sowjets, aber planmässige Vernichtungen fanden nicht statt. Die Slowaken, die unter den Tschechen selbst als Minderheit zu leiden hatten, gaben den Deutschen in ihrem Land sogar die Möglichkeit, sich zur slowakischen Staatsbürgerschaft zu bekennen. Allerdings wählten nur wenige diese Option, die meisten zogen es vor, ihre Heimat zu verlassen. Das lief dann auch weitgehend «human und ordentlich» ab. In Rumänien fand eine planmässige Ausweisung nicht statt. Die meisten Siebenbürgen-Deutschen hatten Rumänien schon mit der abziehenden Wehrmacht den Rücken gekehrt. Später, in den 1950er-Jahren, folgte dann noch einmal eine Ausreisewelle. Für Ungarn gilt das Gleiche, mit dem Unterschied, dass eine spätere Ausreise im Normalfall nicht mehr möglich war.

Die letzten drei Kapitel (11 bis 13) will ich mit einigen Zahlen abschliessen. Adenauer benennt die Zahl der Menschen, die im Rahmen der Vertreibung den Tod gefunden haben, mit sechs Millionen. Dazu addiere ich die sechs Millionen, die in den Besatzungszonen verhungern mussten. Ich nehme hier sechs Millionen und nicht 5,8, um den Toten zwischen August 1945 und Oktober 1946 ein wenig gerecht zu werden. Dazu kommen noch die zwei Millionen Soldaten, die in alliierter Gefangenschaft ihr Leben verloren haben. Das macht zusammen die erschreckende Summe von 14 Millionen Deutschen, die zwischen 1945 und 1950 eines vorzeitigen Todes gestorben sind. Das war nach dem Krieg! Alle kriegerischen Handlungen mit Waffen waren eingestellt, und obwohl offiziell noch kein Frieden geschlossen war, ist es nicht falsch, von Friedenszeiten zu sprechen.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass es 1945 etwa 82 Millionen Deutsche gab – innerhalb und ausserhalb der Besatzungszonen, ohne Österreich. In Relation gesetzt zu den 14 Millionen Toten, ergibt

sich, dass zwischen 1945 und 1950 rund 17 Prozent der deutschen Bevölkerung umgekommen sind – das ist fast jeder Fünfte!

In meinen Augen ist das Schlimmste daran, dass darüber der Mantel des Schweigens gebreitet wurde. Dadurch kann die Menschheit nicht aus der Geschichte lernen, und wir müssen immer wieder erleben, dass sich deswegen Politiker erlauben, Positionen einzunehmen, die ihnen, geschichtlich betrachtet, in keiner Weise zustehen. Aus genau diesem Grund habe ich mich der Aufgabe gewidmet, einige Wahrheiten vor dem kollektiven Vergessen zu bewahren, vor allem auch deswegen, weil die Zeitzeugen bereits weitgehend tot sind – die Täter ebenso. So will ich dazu beitragen, dass Generationen, die definitiv nicht mehr zu Tätern oder Opfern zählen, einander gegenüber treten können, ohne dass der eine das Recht beanspruchen darf, dem anderen das Büsserhemd zuzuweisen. Ein solcher Zustand ist wahrlich nicht förderlich für den Frieden und die Freundschaft unter den Völkern.

Es ist mir unbegreiflich, was Menschen dazu veranlassen kann, so grausam gegeneinander zu sein. Gerade deswegen halte ich es für unabdingbar, nicht nur die Ursachen und Abläufe der schrecklichen Morde an vielen Millionen Juden zu erforschen, sondern auch alle anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vielleicht kann diese Vorgehensweise der Schlüssel sein, um den Mechanismus zu identifizieren, der solche Taten auslöst. Wenn man diesen Mechanismus kennt, ist das der erste Schritt in eine Welt, die nicht mehr von Krieg und Verderben heimgesucht wird.

Bis jetzt sind wir davon leider noch sehr weit entfernt. Auch ein vereintes Europa ist keine Garantie gegen Aggression der Völker untereinander. Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine zeigen, dass es innerhalb Europas immer noch politische Kräfte gibt, die unter Bezugnahme auf nicht aufgearbeitete Konflikte alte Animositäten für ihre Interessen missbrauchen. Nur eine ehrliche Aufarbeitung aller Aspekte kann die neuen Generationen, welche die «Gnade der späten Geburt» haben, von den Lasten und Dünkeln befreien, die eine tiefe Verständigung und Freundschaft untereinander behindern. Ich persönlich mache den Söhnen und Enkeln aller Völker keine Vorwürfe für die Taten ihrer Vorväter, solange sie nicht versuchen, mich mit einer kollektiven «Erbschuld» zu diskreditieren.

14. 1949

Deutschland existierte nicht mehr. Der Völkermord an den deutschen Vertriebenen war weitgehend abgeschlossen. Die Weltöffentlichkeit wurde mehr und mehr auf die unverantwortbaren Zustände in Deutschland aufmerksam und verlangte Abhilfe. Die Westalliierten waren gezwungen, ihre Aushungerungspolitik gegenüber den Deutschen zu beenden. Es war die Zeit gekommen, in Deutschland ein staatsähnliches Gebilde zu schaffen. Die Gefahr, dass eine deutsche Regierung international einen unüberhörbaren Protest gegen den Völkermord an den Vertriebenen platzieren würde, war aus zwei Gründen gering: Zum einen war es bereits geschehen und zum anderen konnte man es sowieso verbieten. Es war zudem an der Zeit, die Forderung der UdSSR nach einem geeinten Deutschland ein für alle Mal unmöglich zu machen. So wurden Fakten geschaffen, die obendrein die Verantwortung der Westalliierten für ihre Besatzungszonen von ihren Schultern nehmen sollten. Das Kunstgebilde «Bundesrepublik Deutschland» wurde kreiert.

Der Morgenthau-Plan wurde vorläufig zurückgestellt und ersetzt durch den Marshall-Plan. Ich sage bewusst «vorläufig», weil die jüngste Geschichte zeigt, dass die Entwicklungen in Deutschland nach 1990 die Vermutung nahelegen, dass der Morgenthau-Plan nicht restlos im «Müll der Geschichte» verschwunden ist. Mithilfe des Marshall-Plans sollte Deutschland wieder wirtschaftlich aufgebaut werden. Nur so konnte man erwarten, dass es in die Lage versetzt würde, Reparationen zu leisten. Insbesondere die Zahlungen an Israel würden die eigenen Kassen entlasten, denn es war klar, dass dieses andere «Kunstgebilde» für lange Zeit auf finanzielle Hilfe angewiesen bleiben sollte.

Das folgende «Wirtschaftswunder» in Deutschland ist aber nur zu einem verschwindend geringen Teil dem Marshall-Plan zu verdanken. Ohne die grossartigen Leistungen der deutschen Arbeiter und Ingenieure wäre nichts zustande gekommen. Dadurch hat das Wirtschaftswunder Dimensionen erreicht, die so nicht zu erwarten waren.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde von den Alliierten am 12. Mai 1949 genehmigt und trat am 24. Mai 1949 in Kraft. Damit war die Gründung der Bundesrepublik Deutschland faktisch vollzogen und die Teilung Deutschlands in einen Ost- und einen Westteil zementiert. Das entsprach definitiv nicht dem Willen der Deutschen.

Ganz bewusst wurde das Grundgesetz «Grundgesetz» genannt und nicht «Verfassung». Eine Verfassung steht nur einem souveränen Staat zu, das war die BRD jedoch nicht. Diese Bundesrepublik war lediglich eine Zusammenfassung der drei westlichen Besatzungszonen unter deutscher Verwaltung. Die Alliierten hatten sich vorbehalten, ihre eigene Rechtsprechung und Anweisungen jederzeit über die der BRD zu stellen. Die BRD war, genau genommen, gar kein eigenständiger Staat, und das sollte so bleiben bis 1990. Dementsprechend gab es auch keinen Friedensvertrag – woran sich bis heute nichts geändert hat!

Damit die Bürger der BRD nicht weiterhin einen ungeteilten Staat anstrebten, wurden weitere Massnahmen wie Pflöcke in den Alltag geschlagen. Im Westen wurde die D-Mark eingeführt und die Lebensbedingungen wurden mit dem Marshall-Plan rasch verbessert. Gleichzeitig verbreitete sich die Presse über die schlechten Zustände in der SBZ, der Sowjetischen Besatzungszone, die sich jetzt «DDR» nennen durfte. Die DDR war nahezu zeitgleich mit der BRD gegründet worden. So war bald der Zustand erreicht, dass man im Westen mitleidig auf die «armen Brüder» im Osten herabsah. Die Politiker der BRD konnten ihren Wählern glaubhaft vermitteln, dass ein Zusammenschluss aller Besatzungszonen für den Westen nicht von Vorteil wäre.

Generell waren alle Deutschland betreffenden Massnahmen unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit getroffen worden, was auch die Grenzen betraf. Die deutschen Gebiete, welche Polen zugeschlagen worden waren, wurden bezeichnet als «deutsche Gebiete unter polnischer Verwaltung». Auch das hat sich nicht geändert bis 1990.

Das Spannungsverhältnis zwischen den Westmächten und der UdSSR half dabei, die Trennung Deutschlands solide zu machen. 1951 wurde von Eisenhower der Begriff vom sog. «Eisernen Vorhang» geprägt, der die vollständige Undurchlässigkeit der innerdeut-

schen Grenze beschrieb. Dahinter war der östliche Teil Europas bereits isoliert, also der Zustand erreicht, den England seit mehr als fünfzig Jahren wünschte: Der restliche Teil Deutschlands, der noch in wirtschaftliche Konkurrenz mit England treten konnte, war klein geworden, dessen Bevölkerung übertraf zahlenmässig die Englands nur noch unwesentlich. Ausserdem war Westdeutschland unter Kontrolle, und man hatte es mit einer Regierungsform versehen, die handlungsfähige Regierungen unwahrscheinlich machte.

An dieser Stelle kommen wir zu einem interessanten Punkt. Die Engländer und die Amerikaner verkünden immer lauthals, dass sie allen Menschen der Welt die Segnungen der besten Regierungsform bringen wollen – der Demokratie, die sie in ihrem eigenen Land vorleben. Warum haben sie das dann in Deutschland, wo sie wirklich alle Möglichkeiten dazu hatten, nicht getan? Haben sie doch, könnte man meinen. Haben sie eben nicht! In England, den USA und Frankreich wird die Regierung nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt, in Deutschland nach dem Verhältniswahlrecht. Der Unterschied ist beträchtlich. Das Mehrheitswahlrecht garantiert, dass immer nur eine Partei die Regierung bildet. So kann diese Regierung ihre Ziele verwirklichen, ohne faule Kompromisse mit kleinen Koalitionspartnern eingehen zu müssen. Sie darf auch verantwortlich gemacht werden für ihr Handeln, ohne dass sie sich auf Probleme mit Koalitionspartnern herausreden kann. Ein Land mit einem Mehrheitswahlsystem hat immer eine handlungsfähige Regierung.

Beim Verhältniswahlsystem herrschen dagegen eher chaotische Zustände. Nur wenn es einer Partei gelingt, mehr als 50 Prozent zu erreichen, kann sie in derselben Qualität regieren, wie es für Länder mit Mehrheitswahlrecht selbstverständlich ist. Das ist allerdings eher unwahrscheinlich und wir haben das in Deutschland nur einmal erlebt: 1957. In den vier darauffolgenden Jahren konnten so viele Ziele erreicht werden, wie nie zuvor oder danach. Mit Deutschland ging es in diesen vier Jahren steil bergauf. Wie untauglich das Verhältniswahlrecht für die Durchsetzung des demokratischen Willens eines Volkes ist, hat das Jahr 1976 gezeigt. Helmut Kohl hat 48,6 Prozent der Stimmen von den Wählern erhalten, dennoch durfte er nicht regieren. Helmut Schmidt, der nur 42,6 Prozent erhalten hatte, führte die Regie-

rung weiter. Helmut Schmidt, der zweifellos ein kluger Kopf ist, konnte nie seine Ziele erreichen, weil er immer durch die Querelen mit seinem Koalitionspartner behindert war. Schliesslich scheiterte er kläglich an dessen Unzuverlässigkeit. Alle Staaten mit Verhältniswahlssystem haben dasselbe Problem, die Instabilitäten in Italien oder Polen zeigen das deutlich.

Die USA und England werden nicht müde, ihren Bürgern und der Welt zu versichern, dass sie das beste politische System der Welt haben. Wenn es ihnen Ernst damit wäre, für den Rest der Welt ebenso gute Bedingungen zu schaffen, müssten sie darauf dringen, dass alle Staaten in ihrem Einflussbereich Mehrheitswahlsysteme erhalten. Das Gegenteil ist der Fall. Wo immer möglich, sorgen sie dafür, dass die «befreiten» Länder durch ein Verhältniswahlrecht handlungsunfähige Regierungen haben. Das hält die Konkurrenz klein und sichert den eigenen Einfluss – so haben sie es auch mit Deutschland gemacht.

Weil ich schon dabei bin, noch ein Wort zu den Königreichen. England ist immer noch ein Königreich. Frankreich und die USA sind sogenannte Präsidialdemokratien. Das kommt einem Königreich ziemlich nahe, nur mit dem Unterschied, dass der «König» hier alle paar Jahre neu gewählt wird. Die kleinen Länder Europas und Spanien durften Königreiche bleiben, sie stellen keine Bedrohung für die Vormacht Englands dar. Alle anderen mussten sich ein Verhältniswahlrecht antun.

Die Deutschen wollten nach dem Krieg ein anderes Wirtschaftssystem als jenes, welches wir heute kennen. Sie wollten ein soziales System, das die ungebremsste Macht von Grosskonzernen nicht zulassen sollte. Auch den Banken sollte die Möglichkeit verwehrt sein, zügellos Geld, und damit Macht, anzuhäufen. Das liessen die Westalliierten nicht zu, und erst nach zähem Ringen genehmigten sie die Einführung der sozialen Marktwirtschaft. Das hatte seinen Preis: In Bezug auf das Geldsystem in der BRD waren die Vorstellungen der Westalliierten klar und fest. Das einzige Zugeständnis, das ihnen von deutscher Seite abgerungen werden konnte, war eine unabhängige Zentralbank, die nicht in Privatbesitz sein sollte. Dafür wurde jedoch festgelegt, dass die deutschen Goldreserven «sicher» in Fort Knox in

den USA gelagert werden müssen. Dieses Geldsystem sorgte dafür, dass die BRD immer tiefer in die Abhängigkeit der internationalen Banken geriet und heute von deren Entscheidungen nahezu vollständig abhängig ist.⁵⁷ Gerade die jüngste Vergangenheit hat wieder einmal gezeigt, dass das Vorgehen der angloamerikanischen Banken selbst dann, wenn es scheinbar nur auf Amerika beschränkt ist, grössere Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hat, als es die Politik der Bundesregierung jemals erreichen kann.

Das verrückteste Konstrukt war Berlin. Die ehemalige deutsche Hauptstadt war aufgeteilt in vier Sektoren und befand sich mitten in der SBZ. Es erscheint noch nachvollziehbar, wenn die Alliierten während des Krieges die Besetzung der Hauptstadt des gemeinsamen Feindes gewissermassen als Prestigeobjekt betrachteten und alle daran teilhaben wollten. Ein Beharren auf diesem Status ist für eine dauerhafte Nachkriegslösung jedoch unlogisch und könnte eher als «kindisch» betrachtet werden – es sei denn, dieser Zustand diene ganz anderen Zielen. Nun kann man weder Churchill noch Truman unlogisches oder gar kindisches Verhalten zugutehalten, und es ist viel eher davon auszugehen, dass der Sonderstatus von Berlin einem ganz bestimmten Zweck dienen sollte.

Berlin war der «Stachel» im Fleisch des Sowjetreiches, und die geteilte Stadt bot immer die Möglichkeit, konfliktträchtige Situationen herbeizuführen. Nur allzu oft ergaben diese sich von ganz allein. In der gesamten Zeit seiner Existenz als geteilte Stadt diene Berlin als plakatives Beispiel für das unakzeptable Verhalten der Sowjetunion. Dabei wurde geflissentlich übergangen, dass dieser Zustand vorsätzlich von den Westalliierten herbeigeführt worden war. Erhebliche Mittel in der DDR wurden gebunden durch die Überwachung der Transitwege und ihrer internen Grenzen. Deutschland und die ganze Welt wurden durch den Status von Berlin stetig an den Ost-West-Konflikt erinnert. So war es einfach, keinen Zweifel an der Notwendigkeit für eine wachsende Aufrüstung zuzulassen. Dass im Konfliktfall ganz Deutschland als Schlachtfeld und damit zur vollständigen atomaren

57 Vgl.: Haisenko, Peter: Bankraub globalisiert. Hannover: Anderwelt Verlag, 2007.

Auslöschung vorgesehen war, wurde dem öffentlichen Bewusstsein vorenthalten.

Es bleibt anzumerken, dass sich das Muster, Städte oder Länder willkürlich zu teilen, in der englischen Politik des Öfteren wiederholte) – und immer bestanden bzw. bestehen die Folgen für das betreffende Gebiet in einem andauernden Konflikt. Jerusalem und der Nahe Osten sind hierfür ebenso Beweis wie Korea, Indien und Pakistan. Überhaupt hat die englische Politik dafür gesorgt, dass die Länder nach dem Ausscheiden aus dem British Empire im Chaos oder in der Bedeutungslosigkeit versunken sind.

Nach Abschluss der Nürnberger Prozesse und einer eher oberflächlichen «Entnazifizierung» sowie mit der Gründung der BRD konnte die «Umerziehung» der deutschen Bevölkerung beginnen. Allein das Wort «Umerziehung» illustriert die Arroganz der Westalliierten. Man erzieht unmündige Kinder, damit sie einmal zu Erwachsenen werden, die eine Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen und Zielen bilden werden. Die Deutschen sollten zu einem Volk «erzogen» werden, das sich der angloamerikanischen Superiorität ohne Murren unterordnet und dadurch seine eigenständige Kultur ablegt. Das ist im weitesten Sinn auch eine Form des Völkermords. Die grossflächige Zerstörung deutscher Kulturgüter in Form der Baulichkeit der deutschen Städte stellte nur den ersten Schritt dar.

Der Wiederaufbau deutscher Bildungsstätten und deutscher Medien war von den Westalliierten an strenge Bedingungen geknüpft. Die Lehrpläne an den Schulen und Universitäten bedurften der Genehmigung durch die Besatzungsmächte. Chefredakteure durften ihre Arbeit nur dann aufnehmen, wenn sie eine Lizenz von der zuständigen Besatzungsmacht erhalten hatten. Diese war immer auf Widerruf erteilt und konnte jederzeit entzogen werden, wenn sich der Redakteur nicht an die Vorgaben der Besatzer hielt.

Schlimmer noch war es an den Universitäten. Vor allem «kritische» Fakultäten, wie Politologie, Wirtschaft und Soziologie, wurden fast ausschliesslich mit Professoren besetzt, die aus dem Ausland, vor allem den USA, kamen. Es handelte sich dabei meistens um Juden, die in früheren Zeiten aus dem deutschsprachigen Raum emigriert waren. Ich lehne es ab, anzunehmen, dass dies einem besonderen Plan entsprach. Vielmehr gehe ich davon aus, dass einfach keine anderen

halbwegs qualifizierten Fachkräfte im anglo-amerikanischen Raum zur Verfügung standen, welche die deutsche Sprache in ausreichender Qualität beherrschten, um an deutschen Universitäten lehren zu können. Leider diente die mehrheitliche Besetzung von Professorenstellen an deutschen Universitäten mit Juden dazu, den Verfechtern einer jüdischen Verschwörung gegen Deutschland Munition zu liefern. Nach meinem Dafürhalten gab es, wie gesagt, ganz einfach niemand anderen, der für eine solche Aufgabe zur Verfügung stand. Andererseits kam es vielleicht durchaus gelegen, auch hier einen Grundstein für die Fortdauer deutsch-jüdischer Animositäten zu legen.

Der bestimmende Einfluss jüdischer Vordenker der «68er-Generation», Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse, wird gern für die besondere Rolle von Juden bei der Zerstörung traditioneller Werte in Deutschland betrachtet. Dabei wird aber übersehen, dass in den USA und dem Rest der Welt das Gleiche stattfand – oftmals noch wesentlich exzessiver als hierzulande. Die revoltierenden Bewegungen der jungen Akademiker in den 1960er-Jahren waren wohl eher dem Bedürfnis entsprungen, sich gegen Lüge und Bigotterie zu wehren. Den jungen Menschen war ein dumpfes Bewusstsein gemeinsam, dass die befohlene Einteilung der Welt in Schwarz und Weiss so einfach nicht stimmen konnte. Es war allzu offensichtlich, dass die älteren Generationen die Taten ihrer Vergangenheit fälschten und verschleierten und somit als moralische Autorität und Ratgeber nicht mehr qualifiziert waren. Einer wie immer auch gearteten Verschwörung bedurfte es gar nicht, um eine Revolte der denkenden jungen Menschen zu provozieren – das galt für Deutschland ebenso wie für den anglo-amerikanischen Raum. Die Menschen spüren es, wenn ihnen die Wahrheit vorenthalten wird, auch wenn das zumeist nur undefiniert und unscharf wahrgenommen wird. Doch gerade dadurch entsteht ein untergründiges Gefühl der Unfreiheit.

Die Wahrheit ist das Fundament der Freiheit. In einer Welt ohne Wahrheit wird zumindest die Informationsfreiheit beschnitten. Das wiederum schürt den Verdacht, dass das nicht die einzige Beschneidung der Freiheiten sein kann, und öffnet so Tür und Tor für Unzufriedenheit und Zwietracht. Aber nach den Regeln aller Vordenker der

Macht, ob Sun Tsu, Machiavelli, Lenin, Hitler, Mao oder Marx, ist vielleicht genau das der gewünschte Zustand.

Die Gründung der Verwaltungseinheit BRD hat den freien Willen und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes weitgehend missachtet. Das geschah entgegen allen früher von den Westalliierten selbst definierten Rechten, die einem jeden Volk zustehen sollten. Es entsprach auch nicht den niedergeschriebenen Zielen des Völkerbundes und seinem Nachfolger, den Vereinten Nationen (UN). Deutschland wurde als völkerrechtsfreier Raum behandelt, jahrhundertealte Eigentumsrechte in den deutschen Ostgebieten wurden einfach ausgelöscht. Begründet wurde die Rechtmässigkeit dieser Vorgehensweise, wie schon 1918 in Versailles, mit der deutschen «Alleinschuld» am Krieg. Dass diese Verurteilung Deutschlands einer objektiven Betrachtung nicht standhalten kann, ist für einen Sieger unwesentlich.

Die Alliierten nahmen für sich selbst das Recht zu richten in Anspruch und liessen ein neutrales Gericht nicht zu. In ihrer Rechtsausübung folgten sie den – nie öffentlich artikulierten – Zielen bei Gründung des FED in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg.

Welches Gericht der Welt von 1949 hätte in der Lage sein können, ein objektives Urteil zu sprechen, dem sich die USA oder England hätten beugen müssen? England und die USA hatten die Welt vollkommen unter ihrer Kontrolle. Dass dieser Zustand mit dem Ende der UdSSR vor 25 Jahren wiederhergestellt worden ist, ruft ein abermals dumpfes – aber ebenso niemals artikuliertes – Empfinden der Menschen hervor. Mir ist eben dieses Empfinden ein weiterer Anlass für dieses Buch gewesen.

Fest steht: Auch im Jahr 2014 sieht sich niemand in der Lage, dem völkerrechtswidrigen Verhalten der USA in Afghanistan, dem Irak, Libyen, Syrien und Guantanamo Einhalt zu gebieten. Die vom US-Kapital beherrschten Medien zeichnen ein unrealistisch einseitiges Bild der Ukraine-Krise. Die seit Jahren andauernden Drohnenmorde der US-Regierung, eindeutig völkerrechtswidrig, werden von denselben Medien nicht einmal thematisiert. Einzig die neue und noch (!) unkontrollierte «Nebenwelt» des Internets schreit laut auf, wovon sich die Politik jedoch völlig unbeeindruckt zeigt. Die unvoreingenommene

Aufarbeitung der Geschichte hat das Internet bis jetzt kaum angefasst. Die Kriegslügen der USA und Grossbritanniens nach 1945 sind präsent, scheinen aber niemanden anzuregen, die aktuellen Lügen als solche zu brandmarken. Ich wiederhole mich deswegen gern: Solange die Geschichte auch in Bezug auf Deutschland nicht neutral aufgearbeitet und zur allgemein anerkannten Wahrheit erklärt worden ist, werden die wahren Störer des Weltfriedens ihr unheiliges Werk fortsetzen können, die Welt nach Belieben mit Krieg und Destabilisierung unter ihrer Kontrolle zu halten.

15. Die USA -»melting pot of nations«

Die USA bezeichnen sich gern als «melting pot of nations» (Schmelztiegel der Nationen). Das ist weit entfernt von der Realität. Von Anfang an haben einzelne Einwanderergruppen in das Gebiet der heutigen USA Besiedlungsschwerpunkte gebildet, in denen sie vorwiegend unter sich blieben, das gilt für Nationalitäten wie auch für religiöse Gemeinschaften. Allen war eins gemeinsam: Sie suchten jene Freiheit der Lebensgestaltung, die ihnen in ihrer Heimat nicht gewährt wurde. Das gilt vermindert für diejenigen, die ihr Heimatland aus schierer Not verlassen hatten, um dem Hunger zu entgehen. Aber es gilt vor allem für Juden, denen in ihrer Heimat meist die normalen Bürgerrechte vorenthalten blieben und die sich nun ein Leben in einer vorurteilsfreien neuen Welt erhofften. Sie kamen vom Regen in die Traufe. Gerade Juden, die aus deutschen Gebieten kamen, sahen sich konfrontiert mit Beschränkungen, welche die gewohnten noch übertrafen. Das gilt besonders für die Zeit der englischen Kolonialherrschaft, aus welcher der gesellschaftliche und politische jüdische Lobbyismus aktueller Provenienz seine Wurzeln und Notwendigkeit herleitet. Dazu ein kurzer Abriss der Geschichte der jüdischen Einwanderer in Amerika:

Nach Nieuw Amsterdam (dt.: Neu-Amsterdam) entstand 1658 ein zweiter jüdischer Siedlungskern in Newport, der religiös toleranten britischen Kolonie Rhode Island. Ihre frühe Blüte verdankte diese Gemeinde Förderern wie den jüdischen Kaufleuten Jacob Rodriguez Rivera (1717-1789) und Aaron Lopez (1731-1782).

1664 eroberten die Engländer Nieuw Amsterdam. Mit dem 1667 geschlossenen Frieden von Breda wurde die Einverleibung von Nieuw Nederland ins britische Kolonialreich besiegelt; das Gebiet wurde in New York und New Jersey aufgeteilt. Aus Furcht vor neuer Unterdrückung hatten viele jüdische Siedler die Kolonie bereits vor der britischen Übernahme verlassen. Es stellte sich jedoch bald heraus, dass sich an ihren Lebensbedingungen unter der neuen Herrschaft nur wenig geändert hätte. Der von Edward I. 1290 verhängte Judenbann war 1656 von Oliver Cromwell nämlich wieder aufgehoben worden. Seit-

dem durften sich Juden auch in den britischen Kolonien weitgehend uneingeschränkt niederlassen.

In der britischen Kolonie New York, die 1685 zur Kronkolonie umgewandelt und 1688 dem Dominion of New England einverleibt wurde, genossen Juden de jure einen erheblichen Teil aller Bürgerrechte, mussten darum jedoch oft vor Gericht kämpfen. 1672 fällte der englische Council of Trade in dem Berufungsverfahren des New Yorker Kaufmanns Rabba Couty ein wegweisendes Urteil, mit dem erstmals die Fähigkeit der in den britischen Kolonien lebenden Juden, britische Staatsbürger zu sein, festgestellt wurde. 1674 erlangten die New Yorker Juden die volle religiöse Freiheit. 1685 wurde der Antrag des jüdischen Kaufmanns Saul Brown, einen Einzelhandel zu betreiben, abgelehnt; eine Tätigkeit als Grosshändler war ihm hingegen gestattet.

öffentliche Gottesdienste durften Juden in New York erst seit den 1690er-Jahren abhalten. Eine Strassenkarte aus dem Jahre 1695 zeigt eine gemietete Synagoge nahe der Südspitze von Manhattan. Ihre erste eigene Synagoge erbauten die New Yorker Juden erst 1728/29 in der benachbarten Mill Street (heute: South William Street). Die 1730 eingeweihte Kongregation «Shearith Israel» war die erste Synagoge auf dem nordamerikanischen Kontinent. Den Synagogen der Kolonialzeit, deren Gemeinden strikt dem sephardischen Ritual folgten, standen allerdings noch keine Rabbiner vor, da die Anreize, die unternehmungslustige jüdische Kaufleute auf den fremden Kontinent lockten, für jüdische Gelehrte nicht bestanden. Noch 1773 gab es auf dem nordamerikanischen Festland keinen einzigen Rabbi.

Ein weiterer Meilenstein in der Emanzipation der amerikanischen Juden war ein 1727 geschaffenes Gesetz, das es Juden erlaubte, den bei der Einbürgerung zu leistenden Eid («oath of abjuration») ohne die Phrase «upon the true faith of a Christian» («so wahr ich ein gläubiger Christ bin») abzulegen. Mit einem 1740 verabschiedeten Gesetz («Naturalization Act of 1740») wurde Juden allgemein das Recht zugestanden, sich in den nordamerikanischen Kolonien einbürgern zu lassen. Bis 1775 wurden in Nordamerika jedoch nur etwa 200 Juden naturalisiert, die meisten davon in Jamaica.

Dem Gouverneur der Kolonie New York stand seit 1683 ein beratendes Gremium zur Seite, das sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts zu einer gewählten Institution mit gesetzgebender Funktion ent-

wickelte («General Assembly»). Eine erbitterte politische Kontroverse endete 1737 mit der Entscheidung dieses Parlaments, dass Juden das Recht, Abgeordnete zu wählen, abzuerkennen sei. Auch nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 erhielten die Juden in den USA noch lange nicht die vollen Bürgerrechte. Das sollte so bleiben bis Anfang des 20. Jahrhunderts, bis zu einem Zeitpunkt also, zu dem Juden in Deutschland schon lange keine gesetzlichen Beschränkungen mehr auferlegt waren. Bereits hier lässt sich erkennen, dass es eine lange Tradition in den USA gibt, selbst formulierte Rechte mit willkürlichen Ausnahmen für ethnische Gruppen einzuschränken, obwohl sie diese Ausnahmen eigentlich nicht zulassen.

Der Hinweis auf die unwürdige Behandlung von Juden in Amerika erscheint mir sehr wichtig, existiert doch gerade im Bewusstsein jüngerer Menschen die Vorstellung, dass die unrechtmässige Behandlung der Juden sowie Pogrome eine deutsche Erfindung und speziell eine des Dritten Reiches seien. Dem ist nicht so. Wie man bereits in der Bibel lesen kann, zieht sich die Diskriminierung von Juden über mindestens 2.000 Jahre hin. Die Spanier haben 1492 Juden ausgewiesen, die sich dann in der Westtürkei und den umgebenden Ländern niederliessen. England hat eine lange Tradition, was die Verfolgung und Ausweisung von Juden anlangt. Hitler allerdings hat die Adaption nationaler Gepflogenheiten aller bekannten Erdteile in Deutschland perfektioniert und auf eine perfide Spitze getrieben – erfunden hat er all dies jedoch nicht.

So ist es nicht verwunderlich, dass die Juden in Amerika nicht mit den anderen Einwanderern verschmelzen konnten, wobei diese das auch nicht unbedingt wollten. Der Verlust der Heimat war leichter zu verschmerzen, wenn man sich ein heimatähnliches Umfeld schaffen konnte. Dazu gehört nicht nur der Gebrauch der Muttersprache, sondern auch die Pflege heimatlicher Bräuche. Hier stiessen insbesondere die Deutschen und die Engländer in Amerika aneinander. Aus England kamen Protestanten, die nicht für überschäumende Lebensfreude berühmt sind – die Puritaner waren in dieser Hinsicht die «Krönung». Generell waren die Einwanderer aus England eher von einer «sauertöpfischen» Bigotterie beseelt.

Dem standen die deutschen Einwanderer von ihrer Wesensart her diametral gegenüber. Sie veranstalteten fröhliche Feste zu jeder Ge-

legenheit, sie gründeten die ersten Vergnügungsparks und brauten gutes Bier. Alle, ausser die Engländer, besuchten gern die Feste der Deutschen. Den Engländern waren diese eher ein Dorn im Auge, und sie versuchten, sie zu verhindern, wo immer es möglich erschien. Die Franzosen waren ebenfalls sehr lebensfroh, doch sie waren mehr im Süden zu finden als Nachkommen der Kanadischen «Coureurs de bois» (der «Waldläufer» – Bezeichnung für die Pelzhändler Nordamerikas zu Beginn der Kolonialzeit) und hatten deshalb kaum Reibungspunkte mit den Engländern. Die Iren wiederum, die im 19. Jahrhundert nach der grossen Hungersnot in Massen kamen, hatten traditionell kein besonders gutes Verhältnis zu den Engländern. Mit der ihnen eigenen Lebensfreude standen sie den Deutschen wesentlich näher.

Dennoch ist es den Engländern, den Puritanern, gelungen, im 20. Jahrhundert die Prohibition durchzusetzen. Das war die Voraussetzung für das Entstehen des organisierten Verbrechens in den USA. Eine Unzahl von Toten resultiert aus diesem Vermächtnis.

Mit der Durchsetzung ihrer puritanischen Gesinnung haben die Engländer allorts Unheil in der Welt angerichtet. So war es beispielsweise in Südafrika und Australien bis in die 1970er-Jahre des 20. Jahrhunderts verboten, am Sonntag die Freuden eines Besuchs im Kino oder Schwimmbad zu geniessen. Es ist bezeichnend, dass es den Engländern nicht genügt hat, ihre Vorstellungen von einem gottgerechten Leben für sich selbst zu verwirklichen. Wo immer sich die Gelegenheit dazu bot, zwangen sie den Menschen ihre Lebensweise auf. Diese Tendenz setzt sich fort in der jüngsten Politik der USA. Überhaupt ist das gesellschaftliche Leben in den USA geprägt von der Scheinheiligkeit puritanischer Lebensweise.

Die Nordoststaaten der USA waren bis 1776 britische Kronkolonie, dementsprechend war das Bank- und Geldwesen fest in englischer Hand – das hat sich mit der Unabhängigkeitserklärung nicht geändert. Durch den Sieg der Nordstaaten über die Südstaaten konnten die englisch dominierten Banken ihre Macht weiter ausdehnen. Nach Eingliederung schliesslich der mexikanisch-spanischen Staaten im Westen und Süden war es nur noch ein kurzer Weg, bis das Geldwesen ganz Amerikas in der Hand der traditionellen Banken war. Gerade für ein Pionierland wie Amerika ist das ein wesentlicher Faktor. Die Sied-

ler und die neuen Unternehmer waren auf geliehenes Kapital angewiesen, obwohl das bei genauerer Betrachtung eigentlich nicht richtig ist. In erster Linie ist es notwendig, Arbeit zu leisten, um etwas Neues vorzubringen. Die Banken haben es jedoch frühzeitig erreicht, ein System zu etablieren, das die Menschen durch Zinsforderungen in ihre Abhängigkeit gebracht hat. So konnten die Banken lenken und bestimmen, wer wann wo und wie ein Unternehmen oder eine Farm gründen durfte.

Durch wechselnde Höhe der Zinsen wurden die Menschen erst zu Investitionen verleitet und anschließend ruiniert. Dadurch wuchs der Besitz und die Macht der Banken stetig an. Das funktioniert folgendermassen:

In einer Phase niedriger Zinsen kaufen Farmer Land, um eine Existenz für sich und ihre Familie zu gründen – mit Unternehmern läuft es ähnlich. Die Gründer haben alles sorgfältig mithilfe ihres Bankberaters berechnet und geplant und eine Zeitlang funktioniert das alles ziemlich gut. Man kann seine Schulden Stück für Stück an die Bank zurückzahlen und es bleibt immer noch genügend Geld zum Leben übrig. Doch dann erhöhen die Banken plötzlich aus «wichtigen, unänderlichen» Gründen die Zinsen, wobei sie natürlich behaupten, dafür nichts zu können – Sachzwänge und andere höhere Gewalt seien schuld. Damit aber bricht die gesamte sorgfältige Planung der Kreditnehmer wie ein Kartenhaus zusammen. Die Farmer können nun die Zinsen nicht mehr bezahlen und sind gezwungen, ihr Land verkaufen. So einfach geht das aber nicht, denn zu viele müssen verkaufen und niemand hat Geld zum Erwerb dieser Farmen/Ländereien. Folglich stürzen die Preise für das teure Land und die Immobilien in den Keller. Da das Land von Beginn an als Sicherheit für den Kredit an die Banken verpfändet worden war, fällt das Eigentum an dem Land nunmehr an die Banken, die behaupten, mit dem Erlös aus dem Verkauf wenigstens einen Teil der Schulden zu begleichen. Die «armen» Banken schreien laut, wie viel Verlust sie dabei tragen müssten, denn das Land sei jetzt weniger wert als zu Beginn des Verfahrens. Ein Teil der Schulden wird am Farmer hängen bleiben und der einst hoffnungsvolle Kreditnehmer ist damit auf Zeit und Ewigkeit ruiniert. Viele sehen keinen Ausweg mehr und bringen sich um. Die Banken aber sind fein

raus. Erst einmal haben sie über Jahre Zinsen kassiert, jetzt gehört ihnen beides: das Land plus die eingenommenen Zinsen. Was kaum jemand weiss: Verluste sind den Banken überhaupt nicht entstanden, denn diese haben sie längst durch Rückversicherungen erstattet bekommen. Abgesehen davon, ist das Land jetzt ohnehin mehr wert, weil es bearbeitet bzw. bebaut wurde.

Auf die Hochzinsphase folgt dann natürlich bald wieder eine Phase niedriger Zinsen – und das Spiel kann von vorn beginnen. Es gibt wieder Geld und das Land wird wieder teurer. Ein guter Zeitpunkt, das Land mit Gewinn zu verkaufen.

Dieser Ablauf hat sich in den USA zyklisch wiederholt, die schlimmste Periode war 1907/1908. Nun könnte man meinen, dass die Menschen aus der Geschichte lernen und vorsichtiger werden. Dem ist leider nicht so, der Sommer 2007 hat es zuletzt gezeigt. Die Immobilienkrise in den USA mit ihren weltweiten Auswirkungen folgt genau dem Muster des oben beschriebenen Ablaufs, nur sind es jetzt keine Farmer mehr, sondern einfache Immobilienbesitzer. Die Farmer werden mit neuen Mitteln ruiniert. Durch Monopolisierung des Agrarmarkts werden die Preise für den Ein- und Verkauf der landwirtschaftlichen Güter diktiert und treiben die Farmer wieder in den Ruin. Es gibt kein Entkommen. Natürlich sind heute die Abläufe verschleiert, indem sich die Banken aus dem direkten «Schussfeld» heraushalten. Stattdessen sind es separate Immobilienauffanggesellschaften und ähnliche Tarnorganisationen, die, Geheimgesellschaften gleich, die schmutzige Arbeit leisten. War es vor hundert Jahren noch möglich, mit «Sack und Pack» woanders hinzugehen und dort einen unbelasteten Neuanfang zu wagen, so ist dieser Weg heute versperrt. Die weltweite Datenvernetzung macht es unmöglich, sich seiner Schuld durch Ortswechsel zu entziehen. Man muss in die offizielle Insolvenz gehen und bleibt für Jahre unter dem Kuratel des Staates und einer strikten Kontrolle der Gläubiger. Damit ist man zu einem modernen Sklaven der Banken geworden.

Um zwei Dinge geht es mir bei dieser Ausführung. Sie zeigt, wie wichtig das Allgemeinwissen über die Geschichte ist, denn nur wenn den Menschen bewusst ist, in welche Fallen ihre Altvorderen bereits getappt sind, haben sie eine Chance, dieselben Fehler zu vermeiden. Die Menschen in den neuen Bundesländern Deutschlands können ein

Lied davon singen. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurden sie mit den ältesten Bauernfängertricks «übers Ohr gehauen», nur weil sie diese Tricks noch nicht kennen konnten. Und so wird es jedem ergehen, dem die Wahrheit über die Geschichte verborgen bleibt.

Bitte nicht vergessen: Die führenden Banken der USA und das FED werden zu einem erheblichen Anteil von englischen Banken in London kontrolliert, die diese Kontrolle zu einem Zeitpunkt erfanden und perfektionierten, als in den englischen Kohleminen sechsjährige Kinder als ideales «Arbeitsgerät» in die engen Stollen geschickt wurden und täglich fünfzehn Stunden schufteten, bis sie mit neun Jahren starben.

Damit bin ich zurück beim «melting pot of nations», der eben keiner ist. Einzelne Bereiche werden nach wie vor von bestimmten ethnischen Gruppierungen beherrscht. Das Bankwesen ist englisch. Wie war das? Geld regiert die Welt? Und wie war das mit dem Hund und dem Schwanz?

Hollywood wird heute plakativ jüdisch dominiert – das war nicht immer so. In den 1930er-Jahren war Hollywood ungarischer, als es heute jüdisch ist. Das ging so weit, dass an den Besetzungsbüros Schilder zu finden waren, auf denen stand: «Es reicht nicht aus, dass Sie Ungar sind. Sie müssen auch etwas können.» Auch in der deutschen Filmindustrie waren die Ungarn stark vertreten. Offensichtlich tritt bei diesem Volksstamm eine Veranlagung zur Schauspielerei und zur Kunst gehäuft auf.

Das Gleiche trifft eindeutig auch auf die (aschkenasischen) Juden zu. Nach 1945 war es den Ungarn nicht mehr möglich, ihren Weg in die westliche Welt zu nehmen und Hollywood mit ihren Künsten zu beglücken. Diese Lücke konnten nun die Juden ausfüllen, die in grosser Zahl aus (Ost-)Europa nach Amerika ausgewandert sind. Es entstand die jüdische Dominanz, die wir heute kennen. Dazu bedurfte es keiner Verschwörung oder eines besonderen Plans. Es war eine natürliche Entwicklung, die auch dadurch gefördert wurde, dass man sich als Heimatlose gegenseitig unterstützte, wo immer es ging. Letztlich hat die ganze Welt profitiert durch einige grossartige Werke, die unter der Führung und Mitwirkung jüdischer Regisseure und Schauspieler entstanden sind. Das Einzige, was ich mir persönlich wün-

schen würde, wären Schilder an allen Medienagenturen analog zum Hollywood der 1930er-Jahre: «Es reicht nicht aus, dass Sie Jude sind. Sie müssen auch etwas können.»

Überall in den Städten der USA finden sich Bereiche, die ethnisch definiert sind: China Town, Little Italy, Irish Quarter, French Quarter und die Viertel, die den Latinos gehören. Auch die Neger, die jetzt mit der schrecklichen Bezeichnung 'African Americans' gestraft sind, leben weitgehend unter sich. Die Hälfte von New York hat eine jüdische Bevölkerung, was damit fast die Hälfte aller Juden in den USA ausmacht. Über allem liegt das Englische. Nicht nur die Sprache dominiert das Land, sondern auch die Rechtsprechung und die oft seltsamen englischen Moralvorstellungen. Die Einzigen, die sich bis zur Unkenntlichkeit assimiliert haben, sind die Deutschen, dabei waren sie lange Zeit die grösste Einzelgruppe im Land. Zwei wesentliche Faktoren dürften die Assimilierung der Deutschen bewirkt haben: Zum einen sind sie seit jeher gewohnt, mit fremden Einflüssen umzugehen und sich mit ihnen zu arrangieren. Zum anderen haben die extremen Medienkampagnen der englisch dominierten Presse das Selbstbewusstsein der Deutschen stark beschädigt. Sie haben dazu geführt, dass sich die Deutschen in Amerika ihrer Herkunft schämen mussten, diese verborgen oder sogar verleugneten. Es ist schon eine bemerkenswerte Leistung, einem Volk, das grundsätzlich bereit ist, sich den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen, den Stempel aufzudrücken, die ganze Welt beherrschen zu wollen. Hier werden wieder einmal die eigenen Absichten verborgen, indem man sie plakativ einem anderen anhängt.

Bei dieser Betrachtung fällt ein wesentlicher Unterschied zwischen Juden und Deutschen auf: Deutsche Auswanderer haben sich in der Regel spätestens in der zweiten Generation bis zur Unkenntlichkeit assimiliert. Damit ist nicht mehr so einfach erkennbar, welcher Abstammung ein prominenter Amerikaner ist, wenn er deutsche Wurzeln hat. Ganz anders bei den Juden. Noch Generationen später geben sie sich auch in den USA meist als Juden zu erkennen – mit allen Vor- und Nachteilen, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Minderheit in den USA ergeben können.

16. Israel

«Gutes kann niemals aus Lüge und Gewalt entstehen.»

(Mahatma Gandhi)

Bis 1917 herrschte Frieden zwischen Arabern und Juden. Überall. Es gab zwar in den islamischen Ländern die sogenannte «Dhimmi-Gesetzgebung», aber sie bezog sich nicht speziell auf Juden, sondern auf alle Bevölkerungsgruppen, die nicht Moslems waren. Die «Dhimmi-Gesetzgebung» besagte, dass in den Ländern, welche unter dem Gesetz der Scharia standen, den Ungläubigen nur ein jederzeit wider-rufbares Lebensrecht gegen Zahlung einer jährlichen Steuer zuge-standen wurde. Unter europäischem Druck oder durch die Kolonisie-rung wurde Mitte des 19. Jahrhunderts die «Dhimmi-Gesetzgebung» im Osmanischen Reich aufgehoben. Auch in anderen arabischen Staaten wurde diese Gesetzgebung im 20. Jahrhundert gelockert. In allen arabischen Staaten gab es grosse jüdische Gemeinden, die freundlich als Bereicherung für die Länder betrachtet wurden und einen erheblichen Beitrag zum Wohlstand leisteten. Alle Juden dieser Region waren Sephardim und wurden dementsprechend von den Ara-bern als semitische Brüder anerkannt. Palästina war hier eine kleine Ausnahme. Bereits im 19. Jahrhundert sind aschkenasische Juden vor den Pogromen und Diskriminierungen in osteuropäischen Län-dern nach Palästina geflohen. Juden aus Deutschland waren eher nicht dabei. Bis 1917 gab es ein friedliches Nebeneinander mit der eingeborenen Bevölkerung.

Der Ärger begann, als die Engländer die Macht über die arabi-schen Länder nach Zerschlagung des Osmanischen Reiches erobert hatten. In dieser Zeit bekam der Zionismus, dessen Wurzeln man bis zum Anfang des zweiten Jahrtausends zurückverfolgen kann, eine neue Bedeutung. Der Zionismus war eher ein romantischer Traum und verfolgte keinesfalls imperialistische Ideen irgendwelcher Art. Er war die Sehnsucht einer Religionsgemeinschaft, die über die ganze Welt verstreut war, nach einer gemeinsamen Heimat. Mitglieder die-ser Gemeinschaft, die in ihren Ländern assimiliert und anfeindungsfrei

lebten, standen der Idee des Zionismus eher skeptisch gegenüber. Auch Theodor Herzl hat in seinen Ausführungen nichts Aggressives oder Imperialistisches formuliert. In England wurde die zionistische Idee zum Ende des 19. Jahrhunderts vonseiten der hohen Politik gefördert und auch in ihrer Richtung beeinflusst.

Die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 ist die logische Folge davon. Bereits mit der irreführenden Benennung «Balfour-Deklaration» beginnt eine Reihe von Täuschungen und gebrochenen Versprechen seitens der Engländer. Federführend bei der Balfour-Deklaration war nicht Lord Balfour, sondern Lord Milner. Dieser Lord ist uns bereits bekannt als der «Pressezar» von England, dem unter anderem die «London Times» gehörte. Lord Milner war ein enger Freund und Logenbruder von Sir Cecil Rhodes und Lord Lionel Walter Rothschild. Die Balfour-Deklaration war ursprünglich in Form eines Briefes abgefasst, den Balfour, seinerzeit Aussenminister Grossbritanniens, an Rothschild sandte. Hier der Inhalt dieses Briefes:

«Verehrter Lord Rothschild,

ich bin sehr erfreut, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der Sympathie mit den jüdischzionistischen Bestrebungen übermitteln zu können, die dem Kabinett vorgelegt und gebilligt worden ist:

Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern infrage stellen könnte. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Weltorganisation bringen würden.

Ihr ergebener Arthur Balfour»

Die weitere Zeit hat gezeigt, dass diese Erklärung das Papier nicht wert war, auf dem sie stand. England hat sich an nichts, aber auch gar

nichts gehalten, was dem Sinn der Erklärung entsprochen hätte. Es begann damit, dass den Zionisten und den Arabern zwei unterschiedliche Versionen derselben Deklaration zugestellt wurden. Darüber hinaus wurden den Arabern gegenüber zusätzlich mündliche Versicherungen gemacht, die diametral dem gegenüberstehen, was den Zionisten vermittelt wurde. Aus heutiger Sicht und unter Betrachtung der aktuellen Situation herrscht weitgehende Einigkeit unter Historikern, dass spätestens ab 1917 der arabischjüdische Konflikt von England geschürt oder sogar herbeigeführt worden ist. Bis heute dient dieser Konflikt zur Destabilisierung der arabischen Region zugunsten der geostrategischen Ziele Englands. Es ist aufschlussreich und spannend, die Abläufe in Palästina zu betrachten, die leider dem allgemeinen Geschichtsbewusstsein vorenthalten werden.

Die Balfour-Deklaration wurde von folgenden britischen Berechnungen geleitet: Es gab das kriegspolitische Ziel, die jüdischen Gemeinschaften in aller Welt für die Sache der Alliierten zu gewinnen, auf die die Zionisten alle ihre Hoffnungen setzen sollten. Geostrategisch gesehen, wollte sich England in der Rolle eines Garanten der jüdischen nationalen Heimstätte auch jenseits des Sueskanals festsetzen. Ein dem Westen aufgeschlossenes Palästina sollte die Landverbindung zwischen dem britischen Ägypten und einem künftigen britischen Mesopotamien herstellen, keine andere Macht sollte sich dazwischenschieben. Man wollte auch das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 mit Frankreich revidieren und eine exklusive britische Kontrolle Palästinas erreichen. Gegenüber der Weltöffentlichkeit sollte die erstrebte britische Herrschaft über Palästina in Gestalt der Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts und der Selbstverwirklichung einer unterdrückten Nation, nämlich der jüdischen, dargestellt werden.

Die jüdischen Vertreter der Zionisten, unter ihnen Chaim Weizmann, Nachum Sokolow und Menachem Ussischkin, verfolgten eine sehr gemässigte Linie. Sie erbaten sich eine moderate Zuwanderung sowie das Recht auf eigene Verwaltungs- und Bildungseinheiten. Ein eigener Staat gehörte damals noch nicht zu den Forderungen der Zionisten und wurde erst wesentlich später notwendig, nachdem die Situation ins Unerträgliche eskaliert war. Die Araber standen einer jüdischen Einwanderung grundsätzlich freundlich gegenüber. Das änder-

te sich erst, nachdem bekannt geworden war, dass es unterschiedliche Versionen der Balfour-Deklaration gab und so der geplante Betrug offensichtlich war. Bis zu diesem Zeitpunkt verliefen die Verhandlungen zwischen den Zionisten und den Arabern freundlich und waren von gegenseitigem Verständnis geprägt. Sie führten zum sog. «Faisal-Weizmann-Abkommen», das am 3. Januar 1919 zustande kam. König Faisal I. war der König von Syrien, zu dessen Herrschaftsgebiet damals auch Palästina zählte. Dieses Abkommen sollte eine freundschaftliche und neidfreie Zusammenarbeit von Arabern und Juden in Palästina gewährleisten und hatte darüber hinaus die Unabhängigkeit von Syrien zum Ziel. Die Herrschaft der Engländer über die Region sollte mithilfe der Juden beendet werden. König Faisal erklärte in einer Denkschrift:

«Die Juden stehen den Arabern blutsmässig sehr nahe und zwischen den beiden Völkern gibt es keinen Konflikt der Charaktere. Grundsätzlich besteht zwischen uns absolutes Einvernehmen.»⁵⁸

In einem Brief an Professor Felix Frankfurter, einen bedeutenden amerikanischen Zionisten, schrieb er:

«Wir werden den Juden ein herzliches Willkommen in der Heimat entbieten [...]. Die jüdische Bewegung ist national und nicht imperialistisch und es gibt in Syrien für jeden von uns Platz. Ja, ich bin der Ansicht, dass keinem ohne den anderen ein echter Erfolg beschieden sein kann.»⁵⁹

Allerdings waren sämtliche Vereinbarungen zwischen Faisal und den Zionisten auf dem Versprechen der Engländer begründet, Syrien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dieses Versprechen war den Syrern von England während des Krieges mit dem Osmanischen Reich gegeben worden, um sie für sich und gegen die Osmanen zu mobilisieren. Tatsächlich wurde diese Zusage von den Engländern jedoch nicht eingelöst, und so trat das Faisal-Weizmann-Abkommen nie in

58 Ben-Sasson, Haim Hillel (Hrsg.): Geschichte des jüdischen Volkes von den Anfängen bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck, 1995.

59 Ebd.

in Kraft. Deswegen wird diesem Abkommen zu wenig Beachtung geschenkt, obwohl oder gerade weil es beweist, dass sich zu dieser Zeit die jüdischen und die arabischen Interessen nicht grundsätzlich feindlich gegenüberstanden.

Bis zum Sommer 1919 waren den Syrern die Doppelzüngigkeit der Balfour-Deklaration und der Bruch des englischen Versprechens auf Unabhängigkeit klar geworden und sie veränderten ihre Haltung grundsätzlich. Es gab keine Vertrauensbasis mehr und die Syrer lehnten ab sofort jede weitere Einwanderung von Juden ab. England setzte dem Ganzen noch die Krone auf, indem man dem Juden Sir Herbert Samuel 1920 das Amt des Britischen Hochkommissars für Palästina übertrug. Samuel tat nichts, was seinem offiziellen Auftrag entsprochen hätte, und man muss davon ausgehen, dass er in Übereinstimmung mit der englischen Regierung gehandelt hat, weil er nicht von seinem Amt entbunden wurde. Nun könnte man annehmen, dass der Jude Samuel in besonderem Masse die Interessen der Juden in Palästina wahrgenommen hätte, das war aber nicht der Fall. Er hat nicht das Geringste unternommen, um die Wogen in Palästina zu glätten. Ganz im Gegenteil hat er gegen den Willen Syriens die weitere Zuwanderung von Juden gestattet und auch seine Beamten nicht im Sinne der Balfour-Deklaration zum Handeln angewiesen. Das führte sehr schnell, bereits im April 1920, zu ersten Pogromen in Jerusalem, die sich ein Jahr später in Jaffa fortsetzen sollten. Weder die arabische Polizei noch die englische Mandatsmacht griffen ein, um die Bürger am gegenseitigen Töten zu hindern.

England erstellte einen «Untersuchungsbericht» über die Ausschreitungen und gestattete in der Folge den Juden das Tragen von Waffen. Damit war der Zustand hergestellt, dass sich von nun an bewaffnete Juden und Araber gegenüberstanden.

Sir Herbert Samuel war aber damit noch lange nicht fertig. Gleichzeitig mit der Bewaffnung der Juden belieferte England Syrien mit Waffen, um einen syrischen Aufstand gegen Frankreich zu unterstützen. Es musste Englands Politikern bewusst sein, dass diese Waffen früher oder später gegen die Juden in Palästina eingesetzt würden. Damit das auch ganz sicher passierte, setzte Samuel 1921 den vollkommen ungeeigneten Extremisten Hadji Amin al-Husseini als Gross-

mufti von Jerusalem ein. Das geschah gegen den ausdrücklichen Widerspruch des Hohen Rates der Muslime, der Husseinis als Ganoven und zu wenig gebildet betrachtete. Husseinis war bei den Engländern kein Unbekannter, und sie können nicht behaupten, fahrlässig gehandelt zu haben. Ihr Wissen um die Person Husseinis und seine Taten lassen nur den Schluss zu, dass sie vorsätzlich gehandelt haben.

Husseinis wurde von den Engländern 1920 verhaftet und zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, weil er sich als Antizionist und fanatischer arabischer Nationalist bei den vorangegangenen Pogromen besonders hervorgetan hatte. Doch bereits ein Jahr später ermöglichten die Engländer Husseinis nicht nur die Flucht, sondern gestatteten ihm sogar die Rückkehr nach Jerusalem. Es ist schon in höchstem Masse bemerkenswert, dass Samuel kurz darauf diesen Mann, der immer noch dem englischen Urteil zu 15 Jahren Zwangsarbeit unterstand, zum Grossmufti von Jerusalem ernannte, noch dazu war Husseinis für diese Position in keiner Weise qualifiziert. Mit gerade mal 26 Jahren war er der jüngste Grossmufti aller Zeiten und besass auch nicht die notwendige Ausbildung für so ein hohes Amt. Das Einzige, was Husseinis garantieren konnte, war sein fanatisches Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung – in dieser Hinsicht hat er die Engländer nicht enttäuscht. So fanden bereits 1922 wieder Pogrome statt, die mehr als hundert Opfer forderten. Husseinis war massgeblich an der Organisation und Ausführung beteiligt.

Wieder wurde ein «Untersuchungsbericht» (White Paper) erstellt, in dem die Schuld für die Ausschreitungen eindeutig den Arabern zugeschrieben wurde. Dennoch wurden nur die Juden von den Engländern ermahnt, die Rechte und religiösen Bräuche der Araber besonders zu respektieren. Gleichzeitig wurde aber von den Engländern die Bildung der bewaffneten jüdischen Schutzorganisation Haganah toleriert, deren Gründer noch 1920 verhaftet worden waren. 1922 meldeten schliesslich auch die USA ihre Interessen in der Gegend an und unterstützten fortan die Politik Englands in Arabien. Diese gemeinsamen Bemühungen zur Destabilisierung der Region trug dann auch 1926 Früchte: In einem Akt der Piraterie teilten England, Frankreich und die USA die Iraq Petrol Company untereinander auf. England nahm sich 52,5%, Frankreich und die USA jeweils 21,25%. Gerade mal 5% durften die Iraker behalten. Mit welchem Recht, ausser dem

Recht des Stärkeren, dieser Akt in Einklang zu bringen ist, erscheint nach wie vor völlig unklar. Eines steht aber fest: In einer stabilen politischen Umgebung hätte dieser Raubzug nicht stattfinden können.

1922 bekam England vom Völkerbund das Mandat über Palästina offiziell zugesprochen. Damit stand alles, was in Palästina geschah, unter dessen Verantwortung. Es passierte viel, aber davon war wenig gut. England ermunterte die Araber zu einer kompromisslosen Haltung gegenüber den Juden. Sie unterstützten die Araber nicht nur mit Geld und Waffen, sondern auch mit Propaganda und Schulungen, welche die Bildung extrem nationalistischer arabischer Gedankengüter förderten. Sie machten den Arabern immer wieder Versprechungen bezüglich der Unabhängigkeit ihres Landes, von denen sie nicht eine einzige einhielten. Churchill selbst hat sich dabei besonders hervorgetan, wie man in seinem «Weissbuch» von 1922 lesen kann. Darin stellt er fest, dass er *«Palästina niemals so jüdisch werden lassen will, wie England englisch ist»*. Die jüdischen Zionisten haben sich diesem Ziel untergeordnet. Die Araber, die mittlerweile die Unzuverlässigkeit englischer Versprechen kannten, nicht. So ist es kein Wunder, dass 1929 die andauernden kleineren Reibereien zwischen Juden und Arabern wieder zu einem grossen Aufstand führten. Geschickt gestreute Gerüchte, die Juden wollten die heiligen Stätten Jerusalems ganz für sich beanspruchen, stachelten die Araber auf zu einem Pogrom, bei dem mehrere hundert Menschen den Tod fanden. Die Engländer unternahmen nichts zum Schutz der Bürger und erstellten ein weiteres Mal ein «White Paper», das wieder keinerlei Konsequenzen hatte.

Während der ganzen Zeit ermordete Husseini nicht nur Juden, sondern auch Araber, die eine seinen Interessen zuwiderlaufende Haltung vertraten. Dass er dabei in Übereinstimmung mit England gehandelt hat, steht ausser Frage, schliesslich hatten die Engländer die Macht, Husseini jederzeit aus seinem Amt zu entfernen oder zumindest zur Ordnung zu rufen. Wie sehr die englischen Intrigen den tatsächlichen Interessen der Araber widersprachen, zeigt ein Artikel von 1930 in der arabischen Jerusalemer Zeitung «Al Inqdam»:

«Wir werden geführt von einer Gruppe von Männern, die uns verkaufen und uns wie eine Viehherde kaufen und verkaufen. Das arabische Volk hat noch nicht sein letztes Wort in der arabisch-jüdischen Frage gesprochen. Wenn dieses Wort gesprochen sein wird, wird es keines des Hasses, sondern eines des Friedens und der Brüderlichkeit sein, wie es angemessen ist für zwei Völker, die in einem Staat leben.» Wohlgemerkt, das sind die Worte eines arabischen Journalisten in einer arabischen Zeitung!

1930 und in den folgenden Jahren gab es in Syrien und den anderen arabischen Staaten keinerlei antijüdische Ausschreitungen. Im Gegenteil, Einwohner aus Syrien und dem Libanon richteten eine Petition an Frankreich, in der sie darum baten, jüdische Einwanderung zu gestatten, auf dass ihr Land prosperieren möge. William Ziff, der renommierte amerikanische Historiker, sprach 1938 davon, dass der jüdisch-arabische Konflikt nicht durch ethnischen oder religiösen Hass entstanden sei, sondern von den Engländern initiiert wurde. Er vertrat, wie viele andere auch, die Meinung, dass ein jüdisch-palästinäischer Staat schon längst hätte existieren können, wenn die Engländer den Konflikt nicht geschürt hätten. Man stelle sich vor, was die Existenz eines solchen Staates für die Rettung von Hunderttausenden Juden bedeutet hätte, die von der Vernichtung durch Hitlerdeutschland bedroht waren. An dieser Stelle ist es angebracht, einige allgemeine Betrachtungen über die englische Politik einzufügen:

Die englische Politik war immer ausschliesslich an den imperialen Zielen des British Empire orientiert und hat sich nie an ihre eigenen Versprechungen gebunden gefühlt. «All the world is mine!» – es lohnt sich, einen Schotten oder einen Iren zu diesem Thema zu befragen. England hat sich nie geschämt, selbst Piraten und andere Hasardeure für die Ziele seiner Politik einzusetzen oder in eigener Regie derartige Akte zu begehen. Man denke nur an Francis Drake, den blutrünstigen Piraten der Karibik, der später als Sir Francis Drake geadelt wurde.

Die Politik Englands hat in den Ländern des British Empire immer wieder dazu geführt, dass eine Unzahl von Menschen zu Tode kamen, sei es durch Gewalt oder Hunger. Allein in Indien verhungerten unter

der Herrschaft Englands innerhalb von 300 Jahren mehr als 50 Millionen Menschen während mehrerer Hungersnöte. Die entsprechenden Berichte der Engländer erklären selbstverständlich, dass diese wegen Verwaltungsproblemen nicht zu verhindern gewesen seien. Die Archive der Handelsgesellschaften weisen jedoch aus, dass der Export von Lebensmitteln aus Indien auch während dieser Hungersnöte unvermindert weiter betrieben worden ist. Wo immer Bodenschätze oder andere Reichtümer entdeckt wurden, dauerte es nicht lange, bis sich England, meist mit Waffengewalt, den Zugriff sicherte. Wenn man davon absieht, dass die Kontrolle über die Ölquellen Mossuls eine Folge des Krieges gegen Deutschland war, war das letzte Beispiel hierfür die Eroberung des Oranje-Freistaates in Südafrika, in dem kurz zuvor gewaltige Gold- und Diamantenvorkommen nachgewiesen worden waren. England hat seine Allianzen immer so schnell gewechselt, wie es die aktuelle Politik erforderte.

Im 20. Jahrhundert hat sich die Gesamtsituation etwas verändert. Die neue Nachrichtentechnik erlaubte den Austausch von Informationen weltweit innerhalb von Minuten und eine erwachende liberale Weltpresse informierte die Weltöffentlichkeit kritisch über die Vorgänge in der Politik. Das geschah zeitnah, und es war nicht mehr möglich, räuberische Eroberungsakte unter dem Deckmäntelchen der Vergangenheit aus der aktuellen Kritik herauszuhalten. Die imperiale englische Politik musste nun vermehrt Intrigen und Täuschung anwenden, um nicht von der Weltöffentlichkeit als Aggressor gebrandmarkt zu werden – eine Methode, welche die Engländer meisterhaft beherrschten. Sie hatten dabei noch einen weiteren Vorteil: Weite Bereiche der internationalen Presse wurden von ihnen kontrolliert. So ist es ihnen immer wieder gelungen, die Schuld an Krisen und Kriegen, die letztlich nur ihren eigenen Interessen dienen, anderen «in die Schuhe zu schieben». Erst viel später, heute zum Beispiel, ist es möglich, eine durchgängige Linie in der englischen politischen Handlungsweise aufzudecken.

In Palästina hat England den jüdisch-arabischen Konflikt herbeigeführt, indem es den Arabern Versprechungen machte, die es nicht eingehalten hat. England hat die Araber zu einer kompromisslosen

Haltung gegenüber den Juden aufgefordert und damit genau die Situation geschaffen, die wir heute im Nahen Osten beklagen müssen.

Dieses Muster ist auch bei den anderen grossen Konflikten des 20. Jahrhunderts zu erkennen. Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat England sowohl Serbien als auch Russland zu einer kompromisslosen Haltung gegenüber Deutschland aufgefordert. Damit hat es jegliche Deeskalation hintertrieben und der Krieg wurde unausweichlich. Das Gleiche geschah 1939 mit Polen. Anstatt auf die Verantwortlichen einzuwirken, Verträge zu respektieren und einen vernünftigen Ausgleich zu suchen, hat England Polen den Rücken gestärkt, Deutschland ultimativ zu provozieren, bis ein Krieg unausweichlich geworden war. Und auch hier hat England anschliessend seine Versprechen gegenüber Polen nicht eingehalten.

Die Haltung der englischen Politik gegenüber den bedrohten osteuropäischen Juden während der Zeit des Dritten Reiches kann nur als katastrophal bezeichnet werden. Sie hat zumindest nichts unternommen, was die Rettung wenigstens eines Teils von ihnen befördert hätte. 1944 hat Heinrich Himmler England Friedensverhandlungen angeboten. Dieses Angebot beinhaltete unter anderem die Zusage, 100.000 ungarische Juden aus Ungarn nach Palästina ausreisen zu lassen gegen die Lieferung von 10.000 Lastwagen.⁶⁰ Diese Zusage war nicht abhängig gemacht worden von erfolgreichen Friedensverhandlungen, dennoch lehnte England rundheraus ab. Es verhandelte nicht einmal über die Rettung der ungarischen Juden. Ich halte die Feststellung für legitim, dass für England offensichtlich 1944 das Leben von zehn Juden keinen Lastwagen wert war. Gleichzeitig jedoch hat England Lastwagen und anderes Material an Stalin verschenkt, der nun auch nicht unbedingt für einen besonders schonenden Umgang mit Juden bekannt war. Bei dieser Betrachtung ist es vollkommen unwesentlich, wer wie den Zustand hergestellt hatte, der ein derart unwürdig absurdes Angebot überhaupt erst ermöglichte.

An dieser Stelle kommen wir zu einem spannenden Punkt im Verlauf der «Karriere» von Hadji Amin al-Husseini. Etwa 1933 erkannte

⁶⁰ Dokumentation auf NTV vom 7. August 2007, 01.00 Uhr

er, dass er seine persönlichen Ziele mit den Engländern nicht verwirklichen konnte. Nach mehr als zehn Jahren Zusammenarbeit mit ihnen kam es endlich zum Konflikt, nachdem Husseini seine Attentate auch auf englisches Personal ausgeweitet hatte. Er musste 1937 fliehen und suchte fortan engen Kontakt mit Deutschland, dessen Agent er 1938 wurde. Es ist nur logisch, dass der Judenhasser Husseini in Hitler sofort einen Freund fand. Mit dessen Unterstützung führte er seine Tätigkeit gegen Juden im gesamten Nahen Osten fort. In Bagdad organisierte Husseini den antienglischen Aufstand vom 2. April 1941, der von den Engländern niedergeschlagen wurde. Dennoch entstand daraus mit seiner Hilfe das erste Pogrom in arabischen Ländern ausserhalb Palästinas. 180 Menschen wurden dabei ermordet, an die 1.000 verletzt; 586 Geschäfte geplündert und verwüstet. Die Engländer als Mandatsmacht haben nicht eingegriffen, sondern es tatenlos geschehen lassen.

Husseini genoss die Freiheit, durch die Länder Arabiens zu ziehen und Judenhass zu verbreiten. Er reiste nach Berlin und zurück und trieb sein Unwesen mit deutscher Hilfe. Warum es den Engländern niemals gelang, seiner habhaft zu werden, ist absolut unerklärlich. Ich halte die Spekulation nicht für abwegig, dass sie mit seinem Treiben durchaus einverstanden waren, führte er doch schliesslich nur das fort, was er in Palästina schon unter der Aufsicht Englands begonnen hatte.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte Husseini in der Schweiz, die ihn dann nach Frankreich abschob. Eine Auslieferung nach Jugoslawien lehnte Frankreich ab, weil er dort als Kriegsverbrecher gesucht wurde. Die Alliierten machten Husseini nicht den Prozess, sondern liessen ihn frei nach Ägypten ausreisen, wo er als «Nationalheld» empfangen wurde. Von dort aus organisierte er weiterhin seinen Kampf gegen die Juden. Als der jordanische König Abdullah 1951 die Position des Grossmuftis von Jerusalem neu vergab, liess Husseini, der bis dahin dieses Amt noch innehatte, seinen Nachfolger ermorden. Jordanien gestattete Husseini nicht die Rückkehr nach Jerusalem, weil er dort als Aufrührer und Hetzer unerwünscht war. In den 1950er-Jahren wurde Husseini im Gazastreifen jubelnd empfangen und zum Mentor von Yassir Arafat. 1974 starb er im ägyptischen Exil eines natürlichen Todes.

Das Leben Husseinis zeigt wieder einmal deutlich, dass die Politik Englands und der Alliierten nicht darauf ausgerichtet war, Frieden zu stiften und Morden zu verhindern. Geostrategische Ziele waren das höhere Gut. Wie an anderen Stellen des 20. Jahrhunderts auch, hatten es die Engländer in Palästina in der Hand, die Geschehnisse in ihrem Sinn zu lenken. Sie hätten sich lediglich an ihr eigenes Urteil zu halten brauchen und Hussein seine 15 Jahre Zwangsarbeit ableisten lassen, oder ihn spätestens 1945, als sie seiner definitiv habhaft waren, wiederum verurteilen und wegsperren müssen. Keinesfalls hätten sie den fanatischen Judenhasser zurück in die arabische Welt entlassen dürfen. Hussein hätte bei den Nürnberger Prozessen einen Ehrenplatz auf der Anklagebank verdient gehabt. Das wäre ein klares Signal gewesen, dass ein jüdisch-arabischer Konflikt nicht gewünscht ist. Tatsächlich entsprach das aber nicht den Zielen Englands.

England hatte grosse Furcht vor einem jüdisch-arabischen Grossreich im Nahen Osten, wobei die Wahrscheinlichkeit eines solchen ab etwa 1917 durchaus gegeben und keineswegs abwegig war. Saudi-Arabien war das Modell dazu und war erschreckend frisch. Wenn man einen Atlas von 1900 betrachtet, dann fällt auf, dass die Arabische Halbinsel keine definierten Grenzen zeigt, das geht hoch bis zur Türkei. Die ganze Arabische Halbinsel gehörte zum Osmanischen Reich, inklusive Palästina. Im Osten gab es das Persische Reich und im Westen schloss sich Ägypten an – das war's. An der Ostküste gab es einige kleine Emirate, wie Kuwait, Bahrein, Doha, Abu Dhabi, Dubai, Scharjah, Fudscheira und Oman, die jedoch keine definierten Grenzen hatten. Im Süden war der unbestimmte Siedlungsraum der Jemeniten. Weil die Arabische Halbinsel fast nur aus Wüsten besteht, gab es einfach keine Notwendigkeit, für die wenigen Bewohner Grenzen zu bestimmen. Die Wüste trennte sie zuverlässig.

1902 beschloss ein Beduinenfürst namens Ibn Saud, ein Reich für sich zu erobern. Er tat das im Bewusstsein eines göttlichen Auftrags, denn er war ein strenggläubiger Wahhabit und wollte die heiligen Stätten von Mekka und Medina unter die Kontrolle der reingläubigen Wahhabiten stellen. Die Türken waren zwar auch Moslems, aber ihr Glaube war in seinen Augen verkommen und korrumpiert. Nach heu-

tigen Massstäben war Ibn Saud ein fundamentalistischer Islamist. Ibn Saud betrieb eine geschickte Politik der Gewalt und der Diplomatie, wobei Letzteres überwog. Er zog mit seinen Männern durch das Land, knüpfte Bündnisse und heiratete bei den Stämmen, die er besuchte, Hunderte von Frauen. Das mag etwas seltsam erscheinen, hat aber tatsächlich so stattgefunden. Es funktionierte folgendermassen: Als strenggläubiger Wahhabit durfte Ibn Saud nur vier Frauen gleichzeitig haben. Also versties er immer eine, bevor er loszog, um durch eine weitere Heirat neue Bündnisse zu festigen. Wenn er dann weiterzog, versties er diese Frau wieder. Das war keineswegs ein Affront, weder für die Frau selbst noch für den Stamm. Ganz im Gegenteil: In der islamischen Welt wurde eine Frau durch ihre Liaison mit einem Würdenträger für alle Männer noch begehrenswerter. Auf diese Weise brachte es Ibn Saud zu anerkannten 263 Söhnen – die Töchter wurden nicht gezählt.

Die Osmanen sahen die Aktivitäten Ibn Sauds gar nicht gern und versuchten, ihm Einhalt zu gebieten, was ihnen aber nicht gelang. Sie hatten den Fehler begangen, die Kontrolle über Arabien ganz auf den Seeweg zu stützen, während die Garnisonen auf ein Minimum reduziert oder gar nicht mehr besetzt waren. Das machte es unmöglich, auf die Bewegungen von Ibn Sauds Trupp schnell zu reagieren. Kriegerische Handlungen in der Wüste waren sowieso nach unseren Massstäben völlig absurd. Erstens fanden sie nur in den Wintermonaten statt, weil es im Sommer viel zu heiss war und man sich lieber in oftmals direkt nebeneinander liegenden Wadis ausruhte. Dabei ergaben sich hin und wieder durchaus freundlich-hilfreiche Kontakte, denn das Gesetz der Wüste verlangt von jedem, Hilfe zum Überleben zu gewähren, wenn es möglich ist. Mit dem Herbst stand man sich dann wieder kriegerisch gegenüber, aber auch das war eher unblutig, und der Wettkampf beschränkte sich mehr darauf, herauszufinden, wer schrecklicher brüllen konnte.

Ibn Saud vergrösserte seinen Einflussbereich stetig. Letztlich wäre er aber gescheitert, wenn nicht der Erste Weltkrieg gekommen wäre. Die Osmanen hatten nämlich begonnen, die Arabische Halbinsel mit Eisenbahnen zu erschliessen. Die Bahn nach Mekka und Medina war 1906 bereits mit deutscher Hilfe fertiggestellt worden und die Bagdadbahn machte rasche Fortschritte. Mit diesen modernen Verkehrsmitteln wäre es den Osmanen leicht möglich gewesen, Truppen und

Nachschub in grosser Menge und Geschwindigkeit zu versetzen. Dem hätte Ibn Saud nichts entgegenstellen können. Aber so weit kam es nicht. Mit der Zerschlagung des Osmanischen Reiches durch die Engländer stand Ibn Saud nichts mehr im Weg. Keiner konnte ihn daran hindern, sein Reich zu etablieren, das wir heute als Königreich Saudi-Arabien kennen.

Eine pikante Fussnote der Geschichte möchte ich nicht unerwähnt lassen: Ibn Saud wäre beinahe von den Türken geschlagen worden – nicht mit Waffen, sondern mit Darmbakterien. Die Türken trugen in ihren Körpern eine für Araber ungewohnte Darmflora. Durch mangelnde Hygiene kam es im Kampf zu einer Übertragung auf Ibn Sauds Truppe und legte diese für Tage und Wochen flach. Es ist nicht überliefert, ob die Türken diesen Vorteil aus Ritterlichkeit oder Dummheit nicht ausnutzten. Tatsache ist: Ibn Saud wurde von Anfang an von England mit Geldmitteln und Waffen unterstützt, um das Osmanische Reich zu destabilisieren.

Das Beispiel Saudi-Arabiens belegte 1917, dass die Bildung eines unabhängigen Grossreichs von Persien bis ans Mittelmeer keine utopische Idee war, sondern eine durchaus ernst zu nehmende Wahrscheinlichkeit. Das Vakuum, das durch das Ende des Osmanischen Reiches entstanden war, forderte das geradezu heraus. Dieses Reich hätte über grosse Reichtümer verfügt und wäre ein erstrangiger Machtfaktor nicht nur in der Region, sondern global geworden. Die grössten bekannten Ölvorkommen wären von ihm kontrolliert worden und die fruchtbaren Gebiete Mesopotamiens und am Mittelmeer hätten eine üppige Versorgung der Bevölkerung gesichert. Damit das Ganze hätte funktionieren können, wäre die Zuwanderung von europäischen Juden geradezu notwendig gewesen. Sie hätten ihr modernes Wissen und Können in das junge Reich eingebracht und so der mittelalterlichen Region zu einem eigenständigen Sprung in die Moderne verholfen. Mit dieser Überlegung wird klar, was König Faisal von Syrien meinte, wenn er von der freundlichen Partnerschaft mit den Juden sprach und sie willkommen hiess. Die arabischen Herrscher waren keineswegs ungebildete Menschen, und sie hatten nicht nur in Istanbul studiert, sondern auch an vielen anderen Universitäten Europas, besonders in London. So darf man keinesfalls annehmen,

dass derartige Überlegungen und Pläne ausserhalb der Reichweite der intellektuellen Kapazität der Araber gewesen wären. Abgesehen davon, hatte die zionistische Bewegung genügend gemässigte intelligente Köpfe, deren Weitblick eine solche Entwicklung sicher nicht ausgeschlossen hat. Die Jahrhundertealte Erfahrung der Juden im Zusammenleben mit anderen Völkern hätte es erleichtert, einen Modus Operandi zu finden, Juden und Araber in einem gemeinsamen Staat ohne Reibung zu vereinen. Haben sie doch gemeinsame heilige Stätten und der Islam erkennt das Alte Testament als grundlegend an.

Nun muss man die Sache aus der Sicht Englands betrachten. Ein derart gestaltetes jüdisch-arabisches Grossreich wäre der grösste anzunehmende «Unfall» für das British Empire gewesen. Nicht nur, dass den Machthabern von der Insel im Nordatlantik die Kontrolle über die Ölfelder verwehrt geblieben wäre, die sie gerade den Deutschen geraubt hatten, auch der Weg durch den Sueskanal zu ihren Kolonien rund um den Pazifik wäre nicht mehr gesichert gewesen. Ausser den irakischen und kuwaitischen Ölfeldern waren zu dieser Zeit im arabischen Raum noch keine weiteren entdeckt worden. Der Verlust der Kontrolle über dieses lebenswichtige strategische Gut durfte nicht passieren. Dazu kam die Angst der Engländer, dass Juden in einem solchen Staat eine führende Rolle spielen würden. Dann wiederum hätte es durchaus geschehen können, dass sich die Juden an die unfreundliche Behandlung erinnern, die ihnen in England über Jahrhunderte hinweg widerfahren ist. Mit einem unabhängigen jüdisch-arabischen Reich hätte man nicht mehr so umspringen können wie mit den einzelnen mehr oder weniger korrupten arabischen Kleinfürsten.

Bei all dem darf man die Bagdadbahn nicht vergessen, die bereits eine wesentliche Ursache für den Beginn des Ersten Weltkrieges gewesen ist. Nach ihrer vollständigen Fertigstellung hätte diese Bahn das arabische Reich mit Berlin verbunden. Der direkte Transport des Öls von Mossul nach Deutschland wäre so auf einem natürlichen und überlegenen Weg möglich gewesen, der von keiner Seemacht angreifbar gewesen wäre. Umgekehrt hätte sich die Versorgung des arabischen Reiches mit Industriegütern aus Deutschland unmittelbar angeboten. Damit wäre eine deutsch-arabisch-jüdische Allianz die wahrscheinlichste aller möglichen Entwicklungen gewesen. Ein arabisch-

jüdisches Grossreich hätte auch deutschnationale Juden veranlassen können, dorthin auszuwandern, um an dem enormen Aufschwung mitarbeiten zu können und gleichzeitig das Gefühl einer eigenen Heimat zu geniessen. Damit wäre England in genau derselben als «unerträglich» definierten Situation gewesen wie schon vor dem Ersten Weltkrieg – das musste mit allen Mitteln verhindert werden. Wieder einmal wurden die Juden missbraucht für die Ziele anderer Nationen und hatten darunter entsetzlich zu leiden. Den Frieden und die Freundschaft zwischen Juden und Arabern hat England vorsätzlich zerstört, allein um seiner geostrategischen Ziele willen. Das ist ihnen so gründlich gelungen, dass es heute unmöglich erscheint, Frieden, oder noch besser Freundschaft, zwischen Juden und Arabern zu bewirken. Der Terror, das Morden und Sterben, die Angst und der Hass – all das, was wir heute beinahe täglich aus Israel zu hören und zu sehen bekommen, ist eine direkte Folge der Politik Englands nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Chancen für ein erfolgreiches Zusammenleben in einem jüdisch-panarabischen Grossreich waren keineswegs Träumerei, sondern die im frühen 20. Jahrhundert wahrscheinlichste mögliche Entwicklung, und nur massiver Fremdeinfluss konnte sie verhindern. In diesem Sinne muss man die Politik Englands in Palästina und Arabien bewerten. Nur so wird schlüssig, was sonst oft unverständlich bleiben muss. Nur so wird auch die Weigerung Englands verständlich, den Juden, die von Hitler ausgewiesen werden sollten, die Einreise nach Palästina zu gestatten. Hier bin ich an einem weiteren heiklen Punkt angelangt:

Im Dritten Reich ist nicht von Anfang an die Rede von der «Endlösung», der planmässigen Ermordung der Juden. Vielmehr sollten sie aus Deutschland ausgewiesen werden. Doch das Problem war, dass sich kein Land bereiterklärte, die Juden aufzunehmen, die von Hitlers Schergen in scheusslicher, unmenschlicher Art zusammengetrieben worden waren. Auch der Weg nach Palästina wurde ihnen von den Engländern verweigert. Selbst 1944, als die Gräuel nun wirklich bei den Alliierten bekannt gewesen sein mussten, haben die Engländer die Ausreise von 100.000 Juden aus Ungarn nicht nur nicht unter-

stützt, sondern aktiv verboten. Spätestens an dieser Stelle haben sie sich der unterlassenen Hilfeleistung schuldig gemacht.

Noch einmal stelle man sich vor, was die Existenz eines jüdisch-arabischen Staates für die Rettung der Juden bedeutet hätte, die von Hitlers Mordmaschine bedroht waren. Ein solcher Staat hätte durchaus die Macht gehabt, mässigend auf Hitler einzuwirken. Als Parallele zum ausgewiesenen Judenhasser Husseini, der von England in seinem Treiben gefördert worden ist, sollte man schon sehen, dass auch die Machtübernahme des ebenfalls als Judenhasser ausgewiesenen Hitler nur durch die massive Unterstützung mit angloamerikanischem Kapital möglich gewesen ist.

Bezüglich des Einwanderungsverbots nach Palästina für Juden haben sich die Engländer später gern mit dem Argument gerechtfertigt, die politische Lage in Palästina hätte eine grössere Einwanderung nicht zugelassen. Das lässt den Fakt völlig ausser Acht, dass die Engländer selbst diese Situation hergestellt haben. Die weitere Entwicklung in Palästina machte es unumgänglich, dass die Juden das Heft in die Hand nehmen mussten. Das führte zur gewaltsamen Gründung des Staates Israel, der am 14. Mai 1948 proklamiert wurde. Im Jahr zuvor fanden in Syrien und anderswo heftige Pogrome statt, die viele Todesopfer unter den Juden forderten. Jetzt musste endlich ein halbwegs sicherer Zufluchtsort für die verfolgten Juden angeboten werden, aber damit war der Bruch zwischen Juden und Arabern endgültig zementiert. Interessanterweise haben sich die Gründer des Staates Israel weitestgehend an alle Beschlüsse und Vorgaben der Vereinten Nationen und Englands gehalten. Allein die geographische Form Israels ist eine Farce. Die Zerstückelung in arabische und jüdische Gebiete spricht jeder Logik Hohn, entspricht aber den Vorgaben durch England und die UN. Und als «Krönchen» obendrauf noch die geteilte Hauptstadt Jerusalem. Das alles kann nur ein Herd für Konflikte auf Zeit und Ewigkeit sein. Die späteren Korrekturversuche, z.B. nach dem sog. Sechs-Tage-Krieg, wurden von den Vereinten Nationen nicht genehmigt, obwohl sie sinnvoll gewesen wären.

Doch jetzt zu einem anderen Aspekt. Der 14. Mai 1948 ist eigentlich ein aschkenasisches Datum. Zu dieser Zeit bestand die jüdische Bevölkerung zu über 90 Prozent aus Aschkenasen. Darüber darf man

ein wenig philosophieren. Es ist widersinnig, wenn aschkenasische Juden von einem «Heimatrecht» in Palästina sprechen, denn niemals in ihrer Vergangenheit haben ihre Vorfahren in diesem Land gelebt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Araber dennoch bis 1920 die Zuwanderer als ihre Brüder willkommen hiessen. Letztlich ist es gleichgültig, wenn jemand sich auf ein Heimatrecht beruft, welches das letzte Mal vor 2.000 Jahren bestand, ob er überhaupt jemals Vorfahren in dieser Gegend hatte. Ich persönlich lehne den Begriff «Heimatrecht» für die Zuwanderung nach Israel ab, vor allem im Hinblick darauf, das den vertriebenen Deutschen, die selbst noch in ihrer Heimat gelebt haben, ein solches nicht zugestanden wird. Ich fordere jedoch ein Recht für alle Menschen auf einen Ort, der ihnen Freiheit vor Verfolgung und ein Leben unter Glaubensbrüdern bieten kann.

Mit dem Jahr 1948 war Israel der definierte Feind aller arabischen Länder geworden. Das zeigte sich sofort, als schon am Tag nach der Proklamierung alle Nachbarstaaten Israel den Krieg erklärten. Das wirkte sich aber auch auf die Lebensbedingungen der (sephardischen) Juden in den arabischen Ländern aus – mit dem friedlichen Miteinander war es vorbei. So kam ab 1948 die Masse der Zuwanderer aus arabischen Ländern, und es glich mehr einer Flucht denn einer geregelten Auswanderung. Bis 1980 war dann auch das zahlenmässige Verhältnis zwischen Aschkenasim und Sephardim in Israel etwa ausgeglichen. Das gesellschaftliche Verhältnis untereinander war von Anfang an durch Spannungen geprägt. Die Sephardim prallten auf die modern ausgerichteten Aschkenasim, die die führenden Positionen in Politik, Wirtschaft und Militär innehatten und etwas herablassend auf die altmodischen Sephardim herabsahen. Ab 1967 hat sich das etwas gebessert, nachdem sich beide Gruppen gemeinsam im Kampf gegen den Feind bewiesen hatten. Aber bis heute ist es so geblieben, dass eine Eheschliessung zwischen Aschkenasim und Sephardim die Ausnahme bildet, die Quote liegt unter 20 Prozent.

Es gibt in Israel noch weitere Untergruppen von Juden verschiedener Herkunft, diese spielen aber wegen ihrer geringen Zahl keine besonders auffällige Rolle. Seit etwa 1990 sind Juden aus der ehemaligen UdSSR in grosser Zahl zugewandert. Sie stellen mittlerweile

etwa 20 Prozent der Bevölkerung Israels und haben erheblichen Einfluss auf das aktuelle Erscheinungsbild des Landes. So tritt die russische Sprache bzw. Schrift auf den Speisekarten der Restaurants am Strand von Tel Aviv gleichberechtigt mit der hebräischen und englischen auf. Im Taxi hat man es oft leichter, wenn man russisch spricht statt englisch. Diese Zuwanderer aus Russland sind zu grossen Teilen nicht mit der jüdischen Religion vertraut, und es bleibt abzuwarten, wie viele von ihnen bleiben und welchen Einfluss sie auf die gesellschaftliche Entwicklung Israels haben werden.

Seit 1948 lebt Israel im Krieg mit seinen arabischen Nachbarn. Israel hat eine Militärmacht aufgebaut, die sich bis jetzt als überlegen erwiesen hat und den Bestand des Landes garantieren kann. Gern wird in diesem Zusammenhang auf die kriegerische Ausrichtung des Staates Israel hingewiesen, und ebenso gern wird dabei vergessen, dass auch die Nachbarn über ein gewaltiges Rüstungspotenzial verfügen. Die Herkunft dieser Waffen ist der eigentliche Skandal. Wie schon zu Beginn, also ab 1920, haben die Engländer und Amerikaner die arabischen Staaten mit Waffen beliefert – und sie tun es bis heute. Von 1950 bis 1990 war auch die UdSSR an der Aufrüstung arabischer Staaten beteiligt, seit dem Untergang des Sowjetreiches tragen die USA und England nahezu die alleinige Verantwortung für die Aufrüstung der Region. Ihr Verhalten widerspricht allen Resolutionen der UN und den Beteuerungen der Solidarität mit Israel. Leider hat auch die Bundesrepublik Waffen in den Nahen Osten geliefert – an Israel sowieso, weil sich Deutschland aufgrund seiner Nazi-Vergangenheit verpflichtet hat, Israel zu jeder Zeit und mit allen Mitteln zur Seite zu stehen. Bei der Lieferung von Leopard-Panzern an Saudi-Arabien geschah das wohl eher unter der Prämisse «Geld regiert die Welt» und mit der Überlegung: Wenn wir schon das beste Gerät produzieren, dann wollen wir es auch verkaufen – ehe es andere tun! Auf eine moralische Bewertung will ich an dieser Stelle verzichten. So viel nur: Deutschland schwimmt im Sog der angloamerikanischen Politik und muss, wenn schon politisch «kastriert», wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen – auch auf dem Sektor der Rüstungsindustrie.

Wieder einmal müssen wir erleben, dass ausgewiesene Feinde Israels gefördert und bewaffnet werden – beispielhaft dafür stehen Saudi-Arabien und der Irak. Die Bewaffnung Saddam Husseins war eines der schlimmsten Vergehen der USA. Erst haben sie den Irak aufgerüstet, danach zu kriegerischen Handlungen ermuntert und schliesslich ins Chaos gebombt. Dazu gibt es bereits so viel Literatur, dass ich hier nicht weiter darauf eingehe. Die Folge dieser Rüstungspolitik ist aber, dass jedes Mal, wenn Araber Waffen erhalten, Israel mindestens im gleichen Mass nachziehen muss. Das Jahr 2007 zeigte in aller Deutlichkeit die Perversion des Vorgangs: Die USA haben Saudi-Arabien und Israel paritätisch mit Lieferverträgen für Waffensysteme versorgt. Wem soll das nützen ausser der amerikanischen Waffenindustrie? Bei allen diesen Betrachtungen muss man sich darüber im Klaren sein, dass kein arabisches Land in der Lage ist, eigenständig Waffen zu produzieren, die einen feindlichen Staat beeindrucken oder gar bedrohen könnten, was sich auf absehbare Zeit auch nicht ändern wird.

Das alte Muster wiederholt sich: Staaten werden vom angloamerikanischen Kapital in die Lage versetzt und ermuntert, kompromisslose Positionen einzunehmen, was einen andauernden Krisenherd sichert. Es ist keineswegs weltfern, darüber nachzudenken, wie eine Entwicklung ohne die Lieferung moderner Waffen in den Nahen Osten aussehen könnte. Wenn die Option Krieg nicht zur Verfügung steht, muss man sich zusammensetzen und nach einer friedlichen Lösung suchen. Wenn man erlebt hat, und ich habe das selbst erfahren dürfen, was allein der Besitz eines einfachen Dolches für das Ego eines Arabers bedeutet, kann man sich vorstellen, was der Besitz eines modernen Kampfflugzeugs anrichtet. Jeder vernünftige Kompromiss wird fortan vom dieserart «aufgeplusterten» Ego des Arabers unmöglich gemacht. Diese Erkenntnis ist keineswegs ein Produkt meiner Fantasie, es ist nun mal die Wahrheit, und alle, die Waffen in den Nahen Osten liefern, kennen sie. Für mich ist bedauerlicherweise allzu offensichtlich, dass ein umfassender Frieden im Nahen Osten nach wie vor nicht wirklich gewünscht ist.

Oftmals wird eine zionistische Verschwörung für diese Vorgänge verantwortlich gemacht. Bei genauerer Betrachtung entbehrt das al-

lerdings jeder Logik und Grundlage. Zwar tauchen in diesem Zusammenhang immer wieder auch Namen jüdischer Politiker, Bankiers und Industrieller auf, aber diese stehen selten an der Spitze der Entscheidungen. Andererseits ist der kriegerische Zustand Israels sicher nicht förderlich für das Image des Landes und der zionistischen Bewegung. Er liefert stetig Argumente, die die Verurteilung Israels fördern, für diejenigen, die nur nach solchen Argumenten suchen. Logisch kann das ohnehin nicht sein, denn was sollte einen Staat dazu bewegen, einen grossen Teil seines Bruttosozialprodukts für seine Armee zu verschwenden, wenn er keine imperialen Pläne hat? Denn sollte dies der Fall sein, würde er dafür sorgen, dass seine Nachbarn nicht über Waffen verfügen, die eben solcherart Plänen im Wege stehen würden. In diesem Sinne kann man wohl ausschliessen, dass Israel und «irgendwelche Zionisten» als treibende Kraft für die Aufrüstung des Nahen Ostens verantwortlich zeichnen müssen – ebenso wie ich imperiale Ziele Israels ausschliesse. Israel und seine Nachbarn sind nach wie vor die Opfer angloamerikanischer Politik und deren geostrategischer Ziele.

Der aktuelle Zustand im Nahen Osten ist der, dass in dieser Region einfach zu viele Waffen im Umlauf sind – wie leider auch in vielen anderen Regionen dieser Welt. Der Löwenanteil dieser Waffen stammt aus angloamerikanischer Produktion. Damit liegt schlussendlich die Verantwortung für all die Konflikte, die im Gebrauch jener Waffen gipfeln, ganz klar bei den Nutzniessern dieses höchst profitablen Geschäfts – bei den Herstellern und Lieferanten, die, wie gesagt, vom angloamerikanischen Kapital beherrscht werden.

Die Situation ist verfahren. Dennoch sei es gestattet, ein wenig darüber zu spekulieren, was eine Änderung der Politik bewirken könnte. Nehmen wir einmal an, sämtliche Waffenlieferungen in Länder, die selbst keine Waffen herstellen können, würden eingestellt und auch Ersatzteile und Munition würden nicht mehr geliefert. In kürzester Zeit wären die Armeen dieser Länder nur noch «zahnlose» Infanterie. Die «entwickelten, zivilisierten» Länder dieser Welt haben es in der Hand, diesen Zustand herbeizuführen und dadurch zukünftig Millionen von Menschen vor Tod und Verderben zu bewahren. Krieg wäre keine Option mehr und viele Millionen Soldaten könnten einer

produktiven Tätigkeit zugeführt werden. Die Menschen müssten sich wieder verständigen, anstatt sich einfach umzubringen. Ein Frieden im Nahen Osten wäre auf diesem Wege wahrlich nicht zu verhindern. – Gut, diesen Traum haben schon viele Menschen geträumt, das ist aber kein Grund, ihn einfach aufzugeben.

Zusammenfassend stelle ich fest: Der zionistische Traum, und damit das Volk der Juden, wurde von England missbraucht für dessen geostrategische Ziele. England hat dabei keinerlei Rücksicht auf das Leben und das Wohlergehen von Juden und Arabern genommen. Die USA haben sich frühzeitig daran beteiligt, an der Seite Englands die Destabilisierung des Nahen Ostens zu betreiben. Alle Entscheidungen, die Juden und Araber betrafen, wurden unter eklatanter Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker getroffen. Das widersprach sämtlichen Versprechungen, die von den Engländern und den USA vor der ganzen Welt gegeben worden waren. Bis zum Jahr 1948 trugen die Engländer die alleinige Verantwortung für alle Vorgänge in Palästina. Von da an ist es schwierig zu unterscheiden, wer federführend war (und es noch heute ist): die USA – oder vielleicht doch England? Womit wir wieder bei der Frage mit dem Schwanz und dem Hund wären. Allerdings war 1948 das jüdisch-arabische Verhältnis bereits derart vergiftet, dass zumindest eindeutig feststeht, dass allein England verantwortlich zu machen ist, was die Verursachung des jüdisch-arabischen Konflikts betrifft.

Die Eskalation dieses Konflikts machte die Gründung des Staates Israel unumgänglich, und damit ist nichts, was in der Balfour-Deklaration von England formuliert wurde, erreicht worden. Vor allem das Ziel, die Lebensbedingungen von Juden in anderen Ländern nicht zu beeinträchtigen, ist in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Existenz des Staates Israel garantiert einen andauernden Konflikt im Nahen Osten, für den man immer «die Juden» anprangern kann. Die Politik Englands ist dafür verantwortlich zu machen, dass sich die Freundschaft zwischen Juden und Arabern in allen arabischen Ländern in unüberbrückbaren Hass gewandelt hat, was sich im Konflikt zwischen dem Islam und der westlichen Welt fortsetzt. Das konsequente Verhindern der Entstehung eines panarabischen Staates entspricht den geostrategischen Zielen Englands und dient bis heute den imperialen

Ansprüchen der ansonsten isolierten Insel sowie – seit den 1950er-Jahren und dem Korea-Krieg – zunehmend auch den USA. Viele, zu viele Menschen haben deswegen ihr Leben verloren und werden es weiterhin verlieren. Die Fokussierung der allgemeinen Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts auf die Verbrechen Deutschlands macht es möglich, die Verbrechen der angloamerikanischen Politik vor der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu verstecken. Hier, und nicht nur hier, haben Juden und Deutsche ein gemeinsames Interesse, die Einseitigkeit der Geschichtsschreibung zu überwinden. Vor allem die Juden haben es verdient, dass die Zuweisung der Alleinschuld am Konflikt mit den Arabern von ihnen genommen wird.

Um zu verdeutlichen, was die englische Politik tatsächlich auch im Mittelmeerraum angerichtet hat, sollte man noch einen Blick auf Zypern richten.

Zypern lebte bis 1914 im Frieden als Teil des Osmanischen Reiches. Die griechische und die türkische Bevölkerung hatten keine Probleme miteinander, Moslems und griechisch-orthodoxe Christen respektierten einander in friedlicher Koexistenz. Dann kamen die Engländer. Sie besetzten Zypern 1914, um einen Militärstützpunkt im östlichen Mittelmeer zu haben. Begehren der Zyprioten an die Engländer, ihr Land wieder zu räumen, wurden ignoriert und die Lebensbedingungen auf der Insel verschlechterten sich mit der Besetzung durch England drastisch. Die einstmals gute Versorgungslage der Bevölkerung wurde von Hunger und Elend abgelöst, was aber noch nicht zu Spannungen zwischen Griechen und Türken führte. Erst die einseitige Förderung der Interessen des griechischen Anteils der Bevölkerung durch die Engländer liess Animositäten aufkommen.

Dessen ungeachtet war noch immer eine Gemeinsamkeit der Interessen bei den Zyprioten vorhanden. Das zeigte sich bei den Aktionen gegen die englischen Besatzer, die 1931 in einem offenen Aufstand gipfelten, bei dem das Haus des englischen Gouverneurs in Flammen aufging. Die Engländer verstanden es aber, beginnend 1923, die Feindschaft zwischen Griechen und Türken zu schüren, was schliesslich zur Teilung des Landes führte, die aber immer noch gegen den erklärten Willen der Zyprioten geschah. Sukzessive gelang

es den Engländern, den Zorn auf ihre Besatzung umzulenken auf den mittlerweile tatsächlich vorhandenen internen Konflikt zwischen Griechen und Türken. Dieser Konflikt beschäftigt die Welt bis heute und scheint schwer beilegbar zu sein.

In der Zwischenzeit war es nötig, UN-Soldaten auf Zypern zu stationieren, um das Unheil, das durch die Politik Englands entstanden ist, ein wenig zu mildern. Parallelen dazu finden sich in Palästina.

1960 hat England Zypern aus dem Kolonialstatus entlassen, aber dennoch einige Enklaven für sich behalten und das einst gesunde Land in einem chaotischen Zustand hinterlassen. Viele Menschen haben den Tod gefunden, und Hass und Rache sind die Begleiter des Lebens der einst friedlichen Zyprioten geworden. Die Aufmerksamkeit der Welt hat Zypern inzwischen zur Seite gelegt – vielleicht weil andere Konflikte in den Vordergrund gerückt sind, vielleicht aber auch, weil es dort kein Öl gab. Wie dem auch sei, ich bin der Meinung, dass es notwendig ist, sich der verbrecherischen Politik Englands zu erinnern, welche die Konflikte im östlichen Mittelmeer erst verursacht hat. (Nachtrag: Mittlerweile wurden in Zypern beachtliche Gasvorkommen nachgewiesen, und nahezu zeitgleich – wen wundert es – ist Zypern von einer Finanzkrise heimgesucht worden, die beinahe den Ausschluss aus dem Euro zur Folge gehabt hätte.)

Die Parallelität zwischen Zypern und Palästina lässt eine Methodik erkennen, die ohne jede Rücksicht auf Menschenleben vorgeht. Auch auf Zypern wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten.

Die Fortsetzung der englischen Politik der Konfliktförderung in Palästina ist in der Verteufelung des Islam zu sehen. Auch hier sind unüberbrückbare Feindseligkeiten aufgebaut worden, die die ganze Welt bedrohen und im Grunde jeglicher Basis entbehren. Eine fortschreitende Einschränkung der Freiheit sowie eine andauernde Hochrüstung können damit jedoch bequem begründet werden.

Für die Faktenrecherche dieses Kapitels habe ich eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen herangezogen, die ich für den interessierten Leser ausnahmsweise vorab direkt am Kapitelende anführen möchte:

Unter <http://zionismus.info/antizionismus/arabisch.htm>:

- «Hadjji Amin al-Husseini als willfähriger Helfer der Briten»
- «Grossmufti Hadji Amin al-Husseini wechselt zurück ins andere Lager»
- «Zur Lage der Juden in einzelnen arabischen Staaten vor der Verkündung der UN Resolution Nr. 181, am 29. November 1947»
- «Der Beschluss der Vereinten Nationen zur Gründung des Staates Israel und die Reaktion der arabischen Staaten»
- «Zur Lage der Juden in einzelnen arabischen Staaten nach der Verkündung der UN Resolution Nr. 181, am 29. November 1947»
- «Gerechtigkeit für die jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Staaten»

Kreutzberger, Max / Landauer, Georg: Der Zionismus im Wandel dreier Jahrzehnte. Tel Aviv: Bitaton Verlag, 1957.

Meier-Cronemeyer, H.: Kleine Geschichte des Zionismus. Von den Anfängen bis 1948. Berlin: Dt.-Israel. Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, 1980.

Toynbee, Arnold: A Study of History Volume XII: Reconsiderations. London: Oxford University Press, 1961.

Togar, Deniz: Theories on the Rise of Arab Nationalism: George Antonius in Comparative Perspective. Presented at University of Chicago 16th Annual Middle East Theory and History Conference, May 10-11, 2001.

Ziff, William: The Rape of Palestine. Chicago: Longmans, Green and Co., 1938.

Ben-Sasson, Haim Hillel (Hg.): Geschichte des jüdischen Volkes von den Anfängen bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck, 1995.

Mansfield, Peter: The Arabs. London: Penguin Books, 1992.

Dugdale, B.: Arthur James Balfour. London: Hutchinson, 1939.

Höpp, Gerhard (Hg.): Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945. Berlin: Klaus Schwarz Verlag, 2002.

Küntzel, Matthias: Dihad und Judenhass. Über den neuen antisemitischen Krieg. Freiburg: ça ira Verlag, 2002.

Hollstein, Walter: Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1972.

Altamemi, Younes R.: Die Palästinaflüchtlinge und die Vereinten Nationen. Wien: Verlag Wilhelm Braumüller, 1974.

Ben-Gurion, David: Rebirth and Destiny of Israel. New York: Philosophical Library, 1954.

Meinertzhagen, Richard: Middle East Diary: 1917-1956. London: Published by The Cresset Press, 1959.

Taylor, Alan R.: Prelude to Israel. New York: Philosophical Library, 1959.

Safran, Nadav: The United States and Israel. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, 1963.

Goldmann, Nahum: Das jüdische Paradox – Zionismus und Judentum nach Hitler. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt eva, 1978.

Encyclopaedia Judaica. Giessen: WB Lauferweiler Verlag, 2004.

17. Schutz oder Vernichtung?

«Who controls the food supply controls the people; who controls the energy can control whole continents; who controls money can control the world.»⁶¹ (Henry Kissinger)

Die Entwicklung in Europa war nach 1945 von vielen Unwägbarkeiten bestimmt, die eine zuverlässige Planung sehr schwierig machten. Dementsprechend ging auch einiges daneben, wenn man Englands Kriegsziele zugrunde legt. Eines aber war klar vorgezeichnet: Jeder weitere militärische Konflikt in Europa würde zunächst auf deutschem Boden stattfinden, genau hier stiessen die möglichen Kombattanten aneinander: die UdSSR und die Westmächte. Beide hatten in ihren Teilen Deutschlands grosse Mengen an Waffen und Soldaten stationiert. Die Westmächte haben dabei die UdSSR übertroffen, vor allem hinsichtlich der Qualität der Waffen. So stationierten die USA Atomwaffen in Deutschland, sobald diese zur Verfügung standen. Wo auch sonst? Interkontinentalraketen gab es noch nicht.

Deutschland war der Ort, wo man Atombomben von der Entfernung her am nächsten an die UdSSR heranbringen konnte, das heisst, von hier aus war es möglich, die UdSSR mit einer ultimativen Waffe zu bedrohen, auf die die USA das Monopol hatten. Das änderte sich, als das sowjetische Atombombenprojekt am 29. August 1949 zur erfolgreichen Zündung der ersten sowjetischen Atombombe führte – was Grossbritannien erst am 2. Oktober 1952 gelang. Das veränderte die Lage erheblich, vor allem für Deutschland. Zwar verfügte die UdSSR damals noch nicht über Trägersysteme, die einen Einsatz von Atombomben in entfernteren Gebieten ermöglicht hätten, doch es bestand ab sofort die Option, einen Vormarsch der Westmächte atomar zu stoppen. Dies hätte einen Abwurf der Atombomben über deutschem Gebiet bedeutet, was natürlich auch für die Gegenseite galt.

61 dt.: Wer die Lebensmittelversorgung beherrscht, beherrscht ein Volk; wer die Energie beherrscht, kann ganze Kontinente beherrschen; wer das Geld beherrscht, kann die ganze Welt beherrschen.

Damit war eine Situation geschaffen, in der Deutschland im Fall eines Waffengangs zwischen den Westmächten und der UdSSR restlos atomar verwüstet werden konnte. Dieser Zustand hat sich bis 1990 auch nicht geändert, sondern ist im Gegenteil stetig schlimmer geworden. Mussten anfangs Atombomben noch von Flugzeugen abgeworfen werden, so wurden mit der Zeit neue Systeme entwickelt, die es erlaubten, atomare Sprengköpfe mit Raketen und sogar Haubitzen zu verschießen. Der absolute Wahnsinn, den dieser Zustand für Deutschland bedeutete, ist nur sehr selten in das Bewusstsein der Menschen gedrungen. Die Reichweite einer Haubitze (Flach- und Steilfeuergeschütz) beträgt maximal 50 Kilometer. Die Scud-Raketen auf deutschem Gebiet hatten eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern – Kurzstreckenwaffen, die keineswegs nur unmittelbar an der Ostgrenze stationiert waren. Die Argumentation war, dass sie einem sowjetischen Überraschungsangriff dort schutzlos ausgeliefert wären und somit untauglich, diesen Angriff zu stoppen. Die allgemein gültige Annahme ging davon aus, dass ein Vormarsch der Roten Armee erst am Rhein zum Stillstand gebracht werden könnte. Dementsprechend waren die Zielgebiete für den Einsatz atomarer Waffen eingeteilt worden. Die volle Tragweite dieses irrsinnigen Zustandes muss man sich schon einmal bewusst machen.

Auf deutschem Boden, im Westen wie im Osten, waren Waffen stationiert, die im Fall ihres Einsatzes Deutschland in eine atomare Wüste verwandelt hätten. Das hatte man zum «Schutz» vor einem gegnerischen Angriff auf beiden Seiten so vorgesehen. Auf so einen «Schutz» kann ich gut verzichten! Kein Wunder, dass die deutsche linke Bewegung den Slogan formuliert hat: «Lieber rot als tot!» Wer «Freunde» hat, die einen auf diese Weise beschützen wollen, braucht keine Feinde mehr. – Aber Deutschland konnte sich seine Freunde nicht aussuchen und es konnte auch keinen Einfluss nehmen auf deren Planungen. Wieder einmal ist es der meisterlichen Kontrolle der öffentlichen Meinung durch die angloamerikanischen Medien zu verdanken, dass in Westdeutschland kein Aufstand gegen diesen Wahnsinn stattgefunden hat. Es ist gelungen, der Bevölkerung zu vermitteln, dass ihr allein Gefahr droht durch die Atomwaffen der UdSSR, obwohl die eigentliche Gefahr eindeutig von den Atomwaffen der USA ausging.

Bei der Entwicklung von Interkontinentalraketen lagen die USA und die UdSSR gleichauf. Das ist auf den ersten Blick erstaunlich, wenn man bedenkt, welchen technologischen Vorsprung die USA zu dieser Zeit vor der Sowjetunion hatten. Bei genauerem Hinsehen stellt sich die Sache etwas anders dar. Die Sowjetunion hatte bereits länger, wenn auch kleine, so doch waffenfähige Raketen, die sogenannten «Katjuschas» bzw. «Stalinorgeln» – Mehrfachraketenwerfer, die im Zweiten Weltkrieg entwickelt und erfolgreich eingesetzt wurden. Die Engländer und Amerikaner verfügten zu diesem Zeitpunkt über nichts dergleichen. Beide Seiten haben mit Kriegsende dann gleichzeitig deutsche Wissenschaftler, die an der Entwicklung der V2 beteiligt waren, für sich zur Mitarbeit verpflichtet. Schliesslich konnten die Sowjets den zunächst allgemeinen technologischen Vorsprung der USA, was die Raketentechnologie anbelangte, mehr als ausgleichen, und sie waren am Ende in der Lage, vor den USA einen Satelliten in den Weltraum zu schiessen.

Mit den mit Atomwaffen bestückten Interkontinentalraketen war das sog. «Gleichgewicht des Schreckens» hergestellt. Ein direkter atomarer Angriff auf die Mutterländer USA und UdSSR war damit praktisch ausgeschlossen, weil er die unabwendbare Gegenreaktion ausgelöst hätte. Es wäre Selbstmord gewesen, was die paranoiden Militärplaner leider nicht davon abgehalten hat, immer wieder zu überlegen, ob es nicht doch durchführbar sein könnte. Zu diesem Zweck haben sie ein wahnwitziges Arsenal von Atomwaffen aufgebaut, das in keiner Weise rational zu begründen ist. Tatsächlich betraf die einzige realistische Planung einen Einsatz von Atomwaffen in Deutschland, weil bei diesem Einsatz ein sofortiger Gegenschlag auf das Mutterland nicht zwingend zu befürchten war. Mithin war Deutschland das einzige Land auf der Welt, das wirklich von einer atomaren Verwüstung bedroht war!

Auf diese Weise gelang es, den andauernden Zustand beizubehalten, Deutschland, wenn es denn aus dem Ruder zu laufen drohte, jederzeit endgültig vernichten zu können – und das, ohne dass die Weltöffentlichkeit den Vorwurf einer vorsätzlichen Planung erheben konnte. Die Alleinschuld hätte man mit Sicherheit der aggressiven Sowjetunion zugebilligt. Auch hier geht es wieder nicht um meine blosse Fantasie, sondern ich habe lediglich das zusammengefasst, was ich in Gesprächen mit Mitgliedern der nuklearen Planungsgruppen aus

Ost und West erfahren habe, inklusive der Bestätigung, dass sich beide Seiten des Wahnsinns ihrer Planungen bewusst waren. Sie waren aber ihrem Arbeitgeber, dem Militär, verpflichtet und taten einfach ihre Arbeit in der Hoffnung, dass der Irrsinn, den sie planten, niemals Realität werden würde. Übrigens: In Deutschland sind immer noch amerikanische Atomwaffen stationiert – bis heute.

Für den Fall, dass Deutschland wider alle Erwartungen zu einer neuen Gefahr für die Vormachtstellung der angloamerikanischen Politik werden sollte, waren also die entsprechenden Vorkehrungen getroffen. Ein solcher Fall hätte durchaus eintreten können, denn, wie schon gesagt, einiges lief anders als geplant. Das beginnt damit, dass Deutschland in kürzester Zeit bereits wieder die englische Wirtschaft übertraf. Die Reduzierung der Grösse und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten hatten auch positive Aspekte für das Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft. Zwar sind Millionen kluger deutscher Köpfe, deren Wissen und Fähigkeiten jetzt der deutschen Wirtschaft fehlten, dabei ums Leben gekommen, aber der Nebeneffekt war eine Verdichtung der gesamten Struktur. Die Deutschen waren jetzt nicht mehr über eine so grosse Fläche verteilt, wodurch ein intensiverer Austausch von Wissen möglich war, der früher durch grosse Entfernungen behindert wurde. Mit den speziellen Fähigkeiten, welche die Flüchtlinge aus dem Osten mitbrachten, ergaben sich neue Synergien, wie man heute sagen würde. Kurz und gut, Deutschland wurde schnell wieder die Wirtschaftsmacht Nummer eins in Europa. Das war so nicht geplant, war letztlich aber auch nicht so schlimm, denn Deutschland war zwar ein wirtschaftlicher Riese, jedoch ein politischer Zwerg. Das ist noch vorsichtig formuliert, denn eigentlich war Deutschland in der internationalen Politik gar nicht handlungsfähig, was sich schon an der Benennung früher Verträge ablesen lässt. So hiess das erste europäische Bündnis nach dem Krieg, an dem Deutschland beteiligt war, EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Es konnte nur so heissen, denn eine andere Form der Gemeinschaft hätte das damals noch stringentere Besatzungsstatut von 1952 nicht zugelassen.

Mit dem Verlauf und dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie mit der Atombombe sind die Karten neu gemischt worden. England war nicht mehr die Seemacht Nummer eins, dieser Platz wurde jetzt von den USA eingenommen. Dafür mussten diese einen hohen Preis zahlen, denn Roosevelt hatte die amerikanische Industrieproduktion umgestellt auf die primären Bedürfnisse seiner Kriegspolitik. Jetzt musste die Produktion von Kriegsgütern wieder heruntergefahren werden, was eine enorm hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Hinzu kam, dass über Jahre hinweg die Ausbildung junger Männer für zivile Berufe zugunsten des Militärs vernachlässigt worden war. Es gab viele junge Amerikaner, die nichts anderes gelernt hatten als das Kriegshandwerk und die sich nach der Entlassung aus dem Militärdienst besonders schwertaten, eine neue Arbeit zu finden. Andererseits behielten die Amerikaner die besten Wissenschaftler in den Diensten der Rüstungsentwicklung. Das von Deutschland geraubte Wissen um neue Technologien musste weiterentwickelt werden, um den Vorsprung vor der UdSSR zu halten, die sich ihrerseits ebenfalls mit technischem Know-how und Wissenschaftlern aus Deutschland versorgt hatte.

Japan war zwar besiegt worden, doch der pazifische Raum kam noch nicht zur Ruhe. Mao Zedong (auch: Mao Tse-tung) hatte mit der kommunistischen Machtübernahme in China dafür gesorgt, dass das «Reich der Mitte» auf absehbare Zeit wirtschaftlich kein Faktor sein würde. Dennoch verlangte dieser Raum Aufmerksamkeit, denn die Entwicklung dort war krisenhaft und gipfelte schliesslich im Korea-Krieg. Den musste Amerika weitgehend allein stemmen, denn England hatte sich noch lange nicht erholt vom letzten Krieg und konnte keine grosse Hilfe sein. Nüchtern betrachtet, kann man feststellen, dass die USA definitiv besser dran gewesen wären, sich nicht darauf einzulassen, im Sinne englischer Machtpolitik in den Krieg einzutreten. Denn, was gern übersehen wird: Auch im pazifischen Raum haben die Amerikaner ursprünglich die Interessen englisch-imperialer Politik gewahrt. Die Ausbreitungsbestrebungen der Japaner kollidierten in erster Linie mit englischen Interessen, nicht mit amerikanischen. Die USA waren eine grosse Exportnation und nicht auf Kolonien angewiesen, und ihre Interessen waren mehr auf Südamerika fokussiert (Monroe-Doktrin). Interessanterweise hat es offensichtlich eine anglo-

amerikanische Machtclique gegeben, die eindeutig gegen die Interessen des amerikanischen Volkes zugunsten englischer Interessen gehandelt hat – und das nicht selten gegen den erklärten Widerstand des amerikanischen Kongresses.

War England schon bei all seinen Kriegen im 20. Jahrhundert auf die unbedingte Hilfe Amerikas angewiesen, so war es von 1949 an vollständig abhängig vom Schutz durch das amerikanische Militär. Es hatte noch keine eigenen Atombomben, um der UdSSR auf dieser Ebene Paroli bieten zu können. Auch die Kapazität der englischen Industrie war nicht in der Lage, auf dem Sektor konventioneller Waffen ein ernsthaftes Gegengewicht zur UdSSR zu produzieren. So ergab sich das Bild, das wir bis heute wahrnehmen: Die USA führen Regie und überziehen die ganze Welt mit Kriegen, um ihre Interessen zu wahren. Ich kann das nicht ganz so glauben. Haben die USA bis 1945 eindeutig und in erster Linie die Interessen englischer Politik betrieben, erscheint es jetzt doch sehr fraglich, dass sich das urplötzlich gewandelt haben sollte. Die Leute, die in den USA bislang dafür gesorgt haben, dass sich das Land im Sinne Englands engagiert hat, waren immer noch in ihren Machtpositionen. Sicher, die Schwerpunkte werden sich verschoben haben, doch ich denke, man muss genau hinterfragen, was zu wessen Vorteil tatsächlich geschehen ist. Die USA sind von einer starken, unabhängigen Nation zu einer Nation verkommen, die vollkommen davon abhängt, dass das internationale Finanzsystem nicht zusammenbricht – und der Finanzplatz Nummer eins ist nach wie vor London! Dabei ist allerdings zu beachten, dass London über fast gar keine Finanzreserven in Form von Dollar verfügt – im Gegensatz zu den Euroländern, Japan, Russland und China. Wenn also der Dollar zusammenbrechen sollte, wird das England am wenigsten beeindrucken. Vielmehr wird es davon sogar noch profitieren, weil seine Schulden überwiegend in Dollar notiert sind.

Ein weiteres Beispiel, wie England seine Interessen auf Kosten anderer Länder durchzusetzen suchte, war der Sueskrieg. Damit sind wir wieder bei Israel. Die geographische Form, Lage und Grösse an sich lässt es schwierig erscheinen, den Bestand dieses Landes zu sichern, noch dazu, weil es nur von Feinden umgeben ist.

Die Logik für eine eigenständige Politik Israels müsste sein, Frieden und Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn zu suchen. Israel wurde jedoch gezwungen, nicht im eigenen, sondern im Interesse englischer politischer Ziele zu handeln, was zur Folge hatte, die Einigkeit seiner Feinde zu fördern. Der Verlauf der Sueskrise zeigt das deutlich.

Die Sueskrise ist im geschichtlichen Bewusstsein der Gegenwart praktisch nicht vorhanden, weswegen ich hier einen kurzen Abriss der Geschehnisse gebe. Voranstellen möchte ich, dass der Sueskanal von dem Franzosen Ferdinand de Lesseps nach Plänen des Österreichers Alois Negrelli, Ritter von Moldelbe, 1869 fertiggestellt worden war. 1876 nutzte das englische Kapital die prekäre finanzielle Lage Frankreichs aus und übernahm die Aktienmehrheit und damit die Kontrolle über den französischen Sueskanal. 1882 besetzte England Ägypten mit seinen Truppen und sicherte so seine imperiale Kontrolle über diese wichtige Wasserstrasse mit militärischer Gewalt. Das bis dahin freie und neutrale Ägypten wurde de facto zu einer englischen Kolonie. Im weiteren Verlauf hatte man sich auf eine englische Truppenpräsenz am Sueskanal von 10.000 Mann verständigt, doch an diese Verabredung hat sich England nie gehalten. 1950 betrug seine Truppenstärke dort bereits 80.000 Mann. Das ist die Ausgangssituation zur Sueskrise.

Die folgende Passage habe ich auf Informationen aus der Brockhaus Enzyklopädie Online (www.brockhaus-encyklopaedie.de) aufgebaut:

In einer Rede, die er am 26. Juli 1956 in Alexandria vor einer Million Menschen hielt, gab der ägyptische Präsident Gamal Abd el-Nasser bekannt, dass die Sueskanalgesellschaft verstaatlicht werde. Die Aktionäre und Inhaber der Gründeraktien sollten entschädigt werden, nachdem Ägypten das gesamte Besitztum der verstaatlichten Gesellschaft übernommen hatte. Noch während Nasser sprach, übernahmen Ägypter die Verwaltung des Kanals. Wie kam es zu diesem Schritt?

Um dem Bevölkerungszuwachs Rechnung zu tragen, der zu dieser Zeit in Ägypten rund 300.000 Menschen jährlich betrug, hatte die ägyptische Regierung – antikolonial, jedoch grundsätzlich nicht antiwestlich eingestellt – die westlichen Staaten um Hilfe beim Bau des geplanten Assuan-Hochdammes gebeten. Doch diese wollten Ägypt-

ten nach wie vor in ihrem Sinne beeinflussen und machten eine bereits gegebene Zusage zur Teilfinanzierung des Staudammes rückgängig (vgl. auch Bau der Bagdadbahn, S. 48 ff.). Im Gegenzug entschloss sich Nasser zur Verstaatlichung der Kanalgesellschaft, aus der 1955 mehr als 32 Millionen Ägyptische Pfund an westliche Staaten geflossen waren.

Zu Beginn der 1950er-Jahre war Ägypten mit 20 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste arabische Land. Seit 1922 war es Monarchie und somit formal souverän, doch die Engländer hatten noch entscheidende Positionen inne. Vor allem in der Kanalzone waren sie militärisch präsent. Darüber hinaus hatten sie sich mit einflussreichen Kreisen am Königshof sowie den Grossgrundbesitzern und den gutbürgerlichen Schichten zu beiderseitigem Nutzen arrangiert. 12.000 Grossgrundbesitzer (0,5 Prozent aller Landeigentümer) verfügten über 2 Millionen Feddan – das waren 32,2 Prozent des bebaubaren Bodens -, während sich 2,6 Millionen Kleineigentümer (94,3 Prozent aller Landeigentümer) mit 2,1 Millionen Feddan oder 35,5 Prozent des bebaubaren Landes begnügen mussten (1 Feddan = 0,42 ha). Die Mehrheit der Fellachen lebte unter dem Existenzminimum. Daneben herrschte eine Massenarbeitslosigkeit, die durch die Landflucht von Arbeit suchenden Fellachen noch anwuchs. Streiks und Demonstrationen mit antikolonialen und antimonarchischen Losungen bestimmten das innenpolitische Klima, in der Kanalzone kam es zu Guerillaaktionen. Am 25. Januar 1952 richteten britische Panzer und Artillerie in Ismailia ein Blutbad unter der ägyptischen Polizei an. Am folgenden Tag zogen Arbeiter und Studenten durch die Strassen Kairo und forderten Waffen, um in der Kanalzone zu kämpfen, aufgebrachte Menschen setzten Geschäfte, Banken und Vergnügungsstätten in Brand. In diesen Tagen fanden 50 Menschen den Tod.

Die politische Opposition war zersplittert. Der Wafd, die grösste Partei, hatte Bedeutsames im antikolonialen Kampf geleistet, seine Führung hatte sich jedoch mit dem herrschenden System ausgesöhnt. Aus Protest dagegen hatte sich 1947 die «Wafd-Avantgarde» formiert. Die Sozialistische Partei setzte sich für eine Verstaatlichung der Kanalgesellschaft und eine Bodenreform ein, während die Muslimbruderschaft ein unabhängiges Ägypten anstrebte, in dem die Prinzipien eines in seiner ursprünglichen Reinheit wieder hergestellten Is-

lam verwirklicht werden. Kommunistische Organisationen waren zerstritten und wollten nationale und soziale Befreiung verknüpfen.

Beginnend in den 1930er-Jahren, hatten sich Offiziere, die aus den Zwischenschichten stammten, zur «Gemeinschaft der Freien Offiziere» zusammengeschlossen und ergriffen in der Nacht vom 22. zum 23. Juli 1952 ohne Blutvergiessen die Macht. Gegenüber den USA und Grossbritannien auf die innenpolitischen Motive ihrer Aktion hinweisend, bauten sie die errungenen Machtpositionen schrittweise aus und leiteten eine Revolution mit antimonarchischen, antifeudalen und antikolonialen Akzenten ein. Zunächst stand General Ali Mohammed Nagib offiziell an ihrer Spitze, bis dann im April 1954 – nach internen Auseinandersetzungen – Gamal Abd el-Nasser Vorsitzender des Revolutionsrates, Oberkommandierender der Armee und Ministerpräsident wurde. Unter Duldung der USA und Englands setzten die revolutionären Offiziere König Faruk ab. Am 26. Juli 1952 verliess dieser Ägypten, das am 18. Juni 1953 zur Republik erklärt wurde. Gegen den Widerstand der Grossgrundbesitzer erliess das neue Regime ein Gesetz, das die Höchstgrenze für Bodenbesitz auf 200 Feddan pro Person festlegte. Titel wie «Pascha» und «Bey» wurden abgeschafft, Parteien verboten. Nach zähen Verhandlungen verpflichtete sich England am 19. Oktober 1954, seine Truppen im Bereich des Kanals (80.000 Mann) zurückzuziehen. Am 18. Juni 1956 verliess das letzte britische Militärkontingent Ägypten, fünf Tage später wurde Nasser Präsident der Republik.

In seiner Aussenpolitik lehnte Nasser den Beitritt seines Landes zu einem von den USA geförderten Verteidigungsbündnis ab, das sich angesichts des Ost-West-Konflikts tendenziell vor allem gegen die UdSSR richtete. Gegenüber John Foster Dulles, damals Aussenminister der USA, begründete Nasser diese Ablehnung: Nicht die Sowjetunion bedrohe sein Land, sondern die Engländer seien seit 70 Jahren als Besatzer in Ägypten präsent. Wenn er einem Pakt beiträte, dem auch England angehöre, werde er das Vertrauen seines Volkes verlieren. In der Folgezeit bezog Ägypten die Position der Nichtpaktgebundenheit (Non-Aligned Movement).

Eine von Nasser geleitete Delegation nahm im April 1955 an der afro-asiatischen Konferenz in Bandung (Indonesien) teil und beteiligte

sich an der Erarbeitung der Grundsätze der friedlichen Koexistenz. Weltweit Aufsehen erregte es, als Ägypten das faktische Waffenlieferungsmonopol der westlichen Staaten nach Nahost durchbrach und 1955 mit der Tschechoslowakei die Lieferung schwerer Waffen vornehmlich sowjetischer Produktion vereinbarte: Panzer, Geschütze und Flugzeuge.

Nach Nassers Rede vom 26. Juli 1956, in der er die Verstaatlichung des Sueskanals verkündete, setzten westliche Staaten – vor allem Frankreich und England – Ägypten politisch unter Druck. Sie beriefen drei internationale Konferenzen nach London ein, eine im August, eine im September, die dritte Anfang Oktober, und bereiteten gleichzeitig eine Militäraktion vor. Den Franzosen ging es dabei, wie Anthony Nutting, damals Staatsminister im britischen Aussenministerium, später rückschauend schrieb, *«gar nicht so sehr um den Kanal, sondern in erster Linie um. Algerien. Sie waren überzeugt, der algerische Widerstand werde zusammenbrechen, sobald Nasser vernichtet sei»*. Die Londoner Konferenzen brachten nicht das erwünschte Ergebnis. Die Ägypter waren, ihr Recht auf den Kanal ins Feld führend, gar nicht erst erschienen; andere Länder, vornehmlich Indien und die Sowjetunion, vertraten ihre Belange. Daraufhin verständigten sich Frankreich, England und Israel am 23. Oktober 1956 in Sevres bei Paris auf ein gemeinsames militärisches Vorgehen gegen Ägypten. Israel sollte den Krieg auslösen, dann würden sich unter dem Vorwand, die Schifffahrt auf dem Kanal vor dem Erliegen bewahren zu wollen, Frankreich und England einschalten.

Am 29. Oktober 1956 griff Israel Ägypten an, Frankreich und England folgten zwei Tage später. Am 31. Oktober begannen England und Frankreich mit der Bombardierung ägyptischer Flughäfen und besetzten fast die gesamte Sinai-Halbinsel sowie Port Said. Auch die beiden Supermächte USA und UdSSR wollten grösseren Einfluss in Nahost gewinnen. Die sowjetische Regierung forderte die Angreifer auf, ihr Vorgehen zu beenden; sollten sie sich weigern, werde sie selbst Gewalt einsetzen, um den Frieden in Nahost wiederherzustellen. Die USA waren durchaus dafür, dass, wie Dulles formulierte, *«Nasser wieder ausspucke, was er zu schlucken versucht»*, doch hielten sie, wie Präsident Dwight D. Eisenhower in einer Rundfunkbotschaft erklärte, *«die Anwendung von Gewalt nicht für klug und geeig-*

net zur Lösung internationaler Konflikte». Daraufhin zogen sich Frankreich, England und Israel aus allen eroberten Gebieten zurück. Für die Ägypter verwandelte sich die militärische Niederlage in einen politischen Sieg. Nassers Autorität wuchs sprunghaft, er stieg zum Helden der arabischen Welt auf. Die ägyptische Regierung setzte die als «Ägyptisierung» verstandene Schwächung des Auslandskapitals fort, welche sie mit der Verstaatlichung der Kanalgesellschaft dramatisch eingeleitet hatte. Am 15. Januar 1957 schuf sie die staatliche Wirtschaftsorganisation, die vom Westen als quasisozialistische Einrichtung angesehen wurde. In diesem Zusammenhang verfügte die Regierung ausserdem, dass die ausländischen Banken, Versicherungsgesellschaften und Importagenturen vollständig in ägyptisches Eigentum zu überführen seien. Weil die Unterstützung durch die USA ausblieb, musste sich England schliesslich dem internationalen Druck beugen und seine militärische Präsenz in der Region aufgeben, obwohl Ägypten militärisch besiegt worden war.

Die Vorgänge um die Sueskrise sollten nicht in Vergessenheit geraten, zeigen sie doch einmal mehr das verschlagene Vorgehen der englischen Politik. Um ihre geostrategischen Ziele zu erreichen und gleichzeitig nicht als primärer Aggressor zu erscheinen, wird ein abhängiges Land – Israel in diesem Fall – vorgeschoben und missbraucht. Schlimmer noch, dieses missbrauchte Land darf die Vorteile, die sich aus dem Vorgang ergeben haben, nicht behalten: Israel musste die Kontrolle über den Sinai wieder abgeben. Damit war die nächste Krise programmiert, die sich 1967 mit dem «Sechs-Tage-Krieg» auch prompt einstellte. Nach der Sueskrise war, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, die Situation für England nicht befriedigend. Die Weichen mussten so gestellt werden, dass ein weiterer Konflikt unvermeidlich war. Gleichzeitig hatte sich die Bedrohung für Israel erheblich verschärft, denn die Sueskrise bot den Anlass für das weitere Zusammenrücken der arabischen Länder gegen den gemeinsamen Feind Israel. Das wiederum machte eine weitere Aufrüstung Israels unumgänglich.

Ägypten war zu jener Zeit das potenteste Land in der arabischen Region mit der grössten Bevölkerung. Seine gebildete Oberschicht, die sich von der englischen Hegemonie abwenden wollte, wäre durch-

aus in der Lage gewesen, die arabische Welt zu einem islamischen Machtblock ausserhalb des westlichen Einflusses zu vereinen. Mit einer solchen Entwicklung war – wie bereits fünfzig Jahre zuvor – die Gefahr gegeben, dass sich ein jüdisch-arabisches Grossreich bildet, das die vollständige Kontrolle über das in der Region geförderte Öl übernimmt. Mit der Einbeziehung Israels in die kriegerischen Handlungen war die Gefahr, dass es vielleicht doch noch zu einer arabisch-israelischen Allianz kommen könnte, restlos gebannt. Einen Vorteil hat Israel aus dem Krieg nicht erlangt. Vielmehr hatte es zahlreiche Menschenleben zu beklagen und lebt seitdem in der Pflicht, noch grössere Anteile seiner Volkswirtschaft für militärische Zwecke aufwenden zu müssen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich die USA 1956 nicht für die Zwecke Englands einspannen liessen – zehn Jahre später sollte es anders sein.

Ein wesentlicher Aspekt für die Unausweichlichkeit eines weiteren Konflikts war die ägyptische Finanzpolitik. Mit der Verstaatlichung des Finanzwesens wollte sich Ägypten dem Joch der angloamerikanischen Finanzkontrolle entziehen. Die westlichen Banken reagierten darauf sofort, indem sie Ägypten von den internationalen Finanzmärkten isolierten. Seit dieser Zeit leidet Ägypten unter Devisenproblemen und darf sich davon nicht erholen. Bereits 1956 hatte England das Geld als Waffe gegen Ägypten eingesetzt, indem es ägyptische Guthaben in England eingefroren hatte. Das war im weiteren Sinn schon ein kriegerischer Akt. Diese Methode wird bis heute immer wieder eingesetzt, wenn ein Staat sich anders verhält, als es den «Herren des Geldes» genehm ist. Wie die jüngste Geschichte in Palästina zeigt, wird diese Waffe sogar dann missbraucht, wenn ein Volk eine unbequeme demokratische Entscheidung trifft.

Auch die Sueskrise stand für die englische Politik unter einem Zeitproblem. Ägypten hatte mit der Aufrüstung begonnen und erhielt ab 1955 Waffen aus dem Ostblock. Es war abzusehen, dass die Ägypter den Umgang mit diesen Waffen schnell erlernen und ein Waffengang gegen sie dann wesentlich schwieriger werden würde. Bis 1956 hatten die Ägypter jedoch zu wenig Zeit, eine effiziente Ausbildung an den modernen Waffen zu vollenden – ein Umstand, der den Ausgang des Sueskrieges erheblich beeinflusste. Nur ein Jahr später hätte sich die Situation vollkommen anders dargestellt.

So gesehen, kann man den Sueskrieg als Präventivkrieg bezeichnen, bevor die Lage unkontrollierbar geworden wäre – was auch im Sinne Israels gilt. Ich denke, dieser Aspekt machte es England leicht, Israel für einen Angriff auf Ägypten zu gewinnen, obwohl man davon ausgehen darf, dass sich Israel sehr wohl der negativen Auswirkungen auf seine allgemeine politische Lage bewusst war. Schliesslich darf man nicht vergessen, dass auch die Möglichkeit nicht auszuschliessen war, dass Israel diesen Krieg verliert. Das hätte die vollständige Vernichtung des Staates Israels bedeutet, zumal sich die USA zu dieser Zeit noch nicht zu dessen Schutz verpflichtet hatten. Diese potenzielle Gefahr wurde jedoch von den englischen Politikern in Kauf genommen.

1967 war alles etwas anders. Ägypten hatte seine führende politische Rolle im arabischen Raum ausgebaut und auch die Armee war zu einer beachtlichen Stärke gediehen, besonders die Luftwaffe. Die Situation drohte aus dem Ruder zu laufen – im Sinne westlicher Interessen. Wieder einmal musste Israel dafür herhalten, die «Kastanien aus dem Feuer zu holen» – dieses Mal allerdings ohne die Unterstützung Englands. Dafür kreuzte nun jedoch, keine 500 Kilometer entfernt, die 6. US-Flotte im Mittelmeer mit Kriegsschiffen, die auch Atomwaffen an Bord hatten. Über den Verlauf des «Sechs-Tage-Krieges» 1967 ist viel, noch dazu viel Kontroverses, geschrieben worden. Ich halte es für nicht notwendig, hier noch etwas «draufzusetzen», möchte aber einen ganz speziellen Nebenaspekt beleuchten, der mir wesentlich erscheint. Das ist die mysteriöse Geschichte mit der «USS Liberty».

Die «Liberty» war ein nahezu unbewaffnetes Spionageschiff der US Navy. Sie hielt sich seit ein paar Monaten im östlichen Mittelmeerraum auf und lag zu Beginn des «Sechs-Tage-Krieges» 13 Meilen vor der Küste Israels, genau an der Grenze zu ägyptischen Hoheitsgewässern.⁶² Der «Sechs-Tage-Krieg» hatte am 5. Juni 1967 begonnen und sollte am 10. beendet sein. Bereits am ersten Tag des israelischen Angriffs war es gelungen, die ägyptische Luftwaffe restlos zu vernichten. Dieser Aspekt ist wichtig für die weiteren Betrachtungen.

62 WDR Dokumentation am 12. September 2003, 23.00 Uhr.

Am 8. Juni 1967 wurde die «Liberty» plötzlich von israelischen Kampfflugzeugen und Torpedobooten angegriffen, von denen die Hoheitszeichen entfernt worden waren. Die Israelis feuerten mit allem, was sie zur Verfügung hatten: Raketen, Bomben, Maschinengewehren, Napalm, Torpedos. Sie wollten das US-Schiff mit seiner gesamten Besatzung um jeden Preis versenken, selbst Rettungsboote wurden angegriffen. 34 Seeleute der «Liberty» starben, 171 wurden verwundet. Das Schiff kämpfte sich trotz schwerer Schäden auf die offene See hinaus, sein wertvolles Material an Bord – Tonbänder, Fotos – wurde gerettet.

Zunächst behaupteten die Israelis, nicht sie, sondern die Ägypter hätten das US-Schiff angegriffen, in der Hoffnung, die Amerikaner würden aufgrund dieser Aktion aktiv an der Seite der Israelis in den Krieg gegen die Araber eintreten. Offiziell blieben die USA in dem Konflikt neutral, um den Sowjets keine Handhabe zur militärischen Unterstützung Ägyptens und Syriens zu geben. Als Israels Version nicht mehr zu halten war, behauptete die Regierung in Tel Aviv, ihre Marine habe die «Liberty» mit einem ägyptischen Frachtschiff verwechselt, das mit Kriegsmaterial nach Alexandria unterwegs gewesen sei. Bis heute halten die Israelis an dieser Version fest.

So weit die einfache Geschichte, doch ganz so einfach war es eben nicht. Dazu muss man wissen, dass sich schon einige Jahre vor 1967 die Gerüchte verdichtet haben, Israel sei im Besitz von Atombomben. Entgegen aller andersartigen Beteuerungen, sowohl seitens der USA als auch Israels, muss man davon ausgehen, dass die «Liberty» wissentlich und vorsätzlich von Israel angegriffen wurde mit dem Ziel, das Schiff, und mit ihm alle Zeugen, zu versenken.⁶³ Das misslang – und damit der ganze Plan, der wahrscheinlich dahintersteckte.

Potenziell lässt sich über zwei unterschiedliche Pläne spekulieren: einen eher harmlosen und einen höchst verwerflichen. Der harmlose sieht so aus: Sollte Israel in eine ausweglose Situation geraten, dann könnte der Angriff auf die «Liberty» durch Ägypten den USA den

63 Cristol, A. Jay: *The Liberty Incident*. Washington (DC): Brassley's Military, 2002.

Ennes, James M.: *Assault on the Liberty*. New York: Random House, 1979.

Grund liefern, auf Seiten Israels in den Krieg einzugreifen. Das wäre glaubhaft, denn es wäre nicht das erste Mal, dass die USA einen angeblichen Angriff auf ihre Schiffe zum Anlass nehmen, um in den Krieg zu ziehen. Diese Betrachtung scheidet nach meinem Dafürhalten aber aus, denn am 8. Juni zeigte sich die militärische Lage bereits so eindeutig zugunsten Israels, dass ein Eingreifen der USA gänzlich unnötig war. Also müssen wir uns der höchst verwerflichen Spekulation zuwenden. Für sie sprechen einige Ungereimtheiten, welche diesen Fall so mysteriös machen: Wider aller Erwartungen ist es der «Liberty» gelungen, Funksprüche mit Hilferufen abzusetzen und ihrer Versenkung zu entgehen. Mit Eingang der Hilferufe starteten zwei bereitstehende F-4 Phantom-Kampfflugzeuge vom Flugzeugträger der 6. Flotte mit dem Auftrag, der «Liberty» zu Hilfe zu kommen. Das ist zumindest die später veröffentlichte offizielle Version. Dass diese Darstellung offensichtlich nicht den Tatsachen entsprechen kann, fällt jedem sofort auf, der auch nur ein wenig über die Gepflogenheiten des amerikanischen Militärs weiss. Um das noch einmal zu verdeutlichen: Da ruft ein Schiff der US Navy um Hilfe, weil es von mehreren Flugzeugen angegriffen wird, und die dürftige Reaktion darauf ist die Entsendung von gerade zwei Flugzeugen? Normalerweise würden die Amerikaner in so einem Fall alle verfügbaren Flugzeuge losschicken, um die Kameraden in Not zu retten. Das wären in diesem Fall mindestens zwanzig gewesen. Aber damit noch nicht genug: Die zwei losgeschickten F-4 trugen Atomwaffen! Dieser Fakt ist unbestreitbar belegt. Nun könnte man sagen, dass diese beiden mit Atomwaffen bestückten Kampfjets starten mussten, um das Deck für die folgenden frei zu machen – es folgten aber keine. Kein Mensch kann erklären, wie nur zwei Jets mit Atomwaffen an Bord ein Schiff in Not retten sollen. Diese zwei Maschinen mussten einen ganz anderen Auftrag gehabt haben.

Auch wenn die folgenden Überlegungen – in der Dokumentation des WDR (vgl. S. 253, Fussnote 62) als glaubwürdig vorgestellt – nicht mehr als eine Spekulation sein können, so halte ich sie dennoch nicht für zu abwegig: Die beiden F-4 sollten ihre Bomben über Kairo abwerfen! Dass das dann nicht geschah, lag daran, so die Schlussfolgerung, dass die «Liberty» nicht versenkt wurde. Es gab einfach zu viele Zeugen, unter ihnen der Kapitän, William L. McGonagle, die

zweifelsfrei aussagen konnten, dass das Schiff nicht von Ägypten angegriffen worden ist. Dafür spricht auch, dass die zwei F-4 sofort auf allerhöchsten Befehl zurückgerufen wurden, nachdem mehrfach bestätigt worden ist, dass die «Liberty» nicht versenkt wurde und Überlebende an Bord waren. Die beiden F-4 sind nicht einmal in die Nähe des Schiffes gekommen, zu dessen Rettung sie eigentlich eilen sollten. Mit dem Abbruch der ganzen Aktion bestand ja auch keinerlei Gefahr mehr für die «Liberty», die Entsendung weiterer Flugzeuge zu ihrem Schutz hatte sich erübrigt.

Die Untersuchung und Aufarbeitung der Vorgänge um die «Liberty» ist ein einziges Vertuschungsmanöver. In seltener Einigkeit gelangen Israel und die USA zu dem Ergebnis, dass es sich um einen tragischen Irrtum gehandelt habe. Sämtliche Zeugen wurden zu strikter Geheimhaltung verpflichtet; die Berichte, Aussagen und Protokolle, die im Zusammenhang damit stehen, sind bis heute nicht freigegeben. Es lohnt sich aber, das Internet zu durchforsten nach Seiten, die das Andenken an die Toten der «Liberty» pflegen.

Um dieser Überlegung ein wenig das Absurde zu nehmen, muss man noch etwas weiter spekulieren: Der Abwurf einer Atombombe auf Kairo hätte für die Amerikaner direkt keine besonderen Konsequenzen gehabt, da Russland deswegen sicher keinen Atomkrieg riskiert hätte. Die ganze arabische Welt wäre jedoch restlos paralytisch gewesen und niemand hätte sich ab sofort einem amerikanischen Diktat widersetzt. Das wiederum hätte die absolute Kontrolle der USA über das arabische Öl garantiert, Ägypten als Machtfaktor im arabischen Raum hätte es nicht mehr gegeben. Das ist zwar auch durch den grandiosen Sieg Israels im «Sechs-Tage-Krieg» weitgehend erreicht worden, aber die Qualität wäre eine andere gewesen, und es war zudem nicht absehbar, dass der Sieg Israels so triumphal ausfallen würde.

Es hätte aber auch noch anders kommen können: Russland hätte als Antwort eine Langstreckenrakete mit einer Atombombe auf Israel abfeuern können. Auch das hätte nicht zu einem atomaren Krieg zwischen Russland und den USA geführt, doch Israel wäre damit völlig vernichtet gewesen. Die geomorphologischen Gegebenheiten – sowohl in Kairo wie auch in Israel – würden beim Abwurf einer Atom-

bombe eine Größenordnung der Vernichtung garantieren, gegen die Hiroshima verschwindend klein vorkommen muss. Jedem normal denkenden Menschen mögen solcherart Überlegungen absurd erscheinen, aber vergessen wir nicht, dass wir es mit abnormalen, paranoiden Militärstrategen zu tun haben. Genau diese starrsinnigen und uneinsichtigen Hardliner sind es, die ein nukleares Potenzial geschaffen haben, mit dem man die ganze Welt mehrfach in eine atomare Wüste verwandeln kann. Kurioserweise haben sie dann auch noch Bunker gebaut, in denen sie eine Zeit lang überleben können – wofür auch immer. Individuen – ich scheue mich hier, das Wort «Mensch» zu benutzen –, die derart widernatürliche Planungen ohne jeden Sinn und Verstand durchgeführt haben, ist leider alles zuzutrauen. Sollte also tatsächlich der Abwurf einer Atombombe auf Kairo geplant gewesen sein, so hat man in der möglichen Konsequenz die atomare Vernichtung Israels billigend in Kauf genommen. Das ist von der Politik Englands, Hass zwischen Juden und Arabern herzustellen, nicht so weit entfernt. Und auch in jüngerer Zeit hat die Politik der USA, mit England an ihrer Seite, in Bezug auf den Irak keine Rücksicht auf das Leben und die Sicherheit israelischer Bürger genommen.

So viel – wieder einmal – zu dem Thema, dass eine «jüdische Weltverschwörung» die Geschicke der Welt lenken würde, obwohl es offensichtlich ist, dass dem so nicht sein kann.

Ein weiterer Faktor waren die Gerüchte um die Existenz einer israelischen Atombombe. Es wäre ein Leichtes gewesen, einen Atombombenabwurf auf Kairo Israel «in die Schuhe zu schieben». Zumindest hätte die Diskussion darum, wer denn nun die Bombe auf Kairo geworfen hat, einen zeitlichen Aufschub für Reaktionen der UdSSR bedeutet – bis so viel Zeit vergangen wäre, dass ein direkter Angriff der UdSSR auf die USA international nicht mehr als adäquat gegolten hätte. Das hätte die UdSSR aber vermutlich nicht davon abgehalten, inzwischen schon mal Israel atomar dem Erdboden gleichzumachen. Die Militärs jener Zeit wollten ihre neuen «Spielzeuge» unbedingt ausprobieren, was sie auch immer wieder getan haben, wie Ereignisse in den 1950er-Jahren belegen, die der Öffentlichkeit verborgen geblieben sind.

Die Fahrlässigkeit, mit der vor allem die Amerikaner in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit dem Feuer spielten, lässt die Überlegung, eine Atombombe auf Kairo abzuwerfen, in ihrer Wahrscheinlichkeit erheblich zunehmen. Die USA haben damals immer wieder drastische Verletzungen des sowjetischen Luftraums begangen, indem sie, ihre technische Überlegenheit ausnutzend, mit ihren Kampffjets Aufklärungsflüge über dem Territorium der UdSSR durchführten. Das ging immer so lange gut, bis die Russen mit neuen Entwicklungen in der Lage waren, die amerikanischen Aufklärer abzuschiessen. Das prominenteste Beispiel ist hier der Fall von Gary Powers mit seiner U2 am Ende der amerikanischen Aufklärungsflüge über der UdSSR. Aber bis dahin war die vorsätzliche Verletzung des sowjetischen Luftraums durch die USA geradezu Routine – ein kindisches «Katz-und-Maus-Spiel». Eine echte Notwendigkeit dafür hat es nicht gegeben, denn es war ohnehin bekannt, dass die sowjetischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Militärtechnologie zu der Zeit weit hinter denen der USA zurückgeblieben waren.

Wiederum ist anzumerken, dass dieses «Spiel» Hunderte von Menschenleben kostete. Es waren die Besatzungen der amerikanischen Flugzeuge, die die Erfahrung mit ihrem Leben bezahlen mussten, wenn die UdSSR einen neuen Fortschritt bei ihren Abwehrwaffen erreicht hatte. Das Ganze unterlag strengster Geheimhaltung, und die Besatzungen, die Kenntnis des Vorgangs und vor allem von Misserfolgen hatten, wurden unter Androhung von Haft bis zu zehn Jahren sowie hohen Geldstrafen zum Schweigen gezwungen. Viele von ihnen leiden noch heute vor allem darunter, dass sie den Witwen und Familien ihrer umgekommenen Kameraden nicht erzählen durften, wie und warum ihre Liebsten tatsächlich gestorben sind.⁶⁴

Zwei Dinge halte ich in diesem Zusammenhang für wichtig: Die Militärstrategen der USA haben es vorsätzlich in Kauf genommen, das Leben von Menschen aufs Spiel zu setzen, nur um zu testen, wie weit sie gehen können, bis sie sich eine «blutige Nase» holen. Dazu könnte auch der Test gehören, was passiert, wenn sie eine Atombombe auf Kairo abwerfen. Eine solche Denkweise muss man ebenso

64 Knoop, Guido: ZDF History. 2. September 2007, 23.30 Uhr.

im Zusammenhang mit Vietnam sehen, wo 1967 bereits deutlich wurde, dass dieser Krieg mit konventionellen Mitteln nicht zu gewinnen sein würde. Wäre die Bombe auf Kairo Realität geworden, hätte Hanoi Ähnliches zu befürchten gehabt und wäre zu einem bedingungslosen Einlenken verurteilt gewesen.

Zum anderen war die UdSSR weitestgehend über die Aktionen in ihrem Luftraum im Bilde – Informationen, die ihnen von englischer Seite zugespielt wurden. Auch das kann man in den Büchern von Guido Knopp nachlesen.⁶⁵ Was aber kann England dazu veranlasst haben, seinen Partner zu verraten und das Leben befreundeter Flugzeugbesatzungen in Gefahr zu bringen? Ich sehe nur eine Möglichkeit: Die englischen Geostrategen waren zu diesem Zeitpunkt keinesfalls daran interessiert, die amerikanische Überlegenheit zu deutlich werden zu lassen. Das hätte das Tempo der westlichen Aufrüstung bremsen können, denn Ausmass und Qualität der sowjetischen Rüstung wurden, wie wir wissen, stets übertrieben, um genug Geld in die eigene Rüstung stecken zu können. Erst nach 1990 hat die amerikanische Rüstung eine Eigendynamik entwickelt, die nur noch mit der vollständigen Beherrschung der Welt zu begründen ist. Bei all dem sollte man daran denken, dass sich die UdSSR nicht aktiv an diesen «Spielen» beteiligt und keine regelmässigen Verletzungen der territorialen Integrität von NATO-Staaten begangen hat. Ob das nun aus Überzeugung oder wegen mangelnder technischer Möglichkeiten so gewesen ist, lasse ich dahingestellt.

Israel befindet sich nach wie vor in einer prekären Lage. Mittlerweile hat sich auch der Iran auf die Seite der erklärten Feinde Israels gestellt und kann das Land mit Raketen bedrohen. Das ist nicht etwa die Folge einer «natürlichen» Feindschaft, eine solche hat nie existiert. Vielmehr dürfte die Ursache darin zu suchen sein, dass es die USA nicht verstanden haben, ein vernünftiges Verhältnis mit dem Iran aufrechtzuerhalten, und beide Länder stattdessen zu Feinden gewor-

65 Knopp, Guido: Top-Spione: Verräter im Geheimen Krieg. München: Goldmann Verlag, 1997.

Knopp, Guido: 100 Jahre – Die Bilder des Jahrhunderts. Hamburg: Nikol Verlag, 1999.

den sind. Durch die plakative Allianz zwischen Israel und den USA musste auch Israel vom Iran zum Feind erklärt werden. Hinzu kommt, dass die USA Israel dazu missbraucht haben, kriegerische Akte im Iran für ihre Interessen durchzuführen, wie etwa die Bombardierung der iranischen Atomanlagen. So muss Israel weiterhin mit der Bedrohung leben, vollständig ausgelöscht zu werden. So lange nicht eine radikale Kehrtwende der angloamerikanischen Politik gegenüber den islamischen Ländern eintritt, wird sich daran nichts ändern.

18. Tauwetter

«Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende.» (John F. Kennedy)

1953 wurde Nikita Sergejewitsch Chruschtschow 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, von 1958-1964 hatte er zudem das Amt des Ministerpräsidenten der UdSSR inne. Er war in dieser Zeit – als Staats- und Parteichef – der einflussreichste und mächtigste Politiker in seinem Land (dem Amt des Präsidenten heute entsprechend). In den USA wurde 1961 John Fitzgerald Kennedy (JFK) zum Präsidenten gewählt. Diese beiden Männer haben mehr gemeinsam, als man auf den ersten Blick vermuten mag:

Chruschtschow stammt aus der Ukraine, die Familie Kennedy aus Irland. Damit gehören beide jeweils zu einer nationalen Minderheit, die nicht nur Freundschaft mit der herrschenden Mehrheit verbindet. Die Ukrainer haben den Russen nie verziehen, dass sie von ihnen beherrscht werden, und im Gegenzug betrachten die Russen die Ukrainer als unzuverlässig. Die Iren leiden traditionell unter der englischen Dominanz, und ihr Verhältnis zu Engländern ist, vorsichtig ausgedrückt, zurückhaltend. Chruschtschow hat seine erste Frau während der Hungersnot infolge des Bürgerkrieges 1921 verloren, der Bruder von JFK, Joseph Kennedy, starb 1944 im Krieg. Beide hatten am eigenen Leib erfahren müssen, dass politisch motiviertes Machtstreben den Verlust geliebter Menschen auslösen kann. Beide kannten die Schrecken des Krieges aus eigener Erfahrung als Soldaten; beide haben Präsidenten gedient, die nicht nur zum Vorteil des eigenen Volkes gehandelt haben: Stalin und Roosevelt. Sie verfügten beide über ein exklusives Wissen um die wahren Vorgänge in der geheimsten Politik. Schliesslich haben sich beide nach ihren Möglichkeiten den Zielen verschrieben, die Menschheit in eine bessere Zukunft zu führen – und beide sind gescheitert.

In den 1950er-Jahren war das Verhalten der USA gegenüber der UdSSR aggressiv einschüchternd. 1959 stationierten die USA in Deutschland, Italien und der Türkei neue Mittelstreckenraketen, die mit Atombomben bestückt waren. Dadurch war für die UdSSR eine

neue Qualität der Bedrohung entstanden, auf die sie reagieren musste. Die Folge war die sog. «Kubakrise». Im Januar 1959 hatte Fidel Castro in Kuba die Macht übernommen und war der UdSSR freundlich zugetan. Für die Sowjetunion bot es sich damit an, mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba in Sachen atomares Wettrüsten mit den USA gleichzuziehen. Das geschah schliesslich 1961 – der Anlass für die Kubakrise war gegeben. Diese ist aber etwas anders verlaufen, als es der Öffentlichkeit weisgemacht werden sollte, und ihr glücklicher Ausgang ist dem besonnenen Handeln von Kennedy und Chruschtschow zu verdanken. Beide haben im Widerspruch zu ihren «Falken» in der Militärführung gehandelt.

Fidel Castros Revolution war noch sehr frisch und auch die UdSSR hatte keineswegs Vertrauen in die politische Zuverlässigkeit Castros. Nur jemand, der absolut keine Ahnung von der Psyche der sowjetischen Führung hatte, durfte annehmen, dass Chruschtschow tatsächlich Atomwaffen in ein Land geben würde, in dem er nicht die absolute Kontrolle darüber garantieren konnte – dem Abenteurer Castro war alles zuzutrauen. Es wäre naiv zu glauben, dass die USA all das nicht wussten. Chruschtschow hat lediglich Attrappen in Kuba aufstellen lassen, weshalb dann auch beim Abbau der «Raketen» keine fachkundigen Beobachter zugelassen wurden. Diese hätten das betrügerische Spiel durchschaut und dokumentiert – die USA wären dupiert gewesen. Um «schlüssige» Fotobeweise präsentieren zu können, führten die USA Dutzende Aufklärungsflüge mit ihrer U2 über Kuba durch. Erst nachdem diese «Beweise» gesichert waren, beendete die UdSSR die «Aufklärung» durch den Abschuss einer U2 über Kuba, was sie bereits mit dem ersten Flug hätte tun können – leider wurde auch hier wieder ein Menschenleben für die Politik geopfert. Die Kubakrise war eine grosse Show, die ausnahmsweise einem guten Zweck diente. So dramatisch ihr Verlauf auch erschien und die Welt vor dem grossen Atomkrieg hat zittern lassen, war sie doch die einzige Möglichkeit, friedlichere Bedingungen herzustellen, ohne dass jemand das Gesicht verlieren musste.

Kennedy, wie Chruschtschow auch, hatte das Ziel, eine gerechtere Welt ohne Krieg zu schaffen. Der amerikanische Präsident war von vornherein bereit, die sowjetische Forderung nach Abzug der Mittelstreckenraketen aus Europa zu erfüllen. Diese Raketen waren noch

von Eisenhower aufgestellt worden, doch JFK konnte die aggressive Politik seines Vorgängers nicht so ohne Weiteres ins Gegenteil verkehren – er durfte keine Schwäche zeigen. Die dramatische Inszenierung der Kubakrise erlaubte es allen Beteiligten, echte Fortschritte in Richtung einer friedlichen Koexistenz zu machen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, dass die USA verbindlich zusagten, Kuba nicht anzugreifen und ihre Mittelstreckenraketen aus Europa abzuziehen. Als Gegenleistung entfernte Chruschtschow seine Attrappen aus Kuba. Das war Zusammenarbeit auf allerhöchster Ebene, nicht einmal das Militär war vollständig eingeweiht. Des Weiteren wurde das sog. «Rote Telefon» zwischen Moskau und Washington eingerichtet, das tatsächlich ein Telex war. Die ersten Verhandlungen über atomare Rüstungsbegrenzungen wurden aufgenommen und Kennedy gab das öffentliche Versprechen, die Truppen der USA bis 1965 aus Vietnam abzuziehen. Es zeichnete sich die Hoffnung auf echte Entspannung ab und eine Wiederwahl Kennedys schien gesichert, denn die Bevölkerung der USA war es leid, für Kriege, die Amerika eigentlich nichts angingen, zu bezahlen. Sie begrüßte einen liberaleren Geist nach den Schrecken der McCarthy-Ära.

JFK hat noch mehr getan. Er hatte erkannt, dass es nur dann möglich sein würde, dem amerikanischen Volk Frieden und allgemeine Prosperität zurückzugeben, wenn er es vom Joch des FED, und damit dem angloamerikanischen Kapital, befreite. Am 4. Juni 1963 hat er die «Executive Order 11110»⁶⁶ unterschrieben, was einer Revolution gegen die Herrschaft des Kapitals in den USA und letztlich in der ganzen Welt gleichkam. Das Recht, Geld zu emittieren, sollte vom FED genommen werden zugunsten des amerikanischen Staates. Die «Executive Order 11110» war vorsichtig formuliert und sah vor, dass dieser Vorgang schrittweise und ohne grosses Aufsehen erfolgen sollte. Auch wenn explizit darauf hingewiesen wurde, dass bis auf Weiteres keine alten Rechte beschnitten werden sollten, war klar, dass dies das Ende der Macht des FED bedeutete, weil es mit dem neuen Geldsystem nicht würde konkurrieren können. Umgehend wurde mit der Ausgabe neuer Geldscheine begonnen, den sogenannten «United States Notes», die in ihrem Aussehen dem alten Dollar

66 Siehe Anlage 3, S. 368.

täuschend ähnlich waren und von denen innerhalb weniger Monate mehr als vier Milliarden unter das Volk gebracht wurden. Diese vier Milliarden waren Zwei- und Fünf-Dollar-Noten. Zehner und Zwanziger waren in Druck, wurden aber niemals mehr ausgegeben. Nach der Ermordung von JFK am 22. November 1963 war es eine der ersten Amtshandlungen seines Nachfolgers, Vizepräsident Lyndon B. Johnson, die sich im Umlauf befindenden United States Notes unauffällig wieder einsammeln und vernichten zu lassen.

Johnson hat im Wesentlichen alles, was JFK zum Wohl der USA und der Welt eingeleitet hatte, beendet und zum Teil in sein Gegenteil verkehrt. Ob er eigenständig gehandelt hat oder unter dem Druck des Kapitals, wird nicht zu klären sein. Es ist aber sehr ungewöhnlich, dass ein Vizepräsident als Nachfolger eines ermordeten Präsidenten nicht dessen Linie weiterführt, insbesondere dann, wenn dessen Linie gut war und die Zustimmung der Bevölkerung hatte. JFK hatte noch kurz vor seinem Tod durch Memorandi und Ordern festgelegt, dass der Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam innerhalb von zwei Jahren erfolgen sollte und eine umfassende Zusammenarbeit in der Raumfahrt mit der UdSSR anzustreben sei. Persönlich hat er noch dafür gesorgt, dass die Rassentrennung in Mississippi, dem letzten Staat, in dem sie noch gegolten hat, abgeschafft wurde. All das, und vor allem die Verstaatlichung des Geldsystems, war nicht im Interesse der Eigentümer des FED und damit des angloamerikanischen Kapitals. In Zeiten des Friedens und der Kontinuität sind die Möglichkeiten stark eingeschränkt, Geld – und damit Macht – innerhalb kürzester Zeit exorbitant zu vermehren. Das gilt besonders dann, wenn eine soziale Gesetzgebung dem weitere Beschränkungen auferlegt. Es gab eine Fülle von Motiven für das angloamerikanische Kapital, dem «Treiben» von JFK ein gewaltsames Ende zu setzen.

Auch im Verhältnis zu Israel hat JFK neue Akzente in die amerikanische Politik eingebracht. Als Erster hat er zu verstehen gegeben, dass er Israel bedingungslos auf seinem Weg zu einem Frieden in Palästina unterstützen wolle. Das war neu, aber es erschien auch erst dann machbar, wenn sich die Komponente der aggressiven Konfrontation mit der UdSSR in Palästina nicht mehr so negativ auswirken konnte. JFK war auf dem besten Weg, genau das zu erreichen. Das

mussten die jüdischen Kreise weltweit erkannt haben, und schon allein aus diesem Grund erteile ich allen Verschwörungstheorien eine Absage, die für den Mord an JFK die Juden verantwortlich machen wollen. JFK war ihr Mann, der Hoffnung auf Frieden in Palästina geben konnte.

JFK unterscheidet von allen anderen amerikanischen Präsidenten noch seine Religionszugehörigkeit. Er war der erste und einzige Präsident der USA (seit 2009 ist Barack Obama der zweite), der Katholik war. Aus deutscher Sicht erscheint das nebensächlich, weil in Deutschland nicht erkennbar ist, dass bestimmte gesellschaftliche Schichten im Land durch eine auffällige Religionszugehörigkeit gekennzeichnet wären. In den USA ist das anders. Das Establishment und das «alte» Geld sind eindeutig anglikanisch-presbyterianisch dominiert. Wer sehen will, wie das Verhältnis der Anglikaner zu den Katholiken ist, möge einen Blick auf die Zustände in Nordirland werfen. Das anglikanische Establishment der USA war sicher nicht erfreut über einen katholischen Präsidenten, der noch dazu ihre Pfründe mit seinen sozialen Ideen bedrohte.

John Fitzgerald Kennedy ist am 22. November 1963, nach 1.063 Tagen im Amt, erschossen worden. Über das Attentat auf JFK ist viel Kontroverses geschrieben worden und es kursieren jede Menge von mehr oder weniger tauglichen Theorien. Ich werde hier keine weitere hinzufügen, aber ich will einen Aspekt beleuchten, der einfach zu denken geben muss. Nachdem die Schüsse gefallen sind, sieht man den Versuch Jackie Kennedys, aus dem offenen Wagen zu klettern und über den Kofferraum zu fliehen. Das ist ein völlig unlogisches Verhalten. Geht man davon aus, dass die Schüsse von aussen auf den Wagen abgefeuert wurden, wäre die natürliche, instinktive Reaktion darauf gewesen, tief im Wagen Schutz zu suchen. Kennedys Frau hätte sich auf den Boden zwischen den Sitzen werfen müssen, wo genügend Platz dafür da gewesen wäre. Sie tut das völlige Gegenteil und flieht genau in die Richtung, aus der nach offizieller Lesart auch ihr Gefahr drohte. Sie musste erkannt haben, dass die Quelle der Gefahr nicht ausserhalb, sondern innerhalb des Wagens war. Eine andere Motivation für ihr aussergewöhnliches Verhalten kann ich nicht erkennen. Damit lasse ich den Leser mit seinen Überlegungen zum Mordanschlag auf JFK allein.

Mit Präsident Johnson kehrten die «Falken» zurück ins Weisse Haus. Die Politik gegenüber der UdSSR gewann wieder an Schärfe und eine Entspannung rückte in weite Ferne. Bereits ein Jahr später, 1964, beschaffte sich Johnson durch den «Tonkin-Zwischenfall» die Legitimation zum Eintritt in den unbeschränkten Krieg mit Nordvietnam. Angeblich war ein amerikanisches Kriegsschiff von Nordvietnam angegriffen worden, was aber später eindeutig als Fälschung nachgewiesen wurde. Wieder einmal hat ein Schiff für den Eintritt der USA in einen Krieg herhalten müssen. Nordvietnam wurde ab sofort massiv bombardiert und amerikanische Bodentruppen zum Kämpfen eingesetzt. Der Verlauf dieses Krieges ist hinreichend beschrieben worden, mit all seinen Gräueltaten an den Vietnamesen sowie seinem unrühmlichen Ende für die USA.

Die Politik Johnsons hatte auch Auswirkungen auf die Entwicklung in der UdSSR. Chruschtschows Politik der Annäherung hatte keine Basis mehr. Er war gescheitert und wurde in logischer Konsequenz am 14. Oktober 1964 gestürzt. Sein Nachfolger war Leonid Brezhnev – und mit ihm standen sich nun wieder zwei Falken gegenüber. Jetzt war die Welt wieder «in Ordnung», zumindest für die Interessen der Rüstungsindustrie und der finanzierenden Banken. Der Nahe Osten wurde weiter aufgerüstet und Frieden für Israel war in weite Ferne gerückt.

19. Der Hort des Bösen?

«Wer die Vergangenheit kontrolliert, programmiert die Zukunft.»
(Valentin Falin)

Ein Blick in die Statistik zeigt die fatale Entwicklung der USA in der Zeit nach 1950. In den 200 Jahren ihrer Existenz bis 1975 werden weniger als 70 Militäroperationen der USA gezählt, wovon mehr als die Hälfte in die Zeit nach 1950 fällt. Von 1975 bis 2001 sind es 160, das heisst, dass im Durchschnitt in den letzten Jahren in weniger als zwei Monaten jeweils eine neue Militäroperation begonnen wurde. Die Weltöffentlichkeit blickt nur auf die spektakulären Ereignisse und vergisst dabei, dass bei jeder Militäraktion Menschen ums Leben kommen.

Bis 1950 ist unschwer zu erkennen, dass die Geschicke der Welt und die Handlungsweise der USA von den Interessen der imperialen Politik Englands bestimmt waren. Von da an geht diese Klarheit verloren. Unter Roosevelt (FDR) hatten die USA einen Militärapparat aufgebaut, der die Bedürfnisse einer nationalen Verteidigung bei Weitem überstieg und in seiner Konzeption eindeutig auf Aggression in fernen Ländern ausgerichtet war. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hätten die Amerikaner die Möglichkeit gehabt, sich der Bürde dieses nunmehr eigentlich überflüssigen Apparats zu entledigen und damit die eigenen Bürger von der Last der Kosten zu befreien. Das Gegenteil geschah. Die neuen Möglichkeiten der Technik wurden dazu genutzt, dem Militär zu Waffensystemen und Logistik zu verhelfen, welche die USA in die Lage versetzten, Tod und Verderben innerhalb von 24 Stunden in alle Teile der Welt zu exportieren. Die USA waren zu einer Supermacht mit globaler Reichweite geworden.

Ein letztes Mal haben die USA eindeutig für die Interessen Englands gehandelt, als auf dessen Bitten hin die CIA (in Zusammenarbeit mit dem britischen Auslandsgeheimdienst MI6) in Persien den Umsturz der demokratisch gewählten Regierung Mohammad Mossadeghs erreichte. Das begann 1952, nachdem die Regierung Mossadegh die «Anglo-Iranian Oil Company» (AIOC) verstaatlicht hatte. Dazu sollte man wissen, dass sich England die Besitzrechte an dieser

Company 1941 in einem Akt von Piraterie angeeignet hatte. Damals hatte England in Zusammenarbeit mit der UdSSR den Westteil Persiens besetzt. Persien war seinerzeit ein neutraler, souveräner Staat und die Besetzung eindeutig völkerrechtswidrig. Aber darüber wurde in der Welt nicht gesprochen, denn man hatte ja noch genügend damit zu tun, Nazideutschland niederzuringen. Da konnte man sich mit solchen «Nebensächlichkeiten» wie englischen Völkerrechtsverletzungen im arabischen Raum nicht auch noch belasten.

Die von England diktierten Verträge bezüglich der AIOC wären es wert gewesen, von einem internationalen Gerichtshof betrachtet zu werden, sahen diese doch vor, dass Persien aus den Gewinnen dieser Company weniger zufloss, als in England an Steuern anfiel. So war es nur das gute Recht einer demokratisch gewählten Regierung, dieses gewaltsam herbeigeführte Unrecht zu revidieren. Das passte den Engländern natürlich nicht. Da sie allein jedoch nicht in der Lage waren, etwas Wirksames zu erreichen, wurden nach altem Muster die USA zu Hilfe gerufen. Diese handelten prompt, und mit Intrige, Drohungen und Gewalt gelang es innerhalb eines Jahres, Persien von seiner demokratisch gewählten Regierung zu «befreien» und ihren Vasallen, den Mossadegh-Gegner Fazlollah Zahedi, an die Macht zu bringen. Federführend bei dieser Intervention gegen einen souveränen Staat war der Neffe von Franklin Delano Roosevelt (FDR), dem verstorbenen Präsidenten der USA. Die Welt war – wieder einmal – «in Ordnung»: England hatte seine Rechte über das Öl zurück und Persien hatte eine Regierung, die sich für absehbare Zeit amerikafreundlich verhalten würde. Das Ganze hatte nur einen Haken: Es entsprach ausschliesslich dem Willen der Engländer und Amerikaner, nicht dem des persischen Volkes. Damit wurde 1953 durch die skrupellose Vorgehensweise im Interesse des englischen Kapitals der Ausgangspunkt für die weitere fatale Entwicklung in Persien geschaffen. Wieder einmal wurde die friedliche Entwicklung eines Landes auf Dauer zerstört – zugunsten einer kurzsichtigen imperialen Politik.

Wenn ich schon dabei bin, komme ich noch kurz auf Korea zu sprechen. Nach der Kapitulation Japans war natürlich auch die Besetzung Koreas durch die Japaner beendet. Korea stand vor einem

politischen Neuanfang, den das Land mit seinen uralten Traditionen ohne Weiteres allein hätte meistern können. Das war ihm aber nicht vergönnt, denn die USA wollten sich unbedingt einen Stützpunkt auf dem asiatischen Festland sichern. Das wiederum kollidierte mit den Interessen der UdSSR, die die USA nicht in ihrem Rücken wissen wollte. Nach kurzem Tauziehen einigte man sich auf die Teilung des Landes in einen Nord- und einen Südteil – einen Teil unter amerikanischem und einen Teil unter sowjetischem Einfluss. Ungeheuerlich, was hier passiert ist: Da wird ein Land, das an keinem Krieg teilgenommen und sich auch sonst keinerlei «Schuld» aufgeladen hatte, einfach gegen den Willen seiner Bevölkerung in zwei Länder aufgeteilt, die sich ab sofort qua definitionem feindlich gegenüberstehen müssen. Und dann wird dieses Land auch noch durch einen Krieg verwüstet, der ausschliesslich um die Machtinteressen anderer Nationen geführt worden ist. Als Folge davon besteht bis heute ein wider natürlicher Konflikt innerhalb eines Volkes. Eine weitere Folge ist der Verkauf von Waffen an Südkorea durch die USA für mehr als 41 Milliarden Dollar. Den vielen Toten und der Not im Land, die durch diese Politik verursacht worden sind, wird in der öffentlichen Aufmerksamkeit in keiner Weise adäquat Rechnung getragen.

Doch zurück zum Zustand der USA. 1950 gab es nichts, aber auch gar nichts, was die USA militärisch hätte bedrohen können. Sie waren das einzige Land der Welt, das sich im Besitz einer Armee befand, die ausschliesslich dazu konzipiert war, Kriege in Übersee zu führen. Das kann schon dazu verleiten, diesen Zustand auszunutzen, was die USA schliesslich auch getan haben. Ihre Skrupel und ihre Unschuld hatten die USA zu diesem Zeitpunkt ohnehin längst verloren, muss man sich doch darüber klar sein, dass sie noch 1938 einem Beschluss des Völkerbundes zugestimmt hatten, der ausdrücklich das vorsätzliche Bombardement von Zivilpersonen verbot. Mit der Zerstörung der deutschen und japanischen Städte sowie dem Abwurf zweier Atombomben auf japanische Zivilisten hatten die USA bereits Jahre früher jegliche moralische Zurückhaltung aufgegeben – und damit die hehren, selbst definierten Grundsätze der Achtung menschlichen Lebens.

Die USA begnügten sich nicht damit, ihre Truppen in den besiegten und besetzten Ländern zu stationieren, sondern erbauten rund um den Erdball Basen, auf denen sie ihre todbringende Maschinerie in Stellung brachten. Das war eine grundlegende Zäsur in der amerikanischen Philosophie, es war die Abkehr von einer isolationistischen Politik, hin zu einer imperialen Strategie. Wenn man die Beschlüsse von Bretton Woods 1944 analysiert, kann man schon auf den Gedanken kommen, dass diese Änderung in der Philosophie nicht zufällig gekommen ist, sondern so geplant war. Das in Bretton Woods beschlossene Weltwährungssystem war und ist die Voraussetzung, um die gigantischen Militärausgaben leisten zu können. Dieses System gibt den USA die Möglichkeit, Importe zu tätigen, ohne wirklich dafür bezahlen zu müssen. Die Konzentration ihrer Wirtschaftskraft auf ihr Militär lässt es von vornherein wahrscheinlich werden, dass die USA ein Aussenhandelsdefizit auf Dauer erleiden werden. Dank Bretton Woods dürfen sie diese Gefahr einfach ignorieren.⁶⁷

Die Etablierung der weltweiten Stützpunkte der USA ignorierte abermals Menschen- und Völkerrechte. Diego Garcia ist hierfür ein treffliches Beispiel. Diego Garcia ist die grösste Insel des gleichnamigen Archipels mitten im Indischen Ozean. England hatte sich die Rechte auf diese Inseln gesichert, und Mitte der 1960er-Jahre schlossen die USA einen Pachtvertrag mit England, der ihnen die Nutzung über fünfzig Jahre garantiert. Die USA bauten auf Diego Garcia, das gerade mal 6 Kilometer breit und 20 Kilometer lang ist, die längste Startbahn der Welt für ihre B-52-Bomber und die folgenden Modelle, die von hier aus einen Aktionsradius über ganz Afrika, Arabien und den pazifischen Raum haben. Die hufeisenförmige Gestalt der Insel bietet einen natürlichen, geschützten Liegeplatz für (Kriegs-)Schiffe aller Art. Diese sind dort auch reichlich vorhanden, ebenso wie etwa 4.000 Mann Personal.

So weit, so gut. Der Haken an der Geschichte ist, dass die Inseln bewohnt waren. Es gab eine einheimische Bevölkerung, die hier seit Menschengedenken lebte. Von derlei «unerwünschten Faktoren» wollten sich die USA in ihrem Tun aber weder stören noch beobachten lassen. Also wurde im Pachtvertrag festgelegt, dass die Inseln un-

67 Haisenko, Peter: Bankraub globalisiert. Hannover: Anderwelt Verlag, 2007.

bewohnt übergeben werden, und die Engländer zögerten auch nicht, diese Bedingung zu erfüllen. Sie vertrieben die Bewohner der Inseln, etwa 6.000 îlois (auch «Chagossianer» genannt), teils mit faulen Tricks, teils mit Gewalt aus ihrer Heimat und siedelten sie auf Mauritius und den Seychellen neu an, wo sie fortan als Einwohner zweiter Klasse zu einem Leben in Armut verurteilt waren.

Wie perfide dabei vorgegangen wurde, sei kurz beleuchtet: Einige îlois wurden mit dem Versprechen eines kostenlosen «Urlaubs» nach Mauritius gelockt, um dann an einer Rückkehr in ihre Heimat gehindert zu werden. Ab sofort waren sie «menschliches Strandgut» auf Mauritius. Anderen kaufte man ihr Land zu lächerlichen Preisen ab und erklärte ihnen dann, dass sie jetzt das Land, das ihnen nicht mehr gehörte, verlassen müssten. Natürlich nicht, ohne von ihnen vorher eine Unterschrift unter eine «Einverständniserklärung» zu verlangen, niemals mehr in ihre Heimat zurückzukehren und selbstverständlich niemals Ansprüche gegen England zu erheben.

Das erinnert mich ein wenig an die Praxis, die mit den Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten gepflegt wurde. Auch sie mussten für eine dürftige «Entschädigung» versprechen, niemals wieder irgendwelche Ansprüche anzumelden.

England hat sich mit der Räumung Diego Garcias eines «abscheulichen Rechtsbruchs» schuldig gemacht, wie endlich im November 2000 vom Obersten Gericht in London festgestellt worden ist – Konsequenzen hatte diese Feststellung selbstverständlich keine.

Neben der Etablierung weltweiter Stützpunkte konzentrierten sich die USA auf den mittelamerikanischen Raum. Weitgehend unbemerkt vom Rest der Welt, haben sie dafür gesorgt, dass in den kleinen Ländern Mittelamerikas nur noch Regierungen an der Macht sein konnten, die vollständig die Interessen des amerikanischen Kapitals vertraten. Dabei nahmen sie keinerlei Rücksicht auf Menschenleben oder den freien Willen der Betroffenen. Demokratisch gewählte Regierungen, die auf dem Weg waren, mit freiheitlichen Verfassungen ihre Bürger zu friedlichem Wohlstand zu führen, wurden mit Intrigen und Gewalt aus dem Amt entfernt. Beispielhaft seien hier Nicaragua, Panama oder Costa Rica genannt. Die USA haben eine Region, in der Waffen eher eine Seltenheit gewesen waren, mit Waffen über-

schwemmt, die aus den Arsenalen des Zweiten Weltkrieges noch reichlich vorhanden waren und sonst anderweitig Kosten für ihre Entsorgung verursacht hätten.

Die Länder Mittelamerikas sind bis heute nicht wirtschaftlich auf die Beine gekommen und haben auch keine politische Ruhe gefunden. Sie werden von den USA in kolonialer Art ausgebeutet und dienen als Ziel für einen unverhältnismässig preiswerten Urlaub für die Amerikaner. Schlimmer noch: Viele Amerikaner betrachten und benutzen diese Länder als billiges Bordell. Die Armut vor Ort und der vorsätzlich niedrig gehaltene Kurs der Währungen ermöglichen es amerikanischen Männern, die Gunst von einheimischen Frauen zu absurd geringen Preisen zu kaufen.

Ähnliches hat die Anwesenheit der Amerikaner in Thailand während des Vietnamkrieges bewirkt. Sie benutzten Thailand als sicheren Ruheraum für ihre GIs, die mit ihren überbewerteten Dollars die sozialen Strukturen ausgehebelt und Frauen zu Hurendiensten verleitet haben. Dass man nach Thailand fliegt, um Sex zu kaufen, ist wirklich keine Erfindung der «Neckermann-Touristen», das haben die Amerikaner schon viel früher praktiziert.

Es ist offensichtlich, dass die USA von 1950 an begonnen haben, die Welt nach ihren Vorstellungen einzurichten. Unter dem Deckmantel, der ganzen Welt Demokratie, Gerechtigkeit und die Segnungen der Marktwirtschaft zukommen lassen zu wollen, haben sie gewachsene Strukturen zerstört. In ihrem imperialen Bestreben haben sie rücksichtslos Millionen Menschen umgebracht. Meist denkt man dabei nur an den Korea- und den Vietnamkrieg, aber das ist zu wenig. Mittelamerika, Chile, Laos, Kambodscha und nicht zuletzt der Irak dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Das ist nur eine kleine Auswahl und bezieht sich auf direkte Gewaltanwendung. Zu diesem Thema sind schon viele hervorragende Bücher geschrieben worden, vor allem in den USA selbst. Ich empfehle hier nur eines, das sehr aktuell ist: «USA. Ein Schwarzbuch» von Peter Scowen⁶⁸. Der Autor legt darin sehr gut und verständlich dar, wie es die USA geschafft haben, sich in der ganzen Welt erbitterte Feinde zu machen.

68 Scowen, Peter: USA. Ein Schwarzbuch. München: dtv, 2004.

Der militärische Aspekt ist aber nur eine Seite der Medaille, die andere ist die schleichende ‚Amerikanisierung‘ der Welt, doch dieser Begriff ist eher irreführend. Nachdem die USA nämlich vorher selbst anglifiziert worden sind, muss man wohl mehr von einer «Anglifizierung» der Welt sprechen. Diese Anglifizierung bezieht sich nicht nur auf gesellschaftliche Bereiche, auch das Finanzwesen musste sich den Regeln unterordnen, die im angloamerikanischen Raum etabliert worden sind. Diese Regeln bestimmen ganz wesentlich den Zustand unserer Gesellschaften und sind verantwortlich für die zunehmende soziale Verrohung. Doch zunächst zur Kultur:

Da die USA durch die Kriege im 20. Jahrhundert keine unmittelbaren Schäden erlitten haben, standen sie nach 1945 als die Nation da, die der ganzen Welt aufgrund ihres offensichtlichen Wohlstands als der begehrtesten Ort zum Leben erschien. Die Defizite und Probleme, wie Rassenkonflikte und Massenarbeitslosigkeit oder ein vollkommen unterentwickeltes Sozialsystem, traten angesichts des plakativen Reichtums der weltweit sichtbaren Oberschicht in den Hintergrund. Der sogenannte «American Way of Life» war das Mass der Dinge. Er wurde in die ganze Welt exportiert und er war weitgehend überall gewünscht und willkommen – konnte man sich doch in und auf den «Inseln» der amerikanischen Kultur, die von den USA, wo immer es möglich war, eingerichtet wurden, ein wenig wie im «Mutterland von Freiheit und Wohlstand» fühlen. Dass diese Inseln sich nicht nur harmonisch in ihre Umgebung einfügten, war dabei eher nebensächlich. Mein Lieblingsbeispiel sind die «Hilton Hotels». Überall dort, wo die Amerikaner ihre Interessen vertreten wollten, wurde mit den Hilton Hotels ein kleines Stück Amerika gebaut. Exakt derselbe Bauplan wurde für sämtliche Hilton Hotels verwendet, ganz gleich, in welcher Stadt – absolut uniforme Herbergen. Dementsprechend sind sie oft Fremdkörper in einer Umgebung, die kulturell und architektonisch so gar nicht zu ihrer Baulichkeit passt. Es hatte aber den Vorteil, dass man sich darauf verlassen konnte, immer eine vertraute Umgebung anzutreffen, wann immer man sich in einem Hilton Hotel aufhielt. Alles war an seinem Platz: Wenn man das Hotel betrat, war links die Rezeption, daneben befanden sich die Fernsprecher. Man wusste sofort, wo die Toiletten sind, und die Wege zu den Restaurants und den Zim-

mern waren überall gleich. Die Hotelzimmer waren von einer geradezu sozialistischen Gleichheit: bis auf die «Präsidentensuite» alle von identischer Grösse und Einrichtung. Selbst die Speisekarten in den Restaurants versprachen den Gästen in ihrer Uniformität, dass diese hier nicht auf die «Gaumenfreuden» der amerikanischen Küche verzichten müssen. Aus dieser Zeit, den 1960er-Jahren, stammt folgender Witz: Unterhalten sich zwei amerikanische Touristen auf Europurlaub beim Frühstück. Es kommt zum Streit darüber, ob man sich nun im Hilton in Paris befindet oder in Kairo. Das ist schon der ganze Witz, der in seiner scheinbaren Banalität eine elementare Erkenntnis illustriert: Die Amerikaner ignorieren mit überheblicher Arroganz die Kulturen ihrer Gastländer. Mit geradezu missionarischem Eifer versuchen sie, in der ganzen Welt ihre Vorstellungen von Kultur durchzusetzen, dabei haben sie eigentlich gar keine eigene. Das amerikanische Leben ist geprägt von der Vielfalt der Einwanderer, wobei der englische Einfluss dominiert. Die verklemmte Sexualität und der unehrliche gesellschaftliche Umgang miteinander entsprechen englischen Traditionen ebenso wie die Aufteilung in eine «Upperclass» und eine «Lowerclass». Der Zugang zur «feinen Gesellschaft» bleibt dem normalen Bürger verwehrt, selbst wenn er zu Wohlstand gekommen ist. Damit führen die Amerikaner fort, was die Engländer im British Empire getan haben. Auch die Engländer haben ihre Kultur immer als die einzig wahre in den Ländern des Empire durchgesetzt. Infolgedessen haben sie die von ihnen eroberten Länder in Plätze verwandelt, die noch heute durch ihre englische Prägung wenig attraktiv erscheinen.

Hierzu führe ich als Beispiel Indien und China an, wo man den Unterschied zwischen dem englischen und dem portugiesischen Einfluss unmittelbar fühlen kann. Bombay beispielsweise ist einer der abtossendsten Orte der Welt. Die krassen Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen Palästen und Slums, zeugen von einer auf Dauer zerstörten kulturellen Entwicklung. Abgesehen von den indischen Randgebieten im Norden, wo der englische Einfluss seine zerstörerische Wirkung nur begrenzt entfalten konnte, empfinde ich Indien als wenig einladend. Einen Ort gibt es allerdings auf dem Subkontinent, der sich vom Rest unterscheidet: Goa, einst eine portugiesische Provinz. Die Mentalität und das Leben in Goa sind einfach freundlicher als im Rest von Indien, was auch die Touristen zu schät-

zen wissen. In Goa kann man Lebensfreude spüren, die die Portugiesen – im Gegensatz zu den puritanisch geprägten Engländern – nicht zerstört haben.

Hongkong wiederum, ehemals englische Kolonie, hat mich immer abgestossen wegen seiner Hektik, Brutalität und der vollständigen Ausrichtung auf kommerzielle Ausbeutung seiner Einwohner. Hier ist der Unterschied zwischen Arm und Reich extrem und springt einem überall sofort ins Auge. Von Hongkong aus kann man in weniger als einer Stunde mit dem Schnellboot Macao erreichen. Diese ehemalige portugiesische Kolonie bietet einen Kontrast zu Hongkong, wie er kaum krasser sein könnte. Allein die Baulichkeit erfreut das Auge, und die vielen Parks lassen erkennen, dass in Macao der Menschlichkeit mehr Platz eingeräumt worden ist als dem Kommerz. Natürlich ist man auch in Macao mit dem Trubel konfrontiert, der mit einer hohen Bevölkerungsdichte einhergehen muss, dennoch ist zu spüren, dass sich die Menschen hier mehr Zeit füreinander nehmen und freundlicher miteinander umgehen. Im Gegensatz zu Hongkong begegnet einem in Macao des Öfteren ein Lächeln. Macao ist katholisch – Hongkong anglikanisch. Damit hier kein Missverständnis aufkommt: Ich bin nicht katholisch.

Der US-Kulturimperialismus begann mit dem demonstrativen Herzeigen des amerikanischen Reichtums und Coca Cola. Gleichzeitig wurde die Welt überschwemmt mit den Produkten aus Hollywood. Die Filme amerikanischen Ursprungs waren nicht besser als Produktionen aus anderen Ländern, allein die schiere Quantität verschaffte dem amerikanischen Film eine dominante Stellung. Auf diesem Wege wurden der Welt amerikanische Werte vermittelt. Obwohl die Filme eine unrealistische, stark geschönte Abbildung der amerikanischen Wirklichkeit vermittelten, darf ihr Einfluss auf den Rest der Welt nicht unterschätzt werden. Das Gute war gut und das Böse klar definiert. Das Gute siegte selbstverständlich, und gerade in den von Krieg und Armut gebeutelten Ländern sah man Amerika als den Hort des Guten und als das Ziel aller Träume.

1967 geschah dann etwas völlig Unerwartetes. Mit dem Film «Thomas Crown ist nicht zu fassen» wurde ein unumstössliches Tabu gebrochen: Der Verbrecher durfte triumphieren. Bis dahin war die Botschaft aller Filme eindeutig: Das Gute siegt immer. Dies verschob sich

jetzt und die neue Botschaft lautete: Man muss nur clever und skrupellos genug sein, dann kann man auch triumphieren. Die amerikanische Politik entwickelte sich parallel zu diesem Tabubruch im Kino – und der Rest der westlichen Welt folgte dem amerikanischen Beispiel. War in den 1950er-Jahren im deutschen Film der Unternehmer noch der väterliche Gustav Knuth, der streng und gerecht das Wohl seiner Angestellten im Auge hatte, so wurde daraus Ende der 1960er-Jahre ein abgemagerter, skrupelloser Manager, der über Leichen ging und so seine Erfolge feiern durfte. Die Realität folgte dem Beispiel der Filme. Allein die körperliche Erscheinung von Gustav Knuth würde ihn heutzutage als Topmanager disqualifizieren und sein sozial kompetentes Handeln wäre in den Führungsebenen ein Hindernis für den Aufstieg zum «Olymp».

Von 1990 an haben die Produktionen aus Hollywood einen inhaltlich neuen Weg genommen. Die Verherrlichung alles Militärischen ist allgegenwärtig geworden, ebenso die Verherrlichung von Gewalt in allen ihren Formen. Es ist nahezu unmöglich, in den USA den Fernseher einzuschalten, ohne damit konfrontiert zu werden. Das grossartige, edle und kompetente Militär ist allgegenwärtig und «reinigt» die Welt von Bösewichtern. Auf sämtlichen Kanälen schallt einem ein strammes «Yes Sir!» entgegen. Man muss schon genau hinsehen, damit einem klar wird, wie weit das geht. In Serien wie «Star Gate» nehmen nicht etwa Diplomaten den ersten Kontakt mit fremden Zivilisationen auf, sondern selbstverständlich schwer bewaffnetes Militär. Selbst in Filmen, die scheinbar kritisch mit dem Militär umgehen, wird vermittelt, dass das Militär und die Justiz letztlich der Hort von Aufklärung und Gerechtigkeit sind. Alles kann nur gut werden in der besten aller Gesellschaften, wenn man mit dem Militär zu tun hat. Dabei werden in allen Filmen, die sich mit der Bekämpfung von Kriminalität befassen, eine Fülle von brutalen Missachtungen der Menschenrechte und Menschenwürde dargestellt. Polizisten und paramilitärische Einheiten prügeln, erniedrigen und erpressen Verdächtige und Unschuldige. Es wird als völlig normal vermittelt, dass zum Schutz des «American Way of Life» völlig überzogene Gewalt angewendet wird und viele Unschuldige zum Opfer von «Kollateralschäden» werden. War die Vorgehensweise von «Dirty Harry» 1970 eher noch skandalös und die Ausnahme, so stört sich heute niemand mehr daran, wenn Ver-

dächtige auf Motorhauben geknallt werden und sich würdelos vor den Polizisten in den Dreck legen müssen. Die zunehmende Verrohung der Gesellschaft wird in den Filmen aus Hollywood propagiert. «Böse Menschen» dürfen einfach erschossen werden, und die Botschaft dahinter lautet: Unser Militär ist das beste und immer im Recht.

Gott sei Dank, hat die europäische Filmindustrie diese Entwicklung nur sehr verhalten mitgemacht, eine plakative Verherrlichung des Militärs findet gar nicht statt. Aber leider kann man die Tendenz beobachten, dass in Produktionen der TV-Privatsender spektakuläre Gewaltanwendung immer mehr zunimmt. Und leider ist es so, dass, wiederum wegen ihrer schieren Menge, das Fernsehen in Deutschland zu viele Filme zeigt, die das amerikanische Militär verherrlichen. Über die abartigen Shows, die dem Publikum die Auswüchse gesellschaftlicher Randgruppen präsentieren, will ich hier nicht weiter sprechen. Nur so viel: Auch diese sind «Made in USA». Bei alledem sollte man nicht vergessen, dass in England nach wie vor Sendungen populär sind, die deutsche Soldaten als dumme und gewalttätige «Krauts» zum Thema haben. Das alte Feindbild gegen Deutschland wird dort noch immer gepflegt.

Die amerikanische Dominanz in der Medienwelt ist offensichtlich, wird von vielen inzwischen aber sehr kritisch gesehen, weil in ihr eine Gefahr für die Zerstörung traditioneller nationaler Kulturwerte erkannt wird. Dabei muss man hier nicht unbedingt Vorsatz unterstellen. Es ist durchaus auch möglich, dass die einfachen Gemüter dieser Welt eine Nachfrage nach der «bunten Schnellkost» aus amerikanischer Küche erzeugt haben. Trifft das zu, wäre die amerikanische Industrie dumm, wenn sie sich dem verweigerte. Anders sieht es aus, wenn man betrachtet, wie die Welt vom angloamerikanischen Geldsystem dominiert und ausgebeutet wird. Hier muss man ganz klar Vorsatz annehmen.

Die USA haben planmässig den Zustand hergestellt, die Welt mit ihrer Militärmacht unangefochten dominieren zu können – das tun sie auch. Täglich sterben Menschen durch direkte und indirekte Einwirkung des amerikanischen Militärs mit der pseudomoralischen Rechtfertigung, dies geschehe nur, um die ganze Welt mit den Segnungen von Demokratie und Menschenrechten zu beglücken. Es ist zu offensichtlich, dass dies nur ein Vorwand für die imperiale Strategie der

USA ist, auch wenn sie einen geradezu religiösen Eifer zur «Rettung der Welt» demonstrieren. Und genau hier sind wir bei einem Aspekt, der sich negativ durch die Geschichte der Menschheit zieht: Immer wieder sind im Verlauf religiöser Konflikte Menschen umgebracht worden und die Mörder durften sich für ihre «gute Sache» Absolution erteilen.

Dieses Muster trifft auch auf die USA zu. Die englischen Pilgrim Fathers sind mit dem Ziel nach Amerika ausgewandert, dort den ganzen Kontinent mit ihrer Religionsauffassung zu missionieren. Das ist zum Glück nicht gelungen, aber die USA sind in ihrer Entwicklung stark beeinflusst worden vom Gedankengut der Pilgrim Fathers. Diese religiösen Eiferer haben ihren Anspruch auf die reine Wahrheit und Lehre nie aufgegeben und ebenso nicht ihr Ziel, die ganze Welt auf «den rechten Pfad» zu bringen. Die Politik der USA, die ganze Welt nach ihrem Muster zu beglücken, findet sich in direkter Folge in der Tradition der Pilgrim Fathers. Die Präsidenten der USA berufen sich immer wieder auf eine «göttliche Mission», wenn sie ihre Taten begründen. Sie beenden ihre Reden mittlerweile mit der unausweichlichen Formel: «God bless Amerika!» Man kann sich schwer vorstellen, dass Angela Merkel ihre Reden im Bundestag mit «Gott segne Deutschland!» beendet. Das sei nur eingefügt, um zu verdeutlichen, wie stark und wie absurd der Bezug der amerikanischen Politiker auf eine religiöse Ausrichtung ihrer Politik ist. Es fällt schwer, einen echten Unterschied zu islamistischen Staaten zu sehen.

Darf man nun die USA als den Hort des Bösen sehen? Auf keinen Fall! Die Menschen in den USA sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die Menschen in allen anderen Ländern dieser Welt und sie haben genauso zu leiden unter der Politik ihrer Führer. Die «Quelle des Bösen» darf man aber schon in den Reihen der amerikanischen Machthaber vermuten. Damit meine ich nicht nur Politiker, sondern vor allem diejenigen, die die wahre Macht besitzen: die Herren des Geldes. Da das Kapital jedoch international ist, darf diese Quelle nicht auf ein einziges Land beschränkt werden. Die treibenden Kräfte für das Elend in der Welt sind überall dort zu suchen, wo die Macht des Geldes zu Hause ist.

20. Demokratie oder Religion?

«Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.» (George Bernard Shaw)

Gemessen an den Ansprüchen, die wir heute an die Demokratie stellen, war sie von Anfang an eine Missgeburt, denn Demokrates, Namensgeber und «Erfinder» dieses Systems, hatte vorgesehen, dass nur eine kleine Minderheit dazu auserlesen ist, die Geschicke des Staates zu beeinflussen. Das mag heute nicht mehr so offensichtlich erscheinen, doch betrachten wir uns die Realität. Über lange Jahre hinweg war es in den Demokratien der Neuzeit üblich, bestimmte Gruppen von einem Wahlrecht auszuschliessen. Es waren dies Arme, Frauen generell, Juden, Neger. Ein kleiner Überblick über das letzte Jahrhundert wird manchen in Erstaunen versetzen:

Bis 1900 gab es für keine Frau in Europa das uneingeschränkte Wahlrecht. In Deutschland besaßen die deutschen Juden bereits länger das uneingeschränkte Wahlrecht, das ihnen in den USA erst kurz vor 1920 zuerkannt wurde. Als erstes europäisches Land gewährte Finnland mit seiner Landtagsordnung vom 1. Juni 1906 Frauen das Wahlrecht. Finnland war damals ein russisches Grossfürstentum – so viel zur «Rückständigkeit» Russlands.

In Deutschland erlangten Frauen am 19. Januar 1919 mit der «Verordnung über die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz)» aktives und passives Wahlrecht. In den USA erhielten die Frauen 1920 mit der Verabschiedung des 19. Verfassungszusatzes das vollständige Wahlrecht auf Bundesebene. An dieser Stelle sei noch einmal an den kriegstreiberischen Satz des amerikanischen Präsidenten Wilson erinnert: «Die Welt muss für die Demokratie sicherer werden.»⁶⁹

England kam am 2. Juli 1928 hinzu, nachdem Frauen ab 1919 nur eingeschränkt wählen durften (Mindestalter 28 Jahre und nur unter der Bedingung, dass sie selbst oder ihre Ehegatten das an Besitz gebundene kommunale Stimmrecht besaßen).

69 Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. München: Olzog Verlag, 2005.

In der Türkei haben die Frauen seit 1930 das aktive Wahlrecht und seit 1934 das passive. Als Frankreich sich im Sommer 1944 mithilfe der Alliierten von der deutschen Besatzung befreit hatte, erhielten die französischen Frauen volles Wahlrecht – 1946 dann die Belgierinnen und ebenfalls 1946 die Italienerinnen. Die Schweizerinnen mussten dafür auf Bundesebene bis zum 7. Februar 1971 warten, der Kanton Appenzell/Innerrhoden führte das Recht erst 1990 ein. Liechtenstein kam 1984 dazu. Seien wir uns also dessen bewusst, dass in den 1970er-Jahren, als die Weltöffentlichkeit lautstark das Wahlrecht für die Schwarzen in Südafrika forderte, noch lange nicht jede Frau in der Schweiz wählen durfte. Man könnte jetzt böse formulieren, dass die Schwarzen in Südafrika in den Augen der europäischen Öffentlichkeit wichtiger waren als die Frauen in der Schweiz, das würde die Sache aber nicht treffen. Vielmehr muss man erkennen, dass die Demokratie schon immer für politische Ziele missbraucht worden ist. So haben sich alle kommunistischen Staaten das Etikett «demokratisch» angehängt – wir wissen, was davon zu halten war.

Aber geht es uns denn heute in unseren modernen Demokratien besser? Leider nicht! Es wird zwar sehr gekonnt verschleiert, aber wir haben in der westlichen Welt keine wirkliche Demokratie. Was wir haben, ist eine Diktatur der Medien.

Die meisten Bürger tun sich sehr schwer, einen eigenen Standpunkt oder eine eigene Meinung zu finden, und sind deshalb abhängig von den Meinungsvorgaben der Medien. Aber auch wer glaubt, sich eine eigene Meinung bilden zu können, ist dabei auf die Informationen angewiesen, die durch den Filter der Medien zu ihm gelangen. Die Medien haben die Macht, jeden Politiker aufzubauen oder zu vernichten. Ein Politiker, der eine Spitzenposition erreichen will, muss sich so verhalten, dass er von den Medien gelobt wird. Damit ist er in seinen Entscheidungen nicht frei, sondern abhängig von der Zustimmung weniger Personen, die die Richtung der Medien bestimmen. Das sollte nicht so sein. In der Definition unserer Demokratie wird das Volk als «Souverän» bezeichnet, doch davon sind wir weit entfernt. Es ist zwar das Volk, das mit seiner Stimmabgabe die Macht einer Regierung legitimiert, aber gelenkt wird das Volk von den Medien. Die logische Konsequenz daraus ist: Je weniger ein Mensch in der Lage ist,

sich durch eigene Erkenntnis seine eigene Meinung zu bilden, desto grösser ist seine Abhängigkeit von der vorgefertigten Meinung der Medien. Leider sind eben diese Menschen weltweit in der Überzahl, was nicht etwa heissen soll, dass sie dumm sind. Vielmehr ist es so, dass es eines hohen Aufwands bedarf, sich den Luxus einer unabhängigen Meinung zu leisten, sowohl zeitlich als auch emotional. Emotional deswegen, weil es einfach angenehmer ist, sich in einer mehr oder weniger bequemen Nische zu etablieren und zu hoffen, dass es schon nicht schlimmer wird. Wenn man sich zu viele Gedanken über die Schlechtigkeit der Welt macht, könnte man ja durchaus Angst bekommen. Da ist es doch weit angenehmer, sich in seiner kleinen Welt zurückzulehnen und alle Dinge, die einen nicht direkt persönlich bedrohen, zu ignorieren. Man glaubt es einfach, wenn vermittelt wird, dass die Politik nur unser Bestes will. Auf diese Weise bewahrt man seinen Frieden, wenigstens so lange, bis das böse Erwachen kommt und man selbst von einem neuerlichen Angriff auf unser Wohlergehen betroffen ist.

Nur eine Minderheit ist in der Lage, politische Vorgänge eigenständig zu beurteilen. Eben diese Fähigkeit wäre aber die Voraussetzung für eine echte demokratische Entscheidung. Der Status quo hingegen ist dergestalt, dass politische Entscheidungen von wenigen Meinungsmachern herbeigeführt werden. Mit den Ideen, welche die Basis unserer Demokratie sein sollen, hat das nichts zu tun. In gewisser Weise steht das der kommunistischen Ideologie von der Diktatur des Proletariats sogar näher, denn auch dort liegt der Gedanke zugrunde, dass das Proletariat eine lenkbare Masse ist, die das macht, was ihr als richtig vorgedacht wird. Beides, der Kommunismus und die Demokratie, sind in der Praxis Instrumente zum unauffälligen Machterhalt einer kleinen Machelite, die niemals eine Legitimation erhalten hat und im Hintergrund arbeitet. Die andere Minderheit, jene, die erahnen kann oder sogar weiss, was tatsächlich läuft, hat wegen der Regeln der Demokratie keine Chance, dem Treiben der Machelite Einhalt zu gebieten.

In den Anfängen der westlichen Demokratien sah es noch etwas besser aus. Die Vielfalt der Parteien war ein Zeugnis dafür, dass eine wirksame Steuerung der Massen noch nicht etabliert war.

Gleichzeitig zeigte diese Vielfalt aber auch, dass ein Staat letztlich nicht demokratisch regierbar ist. Die «Weimarer Republik» hat drastisch unter Beweis gestellt, dass Ansätze für eine echte Demokratie unweigerlich ins Chaos führen. Zu viele individuelle Interessen prallen aufeinander – es bedarf einer leitenden Autorität, die gewissenhaft abwägt und Prioritäten setzt. Früher waren dies die Könige und Kaiser. Leider mangelte es bei jenen zu oft an Reife, Können und moralischer Integrität, was wiederum zu Kriegen und Elend geführt hat. Der Vorteil war aber, dass es einen klar erkennbaren Verantwortlichen gab. Den konnte man dann mit Schimpf und Schande verbannen oder gleich umbringen.

Heute ist das anders. Diejenigen, die die Massen lenken, stehen unerkannt im Hintergrund und können in aller Regel nicht zur Verantwortung gezogen werden. Überhaupt ist es so, dass in demokratischen Strukturen keine klare Verantwortung mehr existiert. Jeder kann sich hinter den «Entscheidungen» von Gremien, Arbeitsgruppen und Parteien verstecken. Im schlimmsten Fall wird ein ganzes Volk diskreditiert für die Taten seiner Regierung, die es tatsächlich in den meisten Fällen gar nicht mehrheitlich so gewählt hat. Das jüngste Beispiel sind die USA, wo den Amerikanern weltweit pauschal der Hass für die Taten ihrer Regierung entgegenschlägt. Wie haarsträubend die Umstände waren, unter denen die Regierung Bush ins Amt kam, ist allgemein bekannt. Und da ich nun schon einmal dabei bin, werde ich die «demokratischen» Zustände in den USA noch etwas näher beleuchten.

Die USA werden nicht müde, der ganzen Welt zu verkünden, dass ihr politisches System das einzig wahre ist und es allein mit diesem System möglich ist, Glück, Wohlstand und Freiheit zu erlangen. Einer kritischen Betrachtung hält diese Behauptung nicht stand. De facto gibt es in den USA ein Zweiparteiensystem, obwohl das in der Verfassung so nicht definiert ist – es ist die Folge einer Entwicklung. Diese zwei Parteien, die Demokraten und die Republikaner, unterscheiden sich eigentlich überhaupt nicht voneinander und die wenigen erkennbaren Unterschiede beschränken sich auf Details. Es ist letztendlich vollkommen egal, wer die Regierung stellt, denn beide Parteien haben ihre Programme nach den Umfrageergebnissen gestaltet, um dem Geschmack der Massen optimal entgegenzukom-

men. Das garantiert einen sicheren Wählerstamm, und man muss sich nicht der Gefahr aussetzen, für eine innovative Idee von den Wählern abgestraft zu werden. Hinzu kommt noch, dass sämtliche Präsidenten der USA im 20. Jahrhundert aus derselben Kaderschmiede kamen: Alle waren und sind Mitglied bei «Skull & Bones».

«Skull & Bones» ist eine (studentische) Vereinigung, die mit den schlagenden Verbindungen in Deutschland vergleichbar ist. Hier wie dort eröffnen diese Verbindungen jungen Menschen schon frühzeitig die Möglichkeit, ihre Karriere durch Mitgliedschaft in einer Seilschaft zu fördern. «Skull & Bones» ist ein sehr elitärer Verein, und man muss schon aus einem elitären Elternhaus kommen, um überhaupt Aufnahme zu finden. Ist man aber erst einmal dabei, ist die Karriere gesichert. Wie die Erfahrung des 20. Jahrhunderts gezeigt hat, ist es offensichtlich Voraussetzung, zu diesem Zirkel zu gehören, wenn man Präsident werden will. Gleichwohl gibt es innerhalb dieses Vereins auch Menschen, die sich vor allem ihren eigenen moralischen Grundsätzen verpflichtet fühl(t)en. JFK ist dafür ein leuchtendes Beispiel, das einen Rest Hoffnung auf eine bessere Welt zulässt.

Die amerikanische Bevölkerung hat diesen Zustand in ihrem Land durchschaut, was sich an den geringen Wahlbeteiligungen ablesen lässt. Nur noch knapp die Hälfte der Wahlberechtigten geben ihre Stimme ab, selbst wenn es um die Wahl des Präsidenten geht. Die Menschen haben erkannt, dass es sowieso egal ist, wie der Vasall des Kapitals heisst, der sich für die nächsten Jahre «Präsident» nennen darf. Eine nüchterne Zahlenanalyse macht aber eben auch deutlich, dass der Präsident bei einem solchen Wahlverhalten nur die Stimmen von weniger als einem Viertel der Bevölkerung erhalten hat: Eine Hälfte hat überhaupt nicht abgestimmt, von der anderen Hälfte hat wiederum nur die Hälfte ihre Stimme dem Präsidenten gegeben. Das heisst, die Legitimation des Präsidenten der USA stützt sich maximal auf ein Viertel der Wahlberechtigten.

Und noch ein bemerkenswerter Aspekt: In den USA kann man sein Wahlrecht sehr schnell verwirken. Jedem, der für ein mehr oder weniger schweres Vergehen von einem Gericht verurteilt und bestraft wird, wird damit automatisch das Wahlrecht entzogen. Nicht in jedem

Bundesstaat erhält man sein Wahlrecht ebenso automatisch zurück, wenn die Strafe verbüsst ist, und mancherorts ist es mit erheblichem Aufwand verbunden, wenn man wieder ins Wahlregister aufgenommen werden will. Abgesehen von dem bürokratischen Aufwand, können dabei obendrein Kosten entstehen, die 10.000 Dollar übersteigen. Damit wird klar, dass ein durchaus nennenswerter Anteil der erwachsenen Bevölkerung der USA gar kein Stimmrecht hat. Darüber werden keine Statistiken veröffentlicht, aber es gibt seriöse Schätzungen, die von mehr als 10 Prozent ausgehen. Dass es sich dabei überwiegend um Angehörige unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen handelt, liegt auf der Hand.

Damit haben wir in den USA also einen Zustand, der die Teilnahme an einer demokratischen Wahl vom Wohlverhalten und natürlich vom Geld abhängig macht.

In Deutschland sieht es nicht viel besser aus – angefangen damit, dass sich die «Volksparteien» einander so weit angenähert haben, dass sie kaum noch zu unterscheiden sind. Betrachten wir doch einmal die Bundestagswahl im Jahr 2005 und überprüfen, welcher Anteil der Deutschen tatsächlich seine Stimme für Angela Merkel gegeben hat: 27,8% für die CDU, 7,4% für die CSU. Das sind 35,2%. Davon dürfen wir getrost 3% abziehen für Wähler der CSU, die eigentlich nicht Frau Merkel, sondern Herrn Stoiber gewählt haben. Bleiben 32,2%. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 75% bundesweit. Das ergibt: Nur 24,9% der Wahlberechtigten haben Frau Merkel zur Kanzlerin erkoren. Genauer betrachtet, sind es noch weniger, denn innerhalb der CDU war Frau Merkel ja nicht unumstritten. Man darf also davon ausgehen, dass auch diejenigen, die Frau Merkel gar nicht wollten, ihr dennoch ihre Stimme gegeben haben, weil sie noch weniger einen Kanzler Schröder wollten. Es ist zwar spekulativ, aber ich denke, man kann davon ausgehen, dass auch Frau Merkel im Kanzleramt dem echten Willen von weniger als 20% der Wahlberechtigten entsprach.

Die Legitimation von Salvador Allende in Chile ist oft von seinen Gegnern infrage gestellt worden mit eben dieser Rechnung, die ich gerade für die USA und Deutschland aufgestellt habe. Dabei liess sich Allendes Ergebnis nicht schlechter als 27 Prozent rechnen.

Allende hatte also eine Legitimation erhalten, welche die der deutschen und amerikanischen Ergebnisse um mehr als ein Drittel übertraf. Dennoch wurde ihm das Recht streitig gemacht, im Namen aller Chilenen zu sprechen. Was sollen wir dann jetzt über unsere gewählten Herrscher sagen?

Generell muss man feststellen, dass es keine Regierung in den westlichen demokratischen Ländern gibt, die sich tatsächlich auf die Legitimation durch die Mehrheit ihrer Bevölkerung berufen kann. Wenn dann doch in einem Land Ergebnisse zustande kommen, die einer echten Mehrheit wenigstens nahekommen, wird dieses Land als «undemokratisch» verunglimpft. Ich beziehe mich auf Venezuela. Hugo Chavez hat Ende 2006 immerhin 61% erzielt bei einer Wahlbeteiligung von gut 60%. Das sind mehr als 36% bezogen auf alle Wahlberechtigten – fast doppelt so viel wie für George W. Bush. Dennoch hat sich dieser Präsident damals angemasst, Chavez als «nicht legitimiert» zu bezeichnen, obwohl internationale Beobachter dem Ablauf der Wahl Korrektheit bescheinigt haben. Demokratische Wahlergebnisse werden, wenn sie gegen die Interessen des angloamerikanischen Kapitals stehen, einfach verunglimpft und als «undemokratisch» deklariert. Damit schafft man vorab schon mal die Legitimation, den Bürgern dieses Landes militärisch «zu Hilfe zu eilen, um die Demokratie wiederherzustellen» – falls es nötig sein sollte zur Wahrung der kommerziellen Interessen der USA.

Ich denke, es ist nicht ganz falsch, wenn man analog zum «Islamismus» von einem «Demokratismus» spricht. Beide beanspruchen für sich das Recht der reinen Lehre. Die orthodoxen Verfechter der Demokratie verfolgen die Ausbreitung derselben über die ganze Welt mit religiösem Eifer. Damit unterscheiden sie sich nicht von den Kreuzrittern, Islamisten, Kommunisten etc. Sie schrecken auch nicht davor zurück, sich, wenn nötig, derselben Mittel zu bedienen, nämlich Indoktrination und Gewalt. Und mit demselben missionarischen Eifer lassen sie es nicht zu, dass die Überlegenheit der Demokratie infrage gestellt wird. Dabei hat die Demokratie noch gar nicht bewiesen, dass sie wirklich die beste aller möglichen Gesellschaftsformen ist. Vergessen wir nicht: Hitler ist demokratisch gewählt worden, Roosevelt (FDR) und Churchill auch, selbst Lenin hat versucht, sich eine demo-

kratische Legitimation zu geben. Ihnen allen ist gemein, dass sie keine Mehrheit hinter sich hatten, und ebenso ist ihnen allen gemein, dass sie für den Tod von Millionen Menschen verantwortlich sind. Im Namen der Demokratie sind zahllose Menschen umgebracht worden, und auch heute noch sterben Menschen im Irak, in Afghanistan und an vielen anderen Orten auf der Welt. Damit unterscheiden sich die Verfechter der Demokratie nicht von den Kreuzrittern oder den islamischen Horden des Mittelalters.

Jede dogmatische Lehre, die ein «Entweder-oder» fordert, wird zwangsläufig Leichen produzieren. Wann immer versucht wird, die eigene Überzeugung mit missionarischem Eifer und ohne jede Rücksicht auf vorhandene Strukturen und Traditionen auf Dritte zu übertragen, wird es Leichen geben. Das gilt eben auch für das höchste Gut der westlichen Gesellschaften: die Demokratie und die Marktwirtschaft. Was wirklich gut und überlegen ist, muss man nicht extra anpreisen, und schon gar nicht mit Gewalt einführen. Das wirklich Gute setzt sich von ganz allein durch.

Ich denke, die Form der Demokratie, die wir heute in der westlichen Welt erleben, hat mit den idealistischen Ideen ihrer Erfinder nur noch wenig gemein. Sie ist verkommen zu einer quasireligiösen Ideologie, die dazu dient, Menschen zu kontrollieren und auszubeuten, ohne dass diese es merken. Schlimmer noch, sie betteln darum, dass dieser Zustand beibehalten wird. Dasselbe gilt für die Marktwirtschaft, die mit dem gleichfalls religiösen Alleinvertretungsanspruch fest an die Demokratie gekoppelt ist. Jeder Versuch, die Marktwirtschaft infrage zu stellen, wird geradezu als «ketzerisch» verbannt, indem alle Zweifler als «undemokratisch» (ungläubig) gebrandmarkt werden.

Jetzt könnte der Eindruck entstanden sein, dass ich die Demokratie abschaffen möchte. Das ist nicht der Fall. Selbstverständlich bin auch ich ein Verfechter der Demokratie, der lediglich dazu anregen will, den religiös-dogmatischen Umgang mit der Demokratie zu hinterfragen. Ich meine, man muss pfleglicher mit dem hohen Gut Freiheit und der Demokratie umgehen. Und man muss aufhören, unsere Vorstellung einer idealen Gesellschaftsform auf alle Länder übertragen zu wollen, ohne kritisch zu überprüfen, ob sie überhaupt zu deren ge-

wachsenen Strukturen passt. Wir müssen ganz genau hinsehen, in welche Richtung sich unsere Demokratie entwickelt hat, und wir dürfen uns nicht scheuen, über Veränderungen im System zu diskutieren, auch wenn sie im ersten Moment unbequem oder gar ketzerisch erscheinen mögen. Wir müssen zu dem Weg zurückfinden, der das Volk wirklich zum Souverän macht. Ein Blick in die Schweiz ist hierfür sehr förderlich, diese nämlich beteiligt ihre Bürger wirklich an wichtigen Entscheidungen und bedient sich dafür des Instruments des Volksentscheids. In Bayern gibt es das auch, ist hier aber starken Beschränkungen unterworfen.

Die Politiker fürchten den Volksentscheid wie der Teufel das Weihwasser, denn sie wissen sehr wohl, dass das Volk gar nicht so dumm ist, wie es immer gemacht wird. Unsinnige Entscheidungen von abhängigen Politikern, die gegen die Interessen des Volkes sind, könnten durch einen Volksentscheid verhindert werden, die Macht von Lobbyisten wäre ernsthaft in Gefahr. Wir hätten beispielsweise nicht einen einzigen Soldaten in Afghanistan, wo wir sowieso nichts zu suchen haben, und der absurde Spruch von Herrn Struck, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt wird, würde auf seinen Gehalt durchleuchtet werden. Dabei käme dann heraus, dass dieser Spruch allein dafür notwendig war, um einer Verfassungsklage vorzubeugen: Die Bundeswehr darf nur zur Verteidigung eingesetzt werden – so steht es im Grundgesetz!

Dabei muss man auch die Praxis unmöglich machen, dass bei politischen Abstimmungen Pakete geschnürt werden, die eine unumgängliche Entscheidung mit einer nicht mehrheitsfähigen verknüpfen. Auf diese Weise werden nämlich Entscheidungen durch das Parlament «geboxt», die selbst die Abgeordneten nicht wollen. Das Prinzip ist so einfach wie hinterhältig und undemokratisch: Ein Gesetz, das nicht mehrheitsfähig ist, wird mit einem anderen Gesetz gemeinsam zur Abstimmung gebracht, dessen Verabschiedung unumstritten und notwendig ist. So müssen die Parlamentarier die «Kröte schlucken», wenn sie einen Eklat vermeiden wollen. Und genau das wollen sie, denn andernfalls würden sie sich auf der nächsten Wahlliste ganz am Ende wiederfinden. Mit echter Demokratie hat das alles nichts mehr zu tun, ist aber Realität im politischen Geschäft der Gegenwart.

Die Demokratie, die wir erleben, bedarf einer dringenden Renovierung. Es wäre besser, darüber nachzudenken, wie mit den Möglichkeiten der Informationstechnologie echte Demokratie verwirklicht werden könnte, anstatt sich immer neue Methoden zur Überwachung der Bürger auszudenken.

21. Muster von Krieg und Frieden

«Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler.»
(Ingeborg Bachmann)

Grundsätzlich kann man feststellen, dass es für Kriege nur zwei Gründe gibt: Religion und Wirtschaft. Wenn man Politik und wirtschaftliche Entwicklung gemeinsam betrachtet, wird ein Muster erkennbar, das sich durch die gesamte Geschichte zieht. Immer, wenn ein Herrschaftsbereich – das kann ein kleines Fürstentum oder ein mächtiges Imperium sein – wirtschaftliche Schwierigkeiten hat, steigt seine Bereitschaft für kriegerische Handlungen steil an. Das hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen kann man die Schuld an Missständen im eigenen Land einem potenziellen Feind «in die Schuhe schieben» und so von den eigenen Versäumnissen ablenken. Der Zorn des Volkes wird auf diese Weise nach aussen gerichtet, und es vergisst, die eigene Regierung für ihr Versagen verantwortlich zu machen. Zum anderen besteht die Chance, durch einen gewonnenen Krieg materielle Vorteile zu erringen. Der Besiegte wird ausgeraubt und der Sieger kann die Bedürfnisse seines Volkes mit den geraubten Gütern befriedigen. Und noch einen Vorteil bringt dieses Verfahren mit sich: Den Menschen im besiegten Nachbarland geht es jetzt schlechter als den eigenen Bürgern, und es ist nicht mehr notwendig, die Zustände im eigenen Land zu verbessern, weil man darauf verweisen kann, dass es anderswo schlechter ist. Und schliesslich: Der Sieger hat immer recht.

Obwohl man leicht erkennen kann, dass dieses Verfahren das Schlechteste aller möglichen ist, wird es immer wieder angewendet. Krieg kann niemals Probleme lösen, er wird nur neue schaffen. Zudem muss ein kriegerisch aggressives Land einen unverhältnismässig grossen Anteil seiner Wirtschaftskraft auf seine Armee verwenden, was zwangsläufig zu weiteren wirtschaftlichen Problemen führen muss. So wird eine negative Spirale in Gang gesetzt, die nur schwer zu durchbrechen ist. Ein Land, das einmal damit begonnen hat, sein wirtschaftliches Wohlergehen von der Schlagkraft seiner Armee abhängig zu machen, wird Mühe haben, zu friedlicher Prosperität zurückzufinden.

Die moderne Zeit hat einen neuen Weg gefunden, Kriege ohne Soldaten zu führen – das Geld wird als Waffe eingesetzt. Dazu musste natürlich ein realer Krieg vorausgehen, der es erlaubte, die besiegten Staaten in ein Geldsystem zu zwingen, das nur dem Sieger alle Vorteile sichert. Aber das allein genügt noch nicht. Um das Bestehen dieses Geldsystems zu sichern, ist es notwendig, weiterhin eine überlegene Armee zu unterhalten. Der Unterschied zu früher ist jedoch, dass es jetzt möglich ist, die Besiegten die Kosten für die eigene Armee tragen zu lassen. Das ist der Zustand der Welt zum heutigen Tag. Es wird zwar alles getan, diesen Zustand zu verschleiern, aber wer in der Lage ist, eins und eins zusammenzuzählen, kann es leicht erkennen.

Im Gegensatz zu einem wirtschaftlich maroden Land hat ein gesundes keinen Grund, einen Krieg anzuzetteln. Es kann nichts gewinnen. Ein wohlhabendes Land erringt keinen Vorteil dadurch, wenn es ein anderes, dem es schlechter geht, durch Krieg erobert. Diesen Gedanken muss man eingehender beleuchten. Nehmen wir als Erstes die positiven Seiten:

Ein wohlhabendes Land muss niemanden gewaltsam erobern, weil sich ihm andere Länder freiwillig anschliessen wollen. Die Entwicklung der jungen USA und die Entstehung der österreichischen K.-u.-k.-Monarchie belegen bestens diese These, und auch das Deutsche Reich darf hier als Beispiel angeführt werden. In all diesen Fällen war es sogar eher andersherum. Es war ein Privileg, den genannten Staaten beitreten zu dürfen, ein Privileg, das man sich verdienen musste. Auch der Beitritt zur Europäischen Union ist an Bedingungen geknüpft.

Nun die negative Seite, die oft nicht so offensichtlich erscheint. Nehmen wir das Beispiel Irak: Vordergründig betrachtet, haben die reichen, wohlhabenden USA den armen Irak überfallen. Das allein hält aber einer einfachen Analyse nicht stand. In Wirklichkeit sieht die Sache ganz anders aus: Der Irak hat Öl und die USA brauchen sehr viel Öl. Nun könnten sie es dem Irak einfach abkaufen und alles wäre gut. Tatsächlich liegt aber genau hier das Problem, denn die USA haben kein Geld. Ihre Wirtschaft ist in einem derart maroden Zustand, dass das Land ein steil anwachsendes Aussenhandelsdefizit erleidet. 2006 waren es fast 1.000 Milliarden Dollar – und es sind bis heute nicht weniger geworden. Insgesamt haben die USA im Ausland Schul-

den angehäuft in einer Größenordnung von 4.000 Milliarden Dollar (2014: 16.000 Dollar – offiziell!) – da ging es dem Irak wesentlich besser. Und jetzt kommt der Punkt: Der Irak, respektive Saddam Hussein, wollte die Bezahlung seines Öls auf Euro umstellen. Damit hätten die USA ihre Dollar erst in Euro umtauschen müssen, wenn sie irakisches Öl kaufen wollten. Das wiederum wäre ein ernsthaftes Problem geworden, denn der in seinem Wert künstlich hoch gehaltene US-Dollar hätte dramatisch an Wert verloren und die USA hätten das Öl aus dem Irak schlichtweg nicht mehr bezahlen können. So gesehen, trifft auch in diesem Fall zu, dass ein Land mit wirtschaftlichen Problemen den Krieg gegen ein wirtschaftlich gesünderes eröffnet hat.

Man muss also den Begriff «wirtschaftliche Probleme» tatsächlich weiter gefasst betrachten. Jedes Land, das ein länger andauerndes und noch dazu ansteigendes Aussenhandelsdefizit vorweist, hat ein massives wirtschaftliches Problem und wird über kurz oder lang in die Abhängigkeit der Länder fallen, die im Aussenhandel Überschüsse produzieren. Das gilt auch dann, wenn das betreffende Land subjektiv seine Bürger mit ausreichendem Luxus versorgen kann. Das Ende dieses Zustands ist absehbar und wird zweifellos zu neuen Machtverhältnissen führen. Demzufolge muss man jedes Land mit einem hohen Aussenhandelsdefizit als potenziell kriegerisch-aggressiv betrachten. Im Gegensatz dazu kann man einem Land mit Aussenhandelsüberschuss grundsätzlich eine friedliche Gesinnung zuordnen, da es kein Problem hat, das durch einen Krieg gelindert werden könnte.

In diesem Sinn ergibt eine Analyse des 20. Jahrhunderts ein Ergebnis, das von der üblichen Geschichtsschreibung abweicht. Das einzige Land der Welt von beträchtlicher Grösse mit einem massiven, ansteigenden Aussenhandelsdefizit war 1900 England, das um die Jahrhundertwende fast doppelt so viel importierte, wie es mit seinen Exporten bezahlen konnte. Ein Problem, das ständig grösser wurde und für England besonders prekär, da es zur Versorgung seiner Bevölkerung mit Nahrungsmitteln auf Importe angewiesen war. Deutschland dagegen hatte einen grossen Aussenhandelsüberschuss und überhaupt kein Problem dieser Art. Bereits um 1900 (1899-1902) hat England, wie schon erwähnt, einen Versuch unter-

nommen, seine wirtschaftlichen Probleme mit einem Eroberungskrieg zu lindern. Der Oranje-Freistaat sowie die Südafrikanische Republik (Transvaal) mit ihren reichen Gold- und Diamantenminen wurden überfallen und erobert, doch es war abzusehen, dass die geraubten Schätze England nicht auf Dauer sanieren würden. Ich betone nochmals, dass es vor dem Ersten Weltkrieg nur ein Land gab, das solide wirtschaftliche Probleme hatte und somit als potenziell kriegerisch-aggressiv gelten musste: England.

Auch der Erste Weltkrieg konnte die wirtschaftlichen Probleme Englands nur vorübergehend lindern. Die von Deutschland geraubten Industriepatente und Reparationen hielten nicht lange vor, und bereits 1931 musste England den Goldstandard für das Britische Pfund wieder aufgeben. 1937 schliesslich war der bekannte Zustand eines andauernden Aussenhandelsdefizits wieder zu einer bedrohlichen Grösse angewachsen. Die Exporterlöse konnten die Kosten für Importe nur noch zur Hälfte decken, erneut war die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln für die Bevölkerung und Rohstoffen für die Industrie der grösste Posten für den Import – und wieder war England das einzige Land mit diesen Problemen. Deutschland hatte sich einigermaßen erholt und konnte trotz der Folgen des Versailler Vertrages mit einem wachsenden Aussenhandelsüberschuss brillieren. Die USA hatten zwar mit einer grossen Arbeitslosigkeit zu kämpfen, konnten aber dennoch eine positive Aussenhandelsbilanz vorweisen. Ich stelle wiederum fest: England war das einzige Land der Welt, das auch vor dem Zweiten Weltkrieg solide wirtschaftliche Probleme hatte und deswegen als potenziell kriegerisch-aggressiv gelten musste. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, dass es in den USA erst durch den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg und den Vorbereitungen dazu gelungen ist, die Arbeitslosigkeit vorübergehend zu bezwingen.

Bis 1970 war die Aussenhandelsbilanz der USA ausgeglichen oder positiv, von da an ging es steil bergab. 1971 haben die USA ihr Versprechen gekündigt, den US-Dollar jederzeit gegen Gold aufzuwiegen. Von diesem Zeitpunkt an hatte der Dollar keine reale Bezugsgrösse mehr, was darauf schliessen lässt, dass die USA vorsätzlich das Ziel aufgegeben haben, eine ausgeglichene Handelsbilanz anzustreben. Gleichzeitig ist von 1970 an eine stark ansteigende Aktivität des amerikanischen Militärs weltweit zu beobachten, das beginnt mit

Vietnam und führt bis zum Irak. Dazwischen liegen unzählige kleinere Übergriffe auf wehrlose Länder. Damit haben wir einen weiteren Beweis für die grundsätzliche Aggressionsneigung von Ländern mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Doch das Beispiel USA verfügt noch über eine neue Komponente: Bis 1970 war es immer so, dass zunächst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten da waren und erst darauf die Aggression folgte. In den USA war es anders: Hier ging die Aggression den wirtschaftlichen Schwierigkeiten voran oder erfolgte parallel dazu. Daraus kann man nur einen Schluss ziehen: Dieses aggressiv-imperiale Verhalten war als primärer Zweck geplant und die unweigerlich folgenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden billigend in Kauf genommen. Damit hat die Regierung der USA eindeutig gegen die Interessen ihrer Bevölkerung gehandelt. Letztlich hat sie aber auch gegen ihre eigenen Interessen gehandelt, indem sie sich durch die Konzentration ihrer Wirtschaftskraft auf das Militär in eine prekäre Lage gebracht hat. Durch das gigantische Aussenhandelsdefizit sind die USA vollkommen abhängig geworden von den internationalen Banken. Wenn das fragile Konstrukt um den Dollar eines Tages nicht mehr funktioniert, sind die USA am Ende. Diesen Gedanken habe ich zuvor schon aufgeworfen und werde später noch vertieft darauf eingehen. Für den Moment will ich festhalten, dass es nicht leicht zu entscheiden ist, in wessen Interesse die Regierung der USA handelt. Ebenso halte ich fest, dass auch England bis heute eine negative Handelsbilanz aufweist, obwohl es längst zu den Öl-exportierenden Ländern zählt.

Die Frage ist nun, welches Motiv hinter dem zunehmend aggressiven Verhalten der USA steht – ist es Wirtschaft oder Religion? Wenn man sich den untypischen wirtschaftlichen Verlauf der Aggressionen der USA betrachtet, bietet sich die Lösungsmöglichkeit an, von einer sog. «Wirtschaftsreligion» zu sprechen. Der religiöse Charakter der amerikanischen Politik ist in den letzten Jahren immer deutlicher zutage getreten. Der Islam wird zunehmend dämonisiert und als Quelle allen Übels bezeichnet, womit er in direkter Folge zum Kommunismus steht, der gleichermassen mit religiösem Eifer bekämpft wurde. Die Verfolgung von Menschen in den USA der 1950er-Jahre, die verdächtigt wurden, Kommunisten zu sein, kann man ohne Bedenken mit den

Christenverfolgungen der Römerzeit vergleichen – wenn auch ohne hungrige Löwen im Colosseum.

Generell ist in den USA zu beobachten, dass Politik immer wieder von religiösen Gruppen geprägt wurde, wobei die bestimmenden Gruppen stets anglikanisch-puritanischer Herkunft waren, die Pilgrim Fathers inklusive. Sie haben sich vor hundert Jahren gut organisiert in einer Vereinigung mit einflussreichen Mitgliedern, die durchaus den Charakter eines Geheimbundes aufweist. Wie bereits erwähnt, ist das amerikanische Finanzwesen anglikanisch dominiert. Dabei ist es unerheblich, ob es sich nun im Einzelnen um Presbyterianer oder sonstige Richtungen handelt, denn allen ist ein missionarischer Grundgedanke sowie die Feindschaft zu den Katholiken und allen anderen Andersgläubigen gemein. Bei der Durchsetzung ihrer Ziele haben sie sich nie demokratischen Regeln unterworfen – denken wir nur an die Prohibition. Das absolute Verbot von Alkohol war nicht mehrheitsfähig, doch es wurde von den bigotten Eiferern durchgesetzt und hat die Mehrheit der Amerikaner durch die nunmehr gesetzwidrige Herstellung bzw. Einfuhr sowie durch den illegalen Verkauf mit all den dazugehörigen Folgeerscheinungen zu Verbrechen gemacht. Nebenbei wurde viel illegales Geld verdient und die amerikanische Mafia konnte sich etablieren. Man kann feststellen, dass, ausgehend von religiösen Motiven, eine neue Machtstruktur geschaffen wurde, die definitiv nicht dem Wohl der amerikanischen Bürger diente und auch nicht deren Willen entsprach. Es entstand eine Verbindung zwischen krimineller Gewalt und dem Kapital.

Von Anfang an gehörte die Ausrottung Ungläubiger zur Geschichte der USA. Der planmäßige Mord an den Indianern wurde gerechtfertigt mit dem religiösen Argument, dass die Indianer keine Christen sind. Auch hier ist jeglicher Respekt vor fremden Kulturen beiseite gelegt worden. Die Einwanderer aus asiatischen Kulturen wurden als Menschen zweiter Klasse behandelt und ihnen wurden lange Zeit normale Bürgerrechte vorenthalten. Das widersprach den hehren Grundsätzen, die mit der amerikanischen Verfassung eigentlich für alle Menschen gelten sollten. Tatsächlich aber war es stets so, dass wirtschaftlich-religiöse Ziele über die Rechte und das Wohl der Allgemeinheit gestellt wurden. Die Wächter über Demokratie und Wirt-

schaft haben für sich immer in Anspruch genommen, ihre eigenen Regeln missachten zu dürfen, wenn diese ihren Zielen im Wege standen. Das setzt sich bis heute fort. Die USA lehnen es beispielsweise kategorisch ab, Vergehen ihrer Soldaten der Beurteilung eines unabhängigen Gerichts zu unterwerfen. Sie selbst jedoch massen sich an, über alle anderen Urteile zu fällen. So richtig es war, die Verbrecher des Dritten Reiches in Nürnberg abzuurteilen, so wenig falsch wäre es gewesen, den Abwurf der Atombomben auf Zivilisten und die sinnlose Zerstörung der deutschen Städte vor einem ähnlichen Gremium zu verhandeln. Und auch die Behandlung der Gefangenen in Guantanamo würde es verdienen, von einem unabhängigen internationalen Gericht bewertet zu werden, was ebenso für die völkerrechtswidrige Invasion 2003 in den Irak gilt.

Demokratie und Marktwirtschaft sind zu einem Dogma religiösen Charakters geworden, dementsprechend darf man ihre Verbreitung auch mit religiösem Eifer betreiben. Andersgläubige werden von vornherein verteufelt und dürfen mit allen Mitteln bekämpft werden.

Hierin stehen die USA und England fest vereint in ihrem gemeinsamen Kampf. Ich meine, man kann den Ursprung dieses Denkens bereits im British Empire erkennen. Die Überzeugung «All the world is mine!» trägt in gewisser Weise eben jene religiösen Züge und «legitimierte» dazu, dieses Ziel mit allen Mitteln und Methoden zu verfolgen: Der Zweck heiligt die Mittel!

Gestatten Sie mir, an dieser Stelle erneut den Bogen zu den Juden zu schlagen: Im Gegensatz zu den christlichen und islamischen Religionen, mal ganz realistisch betrachtet, gehört der missionarische Gedanke nicht zum Judentum. Es gibt hier keinerlei Bestrebungen, alle Menschen zum jüdischen Glauben bekehren zu wollen. Das nimmt dem Judentum von vornherein die Motivation, Kriege aus religiösen Gründen anzuzetteln. Nicht zuletzt deshalb betrachte ich es als äußerst heimtückisch, wenn Juden dazu missbraucht werden, die eigenen selbstsüchtigen Ziele zu kaschieren.

Der Charakter des jüdischen Glaubens ist eher isolationistisch und fordert deshalb auch den unbedingten Zusammenhalt untereinander. Das ist nur logisch, weil von Anfang an abzusehen war, dass die Men-

schen jüdischen Glaubens im Normalfall als Minderheit unter Andersgläubigen leben müssen. Der strikte interne Zusammenhalt des Judentums macht es einfach, ihm den Stempel einer Verschwörung aufzudrücken. Jede Gemeinschaft, die eine gewisse Abgeschlossenheit gegenüber ihrer Umwelt erkennen lässt, wird sich über kurz oder lang der Missgunst einer Mehrheit ausgesetzt sehen, vor allem dann, wenn sie erfolgreich ist.

De facto ist es doch so, dass die englische Politik des 20. Jahrhunderts den Lebensraum für Juden stark eingeschränkt hat. Seit 1950 können sie in keinem arabischen Land leben. So hat die englische Politik weitere Millionen Menschen – dieses Mal Juden – hervorgebracht, die ihre Heimat für immer verlassen mussten. Es ist schon ein Meisterwerk der politischen Täuschung, die Menschen glauben zu machen, dass dies das Ergebnis zionistischer Pläne gewesen sei.

In England war lange Zeit der König das Oberhaupt der Kirche. Die Trennung von Kirche und Staat ist hier nie so klar vollzogen worden wie in anderen Ländern Europas, und in den USA ist eine zunehmende Verknüpfung von Religion und Politik zu beobachten. Vielleicht erklärt das den missionarischen Charakter der amerikanischen Politik, die mit wirtschaftlichen Aspekten allein schwer zu begründen ist.

22. Nationalmasochismus

«Wenn es Wahrheit für den Menschen nicht gibt, dann kann er auch nicht letztlich Gut und Böse unterscheiden» (Benedikt XVI.)⁷⁰

In Deutschland fand ein direkter Übergang vom Nationalsozialismus zum Nationalmasochismus statt. Beides wurde und wird von der Mehrzahl der Bevölkerung nicht getragen – aber auch nicht aktiv abgelehnt. Sowohl der Nationalsozialismus wie auch der Nationalmasochismus tragen den Charakter einer verordneten Staatsreligion, die unter keinen Umständen hinterfragt oder diskutiert werden darf. Einer gesunden Entwicklung ist das nicht dienlich.

Zweifellos war es notwendig, gut und richtig, das deutsche Volk nach seiner Befreiung vom Nationalsozialismus über denselben aufzuklären. Es war unumgänglich, ein allgemeines öffentliches Bewusstsein in Deutschland zu fordern bezüglich des menschenverachtenden Systems, unter dem die Welt, die Deutschen selbst und vor allem die Juden zu leiden hatten. Deutschland musste entnazifiziert werden, das war im ureigenen Interesse, doch lief dabei ganz sicher einiges nicht so, wie es hätte laufen sollen.

Es wäre unbedingt erforderlich gewesen, differenziert und kritisch über die Zeit des Naziterrors aufzuklären und zu diskutieren. Das hat so aber nicht stattgefunden – und findet bis heute nicht statt. Mit religiöser Absolutheit wird eine rationale Diskussion verhindert. Das deutsche Volk hat in der Gesamtheit die Alleinschuld, eine sog. «Erb-schuld», verordnet bekommen, die derart undifferenziert der Wahrheit nicht entspricht. Wie jedes Dogma muss auch dieses Widerspruch erzeugen.

Die westalliierten Siegerstaaten wussten und wissen genau, dass ein ehrlicher und offener Umgang mit der Geschichte auf ihrer «weisen Weste» einige rabenschwarze Flecken hinterlassen würde, das aber durfte und darf auch heute noch nicht sein. Also wurde eine ver-

70 Papst Benedikt XVI: Heilige Messe, Predigt vor dem Marienheiligtum in Mariazell am 8. September 2007. Online unter: http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/homilies/2007/documents/hf_ben-xvi_hom_20070908_mariazell_ge.html [20.12.2014].

zerterte Geschichtsschreibung verordnet, die mit Unterlassungen und Lügen gespickt ist – das ist die Grundlage für das Selbstverständnis der Deutschen und den Rest der Welt. Dabei kann nichts Gutes herauskommen. Schon ein Kind spürt, wenn seine Eltern nicht ehrlich zu ihm sind. Es begibt sich auf die Suche nach der Wahrheit und sein Vertrauen zu den Eltern ist fortan gestört. Wenn es die Wahrheit gefunden hat, weiss es aber noch nicht, ob seine Entdeckung auch wirklich die ganze Wahrheit beinhaltet. Dieses Zweifeln setzt einen fatalen Kreislauf in Gang: Das Kind kann sich jetzt Spekulationen hingeben, für die es allein entscheiden muss, ob sie zu «seiner» Wahrheit zählen oder nicht. Es ist ausgesprochen schwierig, wenn nicht gar unmöglich, nach einer Lüge das Vertrauen in die Wahrhaftigkeit wiederherzustellen.

Den erwachsenen Menschen geht es nicht besser. Werden sie einmal belogen, werden sie dem Lügner niemals mehr vollständig vertrauen. Auch hier gilt dann, dass sich letztlich jeder für seine eigene Version der Wahrheit entscheiden kann. Es kommt am Ende nur noch darauf an, wer seine Version schlüssiger verkaufen kann bzw. wer durch erdrückende Masse mit seiner Version dominiert. Das Verhängnisvollste aber, was man tun kann, ist, eine verbogene Wahrheit als absolut zu deklarieren. Damit öffnet man Tür und Tor für die wildesten Spekulationen. Immer mehr Menschen werden sich auflehnen und möglicherweise sogar zu extremistischen Reaktionen neigen, wenn sie einen Zipfel der Wahrheit zu fassen kriegen.

Je nach Charakter wird der Mensch resignieren oder offen revoltieren. In jedem Fall wird er mit dem dumpfen Bewusstsein leben, betrogen zu werden. So ist zu erklären, warum Verschwörungstheorien derart populär sind. Auf der Suche nach wenigstens irgendeiner Wahrheit hat man etwas gefunden, was nicht aus der Quelle stammt, zu der man kein Vertrauen mehr hat. Die neue Quelle ist so lange glaubwürdiger, bis auch sie der Lüge überführt wird. Diese Gefahr ist aber sehr gering, weil der Gegner seine Glaubwürdigkeit bereits eingebüsst hat. Es bedarf also einer hartnäckigen Recherche und eines enormen Denkaufwandes, Verschwörungstheorien für sich selbst als wiederum falsch zu erkennen. Auf der anderen Seite halten Verschwörungstheorien davon ab, sich wirklich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Diesen doch sehr hohen Aufwand kann sich der

Verschwörungstheoretiker, glaubt er, ersparen, weil er sich in dem guten Gefühl einrichtet, die Wahrheit entdeckt zu haben.

Die Geheimniskrämerei der politischen Welt ist in keiner Weise dazu geeignet, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Unzählige Dokumente werden auf Jahrzehnte vor der Öffentlichkeit verschlossen, und falls sie dann veröffentlicht werden, sind immer noch Passagen darin geschwärzt. Einige Dokumente werden niemals freigegeben, dabei müsste doch jedem klar sein, dass die wirklich verbrecherischen Pläne und deren Ausführung in aller Regel nicht in schriftlicher Form dokumentiert worden sind. Latent besteht jedoch die Gefahr, dass sie aus sekundären Dokumenten beweisbar werden könnten – irgendwann!

Bei all dem ist ein Grundgedanke verloren gegangen: Wer integer handelt, braucht keine Geheimhaltung. Man muss also davon ausgehen, dass jedem Vorgang, welcher der Geheimhaltung unterworfen wird, eine unlautere Absicht zugrunde liegt. Die Akteure sind sich dessen bewusst, andernfalls würden sie ihr Vorgehen nicht geheimhalten. Das gilt auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens, angefangen beim untreuen (Ehe-)Partner bis hin in die hohe Politik. Wer etwas geheimhalten muss, begeht wissentlich und vorsätzlich ein Unrecht oder gar ein Verbrechen.

Nun könnte man sagen, dass speziell im militärischen Bereich Geheimhaltung notwendig ist – dem ist nicht so. Solange das Militär ausschliesslich zur Selbstverteidigung gedacht ist, kann es nur sinnvoll sein, den potenziellen Gegner von der hohen Qualität der eigenen Abwehrmöglichkeiten zu überzeugen. Nur wer einen Angriff oder Überfall plant, muss die wahre Stärke der eigenen Armee verbergen, damit der Gegner keine geeigneten Abwehrmassnahmen einleiten kann. Also gilt auch für den militärischen Bereich: Nur wer unlautere Absichten hat, muss etwas geheim halten.

Eine Ausnahme lasse ich zu: Wenn es um den Schutz geistigen Eigentums geht, wie Patente oder innovative Produktionsverfahren, darf der so erzielte Vorteil gegenüber Wettbewerbern erhalten bleiben, indem die Kenntnis über neue Prozesse nicht möglichen Konkurrenten zur Verfügung gestellt, sondern geheimgehalten wird. Allerdings gilt auch hier, dass in einer idealen Welt – die es nicht gibt –

sämtliche Erkenntnisse allen zur Verfügung gestellt werden sollten, denn auf diese Weise könnte die gesamte Menschheit gleichmässig am Fortschritt partizipieren.

Ansonsten gilt, wie anfangs erwähnt: Immer, wenn etwas verschleiert oder geheimgehalten wird, muss man unlautere Absichten vermuten. Das betrifft ebenso das Verhindern einer offenen Diskussion, sei es durch Vorenthalten von Fakten oder durch das Verbiehen derselben. Ein faktisches Verbot besteht auch dann, wenn bestimmte Themen mit einem Tabu belegt werden, was in Deutschland der Fall ist, wenn es um die Themen «Nationalsozialismus» und «Judentum» geht. Der Umgang speziell mit dieser Thematik ist derart mit prädominierenden Fakten belegt, dass daraus nur Tabus erwachsen können, die ihrerseits wieder unendlich viel Raum lassen für Mystifizierungen. Dadurch, dass jede offene Diskussion darüber rigoros unterbunden wird, ist eine Auseinandersetzung mit beispielsweise rechtsradikalem Gedankengut nicht möglich. Den irregeleiteten Anhängern der rechtsradikalen Szene bleibt es somit verwehrt, ihre rudimentären Überzeugungen an ehrlichen Argumenten zu messen, was jedoch absolut notwendig wäre. Es ist mit ziemlicher Sicherheit davon auszugehen, dass rechtsradikales Gedankengut sofort in sich zusammenbrechen würde, wenn man wirklich alle Fakten auf den Tisch legte – genau das aber geschieht nicht. Rechtsradikale Äusserungen werden mit einem kategorischen Imperativ beantwortet, und jeder, der Kinder erzogen hat, weiss, dass das auf Dauer nicht erfolgreich sein kann.

Die BRD der 1950er- und 1960er-Jahre war eine offene Gesellschaft. Die Integration der Flüchtlinge, deutscher und anderer, sowie die Beseitigung der Kriegsschäden verlangten eine bedingungslose Zusammenarbeit. Gastarbeiter wurden freundlich willkommen geheissen und man erfreute sich an den fremden Kulturen – wie früher auch. Die «Zigeunerromantik» stand hoch im Kurs. Eines der besten Restaurants in München war das «Piroschka», ein ungarisches Restaurant im Untergeschoss der neuen Pinakothek, wo heute das «P1» ist. Geigen spielende Zigani erfreuten die Gäste mit ihrer Kunst, und wenn ein Schlitzohr manchmal als «Zigeuner» bezeichnet wurde, hat das die freundliche Haltung gegenüber der Kultur der heutigen Sinti und Roma nicht gemindert.

Das änderte sich von etwa 1970 an drastisch. Was da genau passiert ist, ist schwer zu sagen. Es stellt sich die Frage nach der Henne und dem Ei: Was kam zuerst? Hat die deutsche Öffentlichkeit zuerst ihre Zuneigung zu den «Zigeunern» abgelegt oder ist dies geschehen, weil das Thema tabuisiert worden ist? Ich meine, es lag an der Tabuisierung.

Um 1970 begann eine Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für das Thema «Fremdenfeindlichkeit». Jede Äusserung, die etwas mit Ausländern zu tun hatte, musste sich daran messen lassen, ob sie eventuell ausländerfeindlich sein könnte, was zu einer Tabuisierung des Sprachgebrauchs führte. Ein Zigeuner durfte nicht mehr «Zigeuner» genannt werden. Ein Neger wurde ein «Schwarzer», insbesondere dann, wenn er sich einer Straftat schuldig gemacht hatte. Das ging so weit, dass die deutsche Sprache mit Begriffen wie «MEM» (Mitglied einer ethnischen Minderheit) vergewaltigt und der Terminus «Ausländerkriminalität» eliminiert wurde. Da muss man sich nicht wundern, wenn das zu unterdrückten Aggressionen führt. Die «politische Korrektheit» bewirkt genau das Gegenteil von dem, was sie angeblich bewirken soll. Sie erzeugt eine heimliche Wut, weil man Namen umfirmiert, ohne deren Träger damit tatsächlich dem ontologischen Sinn näherzubringen.

Das gilt gleichermassen für alle Themen, die einem Tabu unterworfen sind. Von dem Moment an, wo man seine Worte besonders genau abwägen muss, damit man nicht an einen ideologischen Pranger gestellt werden kann, wird der Umgang mit dem betreffenden Thema nicht freundlich neutral bleiben. Vielmehr wird das ungute Gefühl erzeugt, einem Zwang zu unterliegen. Das wiederum evoziert unterschwellige Aggression und bereitet den Boden für extremistische Randgruppen.

Hinzu kommt die geradezu masochistische Praxis in Deutschland, die Deutschen und alles, was deutsch ist, schlechtzureden. Lassen Sie mich den Fokus einer kurzen Betrachtung dazu auf ein Randthema richten:

Das Bild vom «hässlichen Deutschen» stammt von hässlichen Deutschen, weil hierzulande das Bild vermittelt wurde, die Deutschen würden sich im Ausland besonders auffallend schlecht benehmen. Das entspricht nicht der Realität. Natürlich gibt es Fälle, in denen man

auf das Auftreten Deutscher im Ausland nicht stolz sein kann. Wenn man das durch Mahnungen verbessern kann, bin ich der Erste, der diese begrüsst und notfalls auch selbst in die Hand nimmt, aber meine Erfahrungen sind ganz andere. In allen Ländern dieser Erde habe ich es erlebt, dass mir die Menschen freundlicher gegenüberstanden, sobald ich vermitteln konnte, dass ich Deutscher – und nicht etwa Engländer oder Amerikaner – bin, das gilt auch für Israel. Einschränkungen? Sicher, aber das ändert nichts daran, dass ich diese Erfahrung mit vielen anderen teile und dass eben diese Erfahrungen wiederum dazu beitragen, ein kritisches Verhältnis zu den Meinungsbildnern zu fördern.

Gerade in den letzten zwanzig Jahren erlebte der Nationalmasochismus in Deutschland Höhepunkte. Jedes Mal, wenn in Deutschland ein Ausländer durch eine Prügelei zu Schaden kommt, wird zunächst reflexartig ein ausländerfeindlicher Hintergrund angenommen. Das Geschehen wird in diesem Sinne medial weitschweifig «breitgetreten», und wenn sich herausstellt, dass es so nicht war, wird der (sehr viel kleineren!) Korrekturmeldung keine Beachtung mehr geschenkt. **Sobald ein Ausländer, also ein Bürger mit Migrationshintergrund, beteiligt ist, gilt die Unschuldsvermutung für Deutsche in Deutschland nicht.** Auf der anderen Seite wird es in der Regel heruntergespielt, wenn Deutsche durch Ausländer in Deutschland zu Schaden kommen. Die Realität ist, dass es in Deutschland für Deutsche problematisch ist, wenn sie sich an Plätzen aufhalten, die von ausländischen Gruppen dominiert werden, oder wenn sie sich in ein Mädchen aus einem ausländischen Kulturkreis verlieben. Da kann sich der Deutsche recht schnell mit Drohungen konfrontiert sehen, die von Prügel bis Mord reichen und deren Durchführung aus Erfahrung nicht unwahrscheinlich ist. In Fällen dieser Art spricht allerdings niemand von «Deutschenfeindlichkeit».

In den USA gibt es in jeder grossen Stadt Viertel, die praktisch rechtsfreie Räume sind. Es sind Gebiete, die von Menschen bewohnt und beherrscht werden, die nicht Teil des sozialen Establishments sind – aus welcherlei Gründen auch immer. Die Zustände in diesen Ghettos sind für einen Deutschen unvorstellbar, kein Taxifahrer wird eine Fahrt dorthin akzeptieren. Etwas Derartiges gibt es in Deutschland (noch) nicht. Aber es gibt Politiker, die eine Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Farbigen zum Anlass nehmen, Warnungen

an die ganze Welt auszusprechen, dass es in Deutschland Orte gibt, die für einen Ausländer zu gefährlich sind. Warnungen, wie sie beispielsweise – zufällig? – gerade vor der Fussball-WM 2006 ausgesprochen worden sind. Welch ein ganz anderes Bild haben dagegen die zu Hunderttausenden auf der Berliner Fanmeile und in anderen Städten feiernden Fans auf der ganzen Welt hinterlassen?

Ich weiss nicht, wessen Geschäft jene Politiker betreiben, die solche Angstszenerien in die Welt setzen. Entweder sind sie so uninformiert bzw. unerfahren, dass sie einfach nicht wissen, wie eine Gegend aussieht, für die man eine Reisewarnung aussprechen muss, oder sie handeln in fremdem Auftrag. Für die Reisenden aus der ganzen Welt, insbesondere aus den USA, ist es bemerkenswert festzustellen, dass es in Deutschland keine Slums und keine Plätze von besonderer Gefährlichkeit gibt. Die Frage danach wird durchaus gestellt, weil es eben besonders für Amerikaner selbstverständlich ist, dass in einem Land solcherart Plätze existieren, die sie niemals aufsuchen würden. Wenn sie nun aus eigenem Erleben erfahren müssen, dass es in anderen Ländern besser ist, könnte das schon ihren Glauben an «The Worlds leading Nation» ins Wanken bringen. Die Medien der USA haben die von deutschen Politikern ausgesprochene Warnung selbstverständlich aufgegriffen und damit ihren Bürgern vermittelt: Seht her, woanders ist es auch nicht besser! Sie mussten sich dann jedoch – siehe Fussball-WM 2006 – eines Besseren belehren lassen.

Ich empfinde es als in höchstem Masse unklug und geradezu masochistisch, das eigene Land derart ungerecht darzustellen und vor aller Welt «abzukanzeln». Die deutsche Gesellschaft darf sich eher mit Stolz auf ihre tolerante Vielfalt besinnen und auch auf die grossartige Leistung der friedlichen Revolution, die vor 25 Jahren zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten geführt hat.

Im Sommer 2007 etwa kam mit der öffentlichen Diskussion über die Schuld an den Toten der innerdeutschen Grenze erneut ein solcher Zungenschlag in die Welt der Schuldzuweisungen: Es handelt sich dabei um einige hundert Menschen, die an der zweifellos schandhaften Mauer ermordet worden sind. Jeder Einzelne dieser Toten ist die Spitze einer Fülle von tragischen Schicksalen, die Opfer einer un-

menschlichen Politik geworden sind. Jeder Einzelne ist einer zu viel und verdient entsprechende Würdigung. Dennoch halte ich die Praxis für zweifelhaft, immer wieder zu versuchen, irgendeinen Schuldigen in Deutschland zu finden und ihn öffentlich zu richten. Letztlich gibt es wohl niemanden, der nicht an irgendeinem Punkt der eigenen Vita unter Zwang gehandelt hat und somit zugleich – zumindest in gewisser Weise – selbst Opfer und Täter in einem war.

Die masochistische Praxis der «Scharfrichter» unter den Deutschen, in den eigenen Reihen immer wieder Leichen auszugraben und Schuldige dafür zu suchen, lenkt von weiteren Tätern ab. Es wird vergessen, dass es nur deshalb an der innerdeutschen Grenze Tote geben konnte, weil diese überhaupt existiert hat. Des Weiteren empfinde ich es als vollkommen unlogisch, ausschliesslich Mörder in den eigenen Reihen zu verfolgen. Es ist richtig, die Morde an einigen hundert Menschen aufzuklären und zu bestrafen. Es muss aber genauso richtig sein, die Morde an einigen Millionen Deutschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg zumindest aufzuklären.

Im Jahr 1970 wurde die bis dahin gültige Verjährungsfrist von 25 Jahren bei Morden aufgehoben. Das geschah, um Naziverbrecher weiterhin ihrer gerechten Strafe zuführen zu können. So werden bis heute Menschen vor Gericht gestellt, die sich vor 1945 eines Verbrechens schuldig gemacht haben – vorausgesetzt, sie sind Deutsche.

Die Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, werden dagegen nicht einmal ansatzweise verfolgt, obwohl sie noch nicht so lange zurückliegen – weder von der deutschen Justiz noch in den Ländern der Täter. Die deutschen Politiker sehen sich nicht einmal in der Lage, wenigstens eine pauschale Entschuldigung einzufordern, selbst wenn ein Vorgang so klar dokumentiert ist, wie zum Beispiel im Fall der sogenannten «Beneä-Dekrete», die Millionen Menschen ihr Recht auf Heimat geraubt haben. Bis heute darf sich die Regierung des EU-Mitglieds Tschechien weigern, diese unseligen Dekrete ausser Kraft zu setzen und ihren zerstörerischen Charakter anzuerkennen. Niemand hat gegen die beschämende Haltung der Tschechen protestiert. Die deutschen Politiker ziehen ihr Büsserhemd an und ihren Kopf ein, anstatt dieselbe Gerechtigkeit zu fordern, die für deut-

sche Verbrecher gilt – und vom deutschen Volk wird obendrein verlangt, dies richtig zu finden. Das nenne ich Nationalmasochismus in Reinkultur!

Ein Verbrechen bleibt ein Verbrechen, egal, wer es wann, wo und warum begangen hat. Das ist ein Grundprinzip unserer demokratisch rechtlichen Gesellschaftsordnung, der sich auch die osteuropäischen Länder unterworfen haben. Ich persönlich halte es für falsch, Menschen noch nach sechzig oder mehr Jahren bestrafen zu wollen. Aber ich erachte es als wichtig und richtig, in Erinnerung zu behalten, dass Verbrechen begangen worden sind, damit sie sich nicht wiederholen lassen. So, wie die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Vergessenheit geraten dürfen, müssen auch die Verbrechen an den Deutschen vor dem Vergessen bewahrt werden. Nur auf diese Weise kann es möglich sein, aus der Geschichte zu lernen. Die Gegenwart zeigt uns, dass Völkermorde nach wie vor stattfinden. Das kann nur deshalb geschehen, weil die Geschichte bis jetzt leider bewiesen hat, dass man Völkermorde begehen kann, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das Recht des Siegers – oder des Stärkeren – erlaubt es, die eigenen Untaten einer Beurteilung oder Verfolgung zu entziehen. Solange sich daran nichts ändert, wird es immer wieder vorkommen, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden, wenn eine Bestrafung oder zumindest eine Ächtung derselben nicht zu befürchten ist.

Deutschland kann hier einen ganz entscheidenden Beitrag leisten. Wenn Deutschland seinen Nationalmasochismus aufgibt und auf einer Aufklärung der Verbrechen an den Deutschen nach 1945 besteht, ist ein wichtiger Anfang gemacht, der auch Jahrzehnte nach den Delikten noch zu einer Zäsur der Befreiung von dem Stigma der Sprachlosigkeit und somit zu einer zutiefst menschenwürdigen Aufarbeitung führen wird. Es wäre ein Anfang in dem Sinne, dass die Welt endlich die Chance erhält zu verstehen, dass es keine Verbrechen geben kann, die auf Dauer versteckt bleiben. In diesem Zusammenhang irgendeine Bestrafung zu fordern, ist nicht sinnvoll, es reicht völlig aus, offen darüber zu reden. Dann wird offenkundig, dass es immer zweifelhaft sein muss, wenn sich wer auch immer das Recht moralischer Überlegenheit nimmt, um sein gewaltsames Vorgehen gegen Völker

und Politiker zu begründen. Jeder, der aggressiv-gewaltsam oder dulddend den Tod von Menschen verursacht, hat das Recht verwirkt, eine wie immer auch begründete moralische Überlegenheit für sich in Anspruch zu nehmen.

23. Imperium auf tönernen Füßen

«Wer die Wahrheit nicht kennt, ist nur ein Dummkopf. Wer sie aber kennt und eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher.» (Galileo Galilei)

Im Jahr 2007 – und 2014 nicht weniger – steht die Welt vor einer ähnlichen Situation wie hundert Jahre zuvor: Das mächtigste Imperium hat unüberwindliche wirtschaftliche Probleme und gleichzeitig die grösste Armee. Die USA sind abhängig von der Versorgung durch Importgüter und haben eine negative Aussenhandelsbilanz, die nahe an 1.000 Milliarden Dollar pro Jahr kommt. Das erinnert an die Situation Englands vor hundert Jahren, wobei es dem Inselstaat heute nicht viel besser geht. Auch in dieser Hinsicht steht England Seite an Seite mit den USA. Die Lage erscheint paradox: Die USA beherrschen mit ihrem Militär die ganze Welt, können aber ihre Rechnungen nicht begleichen. Die wirtschaftliche Situation der Vereinigten Staaten verdient daher eine genauere Betrachtung:

Die Schulden der USA gegenüber dem Ausland sind auf über 4.000 (2014: 16.000) Milliarden Dollar angewachsen. Diese irrationale Zahl muss man umrechnen, damit man sie auch nur annähernd begreifen kann. Wenn wir von insgesamt etwa 300 Millionen US-Bürgern ausgehen, heisst das, dass jeder Einwohner im Durchschnitt dem Ausland mehr als 10.000 Dollar schuldet (mit Stand 2014 hat sich diese Summe, siehe oben, bereits mehr als vervierfacht). Anders ausgedrückt, hat jeder Amerikaner Dinge im Wert von mehr als 10.000 Dollar (2014: mehr als 40.000 Dollar!) konsumiert, für die er nichts geleistet hat.

Betrachtet man das Aussenhandelsdefizit der USA, wird der Wahnsinn noch deutlicher: Im Jahr 2006 betrug es rund 800 Milliarden Dollar – bezogen auf jeden einzelnen Bürger macht das etwa 2.600 Dollar. Wenn man davon ausgeht, dass ungefähr 40% der Bevölkerung arbeiten, ergibt diese Rechnung 6.500 Dollar pro Arbeitnehmer. Das bedeutet, auf den Monat umgerechnet, dass jeder Arbeitnehmer in den USA Waren und Dienstleistungen für durchschnittlich 540 Dollar mehr konsumierte, als er an Arbeit geleistet hat. Das ist gewaltig! Bezogen auf ein durchschnittliches Monatseinkommen von rund

2.000 Dollar heisst das, dass etwa ein Viertel des Konsums in den USA nicht durch Arbeit gedeckt wird, die im eigenen Land geleistet worden ist. Die in dieser Rechnung auf das Jahr 2006 bezogene Situation hat sich in den Folgejahren fortgesetzt und bis heute nicht grundlegend geändert. Gegenwärtig zeigt die offizielle Schuldenstatistik, dass die USA jedem einzelnen Erdenbürger mehr als 2.000 Dollar schulden – 16.000 Milliarden Dollar geteilt durch 7 Milliarden Menschen. 2.000 Dollar sind zum Beispiel in Bangladesch ein Vermögen.

Hinzu kommt, dass es einige Güter gibt, die in den USA überhaupt nicht mehr hergestellt werden – Uhren und Unterwäsche zählen dazu. Generell ist festzustellen, dass Bekleidung und Verbrauchsgüter nahezu ausschliesslich importiert werden, die USA diesbezüglich also vollkommen abhängig sind von diesen Importen. Der einzige Sektor, auf dem die Handelsbilanz positiv abschneidet, betrifft die Lebensmittelindustrie, wo immerhin ein kleiner Überschuss produziert wird.

Der Verteidigungsetat der USA betrug im Jahr 2007 439 Milliarden Dollar. Die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten für das amerikanische Militär darf man wesentlich höher ansetzen, weil Subventionen für militärische Entwicklungsstätten in der genannten Zahl noch nicht mit eingerechnet sind. Ebenso fehlen der amerikanischen Wirtschaft die qualifizierten Arbeitskräfte, die zur Produktion von Waffen abgestellt sind. Man kann also sagen, dass die Aufwendungen der USA für ihr Militär in etwa ihrem Aussenhandelsdefizit entsprechen. Im Umkehrschluss heisst das, dass das Militär nicht von den USA selbst finanziert wird, sondern vom Rest der Welt. Damit das funktioniert, ist eine Kombination von Raffinesse und Dummheit zum Einsatz gekommen – Dummheit, die von Habgier getrieben wird.

Bis 1970 war die ökonomische Welt halbwegs in Ordnung. Das Weltwährungssystem, das 1944 in Bretton Woods geschaffen worden war, sicherte den USA mit ihrem Dollar als Leitwährung zwar einseitige Vorteile, zwang sie aber, für jeden Dollar mit Gold zu garantieren. Das heisst, der Dollar hatte einen realen Gegenwert. 1971 waren die Guthaben in Dollar ausserhalb der USA auf eine Grösse angewachsen, die den garantierten Wert des Goldvermögens der USA übertraf.

Daraufhin kündigten die USA kurzerhand ihr Versprechen, Dollar gegen Gold aufzuwiegen, was faktisch die Bankrotterklärung für das Weltwährungssystem und gleichzeitig Mitteilung der USA an die Welt war, dass sie ab sofort ihre Schulden nicht mehr begleichen werden. Bemerkenswerterweise wurde diese Tatsache von der Welt aber so nicht wahrgenommen – und sie wird bis heute verdrängt. Die Abkopplung des Dollar vom Gold bedeutete gleichzeitig auch das Ende der festen Wechselkurse. Seit jener Zeit lebt die Welt mit schwankenden Wechselkursen, welche den Bankhäusern unglaubliche Gewinne ermöglichen.

Nachdem auf die Abkopplung des Dollar vom Gold keine angemessene Reaktion vom Rest der Welt erfolgte, befand bzw. befindet sich die Welt in einer perversen Situation: Alle Vermögen in Dollar ausserhalb der USA bestehen weiter und wachsen weiter an. Jeder, der etwas davon versteht, ist sich im Klaren darüber, dass seine Dollar lediglich einen imaginären, einen virtuellen Wert darstellen – sie sind nur so lange etwas wert, wie das System am Funktionieren gehalten wird. Jeder, der Dollar besitzt, hat demnach ein Interesse daran, den Wert dieses Geldes zu erhalten. Und je mehr er hat, desto wichtiger wird der Werterhalt für ihn. Die Situation ist geradezu paradox: Damit die Wertlosigkeit des Dollar nicht offensichtlich wird, muss man noch mehr von dem wertlosen Papier anhäufen.

Betrachten wir die Situation realistisch: Status quo ist, die USA können ihre Schulden niemals bezahlen. Das heisst, ihr Geld, der Dollar, ist wertlos. Doch was passiert, wenn der Wert des Dollar ins Bodenlose fiel oder gar annulliert würde? Grundsätzlich nichts, ausser, dass die USA alles, was sie «auf Pump» gekauft haben, faktisch geschenkt bekommen haben. Ihre Schulden sind ja in Dollar notiert, und wenn dieser annulliert würde, wären gleichzeitig auch die Schulden annulliert – desgleichen alle Vermögen, die auf Dollar basieren.

Man muss erkennen, dass eine Entwertung des Dollar für die Welt keine Katastrophe bedeuten würde, die USA können ihre Schulden so oder so nicht mehr begleichen. Das ist die bittere Wahrheit und damit müssen wir leben. Für die USA hingegen würde es das Ende bedeuten – das Ende ihres Imperiums und das Ende des Wohlstands

auf Kosten anderer. Das amerikanische Imperium heute steht auf tönernen Füßen und ist angewiesen auf die Dummheit und die Habgier der Finanzwelt. Einen moralischen Grund für die Welt, die USA weiterhin zu unterstützen, gibt es nicht, denn, wie schon gesagt, das Land produziert genügend Lebensmittel zur Ernährung seiner Bevölkerung. Auch im schlimmsten Fall würde demzufolge niemand verhungern müssen. Was den Luxus dagegen angeht, würden auf die Amerikaner allerdings erhebliche Einschränkungen zukommen. Beispielsweise würde der verschwenderische Umgang mit importierter Energie ein Ende haben. (So gesehen, kann man für den Klimaschutz nichts Effektiveres tun, als den Dollar auf seinen realen Wert zu reduzieren.) Und schliesslich hätte auch die Omnipräsenz des amerikanischen Militärs ein Ende, weil es sich die USA einfach nicht mehr leisten könnten, überall auf der Welt Krieg zu führen.

Ökonomen führen gern an, dass eine Reduzierung der Exporte in die USA zum Verlust von Arbeitsplätzen bei uns führen würde. Das ist möglich, aber auch hier sollte man genau hinsehen. Der Handel mit den USA beträgt keine 10% des gesamten Volumens für Europa, und aufgrund der negativen Handelsbilanz erhalten wir ohnehin nur wertlose Dollar für unsere Arbeit. Wenn wir also für den Export in die USA arbeiten, arbeiten wir für nichts. Gesamtwirtschaftlich gesehen, können wir die Arbeitsleistung in Deutschland in Höhe des Aussenhandelsüberschusses reduzieren, ohne dadurch den geringsten Mangel zu erleiden. Dieser Überschuss wird in Deutschland nicht verbraucht und kann deswegen auch bei uns nicht fehlen.

Die Machthaber in den USA sind sich ihrer prekären Lage sehr wohl bewusst, deshalb läuft ihre Propagandamaschine auf Hochtouren. Sie müssen der ganzen Welt «einhämmern», dass diese ohne ihren Schutz nicht existieren könnte, und schaffen zu diesem Zweck immer neue Bedrohungsszenarien. Der aktuelle Feind ist der Islam, dabei kann man ohne Weiteres davon ausgehen, dass diese Bedrohung ausschliesslich die Folge der amerikanischen Politik ist.

Die reichen Amerikaner sorgen für den Fall des Zusammenbruchs ihrer Währung vor, indem sie in grossem Stil werthaltige Güter in der ganzen Welt aufkaufen – besonders in Deutschland erwerben sie Im-

mobilien und Aktien. Wenn durch einen Sturz des Dollar die Verhältnisse in den USA schlechter werden sollten, werden sie aus ihren Besitztümern in Europa weiterhin ein ordentliches Einkommen erzielen können und damit ihren internen Status sicherstellen. Je schlechter der Dollar steht, desto mehr werden die Renditen aus Europa wert sein. Den kleinen Bürger aber, der diese Möglichkeit nicht hat, wird die volle Härte der verfehlten amerikanischen Politik treffen.

Die Welt muss zurückfinden zu einer vernünftigen Ökonomie, die es nicht mehr zulässt, dass unausgeglichene Handelsbilanzen über Jahre ignoriert werden. Die Geschichte hat gezeigt, dass diese Möglichkeit dazu verführt, eigene wirtschaftliche Probleme militärisch lösen zu wollen. Auch England hat vor hundert Jahren versucht, seine wirtschaftlichen Probleme durch die Eroberung rohstoffreicher Länder zu lösen. Dem ging ebenfalls eine jahrelange negative Handelsbilanz voraus. Wenn die Welt eines Tages nicht mehr akzeptiert, dass negative Handelsbilanzen einfach mit (wertlosem) Geld ausgeglichen werden, werden die USA und England die allergrössten Probleme bekommen. Das bisher betriebene System steht auf tönernen Füßen und kann früher oder später nur zum Untergang führen.

24. Helgoland

Nach 1945 hatten die Menschen in Deutschland andere Sorgen, als sich um die winzige Insel Helgoland zu kümmern, und so sind die Vorgänge um Helgoland weitgehend in Vergessenheit geraten. Sie verdienen es jedoch, gewürdigt zu werden, denn sie legen Zeugnis ab vom skrupellosen Umgang der Engländer mit Menschen und deren Heimat, die sie zu Feinden erklärt haben.

Der Zweite Weltkrieg war am 8. Mai 1945 zu Ende, am 11. Mai besetzten die Engländer Helgoland. Nach Aussagen der an dieser Aktion beteiligten Soldaten war niemandem so recht klar, welchem Zweck das dienen sollte. In der Folge wurden alle Einwohner Helgolands von der Insel verwiesen und deportiert. Ihr Hab und Gut mussten sie zurücklassen, welches die englischen Besatzer nach eigenen Aussagen anschliessend rücksichtslos plünderten. Eine moralische Rechtfertigung für ihre Diebstähle leiteten die Besatzer aus der unter ihnen verbreiteten Information ab, es werde sowieso alles gesprengt. Die vertriebenen Helgoländer, verteilt auf mehr als einhundert verschiedene Orte in Norddeutschland, mussten grosse Not leiden. Nicht einmal warme Kleidung für den nächsten Winter hatte man ihnen gestattet mitzunehmen.

Es gab keinerlei rationale Begründung für die Vertreibung der Einwohner Helgolands – und erst recht keinen Grund, sie auch noch ihres Eigentums und ihrer Bekleidung zu berauben. Der Krieg war zu Ende, und die Humanität hätte es gefordert, den Vertriebenen wenigstens zu gestatten, einen Teil ihrer Habe zu retten. Die Räumung der Insel war an keinerlei Fristen gebunden und wurde von England nach eigenem Gutdünken gestaltet. Dementsprechend führten die Engländer Helgoland auch nicht einer vernünftigen neuen Verwendung zu, sondern liessen die Insel als menschenleere, bombenverwüstete ödnis zurück.

1947 sollten die Bunkeranlagen gesprengt werden. Zu diesem Zweck wurden zusätzlich zu dem dort gelagerten Sprengstoff weitere Mengen explosiven Materials auf die Insel gebracht. In den Bunkern wurde die grösste Menge an Sprengstoff aufgehäuft, die jemals auf einmal zur Explosion gebracht werden sollte. Das war ein Experiment mit ungewissem Ausgang, denn es gab keine Erfahrungen mit einer Explosion dieser Grössenordnung. Sicherheitshalber wurden alle

Schiffe vor der Zündung weiter als zwölf Meilen von der Insel entfernt, denn Experten wollten nicht ausschliessen, dass Helgoland durch diese Explosion komplett vom Antlitz der Erde verschwinden würde. Das ist glücklicherweise nicht geschehen, doch die Explosion war gewaltig und die Rauchsäule stieg mehr als 3.000 Meter in den Himmel.

Helgoland war von den Engländern nicht annektiert worden, sondern gehörte völkerrechtlich nach wie vor zu Deutschland. England hat also in Friedenszeiten die völlige Auslöschung eines Teils von Deutschland billigend in Kauf genommen. Allein das widersprach gültigem Völkerrecht. Nachdem England für das geräumte Helgoland keine vernünftige Verwendung hatte, gab es die Insel als Übungsziel für seine Luftwaffe frei. Tausende Tonnen von Bomben wurden auf die ohnehin schon verwüstete Insel abgeworfen. Das ging bis 1952. Und hier wird es äusserst pikant: Im Jahr 1949 erfolgte die Gründung der BRD, und Helgoland gehörte, den Gründungsverträgen entsprechend, zum Gebiet der BRD. Das bedeutet, dass die Engländer in Friedenszeiten Bomben auf deutsches Staatsgebiet warfen.

Bereits 1949 hat Konrad Adenauer mit einstimmiger Unterstützung des Bundestages persönlich gegen die andauernde Bombardierung Helgolands protestiert. Ebenso wurde die Rückkehr der Helgoländer in ihre Heimat gefordert bzw. was davon noch übriggeblieben war. Es stand kein einziges Haus mehr, allein der Flakturm war einigermaßen unzerstört. Über all die Proteste haben sich die Engländer skrupellos hinweggesetzt und weiterhin Bomben auf deutsches Gebiet abgeworfen. Erst 1950 haben es zwei Studenten aus Heidelberg gewagt, Helgoland illegal friedlich zu besetzen. Sie hatten die Unterstützung der Presse, wurden aber von den Engländern unter Androhung von Gewalt wieder von der Insel verwiesen.

Diese mutige und etwas spektakuläre Aktion der Studenten wurde von der englischen Öffentlichkeit wahrgenommen. Auch auf nachfolgende Aktionen, mit dann schon zwanzig Teilnehmern, wurde sie aufmerksam. Die englische Öffentlichkeit erzeugte Druck auf die Regierung, dieses offensichtlich völkerrechtswidrige Tun einzustellen. Dem Druck der eigenen Bevölkerung schliesslich folgend, beendete England seine Bombardierungen deutschen Bodens offiziell am 1. März

1952. Nach sieben Jahren konnten die Helgoländer in ihre rest- und sinnlos zerstörte Heimat zurückkehren und einen Wiederaufbau unter schwierigsten Bedingungen und grossen Entbehrungen beginnen. Für Menschen des 21. Jahrhunderts ist es kaum vorstellbar, unter welch katastrophalen Umständen die Helgoländer anfangs leben mussten. Dass sie das auf sich genommen haben, ist ein weiterer Beweis dafür, welchen Stellenwert die Heimat im Leben von Menschen hat, und was man ihnen antut, wenn man sie aus ihrer Heimat vertreibt. Die Vorgänge um Helgoland sind zudem auch ein Beleg dafür, dass die Regierung in London, obwohl sie die Mehrheit des englischen Volkes gegen sich hatte, erst dann im Sinne der selbst postulierten Humanität tätig wurde, als sich dieser Widerspruch gegen die offensichtlichen Völkerrechtsverletzungen massiv im eigenen Volk artikulierte.

25. Die deutsche Sprache

«Ein geistigeres und innigeres Element als die Sprache hat ein Volk nicht. Will ein Volk also nicht verlieren, wodurch es ein Volk ist, will es seine Art mit allen seinen Eigentümlichkeiten bewahren, so hat es auf nichts mehr zu achten, als dass ihm seine Sprache nicht verdorben und zerstört werde.» (Ernst Moritz Arndt)

Das wesentliche Merkmal einer jeden Nation ist ihre Sprache. Gerade in Deutschland wird das besonders deutlich, weil die physische Erscheinung der Menschen, die in Deutschland leben, alles andere als einheitlich ist. Das sie alle verbindende Element ist die deutsche Sprache. Das Selbstverständnis, ein Deutscher zu sein, ist verbunden mit der Selbstverständlichkeit, die deutsche Sprache vorrangig zu gebrauchen. Darüber hinaus werden die Identität und das Selbstverständnis bestimmt von Sitten und Gebräuchen, von Wertbeschreibungen und Überlieferungen, welche alle an die Sprache gebunden sind. Von alters her war es immer das Bestreben von Eroberern, den Besitz eroberten Landes durch die Einführung der eigenen Sprache zu besiegeln. Ein Land hat erst dann neue Eigentümer und eine neue Identität, wenn die Sprache der Einwohner eine andere geworden ist. Bis dahin wird die neue Herrschaft immer ein Fremdkörper bleiben.

Natürlich gab und gibt es Gegenden, in denen mit grosser Selbstverständlichkeit mehrere Sprachen nebeneinander existierten, was den grundsätzlichen Willen zu einer friedlichen Koexistenz dokumentiert. Mit dem Erlernen und dem Gebrauch einer fremden Sprache – also einer Sprache, die nicht die Muttersprache ist – erweist man einer fremden Kultur grundsätzlich Respekt. Das ist die Voraussetzung für ein friedlich-freundliches Miteinander. Südtirol ist hier ein gutes Beispiel.

Nachdem Südtirol infolge des Ersten Weltkrieges Italien zugesprochen wurde, versuchten die Italiener zunächst, die deutsche Sprache zu verbieten. Das führte zur Ablehnung alles Italienischen bis hin zu Gewaltausbrüchen. Erst als Italien den Gebrauch des Deutschen in Südtirol neben dem Italienischen als gleichwertig anerkannte, konnte Frieden in der Region einkehren. Der erlangte Autonomiestatus ge-

stattete es den deutschen Südtirolern, ihr Selbstverständnis vollständig zurückzugewinnen. Der Status quo in Südtirol ist, dass das «deutsche Element» und der italienische Einfluss zu einer wunderbaren Symbiose gefunden haben, die sich nicht nur in der Küche zeigt. Die unbedingte Voraussetzung dafür war, dass der Sprache, und damit der Identität der Menschen, angemessener Respekt gezollt wurde.

Mit der rigorosen «Säuberung» der deutschen Ostgebiete vom «deutschen Element» sind dagegen jene Regionen auch von der deutschen Sprache «gereinigt» worden. Damit sind diese Gebiete nicht nur völkerrechtlich, sondern auch emotional für immer für Deutschland verloren. Jeder Deutsche, der heute in der Heimat seiner Vorfahren leben wollte, würde sich damit abfinden müssen, ein (sprachlicher) Fremdkörper zu sein. Wäre dem nicht so, könnte man sich durchaus vorstellen, dass der eine oder andere Bundesbürger Gefallen daran finden könnte, sich beispielsweise in Ostpreussen oder im Sudetenland niederzulassen. Abgesehen von den Realitäten, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf territorialer Ebene geschaffen wurden, ist in den ehemaligen Ostgebieten eben noch weit mehr passiert. Die deutschen Dialekte, die dort gesprochen wurden, sind vollkommen ausgelöscht und mit ihnen die Identität und Kultur der Vertriebenen. Das ist der perfekte Völkermord! Ausser in Museen oder in mühsam aufrechterhaltenen Traditionsvereinen ist von der deutschen Identität dieser Regionen nichts übriggeblieben. Damit ist das Ziel erreicht, Deutschland territorial auf Dauer zu verkleinern und zumindest einen Teil seiner Kultur für immer vom Erdboden zu tilgen.

Doch das ist noch lange nicht alles. Bis 1945 war die deutsche Sprache in weiten Bereichen der Wissenschaft dominant. Das lag ganz einfach daran, dass die deutsche Wissenschaft auf vielen Gebieten führend war. Das ist sie zwar noch immer, nur mit dem Unterschied, dass das sprachlich nicht mehr erkennbar ist – auch die deutsche Wissenschaft ist heute von der englischen Sprache dominiert. Für diese Entwicklung sind mehrere Faktoren verantwortlich. Die vielen deutschen Wissenschaftler, die nach 1945 in die USA abgezogen wurden, haben dort ihre Arbeit fortgeführt und die Ergebnisse natür-

lich in englischer Sprache publiziert. Obwohl die amerikanische Raumfahrt im Grunde genommen eine deutsche ist, sind Begrifflichkeiten für neue Entwicklungen und Erfindungen nur noch auf Englisch dokumentiert.

Das den Deutschen überzeugend vermittelte Bewusstsein, allein am Elend des 20. Jahrhunderts schuld zu sein, verbot ihnen scheinbar jeglichen Stolz auf ihre Herkunft – den Verzicht auf einen offensiven Gebrauch der Muttersprache eingeschlossen. Damit einhergehend, musste die deutsche Kultur mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen Kontinuitätsbruch verkraften. «Deutsche Werte» sind nunmehr durchweg negativ vorbelastet und werden durch «bessere» – anglistische – ersetzt. In Wirklichkeit sind diese gar nicht besser, sie werden jedoch (als) besser verkauft.

Die deutsche Sprache ist der englischen deutlich überlegen. Ich habe mit sehr vielen Holländern zusammengearbeitet, die sowohl Englisch als auch Deutsch sprachen. Mehr als einmal durfte ich ihre Meinung über die verschiedenen Sprachen hören, und die war einhellig. Wenn sie besonderen Wert auf eine präzise Ausdrucksweise legten, wenn es ihnen darauf ankam, eine komplexe Aussage absolut unmissverständlich zu formulieren, dann war Deutsch die Sprache ihrer Wahl. Sie meinten sogar, dass sie sich im Holländischen nicht mit derselben Präzision ausdrücken könnten, obwohl das ihre Muttersprache war.

Die Sprache ist ein wesentlicher Faktor nicht nur für die Entwicklung einer Identität, sondern auch für die Entwicklung von Intelligenz. Je komplexer eine Sprache ist, die ein Kleinkind als Erstes erlernen muss, desto mehr Synapsenverbindungen wird sein Gehirn bilden. Eine hohe Komplexität der möglichen Synapsenverbindungen wiederum erleichtert es dem Kind in Zukunft, komplexe Gedankengänge zu erfassen – das ist wissenschaftliches Allgemeingut. Deutsch ist eine ziemlich komplexe Sprache, und so ist es nicht verwunderlich, dass ein überdurchschnittlicher Anteil der technischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts seinen Ursprung im deutschsprachigen Raum findet. So dürfen die Deutschen zumindest auf ihre Sprache stolz sein, und damit müssen sie auch stolz auf ihre Kultur sein.

Betrachtet man die Komplexität der einzelnen Sprachen, so stehen das Russische und das Japanische mit dem Deutschen in etwa auf gleichem Niveau, was seine Entsprechung auch in der Anzahl von Patentanmeldungen findet, obwohl das auf den ersten Blick nicht so deutlich ist. Hier muss man ein wenig werten, ehe das Ganze schlüssig wird. Deutschland, Japan und die USA stehen etwa gleichauf in der Anzahl der angemeldeten Patente. Russland taucht in den Statistiken zwar nicht auf, doch man kann die Erfolge der russischen Raumfahrttechnologie als Beweis dafür nehmen, dass die russische Wissenschaft sogar unter widrigen Bedingungen in der Lage ist, Bahnbrechendes zu leisten. Die Patentanmeldungen in den USA sind zu relativieren: Ein erheblicher Anteil geht zurück auf Wissenschaftler, die nicht aus den USA stammen und auch nicht Englisch als Muttersprache haben. Sie leisten ihre wissenschaftliche Arbeit nur deshalb in und für die USA, weil diese geschickt genug sind, den Wissenschaftlern aus aller Welt erstklassige Arbeitsbedingungen zu bieten. Ausserdem muss man in der Relation die schiere Grösse der Bevölkerung berücksichtigen.

Wenn man Europa allein betrachtet, wird die Dominanz der deutschen Wissenschaft erdrückend. Weder England noch Frankreich können auch nur ein Drittel der deutschen Patentanmeldungen erreichen, Italien liegt noch einmal um die Hälfte darunter. Interessant sind dagegen die Schweiz, Österreich, Holland, Finnland und Skandinavien. Auf die Bevölkerungsanzahl umgerechnet, erreichen diese Länder eine ähnlich hohe Quote wie Deutschland. Die Sprachen dieser Länder sind komplexer als Englisch, und oft wird dort frühzeitig eine Mehrsprachigkeit gefördert, was sich positiv auf die Bearbeitung komplexer Gedanken auswirkt.

Nach meinem Dafürhalten ist nicht irgendeine ethnische Herkunft für die Fähigkeiten von Menschen verantwortlich, sondern vielmehr das sprachliche Umfeld, in dem sie sich entwickeln. Die deutsche Sprache verlangt von ihrem Benutzer Disziplin. Er muss die komplexen Regeln der Grammatik respektieren und anwenden können, wenn er verstanden werden will. Die Sprache ist der Träger einer Identität, wodurch es logisch erscheint, dass Menschen, die im deutschen Sprachraum ihre Entwicklung erfahren haben, eine grössere Neigung zu Disziplin und Ordnung haben. Das hat nichts zu tun mit

Ethnie, es ist allein die Sprache, die das Selbstverständnis bedingt, sog. «deutsche Tugenden» zu leben.

In diesem Sinne muss man die Versuche bewerten, die deutsche Sprache zu vereinfachen. So, wie es gelungen ist, einen Teil der deutschen Sprachkultur sowie einen Teil des deutschen Sprachraums für immer auszulöschen, wird durch zunehmende Anglizismen im allgemeinen Sprachgebrauch der Versuch unternommen, einen weiteren Teil deutscher Identität zu verändern. Hinzu kommt die fragwürdige Reform der deutschen Rechtschreibung, die ein sprachliches Chaos geschaffen hat, in dem es kaum noch irgendeinen Menschen gibt, der sich der aktuellen Regeln wirklich sicher ist. Es ist sogar zulässig, sich auf unterschiedliche Regeln zu berufen. Das erscheint auf den ersten Blick nicht so wichtig, tatsächlich ist es aber so, dass mit dieser Beliebigkeit in der Sprache ein wesentlicher Teil der deutschen Identität vernichtet wird. Wir haben Abschied nehmen müssen von Klarheit und traditioneller Disziplin. Verändert man die Sprache eines Volkes, verändert man seine Identität; und wenn man die Identität eines Volkes verändert, löscht man einen Teil seiner Seele aus – Völkermord auf Raten. In diesem Fall handelt es sich um Selbstmord, der in der Tradition des deutschen Nationalmasochismus steht.

Bei Tieren und Pflanzen gibt es aus gutem Grund einen Artenschutz. Der Verlust jeder Art macht die Welt ärmer und ist unwiederbringlich – bei den Sprachen ist es nicht anders. Die deutsche Sprache hat der Welt viele Kulturgüter geschenkt, die allgemein anerkannt und geschätzt sind. Es gibt also viele Gründe, auf die Zugehörigkeit zur deutschen Sprachgruppe stolz zu sein, denn man ist Erbe der damit verbundenen Kulturleistungen. Und es ist einfach nicht richtig, wenn Menschen politisch in die «rechte Ecke» gestellt werden, nur weil sie dazu auffordern, sich aufrecht und selbstbewusst zum deutschen Erbe zu bekennen.

Die Doktrin der deutschen Alleinschuld ist das Instrument, den Deutschen ein gesundes Nationalbewusstsein zu verwehren. Das bedingt wiederum einen rezessiven Umgang mit der deutschen Sprache, der eine zunehmende Anglizifizierung fördert. Ob diese Tendenz tatsächlich wünschenswert ist, halte ich angesichts der aktuellen Weltpolitik des angloamerikanischen Machtbereichs für mehr als fraglich.

Deutschland hat nach 1945 ein Wirtschaftswunder erarbeitet, welches die gesamte Welt in Erstaunen versetzt hat. Entgegen allen Erwartungen war Deutschland in kürzester Zeit wieder die Wirtschaftsmacht Nummer eins in Europa. Ich denke, es ist auch ein Verdienst der deutschen Sprache, die den Menschen diese Leistungsfähigkeit ermöglichte. Schon allein deswegen dürfen wir stolz auf unsere Sprache sein, und wir haben die Verpflichtung, sie auch in Zukunft zu pflegen. Mit dem Englischen ist es wie mit Microsoft: Minderwertiger Standard wird weltweit verbreitet mit der Macht medialer Propaganda sowie der Übermacht der schieren Masse. Man sollte sich dessen bewusst werden, dass die englische Sprache aus der Sicht einiger Sprachwissenschaftler lediglich ein degenerierter deutscher Dialekt ist (Ursprung: Indoeuropäisch → Germanisch → Westgermanisch). Degeneriert deshalb, weil er die Komplexität und die Genauigkeit des Deutschen (Germanischen → Althochdeutschen) im Verlauf seiner Sprachentwicklungsgeschichte – beginnend im 5. Jahrhundert mit dem Altenglischen – mehr und mehr abgelegt hat.

26. Wer einmal lügt...

«In Kriegszeiten ist die Wahrheit so wertvoll, dass sie immer von einer Lüge als Leibwächter begleitet werden sollte.»

(Winston Churchill, 1945)

In der jüngeren Vergangenheit sind die USA und England einiger Lügen überführt worden. Sie haben sowohl gemeinsam gelogen als es auch einzeln getan. Sie haben nachweislich vorsätzlich gelogen, um Kriege gegen Länder zu rechtfertigen, welche ihren eigenen politischen Zielen im Weg standen. Mit den Kriegen, die auf ihre Lügen folgten, haben sie nicht nur den Tod der eigenen Soldaten billigend in Kauf genommen, sondern zudem auch den Tod von Hunderttausenden von Zivilisten verursacht. Das sind Fakten, die der Weltöffentlichkeit bekannt sind und die unumstösslich feststehen.

«Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht...», lautet ein deutsches Sprichwort, dementsprechend muss man alles überprüfen, was ein ertappter Lügner behauptet hat – insbesondere dann, wenn er bereits als notorischer Lügner entlarvt wurde. Das ist mit England und den USA der Fall, zumindest was die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts anbelangt. Warum also sollte es in der ersten Hälfte anders gewesen sein? Selbst wenn man zunächst einmal die Unschuldsvermutung gelten lassen darf, so muss man doch wenigstens die Darstellung des notorischen Lügners einer kritischen Überprüfung unterwerfen. Und: Auch die vorsätzliche Unterdrückung der Wahrheit ist eine Lüge im weiteren Sinn, ebenso wie die Verschleierung der eigenen Motive.

Nun wird gern argumentiert, dass es die reine Wahrheit nicht gibt. Das lasse ich so einfach nicht gelten. Natürlich gibt es eine reine Wahrheit, sie ist nur nicht so leicht zu erkennen. Die Behauptung, es gäbe sie nicht, halte ich für eine Schutzbehauptung für Lügner. Sie wollen sich mit diesem Argument der Pflicht entziehen, wirklich alle Tatsachen vorbehaltlos offenzulegen, und damit dient es letztendlich der Verschleierung. Aber es gibt eine Prüfung für die Wahrheit, wie Galileo Galilei so genial erkannt und formuliert hat:

Zwei Wahrheiten können sich niemals widersprechen. Das bedeutet, solange eine Darstellung im Widerspruch zu einer anderen steht und solange beide scheinbar unumstössliche Fakten beinhalten, können beide nicht die volle Wahrheit sein. Unser Leben, die ganze Welt, ist voll von Widersprüchen. Wir müssen uns mit dem Wissen abfinden, dass wir möglicherweise nirgends die reine Wahrheit finden können, obwohl es sie geben muss. Demzufolge ist es unzulässig, wenn jemand für sich den Anspruch auf die «ganze Wahrheit» reklamiert, insbesondere dann, wenn dieser Anspruch obendrein durch Strafandrohung vor Widerspruch geschützt wird. Eine solche Vorgehensweise lässt die Vermutung zu, dass man sich sehr wohl bewusst ist, eben nicht die ganze Wahrheit zu propagieren. Wer sich sicher ist, nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit zu vertreten, der wird eine offene Diskussion nicht scheuen. Im Gegenteil wird derjenige, der Interesse an der Wahrheitsfindung hat, jede Gelegenheit wahrnehmen wollen, das eigene Verständnis «seiner» Wahrheit zu überprüfen. Wer sich dem nicht stellt, muss sich vorhalten lassen, bewusste Lügen zu schützen.

Lügen haben eine unangenehme Eigendynamik: Eine Lüge kann selten allein bleiben, in den allermeisten Fällen muss eine Lüge mit einer weiteren Lüge vor Entlarvung geschützt werden. Auf diese Weise verstrickt sich ein Lügner immer tiefer in sein Lügengebilde und kann nicht mehr heraus, ohne sein Gesicht dabei zu verlieren. Der natürliche Feind der Lüge ist die Wahrheit, also wird der Lügner die Wahrheit verschleiern und bekämpfen müssen, um nicht als Lügner erkannt zu werden. Nun ist jedoch «nichts so fein gesponnen», als dass es nicht wird kommen «ans Licht der Sonnen», wie es in einem deutschen Sprichwort so schön heisst. Wenn dann allerdings auch weiterhin noch auf der Lüge beharrt wird, entsteht ein äusserst unangenehmer Zustand: Beide Seiten, sowohl der Lügner wie auch der Belogene, wissen um die Lüge, sie können aber nicht abklären, welches Ausmass diese denn nun hat. Besonders der Belogene ist auf Spekulationen angewiesen, da er nicht unterscheiden kann, wo die Wahrheit endet und die Lüge anfängt. In jedem Fall wird er ein gestörtes Verhältnis zum Lügner haben. Der einzige Weg, diesen Zustand zu verändern bzw. zu verbessern, ist das möglichst lückenlose Eingestehen auch unbequemer Wahrheiten.

Der Lügner steht dann allerdings in der unangenehmen Position, seine nunmehrige Version der Wahrheit einer besonders genauen Überprüfung zu unterwerfen.

Natürlich ist es nur in seltensten Fällen so, dass einzig einer allein gelogen hat, das gilt insbesondere in der Politik mit ihren vielen undurchsichtigen Verpflichtungsgeflechten. Wenn aber jemand mit dem Recht des Stärkeren, dem Recht des Siegers, seine Lügen zur Wahrheit erklärt, wird es geradezu abstoßend unanständig, vor allem deswegen, weil er – wiederum mit dem Recht des Siegers – dafür sorgen muss, mit allen Mitteln die Wahrheit zu seinen eigenen Gunsten zurechtzubiegen. Er wird versuchen, diesem Vorgang den Deckmantel der Gerechtigkeit überzustreifen, doch, wie bereits erwähnt, ist auch das vorsätzliche Unterdrücken der Wahrheit eine Lüge. In diesem Sinne muss man einen Blick auf die Nürnberger Prozesse werfen.

Um hier jedem falschen Eindruck vorzubeugen, stelle ich vorab unmissverständlich fest: Ich bin sehr froh, in einem Deutschland leben zu dürfen, das von Naziterror und Diktatur befreit ist. Ich finde es richtig und absolut notwendig, dass alle, ohne Ansehen der Person und Funktion, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, sei es aktiv oder durch Unterlassung, einer gerechten Bestrafung zugeführt werden, besonders dann, wenn es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt. Genau das hat allerdings in Nürnberg nicht stattgefunden.

Bereits vor Beginn der Nürnberger Prozesse wurde genauestens selektiert. Einige Personen, die sich zweifelsfrei schuldig gemacht hatten, wurden vorab von Strafverfolgung ausgenommen – Personen, die aufgrund ihres Wissens oder Könnens für die Alliierten wertvoll waren! Das prominenteste Beispiel sind hier Wernher von Braun und seine etwa 125 Mitarbeiter, deren Fähigkeiten die USA für das eigene Raketenprogramm dringend benötigten. Sie haben in diesen Fällen nicht nur darüber hinweggesehen, ob eine Zugehörigkeit zur NSDAP oder gar zur SS bestanden hat, sondern sie haben sogar die Akten der Betroffenen «gesäubert». Sämtliches belastende Material, das diesen Personenkreis mit den Verbrechen der Nazis in Verbindung hätte bringen können, haben die Amerikaner vernichtet – und nicht nur ihr eigenes Material, auch die deutschen Akten wurden gesäubert.

Eine Aufzählung aller Personen, die dieses Privileg geniessen durften, ist nicht möglich – Stichwort «Geheimhaltung». Dabei erinnere ich daran, dass Geheimhaltung immer bedeutet, dass man bewusst etwas tut, was nicht wirklich rechtmässig sein kann.

Ihre Unschuld hatten die Nürnberger Prozesse von Anfang an verloren, weil bereits vor Beginn der Verhandlungen selektive Freisprüche ergangen sind – Freisprüche, die dadurch entstanden sind, dass manche Verbrecher wider besseres Wissen gar nicht erst angeklagt wurden. Das wäre entschuldbar, wenn es nicht vorsätzlich und vor allem nicht zur eigenen Vorteilsnahme geschehen wäre. Genau das aber war der Fall.

Der Verlauf der Nürnberger Prozesse insgesamt war alles andere als rechtsstaatlich und in keiner Weise dazu geeignet, der Wahrheitsfindung zu dienen. Die Zusammensetzung des Gerichts entsprach nicht rechtsstaatlichen Prinzipien, das Gericht selbst war Partei. Dementsprechend war dann auch die Qualität der Verhandlungen: eine einzige grosse Propagandaveranstaltung.

Beweismaterial, das zu Verurteilungen führte, war teilweise entstanden, weil Zeugen unter Folter zu «Geständnissen» erpresst worden waren. Das wird selbstverständlich geaugnet und man möchte es kaum glauben, aber derartige Methoden haben in den USA Tradition, und die amerikanische Literatur beschreibt eine Fülle von Misshandlungen und Folter, der Verdächtige vonseiten der Exekutive ausgesetzt waren und sind. Die Vorgänge in Abu Gureib im Irak sind nur ein Beispiel aus jüngster Zeit für ein derartiges Verhalten der Amerikaner, und auch der Umgang mit den Gefangenen in Guantanamo kann nur als jahrelange Folter bezeichnet werden.

Ich selbst habe Berichte von Betroffenen gehört, die von den Amerikanern nach dem Krieg gefoltert worden sind. Das Spektrum der Foltern reichte von Hungerfolter bis zu Verletzungen, die dauerhafte Schäden hinterliessen. Der Tod der Gefolterten wurde billigend in Kauf genommen oder sogar vorsätzlich herbeigeführt, um die Zeugen des schlimmsten Treibens für immer zu beseitigen. Dabei wurden auch Experimente an Menschen durchgeführt. So wurde mir von einem Betroffenen berichtet, dass man den Gefangenen die Nahrung entzog, nur um festzustellen, wann Hungerödeme auftreten und wie

diese aussehen. Die prominenten Gefangenen, die in den Nürnberger Prozessen vorgeführt wurden, hatte man selbstverständlich nicht den Prozeduren körperlicher Folter ausgesetzt.

Beweismaterial, das zur Entlastung Angeklagter dienen konnte, wurde in Nürnberg oftmals nicht zugelassen – Material, das ein schlechtes Licht auf die Alliierten hätte werfen können, grundsätzlich nicht. Die Anklage beinhaltete Verbrechen, deren sich die Ankläger selbst ebenso schuldig gemacht hatten. Dieser Umstand erscheint vor allem dann fragwürdig, wenn die Ankläger eine Verurteilung der eigenen Leute für das gleiche Verbrechen von vornherein ausschliessen. In diesem Fall wird eine Siegerjustiz daraus, die jeglicher Objektivität entbehrt. Dementsprechend stand das Ergebnis der einzelnen Verhandlungen bereits von vornherein fest. Die Nürnberger Prozesse sind damit ohne Weiteres vergleichbar mit den kommunistischen Schauprozessen der Stalin-Ära, die wir zu Recht so verabscheuen. Dennoch werden immer und immer wieder die Ergebnisse der Nürnberger Prozesse speziell dazu herangezogen, die deutsche Alleinschuld an den Verbrechen des 20. Jahrhunderts zu «beweisen».

Nun wissen wir heute, mit welchen Methoden der Lüge und Desinformation die USA mit England an der Seite versucht haben, eine Legitimation für ihren Überfall auf den Irak zu erhalten. Sie haben sich nicht gescheut, die ganze Welt vor der UNO zu belügen. Letztlich ist ihr gesamtes Lügengebilde an der Wahrheit zerbrochen – doch was sind die Konsequenzen? Überhaupt keine! Die UNO, die ganze Welt hätte aufschreien und fordern müssen, dass die USA ihr Unrecht wiedergutmachen. Nichts dergleichen ist geschehen, nicht einmal eine formelle Verurteilung des Vorgehens der USA wurde in der UNO in Erwägung gezogen. Im Gegenteil, die USA dürfen weiterhin Sanktionen und Embargos fordern gegen Länder, deren Politik ihnen nicht genehm ist. Dabei wäre es durchaus an der Zeit, die USA und ihre willigen Helfer selbst mit einem Embargo zu bestrafen. Nun existiert die Auffassung, man könne Amerika mit einem Embargo nicht bestrafen, weil es eine so reiche Nation sei. Das ist falsch! In Wirklichkeit sind die USA das Land, das durch ein Embargo am empfindlichsten getroffen würde, eben weil sie in so vielen Bereichen vollständig ab-

hängig von Importen sind. Doch wer will schon jemandem drohen, der einen grösseren Revolver hat als man selbst? Und so können sich die USA auch weiterhin über Recht und Gesetz hinwegsetzen.

Ich denke, die Arroganz der USA hat vor allem darin ihren Ursprung, dass es den Nachfahren der englischen Autokraten bisher immer gelungen ist, die Geschichtsschreibung im Sinne ihrer eigenen geopolitischen Globalstrategie zu fälschen. Dabei können sie für ihr Tun überdies noch den moralischen Anspruch erheben, für das Gute zu kämpfen, weil ihre Finanzinstrumente jeden belohnen, der das mit propagiert. Vor allem für ihre eigene Bevölkerung ist das von Bedeutung, denn auch die zahlt die Zeche für die tatsächliche Misswirtschaft – und muss dennoch zustimmen.

Bei vielen Amerikanern ist durchaus das Bewusstsein vorhanden, dass die Politik ihres Landes von Lügen bestimmt ist, doch es fehlt der entscheidende Impuls, die Mehrheit zum Aufbegehren zu bringen. Das Fundament des amerikanischen Bewusstseins ist vom Eindruck des Zweiten Weltkrieges geprägt. Damals wurde aller Welt «bewiesen», dass die USA zum Wohle der gesamten Menschheit mit ihren Waffen Gerechtigkeit schaffen und zweifellos selbst vollkommen integer gehandelt haben. Deswegen ist es unbedingt notwendig, gerade bezüglich der beiden Weltkriege die Rolle der USA und Englands vorbehaltlos aufzuarbeiten. Es ist immens wichtig zu erkennen, dass nicht erst im Zusammenhang mit dem Tonkin-Zwischenfall, der Iran-Contra-Affäre, den beiden Irakkriegen etc., wo es nicht zu leugnen ist, gelogen wurde, sondern schon wesentlich früher. Nur dadurch wird es möglich werden, der angloamerikanischen Selbstgerechtigkeit Einhalt zu gebieten. Wer einmal der Lüge überführt ist, dem sollte man tatsächlich nicht mehr alles einfach so glauben.

In diesem Zusammenhang muss ich noch einmal auf die «Protokolle der Weisen von Zion» zurückkommen. Diese Protokolle haben dem Misstrauen, das den Juden schon immer entgegengebracht wurde, ein solides Fundament gegeben. Sie haben ihren Ursprung in England, dem Land, das dafür bekannt ist, notorisch Lügen für seine politischen Ziele zu benutzen. Auch deswegen ist es an der Zeit, diese

Protokolle als das zu erkennen, was ganz offensichtlich ihr Zweck war: die vorsätzliche Diffamierung der Juden, um vom eigenen Handeln abzulenken. Das ist ebenso gut gelungen wie das Schüren des israelisch-arabischen Konflikts, der eindeutig auf die englische Politik zurückzuführen ist.

Damit es auch offenkundigen Judenhassern leichter wird, ihr Weltbild zu überdenken bzw. zu revidieren, muss unter allen Umständen und gegen alle Widerstände aufgedeckt werden, wer wirklich die Geschichte des 20. Jahrhunderts gelenkt hat.

27. Schuldenerlass

«Man muss immer das Beste zu erreichen suchen, damit wenigstens etwas Passables dabei herauskommt.» (Herbert Frankl)

Es gibt Schulden, die kann man niemals begleichen. Im Falle einer moralischen Schuld wird das leicht ersichtlich. Deutschland kann die Schuld gegenüber den Juden, die die Schlächter des Dritten Reiches verursacht haben, niemals wiedergutmachen, es kann nur auf Vergebung hoffen. Ebenso ist es unmöglich, die Schuld der polnischen, tschechischen und jugoslawischen Schlächter gegenüber den Deutschen wiedergutzumachen. Auch die sinnlosen Bombardierungen der deutschen Zivilisten durch die Alliierten sind nicht wiedergutzumachen. Generell gilt, dass es unmöglich ist, einen Mord wiedergutzumachen, man kann, wie gesagt, nur auf Vergebung hoffen.

Die Betrachtung der Sprache gibt einen wichtigen Hinweis über den Umgang mit Schuld: Man kann Schulden begleichen oder man kann sie wiedergutmachen – das ist ein erheblicher Unterschied. Begleicht man eine Schuld, dann gibt man das, was man erhalten hat, zurück. Wenn man eine Schuld wiedergutmacht, darf man sich eines anderen Mittels bedienen. Damit wird völlig klar, dass eine Schuld, die aus einem Mord entstanden ist, niemals beglichen werden kann, denn das würde einen neuerlichen Mord bedeuten und zwangsläufig in einen Teufelskreis führen. Die Schuld an einem Mord kann nur durch Sühne gemindert werden – getilgt werden kann sie nicht.

Im Gegensatz zu wirtschaftlichen Schulden können moralische Schulden auch nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Nach dem Prinzip der Blutrache wäre es möglich, einen Zustand der Gleichheit herzustellen: Du hast meinen Bruder getötet und ich habe deinen getötet – damit sind wir quitt. Das mag zwar ein zufriedenstellendes Ergebnis für die Anhänger der Blutrache sein, aber der Zustand bleibt dennoch bestehen, dass sich beide Seiten eines Mordes schuldig gemacht haben. Es gibt fortan nicht nur einen Mörder, sondern zwei – und ein Mörder bleibt ein Mörder, egal, wie viele Morde noch stattfin-

den. Kein Verbrechen wird dadurch tolerabler, dass ein noch grösseres begangen worden ist. Niemand kann seine eigene Schuld von sich weisen, weil ein anderer noch grössere Schuld auf sich geladen hat. Dementsprechend ist jeglicher Versuch zurückzuweisen, eine Schuld mit einer anderen relativieren zu wollen.

Voraussetzung für die Vergebung einer Schuld ist die Reue, Voraussetzung für Reue ist das Eingeständnis der Schuld. Reue und Vergebung sind die unbedingte Voraussetzung für den Verzicht auf Rache und damit für Frieden. Doch am Anfang steht das Eingeständnis der Schuld.

Nun ist es durchaus möglich, dass sich jemand schuldig gemacht hat, ohne sich dessen bewusst zu sein. Dann ist es die Aufgabe des Geschädigten, das Bewusstsein des Täters für seine Verfehlung zu schärfen. Reue und Vergebung werden problemlos sein, weil beide Seiten erkennen können, dass nicht vorsätzlich, sondern maximal fahrlässig gehandelt worden ist. Dieser Fall scheidet aber aus, wenn eine Tat bewusst verborgen oder verschleiert wird. Das Gleiche gilt für den Fall, dass eine Tat mit einer vorhergehenden Tat des Geschädigten begründet wird. Damit gesteht man vorsätzliches Handeln ein, möglicherweise im Gedanken der Rache, und weist von vornherein Reue von sich im Bewusstsein des Rechts des Gerechten. Diese Vorgehensweise kann niemals zu einer echten Verständigung im Sinne einer friedlich-freundschaftlichen Zukunft führen. Nur wer eine Schuld eingesteht, kann Vergebung erfahren, und nur wer vergibt, kann ohne Groll weiterleben.

Das ist wichtig für beide Seiten. Der Täter wird immer irgendwo in seinem Bewusstsein das Wissen mit sich tragen, Schuld auf sich geladen zu haben, die nicht vergeben ist. Er muss immer fürchten, dass sein Opfer irgendwann Rache üben könnte. Das Opfer wiederum wird stets mit dem Bedürfnis leben, zumindest eine Entschuldigung zu erhalten, wenn es nicht sogar nach Rache dürstet, weil ihm diese Entschuldigung versagt bleibt. Es ist für die Seelenhygiene des Opfers wie für die Sozialhygiene des Volkes immens wichtig, dem Täter vergeben zu können. Für beide Seiten gilt, dass sie nur dann eine Zukunft in innerem und äusserem Frieden erwarten dürfen, wenn sie bereut und vergeben haben.

Nun sind Reue und Vergebung kein Vorgang, der ewig andauern kann. In dem Moment, wo das Opfer die Reue des Täters anerkennt, kann es Vergebung schenken. Wenn das geschehen ist, ist der Vorgang abgeschlossen, was jedoch nicht heisst, dass er deswegen vergessen werden muss. Vielmehr ist es notwendig, dass beide Seiten in Erinnerung behalten, was geschehen ist und, was noch wichtiger ist, wie es dazu gekommen ist. Nur so wird eine Wiederholung unwahrscheinlich werden.

Vergebung schenken ist der weit schwierigere Teil und verlangt vom Opfer Grösse. Dennoch ist es auch für das Opfer von Vorteil, wenn es vergibt, Nur so kann es inneren Frieden finden und muss sein Leben nicht mit Rachedgedanken belasten. Zur Vergebung gehört auch, dass man Abstand davon nimmt, dem Täter ständig seine früheren Taten vorzuwerfen und deswegen einen höheren moralischen Status für sich einzufordern. Wenn das geschieht, wird das Ziel von Reue und Vergebung, nämlich Frieden und Freundschaft, nicht erreicht werden. Der reuige Täter wird frustriert, weil ihm vor Augen geführt wird, dass seine Reue offensichtlich nicht genügt und die Vergebung nicht ernst gemeint war. Über kurz oder lang wird seine Reue an Wert verlieren und in Ablehnung umschlagen. Ich werde an einem Beispiel aus dem täglichen Leben zeigen, was ich meine:

Die Ehefrau eines Bekannten ist nach langjähriger Ehe ihrem Mann untreu geworden und hatte eine Affäre mit einem anderen. Ihr Ehemann war zutiefst verletzt, doch die Liebe zu seiner Frau überwog und er hat nach Beendigung der Affäre das Eheleben mit seiner Frau wieder aufgenommen. Seine Frau hatte sich reuig gezeigt und er hat ihr vergeben – gleichwohl war das Zusammenleben der beiden fortan von einer neuen Qualität geprägt. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit nahm sich der betrogene Ehemann das Recht heraus, seine Frau mit dem Hinweis auf ihr Vergehen zu massregeln und zu demütigen. Obwohl er weiterhin seine Liebe zu seiner Frau durch Fürsorge, Hingabe und Treue zeigte, beschädigte er das eheliche Verhältnis mit seiner moralischen Überheblichkeit. Das Ende war abzusehen und führte einige Jahre später zur Scheidung – von der Liebe war nur noch Hass geblieben. Ich kann bis heute nicht beurtei-

len, ob der Mann seiner Frau tatsächlich vergeben hatte oder nicht. Wenn ja, dann hat er sein eigenes Ziel verfehlt, die Ehe mit seiner Frau zu retten und weiterzuführen. Das vor allem deswegen, weil er die Erinnerung an die Verfehlung seiner Frau immer wieder dazu missbraucht hat, ihr zu seinem eigenen Vorteil einen niedrigeren moralischen Status zuzuweisen. Es war sein Mittel, seinen Argumenten Überlegenheit zu sichern. Damit hatte er einen Zustand des Ungleichgewichts geschaffen, der für eine Partnerschaft und die Liebe tödlich sein muss. Es ist gut möglich, dass er seiner Frau wegen der Tiefe seiner Verletzung nie wirklich vergeben hat.

In den letzten hundert Jahren sind auf der Welt viele – zu viele – Dinge geschehen, die absolut unentschuldig sind. Mit diesem Wissen müssen wir leben. Die modernen Philosophen und die Grundsätze der rechtsstaatlich demokratischen Gesellschaftsordnung sind sich einig, dass eine moralische Schuld nicht vererbt werden darf. So ist es unzulässig, von der «Erbschuld» eines Individuums oder gar eines ganzen Volkes zu sprechen. Erst im Verlauf seines Lebens kann ein Mensch Schuld auf sich laden. Dementsprechend ist das Vorgehen unlauter, einen Menschen allein seiner Herkunft wegen unter Generalverdacht zu stellen und seine moralische Integrität von vornherein in Zweifel zu ziehen. Beginnt ein neues Leben, ist es grundsätzlich unbelastet und moralisch gleichwertig. Das ist die grosse Chance, die die Menschheit geschenkt bekommen hat. Man darf sie nicht einfach wegwerfen, indem man das Leben Neugeborener mit der Geschichte seiner Vorfahren belastet.

So weit die grundsätzliche und idealistische Betrachtung dieses Themas, die Realität sieht leider anders aus. Nach wie vor nehmen Menschen für sich in Anspruch, aufgrund der Nationalität bei ihrer Geburt einen höheren moralischen Status zu besitzen. Das ist für ein friedliches Zusammenleben nicht förderlich, denn es behindert Toleranz und Verständnis. Jederart moralische Überheblichkeit kann nur zu neuem Unrecht führen. Mit dem Empfinden, das Recht des Gerechten auf seiner Seite zu haben, wird die Objektivität gegenüber den eigenen Handlungen und Zielen stark eingeschränkt. Die Gefahr ist gross, dass der «Gerechte» in Ausübung seines vermeintlichen Rechts Unrecht begeht. Alle Religionskriege sind in dem Bewusstsein

geführt worden, im Besitz der höheren moralischen Werte und damit im Recht zu sein. Nicht selten ist es sogar als unmoralisch empfunden worden, keinen Krieg für die Verbreitung der eigenen religiösen Überzeugungen zu führen. Wir wissen, wie vielen Menschen diese Hybris das Leben gekostet hat, und wir wissen auch, dass das im Nachhinein meist ganz anders bewertet wird. Es gibt keinen gerechten Krieg.

Immer dann, wenn man irgendjemandem seine eigene Überzeugung mit Gewalt aufdrängen muss, sollte man sich Gedanken über die Qualität der eigenen Überzeugungen machen. Wenn etwas wirklich gut ist, bedarf es keiner Gewalt zu seiner Verbreitung. Hier muss man den Begriff der Gewalt etwas weiter fassen: Ich betrachte es ebenso als gewaltsames Vorgehen, wenn ein Monopol – welcher Art auch immer – versucht, das allgemeine Bewusstsein zu manipulieren, oder die freie Meinungsäußerung behindert. Auch wirtschaftlich kann brutale Gewalt ausgeübt werden – als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das Ziel ist immer, andere zu dominieren, und das kann nicht gut sein. Letztlich ist die Anwendung von Gewalt stets das Eingeständnis eigener Unzulänglichkeiten.

Wenn wir in dieser Welt wirklich in Frieden und allgemeinem Wohlstand leben wollen, müssen wir einen Neuanfang wagen. Dazu bedarf es eines allgemeinen Schuldenerlasses – in jeder Hinsicht. Damit das aber möglich sein kann, muss sich die Menschheit darüber klar werden, dass es Schwarz und Weiss, Gut und Böse so undifferenziert nicht gibt, wie es von den selbst ernannten «Gerechten» propagiert wird. Jeder hat seinen Teil zum Verlauf der Geschichte beigetragen – es wird den Menschen leichter fallen, einander zu vergeben, wenn sie sich dessen bewusst sind. Solange ein Teil für sich beansprucht, ausschliesslich gerecht gehandelt zu haben, wird er keinen echten Grund sehen, die eigene Position kritisch zu hinterfragen. Deswegen ist es nicht möglich, echten Frieden zu erreichen, solange an Doktrinen wie der einer Alleinschuld oder Erbschuld festgehalten wird.

Die Menschen müssen sich bewusst machen, dass Konflikte zwischen Völkern, abgesehen von grundsätzlichen Ausnahmen, äusserst selten einen natürlichen Ursprung haben. Sie entstehen «ein-

fach» – aus skrupellosem Handeln und Machtgier heraus. Nur wenn klar erkannt wird, dass vor Beginn aller Konflikte zwischen Völkern immer erst der gezielte Aufbau eines Feindbildes steht, wird man dieses ablegen können. Dann nämlich wird klar, dass alle Beteiligten Opfer der Manipulation durch ganz wenige machtgierige Individuen geworden sind. Eigentlich sollte die Demokratie das verhindern, doch an diesem Punkt ist sie gescheitert.

Betrachten wir den Konflikt im Nahen Osten. Er erscheint unlösbar, Juden und Araber stehen sich unversöhnlich gegenüber. Dieser Zustand ist aber noch keine achtzig Jahre alt, davor gab es ihn nicht. Er wurde künstlich und manipulativ im Interesse fremder Mächte hergestellt und gepflegt. Die einzige Möglichkeit, diesen Konflikt wieder zu lösen, sehe ich darin, in einer breit angelegten Aufklärungskampagne den Menschen die Geschichte und die Ursachen dieses Konflikts zu vermitteln. Wenn sie verstanden haben, dass alle Beteiligten Opfer sind, wird die Bereitschaft zur Verständigung grösser sein, und sie werden erkennen, dass sie nur gemeinsam gewinnen können. Dazu ist es unerlässlich, dass beide Seiten jegliche moralische Überheblichkeit ablegen, was für alle Konflikte gilt. Dass so etwas nicht vollkommen utopisch ist, zeigt das Beispiel von Frankreich und Deutschland. Nachdem sich Franzosen und Deutsche über Jahrhunderte hinweg bekriegt hatten und mancher Ignorant schon von einer «Erbfeindschaft» sprach, haben sie zu einer echten, unbefangenen Freundschaft gefunden. Ganz wesentlich hat dazu der Umstand beigetragen, dass Frankreich eben nicht immer wieder die ‚Alleinschuld‘ Deutschlands bemüht hat.

Das Gegenbeispiel dazu lieferte vor einigen Jahren Polen. Zur Begründung seiner starrsinnigen Haltung bei den Verhandlungen über die Verfassung der Europäischen Union hat der polnische Ministerpräsident Kaczyński die Untaten Deutschlands in Polen herangezogen. Das konnte er nur tun, weil das Geschichtsbewusstsein über die Rolle Polens völlig unterentwickelt ist. Nicht nur die polnischen Morde an Deutschen werden verschwiegen, sondern auch die Beteiligung der Polen an der Ermordung ihrer Juden. Das Mindeste, was den Polen hier vorgehalten werden muss, ist – wie in Kapitel 13 umfassend dargelegt – unterlassene Hilfeleistung. Die wäre ziemlich einfach ge-

wesen, denn die Deutschen hätten Juden und Polen kaum voneinander unterscheiden können. Sie waren in dieser Hinsicht auf die Mithilfe der Polen angewiesen – und sie haben sie bekommen. Zudem gab es mit Sicherheit viele Deutsche, die froh gewesen wären, wenn sie in Polen keine Juden hätten «entdecken» müssen. Es gab wahrlich mehr als einen «Schindler» unter den Deutschen, die mit dem mörderischen Treiben der Nazis nicht einverstanden waren. Das Beispiel Polen zeigt deutlich, wie schädlich eine einseitig unvollständige Aufarbeitung der Geschichte auf die Zukunft wirkt. Auch die Polen reklamieren für sich die Position der «Gerechten» – eine Position, die ihnen objektiv nicht zusteht.

Selbstverständlich gibt es unter den Polen viele Menschen, die Opfer der Politik geworden sind, und auch viele Polen mussten ihre Heimat verlassen und in der Fremde ein neues Leben beginnen. Ich durfte erfahren, dass Polen, die jetzt in den Häusern von vertriebenen Deutschen leben, selbst Vertriebene sind. Es war ein ergreifendes Erlebnis, wie zwischen ehemaligen deutschen Besitzern der Häuser und den Polen, die sie jetzt bewohnen, spontane Freundschaft entstand, als beide Seiten erkannten, dass sie Opfer einer menschenverachtenden Vertreibungspolitik geworden waren. Das ist es, was ich meine, wenn ich die vorbehaltlose Verbreitung der Geschichte zum Wohle der Menschen fordere. Das Bewusstsein, dass das Haus und Hab und Gut, das den Vertriebenen genommen worden war, nicht einfach von einem höheren polnischen Parteifunktionär besetzt wurde, sondern einem ebenso armen Flüchtling eine neue Heimstatt gegeben hat, war für die Vertriebenen unendlich tröstlich. Ebenso wie es für die neuen Bewohner eine grosse Erleichterung bedeutete, nicht mehr den Zorn und die Verwünschungen der ehemaligen rechtmässigen Eigentümer fürchten zu müssen.

Diejenigen, die aktiv an den Verbrechen in Europa bis 1950 mitgewirkt haben könnten, sind überwiegend verstorben. Diejenigen, die für diese Verbrechen verantwortlich waren, sind alle tot. Folglich haben wir heute in Europa einen geradezu paradiesischen Zustand: Niemand kann irgendjemandem mehr persönlich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwerfen. (Ich lasse jetzt bewusst die Vorgänge um Jugoslawien aussen vor.)

Deutschland hat seine Friedfertigkeit über fast siebenzig Jahre beweisen dürfen, das sind immerhin gut drei Generationen. Dennoch gibt es immer noch Interessengruppen, die versuchen, mit der alten Schuld Deutschlands zu operieren. Der amerikanisch-jüdische Autor Norman Finkelstein⁷¹ geht so weit, von einer regelrechten «Holocaust-Industrie» zu sprechen. Man mag über die Ausführungen Finkelsteins geteilter Ansicht sein, aber eines stellt er klar heraus: Es ist eine kleine Interessengruppe, die auf diesem Weg versucht, grossen Profit für sich selbst zu erlangen. Sie handelt weder im Auftrag noch im Interesse der Mehrheit der Juden, sondern schadet deren Ansehen in gravierendem Masse.

Es ist so offensichtlich, dass Geldforderungen in Milliardenhöhe als «Entschädigung» für Unrecht, das teilweise mehr als siebenzig Jahre zurückliegt, neue Ressentiments hervorrufen müssen. Es kann keinesfalls auf breite Zustimmung treffen, wenn Kaufverträge, die vor siebenzig Jahren geschlossen wurden, einfach für null und nichtig erklärt werden, nur weil ein Jude in Deutschland der Verkäufer war. Ebenso ist es unzulässig, einen Zwang zu unterstellen, nur weil der Käufer ein Deutscher war – vor allem dann, wenn der Verkäufer bereits verstorben ist und seine Sicht der Dinge nicht mehr vortragen kann. All diesen Vorgängen ist am Ende eines gemein: Irgendeine Anwaltskanzlei verdient eine Unmenge Geld. Schlimmer noch: Es entsteht der Eindruck, «die Juden» würden schon wieder versuchen, sich an Deutschland zu bereichern. Das ist fatal, weil es gar nicht «die Juden» sind, sondern nur einige gierige, skrupellose Individuen. Diese fügen mit ihrem Verhalten dem Ansehen der Gemeinschaft der Juden grossen Schaden zu. Aber, und hier folge ich den Ausführungen Finkelsteins, diese kleine Gruppe hat auch gar kein Interesse daran, die Juden in Ruhe und Frieden leben zu lassen, denn dann würde die Quelle ihres Reichtums versiegen. Das gilt auch für den Staat Israel – die Waffenindustrie will ihren zuverlässigsten Absatzmarkt nicht so einfach aufgeben.

71 Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München: Piper Taschenbuch Verlag, 2002.

Es ist immer wieder das alte Muster: Es geht um Geld und damit um Macht für ganz wenige, die sich nicht im Geringsten darum scheeren, wem sie in ihrer Gier Schaden zufügen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich junge Leute darüber ärgern, wenn sie für Dinge bezahlen sollen, für die sie definitiv nicht verantwortlich sein können. Hinzu kommt, dass sie ihren Unmut nicht einmal formulieren dürfen, denn wenn sie das tun, werden sie reflexartig mit dem ultimativen Argument des Antisemitismus in die «rechte Ecke» verbannt. So aber befriedet man nicht, so schafft man eine rechtsextreme Szene. Anstatt auf diese Szene mit den immer gleichen Argumenten einzuschlagen, täte man gut daran, eine offene Diskussion über die Ursachen zu führen. Hier könnte es von grossem Nutzen sein, wenn sich der Zentralrat der Juden in Deutschland vom Treiben der sog. «Holocaust-Industrie» klar distanzierte. Deutschland hat 1990 ohne Wenn und Aber auf seine Ansprüche auf die ehemaligen Ostgebiete verzichtet und damit einen wichtigen Beitrag geleistet für einen dauerhaften Frieden in Europa. Eine weitere Ursache für Unmut und Aggression könnte aus der Welt geschafft werden, wenn der Zentralrat der Juden in Deutschland eindeutig und endgültig erklärte, dass der Vorgang der Wiedergutmachung abgeschlossen ist und weitere Forderungen nicht mehr zulässig sind. Das würde der rechten Szene vollkommen den Wind aus den Segeln nehmen. Anlässlich dieser Erklärung würde ich mir ein grosses Fest wünschen und einen «Tag der deutsch-jüdischen Freundschaft» als landesweiten Feiertag. Der Anlass hätte es verdient!

Solange es noch nicht so weit ist, wird das natürliche Rechtsempfinden der Menschen immer wieder rebellieren. Es ist schwer vermittelbar, warum auf der einen Seite Deutschen verwehrt bleibt, Ansprüche auf altes Eigentum anzumelden, während dagegen gleichzeitig Juden ein manchmal weit hergeholtes Recht zugesprochen wird. Gleiches Recht für alle ist ein tragendes Grundprinzip des demokratischen Rechtsstaates. Wenn dieses missachtet wird, muss man sich nicht wundern, wenn sich die bevorzugte Gruppe Anfeindungen ausgesetzt sieht. Diese müssen gar nicht real sein, aber man muss sie befürchten. So entsteht ein Zustand des gegenseitigen Misstrauens, der die Atmosphäre vergiftet und Raum für extremistisches Gedankengut bietet.

Die Menschen, die heute in Deutschland leben, tragen keinerlei Schuld für irgendeine Vergangenheit. Deswegen muss es auch keinen (moralischen) «Schuldenerlass» geben. Vielmehr ist es an der Zeit, demokratische Gleichheit herzustellen, die niemandem mehr kraft seiner Geburt eine Überlegenheit in der Beurteilung moralischer Fragen zubilligt.

Jetzt ist es noch notwendig, einen Blick auf das Thema «Schulden unter wirtschaftlichen Aspekten» zu werfen. Moralisch gesehen, wird jedes Kind unschuldig geboren – wirtschaftlich gesehen, ist, das jedoch anders. Jedes Neugeborene bekommt in Deutschland mit der Geburt eine Schuld von mehr als 20.000 Euro (2014: mehr als 30.000) in die Wiege gelegt – eine sehr beträchtliche Hypothek für sein zukünftiges Leben. Aus eigener Kraft wird der neue Mensch diese Schuld innerhalb der nächsten dreissig Jahre in aller Regel nicht tilgen können, zumal sie wegen der Zinsen sogar noch anwachsen wird. Dieser moralisch bedenkliche Zustand gilt in ähnlicher Weise für fast alle Menschen dieser Erde. Ich stellte eingangs fest, dass es moralische Schulden gibt, die nicht zu begleichen sind. Doch es gibt auch wirtschaftliche Schulden, die objektiv keine Aussicht haben, jemals getilgt werden zu können. In diesen Fällen wird ein Insolvenzverfahren eröffnet mit dem Ziel, dass die Schulden faktisch annulliert werden. Im Fall von Individuen bzw. kleiner bis mittlerer Firmen ist es einigermassen einfach zu erkennen, wann ein Insolvenzverfahren eröffnet werden muss. Je komplexer und grösser aber die zu beurteilende Wirtschaftseinheit ist, desto schwieriger wird es. Hinzu kommt, dass eine Insolvenz ein grundsätzlich unerwünschter Vorgang ist. Spektakuläre Insolvenzen untergraben das Vertrauen in das Wirtschaftssystem, die Insolvenz eines Staates ist geradezu ein Tabu.

Das 20. Jahrhundert hat einige Insolvenzen von Staaten erlebt, direkt sichtbare und verschleierte. Eine verschleierte Insolvenz war die Hyperinflation in Deutschland Ende der 1920er-Jahre. Faktisch wurden damals alle Guthaben und Schulden, die in Reichsmark bestanden, annulliert.

Das Bewusstsein der Gegenwart schliesst die Insolvenz eines modernen Industriestaates aus. Das ist grundverkehrt. Betrachten wir die

Realität: Ein Insolvenzverfahren muss dann eröffnet werden, wenn keine Aussicht besteht, dass die vorhandenen Schulden in absehbarer Zeit getilgt werden können. Fangen wir mit Deutschland an: Der deutsche Staat hat Schulden von mehr als 1.600 Milliarden Euro (2014: 2.800 Milliarden). Bis jetzt wachsen diese Schulden stetig an und verursachen jährliche Kosten für Zinsen von mehr als 60 Milliarden Euro. Nehmen wir an, der deutsche Staat könnte in Kürze beginnen, seine Schulden zu tilgen. Tilgen heisst, er zahlt nicht nur seine Zinsen, sondern zusätzlich eine Summe, welche die Schulden tatsächlich verkleinert. Ich halte es zwar für unrealistisch hoch, aber dennoch rechne ich einfach mit einer jährlichen Rückzahlung von 40 Milliarden Euro. Das würde bedeuten, dass der Haushalt des deutschen Staates insgesamt eine jährliche Belastung für seinen Schuldendienst von über 100 Milliarden Euro stemmen muss. Wie gesagt, es ist höchst unwahrscheinlich, dass eine Tilgung der Schulden in dieser Höhe stattfinden kann. Und jetzt kommt es: Selbst bei dieser unrealistischen Annahme würde es vierzig Jahre (!) dauern, bis die Schulden getilgt sind. Bis jetzt ist es aber noch überhaupt nicht absehbar, wann und ob überhaupt der deutsche Staat mit einer Rückzahlung seiner Schulden beginnen kann.

Jeder Privatmann, jedes kleine oder grosse Unternehmen wird gezwungen, sich in einer ähnlichen Situation sofort einem Insolvenzverfahren zu unterwerfen. Das hat dann zwei Dinge zur Folge: Erstens muss der Gläubiger weitestgehend auf sein Geld verzichten und zweitens verliert der Schuldner sein gesamtes Eigentum. An dieser Stelle können wir erkennen, warum die Insolvenz eines Staates derart heikel ist – der Staat kann sein Eigentum nicht so einfach verlieren.

Erscheint allein der Gedanke an die Insolvenz eines Staates schon abwegig, so ist die Vorstellung, dass der Staat in das Eigentum der Gläubiger übergeht, noch absurder. Tatsächlich findet aber genau das bereits statt. Um der offensichtlichen Insolvenz zu entgehen, oder um sie zu verschleiern, verkauft der deutsche Staat sein Eigentum – das Eigentum seiner Bürger – an private Investoren. Grosses Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang die Privatisierung der Deutschen Bahn, doch es gibt auch zahlreiche weniger spektakuläre Verkäufe von öffentlichem Eigentum. Die Insol-

venz des deutschen Staates wird verschleppt und der deutsche Staat unauffällig stückchenweise in fremdes Eigentum gegeben.

Die Verschleppung einer Insolvenz ist eine strafbare Handlung. Warum das so ist, kann man an diesem Beispiel erkennen: Bei einem Insolvenzverfahren wird streng darüber gewacht, dass kein Gläubiger unrechtmässig bevorzugt wird, die Konkursmasse wird gerecht verteilt. Damit will man verhindern, dass ein Gläubiger alles bekommt, was noch an Wert existiert, und die anderen leer ausgehen. Wenn ein Insolvenzverfahren verschleppt wird, kann sich der, der die grösste Macht über den Schuldner hat, alles sichern, was noch irgendwie von Wert sein könnte. Es können dies Immobilien oder Investitionsgüter sein. Genau das passiert aktuell in Deutschland: Der Staat ist objektiv insolvent und wird von seinen Gläubigern «ausgeschlachtet».

Der deutsche Staat steht nicht allein vor dieser Misere. Die gesamte westliche Welt befindet sich in diesem Zustand, wobei die USA und England besonders hervorzuheben sind. Diese beiden haben nicht nur interne Schulden, sondern auch erhebliche Schulden gegenüber dem Ausland, was sie besonders abhängig von ihren Geldgebern macht. Generell kann man sagen, dass es keine Regierung eines westlichen Staates gibt, die nicht abhängig ist von der Politik des internationalen Kapitals. Wie diese Abhängigkeit zustande gekommen ist, habe ich bereits in meinem Buch «Bankraub globalisiert» beschrieben, und auch, was dagegen getan werden kann. Deswegen gehe ich hier nicht weiter darauf ein. Wir haben den Status quo so, wie er ist, und müssen nun sehen, wie man das Beste daraus macht.

Die europäische Geschichte bis 1950 beschreibt eine mehr oder weniger kontinuierliche Abfolge von Kriegen. Das war zwar jedes Mal schlimm für die Bevölkerung, hatte aber auch den Vorteil, dass die Karten immer wieder neu gemischt worden sind. Eine friedliche Entwicklung über nunmehr siebenzig Jahre ist für Europa neu, und man muss erst lernen, damit umzugehen. Das mag auf den ersten Blick sonderbar erscheinen, doch es ist in der Tat so, dass man jetzt lernen muss, Korrekturen vorzunehmen, ohne durch einen Krieg dazu gezwungen zu sein. Damit meine ich, dass Strukturen in stillschweigender Kontinuität gewachsen sind, die alles andere als optimal sind.

Nehmen wir zum Beispiel die Gehaltsstrukturen in Deutschland. Es gibt Tätigkeiten, die einfach nicht gerecht entlohnt werden, dazu zählen vor allem bestimmte Dienstleistungen. Die beschämend niedrigen Löhne, die beispielsweise für Krankenschwestern und Pfleger gezahlt werden, entsprechen in keiner Weise der Leistung, die in diesen Berufen für unsere Gesellschaft erbracht wird. Wieso erhält eine Stewardess einen höheren Lohn als eine Krankenschwester? Warum wird im Büro allgemein mehr bezahlt als in der Produktion? Warum hat ein Kaufmann grössere Chancen auf ein aussergewöhnlich hohes Gehalt als ein Ingenieur? All das sind die Folgen einer kontinuierlichen Entwicklung, in die in den letzten Jahrzehnten nicht mehr korrigierend eingegriffen worden ist.

Dazu kommt die Gewohnheit, Löhne prozentual zu erhöhen, was automatisch zu immer grösseren sozialen Unterschieden führt. Solange die Unterschiede im allgemeinen Lohnniveau nicht gross waren, wirkte sich das wenig aus, aber je grösser sie werden, desto schneller wachsen sie weiter. Die Folge ist, dass heute in einigen Berufen so wenig bezahlt wird, dass die Ernährung einer Familie von einem Arbeitnehmer allein nicht mehr zu bewerkstelligen ist. Es ist der «Witz des Jahrhunderts», dass in einer der reichsten Volkswirtschaften der Erde, in Deutschland, über die Einführung von Mindestlöhnen diskutiert werden muss. Allein daran kann man erkennen, dass das Wirtschaftssystem in Deutschland einer Grundrenovierung bedarf. Man muss erkennen, dass die reine Marktwirtschaft offensichtlich nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Deshalb hatten wir in Deutschland ja auch die soziale Marktwirtschaft – die es aber leider de facto nicht mehr gibt. Sie ist der allgemeinen Anpassung an angloamerikanische Prinzipien zum Opfer gefallen. Was heute in Deutschland passiert, ist alles andere als sozial und entspricht immer mehr dem, was die Menschen in England und den USA schon immer als normal erlebt haben.

Zurück zu den Schulden. Bei einem normalen Erbvorgang hat der Erbe das Recht, darüber zu entscheiden, ob er das Erbe annimmt oder nicht. Er darf das Erbe ausschlagen, wenn es Nachteile für ihn bringt. Dieses Recht haben die Bürger nicht, wenn es um das Erbe geht, das sie von ihrem Staat aufgebürdet bekommen. Mit grösster

Selbstverständlichkeit wird angenommen, dass jeder für die Schulden aufkommen wird, die der Staat in Verantwortung der Vorfahren gemacht hat. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich die jungen Menschen dieses Wahnsinns bewusst werden und sich dagegen auflehnen. Eine kleine Minderheit hat sich durch geschickte Manipulationen mit Geld für sich und ihre Nachkommen ein unverhältnismässig hohes Einkommen gesichert. Wenn das herrschende Finanzsystem beibehalten wird, ist heute schon abzusehen, dass kommende Generationen in der Schuld weniger Reicher stehen werden – ein Zustand, der bereits in früheren Zeiten mehr als einmal zu blutigen Revolutionen geführt hat. Deswegen ist es so wichtig, aus der Geschichte zu lernen, um zu begreifen, dass ein solches System auf Dauer keinen Bestand haben wird.

Das Wissen um die Geschichte sollte uns gelehrt haben, rechtzeitig Korrekturen vorzunehmen, ehe ein Zustand erreicht ist, der den Menschen die Illusion auf ein Recht gibt, Veränderungen blutig zu erzwingen. Wie gesagt, es ist nur die Habgier einiger weniger, welche die Welt immer wieder in Situationen steuert, die die Anwendung von Gewalt unausweichlich erscheinen lassen. Manchmal ist es ihr ideologisches Sendungsbewusstsein, mitunter auch beides.

Die Welt ist reif für ein umfassendes Insolvenzverfahren – moralisch wie wirtschaftlich. Und wie in einem normalen Insolvenzverfahren üblich, geht es nicht darum, Strafen für Dummheit auszusprechen. Ich lehne es ab, den Zustand der Welt mit einer grossen Verschwörung zu begründen. Vielmehr gehe ich davon aus, dass ein untaugliches System und Dummheit verantwortlich sind. Im Grunde ist es unglaublich, dass die führenden Köpfe der Finanzwelt immer noch akzeptieren, für reale Leistungen in Dollar bezahlt zu werden. Sie haben sich für den kurzfristigen persönlichen Vorteil in ein System verstrickt, aus dem sie jetzt keinen Ausweg mehr finden. Dabei verdrängen sie, dass sie den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Es ist ja nicht so, dass es keine klugen Köpfe in der Finanzwelt gäbe, und nicht wenige Wirtschaftswissenschaftler haben längst erkannt, dass es keine Frage des Ob, sondern des Wann ist, bis das System zusammenbricht. Das Beispiel der Sowjetunion hat gelehrt, dass ein kontrolliertes Ende eines untauglichen Systems die Möglichkeit bietet, einen radikalen Neuanfang unblutig zu gestalten. So müssen wir versuchen, unsere

Welt zu renovieren, bevor ein unkontrollierbarer Zustand nicht mehr zu vermeiden ist.

Und damit bin ich wieder beim Schuldenerlass. Es ist leicht ersichtlich, dass wir uns damit abfinden müssen, in weiten Bereichen auf die Rückzahlung von Schulden zu verzichten. Die USA werden in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein, ihre Schulden gegenüber dem Ausland zu begleichen, dennoch dürfen wir nicht fordern, dass die nächste oder übernächste Generation der Amerikaner für die Schulden aufkommt, die durch unsere Dummheit erst möglich geworden sind. Aber wir müssen aus unserer Dummheit lernen und ein weiteres Anwachsen der Schulden verhindern. Dazu ist es notwendig, das Weltfinanzsystem von Grund auf neu zu gestalten. Das wird sicher nicht einfach werden und es wird einige Turbulenzen geben, aber es ist fraglos besser, einen radikalen Schnitt zu wagen, als weiterhin mit Vollgas in Richtung Abgrund zu fahren.

Der Gedanke eines allgemeinen, weltweiten Schuldenerlasses erscheint auf den ersten Blick unmöglich, tatsächlich ist er prinzipiell eher einfach. Dazu muss man sich allerdings einige scheinbar banale Tatsachen bewusst machen: Wenn man alles Geld dieser Welt, egal, in welcher Form, annulliert, wird nichts von dieser Welt verschwinden – ausser dem Geld. Mit dem Verschwinden des Geldes sind gleichzeitig alle Schulden und Guthaben weg und die Welt ist bereit für einen Neuanfang. Es ist notwendig, eine derart radikale Überlegung zu tätigen, um sich darüber klar zu werden, dass die Welt nicht untergehen wird, wenn radikale Eingriffe in das Finanzsystem stattfinden. Das Einzige, was in Gefahr kommt, sind Pfründe, die in der Regel sowieso zumindest auf moralisch fragwürdige Weise zustande gekommen sind.

Die Welt befindet sich in einer Spirale von Schuld, moralischer wie wirtschaftlicher, aus der es kein Entkommen gibt, solange niemand zu einem umfassenden Schuldenerlass bereit ist. Schulden, die nicht getilgt werden können und die nicht erlassen werden, führen über kurz oder lang zu Gewalt und Blutvergiessen. Um das zu vermeiden, fordere ich einen allgemeinen Schuldenerlass – moralisch und wirtschaftlich. Nur so sehe ich eine Chance für die Menschheit, ihren alten Traum vom Leben in Frieden und Wohlstand zu verwirklichen.

28. Illusionen

«Die Welt existiert nur in dem Bedeutungsschema, das wir ihr geben.»
(Thomas de Lates)

Weissrussland. Was wissen Sie über Weissrussland? Wahrscheinlich sehr wenig, und das wenige sieht dann etwa so aus (Stand 2006): Lukaschenko, despotische Regierung, undemokratisch, armes Land, unfreie Bürger, Unterdrückung der Opposition. Weissrussland ist im Bewusstsein des Westens durchgängig negativ besetzt – aus einem ganz bestimmten Grund. Die Realität indes sieht anders aus. Tatsächlich haben die Bürger Weissrusslands den höchsten Lebensstandard aller ehemaligen Sowjetrepubliken, inklusive Russland selbst. Auch das hat einen Grund. Bevor ich darauf eingehe, präsentiere ich einige Zahlen aus öffentlich verfügbaren Statistiken:

Bei der Höhe der Auslandsverschuldung belegt Weissrussland im Vergleich zu anderen Ländern Platz 146. Die Gesamtverschuldung ist derart gering, dass sie in den Statistiken nicht geführt wird. Die Armee ist geradezu lächerlich klein und bei der Höhe der Militärausgaben belegt Weissrussland im internationalen Vergleich Rang 97 – es gibt für sein Militär keine 200 Millionen Dollar pro Jahr aus. Damit betragen die Militärausgaben nur 5% derjenigen von Belgien und 12% der von Österreich. Die Wirtschaft Weissrusslands hat eine erstaunliche Dynamik: Das Wachstum der letzten Jahre liegt durchgängig knapp unter 10% und die Aussenhandelsbilanz ist ausgeglichen bis positiv. Alles in allem sind das die Daten eines geradezu mustergültigen Landes. Warum also wird dieses leuchtende Beispiel für eine positive Entwicklung der postkommunistischen Ära derart missachtet und sogar abqualifiziert?

Die Antwort ist so einfach wie schockierend: Weissrussland ist seinen eigenen Weg gegangen und hat den Ausverkauf an das westliche (angloamerikanische) Kapital nicht zugelassen. Das Land hatte das «Glück», über keine besonderen Ressourcen zu verfügen, welche die Begehrlichkeit des westlichen Kapitals geweckt hätten. Man hat Weissrussland einfach «übersehen», und jetzt steht man mit dem Problem da, dass es ein Land gibt, das den praktischen Beweis dafür lie-

fert, wie schädlich der Ausverkauf an das westliche Kapital für eine Volkswirtschaft ist. Darüber hinaus liefert es den Beweis, dass es noch andere Wege als den reinen (Turbo-)Kapitalismus gibt, der Bevölkerung zu mehr Wohlstand zu verhelfen. Die Entwicklung in Weissrussland ist eigenständig, gesund und stabil, und diese Leistung ist umso bemerkenswerter, weil das Land eben nicht über Bodenschätze verfügt, deren Export seine Leistungsbilanz verbessern könnte. Aber Weissrussland ist nicht belastet durch einen irrsinnigen Schuldendienst. Man könnte in Versuchung geraten, dieses Modell genauer zu betrachten und seine Schlüsse bezüglich der Überlegenheit des eigenen Systems zu ziehen. Da genau das aber mit allen Mitteln verhindert werden muss, holt man die ideologische Keule heraus und verbreitet mit religiösem Eifer, dass Weissrussland nicht der reinen Lehre der westlichen Demokratie folgt. Das reicht aus, alles, was positiv in diesem Land sein könnte, zu diskreditieren. Weissrussland hat den «Fehler» gemacht, sich nicht unter das Joch des westlichen Kapitals zu begeben. Betrachten wir im Vergleich dazu, was in Russland passiert ist:

Russlands Präsident Jelzin (Amtszeit von 1991-1999) hatte einen Beraterstab von 28 westlichen Finanzexperten. Diese sorgten dafür, dass der Verkauf von Schlüsselindustrien und von Abbaurechten für Bodenschätze an westliche Investoren reibungslos abgewickelt werden konnte. Ihre Beratung führte zu einem beschleunigten Anwachsen der Auslandsschulden, obwohl Russland gleichzeitig ausverkauft wurde. Damit hatte Jelzin das Plazet der westlichen Medien und seine demokratische Gesinnung wurde nie in Zweifel gezogen. Erst Präsident Putin hat diesem Treiben ein Ende gesetzt und mit der Rückführung russischer Ressourcen unter russische Kontrolle begonnen. Die absehbare Reaktion der westlichen Medien folgte prompt. Putin wurde bezichtigt, nicht der reinen Lehre der westlichen Demokratie zu folgen, obwohl es unter Jelzin mit Sicherheit nicht demokratischer zugegangen ist. Aber unter Putin konnte sich Russland erholen und die Kontrolle des westlichen Kapitals über Russland wurde zurückgefahren.

Es ist wiederum das altbekannte Muster: Solange ein Land alles tut, was den Interessen des angloamerikanischen Kapitals entspricht, ist es völlig unerheblich, ob es eine Diktatur oder was auch immer ist.

Von dem Moment an aber, wo sich ein Land diesem Diktat widersetzt, wird wortgewaltig postuliert, dass sein Gesellschaftssystem nicht den hehren Grundsätzen der Demokratie entspricht, wobei sich gleichzeitig das Recht herausgenommen wird, die politische Führung des betreffenden Landes als illegitim zu bezeichnen und zu verabscheuen. Die westliche Öffentlichkeit wird diesem Urteil folgen, denn sie ist ein treuer Anhänger der Demokratie. Sie darf gar nichts anderes sein, denn in den westlichen Ländern ist es nicht erlaubt, die Überlegenheit der Demokratie infrage zu stellen.

An dieser Stelle komme ich noch einmal zurück auf das «Experiment Sowjetunion». Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Welt im Umbruch. Es wurde viel nachgedacht und diskutiert über mögliche Formen der Gesellschaft und der Wirtschaft. Nach dem Prinzip «Versuch und Irrtum» wurde einiges ausprobiert, und es war damals keineswegs sicher, dass die einzig optimale Gesellschaftsform die moderne Demokratie sein würde. Bedenken wir doch, dass zu jener Zeit noch in keinem Land ein uneingeschränkt gültiges allgemeines Wahlrecht existierte. So muss man letztendlich jede Staatsform, die neu in einem Land etabliert wurde, als Experiment ansehen.

Interessanterweise hat die Einführung einer jeden neuen Staatsform, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausprobiert wurde, immer unter Mitwirkung oder Initiative, auf Druck oder mit Unterstützung durch England stattgefunden. Den Staaten Deutschland sowie Österreich-Ungarn wurde verwehrt, weiterhin Kaiserreich zu sein, der russische Zar wurde mithilfe angloamerikanischen Kapitals gestürzt. Da die Engländer im eigenen Land keine Experimente zugelassen haben, bleibt zu vermuten, dass man andernorts erproben und aus der Ferne beobachten wollte, welche Staatsform in den anderen Ländern den Interessen des British Empire am dienlichsten sein würde. Hier hat am Ende die Demokratie mit einem Verhältniswahlrecht in Verbindung mit der Marktwirtschaft die besten Ergebnisse gebracht, denn Staaten mit dieser Staatsform können unauffällig von der Propaganda und dem Kapital kontrolliert werden.

Der Kommunismus hat sich als untauglich erwiesen, weil er selbst einen quasireligiösen Anspruch haben muss und zur Ausbreitung gezwungen ist. Allerdings konnte man (vgl. Kap. 6) vom real existierenden Kommunismus lernen, wie das Denken der Massen gelenkt wer-

den kann und wie man es besser nicht macht. Was man mit Sicherheit übernommen hat, ist der quasireligiöse Anspruch: Du sollst keine anderen Götter haben neben mir! Die Kommunistenjagd in den 1950er-Jahren in den USA (McCarthy-Ära) hatte bereits diesen religiösen Anstrich. Dann erfand man in den 1960er-Jahren, ebenfalls nach dem Muster des Kommunismus, für die Demokratie und die Marktwirtschaft eine wissenschaftliche Basis, bis dahin waren die Wirtschaftswissenschaften den Sozialwissenschaften untergeordnet. 1969 schliesslich wurde das erste Mal ein Nobelpreis für Wirtschaft vergeben.

Wie bereits dargelegt, kann der Kommunismus auf Dauer nur bestehen, wenn alle Länder kommunistisch sind. Auch dieses Prinzip findet seine Fortsetzung in der offensiven Verbreitung der Demokratie. In dem quasireligiösen Anspruch, nur das Beste für die Menschen zu wollen, begründen sowohl Kommunisten als auch Demokraten ihr Recht, den Rest der Menschheit mit ihrem jeweiligen System «beglücken» zu müssen. In der Wahl der Methoden, ihr Ziel zu erreichen, unterscheiden sie sich kaum von denen der Kreuzritter oder anderer Missionare. Alle haben den Tod von Menschen in Kauf genommen oder vorsätzlich herbeigeführt im Namen der «richtigen Gesinnung».

In der modernen Welt hat das Geld die Religion ersetzt. Die Menschen streben nicht mehr danach, möglichst gute Menschen zu sein und ein gottgefälliges Leben zu führen. Sie streben primär nach Reichtum, die soziale Stellung eines Menschen wird durch seinen Besitz definiert. Der Sachbearbeiter bei der Bank weiss heute mehr über seine Kunden als der Priester nach der Beichte. Ein negativer Eintrag bei der Schufa (Schutzorganisation für allgemeine Kreditsicherung) gleicht einer Exkommunizierung aus der Welt der Geschäftsfähigen. Die Verkündungen von Notenbankpräsidenten vernimmt die Welt mit der gleichen Hingabe wie einen päpstlichen Segen. Einen Unterschied zwischen der Anbetung des Geldes und der eines Gottes gibt es aber doch: In gewisser Weise sind die Religionen ehrlicher.

Nehmen wir beispielsweise die Katholiken. Hier ist klar: Der Papst sitzt in Rom und ist das Oberhaupt der Kirche. Die Struktur der kirchlichen Macht liegt offen, wenn man davon absieht, dass auch die Kir-

che dem «Mammon» huldigt und aus diesem Grund ihre Machtstrukturen zu verstecken sucht. Bei den anderen christlichen Religionsgemeinschaften ist es nicht ganz so einfach, aber dennoch halbwegs durchschaubar.

Beim Geld ist es ganz anders. Hier wird vollkommen verschleiert, wo das Zentrum der Macht zu finden ist. Es gibt zwar einige Gallionsfiguren – etwa Notenbankpräsidenten -, aber das sind nicht diejenigen, die wirklich die Macht über das Geld ausüben. Wer das ist, bleibt geheim. Das Einzige, was jeder weiss, ist, dass London der Finanzplatz Nummer eins ist. Worldwide.

Wie eine Religion verlangt das Weltfinanzsystem Vertrauen der Menschen in seine Weisheit. Und es bleibt, ebenso wie bei einer Religion, dem einfachen Menschen nichts anderes übrig, als zu vertrauen, auch wenn er seine Zweifel hat. Der Glaube an die Segnungen der Marktwirtschaft und des Geldes ist genauso eine Illusion wie der Glaube an das Paradies. Die moderne westliche Welt wird beherrscht von Kaufleuten und Juristen, also von Menschen, die in den meisten Fällen überhaupt keinen Bezug haben zu soliden handwerklichen Tätigkeiten. Das ist nicht gut, denn hier dürfte der Grund dafür zu suchen sein, weshalb die meisten von ihnen keinen Respekt vor der Arbeit der produzierenden Bevölkerung haben. Nur so kann ich mir ihr oftmals skrupelloses Handeln erklären.

Das moderne Europa braucht keine grossen Armeen mehr – ebenso wenig wie der Rest der Welt, wenn er keine Eroberungsfeldzüge starten will. Zwar hat man die Wehrpflicht inzwischen abgeschafft, doch man hat versäumt, sie durch ein soziales (Pflicht-) Jahr zu ersetzen. Es wäre wünschenswert, wenn alle jungen Menschen, Männer wie Frauen und ohne Ansehen ihres sozialen Standes, die Arbeit auf einem Bauernhof oder in sozialen Diensten kennenlernten. Das würde den Respekt für die «einfachen» Tätigkeiten fördern, und vielleicht würde der eine oder andere später nicht mehr so leichtfertig sein Einkommen «heraufschrauben» zulasten derjenigen, welche die Arbeit leisten, die die Grundlage des Einkommens der Kaufleute ist.

Der quasireligiöse Hegemonialanspruch des marktwirtschaftlich-demokratischen Systems wird natürlich von denjenigen am ehesten wahrgenommen, die von ihm noch nicht vereinnahmt worden sind. Das ist vor allem die islamische Welt. Nachdem der Islam selbst einen Ausbreitungsanspruch hat, ist es logisch, dass er sich bedroht fühlen muss. Es gibt einfach einige Paradigmen in der westlichen Weltanschauung, die mit dem Islam nicht vereinbar sind, und deshalb müssen wir davon Abstand nehmen, islamischen Kulturen unsere Wertvorstellungen aufzwingen zu wollen. Nur so kann ein friedliches Einvernehmen wiedergewonnen werden. Die Welt darf unterschiedlich sein! Das Einzige, was einzufordern wäre, ist die Freiheit der Wahl, wo und wie man leben will. Das sollte offensiv unterstützt werden.

Diese Wahl haben wir in den westlichen Demokratien nur noch sehr eingeschränkt. Sie möchten auf den ersten Blick widersprechen? Betrachten wir die Realität: In den meisten demokratischen Ländern dürfen wir ein- und ausreisen, wie es uns beliebt. So weit, so gut. Doch wenn es darum geht, dass wir mit den Zuständen in einem Land nicht zufrieden sind, wohin sollen wir dann gehen? Die Bedingungen in den westlichen Industrieländern sind sich derart ähnlich, dass man keine wesentliche Veränderung erfahren kann, wenn man in ein anderes Land wechselt. Also bleibt nur noch übrig, in ein exotisches, unterentwickeltes Land zu wechseln, was allerdings nur in Ausnahmefällen erstrebenswert ist. Und damit haben die westlichen Demokratien genau das erreicht, was der Kommunismus hätte erreichen müssen, um überleben zu können, und was ihm – Gott sei Dank! – nicht gelungen ist.

Bis vor etwa zwanzig Jahren waren noch Unterschiede zwischen den Demokratien erkennbar. Seit 1990, mit Beginn der Globalisierung, werden diese Unterschiede immer mehr egalisiert. Die ganze Welt musste sich den angloamerikanischen Standards unterwerfen, und es ist durchaus der Mühe wert, einmal darüber nachzudenken, ob dieser Vorgang nicht ganz bewusst eingeleitet worden ist mit eben dem Ziel, dass man aus dem «Experiment Sowjetunion» gelernt hat, die Welt von Orten zu säubern, die eine ernsthafte Alternative zum angloamerikanischen System bieten könnten.

Und noch eine weitere Erkenntnis wird aus diesem Experiment angewandt: Willst du deinen Bürgern etwas nehmen, etwa ein Stück ihrer Freiheit oder ihrer Rechte oder ihres Besitzstandes, so lenke ihren Blick nach aussen! Begründe alles, was deine Bürger nicht freiwillig akzeptieren wollen, mit äusseren Zwängen. Am geeignetsten für diesen Zweck ist eine andauernde Bedrohung, die nach Bedarf in beliebiger Grösse abgerufen werden kann. Und selbstverständlich darfst du keinen Zweifel daran lassen, dass alles, was geschieht, ausschliesslich zum Vorteil des Bürgers ist und seiner Sicherheit dient. Halte deine Bürger beständig in Angst und Unsicherheit.

Genau nach diesem Schema wurden die Bürger der Sowjetunion über Jahrzehnte hinweg von einem offenen Aufstand abgehalten. Jetzt wird diese Strategie im Westen praktiziert – natürlich verfeinert und nicht mehr ganz so offensichtlich, das moderne Verfahren ist wesentlich vielschichtiger. Die Globalisierung dient als Argument des äusseren Zwangs, Sozialsysteme abzubauen. Die Juden und Israel werden doppelt eingesetzt: zum einen, um einen internen Störfaktor zu suggerieren, und zum anderen, um den Konflikt im Nahen Osten «am Kochen» zu halten. Mit dem internen Störfaktor meine ich vor allem, dass durch die plakative Verbindung zwischen Israel und dem Weltjudentum – was immer das ist – suggeriert wird, dass eine besondere Gefährdung für die westlichen Länder seitens der Islamisten besteht, wann immer sich ein Land solidarisch mit seiner jüdischen Bevölkerung erklärt oder Israel unterstützt.

Als besonders bemerkenswert empfinde ich es, dass gerade in den Ländern, die am offensivsten die Verbreitung der Werte der Demokratie fordern, eben diese Werte mehr und mehr missachtet werden. In den USA und England sind unter dem Hinweis auf terroristische Gefährdung demokratisch-rechtsstaatliche Grundrechte einfach abgeschafft worden. Beide Staaten unterhalten mittlerweile private Armeen von beachtlicher Grösse. Allein im Irak operieren geschätzte 120.000 Söldner, die nur ihrem privaten Arbeitgeber unterstellt sind. Der bekannteste Name ist hier «Blackwater» – inzwischen umbenannt in «Academy». **Es ist schon beachtlich, dass die militärische Präsenz der USA im Irak von einer Privatarmee unterstützt wird, die in ihrer Grösse fast an die der offiziellen Armee heranreicht.** Das Be-

denkliche an dem Vorgang ist, dass der Einsatz der Soldaten solcher Privatarmeen keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Das Treiben von Privatarmeen braucht sich auch nicht um irgendwelche Konventionen zu kümmern, weil sie keine offiziellen Kriegsteilnehmer sind. Sie sind meist auch nicht so einfach zu identifizieren, weil sie nur selten Uniformen tragen.

Allein die Existenz solcher Privatarmeen spricht jedem rechtsstaatlichen Prinzip Hohn, weil das Gewaltmonopol des Staates damit ausser Kraft gesetzt wird. Die Krönung aber ist, dass eine solche Privatarmee im Auftrag eines demokratischen Staates agiert. So kämpfen im Irak Söldner, deren Einsatz weder vom amerikanischen Senat noch von irgendeiner demokratischen Kontrollinstanz legitimiert ist, Seite an Seite mit der offiziellen Armee. Man muss sich dessen bewusst sein, dass der Einsatz der Söldner die Entscheidung einer Privatperson ist, weil grundsätzlich jede Entscheidung, die nicht durch ein demokratisches Gremium legitimiert ist, eben die Entscheidung einer Privatperson ist. Die Implikationen sind eigentlich unglaublich: Im Mutterland der Demokratie darf ein Privatmann seine private Armee damit beauftragen, in einem fremden Land Menschen zu töten, und dafür wird er von eben diesem demokratischen Staat bezahlt. Allein diese Tatsache zeigt, dass sich die Führer der grössten Demokratien der Welt in keiner Weise um demokratische Regeln scheren.

Auch England setzt Privatarmeen ein. Es wäre schon interessant zu erleben, wie ein unabhängiges internationales Gericht den Einsatz der Privatarmeen beurteilen würde. Aber das kann nicht stattfinden, da die USA und England vorsorglich kategorisch erklärt haben, dass sie sich einer solchen Beurteilung nicht stellen werden.

Die umfassende, geschickte Kontrolle der Informationsstreuung respektive der Informationsunterdrückung durch das angloamerikanische Kapital verhindert eine breite Diskussion über die Rechtmässigkeit der amerikanischen Politik. Sie kann zwar nicht vollständig unterbinden, dass belastende Umstände bekannt werden, aber sie kann weitgehend verhindern, dass darüber diskutiert wird, Sanktionen gegen die USA und ihre Helfer zu verhängen. Genau das wäre aber notwendig, um dem imperialen Treiben des angloamerikanischen Kapitals Einhalt zu gebieten. Ein Verbrecher, dem es immer wieder ge-

lingt, einer Bestrafung für seine Verbrechen zu entgehen, wird zunehmend skrupelloser. Deswegen erachte ich es als unverzichtbar, die Geschichte des 20. Jahrhunderts vorbehaltlos aufzuarbeiten.

Das Ziel darf dabei nicht sein, irgendwelche Bestrafungen zu fordern oder neue Feindbilder zu schaffen. Wir leben in der Welt, wie sie eben ist – an diesem Fakt können wir nichts ändern. Aber wir haben die Pflicht, die Zukunft nach bestem Wissen und Gewissen zu gestalten. Benjamin Disraeli hat bereits vor mehr als hundert Jahren sehr weise folgende Erkenntnis formuliert: *«Je grösser das Wissen eines Mannes um das ist, was getan worden ist, desto grösser wird seine Kraft sein zu wissen, was zu tun ist.»* Das entspricht meiner persönlichen Erfahrung: Je umfassender das Wissen eines Menschen über die Vergangenheit ist, desto weniger neigt er dazu, pauschale Verurteilungen zu vertreten.

Meine Reisen haben mich oft nach Frankreich und nach Israel geführt. Dabei ist mir aufgefallen, dass es in beiden Ländern eine geteilte Meinung über die Deutschen gibt. In Frankreich ist besonders auffällig, dass die unterschiedliche Meinung über die Deutschen regional bedingt ist. In dem Teil, der nicht von der Wehrmacht besetzt war, neigen die Franzosen eher zu einer negativen Haltung gegenüber den Deutschen. Die Menschen in Regionen, die unter deutscher Besetzung standen, empfangen Deutsche dagegen vielfach wesentlich freundlicher. Dort findet man auch vermehrt Franzosen, welche die deutsche Sprache erlernt haben. Das muss auf den ersten Blick absurd erscheinen, wenn man dem allgemein propagierten Bild folgt, das über die Deutschen verbreitet worden ist. Deshalb habe ich «meine» Franzosen immer wieder und in so grosser Zahl gefragt, wie das zustande kommt, sodass ich die Ergebnisse durchaus als empirisch und wissenschaftlich relevant bezeichne. Die Erklärung des «Erbfeindes» war einfach: Die Franzosen haben die deutschen Besatzer in aller Regel nicht nur als korrekt kennengelernt, sondern auch als höflich – und respektvoll. (Beachten Sie dazu auch Anlage 1.⁷²) Ebenso wurde mir voll Hochachtung davon berichtet, dass deutsche

72 Anlage 1, S.364: Man beachte den letzten Absatz über die Broschüre, die amerikanischen Soldaten ausgehändigt worden ist (dt. Übers. S. 365 oben).

Soldaten darum gebeten haben, wenn sie Nahrungsmittel von den Bauern kaufen wollten, anstatt sie sich einfach mit dem Recht des Besatzers zu nehmen.

Deutsche Soldaten erfreuten sich an der Lebensweise und an der Kultur der Franzosen. Sie versuchten mehr, sich zu integrieren, und weniger, mit arroganter Dominanz aufzutreten. Selbstverständlich gab es auch unrühmliche Ausnahmen. Die Zerstörungen, die Frankreich im Zweiten Weltkrieg erleiden musste, sind überwiegend durch den Vormarsch der Alliierten entstanden. Diese haben durch Flächenbombardements Dörfer und kleine Städte zerstört, während auf Paris nicht eine deutsche Bombe gefallen ist. All das wissen nicht nur die Franzosen, die den direkten Kontakt mit den Deutschen erlebten und bis heute pflegen.

Im Gegensatz dazu ist das Bild von den Deutschen in den übrigen Gebieten Frankreichs weithin durch negative Propaganda geprägt. Die Menschen dort hatten keine Möglichkeit, sich ein eigenes Urteil aus persönlichem Erleben zu bilden. Dabei müsste ihnen eigentlich bewusst sein, dass es für Deutschland ein Leichtes gewesen wäre, ganz Frankreich zu besetzen und damit den Schulterschluss mit dem Franco-Regime in Spanien herzustellen. Dass das nicht geschehen ist, ist der Beweis dafür, dass der Frankreichfeldzug eben kein Eroberungsfeldzug war, sondern die Antwort auf die französische Kriegserklärung. Die dauerhafte Besetzung der Kanalküste war eine strategische Notwendigkeit, solange die Kriegserklärung Englands bestand.

Meine Erfahrungen in Israel sind ähnlich. Als Deutschem schlugen einem entweder offene Abneigung entgegen oder Freundschaft und Verständnis. Nach meinem Empfinden hält sich das in etwa die Waage, was mich erstaunt hat. In Israel bin ich das erste Mal mit der Auffassung konfrontiert worden, dass die Deutschen und die Israelis eigentlich gute Freunde sein müssten, weil sie beide Opfer der Politik Englands geworden sind. Das war 1976 und ich konnte damals diesen Gedankengang in keiner Weise nachvollziehen. Mein Geschichtsbild war zu jener Zeit noch weitgehend geprägt von dem, was in Deutschland offizielle Lehre ist. Es ist der Verdienst dieser Israeli, mein Bewusstsein für die Geschichte erweitert und geschärft zu haben, wofür ich sehr dankbar bin. In späteren Jahren habe ich allmäh-

lich verstehen gelernt, wovon die Israeli sprachen, und mit diesem besseren Verständnis war ich dann auch offener für die Botschaften, die ich in diversen Gesprächen erhielt. Ich habe gelernt, dass es eine natürliche Feindschaft zwischen Juden und Deutschen nicht gibt. Dazu noch ein Beispiel:

Richard Sonnenfeldt war Chefdolmetscher der Alliierten bei den Nürnberger Prozessen. In einem Fernsehinterview hat er über sein Leben berichtet: Als deutscher Jude in Ostpreussen geboren und aufgewachsen, hat er miterlebt, wie seine Familie Ende der 1930er- Jahre aus Deutschland auswandern wollte. Seitens der Deutschen gab es diesbezüglich kein Problem, die Familie hätte das Land jederzeit verlassen dürfen. **Das Problem bestand darin, dass kein Land die Familie Sonnenfeldt aufnehmen wollte.** So musste sie vorerst in Deutschland bleiben. Immerhin ist es der Familie gelungen, den halbwüchsigen Richard nach England auf ein Internat zu schicken – auch hierbei gab es kein Problem mit den deutschen Behörden. Der junge Richard bekam aber in England Probleme. 1940 wurde er des Internats verwiesen und interniert, weil er ein Deutscher war. Erst in den 1940er-Jahren erbarmte sich Schweden, die Familie Sonnenfeldt einreisen zu lassen. Von dort aus fand sie schliesslich ihren Weg nach Amerika, wo Richard dann auch nach langen Jahren zu seiner Familie stossen konnte. Ich empfand es sehr beeindruckend, dass Richard Sonnenfeldt während seines Interviews mehrmals betonte, dass er persönlich keinen Groll gegen die Deutschen hege. Und das, obwohl er im Zuge seiner Tätigkeit bei den Nürnberger Prozessen ein exklusives Wissen erworben haben muss – oder vielleicht gerade deswegen? Darüber hat er sich ausgeschwiegen.

Diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, wie sehr man das Verhältnis von Menschen untereinander vergiften kann; Propaganda und Geschichtsklitterung sind die Hebel. Sie zeigen ebenso, wie leicht sich scheinbar unüberbrückbare Differenzen in nichts auflösen können, wenn die Menschen die Wahrheit erfahren.

Nichts ist schädlicher für den Umgang der Menschen untereinander als die Tabuisierung von Themen oder die Unterdrückung einer offenen Auseinandersetzung mit der Geschichte. In dem Augenblick,

in dem man eine freie Meinungsäußerung in Bezug auf ausgewählte Themen verbietet, schafft man Raum für unausgegrenzte Spekulationen, die das Denken der Menschen vergiften. Und immer dann, wenn die Sprache oder das Denken mit politischer Korrektheit vergewaltigt werden, bedeutet das, dass es sich um ein Thema handelt, dessen Aufarbeitung verhindert werden soll. Solange die offene Sprache tabuisiert ist, wird es unterschwellige, ungelöste Konflikte geben. Wie etwa kann das Verhältnis zu einem Neger unverkrampft sein, wenn man ihn nicht «Neger» nennen darf? Das Wort an sich ist wertfrei. Wenn man den Gebrauch des Wortes tabuisiert, bedeutet das, dass der Stand eines Negers in der Gesellschaft nicht unproblematisch ist. Daran ändert sich auch nichts, wenn man ihm einen neuen Namen zuweist. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das neue Wort den Status des alten komplett übernommen hat. Dann muss man sich wieder ein Neues ausdenken, das über kurz oder lang abermals untauglich wird. Besser wäre es, das Problem als solches offenzulegen und durch eine Diskussion, soweit eben möglich, zu bereinigen.

Wie absurd die Vergewaltigung der Sprache werden kann, habe ich in Amerika erfahren. Damals war ich noch Flugkapitän und sass mit meiner Crew in Chicago beim Abendessen. Zu dieser Crew gehörte ein Steward, dessen Vorfahren eindeutig aus Afrika stammten. Es war ein netter Abend und wir bekamen Kontakt mit den Amerikanern am Nebentisch. Da kam mir der Gedanke, meinen amerikanischen Gesprächspartner zu fragen, mit welchem Begriff er denn meinen schwarzen Kollegen beschreiben könnte. Die Antwort kam sofort: «African-American» (dt.: Afroamerikaner), was die derzeit politisch korrekte Bezeichnung für einen Neger in Amerika ist. Der arme Amerikaner verstand sehr schnell, dass dieser Begriff für meinen Kollegen nicht zutreffend sein konnte, denn dieser war schliesslich kein Amerikaner, doch einen anderen Begriff kannte er nicht. Die politische Korrektheit hat ihm somit die Möglichkeit genommen, einen Menschen einfach mit einem Wort zu beschreiben.

Was ich mit diesem Beispiel aufzeigen will, ist Folgendes: Durch die Tabuisierung des Sprachgebrauchs ist ein Problem entstanden, für das es auf absehbare Zeit keine Lösung gibt. Es ist ein Irrglaube, mit der Tabuisierung des Sprachgebrauchs oder von Themen irgend-

welche Probleme lösen zu können, man wird im Gegenteil nur neue schaffen.

Wenn in Deutschland jemand seiner Meinung Ausdruck verleiht, dass er keine Juden mag, wird er sogleich als Antisemit abgeurteilt und sein Tabubruch wird ihn gesellschaftlich ächten. Das ist nicht förderlich für das Selbstverständnis der Gesellschaft. Es wäre besser, ihn nach seinen Gründen zu fragen. Nur so wäre er gezwungen, über seine Motive nachzudenken und vor allem für sich selbst zu definieren, was zu seiner ablehnenden Haltung geführt hat. Er müsste seine Meinung verteidigen und würde dabei höchstwahrscheinlich erkennen, dass er seine pauschale Abneigung nur schwer rational begründen kann. Diesen Erkenntnisprozess verhindert man aber, wenn man die Diskussion von vornherein nicht zulässt – der Antisemit wird einer bleiben.

Gewiss bin ich weder der Erste noch der Einzige, der zu dieser Erkenntnis gefunden hat, und es ist leider zu vermuten, dass es gar nicht erwünscht ist, das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen zur alten Freundschaft zurückzuführen. Hier darf man wohl Norman Finkelstein folgen, wenn er die These vertritt, dass die Konflikte um die Juden und um Israel vorsätzlich gepflegt werden. Dabei muss man noch etwas anderes bedenken: den Konflikt der Juden untereinander.

Wie ich bereits erwähnt habe, ist das Verhältnis zwischen aschkenasischen und sephardischen Juden nicht nur freundlich. Eigentlich verbietet die Lehre des jüdischen Glaubens ihren Mitgliedern, sich untereinander zu betrügen oder zu schaden. Nun beschreibt Israel Zangwill bereits vor hundert Jahren in seinem amüsanten Buch «Der König der Schnorrer»⁷³, wie ein Sephardim einen Aschkenasim zu betrügen versucht. Er tut das ohne religiöse Skrupel, weil er den Aschkenasim eben nicht als «echten» Juden anerkennt. Die zwei erweisen sich als ebenbürtig, und die Geschichte gipfelt darin, dass es – oh Schande! – zu einer Hochzeit zwischen Aschkenasim und Sephardim kommt. Ein lesenswertes Buch, das auf unterhaltsame Weise tiefe Einblicke in die Konflikte unter den Juden vermittelt. Spätestens nach

73 Zangwill, Israel: Der König der Schnorrer. Zürich: Manesse Verlag, 2006.

der Lektüre dieses Buches sollte man begriffen haben, dass es grundsätzlich falsch ist, von «den Juden» zu sprechen.

Die Gruppe der Sephardim muss dabei noch einmal differenziert betrachtet werden. Sie ist zu unterteilen in jene, die sich in den westlichen Ländern integriert haben, und jene, die in den Ländern Arabiens und Afrikas leb(t)en. Die erste, numerisch ziemlich kleine Gruppe blickt auf den Rest herab und betrachtet die Aschkenasim eher als barbarisch. Die Aschkenasim wiederum blicken auf die Sephardim aus dem arabisch-afrikanischen Raum herab. Wenn man unter diesen Aspekten versucht zu analysieren, wer was tut unter dem Überbegriff «Juden», fällt eines auf: Die Sephardim stehen im Verhältnis zur Macht meist ganz oben, erst ab der zweiten Ebene kommen Aschkenasim zum Einsatz. Es kommt mir manchmal so vor, als ob die Aschkenasim die sichtbare Arbeit für die Sephardim leisten müssen – Morgenthau für Roosevelt, ein Heer von Bankern für Rothschild, Greenspan für das FED, Roger Schawinski für Chaim Saban ... Dadurch kann der Eindruck entstehen, dass es eine jüdische Weltverschwörung gibt, die die Geschicke der Welt in ihrem Sinne lenkt. Das sehe ich anders.

Die hochrangigen Sephardim sind bestenfalls als Gleiche unter viel mehr Gleichen zu betrachten, die keine Juden sind. Sie sind in aller Regel Juden, die sich perfekt integriert und grundsätzlich kein Interesse daran haben, ihr Heimatland mit Ziel Israel zu verlassen. Aber sie sind durchaus geeignet, ihre Glaubensbrüder zu leiten. Ich denke, sie sind einfach Mitglieder einer Machtclique, die mehrheitlich nicht aus Juden besteht; aber weil sie selbst Juden sind, fällt ihnen die Aufgabe zu, andere Juden für die Ziele dieser Machtclique einzuspannen. Dadurch entsteht der Eindruck einer jüdischen Verschwörung. Das verhindert wiederum, dass die wahren Hintermänner ans Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten. Das klingt jetzt natürlich wieder wie eine Verschwörungstheorie, aber es ist keine jüdische mehr, auch wenn es eine Verschwörung bleibt. An dieser Stelle muss man sich Gedanken über Macht im Allgemeinen machen.

Wenn die Lenker eines Staates oder eines Unternehmens gemeinsam durch ihr Handeln oder ihre Planungen einen Vorteil zu erlangen suchen, wird das in aller Regel nicht als «Verschwörung» bezeichnet.

Selbst wenn Geheimpolitik betrieben wird, spricht man noch nicht unbedingt von einer solchen. Erst wenn eine geschlossene Gruppe zum Nachteil vieler anderer und unter Vortäuschung falscher Tatsachen vorsätzlich ihren Vorteil zu erlangen sucht, könnte man von einer Verschwörung sprechen. Besonders dann, wenn diese Gruppe damit operiert, andere gegeneinander aufzuhetzen und die Schuld auf andere abzuwälzen.

So gesehen, darf man von einer Verschwörung der angloamerikanischen Politik gegen den Rest der Welt sprechen. Dabei muss man aber sofort differenzieren: Es sind niemals «die Engländer» oder «die Amerikaner», die dafür verantwortlich gemacht werden können. Die Menschen in England wie auch die in den Vereinigten Staaten haben letztlich genauso unter der Politik ihrer Führer zu leiden. Und es sind auch nicht die törichten, willigen Helfer, die wegen eines persönlichen Vorteils das Geschäft der wenigen machtbesessenen «Häuptlinge» ermöglichen. Sie alle sind letztlich Opfer, die in ihrer persönlichen Gier nicht erkennen können, für wessen Ziele sie sich eigentlich schuldig machen.

In England hat es eine sehr lange Tradition, die Gesellschaft aufzuteilen in eine kleine Machtelite und den «Rest». Die Zirkel dieser Machtelite sind nicht zugänglich für irgendeinen Aussenseiter. Mit derselben Exklusivität haben sie sich auch in Nordamerika etabliert. Wie geschlossen dieses System ist, kann man an den Worten von Donald Trump erkennen, von dem man annehmen sollte, dass er wegen seines Reichtums dazugehört. Er hat gesagt, dass er eben nicht als Mitglied in die «obere Gesellschaft» aufgenommen wurde. Offensichtlich gehört doch mehr dazu, als nur Geld in rauen Mengen zu besitzen. Ich denke, wenn man davon sprechen will, dass eine Gruppe mit verschwörungsähnlichem Charakter die Geschicke der Welt massgeblich beeinflusst, muss man diese als eine englisch-amerikanische Gruppe sehen, in die einige Menschen jüdischer Abstammung Aufnahme gefunden haben.

Die Juden, die Deutschen, die Araber, die Russen, die Polen, die Japaner, letztlich die ganze Welt, sie alle sind Opfer jener Politik geworden, die vom British Empire ausgegangen ist. Es liegt mir fern, irgendeine Art der Bestrafung dafür zu fordern. England und vor allem die USA werden genug gestraft sein, wenn die Welt irgendwann ihre

Torheit aufgibt, ihnen ihren Luxus und ihren Imperialismus weiter zu finanzieren. Man wird im Gegenteil darüber nachdenken müssen, wie den einfachen Bürgern der USA zu helfen ist, den Zusammenbruch ihres Finanzsystems einigermaßen unbeschadet zu überstehen. Die Menschheit muss erkennen, dass die Konflikte dieser Welt die Folge einer selbstsüchtigen, intriganten Politik sind. Mit dieser Erkenntnis kann es möglich sein, diese Konflikte zu überwinden und zum Frieden zu finden. Vergessen wir nicht, wie viele Chancen der Welt für ihre Entwicklung durch den sinnlosen Tod von Millionen Menschen geraubt worden sind. Jeder dieser Menschen hätte die Idee in sich tragen können für eine geniale Erfindung oder für eine bessere Gesellschaftsform. Es ist die dümmste Methode, andere Länder samt ihren Bewohnern mit Tod und Verderben zu überziehen, um die eigene Überlegenheit zu sichern, denn damit verhindert man Entwicklungen, die einem selbst hilfreich sein könnten. Die Zerstörung Deutschlands und das darauffolgende Verbot von Spitzenforschung hat Europa in seiner Entwicklung um viele Jahre zurückgeworfen. Auch für die Zukunft gilt: Jeder einzelne Tote ist ein Verlust für die ganze Welt. Es gibt keinen gerechten Mord und es gibt kein «unwertes» Leben.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat vor nicht allzu langer Zeit die Demokratie als alles andere als optimal bezeichnet. Er hat aber auch gesagt, dass wir im Moment nichts Besseres haben. Dem schliesse ich mich an. Wir müssen nur aufhören, weitere Entwicklungen zu verbieten, indem wir der Demokratie den Status einer Religion geben. Die Demokratie könnte jetzt schon besser sein, wenn ihr ein demokratisches Wirtschaftssystem zur Seite stünde. Geld regiert die Welt – das Geldsystem der Welt ist aber nicht demokratisch, also wird diese tatsächlich nicht demokratisch regiert. Und genau hier wird man ansetzen müssen – für einen Weg zu einer besseren Welt.

Anlagen

Anlage 1:

In «Eisenhower's Death Camps»: A U.S. Prison Guard remembers. They never taught this in history class...

by Martin Brech, Institute for Historical Review

This essay was originally published in The Journal of Historical Review, Summer 1990 (Vol. 10, No. 2), pp. 161-166.

Der vorliegende (überarbeitete) Text wurde online entnommen aus: <http://truthstreammedia.com/in-eisenhowers-death-camps-a-u-s-prison-guard-remembers/?print=print>.

In October 1944, at age eighteen, I was drafted into the U.S. army. Largely because of the «Battle of the Bulge», my training was cut short, my furlough was halved, and I was sent overseas immediately. Upon arrival in Le Havre, France, we were quickly loaded into box cars and shipped to the front. When we got there, I was suffering increasingly severe symptoms of mononucleosis, and was sent to a hospital in Belgium. Since mononucleosis was then known as the «kissing disease», I mailed a letter of thanks to my girlfriend.

By the time I left the hospital, the outfit I had trained with in Spartanburg, South Carolina, was deep inside Germany, so, despite my protests, I was placed in a «repo depot» (replacement depot). I lost interest in the units to which I was assigned, and don't recall all of them: non-combat units were ridiculed at that time. My separation qualification record states I was mostly with Company C, 14th Infantry Regiment, during my seventeen-month stay in Germany, but I remember being transferred to other outfits also.

In late March or early April 1945, I was sent to guard a POW camp near Andernach along the Rhine. I had four years of high school German, so I was able to talk to the prisoners, although this was forbidden. Gradually, however, I was used as an interpreter and asked to ferret out members of the S.S. (I found none.)

In Andernach about 50,000 prisoners of all ages were held in an open field surrounded by barbed wire. The women were kept in a separate enclosure that I did not see until later. The men I guarded had

no shelter and no blankets. Many had no coats. They slept in the mud, wet and cold, with inadequate slit trenches for excrement. It was a cold, wet spring, and their misery from exposure alone was evident.

Even more shocking was to see the prisoners throwing grass and weeds into a tin can containing a thin soup. They told me they did this to help ease their hunger pains. Quickly they grew emaciated. Dysentery raged, and soon they were sleeping in their own excrement, too weak and crowded to reach the slit trenches. Many were begging for food, sickening and dying before our eyes. We had ample food and supplies, but did nothing to help them, including no medical assistance.

Outraged, I protested to my officers and was met with hostility or bland indifference. When pressed, they explained they were under strict orders from «higher up.» No officer would dare do this to 50,000 men if he felt that it was «out of line», leaving him open to charges. Realizing my protests were useless, I asked a friend working in the kitchen if he could slip me some extra food for the prisoners. He too said they were under strict orders to severely ration the prisoners' food, and that these orders came from «higher up». But he said they had more food than they knew what to do with, and would sneak me some.

When I threw this food over the barbed wire to the prisoners, I was caught and threatened with imprisonment. I repeated the «offense», and one officer angrily threatened to shoot me. I assumed this was a bluff until I encountered a captain on a hill above the Rhine shooting down at a group of German civilian women with his .45 caliber pistol. When I asked, «Why?», he mumbled, «Target practice», and fired until his pistol was empty. I saw the women running for cover, but, at that distance, couldn't tell if any had been hit.

This is when I realized I was dealing with cold-blooded killers filled with moralistic hatred. They considered the Germans subhuman and worthy of extermination; another expression of the downward spiral of racism. Articles in the G.I. newspaper, Stars and Stripes, played up the German concentration camps, complete with photos of emaciated bodies. This amplified our self-righteous cruelty, and made it easier to imitate behavior we were supposed to oppose. Also, I think, soldiers

not exposed to combat were trying to prove how tough they were by taking it out on the prisoners and civilians.

These prisoners, I found out, were mostly farmers and workingmen, as simple and ignorant as many of our own troops. As time went on, more of them lapsed into a zombie-like state of listlessness, while others tried to escape in a demented or suicidal fashion, running through open fields in broad daylight towards the Rhine to quench their thirst. They were mowed down.

Some prisoners were as eager for cigarettes as for food, saying they took the edge off their hunger. Accordingly, enterprising G.I. «Yankee traders» were acquiring hordes of watches and rings in exchange for handfuls of cigarettes or less. When I began throwing cartons of cigarettes to the prisoners to ruin this trade, I was threatened by rank-and-file G.I.s too.

The only bright spot in this gloomy picture came one night when. I was put on the «graveyard shift», from two to four a.m. Actually, there was a graveyard on the uphill side of this enclosure, not many yards away. My superiors had forgotten to give me a flashlight and I hadn't bothered to ask for one, disgusted as I was with the whole situation by that time. It was a fairly bright night and I soon became aware of a prisoner crawling under the wires towards the graveyard. We were supposed to shoot escapees on sight, so I started to get up from the ground to warn him to get back. Suddenly I noticed another prisoner crawling from the graveyard back to the enclosure. They were risking their lives to get to the graveyard for something. I had to investigate.

When I entered the gloom of this shrubby, tree-shaded cemetery, I felt completely vulnerable, but somehow curiosity kept me moving. Despite my caution, I tripped over the legs of someone in a prone position. Whipping my rifle around while stumbling and trying to regain composure of mind and body, I soon was relieved I hadn't reflexively fired. The figure sat up. Gradually, I could see the beautiful but terror-stricken face of a woman with a picnic basket nearby. German civilians were not allowed to feed, nor even come near the prisoners, so I quickly assured her I approved of what she was doing, not to be afraid, and that I would leave the graveyard to get out of the way.

I did so immediately and sat down, leaning against a tree at the edge of the cemetery to be inconspicuous and not frighten the pris-

oners. I imagined then, and still do now, what it would be like to meet a beautiful woman with a picnic basket under those conditions as a prisoner. I have never forgotten her face.

Eventually, more prisoners crawled back to the enclosure. I saw they were dragging food to their comrades, and could only admire their courage and devotion.

On May 8, V. E. Day [1945], I decided to celebrate with some prisoners I was guarding who were baking bread the other prisoners occasionally received. This group had all the bread they could eat, and shared the jovial mood generated by the end of the war. We all thought we were going home soon, a pathetic hope on their part. We were in what was to become the French zone [of occupation], where I soon would witness the brutality of the French soldiers when we transferred our prisoners to them for their slave labor camps.

On this day, however, we were happy. As a gesture of friendliness, I emptied my rifle and stood it in the corner, even allowing them to play with it at their request. This thoroughly «broke the ice», and soon we were singing songs we taught each other, or that I had learned in high school German class («Du, du, liegst mir im Herzen»). Out of gratitude, they baked me a special small loaf of sweet bread, the only possible present they had left to offer. I stuffed it in my «Eisenhower jacket», and snuck it back to my barracks, eating it when I had privacy. I have never tasted more delicious bread, nor felt a deeper sense of communion while eating it. I believe a cosmic sense of Christ (the Oneness of all Being) revealed its normally hidden presence to me on that occasion, influencing my later decision to major in philosophy and religion.

Shortly afterwards, some of our weak and sickly prisoners were marched off by French soldiers to their camp. We were riding on a truck behind this column. Temporarily, it slowed down and dropped back, perhaps because the driver was as shocked as I was. Whenever a German prisoner staggered or dropped back, he was hit on the head with a club and killed. The bodies were rolled to the side of the road to be picked up by another truck. For many, this quick death might have been preferable to slow starvation in our «killing fields».

When I finally saw the German women held in a separate enclosure

I asked why we were holding them prisoner. I was told they were «camp followers», selected as breeding stock for the S.S. to create a super-race. I spoke to some, and must say I never met a more spirited or attractive group of women. I certainly didn't think they deserved imprisonment.

More and more I was used as an interpreter, and was able to prevent some particularly unfortunate arrests. One somewhat amusing incident involved an old farmer who was being dragged away by several M.P.s. I was told he had a «fancy Nazi medal», which they showed me. Fortunately, I had a chart identifying such medals. He'd been awarded it for having five children!

Perhaps his wife was somewhat relieved to get him «off her back», but I didn't think one of our death camps was a fair punishment for his contribution to Germany. The M.P.s agreed and released him to continue his «dirty work».

Famine began to spread among the German civilians also. It was a common sight to see German women up to their elbows in our garbage cans looking for something edible – that is, if they weren't chased away.

When I interviewed mayors of small towns and villages, I was told that their supply of food had been taken away by «displaced persons» (foreigners who had worked in Germany), who packed the food on trucks and drove away. When I reported this, the response was a shrug. I never saw any Red Cross at the camp or helping civilians, although their coffee and doughnut stands were available everywhere else for us. In the meantime, the Germans had to rely on the sharing of hidden stores until the next harvest.

Hunger made German women more «available», but despite this, rape was prevalent and often accompanied by additional violence. In particular I remember an eighteen-year old woman who had the side of her face smashed with a rifle butt, and was then raped by two G.I.s. Even the French complained that the rapes, looting and drunken destructiveness on the part of our troops was excessive.

In Le Havre, we'd been given booklets warning us that the German soldiers had maintained a high standard of behavior with French civilians who were peaceful, and that we should do the same. In this we failed miserably.

(dt. Übersetzung des vorhergehenden Abschnitts: In Le Havre haben wir Broschüren erhalten mit der Warnung/Ermahnung, dass sich die deutschen Soldaten sehr anständig gegenüber friedlichen französischen Zivilisten verhalten haben und wir es ihnen nachtun sollten. In dieser Hinsicht haben wir jämmerlich versagt.)

«So what?» some would say. «The enemy's atrocities were worse than ours.» It is true that I experienced only the end of the war, when we were already the victors. The German opportunity for atrocities had faded, while ours was at hand. But two wrongs don't make a right. Rather than copying our enemy's crimes, we should aim once and for all to break the cycle of hatred and vengeance that has plagued and distorted human history. This is why I am speaking out now, 45 years after the crime. We can never prevent individual war crimes, but we can, if enough of us speak out, influence government policy. We can reject government propaganda that depicts our enemies as subhuman and encourages the kind of outrages I witnessed. We can protest the bombing of civilian targets, which still goes on today. And we can refuse ever to condone our government's murder of unarmed and defeated prisoners of war.

I realize it's difficult for the average citizen to admit witnessing a crime of this magnitude, especially if implicated himself. Even G.I.s sympathetic to the victims were afraid to complain and get into trouble, they told me. And the danger has not ceased. Since I spoke out a few weeks ago, I have received threatening calls and had my mailbox smashed. But it's been worth it. Writing about these atrocities has been a catharsis of feelings suppressed too long, a liberation, that perhaps will remind other witnesses that «the truth will make us free, have no fear.» We may even learn a supreme lesson from all this: only love can conquer all.

About the author:

Martin Brech lives in Mahopac, New York. When he wrote this memoir essay in 1990, he was an Adjunct Professor of Philosophy and Religion at Mercy College in Dobbs Ferry, New York. Brech holds a master's degree in theology from Columbia University, and is a Unitarian-Universalist minister.

Anlage 2:

Bundesdrucksache 15/414

21. Abgeordneter Holger Haibach (CDU/CSU):

«Ist es richtig, dass die Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung wieder Schulden aus Zinsrückständen des Versailler Vertrages von 1919 bedient, und wenn ja, in welcher Höhe wurden solche Zahlungen seit 1990 bis heute geleistet?»

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 30. Januar 2003:

«Ihre Frage bezieht sich auf Schulden, die aus Vorkriegs-Auslandsanleihen des Deutschen Reiches herrühren und oft auch als Reparationsleistungen nach dem Versailler Vertrag bezeichnet werden.

Die Vorkriegs-Auslandsschulden des Deutschen Reiches wurden bis zu Beginn der achtziger Jahre zurückgezahlt; sie bestanden hauptsächlich aus Anleihen, die im Zusammenhang mit den deutschen Reparationsschulden aus dem Ersten Weltkrieg im Ausland aufgenommen wurden. Reparationsschulden des Reiches waren diese Anleihen ihrem Charakter nach zwar nicht, wenngleich sie mit deutschen Reparationsschulden aus dem Ersten Weltkrieg im Zusammenhang standen.

Als wichtigste dieser Vorkriegs-Auslandsanleihen wären die 7% Deutsche Äussere Anleihe von 1924 (Dawes-Anleihe), die 5½% Internationale Anleihe des Deutschen Reiches von 1930 (Young-Anleihe) und die Zündholz- oder Kreuger-Anleihe von 1930 (im Folgenden Kreuger-Anleihe) zu nennen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg machten die drei Westalliierten eine Einigung über die Rückzahlungsbedingungen für die Nachkriegswirtschaftshilfe davon abhängig, dass die Vorkriegs-Auslandsschulden des Reiches einer einvernehmlichen Regelung zugeführt würden, was dann mit dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953 (Londoner Schuldenabkommen – LSchA) geschah.

Die Bundesrepublik Deutschland hat entsprechend den Regelungen des Schuldenabkommens die aus den vorgenannten Anleihen noch valutierenden Schulden getilgt; sie hat dafür insgesamt 1,53

Mrd. DM durch Einlösung der von den Inhabern vorgelegten Bonds aufgewandt. Offen blieben lediglich die Zinsrückstände aus den Jahren 1945 bis 1952, die sich bei der Dawes-Anleihe auf 40,2 Mio. DM, der Young-Anleihe auf 175,8 Mio. DM und bei der Kreuger-Anleihe auf 23,4 Mio. DM beliefen (jeweils Stand: 3. Oktober 1990). Die Entschädigung der Zinsrückstände wurde im Londoner Schuldenabkommen mit Rücksicht auf die Gebietsverluste Deutschlands und der dadurch bedingten Minderung der Wirtschaftskraft bis zu einer Wiedervereinigung zurückgestellt. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990 hat die Bundesregierung die Bedienung der Zinsrückstände aus vorgenannten Anleihen aufgenommen.

Nach dem Londoner Schuldenabkommen sind für diese Zinsrückstände Fundierungsschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von 20 Jahren (Endfälligkeit also 2010) auszugeben, die nach Massgabe der Anlage I LSchA zu erfüllen sind. Die für die Erfüllung der Ansprüche aus den Fundierungen zuständige Bundeswertpapierverwaltung hat von 1990 bis 2002 an Zinsen 73 Mio. DM und für Tilgungen 22 Mio. DM gezahlt.»

22. Abgeordneter Holger Haibach (CDU/CSU):

«Wann ist nach jetzigem Stand mit einer Beendigung dieser Zahlungsverpflichtungen zu rechnen, und bestehen derzeit noch Forderungen aus Reparationsleistungen aufgrund der Folgen des Zweiten Weltkrieges an die Bundesrepublik Deutschland (bitte einzeln auflisten)?»

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Karl Diller vom 30. Januar 2003:

«Nach den bis jetzt vorliegenden Erkenntnissen werden bis zur Endfälligkeit der Fundierungen im Jahre 2010 über 90% der Papiere nach der Dawes- und der Young-Anleihe eingelöst sein. Die Kreuger-Anleihe wurde bereits zu 100% abgelöst. Künftig werden sich die Aufwendungen für die Tilgung dieser Schulden erheblich verringern. Eine Frist für die Einlösung solcher Fundierungen ist nicht vorgesehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es – zumindest für die Bundesrepublik Deutschland – keine dem Versailler Vertrag vergleichbaren Reparationsregelungen und damit auch keine nachvollziehbaren längerfri-

stigen Reparationszahlungen gegeben. Vielmehr haben die Siegermächte einseitig Reparationen entnommen, die insgesamt gesehen ein Mehrfaches des von der Potsdamer Konferenz ursprünglich in Aussicht genommenen Gesamtumfangs ausmachen.

Im Rahmen der Deutschen Einigung wurde der Vertrag über die abschliessende Regelung in Bezug auf Deutschland – der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag – abgeschlossen. Die Bundesregierung hat diesen Vertrag in dem Verständnis abgeschlossen, dass damit auch die Reparationsfrage endgültig erledigt ist. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag sieht keine weiteren Reparationen vor.»

Anlage 3:
Executive Order 11110

«AMENDMENT OF EXECUTIVE ORDER NO. 10289 AS AMENDED, RELATING TO THE PERFORMANCE OF CERTAIN FUNCTIONS AFFECTING THE DEPARTMENT OF THE TREASURY. By virtue of the authority vested in me by section 301 of title 3 of the United States Code, it is ordered as follows:

SECTION 1. Executive Order No. 10289 of September 19, 1951, as amended, is hereby further amended – (a) By adding at the end of paragraph 1 thereof the following subparagraph (j): '(j) The authority vested in the President by paragraph (b) of section 43 of the Act of May 12, 1933, as amended (31 U.S.C. 821 (b)), to issue silver certificates against any silver bullion, silver, or standard silver dollars in the Treasury not then held for redemption of any outstanding silver certificates, to prescribe the denominations of such silver certificates, and to coin standard silver dollars and subsidiary silver currency for their redemption, and (b) By revoking subparagraphs (b) and (c) of paragraph 2 thereof. SECTION 2. The amendment made by this Order shall not affect any act done, or any right accruing or accrued or any suit or proceeding had or commenced in any civil or criminal cause prior to the date of this Order but all such liabilities shall continue and may be enforced as if said amendments had not been made.

JOHN F. KENNEDY, THE WHITE HOUSE, June 4, 1963»

Literaturverzeichnis und Medienhinweise

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1949-53. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1965.

Adler, H. G.: Theresienstadt 1941-1945: Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Tübingen: Mohr, 1960.

Ahrens, Wilfried: Verbrechen an Deutschen, Dokumente der Vertreibung. Arget: Ahrens, 1983.

Altamemi, Younes R.: Die Palästinaflüchtlinge und die Vereinten Nationen. Wien: Verlag Wilhelm Braumüller, 1974.

Bacque, James: Der geplante Tod. Frankfurt/M., Berlin: Ullstein, 1993.

Bacque, James: Verschwiegene Schuld. Selent: Pour le Mérite, 2002.

Baer, Casimir Hermann (Hrsg.): Der Völkerkrieg – Eine Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914. Stuttgart: Verlag Julius Hoffmann, 1918.

Bayley, C. A.: Atlas of the British Empire. London: Hamlyn, 1989.

Ben-Gurion, David: Rebirth and Destiny of Israel. New York: Philosophical Library, 1954.

Benoist-Mechin, Jaques: Histoire de l'armée allemande. Paris: Editions Albin Michel, 1954.

Ben-Sasson, Haim Hillel (Hrsg.): Geschichte des jüdischen Volkes von den Anfängen bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck, 1995.

Brech, Martin: Eisenhower's Death Camps: A U.S. Prison Guard remembers. Aus: The Journal of Historical Review, 1990 (Vol. 10, No. 2).

Burneleit, Heinz: Die Vergangenheit bestimmt unsere Zukunft. Aus: Mitteilungen der Gesellschaft für Kulturwissenschaften, Bietigheim – Baden, Juli 1997.

Churchill, Winston: Nach dem Krieg. Wien: Amalthea Verlag, 1928.

Cristol, A. Jay: The Liberty Incident. Washington (DC):
Brassley's Military, 2002.

de Mare, Miguel: Das verborgene Weltwissen. Hamburg: Lichtsicht, 2003.

Disraeli, Benjamin: Coningsby oder die neue Generation.
Zürich: Manesse, 1992.

Dugdale, B.: Arthur James Balfour. London: Hutchinson, 1939.

Encyclopaedia Judaica: Giessen: WB Lauferweiler Verlag, 2004.

Ennes, James M.: Assault on the Liberty. New York:
Random House, 1979.

Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der
Juden ausgebeutet wird. München: Piper Taschenbuch Verlag, 2002.

Goldmann, Nahum: Das jüdische Paradox – Zionismus und Judentum
nach Hitler. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt eva, 1978.

Goldmann, Nahum: The Autobiography of Nahum Goldmann:
Sixty Years of Jewish Life. New York: Holt, Rinehart & Winston, 1969.

Grom, Vadim: Der Weg vom Don zur Isar. Hannover:
Anderwelt Verlag, 2007.

Grose, Peter: Gentleman Spy: The Life of Allan Dulles. Boston/New York:
Houghton Mifflin Company, 1994.

Haisenko, Peter: Bankraub globalisiert. Hannover:
Anderwelt Verlag, 2007.

Halecki, Oskar: Geschichte Polens. Frankfurt/M.: Societäts Verlag, 1970.

Hollstein, Walter: Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des
Palästina-Konflikts. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1972.

Höpp, Gerhard (Hrsg.): Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und
Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945. Berlin:
Klaus Schwarz Verlag, 2002.

Kempner, Robert M. W. (Hrsg.): Warren Report über die Ermordung des Präsidenten John F. Kennedy. Köln, Esslingen: Kiepenheuer & Witsch / Bechtle, 1964.

Knopp, Guido: 100 Jahre – Die Bilder des Jahrhunderts. Hamburg: Nikol Verlag, 1999.

Knopp, Guido: Top-Spione: Verräter im Geheimen Krieg. München: Goldmann Verlag, 1997.

Kopelew, Lew Sinowjewitsch: Aufbewahren für alle Zeit. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1976.

Kreutzberger, Max / Landauer, Georg: Der Zionismus im Wandel dreier Jahrzehnte. Tel Aviv: Bitan Verlag, 1957.

Küntzel, Matthias: Dihad und Judenhass. Über den neuen antisemitischen Krieg. Freiburg: ça ira Verlag, 2002.

Laffan, Robert G. D.: The Serbs: The Guardians of the Gate. New York: Dorset Press, 1989.

Mansfield, Peter: The Arabs. London: Penguin Books, 1992.

Meier-Cronemeyer, Hermann: Kleine Geschichte des Zionismus. Von den Anfängen bis 1948. Berlin: Dt.-Israel. Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, 1980.

Meinertzhagen, Richard: Middle East Diary: 1917-1956. London: Published by The Cresset Press, 1959.

Mourik, W. van: Bilanz des Krieges. Rotterdam: Edition Lekturama, 1978.

Mullins, Eustace: The Secrets of the Federal Reserve. Carson City / Nevada: Bridger House Publishers Inc, 2009.

Myrer, Anton: Once an eagle. New York: Harper Collins Publisher, 1968.

Nawratil, Heinz: Schwarzbuch der Vertreibung 1945-1948. Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit. München: Universitas Verlag, 2001.

Papst Benedikt XVI.: Heilige Messe, Predigt vor dem Marienheiligum in Mariazell am 8. September 2007. Online verfügbar unter: http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/homilies/2007/documents/hf_ben-xvi_hom_20070908_mariazell_ge.html [20.12.2014],

Posener, Alan: Franklin Delano Roosevelt. Reinbek: Rowohlt Verlag GmbH, 1999.

Preuss, Wolfgang: Grosser Volksatlas. Bielefeld: Velhagen & Kiasing, 1941.

Putzger, F. W.: Historischer Weltatlas. Bielefeld, Berlin, Hannover: Velhagen & Kiasing, 1969.

Rassinier, Paul: Die Jahrhundertprovokation. Tübingen: Grabert Verlag, 1998.

RIA Nowosti v. 01.07.2005: Was hat sich tatsächlich im Nachkriegs-Potsdam abgespielt? Online verfügbar unter: <http://www.russland.ru/kapitulation1/morenews.php?iditem=35> [10.12.2014],

Roskill, Stephen W.: The War at Sea, 1939-1945: Official History. 3 vols. London: Her Majesty's Stationery Office, 1954-1961.

Roth, Jürgen: Der Oligarch. Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, 2002.

Rueff, Jaques: L'age de l'inflation. Paris: Payot, 1965.

Rüggeberg, Dieter: Geheimpolitik. Wuppertal: Rüggeberg, 1990.

Safran, Nadav: The United States and Israel. Cambridge/Massachusetts: Harvard University Press, 1963.

Schultze-Rhonhof, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. München: Olzog Verlag, 2005.

Scowen, Peter: USA. Ein Schwarzbuch. München: dtv, 2004.

Summers, Anthony: J. Edgar Hoover. Der Pate im FBI. München: Langen Müller Verlag, 1993.

Sutton, Antony C.: Wall Street and the Bolshevik Revolution. Morley/Australia: Veritas Publishing Company, 1981.

Suworow, Viktor: Stalins verhinderter Erstschlag. Selent: Pour le Mérite, 2000.

Taylor, Alan R.: Prelude to Israel. New York: Philosophical Library, 1959.

Togar, Deniz: Theories on the Rise of Arab Nationalism: George Antonius in Comparative Perspective. Presented at University of Chicago 16th Annual Middle East Theory and History Conference, May 10-11, 2001.

Toynbee, Arnold: A Study of History Volume XII: Reconsiderations. London: Oxford University Press, 1961.

Wasser, Hartmut: Die USA – der unbekannt Partner. Paderborn: Schöningh, 1983.

Zangwill, Israel: Der König der Schnorrer. Zürich: Manesse Verlag, 2006.

ZeitenSchrift Verlag Seiler & Co: Spurensuche im Wüstensand. Vom Ursprung der Hebräer und weshalb die heidnischen Khasaren, ein Hunnenvolk, zu den eigentlichen Stammvätern der heutigen Juden wurden. Erschienen in: ZeitenSchrift Nr. 10, S. 50 ff.

Ziff, William: The Rape of Palestine. Chicago: Longmans, Green and Co, 1938.

Onlinemedien:

www.auswaertiges-amt.de

www.brockhaus-enzklopaedie.de

www.eussner.net/artikel_2004-03-16_00-10-27.html

www.hagalil.com

www.palestinefacts.org www.zionismus.info

Der Autor:

Peter Haisenko kam 1952 als Staatenloser in München zur Welt, das Schicksal hatte seine Eltern nach der Flucht dorthin geführt. Paul Haisenko, sein russischer Vater, hat die Vernichtungsmaschinerie Stalins und die Lager überlebt. Seine Mutter, akademische Malerin aus Mitteldeutschland, lebte vor ihrer Flucht vor der Roten Armee in Dresden, welches sie während des Feuersturms des 13. Februars 1945 verlassen musste. Seine Eltern, die Künstlerin und der Ingenieur, haben Peter Haisenko von Anfang an ein offenes, differenziertes Weltbild vermittelt.

Bereits im Kindesalter hat sich Peter Haisenko nicht mit vereinfachten Erklärungen zufriedengegeben. Schon frühzeitig widmete er sich den technischen Wissenschaften. Neben seiner Ausbildung am Gymnasium erlernte er die praktische Kunst des Zweiradmechanikers, um dann noch vor dem Abitur, während seiner Arbeit im Heinz Moos Verlag in Gräfelfing bei München (heute Verlag Moos & Partner KG), die Bekanntschaft mit der publizistischen Welt zu machen. Die Erfahrungen dort lehrten ihn, Menschen und Glaubenssätze nicht ihres grossen Namens wegen kritiklos zu akzeptieren.

Nach dem Abitur hat Peter Haisenko bei der Lufthansa die Ausbildung zum Piloten absolviert und diesen Beruf dreissig Jahre lang ausgeübt. Das gab ihm nicht nur die Gelegenheit, die ganze Welt aus eigenem Erleben zu erfahren, sondern hat ihm immer reichlich Zeit geschenkt, den vielen Fragen auf den Grund zu gehen, die seine Neugier und sein Wissensdurst beantwortet haben wollten. Den stillte er auch in seinen Bekanntschaften und Freundschaften mit zumeist älteren, sehr oft hochrangigen Angehörigen der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eliten der entstehenden und rasch prosperierenden Bundesrepublik Deutschland. Deren Wissen und Erfahrung im internationalen Konzert der Länder der Welt nutzte Haisenko unermüdlich für seine intensiven Studien der historischen mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen einer Politik, deren Widersprüche er nicht einfach durch Didaktik wegpoliert sehen wollte. Begegnungen mit Menschen während seiner Berufsausübung haben ihm geholfen, pragmatische Erklärungsmuster für wissenschaftlich schwer nachzuvollziehende Fragestellungen in die sich abzeichnenden Horizonte zu integrieren und diese so ständig zu erweitern. Diese

Umstände haben ihn erkennen lassen, wie verschiedenartig derselbe Vorgang in unterschiedlichen Ländern als Wahrheit dargestellt wird. Unstimmigkeiten und Widersprüchliches haben ihn dazu angeregt, durch eigene Nachforschungen dem tatsächlichen Sachverhalt so nahe wie möglich zu kommen.

Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Flugdienst hat Peter Haisenko die Zeit genutzt, sich ganz seinen Forschungen der Geschichte zu widmen, wobei sein Schwerpunkt die Wirtschaftshistorie geworden ist. 2004 veröffentlichte er sein erstes Buch, «Bankraub globalisiert», in dem er das internationale Finanzwesen kritisch beleuchtet. Peter Haisenko hat die Fähigkeit, verborgene Verknüpfungen zu erkennen und diese verständlich darzulegen. Das macht ihn zu einem Autor, der seinen Lesern die Möglichkeit eröffnet, neue Blickwinkel in ihrem etablierten Weltbild zu erproben.

2007 erfolgte die Gründung des Anderwelt Verlags und 2013 des Online-Magazins «AnderweltOnline.com.» Peter Haisenko hat in den letzten Jahren etwa 300 Artikel veröffentlicht mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Historie, Politik und Luftfahrt.

Ebenfalls im Anderwelt Verlag erschienen:

Was für ein Leben! Hineingeboren in die dunkelste Epoche der Neuzeit, wird der Protagonist dieser authentischen Odyssee konfrontiert mit menschlichen Grenzerfahrungen, wie wir sie uns, die wir in Frieden, Freiheit und Wohlstand aufgewachsen sind, überhaupt nicht vorstellen können: Hunger, Terror, Verfolgung, Vernichtungslager, Flucht, Gefangenschaft. Ständig in Gefahr, kein Ort, der dauerhaft Schutz und Sicherheit bieten konnte, Verlust der Heimat, Entbehrungen und Verzicht. Wie viele Menschen sind in vergleichbaren Situationen gescheitert?!



Nicht so Peter Gorew. Das Vertrauen auf seine Fähigkeiten und Talente, der Mut, sich in ausweglos erscheinenden Situationen nicht aufzugeben und allen Gefahren zum Trotz seinen Weg zu gehen, ein klares Ziel vor Augen und der unerschütterliche Wille, dieses Ziel zu erreichen, waren ihm Quellen der Kraft und der Orientierung. Nur dank dieser schier unmenschlichen mentalen Stärke konnte er die Wirren des Zweiten Weltkrieges schadlos überstehen und sein Ziel erreichen: ein neues, ein besseres Leben in Freiheit.



Der Leser wird förmlich hineingezogen in diesen geradezu unglaublichen Lebensbericht eines ungewöhnlichen Menschen und muss sich immer wieder vergewissern, dass es sich hier nicht um Fiktion handelt, sondern um die brutale Wirklichkeit eines gelebten Lebens. Die Lektüre dieser beiden Bände hinterlässt eine Fülle unauslöschlicher Bilder und eine tiefe Dankbarkeit für „die Gnade der späten Geburt“.

Der Weg vom Don zur Isar

Autor: Vadim Grom

Band 1: ISBN 978-3-940321-12-1

€ 13.90 (D)

Band 2: ISBN 978-3-940321-15-2

€ 14.20 (D)



Ein bemerkenswertes Leben in der DDR: kein Anstehen in der sozialistischen Wartegemeinschaft, nicht Tempo 80 auf der Autobahn, sondern 180, keine schikanösen Grenzkontrollen ... Ein angenehmes Leben, versüßt mit Privilegien und Partys, ein Leben, von dem der gemeine DDR-Bürger nur träumen konnte. Aber da waren auch die Ängste der Andersdenkenden, die Sehnsucht der Ausreisewilligen, die Not der Enteigneten, das Elend der Knastinsassen. Und da waren an jeder Ecke die „Ohren“, jene willfähigen Angestellten der Firma „Horch & Guck“,

denen so gut wie nichts entging. Ja, es war ein zwiespältig-schillerndes Leben, damals im schönen Arbeiter- und Bauernstaat – sagt eine bemerkenswerte Frau, die es wissen muss.

Wundersame DDR

Autor: Margot H.

ISBN 978-3-940321-08-4

€ 9.90 (D)



Afghanistan wird in Deutschland vor allem mit Krieg, Terror, Taliban, Chaos, Korruption und Drogen in Verbindung gebracht, nicht zuletzt deshalb, weil die Medien hierzulande fast ausschließlich über Kämpfe, Bomben und Tod berichten.

Der Auslandseinsatz der Bundeswehr indes wird eher mit „höflichem Desinteresse“ begleitet – die Soldaten und ihre Angehörigen werden in vielfacher Weise alleingelassen. Anliegen dieses Buches ist es, in einem persönlichen Exkurs episodenhaft und exemplarisch das andere, das zivile Afghanistan zu zeigen.

Verteidigung am Hindukusch

Autor: Dr. Joachim Sproß

ISBN 978-3-940321-09-1

€ 14.00 (D)



Auf keinem anderen gesellschaftspolitisch brisanten Terrain herrscht ein so geisterhaftes Diktat des Schweigens, des Verschweigens, des Schönfärbens wie bei Fragen rund um Migration und Integration.

Dieses Buch wagt sich weit vor, es zeigt mutig die zentrale Ursache jener längst aus dem Ruder gelaufenen Einwanderungsströme auf: das Tabu. Leidenschaftlich und mit lebendigen Beispielen räumt der erfahrene Sachbuchautor auf mit Lebenslügen, die unsere politisch Verantwortlichen uns seit 50 Jahren auftischen, um ihre Konzeptlosigkeit, ihr Zaudern, ihre Ohnmacht auf diesem grundlegenden Zukunftsfeld zu verschleiern.

Auf nach Germanial

Autor: Hans Jörg Schrötter

ISBN 978-3-940321-06-0

€ 14.90 (D)



Wer echte Demokratie will, muss als wichtigste Voraussetzung ein Finanz- und Wirtschaftssystem fordern, das die Macht des Kapitals bricht, der „wundersamen Geldvermehrung“ durch Zins und Zinseszins ein Ende setzt und Korruption weitgehend unmöglich macht. Die Humane Marktwirtschaft wird das leisten, und nicht nur das. Sie wird den Menschen Freiheit schenken in bisher nicht gekanntem Ausmaß; ein Leben frei von Lohnsteuer und Inflation und damit eine zuverlässig planbare Zukunft. Um das zu erreichen, bedarf es

keiner blutigen Revolution, sondern lediglich der Rückbesinnung auf die Grundsätze des Humanismus – und deren konsequente Umsetzung.

Die Humane Marktwirtschaft

Autoren: Peter Haisenko / Hubert von Brunn

ISBN 978-3-940321-13-8

€ 15.00 (D)



Überzeugen kann nur, wer das, was er sagt, authentisch lebt. Dieser Leitsatz bestimmt mein Denken und Handeln und führt gleichzeitig hin zu der zentralen Fragestellung dieses Buches: Wer, wenn nicht ICH? „Strategie der Sieger ...“ wendet sich an Menschen, die spüren, dass ihnen die Herausforderungen des Alltags – Beruf, Karriere, Geschäfte, Partnerschaft, Familie, Selbstverwirklichung – allmählich über den Kopf wachsen und dass sich etwas ändern muss in ihrem Leben. *Panta rhei* – alles fließt – ist ein Leitmotiv dieses Buches, und alle denkba-

ren Problemlösungen setzen immer eines voraus: die Übernahme von Eigenverantwortung – Wer, wenn nicht ICH? Wer dieses Prinzip seinen individuellen Fähigkeiten und Talenten gemäß konsequent umsetzt, wird ein Sieger sein.

Strategie der Sieger oder Wer, wenn nicht ICH?

Autor: Hubert von Brunn

ISBN 978-3-940321-05-3

€ 23.00 (D)



Ein Staatsstreich gegen die Bundeskanzlerin? In Deutschland? Deutschland befindet sich in einer bedrohlichen Krise. Aufgerüttelt durch Migrationskrise und innere Unruhen unternehmen der General von Roddeck und die Mitglieder einer Geheimgesellschaft den Versuch, ihr Vaterland wieder auf Kurs zu bringen. Ihr Ziel: die herrschenden Parteiliten und die politisch gesteuerten Massenmedien entmachten. Ihr Vorbild: der Staatsstreich des 20. Juli 1944. Ihre Rechtfertigung: grundgesetzlich garantiertes Recht auf Widerstand.

Die deutsche Kanzlerin mobilisiert die ihr loyal verbliebenen Kräfte in den Geheimdiensten, um den Putsch zu zerschlagen. Auch die USA sind durch den plötzlichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und rund ums Mittelmeer alarmiert ...

Der Staatsstreich - Ein politisch unkorrekter Roman

Autoren: Thiele, Robert B. / Orzechowski, Peter

ISBN 978-3-940321-14-5

€ 17.00 (D)